E. Brandenburg

Die Reichsgründung

HG
Bonn

Die Reichsgründung

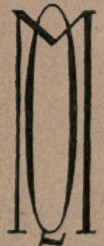
von

Erich Brandenburg

2.

Band

2. verbesserte Auflage



260504
28.10.31

Quelle & Meyer, Leipzig

DD
203
B7
1922
Bd.2
cop.2

Alle Rechte vorbehalten

Buchdruckerei Oswald Schmidt G. m. b. H.
in Leipzig

Printed in Germany

Inhaltsverzeichnis

Fünftes Buch. Bismarcks Anfänge und Schleswig-Holsteins Befreiung.

Erstes Kapitel. Bismarcks Jugend und politische Entwicklung bis 1862 . . . . . S. 3—35

I. Bismarcks innere Entwicklung bis zu seinem Eintritt in das öffentliche Leben (1847) S. 3. — II. Seine Stellung zur Märzrevolution, dem Frankfurter Parlament und der Union S. 12. — III. Bismarck als Bundestagsgesandter in Frankfurt S. 17. — IV. Bismarck als Gesandter in Petersburg und Paris; seine Berufung zum leitenden Minister Preußens S. 24. — V. Persönlichkeit, politisches Programm und politische Praxis S. 30.

Zweites Kapitel. Die europäische Lage . . S. 36—60

I. Frankreich und Napoleon III.; Verhältnis zur deutschen Frage S. 36. — II. Rußland und England S. 47. — III. Österreichs innere Zustände S. 52. — IV. Politische Gesamtlage; Preußen und der Liberalismus; Schwierigkeit der Aufgabe Bismarcks S. 57.

Drittes Kapitel. Bismarcks erste Maßregeln; der Frankfurter Fürstentag . . . . . S. 61—79

I. Bismarck und der Verfassungskonflikt; Stellung zu Österreich; polnischer Aufstand von 1863 S. 61. — II. Verschärfung des Konflikts; Rückwirkung auf Deutschland S. 69. — III. Österreichischer Bundesreformplan und Frankfurter Fürstentag S. 75.

Viertes Kapitel. Die Befreiung Schleswig-Holsteins . . . . . S. 80—108

I. Schleswig-Holstein und Dänemark bis 1863; das Londoner Protokoll; die Bundesexekution S. 80.

— II. Die Ansprüche Friedrichs v. Augustenburg und die Großmächte; preußisch-österreichisches Bündnis und Ausbruch des Krieges S. 88. — III. Londoner Konferenz S. 101. — IV. Beendigung des Krieges; Wiener Friede S. 106.

Sechstes Buch. Der deutsche Krieg und die Gründung des Norddeutschen Bundes.

Erstes Kapitel. Der Ausbruch des Krieges gegen Österreich . . . . . S. 111—160

I. Differenzen zwischen Österreich und Preußen; Februarbedingungen; Haltung der Mittelstaaten S. 111. — II. Stellung Napoleons; Vertrag von Gastein; Preußens Verhandlungen mit Frankreich und Italien S. 120. — III. Entstehung und Bedeutung des preußischen Bundesreformplans; das allgemeine Wahlrecht S. 131. — IV. Rüstungen u. Vermittlungsversuche; Österreichs Vertrag mit Napoleon; Ausbruch des Krieges S. 143. — V. Rückblick auf Bismarcks Politik S. 156.

Zweites Kapitel. Der Krieg von 1866; Frankreichs Vermittlung und Friedensschluß S. 161—200

I. Verlauf des Krieges in Westdeutschland, Italien und Böhmen S. 161. — II. Napoleons Einmischung; Verhandlungen in Paris und Nikolsburg; Kämpfe zwischen Bismarck und König Wilhelm; Abschluß des Präliminarfriedens S. 171. — III. Frankreichs Kompensationsforderung und der Abschluß der Schutz- und Trutzbündnisse zwischen Preußen und den süddeutschen Staaten S. 189.

Drittes Kapitel. Die Gründung des Norddeutschen Bundes . . . . . S. 201—246

I. Bismarck und die Parteien; Indemnitätsgesetz; Beendigung des Verfassungskonfliktes S. 201. — II. Neugruppierung der Parteien; Freikonservative und Nationalliberale S. 208. — III. Bismarcks Vorarbeiten für die Bundesverfassung; Entwurf der Regierungen S. 215. — IV. Veränderung des Entwurfs durch den Norddeutschen Reichstag; Abschluß der Verfassung S. 225. — V. Einwirkung der europäischen Lage, der partikularistischen Strömungen, der parteipolitischen Bedenken und der Rücksicht auf Süddeutschland auf das Ergebnis S. 233.

Siebentes Buch. Der Krieg gegen Frankreich und die Begründung des Reiches.

Erstes Kapitel. Nord und Süd zwischen den Kriegen . . . . . S. 249—318

I. Der Luxemburger Handel und die Veröffentlichung der Schutz- und Trutzbündnisse S. 249. — II. Bismarck und die Parteien im Norddeutschen Reichstag; Gesetzgebung des Norddeutschen Bundes S. 265. — III. Preußen und seine neuen Provinzen; Sachsen und die kleinen norddeutschen Staaten S. 277. — IV. Bayern, Württemberg, Baden und Hessen; Pläne eines süddeutschen Bundes S. 285. — V. Umgestaltung des Zollvereins; Zollparlament S. 301. — VI. Sturz des Fürsten Hohenlohe in Bayern; Wachsen der antipreußischen Stimmung im Süden; schlechte Aussichten der Einheitsbewegung S. 307

Zweites Kapitel. Der Ausbruch des Deutsch-Französischen Krieges . . . . . S. 319—355

I. Europäische Lage nach 1866; Napoleons Dreibundsplan S. 319. — II. Die spanische Thronfolgefrage; Kandidatur des Prinzen Leopold von Hohenzollern; Bismarcks Absichten bei ihrer Unterstützung S. 331. — Eingreifen Frankreichs; König Wilhelm und Benedetti in Ems; die Emser Depesche; Ursachen des Krieges S. 342.

Drittes Kapitel. Der Krieg gegen Frankreich . . . . . S. 356—373

I. Kriegspläne; Operationen bis zur Schlacht bei Sedan S. 356. — II. Kampf gegen die Republik; Belagerung von Paris; Waffenstillstand S. 365.

Viertes Kapitel. Die Verträge von Versailles . . . . . S. 374—410

I. Schwierigkeiten der Gesamteinigung; Verfahren Bismarcks; Münchener Septemberkonferenzen; Badens Antrag auf Aufnahme in den Norddbund S. 374. — II. Verhandlungen in Versailles; Taktik Bismarcks; Haltung der bayrischen Vertreter; württembergischer Zwischenfall und Abschluß mit Bayern S. 391.

Fünftes Kapitel. Reichsverfassung und Kaisertum . . . . . S. 411—439

I. Der Kaiserbrief Ludwigs II.; Deputation des deutschen Reichstags in Versailles; letzte Schwierigkeiten und Kaiserproklamation vom 18. Januar 1871 S. 411. — II. Haltung der Neutralen; Friede mit Frankreich S. 430. — III. Die Reichsverfassung S. 437.

Rückblick und Ausblick . . . . . S. 443—465

Anmerkungen . . . . . S. 467—477

Erstes Buch

Bismarcks Anfänge und Schleswig-Holsteins Befreiung

Erstes Kapitel

Bismarcks Jugend und politische Entwicklung bis 1862

Der Mann, welcher jetzt an die Spitze des preußischen Ministeriums berufen werden sollte, galt im großen Publikum als ein eifriger Vorkämpfer der äußersten Rechten, als ein Gesinnungsgenosse der Brüder Gerlach. Er hatte sich diesen Ruf durch sein öffentliches Auftreten in den Jahren von 1848 bis 1850 erworben, und niemand konnte ahnen, welche inneren Wandlungen er seitdem durchgemacht hatte.

Bismarck war geboren am 1. April 1815 auf Schönhausen, dem Gute seines Vaters, des Rittmeisters a. D. und Rittergutsbesitzers Ferdinand von Bismarck. Er entstammte einer alten märkischen Adelsfamilie, die sich rühmen konnte, schon länger in der Mark ansässig zu sein als die Hohenzollern. Und er hat in seiner äußeren Erscheinung, seinen Lebensgewohnheiten, seiner ganzen Art zu denken und zu handeln, nie den Abkömmling des Landadels verleugnet. Seine Mutter hingegen gehörte einer Familie an, die aus dem Bürgertum hervorgegangen war und erst in der vorhergehenden Generation in die obere Schicht des preußischen Beamtentums Aufnahme gefunden hatte, der Familie Mencken, die im 17. und 18. Jahrhundert den Universitäten Leipzig und Helmstedt eine ganze Reihe von Professoren gegeben hatte. Bismarcks Mutter war eine ehrgeizige, verstandesscharfe, rührige Frau von geistigen Interessen, bei der aber die Seite des Gemütslebens weniger entwickelt war, der Vater ein gutmütiger Landjunker, von dem weder im Guten noch im Schlechten Besonderes zu sagen ist.

Bismarck hat nur die ersten Jahre seines Lebens auf dem Lande verbracht, und zwar auf den pommerschen Gütern seiner Familie;

dann wurde er, wie viele Söhne des Landadels, in ein Erziehungsinstitut nach Berlin gegeben, wo seine Eltern nur den Winter zuzubringen pflegten. In Berlin hat er auch das Gymnasium des Grauen Klosters besucht und es, 17 Jahre alt, verlassen, wie er selbst sagt, als ein normales Produkt der damaligen staatlichen Erziehung, nämlich als Republikaner und Pantheist. Diese Ausdrücke sind natürlich absichtlich übertreibend gewählt, aber das wird richtig sein, daß der rationalistische Geist, der noch vielfach in den Unterrichtsanstalten herrschte, auch Bismarck beeinflußt hat, und daß von den Vorstellungen des klassischen Altertums aus das moderne Staatsleben den jungen Leuten als minderwertig dargestellt worden sein mag.

Er bezog zunächst die Universität Göttingen, um die Rechte zu studieren; denn nach dem Wunsche seiner Mutter sollte er die Beamtenlaufbahn ergreifen und es womöglich zu einer hohen Stellung im Staate bringen, während sein älterer Bruder Bernhard die väterlichen Güter übernehmen sollte. Auf der Universität ist Bismarck zuerst mit den deutschnationalen Bestrebungen bekannt geworden, die unter der Studentenschaft hauptsächlich von den Burschenschaften vertreten wurden; sie vermochten damals keine große Anziehungskraft auf ihn zu üben, da sie vielfach im antipreußischen und radikalen Gewande auftraten, und da er sich als wohlerzogener Sohn einer vornehmen Familie von dem hier herrschenden gesellschaftlichen Tone abgestoßen fühlte. Sein bester Freund war ein Ausländer, der Amerikaner Motley, der sich später durch seine Geschichte des Abfalls der Vereinigten Niederlande von Spanien und andere Schriften einen Namen erworben hat und Zeit seines Lebens in nahen Beziehungen und in regem Briefwechsel mit ihm geblieben ist. Welchen Eindruck Bismarck auf ihn schon damals gemacht hat, ersieht man am besten daraus, daß Motley ihn zum Helden seines ersten Romans erwählte. Nach einigem Schwanken trat Bismarck in das Korps der Hannoveraner ein; er hat ihm zwei Semester lang angehört und in der Kneipe und auf dem Fechtboden seinen Mann gestanden. Seinen Studien lag er weniger eifrig ob, und es ist keine Spur davon vorhanden, daß irgendeiner seiner akademischen Lehrer seine Anschauungen irgendwie tiefgehend beeinflußt habe.

Im Herbst 1833 kehrte er nach Berlin zurück, bestand dann sein erstes juristisches Examen und kam, nachdem er als Auskultator an den Gerichten gearbeitet hatte und Referendar geworden war, an die Regierung in Aachen. Er hat sich hier inmitten des katholischen Rheinlandes niemals wohlgefühlt; auch der Staatsdienst konnte ihm in der Art, wie er ihn hier kennen lernte, wenig Interesse abgewinnen. Er zeigte daher auch geringen dienstlichen Eifer; mehrmals hat er Aachen ohne Urlaub verlassen, einmal sogar auf längere Zeit, um einer schönen Engländerin nach Wiesbaden und in der Schweiz nachzureisen. Der wohlwollende Präsident, der die Bedeutung des jungen Mannes erkannte, sorgte dafür, daß Bismarck Aachen verließ und nach Potsdam versetzt wurde; er gab ihm trotz allem ein Zeugnis mit, das seine guten Fähigkeiten hervorhob. In Potsdam genügte er auch seiner militärischen Dienstpflicht; aber gerade während er als Einjähriger diente, faßte er den Entschluß zu einer vollständigen Veränderung seines Lebensplans, zum Ausscheiden aus dem Staatsdienst und zur Übernahme eines Teiles der Familiengüter.

Der erste Anstoß zu diesem Gedanken mag von der immer schlechter werdenden Vermögenslage seiner Eltern ausgegangen sein. Der Vater war ein alter bequemer Herr, und die Mutter verbrauchte sehr viel Geld; Bismarck sagte sich, daß die materielle Grundlage für die ganze Lebensstellung der Familie erhalten werden müsse, und nur dann erhalten werden könne, wenn die bisher verpachteten Güter von Mitgliedern der Familie selbst übernommen und rationell ausgenutzt würden. Freilich ist es zweifelhaft, ob dies Motiv genügt haben würde, ihn aus seiner bisherigen Laufbahn herauszureißen, wenn er in dieser Befriedigung gefunden hätte. Das war aber durchaus nicht der Fall. Wir haben einen sehr interessanten Brief, den Bismarck damals zur Rechtfertigung seines Entschlusses an eine Verwandte geschrieben hat, das erste Dokument, das uns einen Blick in die Persönlichkeit tun läßt und uns bereits viele Züge des späteren Bismarck in mehr oder weniger starker Ausprägung zeigt. Er setzt hier auseinander, daß er es an sich keineswegs für wertvoller halte, Beamter zu sein als Landwirt, und daß sein Ehrgeiz viel mehr darauf gerichtet sei, nicht zu gehorchen, als zu befehlen; eine

Selbsttäuschung, der alle despotisch angelegten Naturen zu verfallen pflegen, solange sie nicht die Macht des Befehlens haben. Er spricht dann von der geringen Selbständigkeit des preußischen Beamten, die ihn wenig locken könne. „Der preußische Beamte gleicht dem Einzelnen im Orchester; mag er die erste Violine oder den Triangel spielen, ohne Übersicht und Einfluß auf das Ganze muß er sein Bruchstück abspielen, wie es ihm gesetzt ist, er mag es für gut oder schlecht halten. Ich will aber Musik machen, wie ich sie für gut erkenne, oder gar keine." Wohl könne ihn die Teilnahme an dem Staatsleben eines Landes reizen, das eine freie Verfassung besitze und dem Einzelnen eine kräftige Wirksamkeit unter eigener Verantwortlichkeit ermögliche; aber einem System, wie es augenblicklich in Preußen bestehe, könne er nicht dienen. Allerdings sei er ehrgeizig. „Ich muß gestehen, daß ich von dieser Leidenschaft nicht frei bin, und manche Auszeichnungen, wie die eines Soldaten im Kriege, eines Staatsmannes bei freier Verfassung, wie Peel, O'Connel, Mirabeau usw., eines Mitspielers bei energischen politischen Bewegungen, würden auf mich eine jede Überlegung ausschließende Anziehungskraft üben, wie das Licht auf die Mücke; weniger reizen mich dagegen die Erfolge, welche ich auf dem breitgetretenen Wege durch Examen, Konnexionen, Aktenstudium, Anciennität und Wohlwollen meiner Vorgesetzten zu erreichen vermag." Höchst ergötzlich schildert er dann, wie er einigen Einfluß und ein einigermaßen ausreichendes Gehalt auf dem letzteren Wege erst werde erreichen können, wenn er „trocken von Aktenstaub, Hypochonder, brust- und unterleibskrank vom Sitzen" geworden sei und eine Frau zur Krankenpflege brauche.

Man ersieht aus diesem Briefe deutlich, daß es vor allen Dingen der Unabhängigkeitssinn des Landjunkers war, der ihm die Beamtenkarriere verleidete; daneben aber auch die Sehnsucht nach einer selbständigen, seinen Kräften angemessenen Tätigkeit. Er ließ sich durch das Zureden seiner Verwandten in seinem Entschlusse nicht beirren, setzte es durch, daß er die zweite Hälfte seines Militärjahres in Greifswald ableisten durfte, wo er nebenbei an der nahe gelegenen Akademie zu Eldena etwas Landwirtschaft glaubte studieren zu können. Gerade als er ganz frei

geworden war, starb seine Mutter; der Vater siedelte nun mit seiner Tochter Malwine nach Schönhausen über und überließ den beiden Söhnen vollständig die Bewirtschaftung der drei pommerschen Güter der Familie.

Bismarck selbst übernahm Kniephof und hat es sich hier in den nächsten Jahren recht sauer werden lassen; denn es galt, das ganz heruntergewirtschaftete Gut erst wieder ertragsfähig zu machen, und er scheute keine Arbeit und keine Entbehrung, um dies Ziel zu erreichen. Seine rücksichtslose Energie, sein zähes Festhalten an den einmal gefaßten Entschlüssen, seine Kunst, die Menschen zu beherrschen, zeigten sich hier bereits, und manche Anekdoten über den tollen Junker von Kniephof geben von dem Eindruck, den seine Persönlichkeit in der Gegend hervorbrachte, Kunde. Dabei aber ging er keineswegs in seiner landwirtschaftlichen Tätigkeit auf. Gerade in diesen Jahren muß er viel gelesen und gedacht haben. Es läßt sich kaum ein anderer Zeitpunkt auffinden, in dem er Zeit und Möglichkeit gehabt hätte, sich die ausgedehnten Kenntnisse in der schönen Literatur Deutschlands und des Auslandes, in der Geschichte, ja sogar in der Philosophie zu erwerben, über die er später verfügte. Auch die Reisen nach England und Frankreich, die er in diesen Jahren unternahm, haben zur Erweiterung seines Gesichtskreises viel beigetragen. Am bedeutsamsten aber war es doch, daß auch die Grundlagen seiner Weltanschauung gerade in dieser Zeit eine durchgreifende Wandlung erfahren haben.

Bismarck hatte sich in religiöser Beziehung vollständig von dem Glauben seiner Kirche getrennt; sein eigenes Zeugnis, das er mit voller Überlegung aufgehört habe zu beten und an einen persönlichen Gott zu glauben, steht in vollem Einklang mit dem Ton der Briefe, die er in dieser Zeit an seine Schwester geschrieben hat. Er versuchte es, den verloren gegangenen Glauben durch eine philosophische Weltanschauung zu ersetzen, studierte die damaligen Modephilosophen, Hegel, Strauß und Feuerbach, vermochte aber in ihren Lehren keine Befriedigung zu finden. Sein ganz aufs Praktische gerichteter Geist verlangte eine feststehende Weltanschauung, die auch dem Handelnden bestimmte Grundsätze und Direktiven gibt, auf die er sich zurückziehen und in der er Trost

und Stärkung finden kann, wenn der äußere Erfolg sich ihm versagt. Das vermochte ihm weder die Lehre Hegels von der stufenweisen Selbstentwicklung des Weltgeistes, noch die Skepsis der Junghegelianer zu bieten; daher fühlte er sich unbefriedigt und innerlich unruhig, hin und her geworfen zwischen seinen Zweifeln und dem Wunsche, etwas Bestimmtes und Endgültiges glauben zu können.

Auch die landwirtschaftliche Tätigkeit konnte ihn auf die Dauer nicht vollständig befriedigen. Er hatte sich ihr mit Eifer gewidmet, weil er es dringend nötig fand, „seinen Wechsel zu verbessern"; er hatte auch eine gewisse Befriedigung darin gefunden, solange die Arbeit alle seine Kräfte in Anspruch nahm und die Überwindung der Schwierigkeiten seinem Tätigkeitsdrange ein bestimmtes Ziel gab. Sobald aber einigermaßen geordnete Zustände eingetreten waren, sagte ihm die gleichmäßige Ruhe eines gesicherten und behaglichen Daseins nicht mehr zu. „Ich habe fünf Jahre allein auf dem Lande gelebt," schrieb er einem Freunde, „kann das einsame Landjunkerleben aber nicht länger mehr aushalten und kämpfe mit mir, ob ich mich wieder im Staatsdienst beschäftigen oder auf weitaussehende Reisen gehen soll." In der Tat hat er es noch einmal mit der Arbeit als Referendar bei einer Regierung versucht, konnte sich aber ebensowenig wie früher in die Stellung eines untergeordneten Beamten hineinfinden und kehrte bald ebenso unbefriedigt wieder in die Freiheit des Landlebens zurück.

Er schildert seine Stimmung in dieser Zeit mit den Worten: „Ich treibe willenlos auf dem Strom des Lebens, ohne anderes Steuer als die Neigung des Augenblicks, und es ist mir ziemlich gleichgültig, wo er mich ans Land wirft." Und etwas später: „Mein Umgang besteht in Hunden, Pferden und Landjunkern, und bei letzteren erfreue ich mich einigen Ansehens, weil ich Geschriebenes mit Leichtigkeit lesen kann, mich zu jeder Zeit wie ein Mensch kleide und dabei ein Stück Wild mit der Akkuratesse eines Metzgers zerwirke, ruhig und dreist reite, ganz schwere Zigarren rauche und meine Gäste mit freundlicher Kaltblütigkeit unter den Tisch trinke; denn leider Gottes kann ich nicht mehr betrunken werden, obschon ich mich dieses Zustandes als eines sehr

glücklichen erinnere. So vegetiere ich fast wie ein Uhrwerk, ohne besondere Wünsche oder Befürchtungen zu haben. Ein sehr harmonischer und sehr langweiliger Zustand."

In dieser Gemütsverfassung wurde Bismarck durch seinen Freund und Gutsnachbarn Moritz von Blanckenburg in Verkehr gebracht mit einem Kreise pietistisch gläubiger Landedelleute, der sich um die Person und das Haus des Herrn von Thadden auf Trieglaff scharte. Diesen Männern war die offizielle protestantische Kirche viel zu lau und indifferent; sie waren bestrebt, ihr ganzes Leben nach den Grundsätzen des Christentums einzurichten, hielten selbst Gottesdienst in ihren Häusern ab und führten untereinander ein harmonisch-friedliches und dabei doch von harmlos fröhlicher Geselligkeit belebtes Dasein. Bismarck wurde durch den in diesen Kreisen herrschenden Ton anfangs zum Spott gereizt; so schreibt er seiner Schwester von einem ästhetischen Tee mit Lektüre, Gebet und Ananasbowle. Aber auf die Dauer empfand er gerade bei seiner inneren Zerrissenheit, daß diese Menschen etwas besaßen, was ihm fehlte, den inneren Frieden, das tiefe Bewußtsein, daß sie auf dem rechten Wege seien, und die daraus entspringende Kraft, alles Mißgeschick dieser Welt im Hinblick auf die Ewigkeit leichten Herzens zu ertragen. Namentlich die jungen Mädchen dieses Kreises zogen ihn an, vor allem die liebliche Tochter des Herrn von Thadden, Maria, die tiefe Frömmigkeit mit einem lebhaften Geiste und heiterem Gemüt verband. Sie war bereits, als Bismarck sie kennen lernte, mit seinem Freunde Blanckenburg verlobt und wurde bald dessen Frau. Zwischen ihr und Bismarck bildete sich nach Überwindung der anfänglichen Abneigung Marias gegen den Spötter und Gottesleugner ein enges Freundschaftsverhältnis aus. Blanckenburg und seine Frau arbeiteten unausgesetzt an der Bekehrung des Freundes, stießen aber auf lebhaften Widerstand, da es Bismarck unmöglich war, sich der Kritik, die sein Verstand an dem Glauben der Freunde übte, zu entziehen.

Ein großer Schmerz brachte die entscheidende Wandlung. Nach zwei Jahren einer glücklichen Ehe wurde Maria von Blanckenburg ihrem Gatten durch einen plötzlichen Tod entrissen. Bismarck selbst fühlte sich durch die Nachrricht von der schweren Erkrankung

der Freundin völlig zu Boden geschlagen; er hat später gesagt, daß sich bei dieser Gelegenheit zum ersten Male wieder, allen Verstandsbedenken zum Trotz, ein Gebet aus seiner Seele losgerungen habe. Und als dann der Tod eingetreten war, da sah Bismarck mit ungeheurem Staunen, wie leicht es den am schwersten Betroffenen, dem Vater und dem Gatten, bei ihrer Weltanschauung wurde, den Verlust zu ertragen. Ihnen bedeutete ja der Tod nur eine vorübergehende Trennung für eine kurze Zeitspanne, und sie rechneten mit Sicherheit auf ein ewiges Zusammenleben der erlösten Seelen. Diese fast heitere Ruhe stand in grellem Gegensatz zu Bismarcks wildem Schmerze um die Verlorene, und jetzt fanden die Mahnungen Blanckenburgs, der sich zudem auf die innigsten Wünsche und Hoffnungen der Verstorbenen berufen konnte, bei ihm besseren Boden. Er begann sich in die Anschauungsweise seiner Freunde hineinzufinden und bis zu einem gewissen Grade auch hineinzuleben. Verstärkend wirkte in dieser Richtung wieder der Einfluß einer Frau, der späteren Gattin Bismarcks.

Zu dem Trieglaffer Kreise gehörte auch Herr von Puttkamer auf Reinfeld; seine Tochter Johanna war mit Maria von Thadden befreundet gewesen und so auch mit Bismarck bekannt geworden. Er hatte bald eine herzliche Neigung zu dem einfachen, liebenswürdigen Mädchen gefaßt; eine gemeinsame Harzreise, die sie mit Blanckenburgs kurz vor dem Tode der gemeinsamen Freundin machten, hatte sie einander näher gebracht, und nachdem er sich auch ihrer Neigung versichert hatte, faßte er den Entschluß, bei ihrem Vater um sie anzuhalten. Der Brief, den er Ende Dezember 1846 an seinen künftigen Schwiegervater schrieb, ist in seiner genialen Mischung von Offenheit und Berechnung bereits ein ebenbürtiger Vorläufer seiner späteren diplomatischen Meisterwerke. Er sprach sich hier ganz unbefangen über seine frühere Weltanschauung und deren allmähliche Wandlung aus, und verbarg auch nicht, daß die Anfänge seiner Bekehrung erst etwa zwei Monate zurücklägen; er wußte wohl, daß der alte Herr von Puttkamer über diese Fragen volle Aufklärung von ihm verlangen werde, bevor er seine Einwilligung gebe; und er durfte darauf rechnen, daß gerade die Hoffnung, den noch Schwankenden ganz

für den wahren Glauben zu gewinnen, auf ihn Eindruck machen werde, wie dies zweifellos auch bei der Tochter der Fall gewesen war. Herr von Puttkamer nahm die Werbung nicht ohne Bedenken auf, gestattete aber doch Bismarck, zu einer Aussprache nach Reinfeld zu kommen. Bismarck selbst hat seinem Bruder den Empfang in launiger Weise geschildert: „Ich fand dort keine ungünstige Stimmung, aber Neigung zu weit aussehenden Verhandlungen; und wer weiß, welchen Weg diese genommen hätten, wenn ich nicht durch eine geschlossene Akkolade meiner Braut, gleich bei dem ersten Anblick ihrer, die Sache zum sprachlosen Staunen der Eltern in ein anderes Stadium gerückt hätte, in welchem binnen fünf Minuten alles in Richtigkeit geriet."

Man darf sich die Bekehrung Bismarcks, wie ich glaube, nicht als eine so weitgehende vorstellen, daß er mit den hinterpommerschen Pietisten auch nur in den wesentlichsten Dingen ihres Glaubens einig gewesen wäre. Es muß doch sehr auffallen, daß er in demselben Briefe, in dem er seinem Bruder die Verlobung berichtet, ausdrücklich sagt, daß sich zwar seine Meinung gegen früher bedeutend geändert habe, so daß er sich wieder als Christ betrachten und bezeichnen könne; aber in vielen, ja den hauptsächlichsten Lehren stimme er doch mit seiner Braut und ihrer Familie nicht überein; und ganz im Stil der früheren Briefe an seine Schwester fügt er dann hinzu: „Übrigens liebe ich den Pietismus an Frauen und verabscheue weibliche Lichtfreunde." Mag man dies auch noch als eine gewisse Rücksichtnahme auf die Anschauungsweise des Bruders gelten lassen, so muß sich doch jeder, der die Briefe Bismarcks an seine Braut unbefangen liest, davon überzeugen, daß der Abstand ein sehr großer war. Er sucht ihr den Glauben an die Existenz eines persönlichen Teufels auszureden, er äußert Zweifel an der Göttlichkeit Christi, er ist geradezu empört über das, was seine Schwiegereltern Gottvertrauen nennen, daß sie z. B. bei einer Erkrankung seiner Braut keinen Arzt zuziehen, weil Gott ja ohnehin bestimmt haben werde, ob sie sterben oder am Leben bleiben solle. Und vor allen Dingen würde es ganz unmöglich sein, die späteren Handlungen Bismarcks zu verstehen, wenn man annehmen wollte, daß er jemals ganz auf dem Standpunkt der Pietisten gestanden habe. Ich

möchte den Hauptunterschied darin sehen, daß für ihn die Religion niemals eine sein ganzes Leben durchdringende und alle seine Handlungen bestimmende Kraft war, wie für jene, sondern eine mehr im Hintergrund stehende Hilfstruppe, auf die er sich im Notfalle zurückziehen konnte, und die in Stunden des Zweifels und des Schmerzes Kraft und Tröstung gewährte. Das Leben in dieser Welt und das Handeln und Wirken in ihr blieb doch für Bismarck immer der eigentliche Inhalt seines Strebens, und er ließ sich, solange er in ihr tätig war, nur von rein weltlichen Rücksichten und Zielen bestimmen; nur gelegentlich richtete er aus dem Toben des Kampfes heraus einen halb wehmütigen, halb sehnsuchtsvollen Blick auf das stille Ufer des jenseitigen Lebens mit seiner Ruhe und Harmonie.

Immerhin war die Wandlung, die Bismarcks Weltanschauung erfahren hatte, eine höchst bedeutsame. Man kann sagen, daß seine innere, rein menschliche Entwicklung damit ihren Abschluß gefunden hat. Auch für sein äußeres Leben war seine Bekehrung von großer Tragweite. Nur sein offenes Bekenntnis zum Christentum und seine Annäherung an die Pietisten hat ihn in Verbindung gebracht mit den Brüdern Gerlach und dem ganzen Kreise von Männern, als deren Kampfgenosse er zuerst in das öffentliche Leben eingetreten ist. Man würde ihm gewiß schweres Unrecht tun, wenn man annähme, daß er um dieser äußeren Vorteile willen seine religiösen Anschauungen geändert habe. Aber zweifellos war im Hintergrunde unbewußt das Gefühl mitwirkend, daß er sich von der sozialen Schicht, zu der er sich, trotz aller persönlichen Unbefangenheit gegenüber kleinlichen Adelsvorurteilen, doch immer zugehörig fühlte, innerlich und schließlich auch äußerlich völlig trennen werde, wenn er sich in den Fragen der Weltanschauung allzuweit von ihnen entferne.

* * *

In seinem äußeren Dasein hatten sich inzwischen einige wichtige Änderungen vollzogen. Etwa ein Jahr vor seiner Verlobung war sein Vater gestorben, und Bismarck hatte nun seinen Wohnsitz nach Schönhausen verlegt. Auch hier erwarb er sich bald eine angesehene Stellung unter den Nachbarn, erhielt den wichtigen und arbeitsreichen Posten eines Deichhauptmannes und wurde

1847 als Stellvertreter des eigentlichen Abgeordneten in den Vereinigten Landtag gewählt. Da der Abgeordnete erkrankte, wurde er wirklich berufen und schloß sich nun ganz der äußersten Rechten an. Er verfocht in seinen Reden den christlichen Charakter des Staates, das Gottesgnadentum des Königs und trat den liberalen Forderungen aufs schärfste entgegen. In seinen Motiven aber unterschied er sich von Anfang an von den Romantikern unter seinen Standesgenossen: sein preußisches Staatsbewußtsein und sein preußischer Stolz treten schon in seinen ersten Reden aufs deutlichste hervor und nehmen sich im Vergleich zu den aus einer allgemeinen Weltanschauung hergeleiteten Argumenten seiner Freunde eigentümlich genug aus.

Nach dem Schlusse des Vereinigten Landtages verlebte er mit seiner jungen Frau, die er im Juli 1847 heimführte, einen stillen und glücklichen Winter in Schönhausen; bald aber schreckte ihn der Ausbruch der Märzrevolution aus seiner Ruhe empor. Als er hörte, wie in Berlin das alte Preußen zusammenzubrechen drohe, da litt es ihm nicht mehr auf seinem stillen Landsitz; er eilte selbst in die Hauptstadt; er versuchte vergeblich zum König selbst vorzudringen; er redete den ihm bekannten Prinzen und Generalen eifrig zu, daß sie den angeblich unfreien König aus den Händen der Revolutionäre befreien möchten, wenn es nicht anders ginge, mit Gewalt. Als er erkennen mußte, daß der König selbst an dem Übergang zur konstitutionellen Monarchie festhalte, hat er sich grollend gefügt, sich aber im zweiten Vereinigten Landtag in bitteren Worten gegen die Adresse ausgesprochen, die den Urhebern der neuen Ordnung den Dank des Landtags darbringen sollte. Da er weder in die preußische noch in die deutsche Nationalversammlung gewählt wurde, hatte er in den nächsten Monaten keine Gelegenheit, in öffentlicher Stellung zu wirken; um so eifriger war er hinter den Kulissen tätig, beteiligte sich an der Gründung der Kreuzzeitung und schrieb eine Reihe der wirksamsten Artikel für sie. Immer enger wurden seine Beziehungen zu der Kamarilla; durch diese kam er auch mit dem König selbst in nähere Berührung; er hat ihm damals in heftigen Worten sein Verhalten im März als unverzeihliche Schwäche vorgeworfen. Da trat die Königin, die ungesehene Zeugin des Gespräches gewesen war,

hervor und ersuchte ihn, nicht zu vergessen, daß er mit seinem König spreche. Sie verteidigte ihren Gatten; an der Räumung Berlins sei er völlig unschuldig, denn er habe damals drei Tage nicht geschlafen gehabt. Bismarck aber erwiderte schlagfertig: „Ein König muß schlafen können".

Als dann die preußische Nationalversammlung zersprengt und die Verfassung oktroyiert war, wurde auf Grund des neuen Wahlgesetzes im Februar 1849 Bismarck in die zweite Kammer gewählt. Wieder trat er hier für den christlichen Staat, für den Zunftzwang, für die Erhaltung der Herrenrechte des Adels auf dem Lande, gegen den Liberalismus auf der einen und gegen die Bureaukratie auf der anderen Seite in die Schranken; Standesinteressen, Weltanschauung, preußisches Staatsbewußtsein und taktische Rücksichten bestimmten in oft schwer entwirrbarem Zusammenwirken sein Verhalten. Am wirksamsten sprach er, als im April über Annahme oder Ablehnung der Kaiserkrone verhandelt wurde. Er war natürlich entschieden dagegen. Das Parlament, sagte er, „veranlaßt den König, seine bisher freie Krone als Lehen von der Frankfurter Versammlung anzunehmen, und wenn diese Volksvertreter es dreimal beschließen, so hat der König und jeder andere Fürst, der Untertan des engeren Bundesvolkes geworden ist, aufgehört zu regieren". „... Es wird nicht lange dauern, so werden die Radikalen vor den neuen Kaiser hintreten mit dem Reichswappen und ihn fragen: Glaubst du, dieser Adler sei dir geschenkt?" „... Die deutsche Einheit will ein jeder, den man danach fragt, sobald er nur deutsch spricht; mit dieser Verfassung aber will ich sie nicht." „... Im schlimmsten Falle will ich aber, ehe ich sehe, daß mein König zum Vasallen der politischen Glaubensgenossen der Herren Simon und Schaffrath herabsteigt, lieber, daß Preußen Preußen bleibt. Es wird als solches stets in der Lage sein, Deutschland Gesetze zu geben, nicht sie von anderen zu empfangen."

In demselben Sinne redete er, als im September 1849 der Plan der preußischen Union in der zweiten Kammer zur Debatte stand. Höhnisch spricht er von der öffentlichen Meinung als einem Wesen von zwar lärmender, aber wenig furchtbarer Natur. Und wieder wendet er sich an das preußische Selbstgefühl, indem er

die Frage aufwirft, was wohl Friedrich der Große in einer Lage wie der jetzigen getan haben würde. Er meint, es würde ihm freigestanden haben, „mit demselben Recht, mit dem er Schlesien eroberte, nach Ablehnung der Frankfurter Kaiserkrone den Deutschen zu befehlen, welches ihre Verfassung sein solle, auf die Gefahr hin, das Schwert in die Wagschale zu werfen. Das wäre eine nationale preußische Politik gewesen". ... „Wir alle wollen, daß der preußische Adler seine Fittiche von der Memel bis zum Donnersberge schützend und herrschend ausbreitet, aber frei wollen wir ihn sehen, nicht gefesselt durch einen neuen Regensburger Reichstag und nicht gestutzt an den Flügeln von jener gleichmachenden Heckenschere aus Frankfurt, von der wir uns sehr wohl erinnern, daß sie erst in Gotha zu einem friedlichen Instrument umgeschmiedet worden ist, während sie wenige Wochen vorher als drohende Waffe gegen das Preußentum und gegen die Verordnungen unseres Königs geschwungen worden ist."

Gewiß hat der Ton von Rücksichtslosigkeit und preußischer Einseitigkeit, der aus diesen Worten herausklingt, die Ohren mancher Mitglieder des christlich-romantischen Kreises sonderbar berührt. Aber sie sahen das als Erzeugnisse eines jugendlichen Übermutes und Kraftüberschusses an und freuten sich im Großen und Ganzen doch des trefflichen und wirksamen Bundesgenossen im Kampfe gegen die Linke. Einen wirklichen Einfluß auf den Gang der Dinge vermochte Bismarck natürlich nicht auszuüben, und auch als Abgeordneter im Erfurter Unionsparlament ist er nur wenig hervorgetreten. Aber er beobachtete alles, was geschah, mit brennendstem Interesse; und als Radowitz Anfang November 1850 aus dem Ministerium ausschied, da jubelte er geradezu auf und schrieb einem Freunde, er sei bei Lesung der Nachricht vor Freude auf seinem Stuhle rundherum um den Tisch geritten und habe dann viel Sekt auf die Gesundheit des Herrn von Radowitz getrunken.

In der zweiten Kammer trat er dann in seiner berühmten Olmützrede für die Politik des Ministeriums Manteuffel ein. Er betonte ganz besonders, daß ein schwerer Krieg gegen zwei Großmächte nur eines Lebensinteresses Preußens wegen geführt werden dürfe. Er sprach als seine Ansicht aus, daß die deutsche

Einheit keineswegs ein deutsches Parlament bedinge und warnte vor der Verwechslung zweier Begriffe, der deutschen Einheit und des Rechtes, auf einer deutschen Tribüne parlamentarische Vorträge zu halten; für ihn wenigstens lägen beide Begriffe weit auseinander. Die Einheit sei am besten gesichert, wenn Österreich und Preußen in freiem Einverständnis als gleichberechtigte Schutzmächte Deutschlands Geschicke leiteten. Ganz besonders scharf hat er hier den späteren Grundgedanken seiner gesamten Politik bereits formuliert: „Die einzige gesunde Grundlage eines großen Staates, und dadurch unterscheidet er sich wesentlich von einem kleinen Staate, ist der staatliche Egoismus und nicht die Romantik, und es ist eines großen Staates nicht würdig, für eine Sache zu streiten, die nicht seinem eigenen Interesse angehört." Gewinnen aber wolle Preußen ja nichts in einem möglichen Kriege, da der König selbst jede Eroberungsabsicht in der Thronrede weit von sich gewiesen habe.

Man hat sich oft genug gewundert, daß gerade ein Vorkämpfer spezifisch preußischer Machtpolitik für das Zurückweichen vor Österreich und den Olmützer Vertrag eingetreten ist; es wird doch wohl am einfachsten so zu erklären sein, daß er, ebenso wie der König, in dem Siege einer antiösterreichischen Politik den Sieg der liberalen Partei, der verhaßten Gegner in der inneren Politik, erblickte und diesen auf jeden Fall vermieden sehen wollte. Auch sträubte sich sein gesunder politischer Instinkt dagegen, daß Preußen, nachdem es tatsächlich auf die Union bereits verzichtet hatte, um einiger sachlich unbedeutender formaler Differenzen willen einen schweren Kampf beginne, zumal, wenn man, wie der Kriegsminister versicherte, nicht genügend gerüstet dazu war. Und schließlich wird ihm auch nicht unklar gewesen sein, daß König Friedrich Wilhelm IV. selbst im Falle eines Sieges nicht der Mann sein werde, ihn rücksichtslos für Preußen auszunutzen. Daß sich ein Anlaß zur Abrechnung mit Österreich, wenn man sie für nötig halte, jederzeit werde finden lassen, war seine Überzeugung und wurde auch von ihm in der Rede deutlich ausgesprochen.

Hatte schon Bismarcks früheres Auftreten das Auge des Königs auf ihn gelenkt, so war Friedrich Wilhelm IV. ganz be-

sonders angenehm von seinem Eintreten für den Vertrag von Olmütz berührt. Er freute sich, in Bismarck einen Verteidiger seiner auch von vielen konservativen Männern als unpreußisch verurteilten Politik zu finden und beschloß bald darauf in Übereinstimmung mit der Kamarilla, diesen Mann an eine Stelle zu bringen, wo er seine Fähigkeiten für das Wohl des Staates besser verwerten könne. So wurde Bismarck 1851 zum Gesandten Preußens bei dem wiederhergestellten Bundestag in Frankfurt ernannt.

* * *

Die Ernennung Bismarcks zum Bundestagsgesandten war einer der wenigen Fälle, wo Friedrich Wilhelm IV. einen wirklichen Blick für Menschen bewies. Es war gewiß kein leichter Entschluß, einen Mann, der nur in den untersten Stellen des Staatsdienstes mit recht geringem Erfolge tätig gewesen und im Parlament als schlagfertiger Redner aufgetreten war, sich sonst aber ausschließlich der wirtschaftlichen Tätigkeit eines Landjunkers gewidmet hatte, auf einen der wichtigsten und verantwortungsvollsten Posten des preußischen Staates zu stellen. Alles, was im Beamtentum groß geworden war, mußte sich über diese Bevorzugung eines Outsiders, der noch keine Leistungen aufzuweisen hatte, entsetzen. Und es entbehrt nicht eines gewissen Reizes, wahrzunehmen, daß der spätere heftigste Feind jedes parlamentarischen Regimentes seine Laufbahn eben durch das Parlament gemacht hat; denn niemals wäre das Auge des Königs auf ihn gefallen, wenn er ihm hier nicht als einer der talentvollsten Vertreter seiner Weltanschauung aufgefallen wäre. Daß übrigens Friedrich Wilhelm selbst nicht ganz ohne Bedenken bei diesem Schritte war, zeigen seine Worte in der Audienz, die er Bismarck vor seiner Abreise nach Frankfurt erteilte. Er sagte ihm, es gehöre eigentlich ein großer Mut von seiner Seite dazu, diesen Posten zu übernehmen. Bismarck aber erwiderte: „Der Mut ist ganz auf seiten Eurer Majestät"; er bewies ihm dadurch sofort, daß er wenigstens eine notwendige Eigenschaft des Diplomaten, die Geistesgegenwart, besitze.

Als Bismarck nach Frankfurt kam, hatte er noch den dringenden Wunsch, im besten Einvernehmen mit Österreich zu handeln.

Der alte Gedanke der Kamarilla, daß Österreich und Preußen gemeinsam in engster Übereinstimmung und voller Gleichberechtigung Deutschland regieren müßten, war noch in ihm lebendig. Aber schon das äußere Auftreten des österreichischen Präsidialgesandten Grafen Thun machte ihn stutzig. Dieser nutzte seine Stellung, die doch eigentlich nur ein Ehrenamt ohne wirkliche Vorzugsbefugnisse war, dazu aus, die Verhandlungen ganz in österreichischem Sinne zu leiten. Schon wenige Monate nach Antritt seines Amtes schrieb Bismarck darüber an den Ministerpräsidenten: Graf Thun sei bemüht, die Präsidialbefugnisse, gestützt auf Besitz und praktisches Übergreifen, ungebührlich zu erweitern. „Remonstrationen dagegen nimmt er mit Heftigkeit auf. Er ist gescheidter und geschäftskundiger als ich glaubte... Wenn ich in Geschäften zu ihm komme, so läßt er mich im Vorzimmer warten, um mir dann zu sagen: Er habe eben einen sehr interessanten Besuch eines englischen Zeitungskorrespondenten gehabt... Er steht nie von seinem Sitze auf, um jemand zu empfangen, bietet auch keinen Stuhl an, während er selbst sitzen bleibt und stark raucht... Ich beobachte dieses seltene Exemplar von Diplomat mit der Ruhe eines Naturforschers und schmeichle mir zu seiner gesellschaftlichen Glättung wenigstens in seiner Haltung mir gegenüber schon etwas beigetragen zu haben, ohne daß unser gegenseitiges Verhältnis den freundschaftlichen und vertraulichen Charakter verloren hätte."

Immer deutlicher lernte Bismarck in der folgenden Zeit erkennen, daß solche Äußerlichkeiten nur Symptome einer tiefer liegenden Abneigung Österreichs seien, Preußen als eine gleichberechtigte Macht anzuerkennen. Sobald er dessen sicher war, daß die österreichische Politik planmäßig darauf ausgehe, Preußens Einfluß in Deutschland möglichst einzuschränken, regte sich sein preußisches Selbstbewußtsein, und er bemühte sich, allen diesen Bestrebungen den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen. Immer wieder betonte er in seinen Berichten, daß Preußen sich in der Fürsorge für gemeinsame deutsche Interessen irgendwelcher Art von Österreich nicht überflügeln oder in den Hintergrund drängen lassen dürfe. Er ist es gewesen, der die schwierigen Verhandlungen über die Erneuerung des Zollvereins geführt und Österreichs

Absicht, seine Aufnahme in den Verein zu erzwingen, vereitelt hat. Im Laufe dieser Verhandlungen hielt er sich im Sommer 1852 mehrere Monate in Wien auf; der König hatte ihn mit einem eigenhändigen, sehr warmen Empfehlungsschreiben an den Kaiser Franz Josef versehen. Friedrich Wilhelm hatte wohl den geheimen Wunsch, sich in Bismarck einen künftigen Minister nach seinem Herzen heranzubilden, und wollte ihm Gelegenheit geben, an den wichtigsten Höfen das Terrain der auswärtigen Politik aus eigener Anschauung kennen zu lernen.

Dieser Aufenthalt in Wien hat nur dazu gedient, Bismarck in der Auffassung von der österreichischen Politik zu bestärken, die er bereits in Frankfurt gewonnen hatte. Er trat auch in der Folgezeit jedem Streben Österreichs nach Machterweiterung in Deutschland höflich, aber bestimmt entgegen und versuchte dagegen Fühlung mit Bayern und den übrigen Mittelstaaten zu gewinnen. Während des Krimkrieges war er der eifrigste Vertreter derjenigen Bestrebungen, die verhindern wollten, daß Preußen und das übrige Deutschland nach den Wünschen Österreichs und für die Interessen Österreichs ins Feuer geführt würde, und er fand in dieser Beziehung bei den Mittelstaaten lebhafte Zustimmung. Aber immer wieder drohte die Gefahr, daß der König und Manteuffel sich doch in einen Krieg hineinziehen ließen, in dem Preußen viel zu verlieren, aber nichts zu gewinnen hatte. Bismarck mußte schon froh sein, daß er dazu beitragen konnte, Preußen gegenüber dem Drängen der Kriegspartei bei seiner Neutralität festzuhalten. Mehrmals wurde er von Manteuffel nach Berlin gerufen, um ihn gegen die Pläne der Kamarilla auf der einen und der Wochenblattspartei auf der anderen Seite zu unterstützen; zuweilen aber erschien er auch ungerufen unter irgendeinem Vorwande dort, wenn der Ministerpräsident selbst ihm in gefährliche Bahnen einlenken zu wollen schien. Der Prinz von Preußen, der damals in Koblenz residierte und Bismarck häufiger sah, war anfangs mit seinem energischen Auftreten gegen Österreich sehr zufrieden gewesen, konnte aber nicht begreifen, daß Bismarck während des Krimkrieges nicht, wie er, für Preußens Anschluß an die Westmächte und den Kampf gegen Rußland eintreten wollte, und hatte einmal eine sehr heftige Aussprache mit ihm darüber.

Ganz besonders bemühte sich Bismarck, jede Verstärkung der Bundesgewalt zu verhindern, solange die Bundesversammlung in der bisherigen Weise zusammengesetzt war und unter dem leitenden Einfluß Österreichs stand. Als man Rastatt zur Bundesfestung machen und eine österreichische Besatzung dorthin legen wollte, erklärte Bismarck, zu einer derartigen Festsetzung sei Stimmeneinheit notwendig, und brachte den Plan zum Scheitern. Er war sich schon 1853 völlig klar darüber, daß „früher oder später der Bundeskarren, an dem das preußische Pferd nach vorn, das österreichische nach hinten zieht, in Trümmer gehen muß". Und in einem Privatbrief an seine Schwester rühmt er sich, daß er den Bund allmählich mit Erfolg zum Bewußtsein des durchbohrenden Gefühls seines Nichts gebracht habe. Spottend fügt er hinzu: „Das bekannte Lied von Heine: O Bund, du Hund, du bist nicht gesund!, wird bald durch einstimmigen Beschluß zum Nationalliede der Deutschen erhoben werden."

Bald ging er noch einen Schritt weiter und zog aus seinen Erfahrungen die Folgerung, daß Österreich, solange es in den Bahnen der Schwarzenbergschen Politik bleibe, als Preußens Feind zu betrachten sei. Solche Vorstellungen klingen schon an, wenn er während des Krimkrieges seine Regierung warnt, die schmucke und seefeste Fregatte Preußen möge nicht glauben, bei einem Sturme dadurch Schutz zu finden, daß sie sich an das alte wurmstichige Orlogschiff Österreich kette. Zwar war er immer bereit, mit Österreich im einzelnen Falle gemeinsam zu handeln, aber nur dann, wenn dieses eine greifbare Gegenleistung biete und überhaupt die Gleichberechtigung Preußens ehrlich anerkenne. Daß Österreich dies tun werde, wurde ihm freilich von Jahr zu Jahr unwahrscheinlicher, wie man in seinen Berichten und Briefen deutlich wahrnehmen kann. Im Februar 1855 schreibt er: „Ich war gewiß kein prinzipieller Gegner Österreichs, als ich herkam vor vier Jahren; aber ich hätte jeden Tropfen preußischen Blutes verleugnen müssen, wenn ich mir eine auch nur mäßige Vorliebe für das Österreich, wie seine gegenwärtigen Machthaber es verstehen, hätte bewahren sollen." Ausführlicher spricht er sich in einem Bericht auf den Mai 1857 aus. Nachdem Österreich das Zentralisationssystem für seinen Gesamtstaat angenommen habe,

für dessen Durchführung es die Unterstützung seiner deutschen Bevölkerungselemente nicht entbehren könne, sei es für die Donaumonarchie ganz unmöglich geworden, aus Deutschland zu weichen; sie müsse vielmehr bestrebt sein, Deutschland noch fester an sich zu ketten und dem Wachsen des preußischen Einflusses daselbst aus aller Kraft entgegenzuarbeiten; gerade deshalb könne sie von Preußen nur als Feind betrachtet werden. Ja es ist ihm bereits klar geworden, daß dieser Gegensatz nur durch einen Kampf beseitigt werden kann. „Der deutsche Dualismus, heißt es in einem Bericht aus dem April 1856, hat seit tausend Jahren gelegentlich, seit Karl V. in jedem Jahrhundert regelmäßig durch einen gründlichen inneren Krieg seine gegenseitigen Beziehungen reguliert, und auch in diesem Jahrhundert wird kein anderes als dieses Mittel die Uhr der Entwicklung auf ihre richtige Stunde stellen können. Ich beabsichtige mit diesem Räsonnement keineswegs zu dem Schlusse zu gelangen, daß wir jetzt unsere Politik darauf richten sollen, die Entscheidung zwischen uns und Österreich unter möglichst günstigen Umständen herbeizuführen. Ich will nur meine Überzeugung aussprechen, daß wir in nicht zu langer Zeit für unsere Existenz gegen Österreich werden fechten müssen, und daß es nicht in unserer Macht liegt, dem vorzubeugen, weil der Gang der Dinge in Deutschland keinen anderen Ausweg hat."

Am klarsten und großartigsten hat Bismarck dann seine Gedanken entwickelt in einer Denkschrift, die er am Schluß seiner Tätigkeit in Frankfurt am 12. Mai 1859 dem Minister des Auswärtigen eingereicht und in der er aus seinen achtjährigen Erfahrungen die Summe gezogen hat. Die Bundeseinrichtungen, wie er sie kennen gelernt hat, erscheinen ihm als eine lebensgefährliche Fessel für Preußen; wollte man sich in der auswärtigen Politik den Beschlüssen der Mehrheit des Bundestags fügen, so würde jede Autonomie der preußischen Politik aufhören. Daher müsse Preußen nicht auf eine Stärkung, sondern auf möglichste Schwächung und Lockerung des Bundesverhältnisses ausgehen, und womöglich bei einer Überschreitung der Kompetenz, wozu immer Neigung vorhanden sei, die Gelegenheit zur Sprengung des ganzen Bundes benutzen. „Je unzweideutiger die

Verletzung zutage tritt, desto besser... Das Wort deutsch für preußisch möchte ist erst dann auf unsere Fahnen geschrieben sehen, wenn wir enger und zweckmäßiger mit unseren übrigen Landsleuten verbunden wären als bisher. Es verliert von seinem Zauber, wenn man es schon jetzt in Anwendung auf den bundestäglichen Nexus abnutzt... Das Bundesverhältnis ist ein Gebrechen Preußens, das über kurz oder lang ferro et igni geheilt werden muß."

Es bedarf keines Beweises, daß Bismarck mit diesen Anschauungen aus dem Gedankenkreise der Kamarilla vollständig hinausgetreten war. Gehörte dort, vom Gesichtspunkt der allgemeinen Weltanschauung aus betrachtet, das Zusammengehen mit Österreich zu den selbstverständlichen Pflichten einer guten preußischen Politik, so erschien von dem Standpunkt Bismarcks aus, der allein das preußische Staatsinteresse gelten ließ, Österreich als der natürliche Feind. Aber auch nach einer anderen Richtung hin hat sich Bismarck in Frankfurt von dem, was die Brüder Gerlach dachten und erstrebten, weit entfernt; er hat über die Bedeutung einer Volksvertretung für den modernen Staat wesentlich anders denken gelernt.

Früher hatte Bismarck das Wirken einer Volksvertretung immer unter dem Gesichtspunkt betrachtet, daß es die Macht des Staates schwäche, einheitliches und schnelles Handeln, namentlich nach außen hin, erschwere oder unmöglich mache. Die Lenksamkeit der preußischen Kammern nach 1850 zeigte ihm bereits, daß es unter Umständen möglich sei, mit einem Parlament zu regieren, ohne daß die Machtstellung des Staates darunter leide. Kann doch eine Kammer, die der öffentlichen Meinung des Landes Ausdruck gibt, wenn sie mit der Regierung übereinstimmt, deren Aktionsfähigkeit nach außen hin wesentlich verstärken. Namentlich in wirtschaftlichen Fragen hielt er die Mitwirkung der Bevölkerung und ihrer Vertreter für wünschenswert und notwendig, während er nach wie vor der Meinung blieb, daß parlamentarische Versammlungen nicht imstande seien, die auswärtige Politik eines großen Staates mit Erfolg zu leiten. Dazu kam in Frankfurt die Erkenntnis, daß die Regierungen der mittleren und kleineren Staaten ihren Parlamenten gegenüber ohnmächtig und mit ihrer

Hilfe leicht zu beeinflussen seien, während auf der anderen Seite Österreich in jeder Stärkung parlamentarischer Einrichtungen eine Bedrohung seiner Stellung sah. Preußen konnte also eine Verfassung ohne Schaden ertragen und sogar Nutzen von ihr haben, Österreich aber nicht. Man kann es in seinen Berichten wieder deutlich verfolgen, wie er von dieser Erkenntnis aus mehr und mehr dazu kommt, seiner Regierung auch für ihre innere Politik strenge Beobachtung der Verfassung, ruhiges Verhandeln mit den Liberalen, freiere Behandlung der Presse zu empfehlen. Nur müsse man sich hüten, das Heft aus der Hand zu verlieren; niemals dürfe man dem Landtag mehr Rechte zugestehen, als ihm in der Verfassung mit ausdrücklichen Worten eingeräumt seien. In einem Schreiben, das er im März 1858 an einen Abgeordneten gerichtet hat, bezeichnet er bereits die Errichtung eines Zollparlamentes im Zollverein als notwendig und sagt geradezu: „Kammern und Presse können das mächtigste Hilfsmittel unserer auswärtigen Politik werden ... Kammern und Presse müßten die deutsche Zollpolitik breit und rückhaltlos aus dem preußischen Standpunkte diskutieren, dann würde sich ihnen die ermattete Aufmerksamkeit Deutschlands wieder zuwenden und unser Landtag für Preußen eine Macht in Deutschland werden. Ich wünschte den Zollverein und den Bund nebst Preußens Stellung zu beiden in unseren Kammern dem Seziermesser der schärfsten Kritik unterzogen zu sehen; davon kann der König, seine Minister und deren Politik, wenn sie ihr Handwerk verstehen, nur Vorteil haben."

Am schärfsten aber erkennen wir den Gegensatz zwischen Bismarck und seinen früheren politischen Freunden darin, daß er mit steigender Schärfe und Bewußtheit eine Politik verwarf, die sich überhaupt auf Grundsätze, anstatt auf das wohlverstandene Interesse des eigenen Staates gründe. „Das Interesse Preußens, schreibt er im Februar 1856, ist mir das einzige Gewicht, dem ich bei Abwägung in der Politik eine normale Geltung beilege." Daher erschien es ihm auch verkehrt, wenn man in der auswärtigen Politik nur mit solchen Mächten zusammengehen wolle, die auf den gleichen politischen Prinzipien beruhten, wie der eigene Staat; vielmehr dürfe man nur fragen, ob ein Bündnis im Augenblick Nutzen oder Schaden bringe. Er sah nicht ein,

warum man nicht unter Umständen auch einmal mit Frankreich zusammengehen, oder wenigstens die Befürchtung, daß es geschehen könne, bei anderen erwecken solle; denn „als Schreckschuß kann man alles brauchen". Da er die Abneigung des Königs gegen das „revolutionäre" Frankreich kannte, war er so vorsichtig, ein solches Bündnis zunächst nur dann als möglich hinzustellen, wenn man es als das kleinere von zwei Übeln wählen müsse, oder wenn Rußland der Dritte im Bunde sei. Am klarsten tritt seine Grundanschauung in einem Bericht aus dem Juli 1857 hervor, in dem er bestreitet, daß der Gegensatz von konservativen und revolutionären Mächten für die auswärtige Politik irgendwelche Bedeutung haben könne. Fast alle bestehenden Mächte beruhten auf Revolutionen, sogar das immer als besonders konservativ gepriesene England. Der richtige Grundsatz sei: „In der Politik tut niemand etwas für den anderen, wenn er nicht auch zugleich sein eigenes Interesse dabei findet." Auch später wird er nicht müde, die Lehre von der Solidarität der konservativen Interessen aller Länder für eine gefährliche Fiktion zu erklären.

* * *

Wir können den Wert dieser Frankfurter Jahre für Bismarcks politische Entwicklung gar nicht hoch genug anschlagen. Es ist doch seine eigentliche Lehrzeit als Staatsmann gewesen. Nicht als ob er hier die zum Staatsmanne notwendigen Eigenschaften erst erworben hätte; sie waren ihm angeboren, bedurften aber, um wirksam werden zu können, zu ihrer Ergänzung der politischen Erfahrung; und diese hat ihm Frankfurt gegeben. Hier lernt er, wie er selbst gesagt hat, den „Fuchsbau" des Bundestags" mit allen seinen Ein- und Ausgängen bis auf die Notröhren kennen und zugleich den ganzen Jammer der deutschen Kleinstaaterei lebendig empfinden. Da er zugleich preußischer Gesandter bei den benachbarten süddeutschen Höfen war, hatte er Gelegenheit genug, die dort herrschenden Gesinnungen und die tonangebenden Persönlichkeiten zu studieren. Er kannte daher Menschen und Dinge in Deutschland, wie kaum ein anderer. Innerlich hat er sich erst hier von dem Doktrinarismus der Kreuzzeitungspartei völlig frei gemacht, die bereits früher im Keime vorhandene eigene politische Anschauungsweise zu voller Klarheit entwickelt, und sie von dem

Gebiet der auswärtigen Politik auch auf das innere Staatsleben übertragen. Freilich war die innere Umwandlung, die er hier durchgemacht hat, zunächst nur den wenigen Menschen bekannt, die von seinen Berichten und Denkschriften Kenntnis erhielten. Auch Prinz Wilhelm hat damals wohl kaum eine zutreffende Vorstellung davon gewinnen können. Denn wenn er nach Übernahme der Regentschaft Bismarck aus Frankfurt entfernte und ihn zum Botschafter in Petersburg ernannte, worin allerdings eine Beförderung im diplomatischen Dienste lag, so wird dies seinen Grund doch hauptsächlich darin gehabt haben, daß der Regent und sein neues Ministerium in ihm immer noch einen Freund der Kamarilla erblickten und einem solchen die Vertretung der preußischen Interessen gegenüber Österreich und den deutschen Staaten nicht glaubten anvertrauen zu können.

Bismarck selbst war von dieser Wendung seines Schicksals völlig überrascht und nicht gerade erfreut. Er sprach davon, daß er sich unter Umständen „unter die Kanonen von Schönhausen zurückziehen" werde; und ein anderes Mal sagt er, man habe ihn an der Newa kaltgestellt. Allmählich aber fand er sich in den neuen Wirkungskreis hinein, und es ist für ihn doch von hoher Bedeutung gewesen, daß er nun aus dem immerhin kleinlichen Betriebe der Bundespolitik in die freiere Atmosphäre der großen europäischen Angelegenheiten versetzt wurde, daß er auch die Verhältnisse und die leitenden Persönlichkeiten eines der mächtigsten Nachbarstaaten aus der Nähe kennen lernte.

Mit lebhafter Sorge und Mißbilligung hat er von Petersburg aus die Politik des Regenten während des italienischen Krieges verfolgt. Er fürchtete anfangs, man werde sich „mit dem nachgemachten 1813er von Österreich besoffen machen lassen und Torheiten begehen". „Wenn wir Österreich zum Siege verhülfen, schreibt er seinem Bruder, so würden wir ihm eine Stellung verschaffen, wie es sie in Italien nie und in Deutschland seit dem Restitutionsedikt im 30jährigen Kriege nicht gehabt hat; dann brauchen wir einen neuen Gustav Adolf oder Friedrich II., um uns erst wieder zu emanzipieren." Sein Wunsch wäre gewesen, daß Preußen die Niederlage Österreichs in Italien ruhig mit ansehe, das neue italienische Staatswesen offen anerkenne, nur

seine eigenen Interessen fest ins Auge fasse, und jeden Wunsch Österreichs, Preußen mittels des Bundestags zur Hilfsleistung zu zwingen, mit Sprengung des Bundes beantworte. Wenn Preußen sich nur fest auf sich selber stelle und der eigenen Kraft vertraue, würde es leicht die übrigen deutschen Staaten an sich heranziehen können, und diese würde bald einsehen, daß Österreich sie nur für seine Interessen ausnutzen wolle. Es war eine Politik, die gewiß Chancen gehabt hätte, deren Kühnheit freilich dem vorsichtigen und gewissenhaften Regenten viel zu weit ging.

Im Begriff, von seinem Sommerurlaub in Deutschland nach Petersburg zurückzukehren, erkrankte Bismarck im November 1859 heftig an einer Lungenentzündung und lag den ganzen Winter über in dem Hause seines Freundes, des Herrn von Below auf Hohendorf krank darnieder. Dann wollten ihn die Ärzte in den Süden schicken. Da es aber gerade die Zeit war, wo der Heereskonflikt begann und die innere Situation des preußischen Staates immer bedenklicher wurde, so brachte er es nicht übers Herz, seine Reise von Berlin aus weiter fortzusetzen. Roon wünschte ihn schon damals in das Ministerium zu bringen, konnte aber den Regenten nicht dafür gewinnen. Diesem erschien Bismarck als zu gewalttätig und rücksichtslos, zu gleichgültig gegen alle moralischen und legitimistischen Bedenken; er fürchtete, von ihm weiter vorwärts gerissen zu werden, als er eigentlich gehen wollte. Er mochte nicht ganz die Meinung seines Bruders teilen, der einst über Bismarck geschrieben hatte: „Roter Reaktionär; nur zu gebrauchen, wenn das Bajonett schrankenlos waltet"; aber etwas von dieser Bewertung des unheimlichen Feuergeistes war doch auch bei ihm vorhanden. Bismarck kehrte Anfang Juni 1860 auf seinen Petersburger Posten zurück; wieder war er ohne jeden Einfluß und konnte nur abwarten, wie die Dinge sich weiter entwickeln würden.

Im Sommer 1861 trat dann nochmals die Frage auf, ob er nicht Minister werden solle. Der Heereskonflikt hatte sich weiter verschärft, und Roon hatte, wie es scheint, vom König die Vollmacht erhalten, Bismarck zu sondieren. Dieser wäre an sich bereit gewesen in das Ministerium einzutreten und für die Rechte der Krone gegen den überwiegenden Einfluß des Parlaments mit

aller Entschiedenheit zu kämpfen; aber er verlangte als notwendige Vorbedingung eine Schwenkung in der auswärtigen Politik. „Nur durch eine Schwenkung in unserer auswärtigen Haltung, schrieb er an Roon, kann, wie ich glaube, die Stellung der Krone im Inneren von dem Andrang degagiert werden, dem sie auf die Dauer sonst tatsächlich nicht widerstehen dürfte." Er verlangte namentlich rücksichtsloseres Auftreten gegen die kleineren deutschen Dynastien. „Ich bin meinem Fürsten treu bis in die Vendée, aber gegen alle anderen fühle ich in keinem Blutstropfen eine Spur von Verbindlichkeit, den Finger für sie aufzuheben. In dieser Denkungsweise fürchte ich von der unseres allergnädigsten Herrn so weit entfernt zu sein, daß er mich schwerlich zum Rate seiner Krone geeignet finden wird. Deshalb wird er mich, wenn überhaupt, lieber im Innern verwenden. Das bleibt sich aber meines Erachtens ganz gleich, denn ich verspreche mir von der Gesamtregierung keine gedeihlichen Resultate, wenn unsere auswärtige Haltung nicht kräftiger und unabhängiger von dynastischen Sympathien wird, an denen wir aus Mangel an Selbstvertrauen eine Anlehnung suchen, die sie nicht gewähren können und die wir nicht brauchen." Am Schluß dieses Briefes faßte Bismarck seine persönliche Empfindung dahin zusammen: „Ich werde mich nicht drücken, denn ich mag mir keiner Feigheit bewußt sein; aber wenn in vierzehn Tagen dieses Gewitter spurlos an mir vorübergegangen und ich ruhig bei Muttern wäre, so würde ich mir einen Entensteiß wünschen, um vor Befriedigung damit wackeln zu können." Als er dann am nächsten Morgen diese Worte noch einmal durchlas, schienen sie ihm aber doch zu ablehnend, und er fügte noch ausdrücklich hinzu: „Geht der König einigermaßen auf meine Meinung ein, dann greife ich das Werk mit Freuden an."

In der Tat hatte Bismarck nicht Unrecht mit der Befürchtung, daß der König gegen sein Programm Bedenken haben werde. Wilhelm lebte doch viel stärker im Gedankenkreise des Legitimismus; er würde gewiß tief erschrocken gewesen sein, wenn er solche Worte gelesen hätte, wie Bismarck sie damals über die deutschen Fürsten an Roon oder gar kurze Zeit darauf an Herrn von Below schrieb, wo er sich über „den ganz unhistorischen, gott-

und rechtlosen Souveränitätsschwindel der deutschen Fürsten, welche unser Bundesverhältnis als Piedestal benutzen, von dem herab sie europäische Macht spielen", sehr bitter aussprach. So viel aber setzte Roon doch durch, daß Bismarck im Juli 1861 zu einer Besprechung mit dem König nach Baden-Baden zitiert wurde und hier den Auftrag erhielt, seine Ansichten über die Lösung der deutschen Frage in einer ausführlichen Denkschrift niederzulegen. Darin verlangte Bismarck eine gründliche Umgestaltung des Bundes, namentlich die Einrichtung einer Volksvertretung und die Ausdehnung der Bundeskompetenz auf das Heerwesen und die Wirtschaftspolitik, alles natürlich unter der Voraussetzung, daß Österreich ausscheide. Zur Erreichung dieses Zieles empfahl er den Weg friedlicher Verhandlungen mit den einzelnen deutschen Staaten, und um dem König den Gedanken einer Volksvertretung beim Bunde annehmbarer zu machen, schlug er vor, daß deren Mitglieder nicht direkt von der Bevölkerung, sondern von den einzelnen Landtagen gewählt werden sollten. In der auswärtigen Politik riet er gute Beziehungen zu Frankreich anzuknüpfen, wenn er auch die Gefährlichkeit der Pläne Napoleons III. keineswegs leugnete.

Diese Denkschrift enthielt ganz gewiß nicht Bismarcks letzte Gedanken und Ziele; sie war darauf berechnet, den König davon zu überzeugen, daß seine Pläne keineswegs so gefährlich seien, wie jener annehmen mochte. Aber schon das, was hier gesagt war, ging dem König zu weit, so daß er von Bismarcks Ernennung zum Minister auch damals absah. Ob des Königs Entschluß, den früheren Besuch Napoleons jetzt zu erwidern und den Grafen Bernstorff, dessen Anschauungen sich in manchen Punkten mit denen Bismarcks berührten, zum Minister des Auswärtigen zu ernennen, mit der Unterredung von Baden-Baden in ursächlichem Zusammenhang steht, muß dahingestellt bleiben. Daß der Zollverein im Sommer 1862 einen Handelsvertrag mit Frankreich abschloß, bedeutete jedenfalls einen Schritt in der von Bismarck gewünschten Richtung.

Inzwischen hatten im Frühjahr 1862, wie wir wissen, die liberalen Mitglieder des Ministeriums ihre Entlassung nachgesucht, und es tauchte nun zum dritten Male die Frage auf, ob nicht

Bismarck für eines von ihnen eintreten solle. Roon war wieder aufs eifrigste dafür tätig; Bismarck wurde von Petersburg nach Berlin zitiert, aber schließlich entschied sich der König doch dafür, ihn nicht zum Minister, sondern zum Botschafter in Paris zu ernennen. Auch das konnte als ein Zugeständnis insofern gelten, als Bismarck nun Gelegenheit erhielt, die von ihm gewünschten besseren Beziehungen zu Frankreich selbst anzuknüpfen. Und wenn ihn der König bei der Abschiedsaudienz aufforderte, auf dem Qui vive zu bleiben, so lag darin doch eine Anspielung darauf, daß man ihn vielleicht bald wieder zurückrufen werde. In der Tat hatte sich der König wohl allmählich an die Vorstellung gewöhnt, Bismarck unter den Räten seiner Krone zu sehen, wollte ihm aber nur das Ministerium des Inneren, nicht aber die Leitung der auswärtigen Politik anvertrauen, während Bismarck ja gerade durch eine erfolgreiche auswärtige Politik die Möglichkeit zur Beseitigung der inneren Schwierigkeiten glaubte gewinnen zu können.

Während des ganzen Sommers 1862 war Bismarck immer darauf gefaßt, plötzlich nach Berlin gerufen zu werden, um, wenn es not tue, in die Bresche zu springen. Er hat selbst an Roon Ratschläge über den Zeitpunkt seiner eventuellen Berufung gelangen lassen. Wenn die Opposition im Abgeordnetenhause mürbe werde, „fühlt, daß sie das Land langweilt, dringend auf Konzessionen seitens der Regierung hofft, um aus der schiefen Stellung erlöst zu werden, dann ist meines Erachtens der Moment gekommen, ihr durch meine Ernennung zu zeigen, daß man weit entfernt ist, den Kampf aufzugeben, sondern ihn mit frischen Kräften aufnimmt. Das Zeigen eines neuen Bataillons in der ministeriellen Schlachtordnung macht dann vielleicht einen Eindruck, der jetzt nicht erreicht werden würde; besonders wenn vorher etwas mit Redensarten von Oktroyieren und Staatsstreicheln gerasselt wird, so hilft mir meine alte Reputation von leichtfertiger Gewalttätigkeit, und man denkt: Nanu geht's los! Dann sind alle Zentralen und Halben zum Unterhandeln geneigt."

So war Bismarck also nicht unvorbereitet, als ihn im September, während er sich auf einer Urlaubsreise in Südfrankreich

befand, kurz nacheinander zwei Telegramme Roons erreichten, von denen das erste lautete: „Die Birne ist reif", während das zweite, da nicht sogleich Antwort erfolgte, durch die Worte: „Periculum in mora" zur Beschleunigung der Reise antreiben sollte. Bismarck eilte in der Tat, so schnell er konnte, nach Berlin, und kam hier, wie wir gesehen haben, gerade rechtzeitig an, um den König noch sprechen zu können, bevor dieser seine Abdankungsurkunde unterzeichnete.

Am 22. und 23. September fanden in Babelsberg die entscheidenden Unterredungen zwischen Wilhelm und Bismarck statt. Der König sagte, er müsse abdanken, da er die vom Landtag geforderten Zugeständnisse nicht machen könne und keine Minister fände, welche die Regierung im Widerspruch mit der Mehrheit der Zweiten Kammer führen wollten. Bismarck erklärte sich hierzu bedingungslos bereit und machte sich anheischig, eine genügende Anzahl von anderen gleichgesinnten Mitarbeitern zu finden. Darauf sagte der König, dann sei es seine Pflicht, es mit ihm zu versuchen. Er holte nun ein engbeschriebenes Manuskript hervor, das eine Art Regierungsprogramm enthielt und auf das er Bismarck festzulegen gedachte. Bismarck hat es wahrscheinlich mitgenommen und gelesen; aber er wollte sich nicht gern binden lassen; er wies in der zweiten Unterredung darauf hin, daß sich doch nicht alle Eventualitäten im voraus berechnen ließen; der augenblicklich die Lage beherrschende Gegensatz sei der zwischen Königs- und Parlamentsherrschaft; in diesem Kampfe werde er den König nicht verlassen und stets bereit sein, auch solche Befehle auszuführen, die er selbst nicht für richtig halte; er werde sich nicht als konstitutioneller Minister, sondern als persönlicher Diener des Königs betrachten; aber auf Einzelheiten könne er sich nicht verpflichten. Nach einigem Besinnen zerriß der König das Schriftstück, und Bismarck behielt also für seine Tätigkeit freie Hand. Noch am 23. September erfolgte seine Ernennung zum Staatsminister und zum interimistischen Vorsitzenden des Staatsministeriums.

Bismarck war jetzt 47 Jahre alt und stand auf der Höhe seiner Kraft und Leistungsfähigkeit. Seine imponierende hünenhafte Ge-

stalt, das scharf gezeichnete Gesicht mit den hell und durchdringend blickenden mächtigen Augen, sein weltmännisch sicheres Auftreten ließen ihn, schon rein äußerlich betrachtet, als eine ungewöhnliche Persönlichkeit erscheinen. Seine umfassende Kombinationsgabe, seine nie versagende Schlagfertigkeit und seine sichere Beobachtungsgabe hätten ihm in jeder Stellung eine hervorragende Wirksamkeit gesichert, befähigten ihn aber ganz besonders zum Politiker. Seine feine geistige Bildung, seine Meisterschaft in der Beherrschung der Sprache, sein sprudelnder Geist und sein urwüchsiger Humor hoben ihn auch rein menschlich weit über das Niveau eines bloßen politischen Fachmannes empor.

Seit anderhalb Jahrzehnten stand er im politischen Leben; seit mehr als einem Jahrzehnt war die Politik sein eigentlicher Beruf und wichtigster Lebensinhalt geworden. Er hatte reiche Erfahrungen gesammelt, und sein Programm stand in den Grundzügen fest. Der unerschütterliche Glaube an Preußens Bestimmung, die Vormacht Deutschlands zu werden, bildete den Ausgangspunkt seines Denkens und Wollens. Die fremden Diplomaten, die mit ihm zu tun hatten, wußten das alle, denn er machte nie ein Hehl daraus; sie nannten das seine fixe Idee und sprachen von ihm wie von einem Manne, der seine ungewöhnlichen geistigen Gaben im Streben nach einem Phantom vergeude. Bismarck hatte deutsch empfunden von frühester Jugend an; aber es war weder die gefühlsselige Schwärmerei der Romantik, noch das Sehnen der Liberalen und Demokraten nach einem gemeinsamen inneren Staatsleben, nach freien Institutionen und einer mächtigen deutschen Volksvertretung, was ihn beseelte. Ihm kam es vor allen Dingen darauf an, daß Deutschland wieder etwas in der Welt bedeute, frei bleibe von fremden Einflüssen und lieber selbst seiner geistigen und physischen Stärke gemäß den Nachbarn seinen Willen aufzwinge. Ebenso sicher aber war es ihm, daß eine Organisation der deutschen Volkskraft, die Deutschlands Macht für die Dauer gewährleiste, nur von Preußen geschaffen werden könne, wenn es die militärische und diplomatische Führung über die kleineren Staaten erlange. Jede Machtsteigerung Preußens kommt Deutschland zugute, jede Beschränkung seiner

Selbständigkeit und Kraft schädigt Deutschland, das war seine unerschütterliche Überzeugung.

Von diesen Grundanschauungen aus ist Bismarck erst allmählich zu der Erkenntnis gelangt, daß auch ein gewisses Maß innerer Gemeinsamkeit für Deutschland nötig sei; als er Minister wurde, wollte er bereits ein deutsches Parlament, dessen Kompetenz allerdings streng auf die wirtschaftlichen und die eng mit ihnen verbundenen rechtlichen Angelegenheiten beschränkt sein sollte. Die kleineren Staaten wollte er möglichst schonen, wenn sie sich der preußischen Hegemonie ohne Widerstand fügten; Österreichs Gegnerschaft, die er als selbstverständlich voraussetzte, wollte er mit Waffengewalt niederschlagen; mit Rußland und Frankreich wünschte er gute Beziehungen zu unterhalten, damit sie Preußen bei diesem schweren Kampfe wenigstens nicht in den Rücken fielen. Von den Liberalen erwartete er keine erhebliche Unterstützung, da er wohl wußte, daß seine Pläne ihnen in der unitarischen Richtung nicht weit genug gingen. Von den Regierungen der kleineren Staaten hoffte er, daß sie wenigstens teilweise, aus Furcht vor völliger Vernichtung im Falle eines preußischen Sieges, gegen Österreich mitkämpfen oder doch neutral bleiben würden; sollten sie es vorziehen, mit Österreich gegen Preußen zu kämpfen, so fürchtete Bismarck auch diese Möglichkeit nicht, da er ihre militärische Leistungsfähigkeit für äußerst gering hielt. Auch war er damals schon mit dem Gedanken vertraut, daß das Notwendigste die Hegemonie Preußens über Norddeutschland sei; wurde sie erreicht, so konnte man, wenn es nicht anders ging, den Süden vorläufig in der alten losen Verbindung mit dem Norden lassen und mußte nur die Möglichkeit zu einer späteren engeren Vereinigung offen halten.

Im Inneren war er entschlossen, die Selbständigkeit der Krone gegen ein parlamentarisches Regime mit allen Mitteln, unter Umständen durch eine vorübergehende Diktatur der Regierung zu behaupten; keineswegs aber wollte er zum Absolutismus zurückkehren; er hielt sowohl für Preußen wie für Deutschland die Mitwirkung einer Volksvertretung in der Leitung der öffentlichen Angelegenheiten für notwendig, vorausgesetzt, daß sich diese innerhalb der Schranken halte, die ihm im Interesse der aus-

wärtigen Machtstellung des Staates notwendig erschienen. Denn die letztere blieb für ihn immer das Ausschlaggebende; nie hat er die Fragen der inneren Politik unter einem anderen Gesichtspunkt betrachtet; stets war für ihn bei der Lösung jeder inneren Frage entscheidend, ob sie die Macht des Staates nach außen erhöhen oder schwächen werde.

Von Romantik oder Doktrinarismus war nichts mehr in ihm; es war eine seiner größten Gaben, die Dinge zu sehen, wie sie wirklich waren, und die Folgen der einzelnen Maßregeln, die er plante, mit verblüffender Sicherheit abschätzen zu können. Es kam ihm nicht darauf an, in der Politik irgendeine Weltanschauung zur Herrschaft zu bringen, sondern nur die Interessen seines Staates zu vertreten; die politischen Theorien und Überzeugungen beurteilte er nicht danach, ob sie richtig oder falsch seien, sondern er fragte sich lediglich, wie stark ihr Anhang sei, wie weit man daher mit ihnen rechnen müsse, wenn man bestimmte Erfolge erreichen wolle. Dabei aber war er nicht bloß ein kalter Rechner und Verstandesmensch, wie etwa Richelieu; oft genug trieb ihn sein brausendes Temperament zu Äußerungen, die er bei ruhigem Blute nicht getan haben würde. Mächtige Leidenschaften und starke Gefühle waren stets in ihm lebendig; seine Frau, seine Familie, seine Heimat, seinen Staat, sein Königshaus umfaßte er mit starker, inniger Liebe und Hingebung; aber für die Menschheit als Ganzes oder für Menschen, an die ihn keine derartigen Gefühlsbande knüpften, empfand er keine innere Verpflichtung; er scheute sich niemals, sie denen zu opfern, die er liebte. Oft ist ihm daher Menschenverachtung vorgeworfen worden; er hatte sie nicht mehr und nicht weniger als jeder große Staatsmann oder Feldherr, der ja immer bereit sein muß, für die Erreichung großer Ziele Menschenkräfte zu verbrauchen und Menschenleben zu opfern. Daß Bismarck in der Wahl seiner Mittel rücksichtslos war, daß er auch die Künste der Intrigue und der Irreführung des Gegners meisterhaft zu handhaben verstand, ist bekannt genug. Aber wann wäre jemals ein Staatsmann in der Welt, wie sie nun einmal ist, ohne solche Mittel ausgekommen? Gegen den Vorwurf der Gewissenlosigkeit, der aus dieser Rücksichtslosigkeit oft hergeleitet worden ist, hat sich Bis-

marck selbst gelegentlich einmal verteidigt mit den Worten: „Wer mich einen gewissenlosen Politiker schilt, tut mir unrecht und soll sich sein Gewissen auf diesem Kampfplatze erst selbst einmal versuchen.“ Dennoch wird man ohne weiteres zugeben müssen, daß sein politisches Gewissen erheblich weiter war als das private. Er neigte seiner leidenschaftlichen, kampffreudigen Natur gemäß immer dazu, jeden Widerstand mit Gewalt niederzuschlagen, und hielt dem stärkeren Feinde gegenüber jedes Mittel der Täuschung und Überlistung für erlaubt. Bedenklicher war es, daß er auch seinen Freunden und Mitstreitern gegenüber solche Mittel nicht verschmähte, wenn sie seiner Leitung nicht folgen wollten; sogar bei seinem königlichen Herrn hat er es mit der Wahrheit nicht allzu genau genommen, wenn er ihn auf andere Art zu Entschlüssen, die er im Interesse des Staates für notwendig hielt, nicht glaubte bringen zu können.

Seine Politik wirkte auf die Zeitgenossen zunächst deshalb geradezu verblüffend, weil man aus der vergangenen Periode her noch durchaus gewöhnt war, politische Dinge von dem Boden der Theorien aus, die man als unbedingte Wahrheiten betrachtete, zu beurteilen, während Bismarck für die Heiligkeit der Theorie nicht den geringsten Sinn besaß und theoretische Schlagworte nur als Kampfmittel für bestimmte Zwecke benutzte. Vor der öffentlichen Meinung, überhaupt vor der Meinung anderer, hatte er stets geringen Respekt; denn er war sich bewußt, daß es für den Leiter eines großen Staates nicht auf Meinen und Reden, sondern auf das Handeln ankomme. Journalisten und Parlamentarier, so meinte er, hätten es leicht, darüber zu schreiben und zu reden, was vernünftig sei und geschehen müsse; sie hätten die Folgen nicht zu tragen, wenn ihre Ratschläge zu schlechten Ergebnissen führten, weil sie nicht verantwortlich seien für die Taten oder Unterlassungen der Regierung.

Bismarcks größte politische Eigenschaft, die ihn erst recht eigentlich zum leitenden Staatsmann vorausbestimmt erscheinen ließ, war aber gerade seine Verantwortungsfreudigkeit. Was er für richtig hielt, dafür setzte er seine Person und seine Ehre rücksichtslos ein, und niemals dachte er an die möglichen Folgen eines Fehlschlages für sich selbst. Wohl strebte er mit aller Kraft und

aller Klugheit, die er besaß, nach dem Besitz der Macht; wohl zitterte er vor Erregung, wenn sich seinem Willen innerhalb des eigenen Staates Hindernisse in den Weg stellten, und wünschte sich, frei und ungehindert über das Ganze disponieren zu können; aber niemals war ihm die persönliche Macht Selbstzweck; sie war ihm nur wertvoll als Mittel zur Erreichung seiner Ziele und zur Stärkung seines Staates, als notwendige Basis eigenen positiven Schaffens; den äußeren Glanz und den persönlichen Genuß, den ihr Besitz gewähren konnte, hat er immer gering geschätzt. Jeden Augenblick wäre er bereit gewesen, die glänzende Stellung eines Ministerpräsidenten wieder mit dem bescheidenen, aber unabhängigen Dasein eines sorglosen Landedelmannes zu vertauschen, wenn er nicht das Bewußtsein gehabt hätte, daß er als Minister für sein Vaterland etwas leisten könne, wozu andere nicht imstande seien, und daß es seine eigentliche Bestimmung sei, diese Leistungen zu vollbringen. Er wußte, daß er vor der ganzen Welt und vor seinem eigenen Volk und König als ein gewissenloser Charlatan, ja als ein Verräter dastehen werde, wenn seine Politik mißlinge, wenn namentlich Preußen in dem großen Machtkampf gegen Österreich unterliege, den er herbeizuführen entschlossen war. Er hätte die Niederlage Preußens gewiß nicht überlebt. Er hatte sein Schicksal an das seines Staates gekettet, und nur eine höhere Gewalt, sein König oder der Tod, hätte ihm das Steuer wieder aus der Hand reißen können, nachdem er es einmal ergriffen hatte.

Zweites Kapitel

Die europäische Lage

Mit Bismarck trat wieder ein Staatsmann an die Spitze Preußens, der in erster Linie Diplomat war, und dem daher die auswärtige Politik als das erste und wichtigste Lebensinteresse seines Staates erschien. Zugleich ein Mann, der seine diplomatischen Erfahrungen nicht nur in Deutschland, sondern daneben an den größten Höfen Europas gesammelt hatte, und der doch wieder nicht so lange aus seiner Heimat entfernt gewesen war, daß er dem üblichen Diplomatenschicksal hätte verfallen können, den heimischen Interessen und Anschauungen durch das dauernde Leben im Auslande entfremdet zu werden. Weil er aber den gesamten Horizont der europäischen Politik zu überblicken gewohnt war, stand es ihm von vornherein fest, daß die deutsche Frage zugleich und vielleicht vorwiegend eine europäische Frage sei. Er wußte ganz genau, daß bei der eigenartigen Lage der rechtlichen und tatsächlichen Verhältnisse das Verlangen so vieler eifriger Patrioten, daß Deutschland die Probleme seines öffentlichen Lebens ganz nach seinen eigenen Bedürfnissen und ohne jede Rücksicht auf das Ausland lösen solle, unerfüllbar sei. Österreich und Preußen waren europäische Großmächte und als solche in alle Händel des Weltteils verflochten; als Besitzer von Holstein und Luxemburg waren der König von Dänemark und der König der Niederlande Mitglieder des deutschen Bundes, obwohl ihre wesentlichen Interessen außerdeutscher Art waren. Dazu stand die Bundesverfassung als Ganzes unter der Garantie aller europäischen Großmächte und gewährte diesen das unzweifelhafte Recht, gegen jede einseitige Veränderung der darin festgelegten Prinzipien Einspruch zu erheben. Daß es sich so verhielt, war gewiß im nationalen Interesse bedauerlich; aber es war das Er-

gebnis der gesamten deutschen Geschichte, und jedenfalls eine Tatsache, die sich nicht dadurch aus der Welt schaffen ließ, daß man die Augen vor ihr verschloß. Dazu kam, daß jede Veränderung der deutschen Verhältnisse in der Richtung auf eine stärkere Zusammenfassung der militärischen und politischen Kräfte unter Preußens Führung eine derartige Machtverschiebung innerhalb des europäischen Staatensystems bedeutete, daß sich von vornherein nicht annehmen ließ, die übrigen Großmächte würden einer solchen Entwicklung unbeteiligt zusehen.

Namentlich ließ sich dies nicht von Frankreich erwarten. Seit den Zeiten Richelieus und Ludwigs XIV. galt es den Franzosen als ausgemacht, daß die Machtstellung ihres Landes auf der Zerrissenheit Deutschlands beruhe; und es ließ sich nicht leugnen, daß darin eine gewisse Wahrheit lag. Niemals hätte Ludwig XIV. seine gewaltige Stellung behaupten können, wenn es ihm nicht gelungen wäre, eine Reihe von deutschen Fürsten in sein Interesse zu ziehen und dadurch, sowie durch seine Bündnisse mit Deutschlands nördlichen und östlichen Nachbarn, die auf dem Boden des deutschen Reiches vorhandenen Kräfte zu zerteilen und zu binden. Niemals hätte auch Napoleon I. zur Herrschaft über Europa gelangen können, wenn Deutschland einig gewesen wäre. Allerdings galt dieser Grundsatz nur, solange man es als Frankreichs gutes Recht ansah, eine Art Vorherrschaft in Europa auszuüben. Dahin aber ging eben die Tradition des französischen Volkes, die sich an seine größten Erinnerungen knüpfte, und die durch ihr bloßes Dasein dem jeweiligen Herrscher des Landes die Verpflichtung auferlegte, eine solche Hegemonie zu erstreben, weil er sonst dem eigenen Volke als Verräter an den großen Idealen seiner Vergangenheit erschienen wäre.

Kein anderer Herrscher aber war in höherem Grade genötigt, diesen Anschauungen Rechnung zu tragen, als Kaiser Napoleon III. Durch einen Staatsstreich unter offenem Bruch der Verfassung und eine nachträgliche Volksabstimmung war er in den Besitz der Macht gelangt. Ob er wirklich ein Sohn von des großen Napoleon Bruder gewesen ist, wird sich wohl bei der großen Freiheit der Lebensführung seiner Mutter niemals mit Sicherheit feststellen lassen. Aber auch wenn seine Zugehörigkeit zum

Hause Bonaparte über allen Zweifel erhaben gewesen wäre, würde sie doch nur bei einem sehr geringen Bruchteil des französischen Volkes die Vorstellung begründet haben, daß er ein legitimer, durch seine Geburt zur Herrschaft berechtigter Monarch sei. Im Grunde war und blieb er wie sein Oheim ein Emporkömmling, und die Dauer seiner Herrschaft mußte ebenso von der Stimmung der Bevölkerung abhängen, wie seine Thronbesteigung durch deren Willen legitimiert worden war. Gerade er mußte besonders bemüht sein, das Ruhmbedürfnis der Franzosen zu befriedigen, wenn er sich die Herrschaft und seinem Sohne die Nachfolge sichern wollte.

In den ersten Jahrzehnten seiner Regierung hatte der Kaiser es glänzend verstanden, das Prestige Frankreichs zu erhöhen. Es war ihm gelungen, im Bunde mit England die Russen zu besiegen und den alten Einfluß Frankreichs im Orient wieder zur Geltung zu bringen; er hatte die den Franzosen so unangenehme Vorherrschaft Österreichs in Italien gebrochen und das auf der apenninischen Halbinsel neuentstandene Königreich beinahe in das Verhältnis eines Vasallenstaates zu Frankreich gebracht. Er hatte das zu Anfang des Jahrhunderts von den Engländern fast völlig zerstörte französische Kolonialreich wieder aufzubauen begonnen; in Senegambien, in Hinterindien, hat er den Grund zu der heutigen Machtstellung Frankreichs gelegt; und selbst nach Amerika wagte er später hinüberzugreifen, indem er es versuchte, während des großen Bürgerkrieges, der die Vereinigten Staaten lähmte, in Mexiko ein von Frankreich abhängiges Staatswesen zu begründen. Diese Häufung von Erfolgen hatte ihm eine großartige Stellung gegeben; mit Spannung lauschte man in ganz Europa auf seine öffentlichen Kundgebungen; und besorgt fragte man sich in den Kabinetten, welches seine nächsten Pläne sein würden. Niemand traute ihm, und jeder fürchtete sich vor ihm. Er galt als ein Politiker von tiefster Verschlagenheit und schrankenlosem Ehrgeiz.

Wie weit war dies Urteil berechtigt? Man wird heute doch sagen können, daß Napoleons persönliche Fähigkeiten damals weit überschätzt worden sind. Er blieb im Grunde immer der glückliche Abenteurer, dem manches gelang, solange das Glück ihm

günstig war, der aber weder die persönlichen Eigenschaften noch die Sicherheit der Stellung hatte, um sich auch unter unglücklichen Umständen behaupten zu können. Als Politiker mehr schlau als wirklich klug, als Mensch mehr phlegmatisch und auf den ungestörten Genuß der Vorteile seiner Stellung bedacht, als eigentlich tatkräftig und zielbewußt, vielfach abhängig von seiner Umgebung und in späteren Jahren von seinem körperlichen Befinden, so zeigen ihn uns die intimeren Äußerungen derjenigen, die am häufigsten mit ihm zu tun hatten. Für seine Person war er völlig unkriegerisch, wenn er auch bei den Feldzügen in Italien und später im Kriege gegen Deutschland nominell das Oberkommando führte.

Die stärkste Kraft seines Innenlebens war die Überzeugung, daß er der berufene Träger der großen napoleonischen Traditionen sei. In einer Programmschrift, die er noch als Prätendent entworfen hat und die den bezeichnenden Titel „Napoleonische Ideen" führt, hat er die Grundsätze seiner Politik selbst auseinandergesetzt. Er wollte vor allen Dingen ein Vorkämpfer der modernen Ideen im Gegensatz zum Feudalismus des Mittelalters sein. Das Recht der Völker auf Selbstbestimmung, das Prinzip der Gleichheit aller Staatsbürger sollten sein politisches Handeln bestimmen. Darin sah er die Berechtigung der auf den Volkswillen begründeten absoluten Monarchie, wie er sie vertrat, daß sie allein imstande sei, diesen großen Prinzipien der Gegenwart im Kampfe mit den in der Vergangenheit wurzelnden Mächten zum Siege zu verhelfen. Es war bei ihm, wie bei den meisten Menschen; die Bedingungen, unter denen er allein existieren und seine Macht behaupten konnte, hielt er für die Prinzipien, auf denen das Heil der Welt beruhe.

Ganz besonderen Wert legte er darauf, der Vorkämpfer des Nationalitätsprinzips zu sein. Namentlich in Italien trat er für die Befreiung dieses nahe verwandten Volkes, dem ja die Familie Bonaparte selbst entstammte, von der Fremdherrschaft ein; auch den nationalen Bestrebungen der Deutschen sprach er bei jeder Gelegenheit seine theoretischen Sympathien aus; die Polen wollte er von der Tyrannei der Russen erlösen, in Schleswig-Holstein Deutsche und Dänen nach der Sprachgrenze sondern.

Es lag in der Konsequenz dieser Gedanken, daß Frankreich beanspruchen könne, alle französisch sprechenden Völkerschaften unter seiner Herrschaft zu vereinigen; von diesem Gesichtspunkte aus verlangte und rechtfertigte er die Abtretung von Savoyen und Nizza an Frankreich, durch die bekanntlich das junge Königreich Italien seine guten Dienste bezahlen mußte.

Die reine Durchführung des Nationalitätsprinzips hatte aber vom französischen Standpunkt aus auch ihre großen Bedenken. Ließ man in Deutschland einen Einheitsstaat auf nationaler Grundlage entstehen, so nahm man Frankreich die Möglichkeit, in der früheren Art und mit den früheren Mitteln eine Vormachtstellung in Europa zu behaupten.

Diese Vormachtstellung war seit dem Sturze des großen Napoleon verloren gegangen durch das Bündnis der drei östlichen Großmächte, das in der heiligen Allianz seinen Ausdruck gefunden hatte; namentlich solange zwischen England und den Ostmächten enge Beziehungen bestanden, war Frankreich in Europa völlig isoliert. Es mußte daher das erste Bestreben eines französischen Herrschers, der in die Tradition jener großen Zeit wieder einlenken wollte, sein, dieses Bündnis zu zersprengen. In der Tat hat Napoleon hieran unablässig gearbeitet und sein Ziel auf den verschiedensten Wegen zu erreichen gesucht. Sein erster Triumph war es, daß es ihm während des Krimkrieges gelang, Österreich und Preußen von der Unterstützung Rußlands abzuhalten, ja Österreich zu feindseligen Maßregeln gegen das große Nachbarreich zu bestimmen. Dadurch wurde ein dauerndes Mißtrauen gegen die österreichische Politik am Petersburger Hofe hervorgerufen, das eine Erneuerung des alten engen Bundesverhältnisses fast als eine Unmöglichkeit erscheinen ließ. Noch aber standen die beiden deutschen Mächte untereinander und Preußen zu Rußland in guten Beziehungen; auch diese galt es, möglichst zu lockern. Als Napoleon sich zum Krieg gegen Österreich in Italien entschloß, wird er die Rivalität zwischen Österreich und Preußen zweifellos mit in Rechnung gestellt haben; sobald er bemerkte, daß Preußen trotz aller Bedenken sich anschicke, Österreich zu Hilfe zu kommen, beeilte er sich, Frieden zu schließen, obwohl er sich mit einem geringeren Erfolge begnügen mußte, als

er ursprünglich beabsichtigt hatte. Er hatte den Italienern versprochen, ihr Land solle frei werden bis zur Adria; jetzt konnte er nur die Lombardei den Österreichern entreißen und mußte Venetien vorläufig in ihren Händen lassen; selbst die Hoffnung auf eine Wiedereinsetzung der österreichischen Vasallenfürsten in Nord- und Mittelitalien mußte er ihnen lassen, besann sich allerdings später keinen Augenblick, gegen den Sinn dieser Abmachungen zu handeln. Immerhin hatte er bei dieser Gelegenheit erfahren, daß seine italienischen Pläne nicht verwirklicht werden könnten, wenn Preußen auf der Seite Österreichs stehe und die übrigen deutschen Staaten der Leitung der beiden Großmächte folgten. Schon früher hat er Versuche gemacht, ein Einvernehmen zwischen Frankreich und Preußen herzustellen, indem er den preußischen Ehrgeiz wachzurufen suchte und seine Hilfe zu einer Vergrößerung des preußischen Gebietes in Norddeutschland in Aussicht stellte. Lange waren diese Bemühungen ohne Erfolg geblieben; er setzte sie auch nach 1859 fort, stieß aber bei dem Prinzregenten Wilhelm auf entschiedene Ablehnung. Aber er hoffte immer, daß Preußen über kurz oder lang die Unvereinbarkeit seiner Interessen mit denjenigen Österreichs erkennen und dann seinen Anschluß bei Frankreich suchen werde. Er hatte dies auch Bismarck gegenüber mehrmals persönlich ausgesprochen, ja, er hatte diesem, als er Botschafter in Paris war, die „unzüchtigsten Bündnisanträge" gemacht. Der preußische Staatsmann war zwar nicht in der Lage gewesen, darauf im Namen seines Herrschers offiziell einzugehen, hatte aber seine persönliche Geneigtheit, gute Beziehungen zu Frankreich zu erstreben, immer eifrig betont. So konnte der französische Kaiser gerade von der Berufung dieses Mannes an die Spitze des preußischen Ministeriums eine Förderung seiner Pläne erhoffen.

War Napoleons Ziel in der kontinentalen Politik die Zersprengung des Bundes der Ostmächte, so verlor er darüber die weltpolitischen Zusammenhänge, in denen Frankreich stand, nicht aus den Augen. Hier aber erschien als die schwerste Gefahr die ungeheure Überlegenheit Englands zur See, die ebenfalls durch den Kampf gegen den großen Napoleon im Anfang des Jahrhunderts begründet worden war. Zu Anfang seiner Regierung,

als der Bund der Ostmächte noch fest zusammenhielt, hatte er sich England genähert, weil es der einzige mögliche Bundesgenosse für ihn war. Aber bald nach dem Krimkriege erkalteten die Beziehungen zwischen beiden Ländern; in der italienischen Frage befolgten sie eine verschiedene Politik, und gerade hier war dem Kaiser das englische Eingreifen besonders unangenehm. Auch seine kolonialpolitischen Unternehmungen konnten ihn leicht in Verwicklungen mit England bringen. So sah sich Napoleon, schon während er äußerlich noch in den besten Beziehungen zu der britischen Regierung stand, nach Mitteln um, die ihm in solchen Fällen eine Sicherung gewähren könnten. Vielleicht sind seine Bemühungen um die Freundschaft Rußlands auch schon durch die Erkenntnis bedingt gewesen, daß Rußland bei weiterer Ausbreitung seines asiatischen Reiches nach Süden in absehbarer Zeit mit England zusammenstoßen und dessen weltpolitischer Gegner werden müsse. Da aber alle derartigen Versuche an der unüberwindlichen Abneigung des Zaren gegen den Vertreter des revolutionären Prinzips scheiterten, so war auf diesem Wege wenig zu hoffen. Eine so erhebliche Verstärkung der französischen Flotte, daß sie allein im Mittelmeer der englischen gewachsen wäre und außerdem noch die überseeischen Kolonien hätte schützen können, lag außerhalb des Bereiches der Möglichkeit, wenn Frankreich gleichzeitig seine kontinentale Machtstellung behaupten wollte. Eine derartige Politik würde den Kaiser in dieselben Schwierigkeiten verwickelt haben, denen sein Oheim erlegen war, der ja auch im letzten Grunde daran scheiterte, daß er zugleich Europa durch sein Landheer und das Meer durch seine Flotten beherrschen wollte, und daß zu diesem Unternehmen die Kräfte Frankreichs nicht ausreichten. So schien nichts anderes übrig zu bleiben, als die Entstehung einer möglichst großen Anzahl von Seemächten zweiten Ranges zu befördern und diese zu Bundesgenossen gegen das übermächtige England zu gewinnen. Eine davon konnte das neue Königreich Italien werden; aber auch in dieser Beziehung konnte Preußen ein erwünschter Bundesgenosse sein, wenn es eine stärkere Stellung an der Nordsee erhielt.

So wiesen Motive der verschiedensten Art den Kaiser Napoleon

auf das Zusammengehen mit Preußen hin, und es schien sich hier das französische Interesse mit dem Wunsche des Kaisers, als Vorkämpfer des Nationalitätsprinzips aufzutreten, aufs beste vereinigen zu lassen. Wenn man die Einigung Deutschlands unter Preußens Hegemonie beförderte, so konnte man sicher sein, Preußen von Österreich zu trennen, und konnte hoffen, daß das neue Deutschland zu einer achtunggebietenden Seemacht in der Nord- und Ostsee werden würde.

Aber die Übereinstimmung zwischen den Lieblingsideen Napoleons und den Interessen Frankreichs war doch nur eine scheinbare. Sowohl Deutschland wie Italien mußten, wenn sie auch mit Frankreichs Hilfe ihre nationale Einigung erreicht hatten, naturgemäß danach streben, ihre eigenen Interessen zum Ausgangspunkt ihrer Politik zu machen, und diese konnten niemals dahin gehen, dauernd unter französischer Vormundschaft zu bleiben. Frankreich hätte sich, wenn es für die volle Durchsetzung des Nationalitätsprinzips eingetreten wäre, selbst der Möglichkeit beraubt, den hergebrachten Einfluß in Deutschland und Italien zu behaupten. Napoleon erkannte diese Schwierigkeit durchaus. Der Plan, den er entwarf, um sie zu überwinden, wurde verhängnisvoll für sein eigenes Schicksal. Er wollte die nationalen Bestrebungen in beiden Nachbarländern so weit fördern, wie es ohne Verletzung der französischen Interessen geschehen könne, wollte aber verhindern, daß sie zur vollen Vollendung, d. h. zur Begründung völlig selbständiger, auf eigener innerer Kraft beruhender Staaten gelangten. Er traute sich die Fähigkeit zu, den anfangs unterstützten Bestrebungen in dem Augenblicke Halt zu gebieten, wo sie diese Grenze überschreiten würden.

Für Italien war sein eigentliches Ziel ein Staatenbund unter dem Vorsitz des Papstes gewesen; die Machtsphäre Sardiniens hatte er auf Norditalien einschränken wollen. Dazu bestimmte ihn nicht nur die Befürchtung, daß ein einheitliches Königreich Italien vielleicht mit der Zeit Frankreich gegenüber zu selbständig werden könne, sondern vor allen Dingen auch der Wunsch, dem Papste seine weltliche Herrschaft zu erhalten. Er war durch die Stimmen der Klerikalen zur Herrschaft gelangt, und er konnte diese Elemente nicht entbehren, wenn er seine Stellung in Frank-

reich behaupten wollte. Die Preisgabe des Kirchenstaates an Italien würde ihn mit dem Klerikalismus auf immer verfeindet haben. Die Kaiserin Eugenie war ganz klerikal gesinnt und benutzte ihren mit dem Alter und der zunehmenden Kränklichkeit ihres Gatten immer mehr steigenden Einfluß, um der Vollendung der italienischen und deutschen Einheit entgegenzuwirken. Bismarck sagte schon 1862 von ihr: „Sie ist katholisch, päpstlich, konservativ für das Ausland, sogar österreichisch". Daher war es dem Kaiser äußerst unangenehm, daß die Einheitsbewegung nach dem Frieden von Zürich nicht still stand, sondern auch Mittel- und Süditalien ergriff; daher empfand er es als eine empfindliche Störung, daß England für die Einheitsbewegung in die Schranken trat und seine Flottenherrschaft auf dem Mittelmeer dazu benutzte, die Unterwerfung des Königreichs Neapel durch Garibaldi und Victor Emanuel zu befördern. Natürlich konnte er, ohne das neue Königreich in die Reihe seiner Gegner zu treiben, nicht anders handeln, als die vollzogenen Tatsachen anerkennen. Aber er machte zur ausdrücklichen Bedingung, daß wenigstens das Gebiet von Rom, das eigentliche Patrimonium Petri, nicht angetastet werden dürfe, und sicherte dem Papste diesen Rest seiner weltlichen Herrschaft, indem er ihm eine französische Garnison zur Verfügung stellte. So verbot er also den Italienern, ihre natürliche Hauptstadt in Besitz zu nehmen und ihre Einheit zu vollenden. Man fand sich damit, wiewohl grollend, in Italien ab, da man der Freundschaft des mächtigen Nachbarn bedurfte, um die übrigen noch fehlenden Stücke des nationalen Gebietes, vor allen Dingen Venetien, zu gewinnen. So erklärt es sich, daß der Kaiser es seitdem als eine der wesentlichsten Aufgaben seiner Politik betrachtete, Venetien den Österreichern zu entreißen; er wollte dadurch den Italienern einen Ersatz für die Vorenthaltung Roms gewähren und sie abhalten, ihre Wünsche auf den Punkt zu richten, den der Kaiser wegen seiner Stellung zu den Klerikalen Frankreichs unter keinen Umständen preisgeben konnte.

Man sollte denken, daß seine italienischen Erfahrungen dem Kaiser gezeigt haben müßten, wie schwierig es ist, einer großen elementaren Volksbewegung in dem Augenblick Halt zu gebieten, den der politische Rechner für sich als den günstigsten ansieht.

Dies scheint aber nicht der Fall gewesen zu sein, da er Deutschland gegenüber ganz das gleiche Verfahren anwandte. Auch hier war sein Wunsch, daß Deutschland zwar einheitlicher werden sollte, als es bisher gewesen sei, aber nicht ganz einheitlich. Preußen sollte Norddeutschland beherrschen, wie Sardinien Norditalien; die südlichen Staaten aber sollten ihre sowohl von Preußen wie von Österreich unabhängige Stellung behaupten und ihre Anlehnung bei Frankreich suchen. Mochte auch nach wie vor das Band eines losen Bundesverhältnisses den Norden und Süden Deutschlands umziehen, wie er ja auch etwas Ähnliches für Italien gewünscht hatte, so durfte doch die Autonomie der Südstaaten nicht so weit eingeschränkt werden, daß ihnen jede Bewegungsfreiheit in der auswärtigen Politik genommen wurde. Auf diese Art glaubte Napoleon den nationalen Bedürfnissen Deutschlands bis zu einem gewissen Grade und dem Machtbedürfnis Preußens, soweit es dies irgend verlangen könne, entgegenzukommen und zugleich die Interessen Frankreichs zu wahren. Wenn er dies in Deutschland für möglich hielt, obwohl es in Italien mißlungen war, so wird er die Verschiedenartigkeit der Verhältnisse in beiden Ländern in Betracht gezogen haben, namentlich die größere Festigkeit der deutschen Einzelstaaten und die Eifersucht Österreichs gegen Preußen; beides glaubte er im Notfall gegen Preußen und die nationalen Bestrebungen gebrauchen zu können, wenn sie nicht mit dem zufrieden sein wollten, was er ihnen bot.

Selbst wenn man von der Bedenklichkeit der Voraussetzungen absieht, auf denen das politische System Napoleons beruhte, so bestand für dessen Verwirklichung doch noch ein anderes schweres Hindernis. Das französische Volk, auf dessen Meinung der Kaiser, wie wir wissen, einen so hohen Wert legen mußte, hatte für diese komplizierte und schwer übersehbare Politik nicht das geringste Verständnis. Es sah in einer Machtsteigerung Preußens und in der Ausdehnung seines Einflusses auf das nördliche Deutschland nur den ersten Schritt zur vollen Einigung aller deutschen Kräfte unter Preußens Führung, und in der Beförderung einer derartigen Entwicklung eine Verleugnung der wahren Interessen Frankreichs. Immer wieder bekam der Kaiser dies in den Kammern zu hören, und unter seinen eigenen Ministern wurde

diese Ansicht von manchen geteilt. Aber auch diese Schwierigkeit glaubte er überwinden zu können. Dafür, daß Frankreich für die Einigung Italiens Opfer an Gut und Blut gebracht hatte, hatte es einen sichtbaren Ersatz in der Erwerbung von Savoyen und Nizza erhalten; die öffentliche Meinung des Landes hatte sich damit zufrieden gegeben. Warum sollte es nicht gelingen, etwas Ähnliches auch im Nordwesten zu erreichen? Wenn Frankreich ein Stück deutschen Landes zum Lohn für seine guten Dienste erhielt, so ließ sich dadurch vielleicht die allgemeine Stimmung gewinnen. Wie groß dieser Gebietszuwachs sein solle, darüber wird der Kaiser schwerlich ganz bestimmte Pläne gehabt haben; es mußte vom Gang der Ereignisse, von der Größe der Opfer, die Frankreich etwa auch hier zu bringen haben würde, von dem Umfang der Machtvergrößerung, die Preußen davontragen würde, abhängen. Aber daß er überhaupt den Erwerb deutscher Gebietsteile ins Auge gefaßt hat, darf man als sicher betrachten. Er für seine Person würde gewiß keinen entscheidenden Wert darauf gelegt haben; ihm war die Hauptsache eine neue Gestaltung der politischen Verhältnisse in Deutschland, die er als vorteilhaft für Frankreich ansah. Aber er war sich darüber klar, daß er der öffentlichen Meinung Frankreichs diese Genugtuung werde bieten müssen.

Die Stellung Kaiser Napoleons zur deutschen Frage war zwar der Öffentlichkeit nicht mit Sicherheit bekannt, wurde aber doch von den meisten insofern richtig bewertet, als man das Streben nach dem Gewinn eines Stückes deutschen Landes allgemein als Hintergedanken bei ihm voraussetzte. Nur die Regierungen der Mittelstaaten klammerten sich mit einer gewissen Hartnäckigkeit an die Hoffnung, daß des Kaisers Politik doch vielleicht uneigennütziger sei, als sie scheine, und daß es nicht in seiner Absicht liegen könne, die Macht Preußens zu verstärken und die kleineren Staaten preiszugeben. Bismarck war aus seinen persönlichen Gesprächen mit Napoleon am genauesten über seine Absichten orientiert; er hat auch unter allen deutschen Staatsmännern die persönlichen Schwächen des Kaisers, namentlich seine Entschlußunfähigkeit und seine Scheu vor einem großen Kriege, am richtigsten erkannt, und hatte längst bevor er Minister wurde den

Plan gefaßt, sie zu benutzen. Er wollte scheinbar auf die Wünsche des Kaisers eingehen, um ihn dadurch zu veranlassen, daß er bei etwa in Deutschland entstehenden Verwicklungen eine für Preußen günstige Haltung, mindestens eine wohlwollende Neutralität bewahre. Er war aber von Anfang an ebenso entschlossen, ihm den Lohn, den er dafür erwartete, später vorzuenthalten.

* * *

Außer Frankreich kam hauptsächlich Rußland für Preußen in Betracht. Auch die dortigen Verhältnisse und leitenden Persönlichkeiten kannte Bismarck zur Genüge aus eigener Anschauung. Kaiser Alexander, dessen Mutter und Großmutter deutsche Fürstinnen gewesen waren, dessen Gemahlin eine hessische Prinzessin war, hatte lebhafte Sympathien für Deutschland und namentlich für Preußen; war doch König Wilhelm der Bruder seiner Mutter, und waren doch die persönlichen Beziehungen zwischen den nahverwandten Höfen von Petersburg und Berlin von jeher sehr enge gewesen. Der Minister des Auswärtigen, Fürst Gortschakoff, ein kluger, geistreicher und gewandter, aber außerordentlich eitler Mann, scheint in der auswärtigen Politik keine ganz festen Pläne verfolgt zu haben, soweit es sich nicht um spezifisch russische Interessen handelte. Er war persönlichen Einwirkungen sehr zugänglich und daher äußerst schwankend und unzuverlässig in seinen Ansichten; nur seine Abneigung gegen Österreich, das er als Rußlands natürlichen Feind im Orient betrachtete, blieb immmer die gleiche. Die unter dem Beamtentum und dem Adel immer stärker vordringende panslawistische Partei, die in dem Zaren den natürlichen Vorkämpfer des Slawentums und der orthodoxen Kirche sah, neigte dazu, die Deutschen als die natürlichen Feinde der Slawen zu betrachten, und strebte nach einer Verständigung mit Frankreich.

Das entscheidende Ereignis für die Entwicklung Rußlands seit der Mitte des 19. Jahrhunderts ist der Krimkrieg gewesen. Da durch seinen unglücklichen Ausgang die alten Pläne Rußlands, die Vorherrschaft auf der Balkanhalbinsel zu gewinnen, auf absehbare Zeit zum Scheitern gebracht waren und die demütigende Bestimmung, daß es keine Kriegsschiffe auf dem Schwarzen Meere halten dürfe, seiner Machterweiterung nach dieser Seite

hin enge Schranken gezogen hatte, richtete sich die Tatkraft Rußlands mehr nach dem Osten. Man begann die endgültige Unterwerfung der Kaukasusstämme und die Vorschiebung der russischen Grenze in das Gebiet von Turkestan hinein. Gleichzeitig aber versuchte Alexander II. das Reich durch innere Reformen zu kräftigen; er verließ die von seinem Vater innegehaltene Richtung, wonach jede Einwirkung der westeuropäischen Zustände und Ideen auf die russischen Verhältnisse mit Hilfe einer sorgsamen Absperrung der Grenze verhindert werden sollte, und wünschte allmählich westeuropäische Einrichtungen nach Rußland zu übertragen. Der Selbstverwaltung der Gemeinden, Kreise und Provinzen sollte in dem weiten und bei der Unvollkommenheit der Verkehrsmittel schwer von einem Punkte aus zu regierenden Reiche ein freierer Spielraum gewährt werden; die Bauern sollten aus ihrer persönlichen Unfreiheit erlöst und zu selbständigen Besitzern ihres Bodens gemacht werden. Unverkennbar schwebte dem Zaren in den ersten Zeiten seiner Regierung das große Vorbild der preußischen Reformzeit vor Augen; er wollte der Erzieher seines Volkes zu größerer Freiheit werden und gerade dadurch die gewaltigen, in seinem Innern schlummernden Kräfte entfesseln und nutzbar machen.

Diese Versuche des Zaren stießen auf den erbitterten Widerstand des Beamtentums und des Adels. Das erstere wehrte sich gegen jede Teilnahme der Bevölkerung an der Verwaltung, der letztere gegen die Befreiung der Bauern. Indem der Zar diesen mächtigsten Schichten seines Landes gegenüber auf seinem Willen beharrte, entstand eine innere Spannung, die alle Kräfte der Regierung absorbierte und für eine auswärtige Politik größeren Stils wenig Raum ließ.

Die Westmächte, die Rußland im Krimkriege so tief gedemütigt hatten, wurden in Petersburg natürlich mit wenig freundlichen Augen betrachtet. Noch erbitterter aber war man gegen Österreich, weil man es nicht vergessen konnte, daß dieser Staat, dem Rußland in der Not der Revolutionszeit das Leben gerettet hatte, durch seine Haltung während des Krimkrieges das größte denkbare Maß von Undankbarkeit bewiesen hatte. Dagegen war das Verhältnis zu Preußen auch über diese Krisis hinweg ein gutes

geblieben, ja Preußen war die einzige Großmacht, zu der Rußland nach 1856 wirklich freundliche Beziehungen unterhielt.

Außer Österreich galt Kaiser Napoleon vielen als der gefährlichste Feind Rußlands. Er war dem Zaren persönlich höchst widerwärtig und erschien ihm, wie so vielen anderen, als der Vertreter des demokratisch-revolutionären Prinzips in Europa. Den Umsturz der legitimen Throne in Italien, den er tief bedauerte, führte Kaiser Alexander namentlich auf Napoleons Verhalten zurück. Denn so sehr er geneigt war, auf dem Wege einer allmählichen Reform den modernen Bestrebungen in Rußland selbst entgegenzukommen, so tief verabscheute er doch alle Tendenzen, die auf einen gewaltsamen Umsturz des Bestehenden ausgingen. Es blieb auch in der Zeit der liberalen Experimente in Petersburg unvergessen, daß Kaiser Nikolaus dereinst der anerkannte Vorkämpfer der legitimen Ordnung in Europa gewesen war, und daß er gerade vermöge dieser Stellung dem Erdteil die Gesetze diktiert hatte. Schärfer traten diese legitimistischen Stömungen bei dem Zaren allerdings erst hervor, als der polnische Aufstand, von dem wir noch zu reden haben werden, die Revolution in sein eigenes Land hineintrug. Weniger ungünstig urteilte Fürst Gortschakoff über Napoleon; er war von Anfang an eher als sein Herr geneigt, gute Beziehungen mit Frankreich anzuknüpfen. Als sich dann Napoleon mit England immer mehr entzweite, erschien er dem russischen Kanzler in immer stärkerem Maße als natürlicher Verbündeter. Jedoch vermochte Gortschakoff nie die Abneigung des Zaren gegen den Parvenu zu überwinden.

Im allgemeinen ließ sich erwarten, daß Rußland, solange der Wille des Kaisers ausschlaggebend blieb, einer Verstärkung der preußischen Macht in Deutschland nicht abgeneigt sein werde. Gegen Österreich und den Kaiser Franz Josef empfand Alexander zwar keine persönliche Abneigung, aber er leistete doch den Ratschlägen Gortschakoffs, der die Zurückdrängung des österreichischen Einflusses als absolut notwendig ansah, keinen Widerstand. Als Mitunterzeichner der Verträge von 1815 wollte sich der Kaiser das Recht der Zustimmung zu allen Veränderungen wahren, die an den Grundlagen der deutschen Bundesverfassung vorgenommen werden sollten. Außerdem ließ sich erwarten, daß seine verwandt-

schaftlichen Beziehungen zu Hessen und Württemberg — die Königin von Württemberg war seine Schwester — es ihm nahe legen würden, einer allzu starken Beeinträchtigung der kleineren Fürsten entgegenzutreten. Auch mußte ein offener Kampf zwischen den beiden deutschen Großmächten ihm deshalb unangenehm sein, weil er leicht zu einer Steigerung des französischen Einflusses in Deutschland und damit indirekt innerhalb des europäischen Staatensystems überhaupt führen konnte.

Von Italien war mit Sicherheit zu erwarten, daß es sich an jedem Kampfe gegen Österreich beteiligen werde, um Venetien zu gewinnen, vorausgesetzt, daß es nicht von Paris her eine sehr scharfe Abmahnung erhalte. Freilich gab es in dem jungen Königreich bereits eine Partei, die den überwiegenden Einfluß der romanischen Schwesternation als lästig und unwürdig empfand; aber bis zu einer Politik, die sich in offenen Widerspruch zu den Wünschen des Kaisers Napoleon gesetzt hätte, würde sich ein italienischer Staatsmann wohl nur unter ganz außerordentlichen Umständen verstiegen haben. Natürlich verfolgte man in Turin die Beziehungen zwischen Österreich und Preußen mit brennendem Interesse und wünschte dringend, daß es zu einem Kampfe zwischen ihnen kommen möge. Aber man glaubte hier wie in Frankreich zunächst nicht recht daran, daß es geschehen werde; bisher hatte ja Preußen im entscheidenden Augenblick noch immer vor der letzten Entscheidung zurückgescheut.

Endlich kamen noch die Beziehungen zu England in Betracht. Hier hatte man sich in den letzten Jahrzehnten daran gewöhnt, den europäischen Kontinent möglichst sich selbst zu überlassen und nur dann einzugreifen, wenn die Gefahr drohend schien, daß ein einzelner Staat eine allzu große Übermacht erlange. Die Gefahren, mit denen das Weltreich des großen Napoleon England nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich in der Zeit der Kontinentalsperre bedroht hatte, waren noch keineswegs vergessen und durften sich unter keinen Umständen erneuern. Gerade deshalb betrachtete man in England die Politik des französischen Kaisers mit Mißtrauen, weil man ihm ehrgeizige Pläne im Stile seines Oheims zuschrieb. Vor allen Dingen durfte die Machtsphäre Frankreichs weder auf Belgien noch auf die Pyrenäen-

halbinsel ausgedehnt werden; auch das Anwachsen des französischen Einflusses in Italien empfand England als unangenehm; es hatte die Entstehung eines selbständigen, italienischen Gesamtreiches vor allen Dingen deshalb gefördert, weil es glaubte, daß ein solches größere Widerstandskraft gegen Frankreich besitzen werde als ein loses Bündnis selbständiger kleinerer Staaten.

Englands tatsächlicher Einfluß auf die Verhältnisse des Kontinents war stets bedingt durch die Möglichkeit, seinen Wünschen im Notfall den nötigen militärischen Nachdruck zu geben. Nun hatte aber England im Bewußtsein seiner insularen Sicherheit und im Interesse seiner Kolonialpolitik seine ganze Kraft auf den Ausbau der Flotte konzentriert und das Landheer stark vernachlässigt. Es wäre überhaupt nicht in der Lage gewesen, in einen Krieg auf dem europäischen Festlande mit einer irgendwie nennenswerten Truppenzahl einzugreifen. Bismarck hat später einmal, als während des schleswig-holsteinischen Konfliktes England mit kriegerischen Maßregeln drohte, spottend geäußert, er wisse nicht wie England diesen Krieg eigentlich führen wolle, denn den Gefallen, ein Armeekorps an der deutschen Küste zu landen, werde es Preußen schwerlich tun. In der Tat war es die Hauptschwäche der englischen Politik, daß man ohne Bundesgenossen auf dem Festlande machtlos war. Man konnte nur, wie in alten Zeiten, durch Unterstützung solcher Bundesgenossen mit Geld und durch Blockierung der Küsten und Schädigung des Handels des feindlichen Landes wirken. Deutschland gegenüber waren aber auch diese Mittel bei dessen verhältnismäßig geringem Anteil am Welthandel nicht sehr gefährlich. Die Engländer selbst sind sich, als sie später die Möglichkeit eines Krieges erwogen, völlig darüber klargewesen, daß der deutsche Handel dann seinen Weg über Frankreich nehmen werde, und daß man ihn nur ernstlich schädigen könne, wenn Frankreich mit England verbündet sei.

Dazu kam, daß bei der Mehrheit der am Ruder befindlichen liberalen Partei und zweifellos auch bei der großen Mehrheit der Bevölkerung das Bedürfnis nach der Aufrechterhaltung des Friedens im Interesse des Handels und der Industrie alle anderen Rücksichten überwog. So war ein aktives Eingreifen Eng-

lands in die deutschen Verhältnisse nur zu befürchten, wenn eine der übrigen Großmächte auf diesem Wege voranging.

* * *

Der gefährlichste Gegner der von Bismarck vertretenen Bestrebungen war und blieb natürlich immer Österreich. Der Widerspruch des Wiener Kabinetts gegen die vom Regenten geplante Reform des Bundeskriegswesens, die engen Beziehungen der Hofburg zu den Mittelstaaten zeigten deutlich genug, daß man hier entschlossen sei, eine Veränderung der deutschen Verhältnisse, die eine Verstärkung der preußischen Macht bedeute, auf jeden Fall zu verhindern. Es fragte sich nur, ob diesem Willen auch die Kraft entspreche. Österreich stand in Europa völlig isoliert da; wir wissen, wie schlecht die Beziehungen zu Rußland waren; das Königreich Italien wurde von Österreich überhaupt nicht anerkannt; mit Frankreich wäre eine Verständigung nur möglich gewesen, wenn man auf Venetien verzichtet hätte; nur zu England waren die Beziehungen gute, was jedoch unter den obwaltenden Umständen nicht allzuviel zu bedeuten hatte. Der Kaiserstaat war also im wesentlichen auf seine eigenen Kräfte angewiesen; mit diesen aber sah es schlecht genug aus.

Wir wissen, daß man in Ungarn die seit 1849 eingerichtete Gewaltherrschaft nur mit Zähneknirschen ertrug, daß auch die Slawen nach einer größeren Autonomie verlangten, daß alle liberalen Elemente durch die Wiederaufrichtung des Absolutismus in die Opposition gedrängt waren. Die Finanznot wuchs beständig und nahm nach dem italienischen Kriege die bedenklichsten Dimensionen an; das Budget für 1860 wies ein Defizit von 280 Millionen Gulden auf. Auch die Einsetzung einer Staatsschuldenkommission, die noch zu Ende des Jahres 1859 erfolgte, konnte den erschütterten Staatskredit nicht wieder herstellen.

Die großen Niederlagen im Kriege gegen Frankreich hatten den Kaiser Franz Josef zu dem Entschluß gebracht, auch im Innern eine veränderte Richtung einzuschlagen. Er hatte sich überzeugt, daß der Staat nur dann die zur Behauptung seiner Macht erforderlichen Kräfte wiedergewinnen könne, wenn man den Wünschen der Bevölkerung entgegenkomme. Graf Rechberg

bestärkte ihn nach Kräften in dieser Meinung. Freilich wurde es ihm sehr schwer, einen Entschluß zu fassen, der doch schließlich das Eingeständnis enthielt, daß die ganze seit 1849 verfolgte Politik fehlgeschlagen sei. Schon während des Kampfes hatte ein Manifest des Kaisers zeitgemäße Verbesserungen in Gesetzgebung und Verwaltung versprochen. Am 5. März 1860 erschien ein kaiserliches Patent, das einen verstärkten Reichsrat ins Leben rief; seine Mitglieder sollten teils nach freiem Ermessen, teils auf Grund von Vorschlägen der einzelnen Landtage vom Kaiser ernannt werden; ihm sollten das Budget und die wichtigsten Gesetze vorgelegt werden, jedoch sollte er nicht das Recht haben, eigene Anträge zu stellen. Es war also keine Volksvertretung, sondern nur eine Notabelnversammlung; man geriet auch hier auf das Auskunftsmittel, zu welchem absolute Monarchen in der Regel zu greifen pflegen, wenn sie eine Mitwirkung der Bevölkerung nötig zu haben glauben und doch von ihren Rechten nichts Erhebliches opfern wollen. Das Mittel versagte aber auch hier. Die Mehrheit bestand aus zuverlässigen Feudalen und Klerikalen; aber aus den Reihen der Minderheit ertönte laut der Ruf nach einer wirklichen Verfassung. Darüber, daß es so nicht bleiben könne, waren alle Mitglieder einig; nur wünschte die feudale Mehrheit die Rückkehr zu den alten ständischen Einrichtungen mit möglichster Selbständigkeit der einzelnen Kronländer, die Minderheit einen parlamentarisch regierten Einheitsstaat. Ohne positives Ergebnis wurde die Versammlung im September nach Hause geschickt. Baron Bach, der sich in der Reaktionszeit der herrschenden Strömung gefügt, aber immer einen Rest von Anhänglichkeit an seine früheren freiheitlichen Ideale im Innern bewahrt hatte, riet damals dem Kaiser ebenfalls zur Einführung einer Verfassung und einer Volksvertretung, die so gestaltet werden müsse, daß die Regierung sich auf den deutschen Mittelstand stützen könne. Er hätte wohl selbst am liebsten die Ausführung dieser Pläne übernommen, aber er galt überall als der Hauptvertreter des alten Systems, das verlassen werden sollte; daher entschloß sich der Kaiser, wohl auf Rechbergs Rat, ihn der allgemeinen Stimmung zu opfern. Im August 1859 wurde er entlassen und durch den feudal und ultramontan gesinnten Polen

Grafen Goluchowski ersetzt. Immer lauter wurden die Stimmen, die zu einer Verfassung auf föderativer und korporativer Grundlage rieten. In Ungarn verlangte die alte Kossuth-Partei die einfache Wiederherstellung der Verfassung von 1848 und die bloße Personalunion zwischen Österreich und Ungarn. Aber auch gemäßigte Männer hielten eine weitgehende Selbständigkeit des Landes für die Vorbedingung einer aufrichtigen Verständigung; auch der an Erzherzog Albrechts Stelle zum Statthalter ernannte Feldzeugmeister Benedek, selbst ein Ungar, teilte diese Anschauung.

Der Kaiser entschloß sich nach langer Erwägung, durch das Oktoberdiplom von 1860 einen Teil dieser Wünsche zu erfüllen. Für die lokalen Angelegenheiten der einzelnen Landesteile sollte die Gesetzgebung den einzelnen Landtagen zustehen; für die gemeinsamen Fragen wurde ein Reichsrat geschaffen, der in der Gesetzgebung nur eine beratende Stimme, im Steuerwesen aber das volle Bewilligungsrecht haben sollte; für Angelegenheiten, welche nur Zisleithanien beträfen, sollten die in diesem Gebiete gewählten Abgeordneten als engerer Reichsrat fungieren. Dieses Zentralparlament sollte zum kleineren Teil direkt vom Kaiser ernannt werden; der größere Teil der Mitglieder sollte aber in der Weise gewählt werden, daß der Kaiser von je drei von den Einzellandtagen vorzuschlagenden Kandidaten einen auswählte. Zugleich erfolgte für eine Anzahl von Provinzen eine neue Regelung der Zusammensetzung der Landtage, wobei der Adel und die wohlhabenden Schichten des Bürgertums stark bevorzugt wurden.

Das Oktoberdiplom fand jedoch nur Beifall bei denjenigen Elementen, welche die möglichste Selbständigkeit der einzelnen Kronländer erstrebten; und selbst unter diesen waren viele unzufrieden, weil die Zugeständnisse an den Föderalismus ihnen nicht weit genug gingen, namentlich die Ungarn. Sehr bald mußte sich der Kaiser überzeugen, daß auch dies Experiment mißlungen sei.

Den Entschluß zu einem vollständigen Systemwechsel bekundete erst die Berufung Anton von Schmerlings zum Minister des Innern, die am 15. Dezember 1860 erfolgte. Schmerling galt

seit seiner Wirksamkeit im Jahre 1848 als Vertreter dreier Grundgedanken, die den Beifall der gebildeten Deutsch-Österreicher in hohem Maße besaßen: Einer konstitutionellen Verfassung für den Gesamtstaat, der Aufrechterhaltung der Vorherrschaft des deutschen Elementes und der engen Verbindung Österreichs mit dem übrigen Deutschland. Er war ein Mann von durchgreifender Energie und scharfem Verstande, aber schroff und hochmütig in seinem Auftreten und doktrinär in seinem ganzen Wesen und seiner Politik. Schon in Frankfurt hatten ruhige Beobachter von ihm gesagt, er betrachte die politischen Angelegenheiten so, als ob es sich um einen nach formal juristischen Gesichtspunkten zu entscheidenden Prozeß handle, und besitze nicht die Fähigkeit, die Ereignisse zu benutzen, indem man sich ihnen anpasse. Auf seine Veranlassung ersetzte der Kaiser das Oktoberdiplom durch die Verfassung vom 26. Februar 1861. Die Kompetenz der einzelnen Landtage wurde eingeschränkt und gleichzeitig der Reichsrat zu einem wirklichen Zentralparlament mit vollem Anteil an der Gesetzgebung und Besteuerung umgewandelt. Vor allen Dingen aber wurde die Zusammensetzung des Reichsrats vollständig verändert. Er bestand nunmehr aus einem Herrenhause und einem Abgeordnetenhause; in dem letzteren saßen 140 Vertreter Transleithaniens und 203 Abgeordnete Zisleithaniens, die zugleich den engeren Reichsrat bildeten. Sie wurden sämtlich gewählt von den Landtagen der einzelnen Kronländer. Hier wurde das Wahlrecht so gestaltet, daß in Zisleithanien die Deutschen stark bevorzugt waren. Dies wurde namentlich durch die Bindung des Wahlrechts an einen Zensus und die Bevorzugung der Städte gegenüber dem Lande erreicht. Ebenso räumte man dem Großgrundbesitz, dessen man sicher zu sein glaubte, eine unverhältnismäßig hohe Zahl von Vertretern in den Einzellandtagen ein.

Wie diese neue Verfassung sich bewähren werde, war zunächst nicht vorauszusehen. Daß Schmerlings Vertrauen zu ihr nicht allzu groß war, ersieht man daraus, daß er der Regierung durch die Einführung des Notverordnungsrechtes die Möglichkeit zu schaffen suchte, sich in weitgehendem Maße von der Mitwirkung des Parlaments zu emanzipieren. Die Verantwortlichkeit der

Minister wurde zwar durch eine kaiserliche Botschaft vom 1. Mai 1862 im Prinzip anerkannt, aber nicht genauer geregelt.

Eine notwendige Folge des Übergangs zum konstitutionellen System war es, daß man nun auch den Gemeinden das ihnen in der Reaktionszeit fast ganz entzogene Recht der Selbstverwaltung mit einigen Einschränkungen zurückgab und wenigstens ein bescheidenes Maß von Preß- und Versammlungsfreiheit gewährte. Im allgemeinen waren die Deutschen mit dem Februarpatent zufrieden, während die Tschechen und die übrigen Slawen, sowie die Magyaren es wegen seines zentralistischen Charakters bekämpften. Im ungarischen Landtage entwickelte am 13. Mai Franz Deák die Gründe, die ihn und seine Gesinnungsgenossen hinderten, sich auf den Boden der neuen Verfassung zu stellen; nur auf der Grundlage der Verfassung von 1848 sei eine Verständigung möglich. In der ersten Tagung des Reichsrats fehlten die Vertreter ganz Transleithaniens und Venetiens; bald blieben auch die Tschechen den Beratungen fern; der nachträgliche Anschluß der siebenbürgischen Abgeordneten konnte dafür keinen vollkommenen Ersatz gewähren.

Unter diesen Umständen konnte der Reichsrat nicht diejenige Wirksamkeit entfalten, die man von ihm erhofft hatte. Auch die Finanzen konnten trotz aller Bemühungen des Finanzministers von Plener in den nächsten Jahren nicht in einen befriedigenden Stand gebracht werden. Im großen und ganzen kann man sagen, daß die nach dem italienischen Kriege einsetzende Ära der Verfassungsexperimente die innere Kraft Österreich-Ungarns nicht gestärkt, sondern eher geschwächt hatte. Das fortwährende Schwanken zwischen Föderalismus und Zentralismus ließ nirgends das Vertrauen aufkommen, daß die Regierung einen festen Plan habe und ihn mit Konsequenz durchzuführen beabsichtige; die Unzufriedenheit der Magyaren und Slawen war noch gewachsen; unter dem Absolutismus hatten sie hoffen können, daß mit dem Beginn eines konstitutionellen Lebens in Österreich, das ja doch schließlich kommen müsse, ihre Wünsche Erfüllung finden würden; jetzt sahen sie sich dem Versuche gegenüber, nicht nur einem deutschen Herrscherhause, sondern einer deutschen Parlamentsmehrheit unterworfen zu werden, was ihnen noch viel ge-

fährlicher für ihre Selbständigkeit erschien. Die Lage der Finanzen war so schlecht und der Staatskredit so geschwächt, daß wiederholt von den auswärtigen Diplomaten die Frage aufgeworfen wurde, ob Österreich wohl überhaupt in der Lage sei, die Kosten eines Krieges aufzubringen.

* * *

Überblickt man die allgemeine politische Lage zu der Zeit, als Bismarck die Leitung der preußischen Politik übernahm, und fragt man sich, ob damals die Chancen für einen großen Kampf gegen Österreich, wie er ihn plante, günstig waren, so fühlt man sich unwillkürlich veranlaßt, die Verhältnisse, die zur Zeit der früheren preußischen Einigungsversuche um die Mitte des Jahrhunderts bestanden hatten, zum Vergleich heranzuziehen. Ein für Preußen günstiger Unterschied lag vor allen Dingen in der veränderten Haltung Rußlands. Damals war es gerade der Zar gewesen, der durch seine Parteinahme für Österreich im entscheidenden Augenblick die Gefahren für Preußen außerordentlich vergrößert hatte. Jetzt war Rußland mit Österreich und mit den Westmächten entzweit, und es ließ sich nicht voraussetzen, daß es geneigt sein würde, im Falle eines Konflikts auf die österreichische Seite zu treten und Preußen Schwierigkeiten zu machen.

Diesem Vorteil stand aber auch ein Nachteil gegenüber. Damals war Frankreich durch seine inneren Schwierigkeiten geschwächt und kaum in der Lage gewesen, einen entscheidenden Einfluß auf die deutschen Verhältnisse zu üben. Jetzt war Kaiser Napoleon der mächtigste und gefürchtetste Herrscher Europas: seine Heere hatten Österreich und Rußland besiegt; die kleineren deutschen Staaten hatten sich wieder daran gewöhnt, ihre Blicke nach Paris zu richten und von dort aus Hilfe gegen jede Beeinträchtigung ihrer bisherigen Stellung zu erwarten. Kam es zum Kriege gegen Österreich, so konnte Preußen zwar auf die wohlwollende Neutralität Rußlands und höchstwahrscheinlich auch auf die Hilfe Italiens rechnen; sicher aber war diese nur, wenn Kaiser Napoleon das Unternehmen begünstigte. Darauf, wie sich Napoleon zu den preußischen Absichten stellen werde, kam alles an. Dies hatte Bismarck schon seit Jahren erkannt und die Mittel erwogen, wie man sich wenigstens eine wohlwollende Neutralität

Frankreichs sichern könne. Er wußte, daß Napoleon sich zu voller Uneigennützigkeit weder verpflichten wolle noch könne; aber er gedachte ihm die Hoffnung auf den Erwerb deutscher Gebiete zu lassen, ohne ihm bestimmte Zusagen zu machen, ihn dadurch hinzuhalten und schließlich doch um den erhofften Gewinn zu bringen.

Weitere Schwierigkeiten für die Ausführung von Bismarcks Plänen lagen in der Fortdauer des inneren Konflikts in Preußen selbst und in der voraussichtlichen Haltung der übrigen deutschen Staaten. Das preußische Abgeordnetenhaus drang zwar unablässig auf eine energische deutsche Politik der Regierung und verfolgte scheinbar das gleiche Ziel wie Bismarck, nämlich die Begründung der preußischen Hegemonie im engeren Deutschland. In Wahrheit waren die Gegensätze doch größer als die Übereinstimmung. Die Verschiedenheit lag nicht nur in den Mitteln, die man anwenden wollte, obwohl schon diese groß genug war; denn die Liberalen wollten nach wie vor die Einheit auf friedlichem Wege zustande bringen und verabscheuten den Bruderkrieg, der in Bismarcks Augen eine zwar bedauerliche, aber unausweichliche Notwendigkeit war. „Die Leute, sagte er, wollen eine ehrgeizige Politik, aber keine Armee." Der wesentlichste Unterschied lag aber doch darin, daß die Mehrheit des Parlaments ebenso wie die Männer des Nationalvereins die Reichsverfassung von 1849 als das eigentliche Ziel ihrer Wünsche betrachtete. Damit war eine starke Abhängigkeit des zu schaffenden Kaisertums von der deutschen Volksvertretung und eine möglichst starke Beschneidung der Selbständigkeit der Einzelstaaten gegeben. Bismarck wollte aber gerade die Kompetenz des deutschen Parlaments möglichst eng begrenzen und diesem keinesfalls einen erheblichen Einfluß auf die auswärtige Politik zugestehen; er war ferner entschlossen, den Einzelstaaten so viel Selbständigkeit zu lassen, wie mit der Einsetzung einer die Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands sichernden Zentralgewalt irgend vereinbar erschien.

Die mittleren und kleineren Staaten waren bereits durch die von dem Grafen Bernstorff befolgte Politik gegen die Absichten Preußens außerordentlich mißtrauisch geworden. Das Schreckbild der preußischen Union war von neuem vor ihren Blicken

aufgetaucht, und sie waren außerordentlich geneigt, sich aufs engste an Österreich anzuschließen, um hier gegen die gefährlichen Absichten Preußens Schutz zu finden. Die militärische Leistungsfähigkeit der kleineren Staaten war ja ziemlich gering, und von diesem Gesichtspunkt aus schien Bismarck recht zu haben, wenn er es als unerheblich bezeichnete, auf wessen Seite sie bei einem Kampfe zwischen den beiden Großmächten treten würden. Aber ganz gleichgültig konnte es doch nicht sein, ob die mitten in das preußische Staatsgebiet eingesprengten Staaten, wie Hannover und Kurhessen, auf der Seite der Feinde standen oder nicht; und auch gegen die süddeutschen Staaten mußte doch, wenn sie zu Österreich hielten, ein Teil des preußischen Heeres in Bewegung gesetzt und dadurch dem großen Entscheidungskampfe entzogen werden. Namentlich wenn Frankreichs Haltung unsicher war, mußte das Wagnis des Kampfes erheblich größer werden, wenn auch die kleineren deutschen Staaten zu den offenen Feinden Preußens gehörten. Bismarck hat das trotz seiner geringschätzigen Äußerungen auch stets erkannt und immer wieder nach Mitteln gesucht, um die Haltung dieser Staaten zu beeinflussen. Wenn er für die Reform des Bundes von Anfang an mit so großer Entschiedenheit die Notwendigkeit eines aus Volkswahlen hervorgehenden Parlaments betonte, so geschah dies nicht nur, weil er es für die gesunde Entwicklung der deutschen Verhältnisse für nötig hielt, sondern auch deshalb, um wenigstens Verwirrung in die Reihen der kleinstaatlichen Liberalen zu tragen und die Einigkeit der kleineren Regierungen untereinander zu stören. Darauf, daß die liberalen Parteien in den kleineren Parlamenten, die an sich mit dem Gedanken einer preußischen Hegemonie sympathisierten, sich für Bismarcks Pläne begeistern und ihre Regierungen mit sich fortreißen würden, wird er freilich kaum gehofft haben. Denn er wußte, daß er ihnen allen als der Vorkämpfer des Absolutismus galt, und daß auch sie einer Vorherrschaft Preußens widerstreben würden, solange er am Ruder bleibe, und solange sie daher im Wachsen des preußischen Einflusses eine Bedrohung der mühsam errungenen Freiheitsrechte sehen mußten.

Die Hauptsache aber mußte für Bismarck immer sein, die enge Fühlung mit Rußland zu bewahren und den Kaiser Napoleon

in Schach zu halten. Davon, ob ihm dies gelingen werde, mußte schließlich der Erfolg seiner ganzen Politik abhängen. Da ihm die bedenklichen Absichten Napoleons und sein Streben nach dem Erwerb deutscher Gebiete am Rhein bekannt waren, so lag hier ein höchst bedenklicher und unsicherer Faktor seiner Rechnung. Ein anderer Staatsmann an seiner Stelle würde wohl vor dem Wagnis zurückgescheut sein, unter solchen Umständen die kriegerische Auseinandersetzung mit Österreich überhaupt ins Auge zu fassen. Ganz gewiß würde König Wilhelm aus eigener Initiative niemals eine derartige Politik versucht haben. Schon der Gedanke, ein aus Volkswahlen hervorgehendes deutsches Parlament zu berufen, konnte ihm nicht sympathisch sein; die alten Erinnerungen an 1848 und an das Frankfurter Parlament mußten dadurch bei ihm wachgerufen werden; aber auch abgesehen davon, konnte er, der in seinem eigenen Lande unter dem Kampfe mit der Volksvertretung so schwer zu leiden hatte, nicht geneigt sein, sich in Deutschland dieselbe Schwierigkeit zu schaffen. Auch den Krieg gegen Österreich wünschte der König nicht; wenn es auch nicht in seiner Art lag, einem aufgedrungenen Kampfe auszuweichen, so wollte er ihn doch nicht selbst hervorrufen; er gedachte zwar Preußens Stellung gegenüber dem Kaiserstaate energisch zu wahren, den Degen aber nur dann zu ziehen, wenn ihn eine unmittelbare Verletzung preußischer Rechte oder Interessen dazu zwinge. Vor allen Dingen aber fürchtete er, daß der Krieg gegen Österreich zur Einmischung Frankreichs in die deutschen Verhältnisse führen und dem Kaiser Napoleon die Rolle des Schiedsrichters geben werde. Daher wollte er sich auf eine Politik, die zum Kriege innerhalb Deutschlands führen konnte, nur dann einlassen, wenn er die unbedingte Gewißheit habe, daß Napoleon einen solchen Kampf nicht im Interesse Frankreichs ausnutzen werde. Daß Bismarck bei seinem Plane auch die konservativen Elemente gegen sich haben mußte, weil diese in Österreich den natürlichen Verbündeten Preußens sahen, versteht sich von selbst. Es war daher sehr die Frage, ob es ihm gelingen werde, den Bedenken seines Königs und dem Widerstreben sowohl der konservativen wie der liberalen Elemente gegenüber die Politik Preußens in die von ihm gewünschte Bahn zu lenken.

Drittes Kapitel

Bismarcks erste Maßregeln; der Frankfurter Fürstentag

Bismarck bot der Opposition zunächst noch einmal Frieden an, so wenig Hoffnung er auch auf die Annahme seines Angebotes hatte; er verhandelte mit einigen altliberalen Führern über eine Verständigung; sie mußten natürlich ablehnen, um nicht mit ihrer eigenen Partei in Zwiespalt zu geraten. Auch war der parlamentarische Heerbann, über den sie verfügten, viel zu schwach, um die Entscheidung herbeiführen zu können. Daß aber die weiter links stehenden Elemente ohne die zweijährige Dienstzeit und die uneingeschränkte Anerkennung des Budgetrechts der Volksvertretung nicht zu haben sein würden, stand von vornherein fest. Beides aber vermochte ihnen Bismarck nicht zu bieten; war er doch gerade zu dem Zwecke berufen worden, um in diesen beiden Fragen den Willen der Krone dem Parlament gegenüber zur Geltung zu bringen.

In der ersten Sitzung der Budgetkommission soll er einen Ölzweig hervorgeholt haben mit den Worten, er habe ihn in Avignon gepflückt, um ihn der Opposition als Friedenszeichen anzubieten, er sehe jedoch, daß es dazu noch nicht Zeit sei. Hier war es auch, wo er die berühmte Rede hielt, in der er von dem zu schmalen Leibe Preußens sprach, der die zu große Rüstung nicht auf die Dauer tragen könne und seine ganze Art, die Dinge zu betrachten, in einigen lapidaren Sätzen zusammenfaßte: „Nicht auf Preußens Liberalismus sieht Deutschland, sondern auf seine Macht — Preußen muß seine Macht zusammenhalten auf den günstigen Augenblick, der schon einige Male verpaßt ist; Preußens Grenzen sind zu einem gesunden Staatskörper nicht günstig. Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der

Zeit entschieden — das ist der Fehler von 1848 und 1849 gewesen —, sondern durch Eisen und Blut."

Nachdem die Einigung gescheitert war, zog Bismarck sowohl den Etat des laufenden Jahres, der ja noch immer nicht verabschiedet war, wie den des Jahres 1863 zurück, wie er sagte, um im gegenwärtigen Moment „die Hindernisse der Verständigung nicht höher anschwellen zu lassen". Das bedeutete natürlich nichts anderes, als daß die Regierung entschlossen sei, vorläufig ohne ein von der Volksvertretung bewilligtes Budget die Verwaltung zu führen. Das Abgeordnetenhaus erwiderte denn auch mit dem Beschlusse, daß der Etat für 1863 vor dem Beginn dieses Etatsjahres wieder vorzulegen sei, sonst würden alle Ausgaben, die vom 1. Januar 1863 an geleistet würden, als gesetzwidrig zu betrachten sein. Der Etat für 1862 war ja vom Abgeordnetenhause unter Streichung der Mehrforderung für militärische Zwecke genehmigt worden. Er mußte jetzt noch einmal an das Herrenhaus zurückgehen, und dieses beschloß nicht nur, wozu es berechtigt war, den Etat in der Form, wie er aus dem Abgeordnetenhause hervorgegangen war, abzulehnen, sondern es stellte auch unter offenbarer Überschreitung seiner Kompetenz die ursprüngliche Regierungsvorlage wieder her; das Abgeordnetenhaus erklärte sofort dies Verfahren für ungesetzlich. Bismarck schloß am 11. Oktober die Session mit der Erklärung, daß die Regierung sich durch das Verhalten der zweiten Kammer leider in die Notwendigkeit versetzt sehe, vorläufig ohne ein gesetzmäßig zustande gekommenes Budget zu regieren, daß sie aber auf spätere Genehmigung der von ihr geleisteten Ausgaben hoffe. Damit war der offene Krieg erklärt. Was die Mehrheit für undenkbar gehalten hatte, geschah; es wurde eine Regierung im offenen Gegensatz gegen das Parlament versucht.

Noch kurz vor diesen entscheidenden Vorgängen hatte Bismarck ein letztes Widerstreben König Wilhelms zu überwinden gehabt; in Baden-Baden war dieser von seiner Gemahlin, seinem Sohne und Schwiegersohne aufs heftigste bestürmt worden, er möge Bismarck nicht auf dessen gefährlichen Bahnen folgen; man hatte ihm das Schicksal Karls I. von England vor Augen gestellt, der ja im Kampf gegen die Mehrheit des Parlaments erlegen war und

nebst seinen bedeutendsten Ratgebern das Schaffot hatte besteigen müssen. Bismarck war dem zurückkehrenden König bis Jüterbog entgegengefahren und hatte ihn, wie er selbst erzählt, bei dem Portepee gefaßt. Er stellte ihm vor, daß er von Gott auf seinen Posten gestellt sei und diesen so wenig wie ein Soldat den seinen verlassen dürfe, am allerwenigsten, wenn Gefahr damit verbunden sei, ihn zu behaupten. Ein Appell an seinen persönlichen Mut war bei dem König nie vergeblich; aber er wurde doch von der ganzen Sache tief innerlich erregt: „Ich schlafe keine Nacht" hat er damals gesagt.

Nachdem das Budget zurückgezogen war, gab es kein Zurückweichen mehr. Das Ministerium wurde von allen schwankenden Elementen gereinigt und der Kampf fortgesetzt. Die Abgeordneten genossen den billigen Triumph, nach ihrer Rückkehr aus Berlin überall als Vorkämpfer der Freiheit gefeiert zu werden. Bismarck war damals der unpopulärste Mann in Preußen.

Wir wissen bereits, daß es seine Absicht war, durch eine erfolgreiche auswärtige Politik eine Wendung im Innern herbeizuführen. Alles kam darauf an, ob ihm dies gelingen werde. Er griff auch hier sofort zu schärferen Mitteln wie sein Vorgänger; zuerst Kurhessen gegenüber. Hier hatte der Kurfürst die vom Bundestag genehmigte Verfassung zwar formell anerkannt; aber er weigerte sich dem Landtag das Budget vorzulegen, bevor dieser nicht ein neues Wahlgesetz genehmigt habe. Als die Volksvertretung auf ihrem Recht bestand, wurde sie auf unbestimmte Zeit vertagt. Bismarck wurde von den Führern der hessischen Landtagsmehrheit um Hilfe angerufen; er ließ die vertrauliche Mitteilung nach Kassel gelangen, daß er sich, falls der Kurfürst die Herstellung geordneter Zustände weiter verzögere, an dessen Agnaten mit der Frage wenden werde, ob er noch als regierungsfähig zu betrachten sei. Da die Verschwendungssucht dieses Herrschers landkundig war, hätte ein solches Vorgehen für ihn recht üble Folgen haben können; er entschloß sich daher nachzugeben. Bismarck hatte hier zum ersten Male gezeigt, daß er bei Beurteilung der inneren Verhältnisse fremder Staaten seine Stellung nicht auf Grund bestimmter Prinzipien, sondern nach Maßgabe der preußischen Interessen zu nehmen gewillt sei.

Vor allen Dingen kam es natürlich darauf an, wie sich die Beziehungen zu Österreich gestalten würden. Bismarck hatte schon in Paris dem Fürsten Metternich gesagt, er betrachte Österreich als eine fremde Macht. Für die Phrasen vom Bruderkrieg sei er stichfest und kenne „keine andere als ungemütliche Interessenpolitik, Zug um Zug und bar". Dies erläuterte er im Dezember 1862 dem österreichischen Botschafter in Berlin, Grafen Karolyi, in mehreren eingehenden Gesprächen. Er sagte ihm zunächst, wenn Österreich auf das Fortbestehen des guten Einvernehmens zwischen beiden Großmächten Wert lege, so müsse es rückhaltlos die volle Gleichberechtigung Preußens anerkennen und ihm den leitenden Einfluß, besonders aber das militärische Kommando in Norddeutschland überlassen. Im Falle eines inneren deutschen Krieges werde Preußen doch Hannover und Kurhessen sofort besetzen müssen, und Österreich werde dies nicht hindern können. Wolle Österreich auf eine solche Teilung der Macht nicht eingehen, so werde es in Zukunft als Feind behandelt werden und bei einer neuen europäischen Krisis keine Hilfe von Preußen zu erwarten haben; mit der Gefühlspolitik sei es endgültig vorbei. Er ging so weit zu sagen, daß er unter Umständen den Krieg für unvermeidlich halte und dem Botschafter zu empfehlen, Österreich möge, um die Reibungsflächen mit Preußen in Deutschland zu vermindern, seinen Schwerpunkt nach Ofen verlegen. Keinesfalls werde Preußen sich eine Majorisierung durch den Bundestag gefallen lassen; sollte ein Versuch hiezu gemacht werden, so werde es seinen Bundestagsgesandten ohne Bestellung eines Verteters abrufen und Beschlüsse der Versammlung, die ohne Preußens Teilnahme gefaßt würden, als unverbindlich betrachten. Karolyi war über diese ungewohnte Sprache sehr erstaunt, erkannte aber doch nicht ganz die Tragweite von Bismarcks Worten; an seine ernstliche Absicht, den Ansprüchen des Bundes scharf entgegenzutreten und im Kriegsfall die Hand auf Norddeutschland zu legen, glaubte er wohl; jedoch meinte er, „die Andeutungen eines unvermeidlichen Krieges haben wohl nur spekulativen Wert". Als Bismarcks eigentlichen Zweck sah er es an, durch möglichst schwarze Schilderung der Situation Zugeständnisse von Österreich zu erlangen. In Wahrheit enthielten diese

Darlegungen wesentliche Teile von Bismarcks wirklichem Programm; aber freilich enthielten sie es nicht ganz; denn er sagte dem Botschafter nicht, daß er an die Möglichkeit derartiger Zugeständnisse von seiten Österreichs schon damals nicht glaubte und daher den Krieg für unvermeidlich hielt.

Gleich darauf hatte er zum ersten Male Gelegenheit zu zeigen, daß es ihm mit der Verwirklichung seiner Gedanken ernst sei, und zugleich die Öffentlichkeit mit ihnen bekannt zu machen.

Nicht lange vor seinem Amtsantritt hatten Österreich, die vier Königreiche und drei andere Staaten beim Bunde den Antrag gestellt, es solle eine Versammlung von Delegierten der einzelnen Landtage nach Frankfurt berufen werden, um Gesetze über eine einheitliche Regelung des Zivilprozesses und des Obligationenrechts für Deutschland zu beraten. Ihre Beschlüsse sollten jedoch für die Regierungen nicht bindend sein, sondern nur als Material für deren Entscheidungen dienen. Bismarck hielt es schon für eine Rücksichtslosigkeit gegen Preußen, daß man einen Antrag von so weitgehender Bedeutung, der in die Verfassung des Bundes ein ganz neues Element einführen sollte, von Wien aus stellte, ohne sich vorher der Zustimmung des Berliner Kabinetts versichert zu haben. Er benutzte aber die Abstimmung in Frankfurt, die am 22. Januar 1863 stattfand, um einen starken Gegenschlag zu führen. Auf seinen Befehl mußte der preußische Bundestagsgesandte erklären, daß derartige Ausschüsse mit lediglich beratenden Befugnissen praktisch bedeutungslos seien und nur den Geschäftsgang beim Bunde erschweren würden. „Nur in einer Vertretung, welche nach Maßgabe der Bevölkerung jedes Bundesstaates aus letzterer durch unmittelbare Wahl hervorgeht, kann die deutsche Nation das berechtigte Organ ihrer Einwirkung auf die gemeinsamen Angelegenheiten finden.“ Um einem solchen deutschen Parlament einen würdigen Wirkungskreis zu schaffen, sei jedoch eine durchgreifende Veränderung der Bundesverträge notwendig. Einer solchen Maßregel bereite aber die Tatsache scheinbar unüberwindliche Schwierigkeiten, daß erhebliche Teile des Bundesgebiets in enger staatlicher Verbindung mit Ländern anderer Nationalität und Sprache ständen. Man könne deren Vertreter weder in das Parlament aufnehmen, noch diesen Staaten

zumuten, ihre Gesetzgebung aus den Händen einer ihnen fremden Volksvertretung zu empfangen. Auch bei der Delegiertenversammlung werde das schon hervortreten, sobald man ihr eine wirkliche praktische Bedeutung zu geben versuche. Wenn sich für diese Schwierigkeiten keine Lösung finden lasse, so habe eine scheinbare Reform des Bundes keinen Zweck; Preußen werde vielmehr durch freie Vereinbarung mit denjenigen Bundesregierungen, die dazu geneigt seien, zunächst für ein engeres Gebiet Einrichtungen zu schaffen suchen müssen, die als ein vorläufiges Surrogat allgemeiner Institutionen gelten könnten.

Aber Bismarck begnügte sich nicht damit, durch Preußens Votum, dem sich die Mehrheit der Stimmen in diesem Punkte anschloß, das Delegiertenprojekt zu Fall zu bringen. Er setzte vielmehr den sämtlichen Vertretern Preußens im Auslande in einer Zirkulardepesche die für Preußens künftige deutsche Politik maßgebenden Gesichtspunkte in derselben Art, wie es in Frankfurt geschehen war, auseinander und machte ihnen zugleich seine Unterredung mit dem Grafen Karolyi ihrem wesentlichen Inhalt nach bekannt. Dieses Aktenstück übergab er alsbald der Öffentlichkeit.

Somit wußte man jetzt innerhalb und außerhalb Deutschlands, was man von Preußen zu erwarten habe, wenn Bismarck dort an der Spitze der Regierung bleibe. Mochten auch die Liberalen die Befürwortung eines allgemeinen deutschen Parlaments durch den verhaßten Konfliktsminister mit Verwunderung und Mißtrauen aufnehmen, so mußte sich doch jeder sagen, daß ein so feierlich vor der obersten Bundesbehörde und der Öffentlichkeit ausgesprochenes Wort sich nicht leicht werde zurücknehmen lassen. Vor allen Dingen aber konnte man daraus ersehen, daß Preußen einer Reform des bestehenden Bundes, wie die Mittelstaaten sie wünschten, unbedingten Widerstand leisten werde, weil es ihn für verbesserungsunfähig hielt und ein auf anderen Grundlagen beruhendes Bundesverhältnis an seine Seele gesetzt sehen wollte. Daß an diesem neuen Bunde Österreich nicht werde teilnehmen können, war in den Worten der preußischen Erklärung am Bundestag deutlich genug gesagt; daß man sich nicht scheuen werde, eine solche Lösung der deutschen Frage im Kampf mit Österreich herbeizuführen, ging aus der Unterredung mit Karolyi klar her-

vor. Freilich mochte man zweifeln, ob Bismarcks Stellung in Preußen selbst so gefestigt sei, daß er der mächtigen Einwirkung der Gegner einer solchen Politik werde Herr werden können, und namentlich ob der König diese Gesinnungen wirklich vollständig teile. Auch Bismarck selbst konnte das nicht wissen; aber sein Programm, das er durchzuführen gedachte, wenn er die Macht behielt, hatte er hiermit zum ersten Mal der Öffentlichkeit verkündet.

Eine noch schwierigere praktische Probe hatte Bismarcks diplomatische Kunst zu bestehen, als in Polen der längst erwartete neue Aufstand gegen die russische Herrschaft ausbrach, der anfangs erfolgreich war und auch in die polnischen Provinzen Preußens hinüberzugreifen drohte. Bismarck bot dem Zaren sofort die bedingungslose Hilfe Preußens zur Niederwerfung des Aufstandes an, obwohl die gesamte katholische Bevölkerung Deutschlands für die Glaubensgenossen Partei nahm und die Sympathien aller Liberalen auf der Seite der Polen gegenüber dem russischen Selbstherrscher standen. Erklärte doch der Nationalverein, daß Preußen durch seine von ganz Europa verurteilte Politik die Ehre der Nation gefährde und der Einmischung des Auslandes eine willkommene Handhabe biete. General von Alvensleben wurde nach Petersburg geschickt und vereinbarte am 8. Februar 1863 eine Konvention mit Rußland, worin zunächst die Schließung der preußischen Grenzen für polnische Flüchtlinge und eventuell, falls der Aufstand noch größere Dimensionen annehmen sollte, eine direkte militärische Hilfsleistung Preußens vorgesehen wurde. Vier preußische Armeekorps wurden sofort mobil gemacht und an der Grenze aufgestellt. Bismarck erwartete nicht, daß ihr Eingreifen notwendig werden würde. Welchen Zweck er damit verfolgte, sprach er seinem König gegenüber offen aus: Wir haben davon „den Vorteil, uns für die Zukunft die Dankbarkeit des Kaisers Alexander wohlfeil gesichert zu haben".

In der Tat war diese schnelle und energische Hilfe Preußens dem Zaren um so wertvoller, als die übrigen europäischen Großmächte große Neigung zeigten, für die Polen einzutreten; in identischen Noten verlangten England, Frankreich und Österreich

mehrmals, daß der Zar den Polen weitgehende Autonomie ihres Landes gewähre. Sie suchten auch Preußen zur Beteiligung an diesem Schritt zu gewinnen, und Napoleon sagte dem preußischen Gesandten, Grafen Goltz, offen, daß der Abschluß der Konvention mit Rußland nach seiner Ansicht ein schwerer Fehler der preußischen Politik gewesen sei und die sofortige Entlassung Bismarcks angezeigt erscheinen lasse. Die Unterstützung der polnischen Bestrebungen entsprach durchaus den alten Traditionen der französischen Politik; ein selbständiges Polen bedeutete zugleich eine Schwächung Rußlands und die Bereitstellung einer französischen Hilfsmacht im Rücken Deutschlands. Der englische Gesandte in Berlin verhandelte mit Bismarck selbst und bedrohte ihn mit der Einmischung Europas. Bismarck fragte ruhig: „Wer ist Europa?" „Verschiedene große Nationen", erwiderte der Botschafter. „Sind sie schon darüber einig?" Der Botschafter schwieg, denn in der Tat hatte man wohl über das Ziel, nicht aber über die Mittel, mit denen es erreicht werden sollte, eine Verständigung zwischen London und Paris erreichen können. Bismarck ließ in Paris ausdrücklich erklären, daß Preußen weder einen Marsch französischer Truppen durch Deutschland, noch deren Ausschiffung in der Ostsee dulden werde, und trug dadurch viel dazu bei, eine europäische Intervention zu verhindern.

Bismarck hat sich durch sein Verhalten während des Polenaufstandes das dauernde Vertrauen Kaiser Alexanders II. erworben. Gortschakoff, der immer einer Verständigung mit Frankreich zuneigte, hatte ihn zum Entgegenkommen gegen die Westmächte durch Gewährung der Autonomie an Polen bestimmen wollen; nur weil er der Hilfe Preußens für den Notfall sicher war, hatte der Zar diese ihm persönlich widerstrebende Politik zurückweisen und seinen Willen durchsetzen können. Er wollte damals sogar ein enges Bündnis mit Preußen abschließen; Bismarck hielt es aber für besser, sich freie Hand zu bewahren, um nicht von dem mächtigeren Bundesgenossen abhängig zu werden. Aber auch die übrigen Kabinette mußten anerkennen, daß Preußens Politik in der polnischen Frage konsequent und ehrlich gewesen sei, während Napoleon den Engländern und Österreichern den Vorwurf machte, daß sie erst auf seine Gesichtspunkte eingegangen seien

und ihn dann, als er zur Ausführung der Drohungen habe schreiten wollen, im Stiche gelassen hätten. Er sagte, da sei ihm ein offener Gegner doch lieber.

Es waren allerdings nur vorbereitende Aktionen, die Bismarck in den ersten Monaten seiner Tätigkeit einleiten und nur kleine Erfolge, die er erzielen konnte. Aber er hatte doch von Anfang an in der auswärtigen Politik seine Stellung fest und sicher genommen und gezeigt, daß er sich nicht einschüchtern lasse und eine rein auf die Interessen des eigenen Staates gegründete Politik zu treiben gedenke.

* * *

Die schwerste Sorge blieb natürlich immer der innere Kampf. Als im Januar 1863 das Abgeordnetenhaus wieder zusammentrat, war die konservative Partei, die allein zu der Regierung hielt, auf 11 Mann zusammengeschmolzen; die Gegner spotteten, sie könnten gerade in einem Omnibus ins Parlament fahren. Bei der Adreßdebatte stellte Virchow den Antrag, auszusprechen, daß die Regierung ohne Budget eine Verletzung der Verfassung darstelle. Bismarck ergriff das Wort und erklärte, das Abgeordnetenhaus täusche sich über den Kreis seiner Befugnisse, wenn es glaube, daß ihm allein die Feststellung des Budgets zukomme, und daß es durch die Verweigerung seiner Zustimmung die Regierung jederzeit zur Unterwerfung unter seinen Willen zwingen könne. Er glaube, den Sinn und die praktische Bedeutung des Antrags dahin zusammenfassen zu können: „Durch diese Adresse werden dem königlichen Hause der Hohenzollern seine verfassungsmäßigen Regierungsrechte abgefordert, um sie der Majorität dieses Hauses zu übertragen." Die Verfassung, sagte er weiter, setze eine Verständigung von drei gleichberechtigten Faktoren, Krone, Herrenhaus und Abgeordnetenhaus über das Budget voraus, und wenn Meinungsverschiedenheiten zwischen ihnen beständen, so müßten diese durch Kompromisse ausgeglichen werden; was geschehen solle, wenn ein solches nicht zustande komme, darüber sage die Verfassung nichts. Diese Lücke in der Verfassung lege die Regierung, die im Besitz der Macht sei und die Verantwortung für den Fortbestand des Staates und die Erfüllung seiner Verpflichtungen zu tragen habe, die Notwendigkeit auf,

provisorische Maßnahmen auf eigene Hand zu treffen. Einer der Führer der Opposition, Graf Schwerin, warf ihm damals vor, seine Ausführungen gipfelten in dem Satze: „Macht geht vor Recht; sprecht ihr, was ihr wollt, wir haben die Macht, und also werden wir unsere Theorie durchführen." Bismarck verwahrte sich gegen diese Auslegung aufs entschiedenste. Er habe nur gesagt, wenn ein Kompromiß zwischen gleichberechtigten Faktoren nicht zustandekomme, so müßten sich Konflikte einstellen, „Konflikte aber zur Machtfrage werden, und daß, da das Staatsleben nicht einen Augenblick stillstehen kann, derjenige, der im Besitz der Macht sich befindet, daher genötigt ist, sie zu gebrauchen." In der Tat kam diese Erklärung doch darauf hinaus, daß auch im inneren Leben des Staates die wichtigsten Fragen nicht im letzten Grunde Rechtsfragen, sondern Machtfragen seien, eine Auffassung, an der Bismarck immer festgehalten hat, und die seinen Gegensatz gegen die Betrachtungsweise der Liberalen scharf zum Ausdruck brachte. Als diese Worte vom Hause mit großer Unruhe aufgenommen wurden, rief Bismarck höhnend in die Versammlung hinein, er mache auf unparteiische Beurteilung von seiten des Hauses keinen Anspruch. Da die Adresse in der von ihm bekämpften Form doch angenommen wurde, weigerte sich der König auf Bismarcks Rat, die Deputation, die sie ihm überreichen sollte, zu empfangen; als ihm der Beschluß schriftlich zugesandt wurde, gab er eine sehr scharfe schriftliche Antwort.

Der Etat für 1863, der abermals die Militärforderung enthielt, wurde von der Regierung von neuem vorgelegt. Unter den Abgeordneten der Mehrheit waren viele zum Frieden geneigt und wollten alles bewilligen, wenn das Ministerium Bismarck entlassen und die zweijährige Dienstzeit noch jetzt zugestanden werde. Auch bei dem König waren fortwährend Einflüsse aller Art tätig, namentlich aus seiner eigenen Familie heraus, die ihn zu einem Friedensschluß um diesen Preis drängen wollten. Es ist schwer glaublich, daß Wilhelm, der vor einem halben Jahre hatte abdanken wollen, als man die Einführung der zweijährigen Dienstzeit von ihm verlangte, jetzt Neigung gehabt haben sollte, auf diese Vorschläge einzugehen, wo deren Annahme einen völligen Rückzug der Krone vor der Mehrheit des Parlaments be-

deutet hätte. An eine Ausgleichung des Konfliktes war daher durchaus nicht zu denken. Wenn Bismarck in der nächsten Zeit eine immer schärfere und rücksichtslosere Sprache dem Parlament gegenüber führte, so ist das wohl weniger auf die Besorgnis zurückzuführen, daß vielleicht ein Friede zwischen König und Parlament über seinen Kopf hinweg geschlossen werden könnte, als vielmehr auf das Bestreben, dem König die Überzeugung zu geben, daß er sich vor dem Parlament nicht fürchte und den Kampf bis zum Äußersten durchzuführen entschlossen sei. Das freilich kann keinem Zweifel unterliegen, daß er die Mehrheit des Hauses mit bewußter und gewollter Rücksichtslosigkeit behandelt, ja man kann geradezu sagen, verhöhnt hat. Er bestritt dieser aus dem Dreiklassenwahlrecht hervorgegangenen Versammlung, daß sie überhaupt eine Volksvertretung sei, und niemals ist eine schärfere Kritik an dem preußischen Wahlrecht geübt worden als von Bismarck während der Konfliktszeit. Am schärfsten wurde er, wenn die Abgeordneten sich auf das Gebiet der auswärtigen Politik wagten und hier die Regierung bekämpften. Er leitete daraus geradezu den Vorwurf her, daß das Haus durch sein Verhalten das Ausland ermutige. Er erklärte, daß die auswärtige Politik, ebenso wie jedes andere Geschäft, eine Sache sei, die man verstehen und gelernt haben müsse, um darüber mitsprechen zu können; so wenig er den Anspruch erhebe, in einer medizinischen Frage besser das Rechte treffen zu können wie Virchow, so wenig könne er diesem ein sachverständiges Urteil über Fragen der auswärtigen Politik zugestehen. Als die Möglichkeit eines Krieges mit Dänemark auftauchte und im Hause die Frage erörtert wurde, ob die Regierung bereit sein werde, einen solchen zum Schutz des Deutschtums zu führen oder nicht, sagte der Ministerpräsident: „Ich kann Sie versichern und das Ausland versichern, wenn wir es für nötig finden Krieg zu führen, so werden wir ihn führen, mit oder ohne Ihr Gutheißen!“ Und als bei Erörterung der auswärtigen Politik die Anwesenheit Bismarcks, der sich im Nebenzimmer aufhielt, auf Grund der Verfassung verlangt wurde, erschien er im Saal und bemerkte nur spöttisch, daß die Redner auch im Nebenzimmer völlig verständlich gewesen seien.

Man kann sich nicht wundern, daß auch die Stimmung des Parlaments gegenüber der Regierung immer erbitterter wurde, so daß die Parole: „Diesem Ministerium keinen Groschen", unbedingten Anklang fand. Im Mai 1863 erreichte der Konflikt seinen Höhepunkt. Schon früher einmal hatte Bismarck mit dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses einen heftigen Zusammenstoß gehabt über die Frage, ob dem letzteren eine Disziplinargewalt auch über die Minister zustehe, ob er also das Recht habe, sie in ihren Ausführungen zu unterbrechen und zur Ordnung zu rufen. Als sich jetzt eine ähnliche Meinungsverschiedenheit zwischen dem Kriegsminister von Roon und dem Präsidenten erhob, weil Roon von einer unberechtigten Anmaßung mit Beziehung auf das Parlament gesprochen hatte, da kam es zu einem derartigen Tumult, daß der Präsident die Sitzung unterbrechen mußte und das gesamte Ministerium die Erklärung abgab, es könne sich an den Verhandlungen des Parlaments fernerhin nicht beteiligen, bevor nicht das Präsidium ausdrücklich auf jede Anwendung der Disziplinargewalt gegenüber seinen Mitgliedern verzichtet habe. Als das Präsidium dies, gestützt auf einen Beschluß des Hauses, verweigerte, richtete der König eine Botschaft an das Abgeordnetenhaus, worin er erklärte, daß er vollständig auf dem Standpunkt seiner Minister stehe und das Haus nur ermahnen könne, die geforderte Erklärung zu geben. Das Abgeordnetenhaus antwortete mit einer Adresse, in der es aussprach, es habe kein Mittel der Verständigung mehr mit diesem Ministerium und lehne jede Mitwirkung zu der gegenwärtigen Politik der Regierung ab. Darauf erklärte der König in einer neuen Botschaft am 26. Mai: „Meine Minister besitzen mein Vertrauen; ihre amtlichen Handlungen sind mit meiner Billigung geschehen, und ich weiß es ihnen Dank, daß sie es sich angelegen sein lassen, dem verfassungswidrigen Streben des Abgeordnetenhauses nach Machterweiterung entgegenzutreten." Am folgenden Tage wurde die Session geschlossen, ohne daß das Budget erledigt worden wäre. Den ganzen Sommer über wurde das Parlament überhaupt nicht zusammenberufen und am 3. September aufgelöst. Fast alle Kammern der kleineren deutschen Staaten sprachen dem Abgeordnetenhause ihre

Zustimmung aus und priesen es als Vorkämpfer verfassungsmäßiger Volksrechte in Deutschland.

Während des Sommers traf Bismarck Maßregeln zur Einschüchterung der Opposition, die eine unzweifelhafte Verletzung der Verfassung in sich schlossen und die Erbitterung auf das höchste Maß steigerten. Durch eine königliche Verordnung vom 1. Juni wurde festgesetzt, daß jede Zeitung oder Zeitschrift wegen ihrer allgemeinen politischen Richtung verwarnt werden und, wenn dies zweimal vergeblich sei, von der Regierung unterdrückt werden könne. Die Verwarnung sollte erfolgen, sobald eine Zeitung Maßregeln der Regierung als verfassungswidrig hinstelle oder die innere und äußere Politik des Staates in unzulässiger Weise kritisiere. Das bedeutete nichts anderes als die Aufhebung der Preßfreiheit. Bald darauf wurde, nachdem die Stadtverordneten von Berlin wegen dieser Verordnung eine Adresse an den König gerichtet hatten, den städtischen Körperschaften die Besprechung politischer Angelegenheiten untersagt. Eine Anzahl von Gemeinden erwiderte hierauf durch den Beschluß, kein Geld mehr zu Empfängen und Begrüßungen von Mitgliedern des Königshauses herzugeben. Die liberalen Verwaltungsbeamten und Richter wurden durch Strafversetzungen und ähnliche Maßregeln heimgesucht, namentlich wenn sie sich bei Wahlen und in der politischen Agitation betätigten. Selbst der Kronprinz wurde scharf gemaßregelt, als er in einer öffentlichen Rede in Danzig ausgesprochen hatte, daß er mit der Politik des Ministeriums nicht einverstanden sei; er mußte seinem Vater versprechen, seine abweichenden Ansichten in Zukunft nicht mehr öffentlich zu äußern.

Bei den Neuwahlen, die im Oktober stattfanden, wandte Bismarck alle Künste der offiziellen Wahlbeeinflussung, wie sie in der Zeit der Reaktion so oft erprobt worden waren, an; sogar der König selbst griff in den Wahlkampf ein, indem er in Beantwortung einer an ihn gerichteten Adresse erklärte, die Treue gegen seine Person sei unvereinbar mit der Wahl oppositioneller Kandidaten. Trotzdem gelang es der Regierung nur, 37 ministerielle Abgeordnete in das neue, im November zusammentretende Abgeordnetenhaus zu bringen. Das Haus versagte sofort der zur

nachträglichen Genehmigung vorgelegten Preßverordnung seine Zustimmung und erklärte ihren Inhalt für verfassungswidrig. Sie wurde darauf zurückgenommen.

Dieser heftige Kampf zwischen Regierung und Volksvertretung in Preußen und diese Maßregeln, die von allen Liberalen als Verstöße gegen den Geist und den Buchstaben der Verfassung gebrandmarkt wurden — budgetloses Regiment, willkürliche Einschränkung der Preßfreiheit, Beeinflussung der Wahlen —, schienen die Meinung zu rechtfertigen, daß Preußen nach der kurzen Episode der neuen Ära im Begriff sei, wieder zu einem durch die konstitutionellen Formen nur leise verhüllten Absolutismus zurückzukehren. Nichts konnte geeigneter sein als diese Aussicht, Preußen um alle Sympathien bei den Anhängern der preußischen Hegemonie im außerpreußischen Deutschland zu bringen; verkündete doch der Nationalverein im Mai 1863. „Wenn diejenigen, die jetzt an der Spitze des preußischen Staates, vom eigenen Volke verurteilt, am Ruin der preußischen Staatsmacht arbeiten, vollends nach der Leitung Deutschlands greifen wollten, so würden sie in der ersten Reihe der Kämpfer gegen eine solche Vermessenheit dem Nationalverein begegnen." Es war daher ein gewiß nicht ungeschickter Schachzug der österreichischen Regierung, daß sie es versuchte, aus dieser Lage der Dinge Vorteil zu ziehen und jetzt eine Reform des deutschen Bundes, wie sie den eigenen Interessen zu entsprechen schien, herbeizuführen.

* * *

Der Gedanke dazu ging von dem Minister von Schmerling aus, der, gerade weil er in Österreich selbst den Zentralismus unter Anlehnung an das deutsche Element befürwortete, die Beziehungen seines Staates zu dem übrigen Deutschland enger gestaltet zu sehen wünschte. Man glaubte das Ziel am schnellsten und einfachsten zu erreichen, wenn Kaiser Franz Josef sämtliche deutsche Fürsten zu einer persönlichen Beratung einlade, und hier den österreichischen Reformplan zur Annahme bringe.

Dem König Wilhelm machte der Kaiser selbst von dieser Absicht Mitteilung, als er ihn in Gastein, wo sich jener zur Kur aufhielt, Anfang August besuchte. Der König machte auf Bismarcks

Rat verschiedene Bedenken geltend; er forderte vor allen Dingen eine Hinausschiebung des Termins und genaue Vorbereitung der Fürstenkonferenz durch Beratungen der Minister. Aber auch in sachlicher Beziehung erschien ihm der österreichische Plan bedenklich. Denn dieser kam im wesentlichen darauf hinaus, daß an der Spitze des Bundes in Zukunft ein fünfköpfiges Direktorium stehen solle und neben ihm ein aus Delegierten der einzelnen Landtage zusammengesetztes Parlament mit lediglich beratender Stimme. Die wichtigeren Angelegenheiten sollten auf periodisch wiederkehrenden Kongressen der Fürsten beraten werden; endlich sollte ein Bundesgericht für die Entscheidung von Streitigkeiten eingesetzt werden. Es war ein weiterer Ausbau der Gedanken, die bereits dem im Januar vom Bundestag abgelehnten Antrag zugrunde gelegen hatten.

König Wilhelm erwiderte darauf mit Recht, daß die Abgeordneten, die zu Hause beschließende Stimme hätten, sich als Delegierte schwerlich mit einer bloß beratenden begnügen würden. Er halte es für besser, wenn ein deutsches Parlament nach einem durchaus konservativen Wahlgesetz direkt gewählt und mit weitergehenden Befugnissen ausgestattet werde. Auch würde es schwer sein, die Zustimmung der vom Direktorium ausgeschlossenen Staaten zu erlangen, wenn man diesem ausgedehnte Rechte geben wolle. Daher bestehe die Gefahr, daß die ganze Beratung, die ungeheures Aufsehen machen werde, schließlich ohne Resultat verlaufe; das würde aber überall in Deutschland einen sehr schlechten Eindruck machen.

Trotz der vom König gegen den ganzen Plan erhobenen Einwände wurde die offizielle Einladung an Preußen und die übrigen deutschen Fürsten verschickt; König Wilhelm lehnte höflich ab. Er handelte dabei in voller Übereinstimmung mit Bismarck, dessen Absicht dahin ging, durch die Nichtbeteiligung Preußens dem ganzen Unternehmen von vornherein jede Aussicht auf Erfolg zu nehmen. Er erklärte das Ganze spottend für eine „Geburtstagsfeier mit weißgekleideten Fürsten", die Schmerling seinem Kaiser arrangieren wolle, da die Verhandlungen des Fürstenkongresses gerade am Geburtstage des Kaisers Franz Josef stattfinden sollten.

Am 17. August versammelten sich in Frankfurt alle deutschen Fürsten mit Ausnahme der Beherrscher von Preußen, Holstein, Lippe und Anhalt-Bernburg. Da es ihnen allen von vornherein klar war, daß ohne König Wilhelms Beteiligung schwerlich eine Reform zustandekommen könne, so beschlossen sie zunächst, den König Johann von Sachsen mit einer von allen unterzeichneten nochmaligen dringenden Einladung nach Baden-Baden zu schicken, wo sich Wilhelm damals aufhielt. In der Tat wurde der König schwankend. „Dreißig regierende Herren und ein König als Kurier!" — sagte er und zeigte sich nicht abgeneigt, der Einladung doch noch zu folgen. Nur nach hartem Kampfe und durch die Erklärung, daß er sonst nicht als Minister nach Berlin zurückkehren werde, setzte es Bismarck durch, daß der König schließlich doch eine ablehnende Antwort an den König von Sachsen unterzeichnete. In einer Anweisung an den Bundestagsgesandten, die alsbald veröffentlicht wurde, sagte er, der österreichische Reformplan entspreche weder „der berechtigten Stellung der preußischen Monarchie, noch den berechtigten Interessen des deutschen Volkes"; Preußen würde durch seine Annahme Gefahr laufen, „die Kräfte des Landes Zwecken dienstbar zu machen, welche den Interessen des Landes fremd sind".

In Frankfurt wurden trotzdem die Beratungen fortgesetzt; außer dem Großherzog von Baden wagte niemand erhebliche Einwendungen gegen die Vorschläge des Kaisers Franz Josef zu machen; am 1. September wurde der Reformplan, wie er aus der Spezialberatung hervorgegangen war, mit 24 gegen 6 Stimmen angenommen, allerdings mit dem Zusatz, daß man an diese Vereinbarung nur so lange gebunden sein wolle, bis von seiten Preußens eine definitive Ablehnung oder ein Gegenvorschlag erfolgt sei. Von dem Ergebnis der Beratungen wurde dem König Wilhelm in einem neuen Schreiben Mitteilung gemacht.

Im allgemeinen machte diese Tagung der deutschen Fürsten nach außen hin den Eindruck eines großen österreichischen Erfolges. Ein von etwa 300 Abgeordneten aus verschiedenen deutschen Staaten besuchter Kongreß, der gleichzeitig mit der Fürstenversammlung in Frankfurt tagte, bezeichnete zwar die Reichsverfassung von 1849 als das zu erstrebende Ziel und machte

allerlei Einwendungen im einzelnen gegen das Wiener Projekt, namentlich gegen die Delegiertenvertretung geltend; aber er erklärte sich nicht in der Lage, „zu Österreichs Entwurf sich lediglich verneinend zu verhalten", da es immerhin ein Anfang sei. Die Königin Viktoria von England und Kaiser Napoleon sprachen sich dahin aus, daß Österreichs Ansehen in Deutschland durch diese Vorgänge auf Kosten Preußens gewachsen sei; und sogar der preußische Kronprinz erklärte, das Fernbleiben seines Vaters sei ein schwerer Fehler; man hätte nicht den Anschein erwecken dürfen, als wolle man zu einer Reform des deutschen Bundes nicht helfen. Aber in Wahrheit lag die Sache doch gerade umgekehrt; der dem Beschluß der Fürsten hinzugefügte Vorbehalt war geeignet, alles wieder rückgängig zu machen, und legte die wirkliche Entscheidung in die Hand Preußens. Bismarck hatte hier zum erstenmal gezeigt, daß er sich durch den äußeren Schein nicht täuschen lasse, und hatte mit Einsetzung seiner Persönlichkeit und seiner Stellung durchgesetzt, daß der König das für Preußen allein aussichtsvolle Verfahren guthieß.

Preußen verlangte in seiner Antwort an die Fürsten als Vorbedingung jeder weiteren Diskussion über den Reformplan, daß das Präsidium zwischen Österreich und Preußen abwechseln, Preußen ein Veto gegen jeden Bundeskrieg haben und endlich ein aus Volkswahlen hervorgegangenes deutsches Parlament neben dem Direktorium stehen müsse. Österreich erklärte diese Forderungen für unannehmbar und versuchte nun, die übrigen Staaten bei den Frankfurter Vereinbarungen festzuhalten, also eine österreichische Union zu gründen. Bereits in der ersten Denkschrift des kaiserlichen Kabinetts war Preußen damit bedroht worden, daß Österreich seinen Reformplan auf dem Weg freier Bündnisse mit den zustimmenden Staaten verwirklichen werde, falls das Veto Preußens sein Zustandekommen für den gesamten Bund verhindern sollte. Aber die kleineren Staaten hatten keine Lust, sich Österreich unterzuordnen und auf den ihnen viel vorteilhafteren gegenwärtigen Zustand zu verzichten, der es ihnen stets ermöglichte, gegen die eine der beiden Großmächte bei der anderen Unterstützung zu finden. Sie lehnten daher diesen österreichischen Vorschlag ab, und damit war der ganze Plan ge-

scheitert. Es war zwar nur ein negativer Erfolg, den Bismarck hier erzielt hatte; aber er hatte doch von neuem klar gezeigt, daß ohne Preußen und gegen Preußen eine Lösung der deutschen Frage unmöglich sei.

Österreichs Vorgehen hatte aber noch eine andere Bedeutung; denn es gab Bismarck die nötigen Waffen in die Hand, um später einen etwaigen Widerspruch gegen die preußischen Reformpläne zu bekämpfen. Der Wiener Hof hatte nicht nur die dringende Reformbedürftigkeit der Bundesverfassung anerkannt, ja, die Umgestaltung als unaufschiebbar bezeichnet, sondern er hatte auch das Recht in Anspruch genommen, gemeinsame Institutionen unter Umständen auf dem Wege freier Vereinbarung unter einzelnen Regierungen ins Leben zu rufen. Wie oft hatte man in Wien Preußens Versuche, in dieser Richtung vorzugehen, als eine Verletzung des Bundesrechts gebrandmarkt! Nicht nur in der Zeit der Unionsbestrebungen, sondern ebenso, als es sich um den Abschluß von Militärkonventionen mit den kleineren Staaten handelte. Jetzt nahm man das Recht für Österreich als selbstverständlich in Anspruch; konnte man es dann Preußen noch bestreiten? Bismarck war durch Österreich selbst vor ähnlichen Vorwürfen gesichert, wenn es ihm gelang, innerhalb des Bundes eine engere Vereinigung mit preußischer Spitze zu schaffen.

Der Nationalverein versäumte ebenfalls nicht zu konstatieren, daß das Vorgehen der deutschen Regierungen die Unhaltbarkeit der bisherigen Zustände und die Berechtigung der nationalen Bestrebungen aufs klarste dargetan habe. Die Generalversammlung in Leipzig erklärte zwar das österreichische Reformprojekt für ungenügend, da es die Ansprüche der Nation auf Einheit und Freiheit in keiner Weise befriedige, verurteilte aber auch die preußischen Gegenvorschläge, „wenn sie von einer solchen Regierung überhaupt ernstlich gemeint sein könnten".

Schon in Frankfurt hatte Bismarck es als Ziel seiner Politik ins Auge gefaßt, das außerösterreichische Deutschland zu einem Bundesstaate unter Preußens Führung zu einigen, und hatte erkannt, daß hierzu eine kriegerische Auseinandersetzung mit Österreich die notwendige Vorbedingung sei. Der natürliche Bundesgenosse in diesem Kampfe schien an sich die von den Liberalen

und dem Nationalverein vertretene nationale Strömung im deutschen Volke zu sein. Die Lage aber, in welcher er an die Spitze der preußischen Regierung berufen ward, legte ihm als nächste und dringendste Aufgabe die Durchführung eines erbitterten Kampfes gegen den Liberalismus in Preußen selbst auf. Es schien daher, als ob es jetzt ebenso unmöglich sei wie 1848, die preußische Regierung und die nationale Bewegung in Deutschland zu gemeinsamer Arbeit zusammenzubringen. Indem sich Bismarck durch sein Vorgehen im Verfassungskonflikt das unbedingte Vertrauen des Königs von Preußen und der altpreußischen Elemente überhaupt sicherte, zog er sich zugleich die bitterste Feindschaft aller deutschen Liberalen zu. Es mußte fraglich erscheinen, ob es ihm jemals gelingen werde, deren Mißtrauen zu besiegen. Aber sowohl nach seiner preußischen Gesinnung als nach seiner Einschätzung der realen Machtverhältnisse erschien ihm die Verfügung über die Machtmittel des preußischen Staates als das wichtigere Mittel für die Erreichung seiner Ziele, und er hoffte, daß sich ihm die Sympathien der national gesinnten Elemente trotzdem zuwenden würden, wenn er auf dem Wege der Einigung erst greifbare Resultate erzielt habe.

Viertes Kapitel

Die Befreiung Schleswig-Holsteins

Bismarck war noch nicht lange über ein Jahr Minister, als seine Politik auf eine schwere Probe gestellt wurde, nach seinem eigenen Urteil die schwerste, die sie überhaupt zu bestehen gehabt hat. Denn noch war seine Stellung dem König gegenüber nicht so gesichert wie in späterer Zeit, und jeder bedeutende Mißerfolg in der auswärtigen Politik konnte ihn stürzen und die Ausführung aller seiner Pläne unmöglich machen. Es war das erneute Auftauchen der Schleswig-Holsteinischen Frage, das diese Gefahren für ihn heraufführte.

Die beiden Herzogtümer waren im 15. Jahrhundert durch Personalunion mit Dänemark verbunden worden. Nach dem Aussterben des alten schleswig-holsteinischen Herzogsgeschlechtes der Schauenburger wurde im Jahre 1460 der nächste Verwandte dieses Hauses, Christian von Oldenburg, der bereits seit 1448 König von Dänemark war, auch Beherrscher dieser Gebiete. Durch das berühmte Privileg vom 5. März 1460 versprach der neue Herrscher den Ständen beider Herzogtümer, daß sie ewig ungeteilt zusammenbleiben sollten, und gestand ihnen bedeutende Rechte, namentlich in bezug auf die Steuerbewilligung zu. In der nächsten Zeit hatten Dänemark und die Herzogtümer zwar einen gemeinsamen Herrscher, blieben aber im übrigen völlig selbständige Gebiete. Die Herzogtümer hatten von dieser Verbindung zunächst den überwiegenden Vorteil, weil die oldenburgischen Könige von Dänemark sich durchaus als Deutsche fühlten und dem schleswig-holsteinischen Adel eine führende Stellung einräumten. Durch die sogenannte Grafenfehde im Jahre 1534, in der die Schleswig-Holsteiner ihrem Herzog Christian III. sein Thronrecht in Dänemark gegen den dortigen

Adel verteidigen halfen, wurde dieser Einfluß der Deutschen auf die dänischen Verhältnisse noch mehr verstärkt. Die verschiedenen Teilungen, die schon mit der Auseinandersetzung zwischen Christian III. und seinen Brüdern begannen, beseitigten doch niemals das Gefühl der Zusammengehörigkeit, da jede der verschiedenen Linien sowohl Stücke von Schleswig wie von Holstein erhielt, und da alle ständischen Angelegenheiten gemeinsam blieben. Jahrhundertelang war infolgedessen nur noch ein Teil von Schleswig-Holstein mit Dänemark vereinigt, während ein anderer Teil unter selbständigen Herzögen stand. Erst als die bedeutendste dieser Nebenlinien, die Gottorpische, den russischen Thron bestieg und im Jahre 1773 ihre holsteinischen Besitzungen gegen das Stammland Oldenburg an den König von Dänemark vertauschte, und als 1779 der regierende Zweig der Glücksburger Linie ausstarb, kam ganz Schleswig-Holstein wieder in dauernde Verbindung mit Dänemark.

Inzwischen war in Dänemark durch das Königsgesetz von 1665 die Mitregierung der Stände beseitigt, der Absolutismus und die weibliche Erbfolge eingeführt worden, während in den Herzogtümern die alte ständische Verfassung und die im deutschen Lehnrecht geltende Erbfolge der nächsten männlichen Verwandten bestehen blieb.

Das Verhältnis der Herzogtümer zu Dänemark blieb auch jetzt ein gutes, bis mit der französischen Revolution das Nationalitätsprinzip maßgebende Bedeutung für das staatliche Leben Europas gewann und durch die Franzosenzeit und die Befreiungskriege auch im deutschen Volke ein lebendiges Nationalbewußtsein erweckt wurde. Erst nach dem Untergang des alten Deutschen Reiches tauchte auf dänischer Seite das Bestreben auf, die Herzogtümer, auch das bisher zum Reiche gehörige Holstein, als einen Bestandteil des dänischen Staates zu betrachten, ihre hergebrachten Einrichtungen und Sonderrechte zu beeinträchtigen, ihre Einkünfte für dänische Zwecke zu verwenden, dänische Beamte dorthin zu senden und der dänischen Sprache in der Verwaltung Eingang zu verschaffen. Und erst jetzt begann man es in Schleswig-Holstein als unnatürlich zu empfinden, daß die ihrer Bevölkerung nach ganz überwiegend deutschen Herzogtümer

unter der Herrschaft der Könige von Dänemark standen, die gerade im Laufe der letzten Jahrzehnte ihre deutsche Abkunft so ziemlich vergessen hatten und ganz zu Dänen geworden waren.

Gegen diese Versuche konnten die Schleswig-Holsteiner bei ihren deutschen Stammesgenossen nur geringen Rückhalt finden; denn bei der Gründung des deutschen Bundes war nur Holstein in diesen Verein aufgenommen worden, Schleswig aber außerhalb des Bundes geblieben. Diese Regelung war ohne Befragung der Bevölkerung der Herzogtümer durchgeführt worden und erregte bei ihr schon deshalb lebhaften Widerspruch, weil man die historische Zusammengehörigkeit von Schleswig und Holstein nicht gelockert zu sehen wünschte.

So nehmen wir bald nach 1815 eine starke antidänische Agitation in Schleswig-Holstein wahr, an deren Spitze Männer wie der Kieler Professor Dahlmann und Uve Jens Lornsen standen. Namentlich der letztere trat in Rede und Schrift für die Unabhängigkeit der Herzogtümer von Dänemark ein. Er war es auch, der zuerst ihre drei Forderungen scharf formulierte: Selbständige Verwaltung und Verfassung, Unteilbarkeit und Vererblichkeit nur im Mannesstamm. Die letztere Forderung gewann bald eine besondere Bedeutung, da der Mannesstamm der alten dänischen Königslinie dem Aussterben nahe war; gelangte nun jener Grundsatz zur unbestrittenen Anerkennung, so hatten die Herzogtümer Aussicht, in absehbarer Zeit ihre Verbindung mit Dänemark ganz lösen zu können, da nach dem Aussterben der königlichen Linie in Dänemark deren nächste weibliche Verwandte, in Schleswig-Holstein aber die nächstälteste männliche Linie des Gesamthauses Oldenburg hätte zur Regierung kommen müssen.

In Dänemark hatte man sich aber bereits so daran gewöhnt, die Herzogtümer als Bestandteile der dänischen Gesamtmonarchie zu betrachten, daß man ihre Loslösung keinesfalls zugestehen wollte. Mindestens gedachte man, wenn etwa Holstein durch seine Zugehörigkeit zum deutschen Bunde gegen die volle Einverleibung geschützt würde, Schleswig ganz und gar für Dänemark zu behalten. Die Partei, welche diese Lösung befürwortete, also die Eider zur Grenze der dänischen Monarchie machen wollte, wurde die eider-dänische genannt. Erschwerend trat noch der Umstand

hinzu, daß zwischen der dänischen Königslinie und dem nächstältesten Zweige des Hauses Oldenburg, den Herzögen von Augustenburg, bittere Feindschaft bestand; man wollte also dieser auf keinen Fall die Nachfolge in den Herzogtümern lassen.

Namentlich seit im Jahre 1839 Christian VIII. den dänischen Thron bestiegen hatte, setzten die Bestrebungen zur Danisierung der Herzogtümer mit neuer Kraft ein. Das dänische Reichsbankgeld wurde dort eingeführt, die deutschen Regimenter in dänische Garnisonen verlegt und unter dänische Offiziere gestellt. Mit seiner Billigung beschloß im Jahre 1844 der dänische Landtag, daß die dänische Monarchie mit Einschluß der Herzogtümer ein unteilbares, nach dem Königsgesetz vererbliches Ganzes sei. Die Stände der Herzogtümer protestierten dagegen, und es begann eine lebhafte Erörterung dieser Fragen in der Öffentlichkeit. Nicht lange darauf, am 8. Juli 1846, erließ Christian VIII. seinen berühmten „offenen Brief", worin er erklärte, daß das weibliche Erbrecht in Schleswig und Lauenburg unzweifelhaft ebenso gelte wie in Dänemark; wenn dies für manche Teile von Holstein auch nicht ganz so zweifellos sei, so werde er doch darauf bedacht sein, die Unverletzlichkeit des dänischen Gesamtstaates und die enge Verbindung der beiden Herzogtümer untereinander zu bewahren. Auch gegen diese Kundgebung protestierten die Stände der Herzogtümer und die Agnaten des oldenburgischen Hauses. Man hoffte auf die Unterstützung der nationalen Bewegung in Deutschland. Der alte Bundestag war allerdings nur zu einer lahmen Erklärung zu bewegen; sobald aber durch den Sieg der Märzrevolution von 1848 die liberalen und nationalen Strömungen in fast allen deutschen Staaten zur Herrschaft gekommen waren, zeigte sich in Deutschland eine stärkere Neigung, den bedrängten Stammesgenossen in Schleswig-Holstein Beistand zu leisten. Aber auch in Dänemark, wo im Januar 1848 auf Christian VIII. sein Sohn Friedrich VII., der letzte seines Stammes gefolgt war, kam durch die Revolution die eiderdänische Partei ans Ruder. Schleswig wurde jetzt von dänischen Truppen besetzt und die bevorstehende Einverleibung dieses Gebietes offen angekündigt.

Infolgedessen brach in den Herzogtümern der offene Aufstand gegen den dänischen König aus; in ganz Deutschland regte sich

die lebhafteste Sympathie mit den Stammesbrüdern, die so tapfer für ihr Volkstum eintraten. Auch in Preußen stand damals der König ganz unter dem Einfluß des Sieges der Märzrevolution; Friedrich Wilhelm erkannte in einem offenen Briefe an den Herzog von Augustenburg die Berechtigung der drei Grundforderungen Schleswig-Holsteins und insbesondere das Erbrecht der augustenburgischen Linie ausdrücklich an. Die deutsche Zentralgewalt beschloß die Unterstützung der Herzogtümer mit Waffengewalt; ein Heer unter dem preußischen General Wrangel eilte den Schleswig-Holsteinern zu Hilfe.

Die Kämpfe der Jahre von 1848—1850 verliefen, wie wir wissen, für die Herzogtümer unglücklich. Sobald in Preußen die reaktionäre Strömung zur Herrschaft gekommen war, begann man hier eine Verständigung mit dem dänischen König zu suchen und setzte sich über die entgegengesetzten Wünsche und Beschlüsse der Frankfurter Nationalversammlung und die in der Volksstimmung lebhaft zutage tretende Sympathie für die Herzogtümer ohne weiteres hinweg. Bereits durch den Waffenstillstand von Malmö wurden die Interessen der Schleswig-Holsteiner erheblich geschädigt; sowohl die Preußen wie die Dänen mußten die Herzogtümer räumen, und eine gemischte provisorische Verwaltungsbehörde wurde eingesetzt. Als dann das Frankfurter Parlament aufgelöst worden war, und wegen der Gründung der preußischen Union der Konflikt zwischen Österreich und Preußen ausbrach, da mischten sich auch die übrigen Großmächte, namentlich Rußland und England, ein. Sie wünschten nicht, daß Deutschland eine starke Position zwischen Nord- und Ostsee gewinne und verlangten entschieden den Fortbestand der dänischen Gesamtmonarchie. Preußen wagte es unter diesen Umständen nicht, die Schleswig-Holsteiner noch weiter zu unterstützen; und so gelang es den Dänen, die nun sich selbst überlassenen Bewohner der Herzogtümer mit Waffengewalt zu unterwerfen. Die Schlacht bei Idstedt (24. und 25. Juli 1850) entschied für anderthalb Jahrzehnte über das Schicksal Schleswigs; in Holstein warfen die Österreicher als Beauftragte des deutschen Bundes den letzten Widerstand nieder und lieferten das Land an Dänemark aus.

Um die enge Verbindung dieser Gebiete mit der Gesamtmon-

archie für die Zukunft zu sichern, sollte auch die Thronfolgeordnung für den Gesamtstaat neu geregelt und unter die Garantie der Großmächte gestellt werden. Österreich und Preußen zeigten jedoch wenigstens noch so viel Verständnis dafür, da es sich hier um eine nationale Frage handle, daß sie ihre Zustimmung von einigen Bedingungen abhängig machten: Österreich verlangte, daß die Herzogtümer innerhalb des Gesamtstaates eine selbständige Verfassung und Verwaltung behalten sollten und auch Schleswig niemals einverleibt werden dürfe; Preußen aber forderte, daß der nach der Ansicht der Herzogtümer und der weitaus größten Anzahl der deutschen Regierungen in Schleswig-Holstein erbberechtigte nächste Agnat, Herzog Christian von Augustenburg, vorher zum gütlichen Verzicht auf seine Ansprüche bewogen werden müsse. König Friedrich von Dänemark war nur schwer zum Eingehen auf diese Bedingungen zu bringen. Aber da er einsah, daß ohne die Zustimmung der deutschen Großmächte die einheitliche Thronfolge für den Gesamtstaat nicht wirklich gesichert werden könne, so entschloß er sich doch zum Nachgeben. Im Januar 1852 erließ er ein Manifest, durch das er den beiden Herzogtümern innerhalb des Gesamtstaates eigene Verwaltung und eigene Landstände verhieß; nur die auswärtigen Angelegenheiten, das Heerwesen und der zur Aufrechterhaltung beider notwendige Teil des Budgets müßten unbedingt gemeinsam bleiben. Er gab ferner die bezüglich Schleswigs geforderte Erklärung ab und bevollmächtigte Preußen, mit dem Herzog von Augustenburg zu verhandeln. Bismarck, der damals ja Gesandter beim Bundestag war, führte selbst die Verhandlungen mit dem in Wiesbaden lebenden Herzog Christian. Am 23. April 1852 versprach dieser für sich und seine Familie, für alle Zukunft seinen Wohnsitz außerhalb der dänischen Monarchie zu nehmen und keine Schritte zu tun, die geeignet seien, der beabsichtigten Regelung der Thronfolgefrage Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Er erhielt hingegen von Dänemark als Ersatz für seine Besitzungen in Schleswig-Holstein, die während des Krieges beschlagnahmt worden waren, die Summe von $^1/_4$ Millionen Talern. Einen ausdrücklichen Verzicht auf seine Rechte konnte er schon deswegen nicht geben, weil Dänemark diese ja gar nicht

anerkannte. Österreich und Preußen erachteten damit ihre Bedingungen als erfüllt, und am 8. Mai 1852 wurde von allen Großmächten das Londoner Protokoll unterzeichnet, das den Prinzen Christian von Glücksburg, den nächsten aus weiblicher Linie stammenden Verwandten der königlichen Linie, als Thronfolger für den Gesamtstaat anerkannte. Die Stände der Herzogtümer wurden in der ganzen Angelegenheit überhaupt nicht befragt.

Aber der König von Dänemark war weit davon entfernt, die Versprechungen, die er gemacht hatte, jetzt, nachdem der beabsichtigte Zweck erreicht war, auch zu erfüllen. Er richtete eine förmliche dänische Gewaltherrschaft in den Herzogtümern ein. Die Teilnehmer der Ereignisse von 1848 wurden zur Strafe gezogen und das Deutschtum mit allen Mitteln verfolgt. Der nationale Gegensatz war natürlich durch die Kämpfe der vorangegangenen Jahre wesentlich verschärft worden. Dazu kam noch, daß seit dem Übergang Dänemarks zur konstitutionellen Staatsform (1849) auch das dänische Parlament in Kopenhagen über die Angelegenheiten der Herzogtümer mitzureden hatte. Dadurch wurde in den Deutschen das Gefühl erweckt, daß sie nicht nur Untertanen des dänischen Königs, ihres Herzogs, sondern des dänischen Volkes und Staates sein sollten. Tatsächlich wurden die Herzogtümer in Kopenhagen einfach als dänische Provinzen betrachtet. Die Gesamtstaatsverfassung von 1855 dehnte den Kreis der gemeinsamen Angelegenheiten erheblich weiter aus, als dies früher in Aussicht genommen war; er entzog die Domänen der Herzogtümer der Verfügung der Stände, legte ihnen bestimmte Beiträge zu den Kosten der Verwaltung des Gesamtstaates auf, unterstellte eine Reihe wichtiger Verwaltungszweige dem dänischen Ministerium und richtete in polizeilicher Hinsicht einen Ausnahmezustand für Schleswig-Holstein ein. Der spätere österreichische Zivilkommissar, Graf Revertera, sagt darüber: „Die dänische Regierung hatte das Land mit dänischen Beamten, Pastoren und Schullehrern förmlich überschwemmt, das einheimische Element war in geringer Zahl vertreten, aus den höheren Stellen aber gänzlich verdrängt."

Der holsteinische Landtag rief gegen diese Vergewaltigung die

Hilfe des Bundestags an; nach langen Beratungen und einem vergeblichen Versuch, durch gütliche Vorstellungen in Kopenhagen etwas zu erreichen, beschloß dieser im Februar 1858, daß die Verfassung den Verträgen von 1852 widerspreche und daher als gültig für Holstein und Lauenburg nicht anerkannt werden könne; auf Schleswig erstreckte sich ja die Kompetenz des Bundes nicht. Der König wurde als Herzog von Holstein unter Androhung der Bundesexekution aufgefordert, die Verfassung aufzuheben. König Friedrich setzte darauf tatsächlich die Verfassung für Holstein und Lauenburg außer Kraft (11. März 1859), ohne indessen eine neue an ihrer Stelle einzuführen, so daß er in diesen beiden Teilen seines Reiches nunmehr als absoluter Herrscher regierte. Die Holsteiner drangen darauf, daß dieser Zustand beseitigt werde, und lagen dem Bundestag fortwährend mit ihren Klagen in den Ohren. Endlich entschlossen sich die beiden deutschen Großmächte, denen ja die früheren Zusicherungen von seiten Dänemarks gemacht waren, ihrerseits einzugreifen; Ende 1861 forderten sie von Dänemark eine Erklärung, ob es sich an die früher übernommenen Verpflichtungen noch gebunden erachte oder nicht. König Friedrich erwiderte nach längerem Zögern, daß er seine Verpflichtungen nach wie vor anerkenne, keineswegs aber die Auslegung, welche die deutschen Großmächte ihnen gäben. Österreich verlangte nun bestimmt die Einführung einer neuen Gesamtverfassung, da das Bestehen einer besonderen Verfassung für Holstein und einer anderen für Schleswig und Dänemark zusammen bereits den Abmachungen widerspreche und nur als Vorbereitung für eine völlige Einverleibung Schleswigs angesehen werden könne. Dänemark aber lehnte diese Forderung als eine unzulässige Einmischung in seine inneren Angelegenheiten ab und verkündete am 30. März 1863 ohne vorherige Befragung der dortigen Stände eine neue gesonderte Verfassung für Holstein. Nun griff der Bundestag von neuem ein und forderte am 9. Juli den König von Dänemark auf, diese Verfassung binnen sechs Wochen außer Kraft zu setzen und eine den Verträgen von 1852 entsprechende Gesamtverfassung zu erlassen; wieder wurde mit der Bundesexekution gedroht, falls diesem Verlangen nicht entsprochen werde. Im Vertrauen darauf, daß er im Notfall an

England und Rußland einen Rückhalt finden werde, weigerte sich der König von Dänemark, der Forderung nachzukommen. Als eine neue vom Bundestag gesetzte Frist verstrichen war, beauftragte dieser Hannover und Sachsen mit der Vollstreckung der Bundesexekution und ersuchte Preußen für den Notfall Truppen zu ihrer Unterstützung bereit zu halten (1. Oktober).

In Dänemark brachte dieses Vorgehen große Erregung hervor, und der Reichsrat in Kopenhagen beschloß eine neue gemeinsame Verfassung für Dänemark und Schleswig, was der vollen Einverleibung Schleswigs gleichkam. König Friedrich zögerte, dieser Verfassung seine Genehmigung zu erteilen, weil er einsah, daß er damit einen Konflikt von unberechenbarer Ausdehnung heraufbeschwören werde. Bevor es noch zu einer endgültigen Entscheidung gekommen war, wurde Friedrich VII. vom Tode ereilt (15. November 1863). Mit ihm erlosch der Mannesstamm der dänischen Linie des Hauses Oldenburg, und es trat somit der im Londoner Protokoll vorgesehene Fall ein.

* * *

Prinz Christian von Glücksburg übernahm sofort unter dem Namen Christian IX. die Regierung in Dänemark und den Herzogtümern. Er hatte nun zunächst die schwierige Frage zu entscheiden, ob er die neue eiderdänische Verfassung anerkennen wolle oder nicht. Auch er teilte die Bedenken seines Vorgängers, zumal da die Vertreter der Großmächte ihm dringend zum Einlenken gegenüber den deutschen Forderungen rieten. Aber unter dem Druck seiner Minister und der Bevölkerung von Kopenhagen, die in wilde Aufregung geraten war, entschloß er sich zuletzt doch, den verhängnisvollen Schritt zu tun.

Gleichzeitig trat ein unerwarteter Zwischenfall ein. Der älteste Sohn des Herzogs Christian von Augustenburg, Erbprinz Friedrich, verkündigte in einer Proklamation, nachdem sein Vater zu seinen Gunsten auf seine Rechte verzichtet habe, übernehme er hiermit als Herzog Friedrich VIII. die ihm dem Rechte nach zustehende Regierung der Herzogtümer Schleswig und Holstein. Den von seinem Vater ausgesprochenen Verzicht auf jede Störung der Thronfolgeordnung sah er als für sich nicht bindend an,

da seine Zustimmung dazu nicht eingeholt worden sei. Es ist viel darüber gestritten worden, ob der Herzog zu diesem Vorgehen berechtigt gewesen sei oder nicht, und man hat die Beweismittel dafür und dagegen aus den tiefsten Schächten des mittelalterlichen Lehnrechts und des Privatfürstenrechts hervorgeholt. Man kann von der Erörterung der Streitfrage, wie die Rechtslage ohne die Abmachungen von 1852 gewesen sein würde, völlig absehen; denn der Vertrag mit dem Chef des augustenburgischen Hauses lag ja vor. Hatte auch Herzog Christian nicht auf seine Rechte verzichtet, so hatte er doch zweifellos versprochen, sie gegen Christian IX. nicht geltend zu machen, da er ja gegen dessen Thronfolge in der Gesamtmonarchie nichts zu unternehmen zugesagt hatte. Der Erbprinz wußte seit Jahren, welches Versprechen sein Vater für sich und seine Familie abgegeben hatte und daß er nur gegen Abgabe dieses Versprechens eine erhebliche Geldsumme als Entschädigung für seine konfiszierten Güter erhalten hatte. Billigte er dies Verfahren nicht und wollte er seine Bewegungsfreiheit wahren, so hätte er sofort dagegen protestieren müssen, was allerdings wahrscheinlich das Scheitern der Verhandlung und die Nichtauszahlung des Geldes zur Folge gehabt haben würde. Indem er dies unterließ, erweckte er den Anschein, als billige er das Geschehene. Auch eine später (1859) ausgesprochene Rechtsverwahrung konnte keineswegs die Vermutung begründen, daß er das Versprechen seines Vaters als für sich nicht bindend betrachte; denn es handelte sich ja nicht um die Frage, ob er solche Rechte habe, sondern ob er sie, auch wenn er sie habe, in diesem Falle geltend machen dürfe, ohne gegen seines Vaters Zusage zu verstoßen. Noch bedenklicher war das Verhalten seines Vaters. Es kann doch nur als eine Umgehung seines früheren Versprechens angesehen werden, wenn er jetzt plötzlich zugunsten seines Sohnes auf seine Rechte verzichtete, damit dieser als Prätendent hervortreten und der glücksburgischen Thronfolge Schwierigkeiten in den Weg legen könne, die er selbst nicht anfechten zu wollen zugesagt hatte. Bei der furchtbaren Erregung, die in den Herzogtümern herrschte und die sich bald allen national gesinnten Kreisen in Deutschland mitteilte, fragte man indessen nach der Rechtslage wenig und nahm seine Partei einfach

aus dem Gefühl heraus, daß es sich für Schleswig-Holstein darum handle, ob es unter der Herrschaft eines auswärtigen Königs bleiben oder ein deutscher Staat unter einem einheimischen Fürsten werden solle. Von diesem Gesichtspunkt aus wurde das Auftreten des Herzogs und sein Erscheinen in Holstein mit Jubel begrüßt, und die öffentliche Meinung Deutschlands war fast einstimmig in der Forderung, daß der Bundestag und die Großmächte unbedingt für ihn gegen Dänemark eintreten müßten. Zur Steigerung seiner Popularität trug es wesentlich bei, daß er sich von Anfang an zu liberalen Anschauungen bekannte und mit liberalen Ratgebern umgab.

Es kam vor allen Dingen auf die Entschließung der beiden Großmächte an. Graf Rechberg, der damalige leitende Minister Österreichs, wünschte sich in diese den besonderen Interessen seines Staates immerhin fernliegende Sache möglichst wenig zu vertiefen und ernste Verwicklungen zu vermeiden, mußte aber immer befürchten, daß Preußen sich vielleicht an die Spitze der nationalen Bewegung stellen und dadurch mit einem Schlage die führende Stellung in Deutschland gewinnen könne. Dem französischen Gesandten in Wien fiel es besonders auf, daß der Zorn der österreichischen Staatsmänner sich nicht so sehr gegen Dänemark richte, wie gegen die Volkskundgebungen in Deutschland und gegen den Bundestag, der den Großmächten seinen Willen aufzuzwingen versuche. Natürlich konnte man in Österreich das Auftreten des Erbprinzen Friedrich, da es dem Vertrage von 1852 widersprach, nicht billigen, da man sich den übrigen Großemächten gegenüber an das Londoner Protokoll gebunden fühlte. Auch waren die nahen Beziehungen des Prinzen zu den Liberalen dem Wiener Hofe besonders unangenehm. Rechberg sagte dem französischen Botschafter direkt: Österreich sei unwiderruflich entschlossen, die Zuständigkeit des Bundestags für die Entscheidung der Erbfolgefrage nicht anzuerkennen und nicht zuzugeben, daß der Herzog von Augustenburg über Holstein herrsche. Am geratensten mußte es ihm daher erscheinen, möglichst mit Preußen gemeinsam zu handeln, um dieses an der Erlangung von Sondervorteilen zu verhindern. Auch war der Kaiser nach dem Scheitern des Frankfurter Fürstenkongresses an der von Schmerling emp-

fohlenen Politik des Zusammenhaltens mit den kleineren Staaten gegen Preußen irre geworden; er persönlich war immer einem Zusammengehen mit Preußen und Rußland, wie es den alten österreichischen Traditionen entsprach, geneigt gewesen, und freute sich, bei Rechberg Verständnis für diese Auffassung zu finden. Man suchte sich also von Wien aus mit Berlin ins Einvernehmen zu setzen, bevor man irgendwelche entscheidende Entschlüsse faßte.

In Preußen hatte der König persönlich viel Sympathie für die Befreiung der Herzogtümer von Dänemark und auch für den Erbprinzen von Augustenburg, der mit dem Kronprinzen von ihrer gemeinsamen Studienzeit in Bonn her nahe befreundet war. Seine Pietät gegenüber dem verstorbenen Bruder trieb ihn, dessen im Jahre 1848 gegebenes Wort nunmehr einzulösen; damals hatte ja Friedrich Wilhelm IV. ausdrücklich die Erbberechtigung der augustenburgischen Linie anerkannt. Das Londoner Protokoll glaubte der König als zerrissen betrachten zu können, da Dänemark die daran geknüpften Bedingungen nicht erfüllt habe. Er fühlte sich aber, ebenso wie der Kaiser, dadurch zurückgeschreckt, daß der Herzog sofort die engste Verbindung mit den liberalen Elementen in den Herzogtümern und in Deutschland anknüpfte, mit denen er selbst in Preußen eben aufs heftigste zu kämpfen hatte. Auch hegte er ebenso wie Franz Josef den aufrichtigen Wunsch, daß die beiden deutschen Großmächte im engsten Einvernehmen vorgehen möchten; da man aber in Wien durchaus am Londoner Protokoll festhalten und den Prinzen von Augustenburg unter keinen Umständen als rechtmäßigen Herzog anerkennen wollte, so schien die Rücksicht auf Österreich zu erfordern, daß der Herrscher Preußens vorläufig mit seinen abweichenden Ansichten noch nicht hervortrete. Diese einander widerstreitenden Empfindungen und Erwägungen hinderten ihn an einer klaren Stellungnahme.

Bismarck hat an das Recht des Prinzen von Augustenburg nie einen Augenblick geglaubt; war er es doch selbst gewesen, der den Vertrag mit Herzog Christian abgeschlossen hatte; er betrachtete die ganze Sache von Anfang an allein unter dem Gesichtspunkt, welches Verfahren für Preußen am vorteilhaftesten sein werde. Da erschien es ihm nun als durchaus nicht wünschens-

wert, daß sich unmittelbar an der preußischen Grenze ein neuer selbständiger Mittelstaat bilde, der gegen den mächtigeren Nachbarn voraussichtlich stets mit Hannover und den übrigen Staaten, die sich in ähnlicher Lage befanden, zusammenhalten würde. Als das für Preußen vorteilhafteste sah er die einfache Einverleibung der Herzogtümer in Preußen an. Er hat dies nach seiner eigenen Erzählung schon gleich nach dem Tode Friedrichs VII. in einem Ministerrat unter dem Vorsitz des Königs ausgesprochen, damit aber nur Erstaunen und Entrüstung erregt. Der Kronprinz hob mit einem entsetzten Blick die Arme gen Himmel, der König bemerkte mißbilligend, daß er ja gar kein Recht auf Schleswig-Holstein habe, und wollte die betreffenden Worte des Ministerpräsidenten aus dem Protokoll entfernen lassen, was dieser nur durch einen energischen Protest verhinderte. Ob sich dies höchste Ziel erreichen lassen werde, oder ob man sich mit einem geringeren Maße von Einfluß in Schleswig-Holstein werde begnügen müssen, das wollte Bismarck von dem weiteren Verlauf der Dinge abhängen lassen. Es war natürlich nur dann möglich, wenn er seinen König für ein entschlossenes Vorgehen im Sinne der Annexion gewinnen konnte; daneben aber war der wichtigste Faktor die Stellungnahme der außerdeutschen Großmächte.

Es ist bereits früher betont worden, daß Bismarck die deutsche Frage von Anfang an als eine europäische betrachtet hat; um so mehr mußte der europäische Gesichtspunkt für ihn maßgebend sein, wenn es sich um Grenzgebiete handelte, wo unzweifelhaft wichtige Interessen und unbestreitbare Rechte benachbarter Staaten zu berücksichtigen waren. So hatte er in der polnischen Angelegenheit nicht nur Preußens eigene, unmittelbare Interessen, sondern vor allen Dingen die Sicherung und Verbesserung seiner europäischen Lage auch für die Zukunft ins Auge gefaßt. Ebenso galt es in Schleswig-Holstein zu erwägen, welchen Eindruck die rücksichtslose Wahrnehmung preußischer Interessen auf die übrigen Mächte hervorbringen und ob sie nicht etwa deren aktives Eingreifen zur Folge haben werde.

Es kam dabei außer auf Österreich namentlich auf Rußland, England und Frankreich an. Der russische Kaiser war selbst ein

Oldenburger; abgesehen von dem begreiflichen Wunsche, daß Preußens Seemacht auf der Ostsee sich nicht erheblich vergrößern möge, war er von verwandtschaftlichen Interessen geleitet, und es ließ sich vermuten, daß er die Herzogtümer, die seit mehr als vier Jahrhunderten im Besitz seines Hauses gewesen waren, nicht gern in die Hand der Hohenzollern werde übergehen lassen. Aber durch Preußens Haltung in der Polenfrage waren die alten Beziehungen zwischen den Höfen von Berlin und Petersburg wieder enger geknüpft worden, und so ließ sich hoffen, daß man von Rußland aus den preußischen Plänen wenigstens nicht von vornherein mit offener Feindseligkeit gegenübertreten werde.

England hatte von jeher die Integrität des dänischen Gesamtstaates verfochten, um die Entstehung einer starken deutschen Seemacht möglichst zu erschweren. Das dortige Ministerium stärkte auch jetzt den Dänen den Mut, indem es in unzweideutiger Weise zu erkennen gab, daß man Gewaltmaßregeln der deutschen Mächte nicht dulden werde. Zwar hatte die Königin Viktoria persönlich größeres Verständnis für die deutschen Interessen in den Herzogtümern und für die Bedeutung der ideellen Momente, die hier für das gesamte Deutschtum ins Gewicht fielen; aber sie vermochte wohl gelegentlich zu hemmen, jedoch nicht eigentlich die Politik der Regierung zu bestimmen. Hingegen waren die Schwäche des englischen Landheeres, die Friedensliebe der englischen Kaufmannskreise und die Scheu vor den Kosten eines Krieges in Betracht zu ziehen. Sagte doch im Sommer Lord Russell selbst, daß „die Erhöhung der Einkommensteuer um auch nur 2 Pence den Krieg zugunsten Dänemarks vollkommen unpopulär machen würde". Tatsächlich hätte England den Dänen nur zu gern geholfen, wenn es sich zugetraut hätte, allein etwas ausrichten zu können. Immer wieder versuchte man von London aus den Kaiser Napoleon zu einer gemeinsamen Aktion zu gewinnen; gelang dies, so war die Gefahr für Deutschland nicht zu unterschätzen. In Paris lag also die Entscheidung, zumal da auch Schweden nur auf einen Wink aus London oder Paris wartete, um sich einer Aktion der Westmächte gegen Deutschland anzuschließen.

Für Napoleon bot sich hier die Gelegenheit, sein bisher immer

vergebliches Werben um Preußens Freundschaft mit Aussicht auf Erfolg zu erneuern. Das Abenteuer eines Krieges gegen Deutschland um englischer Interessen willen lockte ihn nicht; Frankreichs eigenen Vorteil sah er, wie wir wissen, gerade darin, daß Preußen mächtiger werde und eine eigene Seemacht entwickle, vorausgesetzt, daß es sich von den Ostmächten trenne und an Frankreich anschließe. Unmittelbar nach dem Tode des dänischen Königs bot er Preußen seine Unterstützung zu einer Lösung der schleswig-holsteinischen Frage an, wonach der nördliche, hauptsächlich von dänisch sprechender Bevölkerung bewohnte Teil von Schleswig an Dänemark, der ganze Rest der Herzogtümer an Preußen fallen sollte. Damit wurde dem Nationalitätsprinzip Rechnung getragen, als dessen Vorkämpfer sich der Kaiser ja betrachtete, und zugleich den Interessen Preußens gedient. Natürlich hoffte Napoleon, daß ein offenes Hervortreten mit solchen Vergrößerungsabsichten Preußen mit Österreich, den deutschen Liberalen, England und vielleicht auch Rußland verfeinden und es daher zwingen werde, ganz im Schlepptau Frankreichs zu fahren.

Es lag für Bismarck, dessen Ziel ja die Annexion war, unzweifelhaft eine starke Lockung darin, daß ihm der französische Kaiser mit scheinbarem Wohlwollen die Hand zum Bunde entgegenstreckte; es schien, als brauche er nur einzuschlagen, und alle Hindernisse, die ihn von seinem Endziel trennten, würden wie mit einem Zauberschlage aus der Bahn verschwinden. Aber er ließ sich von dieser Aussicht nicht blenden. Von Frankreich wollte er so wenig abhängig werden wie im vergangenen Sommer von Rußland. Und wenn auch Napoleon versicherte, er begehre für die Zulassung dieser Annexion nicht die geringste Gegenleistung, so stand doch zu erwarten, daß eine gewaltsame Okkupation der Herzogtümer zu einem inneren Kriege in Deutschland und zu weiteren Machtverschiebungen führen würde; dies hätte aber dem Kaiser das Recht gegeben, die Interessen Frankreichs für verletzt, das europäische Gleichgewicht für gestört und französische Gebietserweiterungen für notwendig zu erklären. Wenn Bismarck es nun auch schon damals für möglich gehalten haben mag, diesen Gefahren zu begegnen, so machte es ihm doch ein

anderer Umstand völlig unmöglich, auf Napoleons Lockungen einzugehen, nämlich die tiefe Abneigung seines Königs gegen ein Zusammengehen mit Napoleon, dem „unerforschlichen Führer des Erbfeindes". Hätte Wilhelm auch nur den Verdacht gehabt, daß ihn Bismarck verleiten wolle, zu Eroberungszwecken gemeinsame Sache mit Frankreich gegen Österreich und das übrige Deutschland zu machen, so würde er ihn wahrscheinlich entlassen haben, trotz der Fortdauer des inneren Konflikts. Bismarcks Vorgehen in den letzten Jahren hatte ja gezeigt, daß sich in Preußen auch gegen den Willen des Abgeordnetenhauses regieren lasse; viel leichter als im Herbst 1862 würde der König jetzt auch für die innere Politik einen Mann gefunden haben, der in die Bresche zu treten bereit gewesen wäre.

So entschloß sich Bismarck, das Angebot Napoleons zwar nicht direkt abzulehnen, aber auch nicht darauf einzugehen. Er hielt es für das beste, gute Beziehungen zu Frankreich zu erhalten, damit der Kaiser sich nicht mit England verständige, aber keine festen Abmachungen zu treffen. Auch dem Plane Napoleons, daß alle schwebenden Fragen auf einem großen europäischen Kongreß erörtert werden sollten, zeigte er wenigstens einiges Entgegenkommen, während die übrigen Großmächte ihn einfach ablehnten. Immerhin war man der Haltung Frankreichs, da man einer Verständigung aus dem Wege gegangen war, durchaus nicht sicher. Die Möglichkeit bestand, daß sich Preußen, mochte es nun allein oder im Bunde mit den deutschen Mittelstaaten vorgehen, an einem gefährlichen Punkte seines Weges dem Widerspruch der übrigen Großmächte gegenübersehen werde. Da nun Bismarck den dringenden Wunsch seines Königs nach einer Verständigung mit Österreich kannte und außerdem wußte, daß Österreich, wenn auch nicht aus durchweg freundlichen Motiven, auch seinerseits einer gemeinsamen Aktion nicht abgeneigt sei, so richtete er sein Bestreben jetzt darauf, die dortige Regierung zu festen Abmachungen über die gemeinsam zu verfolgende Politik zu bestimmen. Er hatte dann wenigstens eine Großmacht an seiner Seite; eins zu vier, meinte er, sei ein schlechtes Verhältnis; zwei zu drei, das lasse sich schon eher hören. Allerdings mußte er, solange das Bündnis bestand, auf jede Verfolgung seiner Bundesreform-

pläne verzichten, und wenigstens vorläufig das eigentliche Ziel seiner Politik, die Annexion der Herzogtümer, vor dem Bundesgenossen selbst sorgsam verbergen. Dies wurde ihm dadurch erleichtert, daß er schon aus Rücksicht auf die Abneigung seines Königs gegen solche Pläne nicht offen mit ihnen hätte hervortreten dürfen.

Aus diesen Erwägungen ergab sich der höchst einfache, aber gerade in seiner Einfachheit geniale Aktionsplan, den Bismarck entwarf. Als höchst unklug erschien es ihm, etwa von vornherein die Errichtung eines selbständigen Staates als Preußens Ziel zu proklamieren, und sich dadurch mit Österreich zu entzweien. Man würde dann schließlich nur im Bunde mit der öffentlichen Meinung Deutschlands und der Kleinstaaten den sämtlichen Großmächten und Dänemark gegenübergestanden haben, ohne Hoffnung, selbst im Falle des Sieges einen erheblichen Vorteil für Preußen zu erreichen; denn sobald man das augustenburgische Erbrecht anerkannte, war der Weg zur preußischen Annexion ein für allemal gesperrt. Preußen und Österreich sollten vielmehr das Londoner Protokoll und die Verträge von 1852 nach wie vor als zu Recht bestehend betrachten; sie würden von Dänemark nur die loyale Einhaltung seiner damals übernommenen Verpflichtungen verlangen und es eventuell unter Anwendung von Waffengewalt dazu zwingen. Sie würden natürlich auch vorläufig Christian IX. als legitimen Herzog von Schleswig-Holstein behandeln. Lasse er es aber zum Kriege kommen, so bleibe dann immer die Möglichkeit, die früheren Verträge als zerrissen zu betrachten.

Bismarck ließ so den Österreichern die Hoffnung, daß man durch energische Maßregeln Christian IX. zum Nachgeben zwingen und ihm dann die Herzogtümer gegen möglichst starke Sicherung ihrer selbständigen Verfassung und ihres deutschen Charakters lassen werde, was man in Wien als die beste Lösung ansah. Er ließ aber auch seinem König die Hoffnung, daß man nach Zurückweisung dieser billigen Mindestforderung sich ganz vom Londoner Protokoll lossagen und die völlige Trennung der Herzogtümer von Dänemark unter einem selbständigen Herzog durchsetzen könne, wie es dessen eigentlicher Wunsch war. Er behielt endlich im

Hintergrund den Weg zu seinem eigenen Ziel offen, der Lostrennung von Dänemark und der Einverleibung in Preußen. Er wollte, daß der Wunsch der Österreicher durch den Widerspruch Dänemarks und die Erfolge der deutschen Waffen vereitelt werden, der Wunsch seines Königs am Widerstand Österreichs und der übrigen Großmächte scheitern sollte, und behielt sich vor, hierzu nach Kräften mitzuwirken. Nur wenn es nicht anders gehe, wollte er sich schließlich die Einsetzung eines Herzogs in Schleswig-Holstein gefallen lassen; dann sollte dieser aber unumstößliche Garantien dafür geben, daß er sich in politischen und militärischen Fragen eng an Preußen anschließen werde.

Während Österreich und Preußen zunächst darüber einig waren, Christian IX. als legitimen Herzog von Schleswig-Holstein zu betrachten und mit ihm auf Grund der Verträge von 1852 weiter zu verhandeln, wurden die kleineren deutschen Staaten von der populären Strömung mit fortgerissen. Im Dezember beschloß eine Versammlung von fast 500 Abgeordneten verschiedener deutscher Parlamente in Frankfurt, mit aller Kraft für die Anerkennung des Augustenburgers zu wirken und setzte eine ständige Kommission von 36 Mitgliedern ein, deren Pflicht es war, die Agitation in Gang zu halten. Ebenso trat der Nationalverein lebhaft für den Erbprinzen ein. Auch lockte die kleineren Fürsten die Aussicht auf die Begründung eines neuen selbständigen Staates, der die gleichen Interessen mit ihnen haben würde; so wirkten sie eifrig für den Prinzen von Augustenburg und hätten am liebsten dessen förmliche Anerkennung als Herzog von Holstein sofort durch den Bundestag beschließen lassen. Dem König Wilhelm gegenüber war es Bismarck von besonderem Nutzen, daß das preußische Abgeordnetenhaus am 2. Dezember 1863 einen geharnischten Beschluß zugunsten des Erbprinzen Friedrich faßte, da die Ehre Preußens gebiete, für ihn einzutreten; bald darauf versuchte das Parlament sogar, die Bewilligung der geforderten Kriegsanleihe von der Anerkennung des Augustenburgers abhängig zu machen. Nichts wäre dem König bei der augenblicklichen Situation unangenehmer gewesen als auch nur den Anschein zu erwecken, daß er sich von der Mehrheit des Abgeordnetenhauses seine auswärtige Politik vorschreiben lasse.

Österreich und Preußen setzten durch ihre vereinigten Bemühungen trotz des Widerstrebens der Mittelstaaten durch, daß der Bundestag die Durchführung der früher beschlossenen Exekution gegen Christian IX. beschloß (7. Dezember). Wenn auch hinzugefügt wurde, daß dadurch einer künftigen Entscheidung über die Frage der holsteinischen Erbfolge nicht vorgegriffen werden solle, so war es doch klar, daß damit Christian vorläufig auch vom Bunde als Herzog anerkannt wurde. In letzter Stunde machten England und Rußland noch einen Vermittlungsversuch; Dänemark sollte die Erfüllung der 1852 übernommenen Verpflichtungen zusagen, die deutschen Mächte sich damit zufrieden geben; er scheiterte daran, daß König Christian IX. keine Minister fand, die auf Grund eines solchen Programms die Regierung übernehmen wollten, und daß die deutschen Mächte Garantien für die Erfüllung der dänischen Versprechungen verlangten. Darauf begann am 24. Dezember 1863 tatsächlich die Vollstreckung der Bundesexekution. Hannoversche und sächsische Truppen besetzten Holstein, während die Dänen das Land ohne Kampf verließen und sich über die Eider zurückzogen. Unter dem Schutz der Bundestruppen erschien auch sofort der Erbprinz von Augustenburg im Lande, nahm seine Residenz in Kiel und richtete eine förmliche Landesregierung ein; er verkündigte, ohne daß die bestehende Landesvertretung Gelegenheit gehabt hätte sich zu äußern, die Verfassung von 1848 als Grundgesetz des neuen Staates. Ein Antrag der beiden Großmächte, daß Hannover und Sachsen angewiesen werden sollten, seinen Aufenthalt dort nicht zu dulden, wurde vom Bundestag abgelehnt, und die Situation dadurch erheblich erschwert. Bismarck hätte es am liebsten gesehen, wenn der König den Prinzen, der preußischer Offizier war, zu seinem Regiment einberufen und im Fall des Nichterscheinens als Deserteur behandelt hätte, konnte das aber bei seinem Herrn nicht durchsetzen.

Inzwischen war es Bismarck gelungen, nach langen und schwierigen Verhandlungen mit Österreich am 16. Januar 1864 über einen förmlichen Vertrag einig zu werden. Es wurde darin verabredet, daß beide Mächte Dänemark ein Ultimatum von 48 Stunden für die Aufhebung der eiderdänischen Verfassung

stellen wollten; werde dies zurückgewiesen, so würden sie gemeinsam ihre Gesandten aus Kopenhagen abberufen und Schleswig besetzen; sobald der Krieg ausgebrochen sei, würden sie alle bisherigen Verträge als hinfällig ansehen und die Frage der Erbfolge, wie überhaupt die zukünftigen Verhältnisse der Herzogtümer nur im gemeinsamen Einverständnis regeln. Gerade auf die Fassung des letzteren Satzes legte Bismarck einen entscheidenden Wert, weil Preußen so die Sicherheit erhielt, daß in den Herzogtümern keine mit seinen Interessen unvereinbaren Zustände geschaffen werden könnten. Es war der erste bedeutende Erfolg, den er erzielte, daß er Rechberg dazu vermochte, diese Fassung anzunehmen.

Das Ultimatum wurde nun sofort an Dänemark gestellt und, wie vorauszusehen war, abgelehnt (18. Januar). Darauf erhielten die preußischen und österreichischen Truppen, die unter den Oberbefehl des alten Generals Wrangel gestellt wurden, den Befehl, in Schleswig einzurücken. Den übrigen Garantiemächten wurde zu ihrer Beruhigung mitgeteilt, daß Österreich und Preußen die Unversehrtheit der dänischen Monarchie zu wahren gedächten, und wenn sie für die zu bringenden Opfer Entschädigungen fordern müßten, die übrigen Mächte vorher um ihre Zustimmung ersuchen würden. Da der Bundestag das einseitige Vorgehen der Großmächte mißbilligt hatte, dachte Hannover anfangs daran, den preußischen Truppen aus den westlichen Provinzen den Marsch durch sein Gebiet zu untersagen; da aber Bismarck keinen Zweifel darüber ließ, daß der Durchmarsch trotzdem erfolgen werde, sah man von einer solchen Kundgebung ab.

Wrangel griff zunächst das Danewerk, die starke Befestigung, welche die Dänen im Süden Schleswigs angelegt hatten, an und erzwang dessen Räumung. Wahrscheinlich hätte er das dänische Heer schon jetzt zur entscheidenden Schlacht zwingen und vernichten können, wenn er den Plan befolgt hätte, den der Chef des Generalstabs, General von Moltke, ihm übersandt hatte; er lief darauf hinaus, das Danewerk nicht in der Front anzugreifen, sondern zu umgehen und den Dänen die Rückzugslinie abzuschneiden. Da aber Wrangel den Frontangriff vorzog, so gelang

es dem dänischen Feldherrn mit dem Gros seiner Truppen die Düppeler Schanzen zu erreichen.

Inzwischen blieben Hannover und Sachsen dabei, der Kriegführung der Großmächte Schwierigkeiten in den Weg zu legen; da diese aber den Weg durch Holstein für die Sicherheit der Nachschübe notwendig gebrauchten, erhielt Wrangel Befehl, drei holsteinische Festungen, Altona, Neumünster und Kiel mit seinen Truppen zu besetzen. Er führte diese Maßregel auch durch, obwohl der sächsische General von Hake, der die Streitkräfte des Bundes kommandierte, Protest dagegen erhob. Sachsen rief die Hilfe des Bundestags an, konnte aber für den Antrag, die Großmächte zur Räumung der holsteinischen Plätze aufzufordern und die Bundestruppen in Holstein zu verstärken, nicht die Mehrheit gewinnen. Es bedurfte der Aufstellung preußischer Truppen an der sächsischen Grenze, um die Dresdener Regierung einzuschüchtern und sie zu bestimmen, daß sie sich die Anwesenheit preußischer Truppen in den holsteinischen Festungen gefallen ließ. Sodann besetzte Wrangel das ganze schleswigsche Festland mit Ausnahme der Düppler Schanzen; nach Jütland durfte er erst vordringen, nachdem die Bedenken des Kaisers Franz Josef gegen eine weitere Ausdehnung des Krieges durch die Sendung des Generalleutnants Edwin von Manteuffel nach Wien mühsam beschwichtigt worden waren. England drohte wieder mit der Entsendung eines Geschwaders nach Kopenhagen, wenn Jütland angegriffen werde, sah aber davon ab, als Frankreich auch jetzt seine Hilfe versagte. Erst durch das Vordringen der Verbündeten nach Jütland erkannten die Dänen, daß es Ernst werde; bisher hatten sie im Vertrauen auf eine Revolution in Deutschland oder einen großen europäischen Krieg alle Verhandlungen und Vermittlungsvorschläge abgelehnt; jetzt gingen sie auf eine von den Großmächten vorgeschlagene Konferenz, die in London tagen sollte, ein. Bismarck wußte jedoch die Eröffnung so lange hinauszuschieben, bis am 18. April die Düppler Schanzen erstürmt waren, und damit die Dänen das letzte Bollwerk auf dem schleswigschen Festlande verloren hatten. Die Reise, die König Wilhelm Ende April nach Schleswig unternahm, um seinen siegreichen Truppen zu danken, glich einem Triumphzug und trug viel dazu

bei, den König selbst an den Gedanken zu gewöhnen, daß diese hauptsächlich mit preußischem Blut erkauften Gebiete auch in Zukunft preußisch bleiben müßten. Bismarck freute sich dessen und bemerkte während dieser Reise vergnügt zu einem Diplomaten, der ihn interpellierte: „Was gut zu nehmen ist, ist auch gut zu behalten."

* * *

Die Londoner Konferenz trat am 20. April zusammen und dauerte bis zum 25. Juni; außer den Signatarmächten des Londoner Vertrages war hier auch der deutsche Bund durch Herrn von Beust vertreten. Zunächst verhandelte man über die Herstellung einer Waffenruhe; nach langem Feilschen über die Bedingungen kam am 9. Mai ein Beschluß zustande, wonach vom 12. Mai ab einen Monat lang Stillstand herrschen sollte; beide Parteien sollten während dieser Zeit im Besitz der von ihnen tatsächlich okkupierten Gebiete bleiben, Dänemark aber die Blockade der preußischen Küsten aufheben. Jütland war bereits bis zum Limfjord von den Truppen der verbündeten Mächte besetzt.

Der weitere Verlauf der Beratungen mußte die Entscheidung darüber bringen, ob sich die außerdeutschen Großmächte zu Dänemarks Gunsten in den Kampf einmischen würden oder nicht. Daß Dänemark aus eigener Kraft den beiden deutschen Mächten Widerstand leisten könne, war ja von vornherein ausgeschlossen gewesen, und Dänemark hatte sich nur in der bestimmten Hoffnung zu diesem Kriege entschlossen, daß Rußland und namentlich England seine vollständige Niederwerfung und erhebliche Verkleinerung nicht dulden würden.

Bismarck wußte, daß es nicht leicht sein werde, sein Ziel hier zu erreichen. Er hatte alles gegen sich: die Stimmung des deutschen Volkes und der Mittelstaaten, die für den Augustenburger waren; das Mißtrauen Österreichs; die Mißgunst der übrigen Großmächte, die den dänischen Gesamtstaat aufrecht erhalten wollten; ja sogar der unbedingten Unterstützung seines Königs war er in diesem Fall nicht sicher, da die augustenburgischen Einflüsse bis unmittelbar in die königliche Familie hineinreichten. Sein Feldzugsplan ging dahin, zuerst als Mindestforderung die Personal-

union zwischen Dänemark und den Herzogtümern und deren volle Aufnahme in den deutschen Bund zu stellen. Er hatte schon im März erklärt, mit der bloßen Anerkennung und Erfüllung der Verpflichtungen von 1852, womit man vor dem Kriege zufrieden gewesen sein würde, könne man sich jetzt nicht mehr begnügen; man bedürfe stärkerer Garantien für das Deutschtum; nur die vollständige Selbständigkeit Schleswig-Holsteins gegenüber Dänemark, auch wenn beide Länder denselben Herrscher behielten, könne eine solche bieten; die Forderung der Personalunion bedeute das denkbar größte Entgegenkommen gegen Dänemark und die vermittelnden Mächte. Lehnte Dänemark das ab, wie Bismarck hoffte und nach der in Kopenhagen herrschenden Stimmung annehmen konnte, so war eigentlich jede weitere Verhandlung überflüssig, da man dann nur völlige Lostrennung der Herzogtümer fordern konnte, eventuell unter Teilung Schleswigs nach der Sprachgrenze, wie es Napoleon wünschte. Sein Hauptaugenmerk richtete er darauf, auch während dieser Verhandlungen Österreich möglichst an seiner Seite zu behalten, um nicht plötzlich den übrigen Großmächten und Dänemark allein gegenüberzustehen.

In der Tat lehnte Dänemark, wie es Bismarck erwartet hatte, jedes Verhandeln auf der Grundlage der Personalunion ab, obgleich der sehr vorsichtig gefaßte Antrag der deutschen Mächte es vermied, dies Wort offen auszusprechen. König Christian selbst wäre wohl bereit gewesen, sich mit dieser Lösung zu begnügen, stieß aber auf den erbittertsten Widerstand seines Ministeriums und des Volkes von Kopenhagen; man beschuldigte ihn, daß er die Interessen Dänemarks denen seines Hauses opfern wolle. Als ein Fremder im Lande konnte er es nicht wagen, sich dieser Stimmung ernstlich zu widersetzen.

Nun hatten die deutschen Mächte die schwierige Aufgabe, sich über andere positive Vorschläge zu einigen. Bismarck gedachte jetzt zwar die völlige Trennung der Herzogtümer von Dänemarck zu verlangen, aber die dynastische Frage vorläufig offen zu lassen; er gab jedoch in Wien recht deutlich zu verstehen, daß eine preußische Annexion die wünschenswerteste Lösung sei, falls Österreich sie gutheißen wolle. Aber Österreich war, wie Rechberg dem französischen Botschafter sagte, jeder Lösung zuzustimmen bereit,

außer einer wirklichen oder versteckten preußischen Annektierung. Einen Augenblick dachte man in Wien an die Aufnahme Gesamtdänemarks in den deutschen Bund; da aber hierzu weder die Zustimmung Preußens, noch Dänemarks selbst, noch der außerdeutschen Großmächte erreichbar schien, so wußten die Österreicher jetzt nichts anderes vorzuschlagen als die Errichtung eines selbständigen Staates; sie kamen zu Bismarcks größter Überraschung auf die früher von ihnen so heftig bekämpfte Einsetzung des Erbprinzen von Augustenburg zurück. Bismarck entschloß sich aus Rücksicht auf Österreich und besonders auf König Wilhelm, diesem Vorschlag beizutreten, obwohl er einen Rechtsanspruch des Prinzen auch jetzt nicht anerkannte. Dies tat übrigens auch Österreich nicht; Graf Rechberg schrieb seinem Vertreter auf der Konferenz, der augustenburgische Anspruch gebe zwar zu gegründeten Zweifeln Anlaß, finde aber in der öffentlichen Meinung Deutschlands und der Herzogtümer eine Stütze. Bismarck stimmte dem österreichischen Vorschlag nur in der Erwartung zu, daß Dänemark diese Möglichkeit noch entschiedener ablehnen werde als die Personalunion. Immerhin hielt er es für notwendig, jetzt mit dem Erbprinzen von Augustenburg einmal persönlich Fühlung zu suchen, was er bisher durchaus vermieden hatte. Er wußte, daß durch Vermittlung des Kronprinzen ein dauernder Verkehr zwischen dem Prinzen und König Wilhelm stattgefunden, ja daß sein Herr bereits seine Anerkennung unter bestimmten Voraussetzungen in vertraulicher Form in Aussicht gestellt hatte. Um so mehr schien es ihm nötig festzustellen, wie weit der Prinz sich für den Fall seiner Einsetzung an Preußen anzuschließen bereit sein werde. Denn das stand für Bismarck vollkommen fest, daß ein selbständiger Herzog, wer es auch sein möge, dort nur geduldet werden könne, wenn er Preußen weitgehende Rechte in seinem Lande einräume. Am 28. Mai beantragten Österreich und Preußen in London die Errichtung eines besonderen Staates unter dem Erbprinzen von Augustenburg, da dieser die öffentliche Meinung Deutschlands für sich habe; am 1. Juni fand in Berlin die Unterredung zwischen Bismarck und dem Prinzen Friedrich statt, die über dessen Schicksal entschied.

Der Erbprinz befand sich tatsächlich in einer wenig beneidens-

werten Lage. Der einzige Weg, auf dem er hoffen konnte die Zustimmung Preußens zu erlangen, wäre es ohne Zweifel gewesen, sich bedingungslos den Forderungen zu unterwerfen, die Bismarck zu stellen für nötig hielt, und auch für die Zukunft engsten Anschluß an Preußen zu versprechen. Aber unmittelbar bevor er nach Berlin reiste, hatte ihn Österreich wissen lassen, daß es seiner Einsetzung nicht zustimmen werde, wenn er an Preußen erhebliche Regierungsrechte abtrete. Er mochte sich also drehen und wenden wie er wollte, immer mußte er eine der beiden deutschen Großmächte gegen sich haben. Auch die Königin Viktoria soll ihn ausdrücklich davor gewarnt haben, Preußen in Kiel und Rendsburg militärische Zugeständnisse zu machen. Nun verlangte Bismarck von ihm, daß er nicht nur dem Zollverein beitrete, eine Militärkonvention schließe, durch welche das schleswig-holsteinische Heer ein Bestandteil des preußischen und Kiel eine preußische Marinestation werde, die Verwaltung der Post und Telegraphie in seinem Gebiete an Preußen überlasse, sondern auch daß er dem mächtigeren Nachbarstaate das Recht zum Bau wie zur militärischen Beherrschung eines Kanals zwischen Nord- und Ostsee gewähren und die Mündungsgebiete dieses Kanals an beiden Meeren abtreten müsse. Der Herzog glaubte es nicht nötig zu haben, sich so fest zu binden und dadurch die Gunst Österreichs zu verscherzen, zumal da er von seiner Mutter wußte, daß nach König Wilhelms eigener Äußerung seiner Anerkennung durch Preußen nun keine Bedenken mehr im Wege ständen. Er machte daher in fast allen Punkten Bedenken geltend und verschanzte sich auch da, wo er die Forderungen Bismarcks zugestand, hinter dem Vorbehalt, daß alles, was er etwa verspreche, erst der Zustimmung der künftigen Stände der Herzogtümer bedürfe. Bismarck ersah daraus, daß der Prinz sich ein größeres Maß von Selbständigkeit zu retten bestrebt war, als er ihm zugestehen wollte, und war von diesem Augenblick an entschlossen, seine Einsetzung auf jeden Fall zu verhindern. Durch eine in jedem Wort scharf berechnete, das Widerstreben des Prinzen gegen die preußischen Bedingungen möglichst stark akzentuierende Denkschrift wußte er auch den König gegen die augustenburgische Kandidatur bedenklich zu machen. Für den Fall, daß man überhaupt die

Gründung eines selbständigen Staates zugeben müsse, wollte er jetzt für die auch von Rußland begünstigten Ansprüche des Großherzogs von Oldenburg eintreten.

Während dies in Berlin geschah, lehnte in London Dänemark, obwohl Kaiser Napoleon dringend zur Nachgiebigkeit geraten hatte, jede Diskussion über den neuen Vorschlag ab, und damit war auch dieser beseitigt. Preußen war also jetzt an die Unterstützung der augustenburgischen Kandidatur ebensowenig mehr gebunden, wie an die Aufrechthaltung der früher vorgeschlagenen Personalunion. Die dänischen Staatsmänner waren von einer kaum begreiflichen Kurzsichtigkeit. Noch Mitte Juni sagte der Minister Monrad dem französischen Gesandten: „Ich sehe die Zukunft nicht so bedroht wie Sie; wir werden Schleswig nicht verlieren, was auch geschehen mag.“ England regte jetzt noch eine Teilung Schleswigs in der Art an, daß die Schlei und das Danewerk die Grenze bilden sollten. Anfangs schien es, als werde der Teilungsvorschlag Annahme finden; aber auch dieser Gedanke scheiterte daran, daß man sich weder über den Verlauf der Grenze noch über die Art, wie sie festgestellt werden sollte, einigen konnte. Dänemark wollte nur die sehr weit südlich verlaufende Linie Eckernförde—Friedrichstadt zugestehen, die fast ganz Schleswig in seinen Händen gelassen haben würde. Die deutschen Mächte verlangten die Linie Apenrade—Tondern, wollten also nur einen ganz schmalen Streifen von Nordschleswig opfern. Napoleon ließ eine Volksabstimmung, auf die er längst hinzielte, in den gemischtsprachigen Bezirken vorschlagen. Preußen war nicht abgeneigt, darauf einzugehen, hielt sich aber zurück, da Österreich diesem Gedanken durchaus widerstrebte; man hätte schließlich ja auch eine Volksabstimmung in Venetien mit demselben Rechte fordern können. Nur eine Befragung der einzelnen Gemeinden, um dadurch die nötigen statistischen Unterlagen für eine richtige Teilungslinie zu gewinnen, regte Preußen schließlich an. Indem die Dänen so unvorsichtig waren, jede Befragung der Bevölkerung, von der sie ein ungünstiges Resultat erwarteten, unbedingt abzulehnen, beraubten sie sich gänzlich der Sympathie Napoleons; sie und ihre Beschützer standen jetzt ratlos da. So mußte schließlich die Konferenz ohne jedes Resultat geschlossen werden. Die

deutschen Mächte erklärten, daß sie sich jetzt als frei von jeder aus dem Londoner Protokoll herzuleitenden Verpflichtung betrachteten. Die übrigen Großmächte mußten zugestehen, daß Österreich und Preußen weit entgegengekommen seien, und daß die Einigung nur an der Halsstarrigkeit Dänemarks gescheitert sei. Der Wunsch Englands, daß die neutralen Mächte ausdrücklich aussprechen möchten, daß sie die Abmachungen von 1852 als fortbestehend betrachteten, scheiterte am Widerspruch Frankreichs.

* * *

Der Krieg begann nun noch einmal von neuem. Österreich hatte längst alle Lust an der Sache verloren und ließ sich nur durch Bismarcks Erklärung, daß Preußen den Krieg sonst allein zu Ende führen werde, zur weiteren Teilnahme bestimmen. Prinz Friedrich Karl, der jetzt an Stelle Wrangels den Oberbefehl erhielt, erzwang am 29. Juni nach blutigem Kampfe den Übergang nach Alsen; in Jütland drangen die Truppen der Verbündeten bis zur äußersten Nordspitze, dem Kap Skagen vor; sie trafen Anstalten, auch Fünen zu besetzen. Da entschlossen sich die Dänen endlich, jeder Hoffnung auf auswärtige Hilfe beraubt, direkt mit den deutschen Mächten zu verhandeln. Jetzt war natürlich an so günstige Bedingungen wie während der Konferenz nicht mehr zu denken. Vergeblich versuchte Dänemark jetzt die Anerkennung der Personalunion durch das Angebot zu erkaufen, mit seinem gesamten Gebiete dem deutschen Bunde beizutreten; es mußte sich dazu verstehen, die ganzen Herzogtümer südlich der Königsau an Österreich und Preußen abzutreten; die auf dem Gesamtstaat lastenden Schulden sollten geteilt, die Kriegskosten von den Herzogtümern übernommen werden.

Damit war die Befreiung Schleswig-Holsteins von der dänischen Herrschaft vollzogen. Neben der Überlegenheit der deutschen Waffen war dies Resultat vor allen Dingen der diplomatischen Kunst Bismarcks zu verdanken, der es glänzend verstanden hatte, die eifersüchtigen Großmächte hinzuhalten und gegeneinander auszuspielen, sowie die Dänen auf der Konferenz ins Unrecht zu setzen. Ganz unklar aber blieb es auch fernerhin, was weiter mit den Herzogtümern geschehen solle. Daß sie nicht auf die Dauer

im gemeinsamen Besitz der beiden deutschen Großmächte bleiben konnten, war klar; ebenso daß Österreich nicht in der Lage war, sie seinem Gebiete anzugliedern. Es blieb also nur die Frage übrig, ob sie mit Preußen vereinigt oder als selbständiger Staat unter bestimmten Zugeständnissen an Preußen konstituiert werden sollten. Bismarck versuchte bei einem persönlichen Besuch seines Königs in Wien Ende August 1864 festzustellen, ob und unter welchen Bedingungen Österreich etwa der Einverleibung in Preußen zustimmen werde. Österreich wäre vielleicht durch eine Abtretung preußischen Gebietes in Schlesien dafür zu gewinnen gewesen; da aber König Wilhelm positiv erklärte, daß er kein Stück preußischen Landes abtreten werde, so scheiterte diese Verständigung, und es blieb zunächst alles im Unklaren. Nur so viel stand fest, daß Preußen nicht gezwungen werden konnte, die ihm abgetretene Hälfte Schleswig-Holsteins herauszugeben, wenn es nicht wollte, da Österreich durch den Januarvertrag gebunden war, über die Zukunft der Herzogtümer nur im Einverständnis mit Preußen zu verfügen.

Bismarck hat diese Unterredung als den „Kulminations- und Wendepunkt" in den preußisch-österreichischen Beziehungen bezeichnet. In der Tat war es für ihn nach der Ablehnung der Annexion durch Österreich entschieden, daß eine friedliche Verständigung über die Zukunft der Herzogtümer unmöglich sei, woran er für seine Person freilich wohl von Anfang an nicht gezweifelt hatte. Er begann den Kampf vorzubereiten; wenige Wochen später reiste er zu Kaiser Napoleon nach Biarritz. Aber auch Rechberg hatte ein Gefühl davon, daß die Grundlage des Einvernehmens geschwunden sei, und spähte nach Möglichkeiten aus, sich gegen den bisherigen Bundesgenossen zu sichern. Hinter dem Streit um Schleswig-Holstein stand bereits der Streit um die Vorherrschaft in Deutschland; wie in der Revolutionszeit war das Schicksal der beiden Herzogtümer in der Nordmark auch jetzt wieder aufs engste mit den Geschicken des gesamten Vaterlandes verflochten. Indem Preußen gegen den Willen Österreichs und des ganzen übrigen Deutschland nach der Herrschaft über diese Gebiete griff, führte es den Entscheidungskampf herauf.

Preußen hatte gewiß kein juristisches Recht auf die Herzog-

tümer, so wenig wie auf die Hegemonie in Deutschland; aber es hatte einen moralischen Anspruch auf ihren Besitz. Denn Schleswig-Holstein hat sich nicht aus eigener Kraft befreien können; es ist von Preußen befreit worden. Auch Österreich würde diesen Kampf nie begonnen haben, wenn es nicht von Preußen vorwärtsgerissen worden wäre. Von diesem Gesichtspunkt aus wird man es gerechtfertigt finden können, daß Bismarck es dem preußischen Staate einzugliedern strebte. Nicht nur im preußischen, sondern auch im deutschen Interesse war es gewiß das Richtige, dies für Deutschlands Stellung an der Nord- und Ostsee so überaus wichtige Land dem stärksten norddeutschen Staate anzuschließen. Damals konnten nur wenige ahnen, von welcher Bedeutung für Deutschlands ganze Weltstellung der Besitz einer eigenen Kriegsflotte und einer verteidigungsfähigen Seegrenze ein Menschenalter später sein werde. Heute aber wissen wir, daß die ganze Entwicklung unserer Marine unmöglich gewesen sein würde, wenn Schleswig-Holstein dänisch geblieben wäre. Daher war die Befreiung Schleswig-Holsteins nicht nur die Errettung eines tüchtigen, kerndeutschen Bruderstammes von der Gefahr fremder Unterdrückung, sondern zugleich ein Ereignis von höchster Bedeutung für die Zukunft des Gesamtvaterlandes.

Sechstes Buch

Der deutsche Krieg und die Gründung des Norddeutschen Bundes

Erstes Kapitel.

Der Ausbruch des Krieges gegen Österreich.

Sobald Bismarck erkannte, daß Österreich entschlossen sei, Preußen keine erheblichen Vorteile in Schleswig-Holstein einzuräumen, lenkte er in die beim Herannahen des dänischen Konfliktes verlassene Bahn zurück und faßte die Möglichkeit eines Krieges wieder scharf ins Auge. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß er das Bündnis mit Österreich stets nur als eine für den Augenblick nützliche und gebotene taktische Maßregel angesehen hat. Schon Ende 1863 hat er deutlich ausgesprochen, daß er es aufgeben werde, sobald es für Preußen ausgenutzt sei, sobald es also den Zweck erfüllt habe, die übrigen Großmächte während des Kampfes um Schleswig-Holstein von aktiver Einmischung zurückzuhalten. Das Ziel seiner deutschen Politik blieb stets dasselbe, wie er es in Frankfurt formuliert und während der Verhandlungen über die österreichischen Reformpläne von 1863 auch der Öffentlichkeit gegenüber enthüllt hatte: Gründung des engeren deutschen Bundes unter Preußens Führung. Selbst wenn er sich vorläufig auf Norddeutschland beschränkt und es Österreich überlassen hätte, sich in Süddeutschland eine ähnliche Position zu schaffen, hätte das immer nur ein vorübergehender Zustand sein und den Kampf um die Vorherrschaft wohl verschieben, aber nicht verhindern können.

Schon die Reise, die Bismarck im Herbst 1864 in das Pyrenäenbad Biarritz machte, war weniger durch seine Gesundheit bedingt, als durch den Wunsch, mit dem Kaiser Napoleon, der sich hier aufhielt, zusammenzutreffen, um mit ihm nähere Fühlung zu gewinnen. Auch sollte damit gewiß nach Wien hin eine Warnung erteilt werden; man sollte dort sehen, daß Preußen

nicht auf Österreichs Freundschaft angewiesen sei, sondern jederzeit auch andere Bundesgenossen finden könne.

In Österreich selbst war man völlig ratlos in bezug auf die weiteren Schicksale der Herzogtümer. Schon seit dem italienischen Kriege standen sich hier ja zwei Richtungen gegenüber; Schmerling arbeitete auf ein Zusammengehen mit den Mittelstaaten gegen Preußen zur Behauptung des leitenden Einflusses Österreichs in Deutschland hin, Graf Rechberg wollte eine Verständigung mit Preußen über eine gemeinsame deutsche und europäische Politik. Die erstere Richtung hatte in der Zeit des Frankfurter Fürstentags die Oberhand gehabt; das Mißlingen dieses Versuches hatte dazu geführt, daß die Gegenpartei das Vertrauen des Kaisers gewann, und so hatte jetzt Rechberg seine Politik des Zusammengehens mit Preußen in der Schleswig-Holsteinischen Frage durchführen können. Aber Schmerling und seine Freunde wurden jetzt nicht müde darauf hinzuweisen, daß er mit seiner Politik den Staat in eine Sackgasse geführt habe. Mit Pauken und Trompeten, so sagte man, habe Graf Rechberg die Preußen in die Elbherzogtümer hineingeführt, aber wie wolle er sie nun wieder hinaus bringen?

In der Tat ließ sich nicht leugnen, daß die Politik Rechbergs sehr kurzsichtig gewesen war. Rechberg war ein ehrlicher, gut deutsch gesinnter Mann, aber leicht erregbar, und daher abhängig von den Eindrücken des Augenblicks. Die Notwendigkeit, Preußen an einseitigem Vorgehen in Schleswig-Holstein zu verhindern, war ihm so dringend erschienen, daß er alle anderen Bedenken zurückgestellt und Österreichs Kräfte für eine Sache eingesetzt hatte, von der Österreich kaum einen eigenen greifbaren Vorteil haben konnte. Er setzte dabei zugleich die traditionellen Beziehungen der Hofburg zu den deutschen Mittelstaaten aufs Spiel; denn diese waren alle für Augustenburg und begriffen es nicht, warum Österreich in dieser Frage die Geschäfte Preußens besorge.

Für Rechbergs Entschluß war aber noch ein anderer mehr persönlicher Grund mitbestimmend. Er kannte Bismarck persönlich von Frankfurt her und wußte sehr genau, ein wie gefährlicher Feind er als Leiter der preußischen Politik für den Kaiserstaat

werden könne, während er auf der anderen Seite von ihm ein ehrliches Eingehen auf die gemeinsame Vorherrschaft beider Großmächte in Deutschland erwarten zu dürfen glaubte. Ferner sah er in Bismarck, dem Konfliktsminister, den Vorkämpfer der monarchischen Autorität in Deutschland gegenüber dem Machtstreben der von den Liberalen beherrschten Parlamente; die Mittelstaaten waren nach seiner Ansicht zu schwach, um der Gewalt der revolutionären Strömung widerstehen zu können; ihre Regierungen ließen sich ja schon jetzt viel zu sehr von der Rücksicht auf die Majoritäten bestimmen. Daher, so meinte er, erfordere die Erhaltung des monarchischen Prinzips den engen Bund zwischen Österreich und Preußen, die dann durch ihren Druck auf die Mittelstaaten auch dort die wahren Grundsätze des Staatslebens zur Herrschaft zu bringen hätten. Die alten Anschauungen der Reaktionszeit beherrschten ihn ganz und waren im Grunde auch für Kaiser Franz Josef maßgebend. Bismarck wußte dies sehr genau und verstand diese Stimmung äußerst geschickt zu benutzen, indem er den Augustenburger als Vertreter der liberalen und revolutionären Prinzipien, Preußen aber als Hüter der monarchisch-konservativen Traditionen hinstellte; nicht nur dem Kaiser Franz Josef und Rechberg, sondern auch dem Zaren gegenüber hat er sich dieses Arguments wiederholt mit Erfolg bedient; dabei schrieb er dem preußischen Botschafter in Paris, er sei gleichgültig gegen revolutionär und konservativ, wie gegen alle Phrasen, und sagte den französischen Vertretern offen, er werde mit der Revolution und mit dem Nationalverein gehen, sobald er es für Preußen nützlich erachte. Daß sich der Kaiser und Rechberg so über den wahren Charakter von Bismarcks Politik lange Zeit vollständig täuschen ließen, war ihr Unglück und besiegelte Österreichs Schicksal.

Schon als die Personalunion der Herzogtümer mit Dänemark gescheitert war, bei der Rechberg Preußen festhalten wollte, war der Bankerott seiner Politik klar erkennbar. Daß er im Widerspruch zu seinen früheren feierlichen Erklärungen jetzt die Kandidatur Augustenburgs proklamieren mußte, wenn er die Herzogtümer nicht preußisch werden lassen wollte, erweckte den Eindruck

ratlosen Schwankens. Immer heftiger wurden die Angriffe in der Presse, ja selbst im Schoße des Ministeriums gegen ihn.

So war seine Stellung schon erschüttert, als der Verlauf der Verhandlungen, die er über den Eintritt Österreichs in den Zollverein mit Preußen angeknüpft hatte, den Gegnern vollständig die Oberhand gab. Rechberg hatte auf die sofortige Aufnahme des Kaiserstaates in den Zollverein nicht gerechnet, wollte aber doch einen bescheidenen diplomatischen Erfolg davontragen und forderte, daß Preußen versprechen solle, im Laufe der nächsten 12 Jahre in erneute Verhandlungen über den Gegenstand einzutreten. Bismarck wäre seiner eigenen Aussage nach nicht abgeneigt gewesen, diese ganz unverbindliche Erklärung zu geben; aber während er in Biarritz weilte, setzten es die wirtschaftspolitischen Berater des Königs, die diesem Drängen Österreichs ein für allemal ein Ziel gesetzt zu sehen wünschten, namentlich Rudolf Delbrück, durch, daß eine ablehnende Antwort erteilt wurde. Rechberg hatte durch seine preußenfreundliche Politik also nicht einmal ein kleines formelles Entgegenkommen in dieser Frage erreichen können. Darin schien die schärfste Kritik der ganzen Richtung, die er verfolgt hatte, zu liegen. Er mußte seine Entlassung nehmen (27. Oktober), und an seine Stelle trat Graf Mensdorff-Pouilly als Minister des Auswärtigen, ein alter Soldat, der sich wenig mit Politik befaßt hatte und infolgedessen bald von seinen Untergebenen abhängig wurde. Unter diesen gewann namentlich der Freiherr von Biegeleben, ein geborener Darmstädter und erbitterter Feind Preußens, bald einen verhängnisvollen Einfluß; er hat es offen als sein Ziel bezeichnet, Preußen in seine Teile zu zerschlagen. Zwar teilte Kaiser Franz Josef nach Berlin mit, daß durch die Ernennung Mensdorffs kein Systemwechsel eingetreten sei; aber es zeigte sich doch bald genug, daß Österreich wieder viel schärfer in die alte Richtung einlenkte, die Rechberg im Herbst 1863 verlassen, aber seit dem Juni 1864 wiederzufinden versucht hatte; man begann von Wien aus wieder Fühlung mit den Mittelstaaten zu suchen.

Bismarck bemerkte dies natürlich sehr bald, wird aber schwerlich unzufrieden damit gewesen sein; je mehr sich Österreich zu dem Streben nach einer Majorisierung Preußens mit Hilfe des

Bundestags drängen ließ, desto bessere Aussichten hatte er, dem König und den altpreußisch-konservativen Elementen die Unvermeidlichkeit des Kampfes zu beweisen. Vorher mußten freilich alle Möglichkeiten zur Erhaltung des Friedens erschöpft werden; denn nichts war gewisser, als daß König Wilhelm, friedliebend und gewissenhaft wie er war, sich zu einem Kriege nur entschließen werde, wenn jeder andere Ausweg sich als unmöglich erwiesen hätte.

Je mehr sich Österreich den Mittelstaaten näherte, desto schroffer und brutaler trat Bismarck gegen diese auf. Schon in den Verhandlungen über die Erneuerung des Zollvereins ließ er nicht den geringsten Vorbehalt zu, weder bezüglich der von Preußen geforderten Anerkennung des Handelsvertrags mit Frankreich, noch bezüglich der von den süddeutschen Staaten dringend befürworteten Zuziehung Österreichs; er verlangte glatte Annahme der preußischen Bedingungen; da Sachsen, durch die Interessen seiner Industrie gezwungen, in diesen Fragen fest zu Preußen hielt, mußten auch die übrigen Staaten nachgeben; vor dem ihnen von Preußen gestellten Termin (1. Oktober 1864) erklärten sie sämtlich ihre bedingungslose Zustimmung. In Bayern und Württemberg legten die bisherigen leitenden Staatsmänner, die diese Wendung nicht mitmachen wollten, ihre Ämter nieder.

Ebenso rücksichtslos verfuhr Bismarck gegenüber den noch in Holstein stehenden Exekutionstruppen des Bundes. Als es im Juli in Rendsburg zu Reibereien zwischen preußischen und sächsischen Soldaten kam, ließ er die sächsischen Truppen einfach aus der Festung ausweisen, ohne sich um die Reklamationen der sächsischen Regierung zu kümmern. Sobald der Friede geschlossen war, richtete er sein Augenmerk darauf, die Bundestruppen überhaupt aus Holstein zu entfernen. Zunächst forderte er deren Zurückziehung von den beauftragten Regierungen, da die Exekution nach der Abtretung Holsteins an Österreich und Preußen gegenstandslos geworden sei. Da sich aber Sachsen entschieden weigerte, ohne Bundesbeschluß die Exekution aufzuheben, ging Bismarck schließlich auf einen österreichischen Vermittlungsvorschlag ein, wonach beide Großmächte beim Bundestag einen entsprechenden Antrag stellen sollten. Die Mehrheit des Bundes-

tags war keineswegs geneigt, hierauf einzugehen, da sie wohl einsah, daß sie sich dadurch jeden Einflusses auf die Entscheidung der Schleswig-Holsteinischen Frage beraube. Bismarck ließ jedoch keinen Zweifel darüber, daß jeder Versuch, Preußen in dieser Frage zu majorisieren, den Konflikt zum Ausbruch bringen werde, und verlangte in drohendem Ton Abstimmung binnen drei Tagen. Indem er den Österreichern vorstellte, daß man doch unmöglich die Bundesexekution gegen Österreich und Preußen, als die beiden augenblicklichen Landesherren der Herzogtümer, fortdauern lassen könne, erreichte er es, daß man auch von Wien aus entschieden auf die kleineren Staaten drückte; dem gemeinsamen Auftreten der Großmächte gegenüber wagten die Mittelstaaten dann keinen Widerstand mehr; die Bundesexekution wurde für beendigt erklärt (5. Dezember), und die Sachsen und Hannoveraner mußten aus Holstein verschwinden.

Österreich drang nun fortwährend darauf, daß Preußen die Bedingungen mitteilte, unter denen es die Einsetzung eines selbständigen Herzogs in Schleswig-Holstein zulassen wolle. Erst am 22. Februar 1865 legte Bismarck diese Bedingungen, die sogenannten Februarforderungen vor. Sie bestanden im wesentlichen in einer Wiederholung und genaueren Formulierung dessen, was er schon im Sommer des vorigen Jahres von dem Erbprinzen von Augustenburg verlangt hatte. Neu war die Forderung der Abtretung von Sonderburg zur Anlage eines preußischen Kriegshafens auf der Insel Alsen. Die völlige Verschmelzung der schleswig-holsteinischen Armee mit der preußischen wurde noch schärfer als früher betont. Auch wurde besonderes Gewicht darauf gelegt, daß die Übergabe der Herzogtümer an den künftigen Landesherrn erst nach voller Sicherstellung der Ausführung aller dieser Bedingungen erfolgen könne. Österreich erklärte sie für ganz unzulässig, da ein Herrscher, der unter solchen Bedingungen eingesetzt werde, nur ein Vasall Preußens sei und nicht als gleichberechtigter Bundesfürst betrachtet werden könne. Bismarck erwiderte darauf, daß Preußen ohne einen erheblichen Vorteil für sich auf sein Mitbesitzrecht an den Herzogtümern nicht verzichten werde. Er suchte dann durch den Vorschlag einer Berufung der schleswig-holsteinischen Stände

Österreich neue Verlegenheiten zu bereiten, da er wußte, daß man in Wien gegen jede Mitwirkung der Bevölkerung bei Entscheidung der Erbfolgefrage sei. Als Österreich aber wider Erwarten auf diesen Gedanken einging, wußte Bismarck seine Ausführung durch eine langwierige Diskussion über Zusammensetzung und Kompetenz der Stände zu hintertreiben.

Noch größer war die Entrüstung über Preußens Forderungen bei den Mittelstaaten. Mehrfach wurde in den Kreisen ihrer Staatsmänner die Meinung geäußert, eine preußische Annexion sei immmer noch besser als die Schöpfung eines solchen Vasallenstaates; denn nur zu leicht könne die Stellung des Herzogs von Schleswig-Holstein als das Vorbild betrachtet werden, dem sich die übrigen Fürsten mit der Zeit anzunähern hätten. Bayern, Sachsen und Darmstadt beantragten beim Bundestag, dieser möge die vertrauensvolle Erwartung aussprechen, daß die Großmächte nunmehr ungesäumt die Regierung an Herzog Friedrich übergeben würden. Der Bundestag nahm den Antrag an; Österreich enthielt sich der Abstimmung und gab eine entgegenkommende Antwort; Preußen aber erklärte, daß es dieser Erwartung nicht zu entsprechen gedenke.

In Wien war man über den bevorstehenden mittelstaatlichen Antrag vorher unterrichtet gewesen und hatte ihn moralisch unterstützt, obwohl Bismarck darauf hinwies, daß dies dem Geist des Bündnisses vom 14. Januar 1864 nicht entspreche. Als dieser Schritt keinen Erfolg hatte, versuchte Österreich auf Preußen dadurch einen Druck auszuüben, daß es die Agitation des Augustenburgers und seiner Partei in den Herzogtümern selbst nach Kräften beförderte und durch seinen Widerspruch alle von Bismarck dagegen geplanten Abwehrmaßregeln verhinderte. Preußen erwiderte mit der Verlegung seiner Marinestation von Danzig nach Kiel, die aller Welt zeigen sollte, daß es seine Stellung in den Herzogtümern nicht aufzugeben gedenke. Immer klarer faßte Bismarck den Krieg ins Auge, ließ wiederholt bei Frankreich und Italien sondieren, forderte von Moltke ein Gutachten über die Stärke der österreichischen Streitkräfte und verfolgte aufmerksam das Wachsen der österreichischen Finanznot.

Im Mai 1865 war die Lage bereits äußerst gespannt, da Öster-

reich erklärt hatte, weder die preußische Annexion noch die Februarbedingungen zugestehen zu können, Preußen aber ebenso bestimmt seinen Entschluß kundgegeben hatte, ohne Erfüllung einer dieser beiden Forderungen auf sein Mitbesitzrecht nicht verzichten zu wollen. War da überhaupt noch eine Verständigung möglich? In einem Kronrat, der am 29. Mai 1865 stattfand, trat Bismarck dafür ein, Österreich ein Ultimatum zu stellen und bei dessen Ablehnung den Krieg zu erklären; jedoch müsse der Entschluß zu einer so entscheidenden Wendung der preußischen Politik von dem König selbst ausgehen. König Wilhelm erklärte darauf, daß er die Lage noch nicht als so hoffnungslos ansehe, und bevor er sich zum Kriege entschließe, noch weitere Versuche zu einer friedlichen Verständigung gemacht sehen wolle. Bismarck mußte sich dieser Entscheidung fügen; aber zum ersten Mal hatte er hier seinem Herrn gegenüber offen ausgesprochen, daß er den Krieg für unvermeidlich halte; und es setzte nun eine lebhafte Agitation aller derjenigen gegen ihn ein, die in einem solchen Kampf zugleich einen Frevel und eine Gefahr erblickten. In der königlichen Familie selbst arbeiteten namentlich die verwitwete Königin Elisabeth, die Königin Augusta, der Kronprinz und die Kronprinzessin unausgesetzt daran, den König zur Entlassung Bismarcks zu bestimmen, dessen unsinnige Politik Preußen direkt ins Verderben führen werde. Sie waren für die Anerkennung Augustenburgs, die den Frieden mit Österreich sichern und die Sympathien der öffentlichen Meinung in Deutschland für Preußen gewinnen werde. Aber Bismarck hatte auch die streng konservativen Elemente gegen sich, die nur im Bunde mit Österreich das monarchische Prinzip in Deutschland und Europa glaubten aufrecht erhalten zu können. Der einflußreichste Wortführer dieser Ideen war der Generaladjutant Edwin von Manteuffel, der des Königs persönliches Vertrauen in hohem Grade besaß. Sie erstrebten zwar auch die preußische Annexion, wollten aber nicht zugeben, daß diese nur im Kampf gegen Österreich zu erreichen sei. König Wilhelm selbst war auch jetzt noch keineswegs für die Annexion unbedingt gewonnen; er würde sich mit den Februarbedingungen begnügt haben; aber darin war er mit seinem Minister einig, daß dies die Mindestforderung sei, und

daß Preußen für die gebrachten Opfer eine Entschädigung zu beanspruchen habe. Ein Gutachten der preußischen Kronjuristen beseitigte seine Zweifel, ob nicht wirklich ein wohlbegründetes Recht des Augustenburgers vorliege.

Vorläufig erhielt Bismarck nur die Erlaubnis, Österreich zu erklären, daß man die Ausweisung des Augustenburgers aus den Herzogtümern verlange, und diesen, solange er sich in offenem Widerspruch mit den Wünschen des Königs im Lande aufhalte, niemals als Herzog anerkennen werde. Da Preußen einen Rechtsanspruch des Erbprinzen durchaus bestreite, so müsse man unter diesen Umständen ein anderes Mitglied des oldenburgischen Hauses, etwa den Großherzog von Oldenburg selbst, ins Auge fassen. Er ließ keinen Zweifel darüber, daß bei einer Weigerung Österreichs Preußen allein gegen den Erbprinzen vorgehen werde, und drohte sogar ihn einfach gefangen nehmen, auf ein preußisches Kriegsschiff bringen und in Pillau einsperren zu lassen. Österreich erwiderte mit der Forderung, daß Preußen die Zahl seiner Truppen in den Herzogtümern vermindern solle.

Als der König, von Bismarck begleitet, im Juni 1865 Berlin verließ, um sich zur Kur zuerst nach Karlsbad, dann nach Gastein zu begeben, schien der Ausbruch des Krieges nur noch eine Frage kurzer Zeit zu sein. Man wollte nur noch die Nachrichten der preußischen Vertreter in Paris und Florenz abwarten, um die europäische Lage ganz überblicken zu können. Bismarck erwartete wohl kaum, daß sie das bisherige Bild wesentlich ändern würden. Sein Feldzugsplan war fertig: Sobald der König den österreichischen Boden wieder verlassen habe, sollte die Verhaftung des Erbprinzen erfolgen; diese und andere von Preußen einseitig in den Herzogtümern vorzunehmende Schritte sollten Österreich in die Notwendigkeit versetzen, den Bruch zu vollziehen.

Aber noch einmal wurden alle diese Pläne über den Haufen geworfen. Die Nachrichten aus Paris erfüllten König Wilhelm mit derartiger Besorgnis vor den Absichten Napoleons, daß er einer Verständigung mit Österreich, selbst wenn sie einige Opfer koste, wieder geneigter wurde.

* * *

Napoleon hatte während der dänischen Krise und solange Preußen mit Österreich eng verbündet war, stets die verlockendsten Anerbietungen gemacht. Er hatte die Einverleibung Schleswig-Holsteins in Preußen ohne jede Kompensation für Frankreich zulassen wollen, wenn nur Nordschleswig an Dänemark zurückgegeben werde; er hatte mehrmals bindende Abmachungen angeregt. Ihm kam es damals vor allen Dingen darauf an, Preußen und Österreich zu trennen. Sobald sich aber seit dem Herbst 1864 die Beziehungen zwischen beiden deutschen Mächten ohne sein Zutun zu lockern begannen, wurde er zurückhaltender; denn wenn Preußen mit Österreich brechen wollte, mußte es ja von selbst kommen, und er konnte abwarten, was man ihm bieten würde. Immerhin ließ er noch im Frühling 1865 wohlwollende Neutralität für den Fall eines Krieges in Aussicht stellen und behielt sich nur vor, die Interessen Frankreichs wahrzunehmen, falls große, das europäische Gleichgewicht verändernde Machtverschiebungen in Deutschland eintreten sollten. Er wünschte den Krieg nach wie vor, schon um Italiens willen. Um die Klerikalen Frankreichs zufriedenzustellen, hatte er im September 1864 die italienische Regierung zu einem Vertrage genötigt, der ihr die Verpflichtung auferlegte, das päpstliche Gebiet weder anzugreifen noch einen Angriff durch Freischaren zu dulden und zum Zeichen des Verzichtes auf Rom Florenz zur Hauptstadt des Königreichs zu erklären. Dafür hatte er zwar versprochen, binnen zwei Jahren die noch in Rom stehenden französischen Truppen abzuberufen; aber die Erbitterung war in Italien sehr groß, und gerade deshalb wollte Napoleon seinen Schützlingen einen Ersatz gewähren, indem er ihnen wenigstens Venedig verschaffte. Als jetzt Graf Goltz unter Überschreitung seiner Instruktionen dem Kaiser einen förmlichen Vertrag vorschlug, lehnte Napoleon eine bestimmte Verpflichtung ab, da er sich nicht für alle Eventualitäten die Hände binden könne. Goltz hatte den Eindruck, daß der Kaiser den Krieg wünsche und später als Schiedsrichter hervorzutreten beabsichtige.

Bismarck selbst erfuhr durch diese Mitteilungen nichts Neues. Er hatte immer gewußt, was Napoleon wünschte, und kannte auch die Notlage, die den Kaiser zum Begehren nach deutschen Gebietsteilen trieb. Er hätte es daraufhin gewagt, und würde

schon jetzt, wie er es ein Jahr später tat, den Kaiser in der Hoffnung erhalten haben, daß er sein Ziel erreichen werde mit dem Hintergedanken, daß man nach einem Siege über Österreich anders werde mit ihm reden können. Aber König Wilhelm, dem Bismarck Napoleons Absichten immer als möglichst harmlos hingestellt hatte, um ihn nicht abzuschrecken, empfand über diese Nachrichten schwere Sorge und Gewissensbedenken, zumal da auch aus Florenz gemeldet wurde, daß Italien sich voraussichtlich ganz nach Napoleons Direktiven richten werde. Wilhelm war immer geneigt gewesen, den Krieg gegen Österreich, wenn es irgend angehe, zu vermeiden; jetzt wuchs seine Friedensliebe immer mehr, und Bismarck mußte wohl oder übel diesen Gefühlen seines Herrn Rechnung tragen.

Auch in Österreich hatten sich inzwischen die Dinge geändert. Eine neue Ministerkrisis war eingetreten, die diesmal wesentlich mit den inneren Verhältnissen des Kaiserstaates zusammenhing. Die zentralistisch-bureaukratische Politik des Herrn von Schmerling war den Liberalen nicht freiheitlich genug, stieß aber auf noch lebhaftere Opposition bei allen Elementen, die auf möglichst weitgehende Selbständigkeit der einzelnen Kronländer Wert legten; zu ihnen gehörte namentlich der hohe Adel; aber auch die Geistlichkeit war mit Schmerlings Verwaltung, die mehr den Traditionen aus der Zeit Josefs II. und Metternichs, als denen aus der Zeit der Reaktion folgte, wenig zufrieden. Die vereinigten Einflüsse der Feudalen und der Klerikalen unterwühlten allmählich Schmerlings Stellung; das persönliche Vertrauen des Kaisers hatte er wohl schon seit dem Scheitern des Frankfurter Fürstentages verloren. Dazu kam Franz Josefs dringendes Verlangen nach einer Versöhnung mit Ungarn. Hier hatte unter der Führung Franz Deáks und des Grafen Julius Andrassy eine Strömung Boden gewonnen, die eine gemeinsame auswärtige Politik und ein gemeinsames Heerwesen, überragt durch eine auf diese Angelegenheiten beschränkt gemeinsame parlamentarische Vertretung mit der Selbständigkeit Ungarns für vereinbar hielt; mit ihr schien dem Kaiser eine Verständigung möglich; er wußte aber, daß die Entlassung des streng zentralistisch gesinnten, den Ungarn tief verhaßten Schmerling die Voraussetzung dafür

bildete. Es kam hinzu, daß der Minister die Finanzforderungen der Regierung im Parlament nicht zur Annahme zu bringen vermochte. Als Franz Josef, ohne Schmerling zu befragen, nach Pest reiste, den Ungarn entgegenkommende Zusicherungen gab und einen Wechsel in der Person des ungarischen Hofkanzlers eintreten ließ, reichte Schmerling seine Entlassung ein, die sofort angenommen wurde (27. Juni). Die auf seinen Rat verliehene Verfassung des Gesamtstaates wurde durch die „Sistierung" des Reichsrates (20. September) tatsächlich außer Kraft gesetzt. Zwar blieb Graf Mensdorff Minister des Auswärtigen, ein vornehmer Aristokrat ohne diplomatische Erfahrung, ohne Sicherheit und Selbstvertrauen auf diesem ihm wenig bekannten Boden; aber den eigentlich leitenden Einfluß erhielt Graf Moritz Esterhazy, ein schlauer Intrigant, dem es wesentlich auf die Sicherung der leitenden Stellung des Adels und der Kirche und auf die möglichste Selbständigkeit der Kronländer, namentlich Ungarns ankam. Als ein vorwiegend kritisch, ja skeptisch veranlagter Geist war er wenig geeignet, die Ziele für eine neue aufbauende und schaffende Politik zu zeigen und sie konsequent zu verfolgen, zumal da er jedes Hervortreten nach Außen und jede eigene Verantwortung scheute. Auch der neue Ministerpräsident Graf Belcredi gehörte ganz der feudalen Partei an, und es ließ sich voraussehen, daß alle liberalen Elemente in Österreich sich zum erbitterten Kampf gegen die neue Regierung zusammenschließen würden. Die Aussicht auf diese inneren Schwierigkeiten machte die Wiener Regierung gerade damals geneigt, den Frieden mit Preußen durch Nachgiebigkeit zu erkaufen.

Immerhin war es längere Zeit zweifelhaft, ob die friedlichere Stimmung auf beiden Seiten noch einmal zu einer Verständigung führen werde. Der österreichische Gesandte in München, Graf Blome, fand eine geeignete Grundlage, indem er vorschlug, von der definitiven Regelung der Erbfolgefrage vorläufig wegen der hervorgetretenen Schwierigkeiten abzusehen, dafür aber das Provisorium, das nun voraussichtlich ziemlich lange dauern werde, besser zu organisieren. Auf diese Art würden wenigstens die fortwährenden Reibereien über untergeordnete Verwaltungsfragen vermieden werden können. In seinen Unterredungen mit

Bismarck und dem König in Gastein gewann er erst die Überzeugung, daß man in Preußen zum Kampf bereit und entschlossen sei, wenn Österreich kein Entgegenkommen zeige. Bisher war man auch in Wien geneigt gewesen, die preußischen Hinweise auf die Möglichkeit eines Konflikts leichter zu nehmen und als ein lediglich rhetorisches Mittel zur Erpressung von Konzessionen aufzufassen; erst jetzt begriff man hier ganz den Ernst der Situation und beschloß, auf die Anregung des Grafen Blome einzugehen.

Nach längeren Verhandlungen wurden die genaueren Bedingungen zwischen Bismarck und Blome festgestellt; dann wurden sie in Wien dem Ministerium vorgelegt; Kaiser Franz Josef selbst hat den Ausschlag für ihre Annahme gegeben; den preußenfeindlichen Räten der Staatskanzlei gegenüber wurde tiefes Stillschweigen beobachtet. Bei einem persönlichen Besuch des Kaisers in Salzburg wurde der in Gastein am 14. August 1865 vereinbarte Vertrag von beiden Monarchen unterzeichnet. Unter Wahrung der gemeinsamen Souveränität beider Herrscher über das gesamte Gebiet der Herzogtümer wurde die Verwaltung in der Weise geteilt, daß Österreich sie in Holstein, Preußen in Schleswig ausschließlich übernahm; außerdem wurde Preußen eine Etappenstraße und eine Telegraphenlinie durch Holstein, das Kommando in Kiel, das Bundeshafen werden sollte, der Eintritt der Herzogtümer in den Zollverein und das Recht zum Bau eines Nord-Ostseekanals zugestanden; das kleine Herzogtum Lauenburg aber wurde gegen eine Entschädigung von $2^1/_2$ Millionen Talern ganz an Preußen abgetreten. Mündlich wurde verabredet, daß der Erbprinz von Augustenburg in Zukunft nur noch als Privatmann betrachtet und behandelt werden solle.

Überall wurde dieses Abkommen als ein Sieg Preußens aufgefaßt, und zweifellos wich Österreich, indem es in die Schaffung dauernder Verwaltungseinrichtungen willigte, von seinem bisherigen Standpunkt ab, da es bisher immer die möglichst baldige Beendigung des provisorischen Zustandes und die Konstituierung eines selbständigen Staates verlangt hatte. Die größte Befriedigung über den Vertrag empfand König Wilhelm; er drückte Bismarck seine Dankbarkeit für die Vermeidung des Krieges da-

durch aus, daß er ihn in den Grafenstand erhob. Am schwersten war die Enttäuschung bei den Mittelstaaten, die schon sicher geglaubt hatten, daß Österreich ihrem Kandidaten in Schleswig-Holstein zur Regierung verhelfen und damit zugleich die Autorität des Bundes Preußen gegenüber energisch zur Geltung bringen werde. Offen und heimlich beklagten sie sich über die Schwäche und Unzuverlässigkeit der Wiener Regierung, und manche richteten im Stillen ihre Blicke nach Paris, da sie in Napoleons Schutz schließlich die letzte Rettung gegen die preußische Machtpolitik erblickten. Mit neuem Eifer wirkte Beust in den nächsten Monaten für einen engen Zusammenschluß der Mittelstaaten; mehrmals fanden Ministerkonferenzen statt, aber alles scheiterte daran, daß selbst jetzt die mittleren und kleineren Regierungen nicht unter einen Hut zu bringen waren. Auch fühlten wohl die meisten, daß selbst ihre vereinigten Streitkräfte nicht viel zu bedeuten haben würden. Das schwerste Hindernis für die Konstituierung des „dritten Deutschland", wie sie jetzt zum letztenmal versucht und von manchen Volksvertretungen laut gefordert wurde, lag in der verdächtigen Zurückhaltung Bayerns, deren Ursachen wir später noch genauer kennen lernen werden.

Bismarck selbst hat nie daran gezweifelt, daß der Vertrag von Gastein keine wirkliche Lösung der Frage, sondern nur einen Aufschub der endgültigen Auseinandersetzung bedeute. Er hat damals geäußert, daß er den Wortlaut der Konvention absichtlich so dehnbar gefaßt habe, daß man jederzeit einen Streit um die Auslegung entfesseln könne; und es liegt kein Grund vor, an der Richtigkeit seiner Worte zu zweifeln. Aber er zog aus diesen Vorgängen doch die Lehre, daß es immer eine unsichere Spekulation bleibe, aus der Frage der Herzogtümer den Kriegsfall herzuleiten. Auch später konnte wieder eine kleine Konzession Österreichs oder eine bedenkliche Nachricht aus Frankreich und Italien den König zum Einlenken bestimmen und die Pläne des Ministers vereiteln. Dem konnte nur dann mit Sicherheit vorgebeugt werden, wenn Preußen wieder offen die Reform des Bundes verlangte und den Streit auf das deutsche Gebiet verlegte; denn hier war für Österreich kein Zugeständnis möglich, das Preußen hätte befriedigen können, ohne daß der Kaiserstaat alle Traditionen seiner

bisherigen Politik verleugnete. Die Erfahrungen von Gastein haben Bismarck erst endgültig bestimmt, den Kriegsfall, sobald es dazu Zeit sei, nicht durch die kleinen Streitigkeiten in Schleswig-Holstein, sondern durch die Aufrollung der deutschen Frage herbeizuführen.

Ebenso hatte Bismarck hier gesehen, wie notwendig es sei, dem König über die Absichten Frankreichs Beruhigung zu gewähren. Unmittelbar nach seiner Rückkehr setzten seine Bemühungen ein, den französischen Geschäftsträger in Berlin zu Äußerungen zu verlocken, die es als möglich erscheinen ließen, daß Frankreich sich mit außerdeutschen, belgischen oder schweizerischen Gebietserwerbungen begnügen werde. Er trug kein Bedenken, es seinem Herrn so darzustellen, als seien diese Äußerungen von französischer Seite gefallen und böten eine Garantie dafür, daß Frankreich nicht nach deutschem Lande strebe. Aber die Berichte des Grafen Goltz lauteten nach wie vor bedenklich; dazu kam, daß der französische Minister Drouyn de Lhuys in einem wütenden Rundschreiben an seine Agenten im Auslande den Vertrag von Gastein als eine Verhöhnung des Völkerrechts bezeichnete und Napoleon selbst dem preußischen Botschafter seine peinliche Überraschung über das Abkommen äußerte. Mußte man daraus nicht schließen, daß Frankreich auf den Ausbruch des Krieges spekuliert habe, um eigene Vorteile zu gewinnen, und nun enttäuscht sei, weil diese Hoffnung gescheitert war?

Da es Bismarck auch mit Hilfe der französischen Vertreter in Berlin nicht ganz gelang, den König von der Unrichtigkeit der Auffassung des Grafen Goltz zu überzeugen, so machte er ihm schließlich den Vorschlag, selbst noch einmal nach Frankreich zu reisen, um Napoleon zu sondieren und seine Absichten festzustellen. Nach einigen Schwierigkeiten stimmte der König zu, und im Oktober 1865 konnte Bismarck seine Reise antreten. In Biarritz und in St. Cloud hatte er längere Unterredungen mit Napoleon und Drouyn de Lhuys. Natürlich gelang es ihm auch jetzt nicht, von ihnen eine klare Auskunft darüber zu bekommen, wie Frankreich sich im Falle eines Krieges verhalten werde; denn es lag in ihrem Interesse, sich nicht zu binden. Bismarck wird auch kaum darauf gerechnet haben, daß er hier über die fran-

zösischen Absichten mehr erfahren werde, als er schon wußte oder ahnte. Er wollte nur Napoleon darüber beruhigen, daß der Vertrag von Gastein keine endgültige Verständigung mit Österreich bedeute, und ihm die Gewißheit geben, daß er nach wie vor auf den Krieg hinarbeite. Zugleich aber gewann er so die Möglichkeit, seinem Herrn zu berichten, daß nach seinen persönlichen Eindrücken von Napoleon nichts Böses zu befürchten sei. In der Tat hat der Kaiser es an wohlwollenden, aber unverbindlichen Äußerungen nicht fehlen lassen; er hatte ja den dringenden Wunsch, daß Preußen den Krieg beginne und durfte es daher nicht abschrecken. So war es Bismarck möglich, dem König zu berichten, daß von Frankreichs Seite keine ernstliche Gefahr drohe. Hatte doch der Kaiser selbst zuletzt geäußert, wenn der entscheidende Augenblick gekommen sei, möge sich König Wilhelm brieflich unmittelbar mit ihm in Verbindung setzen; man werde sich dann ohne Zweifel leicht verständigen können.

In den nächsten Monaten gelang es Bismarck, den Abschluß eines Handelsvertrags zwischen Italien und dem Zollverein durchzusetzen, wodurch die übrigen deutschen Staaten zur Anerkennung des Königreichs Italien genötigt wurden; diese Maßregeln sollten ein künftiges Zusammengehen mit Italien vorbereiten oder wenigstens erleichtern und wurden auch überall in diesem Sinne aufgefaßt. Schon Bismarcks Reise nach Biarritz hatte die deutschen Höfe in die heftigste Aufregung versetzt; überall glaubte man, er wolle dem Kaiser das linke Rheinufer als Preis eines Bündnisses anbieten. Bismarck machte sich, wenn man wenigstens den damaligen Erzählungen aus Diplomatenkreisen glauben darf, das Vergnügen, solche Deutungen noch mehr herauszufordern, indem er an der Tafel Napoleons, als eine besonders wohlschmeckende Sauce serviert wurde, laut ausrief: „Für eine solche Sauce gäbe ich zwanzig Rheinufer!"

In Wien beobachtete man die Annäherung Preußens an Frankreich und Italien mit dem größten Mißtrauen und beantwortete sie damit, daß man der augustenburgischen Agitation in Holstein wieder freieren Spielraum ließ. Der dortige Statthalter, Baron von der Gablenz, ließ die augustenburgische Presse schreiben, was sie wollte, und gestattete sogar eine große Volks-

versammlung, auf der preußenfeindliche Reden gehalten wurden. Sowohl er als die österreichische Regierung weigerten sich, als Preußen sich darüber beschwerte, irgendwelche Erklärungen darüber zu geben, da die inneren Verwaltungsangelegenheiten Holsteins Preußen nichts angingen. Ebenso wurde die geforderte Ausweisung des Erbprinzen aus Holstein abgelehnt. Da hierin eine offenbare Feindseligkeit lag, gab Bismarck im Februar 1866 die Erklärung nach Wien ab, daß Preußen sich für seine weitere Politik volle Aktionsfreiheit vorbehalte; das bisherige Bündnis war damit gekündigt; Bismarck hielt es jetzt für notwendig, das Verhältnis zu Österreich von neuem in einem Kronrat zur Sprache zu bringen.

Dies geschah am 28. Februar, und hier wurde trotz des energischen Widerspruchs des Kronprinzen beschlossen, den Bruch mit Österreich zwar nicht zu erstreben, aber auch nicht zu scheuen und wenigstens als möglich ins Auge zu fassen; schon jetzt sollten für diesen Fall diplomatische Verkehrungen getroffen werden. Damit war Bismarck die Vollmacht zu Verhandlungen mit Frankreich und Italien erteilt.

Bei seiner Anwesenheit in Frankreich hatte er mit Napoleon verabredet, daß König Wilhelm dem Kaiser persönlich schreiben werde, wenn genauere Abmachungen wünschenswert erschienen. Der König ließ jetzt durch Goltz einen Brief überreichen, der diesen Zeitpunkt für gekommen erklärte, ohne indes irgendein bestimmtes Angebot zu machen. Napoleon gab daher eine freundliche, aber ausweichende Antwort; mündlich deutete er dem Botschafter an, daß er bei einer erheblichen Verstärkung Preußens rheinpfälzische Gebiete fordern müsse, mindestens die Grenze von 1814, also Landau; auch von Luxemburg war schon damals die Rede. Diese Haltung Napoleons verstärkte von Neuem das Mißtrauen König Wilhelms gegen ihn und erweckte wieder, wie die ähnlichen Vorgänge vor dem Vertrag von Gastein, die Neigung in ihm, dem Bruch mit Österreich so lange, wie es irgend mit Ehren möglich sei, auszuweichen. Auf seinen Befehl mußte Bismarck den Grafen Goltz telegraphisch anweisen, jede Abtretung deutschen Gebietes, wenn sie bestimmter gefordert werden sollte, abzulehnen, da Preußen dadurch die „nationale Seite seiner Ak-

tion sofort lähmen" werde. Schon diese Worte zeigen, daß bereits im März der Plan feststand, nunmehr die deutsche Frage stärker in den Vordergrund zu stellen. Bevor aber Bismarck diesen entscheidenden Schritt tat, wollte er sich Italiens Mitwirkung endgültig sichern.

Sein ursprünglicher Plan, die Verhandlungen mit Italien durch Moltke in Florenz führen zu lassen, erfuhr dadurch eine Änderung, daß die italienische Regierung auf die erste Anfrage hin, ob sie zu Verhandlungen bereit sei, sofort ihrerseits den General Govone nach Berlin schickte; so fanden die entscheidenden Besprechungen zwischen diesem und Bismarck selbst statt. Bismarck mußte dabei mit großer Vorsicht zu Werke gehen, um weder Italien abzuschrecken, noch seinen König mißtrauisch zu machen. Seine Absicht war, den Vertrag so zu gestalten, daß Italien verpflichtet sei, im Falle einer preußischen Kriegserklärung sofort in den Kampf einzutreten, während Preußen nicht gebunden sein sollte, auf eine italienische Kriegserklärung hin die Waffen zu ergreifen. Denn er wußte wohl, daß der König einem Vertrage nie zustimmen würde, der die Entscheidung darüber, ob und wann Preußen mit Österreich Krieg führen solle, in die Hand Italiens gelegt hätte. Als Bismarck seine Absicht Moltke mitteilte, erwiderte ihm dieser, das werde er nicht erreichen; denn Italien werde schwerlich eine Verpflichtung übernehmen, ohne irgendeine Gegenleistung oder einen Vorteil dafür zu erlangen. Dennoch hat Bismarck sein Ziel erreicht, und zwar dadurch, daß er dem italienischen Unterhändler mit geradezu verblüffender Offenheit die Lage der Dinge darstellte und ihm so die Überzeugung verschaffte, daß es nicht anders gehe.

Die Korrespondenz des Generals Govone mit seiner Regierung und Italiens mit Frankreich gestattet uns, den Gang der Dinge während dieser Monate in allen wesentlichen Punkten zu übersehen. Bismarck erklärte dem General gleich in den ersten Besprechungen, er, Bismarck, wolle den Krieg gegen Österreich, der König aber wünsche ihn zu vermeiden, teils aus anderen Gründen, teils aber auch deswegen, weil er für Preußen allein den Kampf gegen Österreich und seine deutschen Verbündeten für zu gefährlich halte. Der Entschluß des Königs werde daher wesent-

lich davon abhängen, ob er die volle Gewißheit habe, im entscheidenden Moment Italien an seiner Seite zu wissen. Da nun der König keinen Vertrag schließen werde, der die Bestimmung über Krieg und Frieden in fremde Hände lege, so bleibe Italien, wenn es den Krieg herbeiführen und Venetien gewinnen wolle, nichts anderes übrig, als das vorgeschlagene Abkommen trotz seiner zweifellos ungünstigen Bestimmungen anzunehmen. Tue Italien das nicht, so sei die Aussicht sehr gering, daß es überhaupt zum Kriege kommen werde; unterschreibe es aber den Vertrag, so könne er zwar nicht die volle Sicherheit dafür geben, daß er den König zu einem kriegerischen Entschluß bringen werde, aber er habe dann begründete Hoffnung dazu, und werde jedenfalls seine ganze Kraft daran setzen, dies zu erreichen.

Der italienische Ministerpräsident Lamarmora nahm die Berichte Govones zunächst mit großem Bedenken auf; er fürchtete, Bismarck wolle das Bündnis nur deshalb schließen, um Österreich einzuschüchtern. Wenn Österreich dann, um den Doppelkrieg zu vermeiden, Preußens Forderungen in Schleswig-Holstein erfülle, so werde er vom Kampfe abstehen und Italien allein der Rache Österreichs preisgeben. Bismarck suchte solchen Befürchtungen durch die Verheißung zu begegnen, daß er, sobald das Bündnis geschlossen sei, durch einen Antrag auf Reform des Bundes die deutsche Frage in den Mittelpunkt der Verhandlungen rücken werde; wenn dies einmal geschehen sei, werde für Preußen eine Verständigung mit Österreich ohne Kampf nicht mehr möglich sein. Auch dadurch fühlten sich die Italiener noch nicht völlig beruhigt; sie beschlossen, zunächst bei dem alten Beschützer und Vormund Italiens, dem Kaiser Napoleon, anzufragen.

Napoleon wünschte ja längst, daß es zum Kriege zwischen Österreich und Preußen kommen möge; er glaubte, daß Preußen, wenn Italien auf seiner Seite stehe, Österreich und dessen Verbündeten einigermaßen gewachsen sein werde, und erwartete daher ein langes und ermüdendes Ringen ohne schnelle und durchgreifende Entscheidung; als deren letztes Ergebnis hielt er einen schwer erkauften Sieg Österreichs für wahrscheinlich. Wenn beide Gegner ermüdet seien, wollte er als Schiedsrichter hervortreten

und den Frieden diktieren; das mußte sein Prestige in Frankreich und Europa wesentlich erhöhen, seine Stellung auch im Inneren befestigen und ihm zugleich die Möglichkeit geben, auf eine für Frankreich möglichst vorteilhafte Gestaltung der staatlichen Verhältnisse Deutschlands zu dringen. Dann würde er auch als Lohn seiner guten Dienste oder als Preis der dem unterlegenen Teil zu gewährenden Hilfe die ersehnte Erwerbung auf dem linken Rheinufer erlangen und so die Popularität seiner Regierung in Frankreich steigern können. Als er nun von Florenz aus über die Verhandlungen mit Bismarck unterrichtet wurde, erkannte er, da er über die Lage der Dinge in Berlin gut orientiert war, daß es tatsächlich nur dann zum Kriege kommen werde, wenn Italien das Bündnis unter den preußischen Bedingungen abschließe; so erteilte er denn den Italienern den Rat, auf Bismarcks Vorschlag einzugehen.

Das war für die italienische Regierung entscheidend; man fühlte sich nun in Florenz auch für den Fall gesichert, daß Preußen doch noch abspringe und Italien dann allein einem österreichischen Angriff ausgesetzt sein werde. Man nahm daher das von Preußen vorgeschlagene Bündnis unter dem Vorbehalt an, daß es nur auf drei Monate gelten solle. Innerhalb dieser Zeit mußte also Bismarck den König zu einem kriegerischen Entschluß bringen, wenn er mit Sicherheit auf Italien wollte rechnen können. In dieser Form wurde das Bündnis am 8. April 1866 im tiefsten Geheimnis abgeschlossen. Beide Teile verpflichteten sich, nur in gegenseitigem Einverständnis Waffenstillstand oder Frieden zu schließen; die Zustimmung dazu sollte jedoch nicht verweigert werden können, sobald Italien Venetien oder Preußen eine gleichwertige Gebietserwerbung erhalte. Der Abschluß dieses Vertrags stellte aber nicht nur drei Monate lang die Streitkräfte Italiens zu Preußens Verfügung, sondern bot auch ein Pfand dafür, daß Napoleon nichts Ernstliches gegen Preußen unternehmen werde. Eine Verständigung Napoleons mit Österreich war bisher immer als denkbar erschienen, sobald Kaiser Franz Josef Venetien opferte; diese Lösung war jetzt sehr erschwert, da Italien ohne offenen Vertragsbruch das Geschenk nicht annehmen konnte. Das meinte Bismarck wohl, wenn er sagte, Italien sei

die beste Karte in seinem Spiel. Es läßt sich nicht leugnen, daß in dieser Abmachung, die eine Gebietserweiterung Preußens auf Kosten Österreichs vorsah, ein schwerer Verstoß gegen das offiziell noch geltende Bundesrecht lag. Gerade deshalb hielt man den Vertrag auch später noch lange geheim. Aber Österreich hatte keinen Grund, sich darüber zu beklagen; denn es bot selbst unmittelbar nachher, ohne diesen Vertrag zu kennen, Napoleon eine Abmachung an, wonach er Venetien zur Weitergabe an Italien erhalten sollte, sobald die Österreicher Schlesien erobert hätten.

* * *

Schon seit dem Vertrage von Gastein war Bismarck entschlossen, bei der Erneuerung des Konfliktes mit Österreich die deutsche Frage aufzurollen. Seit dem Januar 1866 bereitete er diese Wendung vor. Im März, als der Zusammenstoß näher rückte, begann er die Ausführung. Zunächst trat er mit Bayern in Verhandlung und machte den Versuch, den Minister von der Pfordten zu gemeinsamer Einbringung des geplanten Antrags beim Bundestag durch Preußen und Bayern zu bestimmen; er stellte jedoch die Bedingung, daß Österreich nicht vorher eingeweiht werden dürfe. Er gedachte den Oberbefehl über die süddeutschen Truppen an Bayern zu überlassen und den zweitgrößten deutschen Staat, indem er ihm eine so bedeutsame Sonderstellung einräumte, zur Mitwirkung zu bestimmen. Fiel Bayern wirklich von Österreich ab, so ließ sich erwarten, daß alle kleineren Staaten, abgesehen vielleicht von Sachsen, es nicht wagen würden, offen auf die gegnerische Seite zu treten.

Minister von der Pfordten, der seit dem Herbst 1864 wieder an der Spitze der Regierung stand, war kein Freund Österreichs und hatte bei verschiedenen Gelegenheiten geäußert, daß er eine Verstärkung der preußischen Macht in Norddeutschland für durchaus berechtigt erachte. Sein Ehrgeiz war es, für Bayern eine führende Stellung in Süddeutschland zu gewinnen, was natürlich viel leichter im Bunde mit Preußen, wenn man sich dort auf Norddeutschland beschränkte, als im Bunde mit Österreich durchzusetzen war. Ein weiterer Bund zwischen Norddeutschland, Süddeutschland und Österreich mochte dann diese Lösung dem

nationalen Gewissen des Ministers und den großdeutschen Sympathien des bayrischen Volkes annehmbar machen. Bismarck durchschaute ihn vollständig und schmeichelte seinem Streben nach einer bayrischen Machtvergrößerung; schon vor dem Gasteiner Vertrag hatte er in Salzburg mit ihm verhandelt und ihn recht zugänglich gefunden. Wäre es auf Pfordten allein angekommen, so hätte Bayern wohl den lockenden Handel geschlossen. Aber die Ultramontanen und Demokraten, die das Parlament beherrschten, waren durchaus gegen Preußen und für den Anschluß an Österreich; der junge König Ludwig, der erst 1864 durch den Tod seines Vaters Maximilian II. zur Regierung gelangt war, zeigte von Anfang an ein sehr lebendiges und reizbares bayrisches Selbstgefühl; so mußte es für Pfordten immerhin recht bedenklich erscheinen, sich mit Bismarck einzulassen. Am liebsten wollte er vermitteln und den Krieg verhindern. Er lehnte es daher schließlich ab, hinter Österreichs Rücken den Plan der Bundesreform mit Preußen zu vereinbaren; aber seine Haltung ließ immer noch hoffen, daß Bayern sich im entscheidenden Moment Preußen vielleicht anschließen oder wenigstens eine in den Wirkungen für Preußen vorteilhafte Neutralität beobachten werde. Erst nach Bayerns Ablehnung beschloß Bismarck, allein vorzugehen; am Tage nach der Unterzeichnung des italienischen Bündnisses ließ er durch den preußischen Bevollmächtigten beim Bundestag den Antrag auf die sofortige Berufung eines deutschen Parlaments stellen, das nach dem Reichswahlgesetz von 1849, also auf Grund des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts gewählt werden sollte. Er knüpfte damit an die bereits 1863 ausgesprochenen Gedanken wieder an, allerdings mit einigen bedeutsamen Änderungen in sachlicher und taktischer Hinsicht.

Taktisch war besonders bemerkenswert, daß das Parlament sofort zu einem bestimmten Termin berufen werden sollte, bevor eine Verständigung unter den Regierungen darüber erzielt war. Dies ist ohne weiteres verständlich. Bismarck wußte, daß ohne den Druck, den der unmittelbar bevorstehende Zusammentritt des Parlaments ausüben mußte, die Regierungen sich jetzt so wenig wie früher über irgendeinen Reformplan würden einigen können.

Das hatte er aus dem Scheitern der Unionsverhandlungen und aller späteren Reformversuche gelernt. Er näherte sich damit dem Verfahren, das früher Camphausen und Radowitz hatten beobachten wollen. Freilich gedachte er die Initiative deshalb nicht in die Hände der Volksvertretung übergehen zu lassen, sondern selbst ein festes Programm vorzulegen; würden die Regierungen sich damit nicht einverstanden erklären, so wollte er es ohne Zweifel als preußischen Antrag an das Parlament bringen. Wahrscheinlich aber sprach noch ein weiterer Grund mit. Schwerlich hatte Bismarck in dem Augenblick, wo er die Reform beantragte, schon die Zustimmung seines Königs zu den Einzelheiten seines Planes gewonnen; es war daher besser, von dessen Inhalt vorläufig zu schweigen; und auch König Wilhelm war, wenn der Termin für die Eröffnung des Parlaments einmal festgesetzt war, genötigt, sich vorher definitiv zu entscheiden.

Wenn Bismarck jetzt die Teilung des militärischen Oberbefehls ins Auge faßte, so wirkte dabei außer dem Wunsche, Bayern zu gewinnen, unzweifelhaft die Rücksicht auf Frankreich mit. Er wußte längst, daß Kaiser Napoleon eine Vereinigung aller deutschen Streitkräfte unter dem Befehl Preußens aus Rücksicht auf die Stimmung seines Landes gar nicht oder doch nur gegen erhebliche Gebietsabtretungen zulassen könne; diese aber wollte und konnte er nicht gewähren. Da er selbst die herrschende Stellung Preußens nördlich des Main als das für Preußen Notwendigste und als die beste Vorbereitung zu einer späteren engeren Gesamteinigung ansah, so konnte er dies Zugeständnis machen, ohne seinen eigentlichen Zielen untreu zu werden.

Welches waren aber seine Motive und Absichten bei der Proklamierung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts? Indem er diese Forderung in sein Programm aufnahm, gab er der ganzen weiteren Entwicklung der inneren Verhältnisse Deutschlands eine entscheidende Wendung, die er später tief bedauert hat.

Für die Notwendigkeit eines deutschen Parlaments war Bismarck schon seit längerer Zeit eingetreten; es sollte der Bevölkerung das Gefühl geben, daß das neue Reich nicht nur ein Bund der Fürsten und Regierungen, sondern auch eine Vereinigung der deutschen Volksteile sei; und es sollte vor allen Dingen ein

Gegengewicht gegen den unausrottbaren Partikularismus der einzelstaatlichen Regierungen bilden. Aber für das allgemeine, gleiche Wahlrecht war er früher niemals gewesen. Er hatte zuerst daran gedacht, das deutsche Parlament aus Abordnungen der einzelstaatlichen Landtage zusammenzusetzen; auch später, als er eingesehen hatte, daß eine solche Delegiertenversammlung das erwünschte Mittel zur Niederhaltung partikularistischer Strebungen nicht sein könne, hatte er doch an die Beschränkung des Wahlrechts durch einen mäßigen Zensus gedacht.

Wenn er jetzt darüber hinausging, so wird das kaum in der Hoffnung geschehen sein, die Liberalen Deutschlands und die Männer des Nationalvereins, die ja noch immer die ganze Verfassung von 1849 erstrebten, für sich zu gewinnen. Bismarck wußte nur zu genau, daß diese Schichten vorläufig für ihn nicht zu haben seien; man würde sein politisches Augenmaß doch recht niedrig einschätzen, wenn man ihm die Meinung zutraute, daß bei der Verkündigung seines Programms seine bisherigen bittersten Feinde mit fliegenden Fahnen zu ihm übergehen würden. Im November 1864 hatte der Nationalverein die Vollendung der deutschen Einheit für unmöglich erklärt, solange reaktionäre Regierungen in Österreich und Preußen herrschten, und hatte Bismarcks Politik mit dürren Worten als freiheitsfeindlich und undeutsch gebrandmarkt. Im September 1865 hatte eine Versammlung demokratischer Parteiführer in Darmstadt erklärt: „Es gibt kein Mittelding zwischen dem vergrößerten preußischen Einzelstaat des Herrn von Bismarck und dem Föderativstaat der Demokratie... Die Einheit ist ohne Dauer und Wert, wenn sie nicht das Produkt der Freiheit ist.“ Man konnte in diesen Kreisen nicht wohl anders urteilen, als daß ein Minister, der in dem eigenen Staate des Parlament so heftig bekämpfte, einen derartigen Antrag nur aus taktischen Rücksichten stelle und sofort von seiner Verfolgung zurücktreten werde, wenn das Ziel erreicht sei oder ein anderes Verfahren ihm für seine Zwecke besser geeignet erscheine. Der preußische Kronprinz sprach damals von einem frevelhaften Spiel, das hier mit den heiligsten Dingen getrieben werde; und die meisten Liberalen dachten ähnlich.

Bismarck selbst hat in den vorhergehenden Monaten immer

wieder betont, daß ein Bündnis mit dem Liberalismus ihm als wertlos erscheine. Die Liberalen hätten nichts zu bieten; sie hätten ihre Anhängerschaft nur in dem Kreise der oberen Zehntausend; möchten sie immerhin durch ihre Herrschaft über die kleinstaatlichen Kammern eine oder die andere Regierung beeinflussen können, so mache auch das wenig aus, weil die militärische Leistungsfähigkeit der kleinen Staaten zu gering sei, um ins Gewicht zu fallen. Bismarck schätzte zunächst, wo es sich um den Existenzkampf gegen Österreich handelte, den Wert jedes Bundesgenossen nur danach ab, welche Hilfe er hierfür gewähren könne. Das preußische Heer gehorchte dem König, ob die Liberalen es wollten oder nicht, das wußte er; die kleinstaatlichen Heere, höchstens von Bayern abgesehen, — und gerade hier hatten die Liberalen nicht die Herrschaft — waren bedeutungslos. Also brauchte er die Liberalen wenigstens für den Augenblick nicht. Daß er sie später, wenn es zum Ausbau des neuen Bundes komme, nicht ganz werde entbehren können, wußte er freilich schon jetzt; seine Verhandlungen mit preußischen und außerpreußischen Führern dieser Partei beweisen es; wenn er die spätere Ausgleichung des inneren Konflikts in Preußen für den Fall eines Sieges in Aussicht stellte, so geschah dies in der Absicht, wenigstens die gemäßigteren Elemente unter ihnen zur Versöhnung geneigt zu machen. Aber im Moment konnten sie ihm wenig nützen, und das allgemeine Wahlrecht war auch wenig geeignet, sie zu gewinnen.

Hatten also diejenigen recht, die Bismarcks Antrag nur als einen politischen Schachzug ansahen? Man wird nicht leugnen können, daß taktische Rücksichten dabei stark mitgesprochen haben. Er wollte den unbedingten Widerspruch Österreichs gegen seinen Antrag herausfordern; eine Delegiertenversammlung hatte man früher selbst in Wien vorgeschlagen; ein aus allgemeinem Stimmrecht hervorgehendes Parlament wollte und konnte man dort nicht annehmen; bestand Preußen darauf, so zwang es Österreich zum Bruch. Aber konnte diese Rücksicht allein ihn wirklich bestimmen? Genügten nicht die übrigen Teile des Reformprogramms, um dasselbe Ziel zu erreichen? Würde Bismarck wirklich seine Regierung in diesem wichtigen Punkte für die Zukunft festgelegt und dem Widerspruch seines Königs und der preußischen Konser-

vativen gegenüber diesen Plan aufs zäheste festgehalten haben, wenn er nicht gewichtige sachliche Gründe für eine derartige Gestaltung des Wahlrechts gehabt hätte?

Er hielt in der Tat damals das allgemeine gleiche Wahlrecht für das beste System, das der Bildung eines künftigen deutschen Parlaments zugrunde gelegt werden könne. Seine Erfahrungen mit dem Dreiklassenwahlrecht in Preußen hatten ihn dazu geführt.

Die Erfolge Preußens in der auswärtigen Politik hatten den inneren Konflikt nicht beseitigt, kaum gemildert. Das Abgeordnetenhaus hatte nicht nur den geforderten Kriegskredit für den dänischen Feldzug abgelehnt, sondern auch nach dem siegreichen Ausgang des Kampfes die nachträgliche Bewilligung verweigert. Es hatte aus dem Budget immer wieder die für die militärischen Reformen eingestellten Summen gestrichen und bei jeder Gelegenheit betont, daß es die ganze Verwaltung des gegenwärtigen Ministerium für verfassungswidrig und seine Politik für verderblich halte. Auf der anderen Seite hatte die Regierung ein großes Fest, das den oppositionellen Abgeordneten in Köln gegeben werden sollte, unter Anwendung militärischer Gewalt verhindert, Abgeordnete wegen ihrer Äußerungen im Parlament vor Gericht gezogen und einen Beschluß des Obertribunals erwirkt, der die Redefreiheit der Volksvertreter illusorisch zu machen geeignet war; sie hatte endlich, bevor das Budget für 1866 auch nur im Plenum zur Beratung gekommen war, den Landtag geschlossen, weil sie keine fruchtbare gemeinsame Arbeit mit ihm für möglich hielt. Jede Auflösung und Neuwahl hatte die Opposition in der gleichen Stärke nach Berlin zurückführt; eine Änderung dieser Verhältnisse schien nur denkbar, wenn Preußen ein anderes Wahlrecht erhielt.

Bismarck schrieb die Unerschütterlichkeit der liberalen Mehrheit dem Dreiklassenwahlrecht zu, das den begüterten oberen Volksschichten den ausschlaggebenden Einfluß sichere. Bei den Massen der Bevölkerung setzte er, namentlich in den ländlichen Provinzen des Ostens, eine stärkere monarchisch-loyale Gesinnung voraus. Er zweifelte nicht, daß unter der Herrschaft des allgemeinen gleichen Wahlrechts durch den Einfluß der adligen Grundherren und der Geistlichkeit ein überwiegend konservatives

Parlament gewählt werden würde. Vermutlich hat er gerade durch dieses Argument den anfangs offenbar sehr heftigen Widerspruch König Wilhelms schließlich besiegt. Er wurde in dieser Ansicht noch bestärkt durch die Entwicklung einer neuen Partei im Rücken der Liberalen und der alten Demokraten, mit deren begabtem Führer er mehrfach in persönlichen Gedankenaustausch getreten war.

Die neu heranwachsende Schicht der industriellen Arbeiter hatte schon während der Revolution von 1848 ihre Forderungen geltend gemacht. Vereinzelt war es schon damals zur Bildung besonderer parteipolitischer Organisationen auf sozial-demokratischer Grundlage gekommen, so im Königreich Sachsen; aber seit dem Beginn der Reaktion waren diese Bestrebungen gewaltsam unterdrückt worden. Erst seit unter der neuen Ära der freien Meinungsäußerung wieder freierer Spielraum gelassen wurde, regten sie sich von neuem. Die Arbeiter begannen die Wichtigkeit der politischen Fragen für ihre wirtschaftliche und soziale Stellung zu begreifen; sie schlossen sich anfangs meist den bürgerlichen Parteien, namentlich den Demokraten an; sie begehrten auch Eintritt in den Nationalverein, wurden aber von diesem abgewiesen mit der eigentümlichen Begründung, daß sie seine geborenen Ehrenmitglieder seien. Die meist unter Leitung bürgerlicher Elemente stehenden Arbeiterbildungsvereine hielten sich der Poltiik noch fern. Erst mit der Gründung des allgemeinen deutschen Arbeitervereins in Leipzig im Jahre 1863, dessen Programm Ferdinand Lassalle formuliert hatte, setzte eine neue Richtung ein.

Lassalle war bereits während der Revolution mit seiner feurigen Beredsamkeit und seiner unermüdlichen Agitationskraft für die demokratischen Forderungen eingetreten und hatte während der Reaktionszeit manche Verfolgungen zu erdulden gehabt. Er war ganz erfüllt von dem Gedanken, daß die Demokratie der Zukunft vom Arbeiterstande getragen werden müsse. Im Gegensatz zu Karl Marx hielt er es nicht für richtig, von der unaufhaltsamen Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse alles Heil zu erwarten; er glaubte nicht, daß man die Arbeiter so lange mit bloßen Hoffnungen vertrösten könne, bis durch die Konzentration des Kapitals in wenigen Händen und die Verelendung der Massen die „Ex-

propriation der Expropriateure" wie von selbst bewerkstelligt werde, und dann zugleich mit der sozialistischen Wirtschaftsordnung auch die politische Herrschaft der Massen ins Leben treten könne. Er wollte den bestehenden Staat erobern und für die Arbeiterklasse dienstbar machen. Seinem realpolitischen Sinne widersprach es, eine so wohl fundierte Machtorganisation unbeachtet zu lassen in der Hoffnung, daß sie allmählich von selbst einschrumpfen und vergehen werde, anstatt sich ihrer zu bemächtigen und sie zum eigenen Vorteil zu gebrauchen. Das Mittel dazu sollte die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts sein; es sollte der zahlreichsten Klasse, dem wahren Volke, die politische Herrschaft sichern; erst wenn dies erreicht sei, könne der Staat die Leitung der Produktion übernehmen und zunächst durch Gewährung von Staatskredit an die Arbeiterorganisationen in den großen Auflösungsprozeß des Kapitalismus energisch fördernd eingreifen. Als den grimmigsten Feind der Arbeiter sah er aber den Liberalismus an; dieser wolle den politischen Einfluß gerade den Besitzenden, der Kapitalistenklasse, sichern, und habe keinen Sinn für die Bedürfnisse und Forderungen des Proletariats. Ihn gelte es zunächst aus seiner herrschenden Stellung zu verdrängen.

Indem Lassalle den agitatorischen Feldzug gegen den Liberalismus eröffnete, kam ihm der Gedanke, über die Köpfe seiner Feinde hinweg dem preußischen Minister die Hand zu reichen, der ja auch die Fortschrittspartei als seinen unversöhnlichen Gegner betrachtete. Bismarck wies die Anknüpfungsversuche Lassalles nicht von der Hand. Gewiß rechnete er auch hier ganz kühl nach der Lage der Machtverhältnisse; er habe nie ein politisches Bündnis mit Lassalle geschlossen, hat er später gesagt, sondern sich ihm gegenüber die Frage vorgelegt: „Was kannst du armer Teufel geben?" Denn Lassale hatte trotz seiner unglaublichen Arbeitskraft und seiner unablässigen Tätigkeit mit seiner Agitation nicht gleich den Erfolg, den er erhofft hatte, und die Zahl der Mitglieder seines Vereins blieb verhältnismäßig gering. Aber Bismarck fand sich durch Lassalles geistreiche und blendende Dialektik bestärkt in den Ansichten, die sich ihm selbst bereits aufgedrängt hatten; daß er nicht unberührt blieb von seinen Ratschlägen, zeigen schon seine Versuche, durch Bewilligungen aus der königlichen Privat-

schatulle Organisationen ins Leben zu rufen, die eine unverkennbare Ähnlichkeit mit den Produktivassoziationen Lassales zeigten. Ebenso leuchtete es ihm ein, daß die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts das beste Mittel zur Bekämpfung des Liberalismus sei. Er rechnete dabei auf ein agrarisch-kleinbürgerlich-konservatives, Lassalle auf ein proletarisch-demokratisches Ergebnis. Daß in manchen stark industriellen Bezirken die letztere Wahrscheinlichkeit größer sei, wird sich auch Bismarck nicht verhehlt haben; aber was schadete das, wenn die Zahl der proletarischen Vertreter nicht zu groß wurde, und wenn sie im Sinne der Politik Lassalles mit der Regierung zusammen arbeiteten zur Bekämpfung des Liberalismus?

Bismarck hat schon während der Konfliktszeit den Gedanken erwogen, das in Preußen bestehende Dreiklassenwahlrecht abzuschaffen und durch das allgemeine Wahlrecht zu ersetzen; er hat sogar dem französischen Botschafter gegenüber offen davon gesprochen. Wahrscheinlich ist er mit diesem Plane aber bei dem König selbst auf Widerstand gestoßen und hat ihn daher aufgeben müssen. Da die Mehrheit des Abgeordnetenhauses sich nicht selbst das Todesurteil gesprochen haben würde, so hätte ja diese Änderung nur durch eine Oktroyierung, durch einen offenen Verfassungsbruch bewirkt werden können. König Wilhelm trug aber schon schwer genug an den Vorwürfen, die ihm wegen des budgetlosen Regiments gemacht wurden, und würde sich zu diesem Staatsstreich wohl kaum entschlossen haben. Bismarck selbst hätte gewiß nicht davor zurückgescheut. Hat er doch Ende April dem französischen Botschafter einen noch viel kühneren und geradezu verblüffenden Plan entwickelt. Man werde, sagt er, zunächst das allgemeine Wahlrecht in Preußen einführen müssen; wenn dann der Bundestag die Berufung eines deutschen Parlaments ablehne, könne man jeden Deutschen für wählbar zum preußischen Landtag erklären und in diese Versammlung die außerhalb Preußens gewählten Abgeordneten aufnehmen, sobald diese von ihren Wählern ein Mandat dazu erhielten. Das wäre der offene Bund mit der Revolution gewesen, und Benedettis Zweifel, daß der König solchen Plänen jemals zustimmen werde, waren sehr

begründet. Aber sie zeigen uns, welche Möglichkeiten damals Bismarcks Geist bewegten.

Anders lag es aber für das neu zu begründende deutsche Parlament, weil hier kein Umsturz einer schon bestehenden Verfassung notwendig war. Es konnte nicht Bismarcks Absicht sein, hier ein Wahlrecht einzuführen, das er in Preußen gern wieder losgeworden wäre, oder ein ähnliches, von dem die gleichen Wirkungen für die Zusammensetzung des Parlaments zu erwarten gewesen wäre. Mußte ein deutsches Parlament geschaffen werden — und das hielt er für notwendig —, so erschien ihm das allgemeine gleiche Wahlrecht als das beste, weil es eine konservative oder wenigstens mit Hilfe der Arbeiterschaft eine antiliberale Mehrheit in Aussicht stellte, mit der sich besser regieren lassen würde, als mit dem preußischen Abgeordnetenhause. Und wer weiß, ob nicht auch Bismarck ähnliche Hintergedanken hatte wie einst Camphausen und Radowitz in Frankfurt und Erfurt, die im Interesse der Einheit später die Angleichung der einzelstaatlichen Wahlgesetze an das Reichswahlrecht fordern wollten?

Endlich erschien die Heranziehung der unteren Schichten Bismarck gewiß auch deshalb als wünschenswert, weil er bei ihnen ein nationales Empfinden voraussetzen durfte, das dem seinigen näher verwandt war als das der Liberalen. Er hielt ein gemeinsames inneres Staatsleben aller deutschen Stämme für weniger wichtig als die straffere Organisation der Machtmittel, die zur Behauptung der Stellung Deutschlands dem Ausland gegenüber dienen sollten; ja eine zu scharfe Zentralisation erschien ihm im Interesse Preußens selbst als unheilvoll, und bei der tatsächlichen Machtstellung der Dynastien und der legimistischen Gesinnung des eigenen Herrschers als undurchführbar. Er wollte ein Parlament, aber nur als innerhalb ganz bestimmter Grenzen mitwirkendes, den Egoismus der Einzelstaaten paralysierendes Element, nicht als die eigentlich richtunggebende Macht; es war ihm eine Hilfskraft der Einheit, deren wesentlichstes Stück ihm immer die Vereinigung des Heerbefehls, der Diplomatie und der Wirtschaftspolitik in einer kräftigen Hand blieb. Den Liberalen aber war die Gemeinsamkeit oder mindestens die Gleichförmigkeit des inneren Staatslebens und die Sicherung der individuellen

Freiheitsrechte ebenso wichtig wie die Einheit nach außen; und das deutsche Parlament sollte nach ihren Wünschen mindestens eine dem Kaisertum gleichberechtigte, das gesamte deutsche Volksleben umspannende und leitende Macht sein. Bismarck glaubte, daß für die Masse des Volkes ebenfalls die Eintracht nach außen und ihre Darstellung in einer kräftigen monarchischen Gewalt die Hauptsache sei, während ihr die Machtstellung des Parlaments zunächst noch gleichgültig und die Erhaltung der gewohnten inneren Verhältnisse in den Einzelstaaten willkommen und natürlich sei. Darum konnte er hoffen, bei ihnen einen Rückhalt gegen die unitarischen Bestrebungen der Liberalen zu finden.

So erscheint also die Proklamierung des allgemeinen Wahlrechts als ein Mittel, den Liberalismus zurückzudrängen und für die Entwicklung des neuen Bundes unschädlich zu machen, nicht als ein Versuch, die Liberalen zu gewinnen. Diese selbst waren durchaus nicht blind gegen die Gefahren, mit denen dieses Wahlsystem sie bedrohte. Sie hatten es 1849 aus taktischen Erwägungen annehmen müssen, um das Erbkaisertum und die ganze Verfassung durchzubringen. Aber selbst die Fortschrittspartei hatte es nicht gewagt, bei der Feststellung ihres Programms im Jahre 1861 das allgemeine Wahlrecht aufzunehmen, obwohl die Anhänger der demokratischen Ideen in ihren Reihen den Ton angaben, sondern hatten diese Frage offen lassen müssen, um nicht einen großen Teil der oberen Stände abzuschrecken. Indem Bismarck jetzt diesen Punkt scharf in den Vordergrund rückte, trug er neue Verwirrung in die Reihen der Liberalen und weckte von neuem die im Schoße der Fortschrittspartei schlummernden Gegensätze.

Bismarck wollte das allgemeine, gleiche Wahlrecht in erster Linie deshalb einführen, weil er darin die beste Garantie einer fruchtbaren Wirksamkeit der neuen Volksvertretung erblickte. Daß er sich über die Wirkungen dieses Wahlrechts vollständig getäuscht hat, liegt heute vor aller Augen; es war vielleicht der größte Irrtum seines Lebens. Aber wir dürfen nicht vergessen, daß für die damalige Zeit und namentlich für die preußischen Verhältnisse die Rechnung nicht so falsch war, wie sie uns heute erscheint, und daß sich die schnelle Entwicklung Deutschlands zum Industrie-

lande und das ungeheure Anwachsen der industriellen Arbeiterschaft ebensowenig voraussehen ließ, wie der Sieg der internationalen und dem Gegenwartsstaate unbedingt feindlichen Richtung gegenüber den von Lassalle vertretenen Ideen innerhalb der Arbeiterschaft. Die negative Wirkung, die Bismarck erwartete, die Schwächung der Liberalen, ist zwar nicht sofort, aber im Laufe der Zeit wirklich eingetreten; die positive, die Stärkung der konservativen Richtung, ist durch das ungeahnte Anwachsen der sozialdemokratischen und klerikalen Strömungen in den Massen der Bevölkerung vereitelt worden.

Bismarck hielt also damals das allgemeine Wahlrecht für das verhältnismäßig beste. Daß seine Einführung zugleich taktische Vorteile bot, konnte ihn natürlich nur in der Absicht bestärken, es vorzuschlagen. Und diese Vorteile waren noch viel mannigfaltiger, als es auf den ersten Blick erscheinen konnte. Es mußte Österreich zur unbedingten Ablehnung des preußischen Vorschlages zwingen und Verwirrung in die Reihen der Liberalen tragen. Es konnte aber auch die süddeutschen Regierungen, deren Kammern viel stärker von demokratischen Elementen beherrscht waren als die norddeutschen, in schwere Verlegenheit bringen, weil sie den Grundgedanken nicht ablehnen durften, ohne mit den eigenen Bevölkerungen in Schwierigkeiten zu geraten. Das meinte Bismarck, wenn er dem König sagte, die Einführung des allgemeinen Wahlrechts werde eine Flut heraufbeschwören, die alle übrigen Regierungen mit dem Untergang bedrohe; Preußen aber habe von ihr nichts zu fürchten und werde schließlich der feste Felsblock sein, an den die Übrigen sich klammern müßten, um sich zu retten. Es konnte vielleicht die Arbeiterschaft und die durch das eingeschränkte Wahlrecht benachteiligten Schichten, die bisher in der Öffentlichkeit wenig hervorgetreten waren, gewinnen. Es erschwerte es endlich auch dem Kaiser Napoleon, gegen das preußische Projekt Stellung zu nehmen, da ja seine eigene Herrschaft auf dem suffrage universel beruhte, und da er selbst und seine Regierung immer wieder verkündigt hatte, daß dies die einzige vernünftige Grundlage des modernen Staatslebens sei. Die gewundenen Äußerungen des französischen Ministeriums in seinen Kundgebungen nach dem Bekanntwerden des preußischen Antrags

zeigen deutlich die Verlegenheit, in die man dadurch in Paris geraten war.

Bismarcks Stellung in der Wahlrechtsfrage war über alle diese kleinen Rücksichten auf die Vorteile des Momentes hinweg bestimmt von seiner ganzen Schätzung der im Volk vorhandenen Kräfte und Impulse und stand im engsten Zusammenhang mit den Zielen seiner gesamten deutschen Politik. Dasselbe gilt aber auch von seinem Entschluß, die deutsche Frage jetzt überhaupt in den Vordergrund zu rücken.

Auch dabei sprachen sicherlich taktische Erwägungen mit, namentlich wieder der Wunsch, jede Nachgiebigkeit Österreichs unmöglich zu machen und Verwirrung in die Reihen der Gegner zu tragen. Aber auch hierfür war dies nicht das ausschlaggebende Motiv. Stand doch in Wahrheit hinter allen Streitigkeiten und Kämpfen, die seit 1848 zwischen Österreich und Preußen stattgefunden hatten, und auch hinter der schleswig-holsteinischen Frage von Anfang an die große Entscheidung, wer in Deutschland die Führung haben solle. Die Erkenntnis, daß es sich darum handeln werde, sobald es zum Kampfe komme, welches auch der besondere Anlaß zum Kriege sein möge, konnte aber der großen Masse der Bevölkerung leicht verdeckt werden durch die Einzelheiten der vorausgehenden Verhandlungen; es war daher eine wahrhaft staatsmännische Tat, daß Bismarck dafür sorgte, den eigentlichen Gegensatz rechtzeitig in den Blickpunkt der Nation zu rücken und ihn so scharf zu beleuchten, daß die Aufmerksamkeit nicht mehr von ihm abgelenkt werden konnte.

* * *

Aber kehren wir von diesem Blick in Bismarcks Gedankenwerkstatt zu der Schilderung der Begebenheiten zurück. Als Bismarck am 9. April die Berufung eines deutschen Parlaments beantragte, enthüllte er der Öffentlichkeit noch nichts von seinen weiteren Zielen und weigerte sich, seinen Verbündeten einen genaueren Reformplan vorzulegen. Was er wollte, wußte er natürlich damals schon und ließ Napoleon einige vertrauliche Andeutungen darüber zukommen. Drouyn de Lhuys hatte nichts

Eiligeres zu tun, als sie den deutschen Mittelstaaten zu verraten und dadurch deren Angst noch zu steigern. Immer dringender verlangten sie den ganzen Reformplan zu kennen, bevor sie ein Stück davon guthießen. Auf ihren dringenden Wunsch ließ Bismarck am 11. Mai in Frankfurt mündlich erklären: dem periodisch zu berufenden und auf Grund des Wahlgesetzes von 1849 zu wählenden Parlament solle die gleichberechtigte Mitwirkung bei der Bundesgesetzgebung zustehen; das Erfordernis der Stimmeneinheit für wichtige Beschlüsse müsse beseitigt und die Kompetenz des Bundes auf die gesamte Wirtschaftspolitik, die Vertretung im Auslande, das Heerwesen und die Marine ausgedehnt werden. Es verstand sich von selbst, obwohl es nicht ausdrücklich gesagt war, daß die Voraussetzung einer solchen Reform das Ausscheiden Österreichs aus dem Bunde sein würde. Österreich verlangte denn auch, daß man über den ganzen Antrag einfach zur Tagesordnung übergehe. Das wagten aber die meisten der übrigen Regierungen aus Rücksicht auf die Stimmung ihrer Volksvertretungen und aus Furcht vor Preußen nicht zu tun; man beschloß daher, daß alle Bevollmächtigten von ihren Regierungen neue Instruktionen einholen und dann die Beratungen fortsetzen sollten.

Inzwischen aber hatte sich die Krisis schon wesentlich verschärft. In Österreich hatte man von Bismarcks Verhandlungen mit Italien gerüchtweise gehört; aus dem Antrag auf Berufung eines deutschen Parlaments konnte man ebenfalls die feindliche Absicht unschwer erkennen. Möglich, daß sich bei Belcredi und einigen seiner Kollegen der heimliche Wunsch regte, durch einen Krieg, auf dessen siegreichen Ausgang sie hofften, die inneren Schwierigkeiten lösen und namentlich den widerspenstigen Ungarn ihren Willen diktieren zu können. Aber zu einem festen Entschluß in dieser Richtung fehlte ihnen die Kraft. Vielmehr bemächtigte sich der österreichischen Staatsmänner das Gefühl, daß ein überlegener Gegner sie auf allen Seiten umstelle und die Netze ausspanne, die er im günstigen Augenblick unvermutet über ihrem Kopf zusammenziehen werde. Das wollten sie um jeden Preis vermeiden; in der Angst, von den Ereignissen überrascht zu werden, wurden sie nervös und ließen sich zu unvorsichtigen

Maßregeln treiben, die von Bismarck sofort mit Meisterschaft gegen sie selbst benutzt wurden.

Die erste Unvorsichtigkeit war es, daß man bereits im März eine Verschiebung und Verstärkung der Truppen in Nordböhmen vornahm, obwohl von preußischen Rüstungen nichts zu bemerken war. Mochte die Vermehrung der in der Nähe der Grenze stehenden Kräfte auch nicht sehr erheblich sein und lediglich dem Zwecke dienen sollen, die Verteidigung bei einem plötzlichen Angriff zu erleichtern, so blieb sie doch eine Unvorsichtigkeit. Gerade um eines so geringen Nutzens willen durfte man dem Gegner nicht den Vorwand geben zu der Behauptung, Österreich habe mit den kriegerischen Maßregeln begonnen. Bismarck ließ sofort übertriebene Nachrichten über Österreichs Rüstungen in die Presse bringen und fragte bei den übrigen deutschen Staaten an, ob Preußen im Fall eines österreichischen Angriffs auf bundesmäßige Hilfe rechnen könne? Im Einverständnis mit Moltke brachte er den König, der sich lange sträubte, dazu, Pferdeankäufe und Vermehrung des Mannschaftsbestandes um etwa 11 000 Mann als Gegenmaßregel anzuordnen.

Wenn zwei streitende Teile zu rüsten anfangen, so steht der Krieg in der Regel schon unmittelbar vor der Tür, und Bismarck konnte glauben, daß nun alles so gehen werde, wie er es wünsche. Immer wieder stellte Moltke dem König vor, daß man, wenn man den Krieg wolle, ihn schnell führen müsse, und auch den Vorwurf, angegriffen zu haben, nicht scheuen dürfe; sonst drohe der Vorteil der schnelleren Mobilmachung, den Preußen wegen seiner besseren Organisation besitze, verloren zu gehen. Aber noch einmal gewann die Gegenpartei das Ohr des Königs; der russische Zar, die Königin von England, die bayrische Regierung mahnten zum Frieden und versicherten immer wieder, Österreich denke an keinen Angriff. Wilhelm wollte aber um keinen Preis als der Angreifer erscheinen und gab Bismarck den bestimmten Befehl, mit Österreich in Verhandlungen über gleichzeitige Abrüstung einzutreten. In Wien ging man darauf ein, und es wurde zu Bismarcks größtem Zorn eine Vereinbarung getroffen, wonach beide Staaten sich verpflichteten, alle bisher getroffenen Kriegsvorbereitungen in genau bestimmter Reihenfolge und zu

genau bestimmten Terminen gleichzeitig wieder rückgängig zu machen. Es war die schlimmste Zeit für Bismarck; sein ganzer Plan drohte doch noch zu scheitern; Zorn und Enttäuschung machten ihn zeitweise auch körperlich krank. Aber unausgesetzt spähte er nach Wien hinüber in der Hoffnung, daß irgendein Schritt der kaiserlichen Regierung ihm Gelegenheit bieten werde, den Konflikt zu verschärfen. Und wirklich begingen die Österreicher alsbald eine neue Unvorsichtigkeit.

Aus Italien kam die Nachricht nach Wien, daß man dort die Armee auf Kriegsfuß zu setzen beginne. Die Nachricht war in dieser Form nicht richtig. Italien hatte aus Sparsamkeitsgründen im letzten Jahre keine Rekruten eingestellt, dafür aber einen großen Teil der alten Jahrgänge bei den Fahnen behalten; dadurch blieb schon der tatsächliche Präsenzstand erheblich hinter der Sollstärke des Heeres im Frieden zurück; noch mehr mußte aber das Fehlen des letzten Jahrgangs im Fall einer Mobilmachung sich geltend machen. Als nun die Möglichkeit eines Krieges näherrückte, hielt es die italienische Regierung für ihre Pflicht, diejenigen Rekruten, die eigentlich schon zu Anfang des Jahres hätten eingestellt werden sollen, noch jetzt einzuberufen und die, ebenfalls aus Sparsamkeit, nur sechs bis acht Wochen ausgebildeten Mannschaften zu Übungen einzuziehen. Darin hätte keine Verstärkung der Armee über den Friedensstand hinaus gelegen, wenn man die zurückbehaltenen älteren Mannschaften gleichzeitig entlassen hätte. Das konnte man aber natürlich nicht, da die neu eingezogenen Rekruten noch gar nicht ausgebildet waren. Insofern lag auch jetzt eine wirklich kriegerische Maßregel nicht vor; dies wäre erst der Fall gewesen, wenn man nach völliger Ausbildung des neuen Jahrgangs die älteren Jahrgänge über den gewöhnlichen Stand hinaus bei der Fahne behalten hätte.

Die plötzliche Heranziehung einer größeren Anzahl junger Leute zu den Fahnen zu einem ungewöhnlichen Zeitpunkt mußte natürlich den Österreichern auffallen und Verdacht erregen. Wir wissen nicht, ob man sich in Wien damals die Mühe gegeben hat, den wahren Sachverhalt festzustellen oder ob man blindlings dem Gerücht glaubte, das von einer Mobilmachung des italienischen Heeres meldete. Jedenfalls war ein Angriff Italiens ohne preu-

ßische Unterstützung nicht ernstlich zu befürchten. Da nun eben in Berlin eine friedliche Wendung eingetreten war und Preußen dem Abrüstungsvorschlag zugestimmt hatte, hätte man in Wien unzweifelhaft klug daran getan, die Maßregeln Italiens, selbst wenn sie den Friedensstand der Armee um einen Jahrgang noch unausgebildeter Mannschaften vermehrten, unbeachtet zu lassen. Der französische Botschafter in Wien erhielt aus seinen Gesprächen mit dem Grafen Mensdorff den Eindruck, daß die leitenden Männer in Wirklichkeit gar keinen Angriff Italiens befürchteten, aber in den italienischen Vorbereitungen ein Zeichen dafür sahen, daß der Bund mit Preußen fertig sei, und daß man in Italien den Beginn des Krieges trotz aller friedlichen Zusicherungen aus Berlin als bevorstehend betrachte. Die Generäle drängten schon lange zur Mobilmachung und taten es jetzt von neuem; die Politiker gaben ihnen nach, nicht aus Furcht vor Italien, sondern aus Mißtrauen gegen Preußen. Der Kaiser scheint auch jetzt persönlich die Entscheidung gegeben zu haben. Am 21. April erging der Befehl zur Mobilisierung der Südarmee; diese Maßregel hat auch in Preußen erst den definitiven Anstoß zu neuen Rüstungen herbeigeführt.

Zweifellos war es König Wilhelm mit dem Erbieten zur Abrüstung völliger Ernst gewesen. Jetzt aber konnte Bismarck ihm sagen, Österreich verstoße durch die Mobilisierung eines großen Teiles seiner Armee gegen die getroffene Abmachung; Preußen dürfe sich nicht wehrlos machen in dem Augenblick, wo Österreich rüste und dadurch zeige, daß es den Frieden nicht ernstlich wolle. Moltke und Roon stellten dem König vor, daß es unverantwortlich sein würde, unter solchen Umständen die nötigen Vorsichtsmaßregeln noch länger hinauszuschieben. Auf eine Anfrage in Wien erfolgte von dort am 26. April die Antwort, daß man die früheren Abmachungen nur dann einhalten könne, wenn Preußen trotz der Mobilisierung der österreichischen Südarmee abrüste. Diese Antwort wurde von Bismarck benutzt, um dem König die Unehrlichkeit Österreichs zu beweisen. Preußen lehnte jedes Eingehen auf diesen Vorschlag ab; darauf wurde auch die Mobilisierung der österreichischen Nordarmee angeordnet. Die unmittel-

bare Folge war natürlich, daß sowohl Italien als Preußen ebenfalls ihre ganze Armee mobilisierten.

Der Umfang, den die Rüstungen Anfang Mai annahmen, ließ den Krieg bereits als unmittelbar bevorstehend erscheinen. Auch die übrigen deutschen Staaten begannen nun zu rüsten, um von den Ereignissen nicht überrascht zu werden, namentlich Sachsen; der Bundestag richtete auf Sachsens Bitte um Schutz gegen einen zu befürchtenden Angriff an Preußen die Frage, ob es den Bundesfrieden unter allen Umständen wahren wolle; die Liberalen erhoben überall ihre Stimme gegen den bevorstehenden Bruderkrieg; die Katholiken ganz Deutschlands gaben ihrer Sympathie mit Österreich lebhaften Ausdruck; Erzbischof Melchers von Köln richtete einen offenen Brief an König Wilhelm, worin er ihn beschwor, sein Seelenheil und das Leben seiner Untertanen nicht aufs Spiel zu setzen; sogar bei der Einziehung der Landwehr kam es im Rheinland und Westfalen an einzelnen Stellen zu Widersetzlichkeiten und Tumulten. Es lag eine schwüle und bedrückte Stimmung über ganz Deutschland, wie sie etwa in Freiligraths westfälischem Sommerlied zum Ausdruck kommt. Dort rauscht das Korn dem Wanderer zu, daß in diesem Jahre der Bauer, der es gesät, es nicht werde ernten können.

„Hinaus durch meiner Ähren Rauch,
Hinaus in Reih und Rotten,
Die Faust geballt, die Trän im Aug'
Zog er von Kamp und Kotten;
Die Trommel rief ihn und das Horn;
Er soll des deutschen Bruders Korn
Im Bruderkrieg zerstampfen."

Ein Abgeordnetentag in Frankfurt, an dem allerdings nur 18 Preußen teilnahmen, verdammte den bevorstehenden Kampf als einen nur dynastischen Zwecken dienenden Kabinettskrieg. „Er ist einer zivilisierten Nation unwürdig, gefährdet alle Güter, welche wir in 50 Jahren des Friedens errungen haben und nährt die Gelüste des Auslandes. Fürsten und Minister, welche diesen unnatürlichen Krieg verschulden, ... machen sich eines schweren Verbrechens an der Nation schuldig." Mehrere Stadtverordnetenversammlungen preußischer Städte richteten Adressen an den

König mit der Bitte um Erhaltung des Friedens und Entlassung Bismarcks. Auch der Nationalverein verurteilte diesen Krieg, und beim preußischen Abgeordnetenhause war auf einen so scharfen Widerspruch zu rechnen, daß der König sich auf Bismarcks Rat am 9. Mai zu seiner Auflösung entschloß, bevor es wieder zusammengetreten war.

Alles dies blieb auf den König nicht ohne Eindruck, und so hielt es Bismarck nicht für geraten, einen letzten Vermittlungsversuch zurückzuweisen, der von einem Privatmann ausging. Anton von der Gablenz, ein Bruder des österreichischen Statthalters in Holstein, erschien Anfang Mai bei Bismarck, nachdem er schon vorher in Wien Fühlung genommen hatte, und schlug ihm vor, er möge sich damit einverstanden erklären, daß Schleswig-Holstein ein selbständiger Staat unter einem preußischen Prinzen werde, Preußen den Kieler Hafen und das Besatzungsrecht in Rendsburg, Österreich eine Geldentschädigung erhalte, und die Reform des deutschen Bundes sich zunächst auf eine gründliche Umgestaltung der Heeresverfassung beschränke, dergestalt, daß Preußen den Oberbefehl in Norddeutschland, Österreich in Süddeutschland führe. Da Bismarck sich entgegenkommend äußerte, eilte Gablenz wieder nach Wien und trug dem Kaiser seinen Plan vor; dieser erklärte eine genauere Formulierung des Vorschlags für nötig. Mitte Mai war Gablenz zum zweitenmal bei Bismarck. Dieser fügte noch einige kleinere Forderungen hinzu und schlug vor, es solle, sobald man einig geworden sei, sofort ein Kongreß aller deutschen Fürsten nach Weimar berufen werden; unter dem Druck der Kriegsgefahr, namentlich wenn beide Großmächte noch ihre Heere unter den Waffen hätten, werde niemand Widerspruch wagen. Ob auch davon die Rede war, daß im Falle einer französischen Einmischung die mobilisierten deutschen Truppen sofort gegen Napoleon Verwendung finden könnten, muß dahingestellt bleiben. Er hielt es offenbar für klug, darauf einzugehen, damit man ihm nicht vorwerfen könne, er habe irgend etwas unterlassen, was zur Verständigung beitragen könne; aber er hoffte wohl von Anfang an, daß Österreich den Plan schließlich doch zurückweisen werde. Gablenz reiste von neuem nach Wien; hier scheint Kaiser Franz Josef wirklich einen Augenblick geschwankt zu haben; aber

ein Eingehen auf diese Vorschläge hätte zweifellos eine neue Niederlage bedeutet und die Anhänger Österreichs in Deutschland zurückgestoßen; die österreichische Regierung war den Mittelstaaten gegenüber schon zu weit gegangen, um noch zurück zu können; um sich ihre Hilfe zu sichern, hatte sie ihnen versprochen, die Entscheidung der Schleswig-Holsteinischen Frage dem Bundestag zu überlassen. So wurde dem Vermittler schließlich erwidert, es sei zu spät für eine solche Unterhandlung.

Auch in Wien zweifelte man jetzt nicht mehr daran, daß der Krieg unvermeidlich geworden sei; einen von Napoleon im Einverständnis mit Rußland und England gemachten Kongreßvorvorschlag lehnte man ab, obwohl Preußen sich günstig darüber geäußert hatte. Man beeilte sich vielmehr, eine möglichst vorteilhafte Position zu gewinnen. Es galt, sich jetzt endgültig die Hilfe der deutschen Mittelstaaten zu sichern; und vielleicht war es doch noch möglich, Italien von Preußen zu trennen und den Kaiser Napoleon zu einer wohlwollenden Haltung zu bestimmen.

Diesem Zweck diente die Abtretung Venetiens an Frankreich, die zuerst im April nur unter der Voraussetzung, daß Österreich vorher vorher Schlesien erobert habe, im Mai aber bedingungslos in Paris angeboten wurde. Es war ein schwerer Entschluß für Kaiser Franz Josef, den er nur in der Hoffnung auf große Vorteile fassen konnte. Die Gegenleistung sollte natürlich eine Zusage Napoleons sein, daß er für die Neutralität Italiens sorgen werde. Dieser aber machte zunächst den vergeblichen Versuch, durch unbestimmte Anspielungen auf vorteilhafte Angebote aus Wien von Preußen die feste Zusage der Überlassung rheinischer Gebiete an Frankreich zu erlangen. Erst als dies mißlungen war, teilte er den österreichischen Vorschlag Italien mit und fragte, ob man in Florenz geneigt sei, durch offenen Bruch des Vertrages vom 8. April Venetien zu erkaufen. Aber die italienische Regierung hatte Rücksicht zu nehmen auf die Volksstimmung im eigenen Lande und argwöhnte außerdem, daß Napoleon an die Zession Venetiens vielleicht neue Bedingungen zugunsten des Papstes knüpfen könne; sie wollte das heiß begehrte Grenzland lieber selbst mit den Waffen erobern, als es sich von dem Beschützer an der Seine schenken lassen, dessen Vormundschaft doch manchmal

recht lästig war. Sie lehnte also diese Zumutung ab. Napoleon war damit nicht unzufrieden; denn vielleicht hätte durch das Abspringen Italiens der Krieg, den er wünschte, doch noch verhindert werden können, falls Preußen dann durch Nachgiebigkeit den Frieden erkauft hätte.

Man hätte nun denken sollen, daß Österreich nach der Ablehnung seines Angebots auf weitere Versuche in dieser Richtung verzichten werde. Aber dies geschah nicht. Trotz der Weigerung Italiens gingen die Verhandlungen zwischen Wien und Paris weiter und führten am 12. Juni zum Abschluß eines förmlichen Vertrags; Napoleon versprach darin nach dem Zeugnis Ollivier's, wenn ein Krieg in Deutschland ausbreche, selbst volle Neutralität zu bewahren und alle Anstrengungen zu machen, um Italien zu der gleichen Haltung zu bestimmen. Dafür versprach Österreich im Fall eines Sieges Venetien im Augenblick des Friedensschlusses an Frankreich abzutreten und territoriale Veränderungen in Deutschland nicht ohne vorherige Verständigung mit Frankreich vorzunehmen. Mündlich erläuterte man in Wien, die letztere Bestimmung dahin, daß man an eine Vergrößerung Sachsens, Württembergs und Bayerns und die Schaffung eines selbstständigen Staates am linken Rheinufer denke. In einer Zusatznote erklärte Napoleon, daß er Venetien nur unter der Bedingung an Italien weitergeben werde, daß man dort die Unverletzlichkeit des gegenwärtigen päpstlichen Gebietes anerkenne, auf weitere Ansprüche gegenüber Österreich verzichte, eine Geldentschädigung zahle, einen angemessenen Teil der österreichischen Staatsschuld übernehme und Venedig nicht zum Kriegshafen ausbaue. Ferner versprach er, nicht eingreifen zu wollen, wenn etwa eine spontane Erhebung der Bevölkerung einzelner Gebiete die Einheit Italiens wieder auflösen sollte, und — wiederum im Falle eines österreichischen Sieges — allen Gebietsveränderungen in Deutschland zuzustimmen, die nicht geeignet seien, das europäische Gleichgewicht durch die Herstellung einer Deutschen Einheit unter Österreichs Hegemonie zu stören. Auch einer Entschädigung der aus Italien vertriebenen österreichischen Nebenlinien außerhalb der apenninischen Halbinsel, d. h. also in Deutschland, wollte er sich nicht widersetzen.

Es ist schwer zu begreifen, daß sich der Kaiser Franz Josef zu einem Abkommen dieser Art hat verstehen können, das ihn zur Opferung einer bisher zäh festgehaltenen Provinz ohne jede erhebliche Gegenleistung verpflichtete, ja das ihn nötigte, seine Truppen in den Kampf ziehen und ihr Blut vergießen zu lassen für die Behauptung eines Landes, das im Geheimen schon dem Gegner überlassen war. Wenn sein Stolz ihn hinderte, mit Italien direkt über die Abtretung und etwaige Gegenleistungen zu verhandeln, warum bedang er sich nicht wenigstens von Napoleon greifbare Vorteile dafür aus? Sollte Napoleon vielleicht doch wenigstens mündlich in Aussicht gestellt haben, er werde ein ernstliches Vorgehen der Italiener auf jeden Fall verhindern?

Jedenfalls scheint der französische Kaiser seinen Einfluß auf die italienische Regierung überschätzt zu heben. Die von ihm übernommene Aufgabe war überhaupt sehr schwierig, da er Italien nicht veranlassen durfte, das Bündnis mit Preußen zu brechen, bevor der Kampf in Deutschland wirklich ausgebrochen war; sonst hätte Preußen, seines Bundesgenossen beraubt, eine Verständigung mit Österreich suchen können. Sobald aber der unwiderrufliche Bruch erfolgt war, sollte er Italien von der versprochenen Teilnahme am Kriege zurückzuhalten suchen. Und während er mit Österreich auf Preußens Kosten einen Vertrag schloß, mußte er, um Bismarck nicht kopfscheu zu machen, fortwährend in Berlin seine wohlwollende Neutralität und seine Bereitwilligkeit, eine preußische Machtvergrößerung zuzulassen, betonen, ja, er ist, wie wir gleich sehen werden, bis zu einem Hilfsangebot unter bestimmten Bedingungen gegangen.

Man wird sich seine Politik kaum anders erklären können, als daß er den Ausbruch des deutschen Krieges wollte, und es für möglich hielt, durch Abmachungen mit beiden Gegnern Vorkehrung zu treffen, daß Frankreich, wer auch siege, einen Vorteil davontragen müsse, ohne selbst etwas zu wagen. Da er den Sieg Österreichs für weitaus wahrscheinlicher hielt, so glaubte er durch den Vertrag vom 12. Juni für diesen Fall völlig gesichert zu sein. Ob er nicht schließlich doch Österreich betrogen und bei einer völligen preußischen Niederlage gegen Abtretungen am linken Rheinufer seine Hand schützend über Preußen gebreitet haben

würde, um eine Alleinherrschaft der Habsburger über Deutschland zu verhindern, läßt sich nicht mit Bestimmtheit sagen, da die Dinge in Wirklichkeit ganz anders verliefen. Aber es ist durchaus nicht unwahrscheinlich.

Während Österreich noch über diesen Vertrag mit Frankreich verhandelte, warb es zugleich um die Hilfe der übrigen deutschen Staaten. Dem König von Hannover wurde ein Teil von Holstein für seine Hilfe angeboten, und auch in München wurden ernstliche Anstrengungen gemacht. Hier aber bestand man darauf, daß Bayern nur dann zur Hilfe verpflichtet sei, wenn Preußen das Bundesrecht offen verletze, während Österreich es anerkenne; daher müsse Kaiser Franz Josef vor allen Dingen den Bund in die ihm vorenthaltenen Rechte gegenüber Holstein wieder einsetzen und die Entscheidung der Erbfolgefrage dem Bundestag überlassen. Indem Graf Mensdorff darauf einging, gewann er zwar Bayern, bot aber Bismarck einen stichhaltigen Grund, ihn des Wortbruchs anzuklagen, da der Vertrag vom 16. Januar 1864 Österreich und Preußen verpflichtete, über das künftige Schicksal der Herzogtümer nur in gemeinsamem Einverständnis zu verfügen.

Am 1. Juni ließ Österreich in Frankfurt erklären, daß es dem Bundestag die Entscheidung über das künftige Schicksal der Herzogtümer anheimgebe. Man wußte in Wien, daß Preußen keine Einmischung des Bundes dulden wolle und fest entschlossen sei, sich in dieser Frage nicht majorisieren zu lassen. Daher lag in diesem Antrag eine Herausforderung; Bismarck konnte jetzt dem König klar beweisen, daß Österreich auf den Krieg hinarbeite. Er konstatierte, daß Österreich sich von den bestehenden Verträgen einseitig losgesagt habe, daß also auch der Gasteiner Vertrag nicht mehr bindend sei; er veröffentlichte jetzt das bisher geheim gehaltene Abkommen von 1864 und sagte in einem Rundschreiben an die preußischen Gesandtschaften, Österreich arbeite offenbar auf einen Bruch hin, um mit Hilfe eines Krieges aus seinen inneren Schwierigkeiten herauszukommen. Er knüpfte auch bereits Verbindungen mit den Führern der ungarischen Revolutionspartei an, die er im Notfall zu benutzen gedachte, und suchte Fühlung mit den oppositionellen Parteien der Mittelstaaten zu gewinnen. Hat er doch damals dem Führer der hannoverschen Liberalen,

Rudolf von Bennigsen, die Leitung der provisorischen Regierung angeboten, sobald der König vertrieben sei. Bennigsen lehnte das freilich ab, nicht nur aus Mißtrauen gegen Bismarck, sondern auch aus Rücksicht auf seine künftige Stellung zu seinen Landsleuten.

Schon bei jener Mitteilung an den Bundestag hatte Österreich angekündigt, daß es den holsteinischen Landtag berufen werde. Bismarck bestritt ihm das Recht dazu, weil die Berufung der Stände kein Verwaltungsakt, sondern die Ausübung eines Souveränitätsrechtes sei und daher nur von den beiden gemeinsamen Landesherren der Herzogtümer, Österreich und Preußen, zugleich verfügt werden könne. Als nun trotzdem der österreichische Statthalter den holsteinischen Landtag einberief, erklärte Bismarck, damit habe der Vertrag von Gastein auch faktisch aufgehört zu existieren; Preußens Rechte an Holstein träten nun wieder vollständig in Kraft; der preußische Statthalter von Schleswig, General von Manteuffel, erhielt den Befehl, mit seinen Truppen in Holstein einzurücken. Obwohl ein Angriff auf die österreichischen Truppen, die hier standen, nicht erfolgte, zog sich General von der Gablenz mit diesen über die Elbe zurück und räumte Holstein, wo Preußen jetzt die gesamte Verwaltung in die Hand nahm. Österreich beantragte daraufhin am 11. Juni, der Bundestag möge dieses Vorgehen Preußens für einen Bruch des Bundesfriedens erklären und die Mobilisierung aller Bundestruppen mit Ausnahme der preußischen zum Schutz der inneren Sicherheit Deutschlands und der bedrohten Rechte seiner Bundesglieder anordnen.

Dieser Antrag war ohne Zweifel nicht im Einklang mit dem Bundesrecht, das für den Fall einer Streitigkeit zwischen Bundesgliedern erst ein langwieriges Schiedsgerichtsverfahren vorschrieb, bevor die Bundesexekution angeordnet werden konnte. Außerdem war Holstein im Mitbesitz des Königs von Preußen; dieser hatte ausdrücklich erklärt, er bestreite den Truppen des Kaisers von Österreich als des anderen Mitbesitzers nicht das Recht, sich dort aufzuhaletn, werde sie auch nicht angreifen, sondern die eigenen Truppen in bisher unbelegten Ortschaften unterbringen. Indem Preußen die Verwaltungsteilung durch den Bruch des Gasteiner Vertrags als erloschen ansah und infolge-

dessen auch in Holstein wieder Regierungsakte ausübte, verletzte es offenbar die Rechte Österreichs nicht. Dies würde nur der Fall gewesen sein, wenn es diesem die Ausübung landesherrlicher Befugnisse verwehrt hätte. Erst als die österreichischen Truppen und Behörden das Land verließen, nahm General von Manteuffel die gesamte Zivilverwaltung in seine Hand. Bismarck ließ sofort bei den übrigen Bundesgliedern und in der Presse die Haltlosigkeit der gegnerischen Behauptung betonen; außerdem teilte er sämtlichen deutschen Staaten mit, daß Preußen jede Stimme, die für den bundeswidrigen österreichischen Antrag abgegeben werde, als Kriegserklärung betrachten müsse.

Bereits vorher, am 10. Juni, hatte Preußen sämtlichen Bundesregierungen seinen Plan zu einer neuen Gestaltung der Bundesverfassung vorgelegt, und sie gebeten, sich darüber schlüssig zu machen, ob sie auf Grund dieses Vorschlags einen neuen Bund mit Preußen zu schließen bereit seien, falls der alte durch die Ereignisse zerrissen werden sollte. Die Grundzüge dieses Entwurfs waren: Österreich und die niederländischen Gebietsteile scheiden aus dem Bunde aus. Neben den Bundestag tritt eine periodisch zu berufende und auf Grund des Gesetzes von 1849 zu wählende Nationalvertretung; eine Umgestaltung des Stimmenverhältnisses am Bundestag bleibt vorbehalten. Die Kompetenz des Bundes wird gemäß den Erklärungen vom 11. Mai auf Heerwesen, Marine und Wirtschaftspolitik, daneben aber auf die diplomatische Vertretung gegenüber dem Ausland ausgedehnt. Die Streitkräfte Norddeutschlands und die Marine treten unter den Oberbefehl Preußens, die Süddeutschlands unter das Kommando Bayerns; zwei getrennte Militärbudgets werden für beide Heere aufgestellt und vom Parlament genehmigt; die beiden Kassen werden durch Matrikularbeiträge der zugehörigen Staaten gespeist und von je einem Bundeskriegsrat verwaltet. Über das künftige Verhältnis zu Österreich bleiben weitere Abmachungen vorbehalten.

Dieser Plan entsprach durchaus Bismarcks bisherigen Anschauungen; das Maß der Einheit wurde auf das Notwendigste beschränkt, die Befugnisse des Parlaments, das ganz ohne Budgetrecht sein sollte, in enge Schranken eingeschlossen, für mili-

tärische Zwecke wurde innerhalb des Bundes ein engeres Verhältnis zwischen den norddeutschen Staaten auf der einen, den süddeutschen auf der anderen Seite in Aussicht genommen. Daß dieser Zustand von Dauer sein werde, wird Bismarck kaum geglaubt haben, da er das Widerstreben Württembergs und Badens gegen jede Unterordnung unter Bayern genau genug kannte.

Am 14. Juni fand die entscheidende Abstimmung statt; die Versammlung nahm nicht den österreichischen, sondern einen durch Streichung der Motive, Zurückstellung der Wahl eines Bundesfeldherrn und Beschränkung der Mobilmachung auf die Kontingente der mittleren und kleineren Staaten gemilderten bayrischen Antrag mit neun gegen sechs Stimmen an. Darauf erhob sich der preußische Vertreter und erklärte, durch diesen Beschluß sehe Preußen den Bundesvertrag als gebrochen an und erkläre den alten deutschen Bund hiermit für erloschen. Indessen betrachte der König damit die nationalen Grundlagen, auf denen er beruht habe, nicht als beseitigt, sondern fordere die übrigen deutschen Staaten auf, sich mit Preußen zu einem neuen Bunde auf der Grundlage des Reformprogramms vom 10. Juni zu vereinigen. Daß Österreich den Austritt Preußens für unzulässig erklärte, änderte natürlich an der vollzogenen Tatsache nichts. Der Krieg war erklärt, und die Waffen mußten nun entscheiden.

* * *

Bismarck hatte das Ziel erreicht, das er sich schon vor mehr als zehn Jahren in Frankfurt gesteckt und trotz aller durch die Umstände gebotenen Zögerungen und Umwege immer fest im Auge behalten hatte. Er wollte den Krieg mit Österreich nicht deshalb, weil er an sich kriegs- oder abenteuerlustig gewesen wäre, sondern weil er für die Sicherung der Unabhängigkeit Preußens und für eine befriedigende Lösung der deutschen Frage keine andere Möglichkeit sah. Kein Unbefangener wird leugnen können, daß Preußen der Angreifer war, insofern es die durch den Bundesvertrag rechtlich festgelegte Ordnung gegen den Willen des größten Teils der Bundesteilnehmer zu seinen Gunsten ändern wollte und sich zu diesem Zweck mit einer außerhalb des Bundes stehenden Macht zusammentat. Es war, wie Moltke gesagt hat,

ein vom preußischen Kabinett sorgfältig erwogener und vorbereiteter Krieg um ein hohes ideales Gut, um Machtstellung. Aber es war trotzdem ein Preußen aufgezwungener Krieg; denn ein mächtig heranwachsender, kraftstrotzender Organismus ist nun einmal durch das Interesse der Selbsterhaltung gezwungen, die ihn am Wachstum verhindernden und einengenden Fesseln zu zerreißen, sobald er kann. Man darf auch nicht vergessen, daß Österreich ebenfalls dem Geist der Bundesverfassung zuwiderhandelte, indem es der ihm eingeräumten Ehrenstellung seit Schwarzenbergs Zeit zu einer ihm rechtlich nicht zustehenden Hegemonie über Deutschland umzuwandeln strebte. Bismarck selbst hätte sich gewiß nicht gescheut, den Kampf offen als Angriffskrieg zu führen. Aber er hatte Rücksicht zu nehmen auf seinen König, der nur kämpfen wollte, wenn er angegriffen werde. Mit bewundernswerter Geschicklichkeit hat Bismarck Österreichs Unvorsichtigkeit und Hochmut benutzt, um die Schuld des Angriffs auf den Gegner zu wälzen und seinem Herrn die Überzeugung zu geben, daß er nur zur Abwehr unberechtigter Gewalt das Schwert ziehe.

Er kannte die Größe der Verantwortung wohl, die er damit auf sich nahm. Trotzdem hat er in seinem Entschluß nie geschwankt und sich weder durch die gewissenhafte Bedenklichkeit seines greisen Königs, noch durch die wütenden Angriffe der öffentlichen Meinung und der Kammern, noch durch die Intriguen seiner höfischen Gegner im geringsten beirren lassen. Mag die diplomatische Kunst bei der Behandlung der dänischen Frage größer gewesen sein; er selbst hat es ja gesagt und er konnte es gewiß am besten beurteilen; als historische Leistung, als staatsmännische Tat ist die Vorbereitung und Entfesselung des deutschen Krieges die bei weitem größere. Wäre sein Plan in der schleswig-holsteinischen Frage mißlungen, so hätte Preußen eine kleine Schlappe erlitten, von der es sich erholt haben würde, wie es sich von Olmütz erholt hat. Wäre Preußen 1866 besiegt worden, so hätte seine Existenz in Frage gestanden, und Deutschlands Zukunft wäre eine andere geworden.

Bismarck wagte diesen Kampf unter den schwierigsten und gefährlichsten Umständen. Auf seinen König konnte er zwar zählen, nachdem der Entschluß zum Kriege einmal gefaßt war, und auf

das preußische Heer und seine Führer auch. Aber das ganze übrige Deutschland hatte er gegen sich; Italien durfte er keine großen Leistungen zutrauen; man mußte sich immer fragen, ob es nicht doch schließlich abfallen werde, wenn es Venetien auf anderem Wege erhalte und Napoleon einen Druck ausübe. Der Zar war verstimmt durch die Proklamation des demokratischen allgemeinen Wahlrechts und konnte seine Schwäger von Württemberg und Darmstadt nicht ganz im Stich lassen. Aber das Gefährlichste war doch die Haltung Napoleons.

Bismarck wußte, daß der Kaiser auf deutsche Gebietsteile spekuliere, auf das Trinkgeld, wie er spottend sagte, das er für seine guten Dienste zu nehmen pflege. Bismarck wußte, daß Preußen im Fall einer Niederlage nur um diesen Preis Napoleons Hilfe werde haben können und wagte es, ihn diesen Ausgang hoffen zu lassen. Er wußte, daß im Fall eines preußischen Sieges der französische Kaiser durch sein Dazwischentreten alle Erfolge in Frage stellen könne. Er hat ihm keinen Augenblick getraut, hat die Gefahr in ihrer ganzen Größe gesehen und doch nicht geschwankt. Nach seinen späteren Angaben, die man kaum bezweifeln kann, ist ihm kurz vor Ausbruch des Kampfes durch eine Persönlichkeit aus der Umgebung des Prinzen Napoleon, freilich ohne daß die Zustimmung des Kaisers ausdrücklich erwähnt war, die Hilfe Frankreichs mit 300 000 Mann und die Zustimmung zu einer Vergrößerung Preußens um 8 Millionen Einwohner angeboten worden, wenn er das linke Rheinufer bis Koblenz mit Ausschluß der Festungen Koblenz und Mainz an Napoleon abtreten wolle. Er hat darauf erwidert, daß er derartige Zugeständnisse beim König nicht befürworten könne und hat seinem Herrn offenbar gar nichts davon mitgeteilt. Denn er mußte den König, der nur kämpfen wollte, wenn Frankreichs Neutralität sicher sei, über die Bedenklichkeit der französischen Absichten beruhigen, damit er nicht unsicher werde; er mußte ihn zum Einbiegen auf den schmalen Weg bringen, der dicht am stillen Abhang entlang zur Höhe führte, indem er ihm fortwährend versicherte, er sei nicht so gefährlich, wie er scheine, während der Mann, auf dessen Hilfe er dabei rechnete, Graf Goltz, dem König immer wieder Warnungen zurief. Erst als es kein Zurück mehr gab, konnte er aufatmen.

Auch dem Kaiser Napoleon selbst gegenüber nahm Bismarck die Miene an, als habe er das vollste Vertrauen zu ihm; er sah über alle bedenklichen privaten und öffentlichen Äußerungen aus Paris scheinbar hinweg. Er teilte ihm seinen Bundesreformplan im voraus mit und fügte hinzu, daß Preußen keinen größeren Einfluß in Süddeutschland erstrebe, als ihm die alte Bundesakte gewährt habe. Des Kaisers unverbindliche Bemerkung, daß er in diesem Plan nichts sehe, was den französischen Interessen widerstreite, schien er als eine genügende Garantie für eine wohlwollende Haltung Frankreichs anzusehen und hat sie sicherlich auch seinem Herrn als solche hingestellt. Das Rheinland wurde ganz von Truppen entblößt, die Wahrnehmung der preußischen Interessen in den süddeutschen Ländern den französischen Vertretern übertragen. Der Kaiser sollte darin ein Zeichen sehen, daß Preußen bereit sei, im gegebenen Augenblick seine Wünsche zu erfüllen; er sollte sich sagen, wenn Preußen das nicht tun wollte, so müßte es mich als Feind betrachten und könnte mir nicht so arglos die ungeschützte Flanke bieten. So glaubte Napoleon, er habe nicht nötig zu rüsten, da er seine Ziele, wie das immer sein Herzenswunsch war, ohne kriegerisches Eingreifen zu erreichen hoffen durfte.

Vergegenwärtigt man sich den ganzen Ernst der Lage, so fühlt man sich versucht zu fragen, ob Bismarck nicht doch, wie seine Gegner so oft gesagt haben, nur ein waghalsiger Spieler war, der Glück gehabt hat, ob es nicht unverantwortlicher Leichtsinn war, alles auf eine Karte zu setzen. Und doch muß man darauf mit Nein antworten. Es war hier so wenig der Fall wie 1864, als er am Londoner Vertrag und der Personalunion festhielt in der sicheren Erwartung, daß Dänemark selbst diese Lösung vereiteln werde. Damals wie jetzt kannte er die Leute, mit denen er zu tun hatte; er rechnete mit Napoleons Unentschlossenheit, vielleicht auch mit dem Umstand, daß seine Armee durch das mexikanische Abenteuer geschwächt war, und er rechnete richtig. Vor allen Dingen aber verließ er sich auf die militärische Kraft des preußischen Staates, auf die Trefflichkeit der Führer wie der Mannschaften, auf ihre unbedingte Überlegenheit über die Feinde, mit denen sie es zu tun haben würden. Wäre dieser Faktor seiner Rechnung

falsch gewesen, dann allerdings wäre seine ganze Politik eine Kette von leichtsinnigen Abenteuern gewesen; aber auch er war richtig, und es war die Voraussetzung aller Erfolge Bismarcks, daß er dies wußte und glaubte.

Schließlich aber hatte er im Hintergrunde noch eine Hilfskraft, auf die er sich stützen konnte, wenn Frankreich eingreifen wollte: das deutsche Nationalgefühl. Er rechnete nicht in erster Linie auf die liberal gefärbte und vom Streben nach innerer Einheit getragene Stimmung der oberen Schichten, auf den Nationalverein und die Parlamente, obgleich er im Notfall auch sie zu gewinnen hoffte. Wohl aber zählte er darauf, daß im Fall eines französischen Angriffs der elementare Trieb die Massen ergreifen und aufrütteln werde, den deutschen Boden zu verteidigen um jeden Preis, wie einst in der Zeit der Freiheitskriege, und er hätte sich dann nicht gescheut, die Bevölkerung der süddeutschen Staaten zum Abfall von ihren Fürsten aufzurufen, wenn diese nicht hätten mitgehen wollen, wie es Stein und Arndt getan hatten. Das war die letzte und höchste Karte in seinem Spiel; wer weiß, ob er es gewagt haben würde, wenn er sie nicht in der Hand gehabt hätte. Gern würde er gewiß nicht zu diesem Mittel gegriffen haben, weil er nicht wissen konnte, wohin der Strom ihn treiben könne, wenn die Schleusen einmal geöffnet waren; aber das Bewußtsein, daß er es könne, und daß sich auch der schlaue, aber im Grunde ängstliche Machthaber an der Seine davor am meisten fürchte, ließ ihm das Wagnis möglich erscheinen, ohne Rücksicht auf Frankreich vorzugehen.

Dennoch war es ein Entschluß, der den höchsten Mut erforderte, ein Entschluß, den nur ein Staatsmann fassen konnte, der unerschütterlich an die Kraft und Zukunft seines Staates und Volkes glaubte.

Zweites Kapitel.

Der Krieg von 1866; Französische Vermittlung und Friedensschluß

Die kriegerischen Ereignisse des Feldzuges von 1866 auf den drei Kriegsschauplätzen in Böhmen, Westdeutschland und Italien können hier nur ganz kurz in großen Umrissen geschildert werden.

Zunächst erging an die norddeutschen Staaten, die in Frankfurt gegen Preußen gestimmt hatten, noch einmal die Aufforderung, ihre Truppen auf Friedensfuß zu setzen und den preußischen Reformplan anzunehmen; wenn binnen 24 Stunden die Annahme dieser Bedingungen erfolge, so sei Preußen bereit, ihnen die Erhaltung ihres vollen Besitzstandes zu gewährleisten; sonst werde ihre Zukunft vom Glück der Waffen abhängen. Eine Zeitlang zitterte Bismarck, weil es schien, als wolle der Kurfürst von Hessen im letzten Augenblick noch die preußischen Bedingungen annehmen; war ihm doch sogar eine Gebietserweiterung auf Kosten Darmstadts in Aussicht gestellt worden. Aber schließlich lehnte er ab; ebenso die übrigen Herrscher, obwohl sich in Hannover die Mehrheit des Landtags für Neutralität und Verständigung mit Preußen aussprach. Als die gestellte Frist abgelaufen war, erfolgte gleichzeitig das Einrücken der preußischen Truppen in Sachsen, Kurhessen und Hannover; die sächsische Armee zog sich nach Böhmen zurück und vereinigte sich mit den Österreichern. Der Kurfürst von Hessen versuchte keinen ernstlichen Widerstand; er wurde in Kassel gefangen genommen und nach Stettin abgeführt. In Hannover entschloß sich König Georg nach längerem Schwanken, mit seiner Armee nach Süden durchzubrechen, wurde aber von den Preußen bei Langensalza aufgehalten. Die Han-

noveraner hätten den Durchbruch nach Süden wohl erzwingen können, wenn eine einheitliche und energische Führung bei ihnen vorhanden gewesen wäre, und wenn sie über die Stellung der Gegner genaue Nachrichten gehabt hätten. Aber man zögerte und verhandelte nach dem ersten erfolgreichen Gefecht vom 27. Juni so lange, bis man von den Preußen auf allen Seiten umstellt war, so daß nun nichts anderes übrig blieb als zu kapitulieren (29. Juni). Der König durfte mit seiner Familie ins Ausland abreisen; die Offiziere mußten versprechen, an den weiteren Kämpfen nicht auf der feindlichen Seite teilzunehmen; die Truppen wurden entwaffnet und in ihre Heimat geschickt.

Nach der Niederwerfung der norddeutschen Gegner wandte sich die preußische Mainarmee unter dem General Vogel von Falckenstein gegen die süddeutschen Staaten, deren Truppen nominell Prinz Karl von Bayern befehligte. In Wahrheit bestand keine einheitliche Führung, da das die nichtbayrischen Kontingente umfassende 8. Bundeskorps unter dem Prinzen Alexander von Hessen ziemlich selbständig operierte. Trotz der dringenden Mahnungen Österreichs hatten diese Staaten sich geweigert, ihre Truppen nach Böhmen zu schicken, wo doch voraussichtlich die Hauptentscheidung fallen mußte. In der alten partikularistischen Kurzsichtigkeit der Kleinstaaten befangen, glaubten sie das eigene Gebiet nicht schutzlos lassen zu dürfen, und bedachten nicht, daß selbst vorübergehende Siege ihnen gar nichts helfen konnten, wenn Österreich dem gemeinsamen Feind unterlag. Ihre Heere waren den Preußen zwar an Zahl überlegen; da jedoch ihre Ausbildung aus Sparsamkeitsrücksichten arg vernachlässigt war, erwiesen sie sich nicht als stark genug, um dem Vordringen der Preußen erfolgreichen Widerstand zu leisten, zumal da die Eifersucht der Regierungen und Führer jedes einheitliche Handeln erschwerte. Anfang Juli besetzte General Falckenstein das Herzogtum Nassau und die freie Stadt Frankfurt; dann rückte das preußische Heer, seit dem 16. Juli von Edwin von Manteuffel geführt, in das bayrische Franken ein. Nach heftigen Kämpfen an der fränkischen Saale bei Kissingen und Aschaffenburg und später an der Tauber drang die Mainarmee bis nach Würzburg vor, während gleichzeitig ein inzwischen gebildetes Reservekorps unter dem Großherzog von

Mecklenburg von Thüringen aus nach Süden vorstieß und Nürnberg besetzte.

Im Gegensatz zu diesen Erfolgen der preußischen Waffen im westlichen Deutschland nahm der Krieg im Süden der Alpen von Anfang an einen für die Verbündeten ungünstigen Verlauf. Die Qualität ihrer Truppen und die Zwiespältigkeit ihrer Führer hinderten erfolgreiche Operationen der Italiener. Schon über den Angriffsplan konnte man nicht einig werden, da General La Marmora vom Mincio her, General Cialdini vom Po her Venetien bedrohen wollte; König Victor Emanuel, der sich selbst beim Heere aufhielt, besaß nicht das nötige militärische Verständnis, um die Leitung fest in der Hand behalten zu können. Schließlich teilte man das Heer und ließ die eine Hälfte vom Süden, die andere vom Westen her in Venetien einrücken. Der österreichische Führer, Erzherzog Albrecht, der selbst ein tüchtiger Feldherr war und von seinem Generalstabschef John aufs beste beraten wurde, ließ sich den dadurch gebotenen Vorteil nicht entgehen; er schob sich zwischen die beiden italienischen Heere und erfocht am 24. Juni bei Custoza einen glänzenden Sieg, der um so mehr Eindruck machte, als er die erste große Waffentat des ganzen Krieges war. Der italienische Angriff auf Venetien war damit abgeschlagen; erst als nach der Schlacht bei Königgrätz der größte Teil der österreichischen Truppen nach dem Norden abkommandiert wurde, konnten die Italiener den Po von neuem überschreiten. Aber auch jetzt erfochten sie keine namhaften Erfolge, zumal da ihre Kriegführung durch die Rücksicht auf Napoleon gehemmt wurde. Nur ganz langsam drangen sie in Venetien vor, während Garibaldis Freischaren Südtirol besetzten.

Die eigentliche Entscheidung mußte natürlich in Böhmen fallen. Oberfeldherr der Österreicher war General von Benedek, ein kühner Soldat, der manchen erfolgreichen Handstreich ausgeführt und sich dadurch starke Popularität erworben hatte; aber er war kein Feldherr. Er hatte selbst dem Kaiser, als dieser ihm den Oberbefehl anbot, gesagt, an der Spitze eines Armeekorps werde er leisten, was menschenmöglich sei, aber ein ganzes Heer zu führen, sei er außerstande. Erst als ihm der Kaiser erklärte, er habe keinen andern Feldherrn, willigte Benedek ein, das Kommando zu über-

nehmen. Bedeutend lieber hätte er die gegen Italien bestimmte Südarmee geführt, da er den dortigen Kriegsschauplatz von Jugend an kannte; aber es wurde ihm bedeutet, daß der zweite Oberfeldherr, Erzherzog Albrecht, als Mitglied des kaiserlichen Hauses im Interesse des Ansehens der Dynastie das Kommando an derjenigen Stelle führen müsse, wo mit größerer Wahrscheinlichkeit Siege zu erwarten seien. So mußte er sich schweren Herzens in soldatischem Gehorsam fügen.

Großes Vertrauen auf einen glücklichen Ausgang des Kampfes hatte er von Anfang an nicht. Außerdem kannte er weder den Kriegsschauplatz noch die Truppen, die er führen sollte; seine Bitte, daß er wenigstens seinen erprobten Generalstabschef, Generalmajor John, mit nach Böhmen nehmen dürfe, wurde ihm abgeschlagen, da er notwendig einen Berater brauche, der dort das Land und die Truppen kenne. So wurde ihm Baron von Henikstein zugeordnet, der selbst wenig Selbständigkeit besaß und sich ganz auf die Ratschläge des Generalmajors Krismanitsch stützte. Dieser war ein sehr gelehrter Offizier, der seine strategischen Grundsätze im wesentlichen aus der Kriegsgeschichte geschöpft hatte und die Meinung vertrat, daß man aus dem Verlauf des Siebenjährigen Krieges wesentliche Lehren für die Gegenwart ziehen könne. Er war überzeugt davon, daß Preußen mit seiner Mobilmachung längere Zeit vor Österreich fertig sein werde, und daß man daher den Einmarsch der Feinde in Böhmen doch nicht werde verhindern können. Daher hielt er es für notwendig, sich auf die Defensive zu beschränken und den eingedrungenen Feind in möglichst vorteilhafter Stellung zu erwarten, um ihn, wenn er diese anzugreifen versuche, mit blutigem Kopfe heimzuschicken. Sein Plan ging dahin, in der Nähe von Olmütz eine starke Verteidigungsstellung einzunehmen, da er vermutete, daß die Preußen von Schlesien her auf dem kürzesten Wege durch Mähren Wien zu erreichen suchen würden.

Auf preußischer Seite hatte Moltke einen Feldzugsplan entworfen, der ganz auf eine kühne Offensive gestellt war. Zum erstenmal trat er hier als Leiter der kriegerischen Operationen hervor, da ja im dänischen Kriege sein Plan nicht beachtet worden war. Den Oberbefehl über die gesamten Truppen führte der

König persönlich. Es wurden drei Heere aufgestellt: das erste unter General Herwarth von Bittenfeld bei Torgau, das zweite unter dem Prinzen Friedrich Karl bei Görlitz, das dritte unter dem Kronprinzen bei Neiße. Die erste Armee sollte an der Elbe entlang gegen Böhmen vorgehen, während Prinz Friedrich Karl über Reichenberg vorstoßen und sich bei Jitschin mit General Herwarth vereinigen sollte; die Armee des Kronprinzen endlich sollte von Reinerz her das Gebirge übersteigen und an einem weiter südwärts gelegenen Punkte mit den übrigen Heeren zusammentreffen. Dieser konzentrische Vormarsch von verschiedenen Seiten her in das feindliche Gebiet hinein war gewiß recht gefährlich; wenn der Gegner einigermaßen gerüstet und entschlußkräftig war, konnte er die einzelnen Heeresteile vor der Vereinigung mit überlegener Macht packen. Aber Moltke wählte ihn dennoch, weil sich so allein eine volle Ausnutzung der vorhandenen Eisenbahnlinien und damit ein schneller Angriff ermöglichen ließ.

Allmählich erkannte Benedek, daß der Feind nicht über Mähren nach Wien vordringen, sondern seine Truppen in Nordböhmen vereinigen wolle, und daß der Angriff nicht so früh erfolgen werde, als man erwartet hatte. Er erwog nun mit Krismanitsch, ob man nicht die Stellung bei Olmütz verlassen und nach Böhmen vorrücken solle, um die aus den Gebirgen allmählich hervorbrechenden Feinde wirksam anzugreifen. Aber man zögerte zu lange mit dem Abmarsch, weil die eigene Armee noch nicht vollzählig versammelt war. Die nicht sehr erheblichen Streitkräfte, die unter Clam-Gallas in Nordböhmen standen, hatten sich inzwischen mit den Sachsen vereinigt; denn König Johann hatte den in seiner Lage durchaus gebotenen Entschluß gefaßt, sein Land zu räumen und sein kleines Heer nach Böhmen zur Verstärkung der Österreicher abrücken zu lassen. Clam-Gallas hatte anfangs den Befehl gehabt, sich auf Josefstadt zurückzuziehen, um hier das Hauptheer zu erwarten. Im Zusammenhang mit der Änderung seines ganzen Feldzugsplans faßte aber Benedek den Entschluß, sich mit allen verfügbaren Streitkräften den beiden ersten preußischen Armeen entgegenzuwerfen, um sie zu schlagen, bevor der Kronprinz mit dem schlesischen Heere das Gebirge über-

stiegen habe. General von Gablenz sollte inzwischen den Vormarsch des Kronprinzen aufhalten. Er befahl daher dem Grafen Clam-Gallas, die Iserlinie zu halten; Kronprinz Albert von Sachsen und er sollten den Vormarsch des Prinzen Friedrich Karl so lange aufzuhalten suchen, bis das österreichische Hauptheer herangekommen sei, ohne sich aber mit ihrer weit schwächeren Truppenzahl in ein ernstliches Gefecht mit ihm einzulassen.

Dieser Plan scheiterte daran, daß die Hauptarmee zu langsam vorrückte, und daß Clam-Gallas es versäumte, die Iserlinie mit dem nötigen Nachdruck zu verteidigen. Er sah sich allerdings einer starken Übermacht gegenüber, da es den beiden ersten preußischen Armeen gelungen war, sich dem Plane Moltkes gemäß vor dem Zusammenstoß mit dem Feinde auf böhmischem Boden zu vereinigen. Bei Jitschin trafen sie am 29. Juni auf das vorgeschobene sächsisch-österreichische Heer, warfen es nach heißem Kampfe zurück und machten sich dadurch den Weg nach Süden frei. Inzwischen war aber auch die schlesische Armee der Flanke der Österreicher bereits so nahe gekommen, daß Benedek ihr sofort stärkere Abteilungen entgegenwerfen mußte.

Der Kronprinz hatte sein Heer in drei Kolonnen geteilt, die auf verschiedenen Wegen das Gebirge überschreiten sollten. Alle wurden beim Heraustreten aus den Pässen von österreichischen Truppen angegriffen und mußten in schweren Gefechten den Weg nach Böhmen hinein erkämpfen. Während im Süden General von Steinmetz bei Nachod Sieger blieb, wurde die nördlichste Kolonne unter Bonin bei Trautenau nach blutigem Kampfe von Gablenz geschlagen und über die Grenze zurückgeworfen. Erst die Siege, die am folgenden Tage Steinmetz bei Skalitz und die in der Mitte marschierende Garde über Gablenz zwischen Trautenau und Soor erfochten, sicherten der schlesischen Armee den Austritt aus dem Gebirge; sie vereitelten zugleich endgültig den Plan von Krismanitsch, das österreichische Hauptheer mit ganzer Kraft auf die Armee des Prinzen Friedrich Karl zu werfen. Einen Tag nachdem sein Vetter den Sieg bei Jitschin erfochten hatte, stand auch der Kronprinz mit allen seinen Truppen zwischen Skalitz und Königinhof auf böhmischem Boden und konnte Fühlung mit dem anderen Heere nehmen.

Gleichzeitig erschien König Wilhelm selbst, von Bismarck, Roon und Moltke begleitet, auf dem Kriegsschauplatz und nahm sein Hauptquartier erst in Reichenberg, dann in Jitschin. Moltke hatte bisher von Berlin aus die Heeresbewegungen telegraphisch geleitet. Noch auf der Reise befahl er dem Kronprinzen, seine Stellung zu behaupten, dem Prinzen Friedrich Karl aber, den südlichsten Punkt der österreichischen Aufstellung, Königgrätz, anzugreifen.

Benedek hatte alle verfügbaren Kräfte, auch die bei Jitschin geschlagenen Truppen, an sich gezogen und war zunächst, um sich der Umklammerung durch die beiden feindlichen Armeen zu entziehen, bis Königgrätz zurückgegangen. Er selbst und die Truppen waren tief entmutigt; der Rückzug glich stellenweise einer Flucht; der Feldherr pries es selbst als ein Glück, daß die Preußen nicht schärfer nachdrängten. Er fand in Königgrätz einen Abgesandten seines Herrschers, den Oberstleutnant von Beck, der sich persönlich vom Stand der Dinge überzeugen sollte. In dem Kriegsrat, der hier am 1. Juli gehalten wurde, herrschte die Meinung vor, daß es am besten sei, sich noch weiter bis Pardubitz oder gar bis Olmütz zurückzuziehen, um hier, nachdem die Armee ausgeruht und neu gefestigt sei, den nachrückenden Feind in fester Stellung zu erwarten und die Entscheidungsschlacht zu wagen. Auch Benedek schien zunächst dieser Ansicht zu sein. Wie niedergedrückt er war, zeigt das Telegramm, das auf seinen Befehl an den Kaiser geschickt wurde: „Bitte Eure Majestät dringend, um jeden Preis Frieden zu schließen. Katastrophe der Armee unvermeidlich." Nach wenigen Stunden lief folgende Antwort ein: „Einen Frieden zu schließen, unmöglich. Wenn Rückzug nötig, ist derselbe anzutreten. Hat eine Schlacht stattgefunden?"

Vielleicht erschien schon diese Frage dem Feldherrn als ein kaiserlicher Vorwurf, als eine Mahnung, lieber das Schlachtenglück zu wagen, als weiter rückwärts zu gehen; vielleicht sind ihm von Wien bald darauf noch bestimmtere Weisungen zugekommen, von denen wir bisher keine sichere Kunde haben; jedenfalls entschloß er sich am 2. Juli, den Rückzug nicht fortzusetzen, sondern bei Königgrätz stehen zu bleiben und hier in einer schnell vorbereiteten starken Verteidigungsstellung die Entscheidungs-

schlacht anzunehmen. Henikstein und Krismanitsch wurden auf den Bericht Becks vom Kaiser ihrer Posten enthoben, ebenso Graf Clam-Gallas; unmittelbar vor dem großen Kampfe mußten sie ihre Stellen niederlegen.

Moltke hatte die Absicht, die beiden noch durch mehrere Meilen getrennten preußischen Armeen nicht vor dem Angriff zu vereinigen, wie General von Blumenthal, der Generalstabschef des Kronprinzen, riet, sondern den Prinzen Friedrich Karl in der Front, den Kronprinzen von der Flanke her angreifen zu lassen, um so den Feind desto vernichtender zu schlagen und seine Rückzugslinie zu bedrohen. Da er aber anfangs glaubte, daß Benedek weiter südlich und dem kronprinzlichen Heere näher stehe, als es in der Tat der Fall war, so sollte zunächst nur Prinz Friedrich Karl in Aktion treten; die schlesische Armee aber sollte abwarten, bis sie Befehl zum Vorgehen erhalte. Erst am späten Abend des 2. Juli erfuhr der Prinz Genaueres von der wahren Aufstellung des Feindes und erkannte, daß dieser ihm fast unmittelbar gegenstehe; er traf sofort seine Dispositionen zum Angriff und benachrichtigte das Hauptquartier. Tief in der Nacht wurde ein neuer Plan von Moltke entworfen und vom König genehmigt; erst in der Morgenfrühe des 3. Juli gelangte der Befehl zum sofortigen Vormarsch mit seiner gesamten Macht in die Hände des Kronprinzen, dessen Weg zum Schlachtfelde nun viel weiter war, als man angenommen hatte.

Am Morgen des 3. Juli eröffnete Prinz Friedrich Karl von Sadowa und Nechanitz her den Kampf gegen die Hauptfront der feindlichen Stellung zwischen Problus und Chlum. Er mußte erst unter dem Feuer der ausgezeichneten österreichischen Artillerie das Flüßchen Bistritz überschreiten und dann gegen die stark verschanzten Höhen anstürmen. Am blutigsten war der Kampf um den Schlüssel der österreichischen Kampfposition, die Höhen von Chlum; immer wieder setzte der preußische Angriff ein, und immer wieder wurde er abgeschlagen. In der Front war die österreichische Stellung nicht zu nehmen; alles hing davon ab, ob der Kronprinz rechtzeitig von Nordwesten her werde eingreifen können, bevor die Armee Friedrich Karls erlahmt und völlig zurückgeschlagen sei.

Verhängnisvoll wurde es für die Österreicher, daß die Führer des rechten Flügels, denen die Deckung des Hauptheeres gegen den preußischen Kronprinzen oblag, sich verleiten ließen, in den Kampf gegen das Heer Friedrich Karls einzugreifen, um den von General Franseky besetzten Swipwald zurückzuerobern. Benedek sandte ihnen den Befehl, den Kampf abzubrechen, aber sie gehorchten nicht. Dagegen konnte sich der Oberfeldherr nicht entschließen, einen Teil seiner Reserven auf die entblößte rechte Flanke zu senden, weil er einen entscheidenden Offensivstoß gegen Sadowa plante und hierzu alle Reserven in der Hand behalten wollte.

Mittags gegen zwölf Uhr näherten sich die ersten Truppen des kronprinzlichen Heeres dem rechten Flügel der Österreicher. Vergebens zog nun Benedek alle Truppen aus dem Swipwalde zurück, um sie dem neuen Feinde entgegenzuwerfen; es wurde ihm zum Verhängnis, daß er sich noch immer nicht entschließen konnte, seine Reserven an diesen Punkt zu dirigieren. Die schon ermüdeten und durch den Frontwechsel in Unordnung geratenen Truppen des rechten Flügels vermochten dem Angriff nicht standzuhalten. Sie wurden zersprengt und nach heißem Kampfe wurde Chlum von dem preußischen Kronprinzen genommen; alle Versuche Benedeks, es zurückzuerobern, scheiterten. Damit war die Schlacht entschieden, zumal da auch auf dem linken Flügel die Sachsen von General Herwarth von Bittenfeld zurückgeworfen worden waren. Sobald das Feuer der österreichischen Batterien im Zentrum verstummte, stürmten auch die Truppen des Prinzen Friedrich Karl die Höhen hinan, während das gesamte österreichische Heer in voller Auflösung die einzige Rückzugsstraße nach Königgrätz zu gewinnen suchte. Die Niederlage war vollständig; sie hätte zur Vernichtung des ganzen österreichischen Heeres führen können, wenn man im preußischen Hauptquartier die Größe des errungenen Erfolges gleich hätte übersehen können. Aber man wußte hier nicht, in einem wie kläglichen Zustande sich das geschlagene Heer befand, und verzichtete mit Rücksicht auf die Ermüdung der eigenen Truppen auf eine energische Verfolgung des besiegten Gegners. Aber auch so bedeutete Königgrätz für den Kaiserstaat nicht nur eine verlorene Schlacht, nicht nur einen verlorenen Feld-

zug, sondern es bedeutete das Ende des alten, mit Deutschland eng verbundenen Österreich, des deutschen Österreich.

Die Ursachen des schnellen preußischen Sieges lagen zum großen Teil in der Überlegenheit der Führung; Moltke war ein militärisches Genie, während die obersten österreichischen Führer kaum das Durchschnittsmaß erreichten. Dazu kam aber die bessere Bewaffnung der Infanterie mit dem Zündnadelgewehr, das ein schnelles und sicheres Feuern ermöglichte, und die straffe Disziplin, die doch ein selbständiges Handeln im gegebenen Augenblick nicht ausschloß. Moltke legte stets den größten Wert darauf, den Führern der einzelnen Abteilungen ein Bild von seinen Gesamtdispositionen zu geben, damit sie beim Eintreten unvorhergesehener Zwischenfälle denjenigen Entschluß zu fassen vermöchten, der das Zusammenwirken aller Heeresteile am besten sicherte. Verblüffend wirkte besonders die Schnelligkeit der preußischen Operationen; wenn die Gegner noch überlegten, was die Preußen jetzt wohl tun würden, waren sie auch schon da. Mit rücksichtsloser Anspannung aller Kräfte drängte die preußische Heeresleitung der Entscheidung entgegen.

Auf österreichischer Seite hatte man eine bessere Artillerie und Kavallerie, aber die Infanterie war nur gewohnt, gegen weit unvollkommenere Schußwaffen zu kämpfen und daher die Entscheidung im Nahkampf mit dem Bajonett zu suchen; trotz aller todesverachtenden Tapferkeit zerschellte sie im Angriff an dem mörderischen Feuer der preußischen Zündnadelgewehre, dem sie noch nicht durch sorgfältige Benutzung des Geländes auszuweichen gelernt hatte. Die Befehlserteilung und -übermittlung ließ hier sehr viel zu wünschen übrig; die hergebrachte Lässigkeit wurde, wie es scheint, noch verstärkt durch die Abneigung der Führer aus den Kreisen des Hochadels gegen die Unterordnung unter den weniger vornehmen Oberfeldherrn. Überhaupt mangelte der verständnisvolle Kontakt zwischen Ober- und Unterführern. Benedek und Krismanitsch gaben immer nur kurze Anweisungen, ohne die Gründe für ihre Befehle den Unterführern mitzuteilen, so daß diese ratlos waren, wenn die Lage sich veränderte und die neuen Befehle sie nicht schnell genug erreichten. Dazu kam die Entmutigung nach den ersten Mißerfolgen, die nicht nur auf den

Oberfeldherrn selbst, sondern zweifellos auch auf die Truppen lähmend einwirkte.

Es war sicherlich äußerst ungerecht, wenn man in Wien nach dem niederschmetternden Ausgang des Feldzugs alle Schuld auf den unglücklichen Benedek wälzte. Wir wissen nicht sicher, ob man von Wien aus durch direkte Befehle hinter dem Rücken des Oberfeldherrn verwirrend eingegriffen hat, obwohl der Kaiser versprochen hatte, dies nicht zu tun. Aber selbst wenn dies nicht geschehen sein sollte, würde die Verantwortung für die Niederlage mindestens ebenso stark den Generalstabschef Krismanitsch und die Mängel des österreichischen Heerwesens treffen. Ganz ohne Beispiel war jedenfalls die Behandlung, die man dem geschlagenen Heerführer von Wien aus zuteil werden ließ. Erst nahm ihm Erzherzog Albrecht das Ehrenwort ab, über die Vorgänge während des Feldzuges zu schweigen; dann wurde in einem offiziösen Zeitungsartikel die ganze Schuld seiner Führung aufgebürdet, das gerichtliche Verfahren aber, in dem er sich zu rechtfertigen hoffen konnte, auf Befehl des Kaisers niedergeschlagen; endlich wurde ihm trotz seiner flehentlichen Bitten eine Audienz bei seinem obersten Kriegsherrn selbst versagt und damit die letzte Möglichkeit genommen, wenigstens dem Kaiser gegenüber auszusprechen, was er zu seiner Entschuldigung zu sagen hatte. Man begreift es daher nur zu gut, daß dieser treue und tapfere Soldat, der ganz und gar in seinem Beruf gelebt hatte, sich in tiefer Erbitterung in die Einsamkeit zurückzog; sein Ehrenwort hat er gehalten und alle Dokumente vernichtet, die aus jenen verhängnisvollen Tagen in seiner Hand geblieben waren; aber die Uniform, die er so lange mit Stolz und Ehren getragen hatte, legte er nicht mehr an und verbat sich ein Begräbnis mit militärischen Ehren.

* * *

Die schnellen Erfolge der preußischen Waffen — der ganze Feldzug hatte nur wenige Tage gedauert — und namentlich der glänzende Sieg von Königgrätz machte in ganz Europa ungeheuren Eindruck. Besonders schwer fühlte sich Napoleon beunruhigt, dessen ganze Pläne ja auf die Voraussetzung beruht hatten, daß die Kräfte der Gegner einander ungefähr gleich seien,

und daß der Kampf daher lange dauern würde. Eher hatte er auf einen schließlichen Sieg der Österreicher als der Preußen gerechnet. Wider alles Erwarten bestand jetzt plötzlich die Gefahr, daß Preußen Österreich völlig niederwerfe und die übrigen deutschen Staaten in irgendeiner Form zur Unterordnung zwinge; dadurch würde Frankreich allen Einfluß auf Deutschland eingebüßt haben, ohne daß Napoleon seinem Volke eine Gebietserweiterung oder irgendeinen anderen Ersatz dafür hätte bieten können. Er mußte befürchten, daß alle seine Gegner im Innern ihn des Verrates an den Lebensinteressen Frankreichs beschuldigen würden. Durch den Mißerfolg seiner polenfreundlichen Politik und den bereits vorauszusehenden kläglichen Ausgang des mexikanischen Abenteuers hatte sein Ansehen schon schwer genug gelitten. Sah er jetzt dem Gang der Dinge in Deutschland weiter untätig zu, so stand seine Popularität in Frankreich und die Sicherheit seines Thrones auf dem Spiel. Konnte man doch nicht einmal wissen, ob sich Preußen jetzt noch an die früher gegebenen Zusagen halten und Süddeutschland außerhalb seiner militärischen und diplomatischen Einflußzone lassen werde!

Alle diese Erwägungen mußten dem Kaiser den Gedanken nahe legen, einzugreifen, bevor der Kampf ganz zu Ende sei, und sich einen Einfluß auf die Friedensbedingungen zu sichern. Freilich schien es auf der Hand zu liegen, daß nur eine starke militärische Machtentfaltung an der deutschen Grenze seiner Einmischung Nachdruck verleihen könne, und es fehlte nicht an Stimmen in seiner Umgebung, die dazu rieten, sofort einen Teil des Heeres mobil zu machen, dann den Frieden zu diktieren und dem siegreichen Preußen, wenn es ihn nicht annehmen wolle, den Krieg zu erklären. Von seinen Ratgebern trat namentlich Drouyn de Lhuys für ein solches Vorgehen ein. Da Italien zweifellos gegen Frankreich nicht gekämpft haben würde, hätte man zusammen mit den immer noch sehr stattlichen Streitkräften, über die Österreich und die süddeutschen Staaten verfügte, gute Chancen für einen solchen Kampf gehabt. Aber Napoleon scheute vor diesem Entschluß zurück; seine unkriegerische Natur, körperliche Leiden, die Rücksicht auf den schlechten Zustand seines durch die mexikanische Expedition geschwächten und desorganisierten Heeres, endlich die Scheu vor

einem Umschlag der Stimmung in Süddeutschland zugunsten Preußens, sobald Frankreich eingreife, alles dies trug dazu bei, ihn abzuschrecken.

Am Tage nach der Schlacht bei Königgrätz erschien der österreichische Botschafter, Fürst Metternich, bei ihm und vollzog formell die früher versprochene Abtretung Venetiens, stellte aber das Verlangen, der Kaiser möge jetzt dem weiteren Vorgehen der Italiener Halt gebieten und dadurch die österreichische Südarmee zur Verwendung gegen Preußen frei machen. Zugleich rief er im Namen seines Herrschers die Vermittlung Napoleons in dem Streit zwischen Österreich und Preußen an. Damit war für diesen der Augenblick des Entschlusses gekommen. Nahm er Venetien an, so mußte er eigentlich von Italien die Respektierung des nunmehr französischen Gebietes verlangen. Erklärte er sich zur Vermittlung bereit, so mußte er von Preußen die Unterbrechung seines Siegeslaufes fordern und bei einer Ablehnung zum Kampfe bereit sein.

Oder gab es doch noch eine andere Möglichkeit? Dem Kaiser, der sich schwer von dem Gedanken trennte, daß er, ohne selbst am Kampf teilzunehmen, seine Absichten erreichen könne, schien es so. Preußen mußte ja einsehen, daß es durch einen Krieg gegen Österreich und Frankreich zugleich alles Errungene aufs Spiel setzen werde; man konnte hoffen, daß schon die Drohung mit einem aktiven Eingreifen Napoleons genügen werde, um es zu einigen Konzessionen zu bestimmen. War es auch nicht viel, was auf diese Art zu erreichen war, so schien es doch besser, sich damit zu begnügen, wenn man dadurch den Kampf vermied. Mindestens konnte man versuchen, ob Preußen nicht die Selbständigkeit Süddeutschlands, die Schonung des österreichischen Besitzstandes und vielleicht eine kleine Gebietserweiterung Frankreichs freiwillig zugestehen werde. Wollte es selbst das nicht ungezwungen tun, dann blieb äußersten Falles noch immer der Krieg als letztes Mittel übrig.

Aus solchen Erwägungen heraus entschloß sich der Kaiser zwar, seine Vermittlung anzubieten, aber zunächst keine Rüstungen anzuordnen. In Telegrammen an König Wilhelm und König Viktor Emanuel bot er seine guten Dienste zur Herstellung des Friedens

an, nachdem Österreich ihn darum gebeten habe. Da er noch vor dem Eintreffen einer Antwort die Übernahme der Vermittlung im Moniteur veröffentlichen ließ, so hätte eine Zurückweisung den offenen Bruch mit Frankreich bedeutet. Bismarck riet daher dem König zur Annahme. Allerdings war man auf preußischer Seite keineswegs der Meinung, daß mit der Annahme der Vermittlung auch ein Stillstand der kriegerischen Operationen verbunden sein solle; der König und Bismarck erklärten in voller Übereinstimmung mit Moltke, daß von einem Stillstand erst die Rede sein könne, wenn annehmbare Vorschläge zu einem Frieden vorlägen; ohne diese Sicherheit könne Preußen den schwer erkämpften Vorteil nicht aus der Hand geben. Und so erlebte die Welt das merkwürdige Schauspiel, daß trotz der offiziellen Annahme der Friedensvermittlung des französischen Kaisers die preußischen Truppen weiter auf Wien marschierten, als ob nichts geschehen wäre; nach etwa zwei Wochen waren sie nur noch wenige Meilen von der Hauptstadt Österreichs entfernt.

Für Napoleon war das natürlich äußerst unangenehm; er geriet in Gefahr, vor der Welt und dem eigenen Volke lächerlich zu werden, wenn es ihm nicht gelang, die Fortsetzung des Krieges zu verhindern. Er beschwor den preußischen Gesandten in Paris, Grafen von der Goltz, immer dringender, er möge ihm doch mitteilen, unter welchen Bedingungen Preußen denn bereit sei, den Frieden zu schließen; er wolle diese Bedingungen, wenn sie irgend erträglich seien, nach Wien weitergeben und dort ihre Annahme empfehlen. Graf Goltz hätte gewiß diesem Wunsche gerne entsprochen, bedurfte aber natürlich zur Angabe bestimmter Bedingungen der Ermächtigung Bismarcks.

Im preußischen Hauptquartier hatte die Ankündigung der französischen Vermittlung heftigen Zorn erregt. Bismarck selbst hat drohend gesagt, das wolle er dem Gallier später vergelten. Er hat die Möglichkeit erwogen, den Krieg gegen Österreich und Frankreich zugleich zu führen und Moltkes Gutachten darüber eingeholt; dieser sprach sich dahin aus, daß ein erfolgreicher Kampf gegen beide Gegner möglich sei. Aber begreiflicherweise wollte Bismarck es darauf nur im äußersten Notfall ankommen lassen; und die Berichte von Goltz ließen ihn bald erkennen, daß auch

Napoleon den Bruch nicht wünsche. Es kam also darauf an, solche Bedingungen für einen Frieden zu finden, die zugleich den großen Erfolgen der preußischen Waffen entsprächen, und sowohl von Österreich angenommen als von Napoleon gutgeheißen werden könnten. Daß Österreich auf jeden Einfluß in Deutschland verzichten und Preußen hier freie Hand lassen müsse, war nach dem Ausgang des Kampfes als selbstverständlich zu betrachten; ebenso die Einverleibung Schleswig-Holsteins in Preußen. Aber die Schwierigkeiten begannen, sobald es sich darum handelte, wie nun die deutschen Verhältnisse im einzelnen gestaltet werden sollten. Preußen konnte sich durch eine erhebliche Gebietsvergrößerung auf Kosten der besiegten Staaten die tatsächliche Übermacht in Deutschland verschaffen; es konnte aber auch auf Gebietserwerbungen in größerem Maßstab verzichten und sich nur den leitenden Einfluß durch eine Umgestaltung der Bundesverfassung sichern, so daß besonders der Heerbefehl und die Vertretung nach außen hin ganz in seine Hand gelegt wurden.

Nun hatte Bismarck schon vor dem Kriege mehrfach der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß es nicht ratsam sei, Süddeutschland in derselben Weise wie Norddeutschland an Preußen anzugliedern. Mehrfach hatte er, namentlich dem italienischen Unterhändler Govone gegenüber, seine Gründe dafür entwickelt. Die süddeutschen Regierungen, sagte er, sträubten sich gegen eine Unterordnung unter Preußen und würden unzuverlässige Verbündete sein. Auch die Bevölkerung in Süddeutschland sei einer engeren Verbindung mit dem Norden abgeneigt, namentlich soweit sie katholisch sei; endlich würden in einem auch von Süddeutschland mitgewählten deutschen Parlament die demokratischen Elemente zu stark sein; alles das lasse es geraten erscheinen, zunächst Norddeutschland zu einem festeren Ganzen zusammenzufügen, und mit dem Süden nur ein loser organisiertes Bundesverhältnis, etwa in der Art, wie es im alten deutschen Bunde bestanden habe, ins Leben zu rufen. Gewiß hat Bismarck hierbei auch bereits das vorauszusehende Widerstreben Napoleons gegen eine gesamtdeutsche Einigung unter Preußen mit in Rechnung gestellt; gerade deshalb hatte er dem Kaiser die bestimmte Versicherung gegeben, daß Preußen eine über das alte

Bundesverhältnis hinausgehende Verbindung mit Süddeutschland nicht erstrebe. Er wußte ja ganz genau, daß für den Kaiser Napoleon hierin die Hauptschwierigkeit lag, weil es ihm von einem großen Teile des französischen Volkes nie verziehen werden würde, wenn er die Einigung ganz Deutschlands zulasse. Wenn Preußen sich auf Norddeutschland beschränkte, so konnte er das eher ertragen, brauchte nicht hindernd einzugreifen und würde jetzt nach den großen Siegen Preußens vielleicht sogar auf Kompensationen verzichten. Aus diesen Gründen entschloß sich Bismarck, auch jetzt an dem Plan eines engeren Bundes für Norddeutschland festzuhalten, zumal da durch den Krieg der Gegensatz zwischen dem Norden und Süden Deutschlands sowohl bei den Dynastien wie bei den Bevölkerungen noch schärfer geworden war.

Kam es aber zunächst hauptsächlich darauf an, den Norden schärfer unter Preußens Führung zusammenzuschließen, so hatte man von den süddeutschen Staaten nichts zu verlangen als Kriegskontributionen und vielleicht kleine Grenzberichtigungen. Aber wie sollte man sich zu denjenigen norddeutschen Herrschern verhalten, die im feindlichen Lager gestanden hatten? Sie gegen ihre innerste Neigung zum Eintritt in den neuen Bund zu nötigen und ihnen, abgesehen von Heerwesen und Diplomatie, die vollen Regierungsrechte zurückzugeben, mußte höchst bedenklich erscheinen. Der Versuch, sie auf diese Art zu versöhnen und zum aufrichtigen Anschluß an das neue Staatswesen zu gewinnen, bot bei den meisten Fürsten recht geringe Aussicht auf Erfolg. Wenn man sie persönlich zur Abdankung zwang, war auch nicht viel gewonnen, da die Gesinnung der Thronfolger voraussichtlich keine erheblich andere gewesen sein würde. Dazu kam, daß ein solches Verfahren diejenigen Staaten hätte kränken und verstimmen müssen, die im Kampfe auf Preußens Seite gestanden hatten; da auch sie beim Eintritt in den neuen Bund die gleichen Souveränitätsrechte hätten opfern müssen wie die Besiegten, so würden sie keinerlei Vorteil von ihrer Bundesgenossenschaft mit Preußen gehabt haben.

Bismarck hielt es aber auch nicht für klug, den besiegten Herrschern etwa einen Teil ihres bisherigen Gebietes abzunehmen, um sie so für ihre Haltung zu bestrafen und ihren Einfluß inner-

halb des Bundes zu schwächen; denn er wußte sehr wohl, daß ein solches Verfahren die Erbitterung der davon betroffenen Dynastien und Länder gegen Preußen nur vermehren und sie zu beständigen Versuchen treiben werde, das Verlorene wiederzugewinnen; man hätte also dann mit ihnen erst recht als mit heimlichen Gegnern des aufgezwungenen Bundes rechnen müssen.

Alle diese Nachteile ließen sich vermeiden, wenn Preußen die Gebiete dieser Herrscher vollständig dem eigenen Staate einverleibte. Aber würde hierfür die Zustimmung König Wilhelms, die Unterstützung oder auch nur die Zulassung Napoleons zu haben sein? Und würde Österreich seine norddeutschen Verbündeten völlig preisgeben wollen? Das alles konnte zunächst niemand wissen, und daher hielt Bismarck es für das beste, ein Verfahren einzuschlagen, das zwar die Erreichung des wünschenswertesten Zieles unter günstigen Umständen ermöglichte, aber auch für den Fall, daß dies nicht gelinge, die anderen, an sich weniger befriedigenden Eventualitäten nicht ausschloß.

Als höchstes Ziel schwebte ihm die Durchsetzung der folgenden drei eng untereinander zusammenhängenden Forderungen vor Augen: Der alte Bund sollte ohne Österreich in seinen bisherigen losen Formen erhalten bleiben und neben ihm der Zollverein; innerhalb dieser größeren Gemeinschaft sollte dann Preußen die norddeutschen Staaten zu einem fester organisierten Verein unter seiner militärischen und diplomatischen Leitung mit gemeinsamer Gesetzgebung und gemeinsamem Parlament zusammenschließen; endlich sollten Hannover, Kurhessen, Sachsen, Oberhessen und womöglich auch Nassau und Frankfurt dem preußischen Staate vollständig einverleibt werden. Falls Kaiser Napoleon gegen eine derartige Verstärkung der preußischen Macht unbedingten Widerspruch erhöbe oder als Gegenleistung die Abtretung deutscher Gebiete an Frankreich fordere, so war Bismarck geneigt, von dieser Höchstforderung etwas herunterzugehen. Er wollte dann, trotz der dagegen zu erhebenden Bedenken, die feindlichen norddeutschen Staaten bestehen lassen unter der Bedingung, daß sie sich dem engeren Bunde anzuschließen, ihr Heer also dem preußischen Oberbefehl zu unterstellen, und wenigstens einzelne Teile ihrer Gebiete an Preußen abzutreten hätten. Für die Aus-

wahl der abzutretenden Stücke sollte die Rücksicht auf die Herstellung eines geschlossenen preußischen Staatsgebietes und auf die militärische Sicherung der Grenze gegen Österreich maßgebend sein. War dies ohne Krieg gegen Frankreich und ohne Abtretung deutschen Bodens an Napoleon zu erreichen, so wollte Bismarck sich damit begnügen, da ihm die Differenz zwischen dieser Lösung und der an sich besseren der Annexion ganzer feindlicher Gebiete nicht erheblich genug erschien, um Preußen in einen Kampf gegen Österreich und Frankreich zugleich zu verwickeln, der seine ganze Existenz in Frage stellen konnte.

König Wilhelm dachte über diese Fragen wesentlich anders. Während Bismarck das Staatsinteresse ganz ausschließlich in Betracht zog, sprachen bei ihm neben den politischen auch einige mehr gefühlsmäßige Motive mit. Gewiß wollte auch er die militärische Verfügung wenigstens über alle norddeutschen Kontingente; und sicherlich hatte auch er gegen einzelne Gebietsabtretungen der besiegten Gegner nichts einzuwenden; aber von seinem legitimistischen Standpunkt aus erschien ihm die Entthronung ganzer Fürstengeschlechter höchst bedenklich; an die Einverleibung ganzer feindlicher Staaten hat er anfangs sicherlich nicht im entferntesten gedacht. Ferner hielt er es für gerecht, wenn die Feinde von der Strafe der Gebietsabtretung in möglichst gleichem Maße betroffen würden. Endlich hegte er noch die Hoffnung, bei dieser Gelegenheit manche Gebiete zurückzugewinnen, die dereinst von seinen Vorfahren beherrscht worden waren, wie Ostfriesland und die nördlich vom Main gelegenen Stücke der alten hohenzollernschen Markgrafschaften in Franken mit Kulmbach. Dagegen wird er kaum ernstlich beabsichtigt haben, die süddeutschen Staaten in derselben Weise wie Norddeutschland seiner Führung zu unterwerfen oder Gebietserwerbungen südlich vom Main zu machen. Ganz bestimmte Pläne über den Umfang der zu fordernden Abtretungen hatte der König zunächst nicht, sondern nur mehr oder weniger unbestimmte Wünsche. Erst nachdem er Bismarcks Anschauungen kennen gelernt hatte, eignete er sich den Gedanken an, daß jedenfalls ein geschlossenes preußisches Staatsgebiet hergestellt werden müsse.

Der schnelle Fortgang der kriegerischen Operationen, die Wil-

helms ganze Aufmerksamkeit in Anspruch nahmen, erschwerte in der ersten Zeit eine gründliche Aussprache zwischen ihm und seinem ersten Ratgeber. Immerhin wußte Bismarck von Anfang an, daß der König von anderen Gesichtspunkten ausgehe wie er und sich mit geringeren Gebietserwerbungen begnügen wolle, namentlich wenn zugleich die Abdankung der feindlichen norddeutschen Souveräne durchgesetzt werde. Auch nachdem Wilhelm das Streben nach einem zusammenhängenden Staatsgebiet in sein Programm aufgenommen hatte, entsprach seine Höchstforderung ungefähr der Mindestforderung, mit der Bismarck äußersten Falles zufrieden sein wollte. Dieser mußte aber, als er seine ersten Instruktionen an den preußischen Botschafter in Paris absandte, der Stimmung seines Herrn Rechnung tragen, und durfte nicht allzu scharf die volle Annexion, die er eigentlich wünschte, betonen. Er scheint dem König gegenüber diese Forderung damit gerechtfertigt zu haben, daß man von einem Manne wie Napoleon mehr verlangen müsse, als man eigentlich haben wolle, um überhaupt etwas zu bekommen. Immerhin ließen die Weisungen, die am 9. und 10. Juli an den Grafen Goltz abgingen, darüber keinen Zweifel, daß der Botschafter den Kaiser bezüglich der Ausdehnung der preußischen Machtsphäre nach Süddeutschland beruhigen, zugleich aber seine Zustimmung zu einer möglichst großen Gebiets- und Machterweiterung in Norddeutschland zu gewinnen suchen sollte. Daher sollte Goltz mit der Aufstellung der großen Annexionsforderung beginnen, und nur, wenn er auf unbedingte Ablehnung oder unerfüllbare Kompensationsforderungen stoße, ganz allmählich und stückweise heruntergehen, um so festzustellen, wieviel der Kaiser äußersten Falls ohne Gegenleistung zugestehen werde. Jedoch wurde das Mindestmaß, bis zu dem der Botschafter heruntergehen dürfe, nur unbestimmt bezeichnet, da Bismarck sich offenbar die letzte Entscheidung selbst vorbehalten und durch seine Anweisung den Grafen Goltz nur zu einer sondierenden Besprechung, nicht aber zu einem definitiven Abschluß bevollmächtigen wollte; nur wenn der Kaiser Napoleon wider Erwarten die Höchstforderung glatt und ohne Kompensation bewilligen würde, hätte der Botschafter sich als ermächtigt zu einem bindenden Abschluß betrachten können.

Graf Goltz erwies sich dieser delikaten Aufgabe nicht vollständig gewachsen. Wie schon früher in der schleswig-holsteinischen Sache und nach dem Abschluß des Vertrages von Gastein hat er auch jetzt dem Wunsche nicht widerstehen können, eigene Politik zu treiben. Sein hauptsächlicher Wunsch war, den Kaiser, indem man ihn aus seiner augenblicklichen Verlegenheit befreie, für die Zukunft zu einem treuen und dankbaren Bundesgenossen Preußens zu gewinnen; darum hätte er ihm gern eine kleine Grenzerweiterung im Elsaß gegönnt. Daneben erstrebte er eine Lösung, die den baldigen Eintritt Süddeutschlands in das engere Bundesverhältnis möglichst erleichtere; deshalb wünschte er dieses nicht zu fest gestaltet und die Übermacht Preußens durch eine starke Gebietsvergrößerung nicht noch vermehrt zu sehen. Er mochte sich zu einem Vorgehen in der von ihm gewünschten Richtung dadurch für ermächtigt halten, daß der König, wie aus der Anweisung hervorging, dem großen Annexionsplan Bismarcks noch nicht vollständig zugestimmt hatte. In der entscheidenden Unterredung vom 13. Juli brachte er daher zwar zunächst die Forderung der großen norddeutschen Annexionen vor. Als aber Napoleon seine Befriedigung über die Beschränkung auf den Norden aussprach und hinzufügte, es sei ihm vollkommen gleichgültig, wieviel Gebiet Preußen sich in Norddeutschland einverleibe, falls es nur Sachsen bestehen lasse und von Österreich selbst keine Abtretungen verlange, die dessen Großmachtstellung beeinträchtigen könnten, da versäumte er es, den Kaiser auf dieses Zugeständnis festzulegen. Auch sagte er unnötigerweise, daß man unter Umständen auch mit Teilen der feindlichen Länder und Abdankung der jetzigen Herrscher zufrieden sein werde.

Die genaue Formulierung der von Frankreich als Vermittler vorzuschlagenden Friedensgrundlagen überließ Napoleon mit kluger Berechnung dem Grafen Goltz, der sich unvorsichtig genug dazu anbot. Mußte es doch für seine Regierung viel schwieriger sein, Bedingungen zu beanstanden, die der eigene Bevollmächtigte formuliert hatte, als solche, die von den Franzosen herrührten; außerdem konnten jetzt die Grundlagen als ein preußischer Friedensvorschlag hingestellt werden, was namentlich Italien

gegenüber sehr unangenehm war, da Preußen dessen Zustimmung nicht vorher eingeholt hatte.

Goltz tat in dem Entwurf, den er aufstellte, der Annexionen mit keinem Worte Erwähnung; bezüglich Süddeutschlands wählte er eine Formulierung, die äußerst unklar war und deshalb dem Kaiser besonders gut gefiel. Die süddeutschen Staaten, hieß es, sollten die Freiheit zum Abschluß eines süddeutschen Bundes erhalten, der eine internationale, unabhängige Existenz genießen werde; die Feststellung der nationalen Verbindung zwischen dem norddeutschen und süddeutschen Bunde solle freier Verständigung zwischen ihnen vorbehalten bleiben. Es mußte danach zweifelhaft erscheinen, ob einer der süddeutschen Staaten allein in den Nordbund treten dürfe, falls die süddeutsche Union etwa gar nicht zustande kommen sollte. In dieser Form gingen die Vorschläge als französisches Friedensprogramm am 14. Juli nach Böhmen und nach Wien ab.

Noch bevor sie in das preußische Hauptquartier gelangten, war dort auf Befehl des Ministers Drouyn de Lhuys der französische Botschafter Benedetti erschienen, um auf den schnellen Abschluß eines Waffenstillstandes zu dringen. Bismarck und der König selbst hatten ihm keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie auf keinen Stillstand eingehen könnten, bevor sie nicht die Sicherheit hätten, daß Österreich einen den preußischen Erfolgen entsprechenden Frieden annehmen werde; sie bezeichneten die Begründung eines norddeutschen Bundes und die Herstellung eines geschlossenen preußischen Staatsgebietes als die Mindestforderungen, ohne deren Bewilligung sie auf keine Verhandlung eingehen würden. Indem der Botschafter dies nach Paris und Wien mitteilte, trug er dazu bei, die dortigen Regierungen über die wahre Sachlage aufzuklären.

In Österreich entschloß man sich auf das Drängen Benedettis, der selbst nach Wien geeilt war, zur bedingungslosen Annahme des Programms vom 14. Juli. Im preußischen Hauptquartier hingegen trug man anfangs Bedenken, darauf einzugehen, weil die erstrebte Gebietsvergrößerung in diesem Programm nicht enthalten war, weil man also keine Sicherheit hatte, daß Österreich sie unter Preisgabe seiner norddeutschen Verbündeten zugestehen

und Frankreich sie ohne Kompensation zulassen werde. Ließ man sich auf Grund dieses Programms auf Verhandlungen ein, und scheiterten diese etwa, weil Österreich die Annexionen nicht bewilligen wollte, so konnte Napoleon sagen, Preußen trage die Schuld daran, da es mehr verlangt habe, als in den französischen Vermittlungsvorschlägen gestanden habe. Man war also durch die Schuld des Grafen Goltz in eine sehr unangenehme Lage versetzt.

Bismarck riet, das Programm Napoleons zwar als Grundlage für einen Waffenstillstand, vorbehaltlich der Zustimmung Italiens, anzunehmen, es aber als nicht ausreichend für einen Friedensschluß zu erklären, da die Annexionen darin fehlten. Er wollte den französischen Kaiser nicht durch eine Ablehnung kränken und hoffte, daß bis zum Beginn der Friedensverhandlungen dessen Zustimmung zu den Annexionen noch zu erlangen sein werde. Aber der König widerstrebte der Unterbrechung des Siegeslaufes der Armee, bevor nicht das Resultat völlig sichergestellt sei, und war für die Ablehnung der französischen Vorschläge. In einer heftig bewegten Beratung in Brünn auf dem Zimmer des an einem Beinleiden erkrankten Ministers, an der auch Moltke und Roon teilnahmen, kam es am 18. Juli zu einem äußerst scharfen Zusammenstoß der Meinungen. Die Generale traten auf die Seite des Königs und Bismarck wurde von der Aussicht, daß ein solcher Entschluß den Kaiser Napoleon den Feinden doch noch in die Arme treiben und alles Erreichte in Frage stellen könne, so ergriffen, daß er seine Erregung nicht mehr bemeistern konnte, das Zimmer verließ und in einem Nebengemach in einen heftigen Weinkrampf verfiel. Zuletzt aber setzte er doch seinen Willen durch; der König genehmigte die Annahme des Programms als Grundlage eines Waffenstillstandes, erklärte aber, daß er die Krone niederlegen werde, wenn dadurch, wie er befürchtete, eine starke Gebietserweiterung für Preußen vereitelt werden sollte.

Während Bismarck nun den Grafen Goltz durch immer heftiger drängende telegraphische Befehle antrieb, die amtliche Zustimmung des Kaisers Napoleon zur Annexion von drei bis vier Millionen norddeutscher Einwohner zu verlangen, wurde eine

Waffenruhe zur Vorbereitung der direkten Verhandlungen zwischen Österreich und Preußen vereinbart. Seit dem 19. Juli befand sich das preußische Hauptquartier in Nikolsburg, nur wenige Stunden von Wien entfernt. Hier erschienen am Abend des 22. Juli Graf Degenfeld, Graf Karolyi und Baron Brenner als Vertreter Österreichs; am folgenden Morgen begannen die Beratungen zwischen ihnen, Bismarck und Moltke. Sowohl der französische wie der italienische Vertreter weigerten sich, an den Besprechungen teilzunehmen.

Kurz vor Beginn der ersten Sitzung erhielt Bismarck durch ein Telegramm des Grafen Goltz die längst ersehnte Gewißheit, daß Napoleon der Annexion in dem geforderten Umfang zustimme und sie als integrierenden Teil des Friedensprogramms betrachte. Damit war die Politik, die er befürwortet und mühsam durchgesetzt hatte, glänzend gerechtfertigt. Die Österreicher mußten nun, wenn sie nicht ihrerseits dem Kaiser der Franzosen gegenüber die Schuld des Scheiterns auf sich nehmen wollten, ihre Verbündeten dem Sieger preisgeben. Sie taten es unter dem Vorbehalt nachträglicher Genehmigung ihres Herrschers und unter der Bedingung, daß Sachsen, dessen Truppen bis zuletzt treu und tapfer an Österreichs Seite gefochten hatten, völlig unversehrt bleiben müsse. Auch eigenes Gebiet des Kaiserstaates sollte unter keinen Umständen abgetreten werden. Dagegen fand Bismarck mit einer anderen Forderung bei den österreichischen Vertretern kein Entgegenkommen. Er wünschte nämlich ausdrücklich die Zustimmung des Kaisers Franz Josef zur „Bildung eines neuen deutschen Bundes ohne Beteiligung des österreichischen Kaiserstaates, innerhalb dessen S. M. der König von Preußen ein engeres Bundesverhältnis der norddeutschen Staaten untereinander neben den nationalen Beziehungen der letzteren zu den süddeutschen Staaten begründen" werde. Der preußische Minister versuchte hier noch einmal sein altes Ziel zu erreichen, nämlich die Herstellung eines kleindeutschen Gesamtbundes in den alten losen Formen und die Errichtung eines engeren norddeutschen Bundes innerhalb desselben. Allein eine solche Festsetzung hätte in zu offenkundigem Widerspruch mit der französischen Friedensgrundlage vom 14. Juli gestanden, die dem

neu zu schaffenden süddeutschen Bunde eine internationale, unabhängige Existenz sicherte; Graf Goltz hatte es durch seine Formulierung dieses Artikels unmöglich gemacht, auch nur einen loseren Gesamtbund aufrecht zu erhalten. Bismarck mußte den Einwendungen der Österreicher gegenüber diesen Vorschlag fallen lassen, setzte es aber durch, daß die ausdrückliche Erwähnung der internationalen Unabhängigkeit des Südbundes in den Präliminarien fortblieb; sie wurde jedoch im definitiven Frieden auf Frankreichs Verlangen wieder eingefügt.

Als streitige Punkte blieben nach der ersten Konferenz übrig: die Integrität Sachsens, die Abtretung Österreichisch-Schlesiens an Preußen, die Höhe der Kriegskosten und endlich die Frage, ob Sachsen dem norddeutschen oder dem süddeutschen Bunde angegliedert werden solle. Die Österreicher verlangten das letztere, während Bismarck diese Forderung energisch bekämpfte und keinen Zweifel darüber ließ, daß an ihrer Aufrechterhaltung die Einigung überhaupt scheitern werde. Man vereinbarte, am folgenden Tage nicht zu verhandeln, damit die Bevollmächtigten die endgültige Willensmeinung ihrer Monarchen über die Streitpunkte einholen könnten.

Während von Wien im Laufe des 24. Juli die Ermächtigung eintraf, die norddeutschen Annexionen offiziell anzuerkennen und die Zugehörigkeit Sachsens zum norddeutschen Bunde zuzugestehen, hatte Bismarck an diesem Tage noch einen heftigen Kampf mit seinem König zu bestehen.

Schon in den vorhergehenden Tagen hatte man durch Benedetti, der aus Wien nach Nikolsburg zurückgekehrt war, erfahren, daß die Integrität Sachsens und Österreichs zu den Forderungen gehöre, von denen Kaiser Franz Josef unter keinen Umständen ablassen wolle. Erst daraufhin fand zwischen Wilhelm und Bismarck die endgültige Aussprache über die Abgrenzung der zu fordernden Annexionen statt. Bisher hatte man nur den Gesamtumfang auf drei bis vier Millionen Einwohner normiert; über die Teilposten, aus denen diese Summe sich zusammenzusetzen habe, war man aber noch nicht einig geworden. Die verschiedensten Möglichkeiten hatte man durchgesprochen. Ein zusammenhängendes preußisches Staatsgebiet wollten beide schaffen. Aber Bismarck trat aus den

uns bereits bekannten Gründen für die Einverleibung der bedeutensten norddeutschen Staaten in ihrer Gesamtheit ein, während der König es auch jetzt noch lieber gesehen hätte, wenn man von allen norddeutschen Gebieten den größten Teil annektiert, von jedem aber einen kleinen Rest hätte bestehen lassen. Auch seine Neigung zu größeren Gebietsforderungen war offenbar mit den kriegerischen Erfolgen und der Aussicht auf die Zustimmung Napoleons bedeutend gewachsen; aber sie fand ihre Schranke an seinen legitimistischen und ethischen Bedenken.

Auch in diesem Kampfe blieb Bismarck schließlich Sieger; aber nur ganz schrittweise gab der König nach. Früher hatte er nur gestattet, daß die großen Gesamtannexionen als Höchstforderung Frankreich gegenüber hingestellt wurden, damit man dem vorauszusehenden Widerspruch Napoleons gegenüber davon nachlassen und sich so wenigstens erhebliche Gebietserweiterungen sichern könne. Nun hatte aber der französische Kaiser, dem dynastisch-legitimistische Skrupel ganz fernlagen, gegen die Gesamtannexionen keine prinzipiellen Bedenken erhoben und schließlich sogar die geforderte Höchstzahl zugestanden. Zugleich stellte sich heraus, daß die von Napoleon bewilligte Höchstzahl bei Erhaltung der vollen Integrität Sachsens und Österreichs auf keine andere Art erreicht werden könne als durch die vollständige Annexion der übrigen feindlichen norddeutschen Staaten. Bismarck erhielt dadurch ein neues Argument, um auf diese Lösung, die er stets für die beste gehalten hatte, zu dringen; der König aber bestand gerade, um die Gesamtannexionen zu vermeiden und doch nicht weniger zu bekommen, als Napoleon zugestanden hatte, auf der Abtretung erheblicher Stücke von Sachsen und Österreich. Erst nachdem es sich als völlig unmöglich erwiesen hatte, bei derartigen Forderungen zu einem Frieden zu gelangen, sah sich Wilhelm genötigt, trotz aller Bedenken, die ihn auch jetzt nicht verließen, den Einverleibungen zuzustimmen. Bismarck wußte ihn dadurch etwas zu beruhigen, daß er ihm vorstellte, dem hannoverschen Hause werde später Braunschweig zufallen und den kurhessischen Agnaten könne man vielleicht die kleine Landgrafschaft Hessen-Homburg geben, da die dort regierende hessische Linie eben ausgestorben war; dann würden wenigstens diese beiden Dynastien nicht ganz beseitigt

worden sein. Aber auch als Wilhelm so weit nachgab, hielt er doch mit äußerster Zähigkeit an dem Wunsche fest, daß Österreich und Sachsen doch wenigstens kleine Stücke ihres Gebietes abtreten müßten, und sei es noch so wenig. Es erschien ihm als zu ungerecht, daß von den gegnerischen Herrschern die einen ihre ganzen Länder verlieren und höchstens in kleinen Nebenländern ihre Existens als regierende Herren weiterfristen sollten, während die gefährlichsten Feinde, die er als die eigentlichen Urheber des Krieges betrachtete, ohne jeden Gebietsverlust davonkommen sollten.

Aber Bismarck hatte aus den Besprechungen vom 23. Juli die endgültige Gewißheit gewonnen, daß Österreich lieber den Kampf fortsetzen, als auch nur der geringsten Abtretung sächsischen oder eigenen Landes zustimmen werde. Er bestand daher darauf, daß der König auch in diesen letzten Punkten nachgebe und außerdem in der Frage der Kriegskostenentschädigung Entgegenkommen zeige. Aber Wilhelm weigerte sich zunächst entschieden; als eine mündliche Auseinandersetzung ohne Ergebnis blieb, faßte Bismarck sein Urteil über die Gesamtlage und die Gründe für seinen Ratschlag in einer glänzenden Denkschrift zusammen, die er seinem Herrn am 24. Juli übersandte. Er hob hervor, daß man nicht wissen könne, ob Napoleon nicht doch noch mit Kompensationsforderungen hervortreten werde und daß Rußland schon an die Berufung eines europäischen Kongresses denke. Die Zugeständnisse, die Österreich jetzt machen wolle, seien so groß, der Gewinn, den man durch ihre Annahme erziele, so gewaltig, wie man vor dem Kriege niemals habe erwarten können. Die Fortsetzung des Kampfes sei ungewiß in ihren Chancen, zumal da die Cholera im Heere ausgebrochen sei, und da eine Einmischung Frankreichs und Rußlands nicht ausgeschlossen erscheine. Daher sei es falsch, um einiger Quadratmeilen Landes und einer Millionen Kriegskosten willen das ganze Resultat wieder in Frage zu stellen. Er halte den Augenblick für entscheidend und müsse amtlich konstatieren, daß jede Erschwerung des Abschlusses um nebensächlicher Vorteile willen gegen seinen Rat erfolgen würde, wenn er auch bereit sei, abweichende Befehle seines Königs in den weiteren Verhandlungen zu vertreten.

Diese Ausführungen waren so einleuchtend, daß sie auch auf den König ihren Eindruck schließlich nicht verfehlten. Österreich hatte den größten Teil seiner siegreichen Südarmee an die Donau gezogen und stand in einer achtunggebietenden Verteidigungsstellung da, bereit, den Kampf noch einmal aufzunehmen; niemand konnte ernstlich daran zweifeln, daß ein neues gefahrvolles Ringen bevorstehe, wenn die jetzigen Verhandlungen scheiterten, und daß die kleinen Mehrforderungen Wilhelms, die nicht politischer Notwendigkeit, sondern persönlichen Gefühlen entsprangen, den Entschluß nicht rechtfertigen konnten, es darauf ankommen zu lassen. Möglich, daß auch das Zureden des Kronprinzen, der ganz auf Bismarcks Seite trat, den König mit beeinflußt hat; aber der ruhige, sachliche Ton, in dem Wilhelm in seinen Randnoten die Argumente seines Ministers erörtert, zeigen doch aufs deutlichste, daß er, nachdem die erste Erregung vorüber war, deren Gewicht vollständig empfand und würdigte. Er hat selbst eingesehen, daß sein großer Ratgeber recht habe, und dieser Erkenntnis, nicht irgendeinem äußeren Druck, hat er seine widerstrebenden Gefühle zum Opfer gebracht. Er gab seine Zustimmung zu Bismarcks Antrag mit den resignierten Worten: „Wenn trotz dieser pflichtmäßigen Vertretung vom Besiegten nicht das zu erlangen ist, was Armee und Land zu erwarten berechtigt sind, d. h. eine starke Kriegskostenentschädigung von Österreich als dem Hauptfeind, oder Landerwerb in einigem in die Augen springenden Umfange ohne das Hauptziel zu gefährden, so muß der Sieger vor den Toren Wiens in diesen sauren Apfel beißen und der Nachwelt das Gericht dieserhalb überlassen!“

Im Besitz dieser königlichen Ermächtigung konnte Bismarck am 25. Juli die Verhandlungen mit den Österreichern ohne besondere Schwierigkeiten zum glücklichen Abschluß führen. Er machte noch einen letzten Versuch, gegen Herabsetzung der Kriegskosten eine kleine Gebietsabtretung in Schlesien zu erlangen; da aber auch dies von der andern Seite abgelehnt wurde, verzichtete er endgültig darauf. Nun konnte der Präliminarfrieden vereinbart und am 26. Juli unterzeichnet werden.

Der Vertreter Italiens hatte sich bis zuletzt geweigert, an den Beratungen teilzunehmen, obwohl Biswarck immer wieder darauf

drang, daß er sich möglichst schnell die Vollmacht dazu senden lassen soll. In Florenz war man höchst erbittert darüber, daß Preußen ohne Italiens Zustimmung mit Napoleon und Österreich über Stillstand und Frieden verhandelte; man hätte es am liebsten gesehen, wenn König Wilhelm die Vermittlung des französischen Kaisers von vornherein abgelehnt und den Krieg fortgesetzt hätte. Italien hatte dabei allerdings wenig zu verlieren, da die Last des Kampfes so gut wie ausschließlich auf Preußen gefallen sein würde, und die Erwerbung Venetiens auch bei einem Siege Napoleons kaum zweifelhaft gewesen wäre. Man war aber südlich der Alpen mit dieser Machterweiterung nicht zufrieden; man wollte wenigstens auch noch Südtirol dazu haben. Da man von vornherein argwöhnte, daß Bismarck diesen Wunsch nicht unterstützen werde, so wollte man den Abschluß des Friedens hinausschieben oder verhindern. Bismarck ließ die Italiener nach Königgrätz beständig zu energischer Kriegführung antreiben; in der Tat hätten große Waffenerfolge in letzter Stunde die Lage noch verändern und vielleicht Italien zu Südtirol und Preußen zu einem Teil von Sachsen und Österreich-Schlesien verhelfen können. Aber die Leistungen der italienischen Truppen blieben ebenso geringfügig wie vorher; ihre Flotte wurde in der Seeschlacht von Lissa von den Österreichern unter Tegethoff vollständig geschlagen; überall waren sie unterlegen, wo es zu ernsten Kämpfen gekommmen war, und nur den Siegen Preußens hatte König Viktor Emanuel es zu danken, daß er nicht mit leeren Händen nach Hause zurückkehren mußte.

Sobald sich daher für Bismarck die Aussicht auf eine Verständigung mit Frankreich und Österreich bot, ließ er sich durch Italiens Klagen und Verschleppungsversuche nicht davon abhalten, darauf einzugehen. Er trieb die Verbündeten vorwärts, solange von ihrem Vordringen ein günstiger Einfluß auf die Verhandlungen zu erwarten war, und solange er selbst für seinen Staat noch nicht erreicht hatte, was er wünschte. Sobald dies geschehen war, schloß er ab und verlangte von Italien bedingungslose Zustimmung, da diese auf Grund des Bündnisvertrages nicht verweigert werden dürfe, sobald die Erwerbung Venetiens gesichert sei. Damit war er durchaus im Recht, und die

Italiener verkannten nicht nur die Lage der Machtverhältnisse, sondern auch die Tragweite der Vertragsbestimmungen, wenn sie Preußen zwingen wollten, nicht eher Frieden zu schließen, bis es ihnen auch noch Südtirol erobert habe.

Daß es die höchste Zeit gewesen war, zuzugreifen und zu sichern, was im Augenblick zu haben war, zeigte sich sofort. Am Tage nach dem Abschluß des Präliminarfriedens trat Rußland mit dem offiziellen Antrag auf Berufung eines europäischen Kongresses hervor, den es allerdings bald wieder fallen ließ. Aber gleichzeitig erhielt Bismarck auch von französischer Seite die ersten Andeutungen, daß Kaiser Napoleon für seine guten Dienste doch noch eine Belohnung fordern werde.

* * *

Die Haltung des französischen Kaisers während dieser Wochen ist nicht leicht zu begreifen. Königgrätz hatte alle seine Berechnungen und Pläne umgeworfen; und er tastete nun unsicher nach einem Mittel umher, wie er doch ohne eigenes Risiko noch einen Vorteil für Frankreich herausschlagen und wenigstens dem eigenen Lande gegenüber den Schein wahren könne, als habe er alles vorausgesehen und geleitet. Als er seine Vermittlung anbot, aber den Rat Drouyn de Lhuys, daß er gleichzeitig mobilisieren möge, von sich wies, entschied er über sein künftiges Schicksal. Je weiter er die Preußen ungehindert vordringen ließ, desto schwieriger wurde es für ihn, noch in den Kampf einzugreifen. Nur durch Rüstung und Krieg hätte er erreichen können, was er wollte; Gefahren gab es auch dabei zu überwinden; aber sie waren gewiß nicht größer als 1870; und wann wären große Erfolge für den zu erringen gewesen, der die Gefahr scheute?

Der Kaiser war sich der Schwäche seiner Position sehr wohl bewußt; die Vertreter Preußens in Paris fanden ihn unsicher, erschüttert, ja fast gebrochen. Er bat den Grafen Goltz beinahe flehentlich, Preußen möge ihn aus seiner unhaltbaren Lage durch schnelle Angabe annehmbarer Friedensbedingungen erlösen; und er ließ von eigenen Forderungen zunächst gar nichts verlauten. Fürchtete er, daß Preußen auch unter weniger günstigen Bedingungen mit den deutschen Gegnern Frieden schließen werde,

wenn er jetzt mit Kompensationsforderungen hervortrete? Vielleicht; aber er mußte sich doch auch sagen, daß es nach dem Friedensschluß noch viel schwerer sein werde, überhaupt etwas zu bekommen. Vermutlich haben ihm einige Äußerungen des Grafen Goltz, zu denen dieser nicht ermächtigt war, die Hoffnung gegeben, daß eine kleine Grenzberichtigung auf Kosten Bayerns von Preußen ohne Schwierigkeit bewilligt werden würde. An diesen Strohhalm klammerte er sich und glaubte, daß es jetzt nur auf die Wahl des richtigen Zeitpunktes für ein offenes Hervortreten mit seinen Wünschen ankomme. Offenbar wollte er abwarten, bis Preußen seine Annexionsforderungen bestimmt formuliert habe, und dann ihre Anerkennung an die Bedingung einer Landabtretung knüpfen. Daher wich er Goltz gegenüber jeder deutlichen Erklärung über den Umfang der Annexionen, den er anzuerkennen bereit sei, aus, bis dieser ihm, von Bismarck dazu gezwungen, am 22. Juli die Pistole auf die Brust setzte und seine Zustimmung zur Einverleibung von vier Millionen Einwohnern verlangte.

Jetzt wäre wohl der Zeitpunkt gewesen, wo Napoleon sein Spiel hätte aufdecken müssen; er hätte sagen können: Ich bin einverstanden, aber nur, wenn Ihr mir bestimmte Gegenleistungen gewährt. Aber er konnte sich auch jetzt dazu nicht entschließen; er stimmte bedingungslos zu und deutete nur leise an, daß er später eine Grenzberichtigung fordern werde; so leise, daß Graf Goltz es nicht einmal für nötig hielt, seine Andeutung in der ersten telegraphischen Mitteilung an Bismarck zu erwähnen. Erst als der Präliminarfriede geschlossen war, trat er an Goltz mit der Frage heran, ob man ihm wohl Landau und Luxemburg überlassen werde; zu seiner Freude erklärte der Botschafter das nicht für unmöglich. Auch durch Benedetti ließ er jetzt in ähnlicher Weise bei Bismarck sondieren. Aber hier fand er nicht das geringste Entgegenkommen.

Der Minister hatte nie bestimmte Zusagen gemacht, wenn er auch hatte durchblicken lassen, daß er unter Umständen mit sich reden lassen werde, wenn es nur gelinge, den Widerstand seines Herrn gegen die Abtretung deutschen Gebietes zu überwinden. Er hat später an König Wilhelm selbst über seine Haltung

folgendermaßen geschrieben: „Ich konnte die napoleonische Politik nur dadurch hinhalten, daß ich Benedetti und den Italienern, die vor ihm nichts geheim hielten, stets zu verstehen gab, ich wäre ganz geneigt, vom Pfade der Tugend abzuweichen, mein allergnädigster Herr aber nicht, und man müsse mir Zeit lassen, Eure Majestät zu überzeugen. Daß ich letzteres nie versucht habe, wissen Eure Majestät; aber der französische Glaube, daß ich daran arbeitete, war uns sehr nützlich. „À corsaire, corsaire et demi" ist ein altes französisches Sprichwort, und de bonne guerre in der Politik." Jetzt war die Absicht, die er mit dieser Taktik verfolgt hatte, erreicht, der Friede und die großen Annexionen gesichert, ohne daß Napoleon eingegriffen hatte; jetzt brauchte man ihn nicht mehr und konnte seine nachträglichen Forderungen zurückweisen. Würde er es wagen, wegen Landau und Luxemburg den Siegern von Königgrätz mit seinem ungerüsteten Heere allein in den Weg zu treten?

Bismarck wies also alle Andeutungen der Franzosen zurück. Nun aber erfolgte in Paris ein jäher Umschwung. Die ganze preußenfeindliche Partei, Kaiserin Eugenie und Drouyn de Lhuys an der Spitze stellte dem Kaiser vor, daß er sich habe dupieren lassen; er habe Bismarck vertraut und alles ruhig mit angesehen; das sei der Lohn für sein Wohlwollen; nicht einmal einen so unbedeutenden Zipfel deutschen Landes wolle ihm Preußen geben, nachdem es selbst durch seine Gunst vier Millionen neuer Einwohner erhalten habe. Man bestürmte und drängte ihn unter Hinweis auf die für seine Dynastie gefährliche Stimmung des Landes, sich das nicht gefallen zu lassen, jetzt erst recht mit aller Schärfe auf seiner gerechten Forderung zu bestehen und nicht nur Landau und Luxemburg, sondern ein anständiges Stück des linken Rheinufers zu fordern. Napoleon war damals gerade von einem Anfall seines schweren Blasenleidens heimgesucht und wand sich in furchtbaren körperlichen Schmerzen; in dieser Lage ließ er sich, wie er später selbst versicherte, gegen seine eigentliche Absicht, von Drouyn de Lhuys die Genehmigung zu einem Befehl an Benedetti entreißen, dieser solle die ganze Bayerische Pfalz und Rheinhessen mit Mainz sowie den Verzicht auf das preußische Besatzungsrecht in Luxemburg

für Frankreich fordern. (5. August.) Ein förmlicher Entwurf zu einem Vertrag auf dieser Grundlage wurde mitgesandt.

Der Botschafter war entsetzt, als er diesen Auftrag erhielt, dessen Aussichtslosigkeit er am besten beurteilen konnte; er bat telegraphisch, ihn vorher zum Bericht nach Paris kommen zu lassen; aber Drouyn wies ihn zur sofortigen Ausführung des Befehls an. Benedetti wagte nicht, mit dieser Forderung Bismarck direkt unter die Augen zu treten; er übersandte sie ihm schriftlich; er habe in Anbetracht des reizbaren Temperamentes des Herrn Ministerpräsidenten nicht Zeuge des ersten Eindrucks sein wollen, schrieb er nach Paris. Erst hinterher fand in Berlin, wohin der König und Bismarck inzwischen zurückgekehrt waren, eine persönliche Besprechung statt; im vollen Einverständnis mit König Wilhelm erklärte der Minister mit Rücksicht auf das deutsche Nationalgefühl das Eingehen auf derartige Zumutungen für völlig ausgeschlossen, obwohl Benedetti, wie ihm befohlen war, durchblicken ließ, daß eine Zurückweisung seiner Forderung zwar nicht direkt zum Kriege, aber zu einer dauernden Verstimmung Napoleons führen werde. Bismarck ließ durch Goltz darauf hinweisen, daß ein Beharren des Kaisers auf diesen Forderungen ihn zwingen könne, auf Annexionen zu verzichten, „uns auf die verstärkte Stellung im neuen Bundesverhältnis zurückzuziehen und unsere Anlehnung lediglich an die nationale Entwicklung Deutschlands zu nehmen". Der König werde nicht einmal auf die Herstellung der Grenzen von 1814 eingehen. „Solche Abtretungen aber, wie sie der Kaiser Napoleon jetzt verlangt, würden nur die Folge eines verlorenen Krieges sein können." Ein Verzicht auf das Besatzungsrecht in Luxemburg und Unterstützung etwaiger Wünsche Napoleons nach belgischem Gebiet könnten eher in Frage kommen. Wenn der Kaiser nicht einsehe, daß jede französische Gebietserweiterung auf Kosten Deutschlands ein künftiges freundschaftliches Verhältnis unmöglich machen werde, so würden wir uns auf einen zunächst diplomatischen Bruch und später auf einen Angriffskrieg von Seiten Frankreichs gefaßt machen müssen. Auf alle Fälle würden wir uns rüsten und vorsehen. Der König selbst ließ durch Oberst von Loë dem Botschafter sagen, er habe sich auch über Luxemburg in keiner

Weise zu äußern und sei ermächtigt, „sämtliche französische Forderungen pure von der Hand zu weisen". Wenn Napoleon an die Waffen appellieren wolle, so werde er „den Nationalkrieg in ganz Deutschland proklamieren und vor keinem Mittel zurückschrecken, demselben den größtmöglichen Nachdruck zu verleihen".

Inzwischen hatte Napoleon sich wieder soweit erholt, daß er nach einer persönlichen Aussprache mit Benedetti, der nach Paris geeilt war, seinen eigenen Willen wieder stärker zur Geltung bringen konnte. Er wollte sich auf ein so halsbrecherisches Unternehmen nicht einlassen und sprach dem Grafen Goltz sein Bedauern über das „Mißverständnis" aus. Der von Benedetti vorgelegte Entwurf habe nur die Ergebnisse früher von ihm mit Bismarck geführter Gespräche formulieren, nicht aber eine französische Forderung darstellen sollen. Er sei nach wie vor bereit, die preußischen Annexionen bedingungslos anzuerkennen; freilich fordern die öffentliche Meinung eine Verbesserung der Defensivstellung Frankreichs. (11. August.)

Während so plötzlich die Gefahr eines großen Krieges gegen Frankreich heraufzog, um nach einigen Tagen wieder zu verschwinden, wurden in Berlin die Friedensverhandlungen mit den süddeutschen Staaten geführt. Diese hatten sich schon in Nikolsburg um die Aufnahme in den Frieden bemüht und, abgesehen von Bayern, alle ihren Eintritt in den neuen Bund angeboten, wenn man ihnen im übrigen gute Bedingungen gewähre. Bismarck hatte sie damals abgewiesen, um erst mit Österreich ins Reine zu kommen und ihnen die Rückendeckung zu entziehen, und hatte sie veranlaßt, Bevollmächtigte nach Berlin zu senden.

Mit Baden und Württemberg wurde man sehr schnell einig. Der Großherzog von Baden war König Wilhelms Schwiegersohn und war sehr gegen seinen Willen von seinen Ministern und der Volksstimmung in den Krieg gegen Preußen hineingetrieben worden. Der König von Württemberg war der Schwager des Kaisers von Rußland; schon aus diesen Gründen wurden sie glimpflich behandelt. Gebietsabtretungen wurden von ihnen nicht verlangt; hingegen mußten sie eine Kriegskontribution zahlen. Die wesentlichste Bedingung aber, die ihnen gestellt wurde, bestand in dem Abschluß eines geheimen Schutz- und

Trutzbündnisses, in dem festgesetzt war, daß im Kriegsfall ihre Truppen unter den Oberbefehl des Königs von Preußen zu treten hätten. Bismarck ist zu diesem Verlangen ohne Zweifel durch die französische Kompensationsforderung veranlaßt worden; wenn es wirklich zum Kriege gegen Frankreich kam, mußte die Verfügung über die süddeutschen Kontingente für Preußen von hohem Wert sein. Schwierigkeiten scheinen Württemberg und Baden nicht gemacht zu haben; das letztere hätte noch jetzt gern seine volle Aufnahme in den Nordbund oder wenigstens eine Militärkonvention durchgesetzt; aber Bismarck glaubte dies mit Rücksicht auf die Frankreich vor dem Kriege gegebenen Zusicherungen noch nicht bewilligen zu können.

Die Verhandlungen mit Hessen waren etwas schwieriger, weil Oberhessen zu den Gebieten gehörte, deren Einverleibung in Preußen in Aussicht genommen war; der Großherzog sollte dafür durch bayrische Gebietsteile, sei es in der Pfalz, sei es in Unterfranken entschädigt werden. König Wilhelm hielt an dieser Forderung lange fest, und nur der energischen Fürsprache seines Schwagers, des Zaren, hatte es der Großherzog zu danken, daß Preußen diese Forderung noch im letzten Augenblick fallen ließ. In der Vorlage für den preußischen Landtag, welche die Einverleibung der neuen Gebietsteile enthielt, war Oberhessen anfangs noch unter den zu annektierenden Ländern aufgeführt; erst unmittelbar vor der Einbringung des Gesetzes entschloß sich der König davon abzustehen. So kam Hessen mit der Abtretung der ihm eben durch Erbschaft zugefallenen kleinen Landgrafschaft Homburg und der Bezirke Meisenheim und Biedenkopf davon, mußte aber für Oberhessen dem Norddeutschen Bunde beitreten; dadurch war schon ein Teil der hessischen Truppen dem preußischen Kommando unterstellt, und man glaubte daher für den Rest des Gebietes eines besonderen Schutz- und Trutzbündnisses nicht zu bedürfen.

Am schwierigsten gestalteten sich die Verhandlungen mit Bayern. Vielleicht wollte Bismarck auch von Bayern von Anfang an nichts weiter erreichen als den Abschluß eines Schutz- und Trutzbündnisses; da aber die bayrischen Vertreter auf seine ersten Andeutungen nicht eingingen, so mußte er vermuten, daß

man dort Bedenken trage, sich für den Fall eines Krieges der eigenen Bewegungsfreiheit in der Verfügung über seine Truppen zu berauben. Er trat daher den bayrischen Unterhändlern in Berlin zunächst sehr schroff gegenüber. Er verlangte die Abtretung eines erheblichen Teiles der bayrischen Pfalz und große Stücke der Provinzen Unterfranken und Oberfranken mit Kulmbach. Als die Bayern sich über die Höhe dieser Forderungen beklagten und auf die mildere Behandlung der übrigen süddeutschen Staaten hinwiesen, antwortete ihnen Bismarck, die übrigen hätten alle irgendeine hohe Fürsprache gehabt — Sachsen sei durch Österreich, Württemberg und Hessen durch den Zaren, Baden durch die nahe Verwandtschaft des Großherzogs mit König Wilhelm vor härteren Bedingungen bewahrt geblieben. Da Bayern keine solchen Fürsprecher aufzuweisen habe, so müsse es eben für die anderen mit bezahlen. Im Laufe der langwierigen Einzelverhandlungen gab er dann einige seiner Forderungen auf, aber die Abtretungen, auf denen er bestand, waren immer noch recht erheblich. Offenbar drang der König selbst auf bedeutende Landerwerbungen und wollte in Kulmbach wenigstens ein Stück der alten hohenzollernschen Stammlande in Franken zurückgewinnen.

Bismarck hat den bayrischen Unterhändlern, dem Minister von der Pfordten und dem Grafen Bray, mehrmals versichert, daß er sein Möglichstes tue, um den König zur Herabminderung seiner Forderungen zu bestimmen; er habe ihm Dinge gesagt, wie noch nie vorher; und es liegt kein Grund vor, an der Richtigkeit dieser Angabe zu zweifeln. Er legte gerade hier mehr Wert auf die Anbahnung eines künftigen engeren Einvernehmens als auf einige Landstücke, die außerhalb aller Verbindung mit dem übrigen preußischen Staatsgebiet standen. Als sich Wilhelm im Ministerrat vom 15. August endlich den Verzicht auf Oberhessen hatte abringen lassen, konnte man die Abtretung pfälzischer Gebiete, die ja zum Ersatz an Hessen-Darmstadt hatten dienen sollen, fallen lassen; aber auf den fränkischen Gebieten mit Kulmbach bestand der König nur desto eifriger. Einmal glaubte Bismarck ihn so weit gebracht zu haben, daß er auf jede Gebietsabtretung Verzicht leisten werde; die Nachrichten über Streitigkeiten, die

sich bei den Verhandlungen mit Österreich in Prag über den definitiven Frieden erhoben hatten und die zeitweise den Wiederausbruch des Krieges als möglich erscheinen ließen, wurden von ihm dazu benutzt, seinen Herrn zum Entgegenkommen gegen Bayern zu mahnen. Am Abend dieses Tages, des 18. August, erhielten die bayrischen Vertreter einen anonymen, mit Bleistift geschriebenen Zettel, welcher lautete: „Empfehlung statt aller Gebietsabtretung die volle Kontribution von 25 Millionen Gulden und Bündnis gegen das Ausland anzubieten. Dieses Billett zu vernichten bittet ein Freund." Die Unterhändler merkten natürlich, daß dieser Wink von Bismarck kam, und entschlossen sich ihn zu befolgen. Sie machten in der Tat in der nächsten Sitzung dies Angebot. Aber inzwischen war die Gefahr eines Bruches mit Österreich geschwunden, und der König war auf seine alten Wünsche zurückgekommen. Bismarck konnte daher nur versprechen, er werde noch einmal alles versuchen, was in seinen Kräften stehe, um seinen Herrn zum Eingehen auf diesen Vorschlag zu bestimmen. Ob es gelingen werde, wisse er nicht; denn der König wolle durchaus die Rolle der Nemesis spielen, anstatt Politik zu treiben; er habe ihm schon gesagt, wenn er moralische Gesichtspunkte zur Geltung bringen wolle, möge er sich lieber an seinen Kultusminister um Rat wenden als an ihn.

Bismarck hatte für sein Entgegenkommen noch einen ganz besonderen Grund. Schon seit einigen Tagen lagen Anzeichen vor, daß Napoleon noch einmal mit Kompensationsansprüchen hervortreten werde. Als Benedetti nach seiner Rückkehr aus Paris am 17. August den Verzicht auf seine früheren Forderungen aussprach, fügte er im besonderen Auftrag des Kaisers hinzu, dieser wünsche jedoch, daß er die Grenzen von 1814 erhalte, also Landau und das Saargebiet, daß ihm Luxemburg sofort gesichert werde und daß über die Unterstützung etwaiger künftiger Erwerbungen in Belgien ein bindendes Abkommen getroffen werde, er verlangte eine Antwort binnen drei bis vier Tagen. Bismarck lehnte die Abtretung deutscher Gebiete ab, solange sich die Bewohner nicht deutlich für Anschluß an Frankreich ausgesprochen hätten; in Luxemburg könne Preußen nichts weiter tun, als auf sein Besatzungsrecht verzichten, müsse es aber dem Kaiser überlassen, die

Erwerbung des Landes selbst in die Wege zu leiten. Seine Wünsche wegen Belgiens werde er dem König vortragen, mache aber darauf aufmerksam, daß von England eine starke Gegenwirkung zu erwarten sei. Bismarck fand Benedettis Haltung unverbindlich, fast drohend und war besonders unangenehm davon berührt, daß der Botschafter gleichzeitig hindernd in die Verhandlungen über den Abschluß des definitiven Friedens mit Österreich eingriff.

Von neuem war damit die Möglichkeit eines ernsten Zusammenstoßes mit Frankreich nahegerückt; es galt, vorher mit Bayern einig zu werden und sich seine Hilfe für alle Fälle zu sichern. Diese neue Wendung der Dinge war auch für den König entscheidend; er entschloß sich jetzt, auf Kulmbach zu verzichten und sich mit einer kleinen Grenzregulierung zu begnügen.

Jetzt erst konnte Bismarck den Vertrag, so wie er ihn wünschte, und das Schutz- und Trutzbündnis mit Bayern zum Abschluß bringen. Um seinem Herrn für den entgangenen Erwerb in Franken eine kleine Entschädigung zu gewähren, regte er an, daß König Ludwig dem König Wilhelm das Mitbesitzrecht der Burg von Nürnberg, des Stammschlosses der Hohenzollern, anbieten möge. Dies ist auch bei dem definitiven Abschluß des Friedens geschehen; die bayrischen Vertreter überreichten aber das Schreiben ihres Königs vorsichtigerweise erst, nachdem sie sich überzeugt hatten, daß daraus kein Anspruch auf die Ausübung staatlicher Hoheitsrechte seitens des Königs von Preußen hergeleitet werden würde.

Nachdem er mit allen süddeutschen Staaten ins Reine gekommen war, konnte Bismarck mit um so leichterem Herzen Benedetti auf seine neuen Forderungen antworten. Auf die Vorstellungen des Grafen Goltz hatte Napoleon inzwischen versichert, daß er kein so starkes Drängen befohlen habe, und ganz freundschaftlich weiter verhandeln wolle, ja er hatte sogar als Gegenleistung in Aussicht gestellt, daß er einer späteren Einbeziehung Süddeutschlands in den norddeutschen Bund keine Hindernisse in den Weg legen werde. Die Antwort, die Bismarck am 7. September nach erfolgter Genehmigung des Königs gab, bezog sich nur auf Belgien, da er in den beiden anderen Fragen schon vor-

her seinen Standpunkt präzisiert hatte. Er erklärte, unter der Voraussetzung eines entsprechenden Verhaltens des Kaisers gegenüber der Vollendung der deutschen Einheit, wolle der König einer auf Erwerbungen auf dem Boden der französischen Nationalität gerichteten Politik Napoleons gegenüber wohlwollende Neutralität beobachten. „Wenn alsdann die beiden Mächte bei der Verfolgung ihres natürlichen Entwicklungsganges auf Hindernisse und Gefahren stoßen, so würden Se. Majestät gern zu Verabredungen wegen gemeinschaftlicher Abwehr derselben die Hand bieten." Einen förmlichen Vertrag wollte er also offenbar erst dann schließen, wenn Napoleon wirklich zu Erwerbungen in Belgien schreite oder ein Anschluß der Süddeutschen an den Norddbund in unmittelbare Sicht komme.

Aber dem Kaiser lag gerade an einer bindenden schriftlichen Abmachung. Benedetti arbeitete selbst einen Vertragsentwurf aus, der Frankreich verpflichten sollte, die spätere Einbeziehung Süddeutschlands in das Bundesverhältnis anzuerkennen, Preußen aber auferlegte, den König der Niederlande zur Abtretung Luxemburgs an Frankreich zu bestimmen und den Kaiser bei der Eroberung und Behauptung Belgiens mit seiner gesamten Kriegsmacht zu unterstützen. Von den Grenzen von 1814 war darin nicht mehr die Rede. Er schickte ihn nach Paris und erhielt ihn von dort mit Korrekturen des Ministers zurück. Dann legte er ihn Bismarck vor. Dieser nahm ihn zum Bericht an den König mit, erhob dann aber gegen Form und Inhalt verschiedene Bedenken und schob eine definitive Beantwortung immer wieder hinaus.

Das von Benedetti geschriebene Exemplar des Entwurfes behielt Bismarck zurück; man konnte ja nicht wissen, ob es nicht einmal gut sein werde, für die weitgreifenden Eroberungsabsichten Napoleons vollgültige Beweise in Händen zu haben. Als Bismarck beim Ausbruch des Krieges von 1870 dies Dokument veröffentlichte, um Frankreich in der öffentlichen Meinung zu diskreditieren, hat Benedetti behauptet, der Entwurf rühre eigentlich von dem preußischen Minister selbst her; nach dessen eigenen Angaben habe er ihn aufgestellt. Zweifellos hat Bismarck schon seit dem Sommer 1865 die Franzosen immer auf Bel-

gien hingewiesen, um sie von der Forderung deutscher Gebiete abzulenken; gewiß hat er auch diesmal die vorhandenen Möglichkeiten eingehend und wohlwollend mit dem Botschafter durchgesprochen. Aber trotzdem war der Entwurf ein Vorschlag der französischen Regierung selbst, der nicht nur von ihrem Vertreter geschrieben, sondern auch von Paris aus geändert und genehmigt war, und konnte daher mit vollem Recht als ein Beweis für die von Frankreich damals verfolgten Pläne angesehen werden.

Napoleon mußte allmählich einsehen, daß er ohne Krieg weder eine Landabtretung, noch eine feste Verpflichtung Preußens in Bezug auf Luxemburg oder Belgien erhalten werde. Da er nicht kämpfen wollte, mußte er diese Abweisung hinnehmen, obwohl die öffentliche Meinung Frankreichs dringend eine Kompensation für die Vergrößerung Preußens verlangte. Seine Politik hatte vollkommen Schiffbruch gelitten; Drouyn de Lhuys, empört über die Schwäche seines Gebieters, nahm seine Entlassung, und der Friede blieb erhalten. Der große Rechenkünstler an der Seine hatte in Bismarck seinen Meister gefunden; dieser war mindestens ebenso schlau und rücksichtslos wie er, aber er verfügte außerdem noch über ein Maß von Mut und Entschlußfähigkeit, das Napoleon nie besessen hatte; und er hatte eine siegreiche Armee hinter sich.

Gleichzeitig mit diesen Auseinandersetzungen zwischen Preußen und Frankreich und den Friedensverhandlungen mit den süddeutschen Staaten fanden in Prag die Verhandlungen über den Abschluß des definitiven Friedens mit Österreich statt.

Im allgemeinen wurden die Bestimmungen des Nikolsburger Präliminarfriedens zugrundegelegt. Als sich aber Österreich und Preußen darüber einigten, die Klausel fortzulassen, die eine Rückgabe Nordschleswigs an Dänemark vorsah, falls die Bevölkerung durch freie Abstimmung den Wunsch danach zu erkennen gebe, erhob Frankreich dagegen Einspruch und setzte ihre Beibehaltung durch. Es bestand ferner darauf, daß die in Nikolsburg aus dem französischen Vermittlungsvorschlag gestrichene Bestimmung, wonach der geplante Süddeutsche Bund eine „internationale, unabhängige Existenz" haben sollte, wieder eingefügt

werden müsse, und erreichte auch dies. Das waren die einzigen Erfolge, die Napoleon aus diesem Ringen davontrug.

Am 23. August wurde in Prag der Friedensvertrag unterzeichnet. Am 20. September konnte vom preußischen Landtag das Gesetz beschlossen werden, das die Einverleibung von Schleswig-Holstein, Hannover, Kurhessen, Nassau und des Gebietes der freien Stadt Frankfurt in den preußischen Staat aussprach. Die Herrscher von Kurhessen und Nassau fügten sich in das Unvermeidliche und verzichteten gegen eine Entschädigung auf ihre Rechte. Nur der König von Hannover weigerte sich hartnäckig, auf einen derartigen Vertrag einzugehen, und hat noch jahrelang versucht, bewaffnete Erhebungen seiner Anhänger gegen die preußische Herrschaft ins Leben zu rufen oder zu unterstützen.

Als nach dem mühsamen Ausgleich der Meinungsverschiedenheiten über den von Italien bei der Erwerbung Venetiens zu übernehmenden Teil der österreichischen Staatsschuld auch der Friede zwischen Österreich und Italien am 26. September unterzeichnet wurde, war der Friede in Europa wieder hergestellt. Es mußte sich nun zeigen, ob eine friedliche Ausgestaltung der Dinge auf den neu geschaffenen Grundlagen möglich sein werde.

Drittes Kapitel.

Die Gründung des Norddeutschen Bundes

Nachdem der Friede mit Österreich und den süddeutschen Staaten geschlossen war, mußte es Bismarcks erstes Bestreben sein, auch den inneren Frieden in Preußen wiederherzustellen.

Der Konflikt war in den letzten Jahren in voller Schärfe bestehen geblieben, aber bereits seit dem Anfang des Jahres 1866 zeigte sich bei einem Teil der preußischen Liberalen unzweifelhaft die Neigung, sich mit dem Ministerium Bismarck zu verständigen, sobald die Regierung nur einen Schritt entgegenkomme und durch einige Zugeständnisse den Friedensschluß ermögliche. Als dann der Krieg gegen Österreich sich vorbereitete, begann es vielen Liberalen in Preußen und im übrigen Deutschland klar zu werden, daß Bismarck der Mann sei, ein einiges kleineres Deutschland, wie sie es seit lange erstrebten, wirklich zu schaffen. Wohl konnte es ihnen nicht verborgen sein, daß dies neue Deutschland nach Bismarcks Wünschen wesentlich anders aussehen sollte, wie nach ihren Ideen, und daß es mit ganz anderen Mitteln ins Leben gerufen werden sollte, wie sie hatten anwenden wollen. Aber immmer mehr verbreitete sich die Erkenntnis, daß es ohne gewaltsame Mittel eben überhaupt nicht möglich sei, das Ziel zu erreichen. Und namentlich die preußischen Liberalen söhnten sich nicht allzu schwer mit dem Gedanken aus, daß in dem neuen Reiche die Vorherrschaft Preußens stärker ausgeprägt sein werde, als die Männer der Paulskirche und des Nationalvereins es gewollt hatten. Nur das eine Bedenken hielt sie noch zurück, ob Bismarck nicht die Stellung der Volksvertretung zu stark werde herabdrücken und den konservativ-feudalen

Elementen, auf die er sich in Preußen stützte, die unbedingte Vorherrschaft auch in dem neuen Bunde werde sichern wollen.

So mehrten sich seit dem Bekanntwerden des preußischen Parlamentsantrags die Zeichen davon, daß es mit der Einigkeit unter den Liberalen, sogar unter den Mitgliedern der Fortschrittspartei nicht mehr aufs beste bestellt sei. Schon seit längerer Zeit hatte eine vorwiegend wirtschaftlich interessierte Gruppe, die sich um Michaelis scharte und sich in ihrem Streben nach voller Durchsetzung freihändlerischer Gesichtspunkte durch Bismarcks Handelspolitik gefördert sah, dahin gearbeitet, wenigstens in solchen praktischen Fragen ohne Rücksicht auf den Verfassungskampf die Regierung zu unterstützen; ihren Bemühungen war es gelungen, die Genehmigung des Handelsvertrags mit Frankreich im Abgeordnetenhause durchzusetzen. Jetzt wuchs die Zahl derjenigen, die es vom nationalen Standpunkt aus für ihre Pflicht hielten, jede Politik eines preußischen Ministers zu unterstützen, die Aussicht auf die Verwirklichung der Einheit bot; sie waren geneigt, vorläufig alle Bedenken gegen die Persönlichkeit Bismarcks und gegen das System, das er vertrat, in der Hoffnung zurückstellen, daß der natürliche Gang der Dinge schließlich doch zu einer Verstärkung des populären Elementes in der Verfassung führen werde. Aber die große Mehrzahl der preußischen Liberalen blieb bis zum Kriege dabei, daß nur ein liberales Ministerium die Einigung Deutschlands vollbringen könne; sie verlangten als Vorbedingung jeder Unterstützung der Regierungspolitik einen vollständigen Wechsel des Ministeriums und wollten dem unheimlichen Gegner auf keinen Fall helfen.

Bismarck hat schon vor dem Kriege diesen Zwiespalt auszunutzen versucht und Verbindungen mit solchen liberalen Führern innerhalb und außerhalb Preußens angeknüpft, die ihm zu einer Verständigung geneigt schienen. Der Verlauf des Krieges selbst, die schnellen und großen Erfolge der preußischen Waffen, der Friedensschluß mit seinen grundlegenden Änderungen in der territorialen Zusammensetzung Deutschlands, die Belebung der nationalen Gefühle durch den Einmischungsversuch Frankreichs, von dem doch eine ziemlich bestimmte Kunde in die Öffentlichkeit gelangte, alles das zusammen ließ die Zahl derjenigen Libe-

ralen erheblich anschwellen, die es für notwendig hielten, eine Verständigung mit der Regierung zu suchen. Mußten sie doch fürchten, bei der Bevölkerung des Landes, und gerade auch bei denjenigen Schichten, die sie in das Parlament geschickt hatten, jetzt kein Verständnis mehr zu finden, wenn sie an der unbedingten Opposition festhielten. Bismarck war durch den Erfolg des Krieges mit einem Schlage ein populärer Mann geworden. Schon nach den ersten Siegesnachrichten aus Böhmen, bevor er mit dem König zum Kriegsschauplatz abreiste, war er von der Bevölkerung Berlins zum erstenmal mit spontanen Huldigungen begrüßt worden; und jetzt war man erst recht stolz auf ihn; denn überall empfand man deutlich, daß die Politik der letzten Jahre und die großen Siege der letzten Wochen ohne ihn nicht möglich gewesen sein würden.

Ende Februar war der alte Landtag, noch ganz beherrscht von der alten Konfliktsstimmung, auseinandergegangen. Nur ein paar Konservative und Katholiken waren im Weißen Saale erschienen, um die ungnädigen Abschiedsworte des Monarchen anzuhören. Das ganze Präsidium des Abgeordnetenhauses hatte durch Abwesenheit geglänzt. Sobald der Krieg in Sicht kam, hatte der König das Parlament aufgelöst (9. Mai). Unter dem Eindruck der ersten Waffenerfolge hatten die Neuwahlen begonnen, am Tage der Schlacht von Königgrätz war die neue Volksvertretung definitiv gewählt worden. Das Ergebnis war eine schwere Niederlage der Liberalen gewesen, die höchst unklugerweise die Wahlparole ausgegeben hatten, daß kein Geld für den Krieg bewilligt werden dürfe, solange Bismarck Minister sei. Die Gegner konnten ihnen mit Recht vorwerfen, sie wollten die tapferen Soldaten hungern lassen. So zogen die Konservativen, die bisher nur 38 Sitze innegehabt hatten, mit 142 Abgeordneten in die neue Volksvertretung ein, die Altliberalen mit 26 anstatt 9; hingegen schmolzen die beiden Fraktionen der bisherigen Mehrheit stark zusammmen, das linke Zentrum von 110 au 65, die Fortschrittspartei von 143 auf 83, ebenso die katholische Fraktion von 26 auf 15 und die Polen von 26 auf 21. Der Schwerpunkt des Abgeordnetenhauses war mit einem Male stark nach rechts verschoben; das preußische Volk hatte sich, schon be-

vor die eigentliche Entscheidung des Feldzugs ihm bekannt war, für die kühne und konsequente Politik der Regierung ausgesprochen und gezeigt, daß es den konstitutionellen Bedenken der bisherigen Mehrheit weniger Bedeutung beilege, als es bisher in ruhigen Zeiten den Anschein gehabt hatte.

Dies Ergebnis war um so beunruhigender für die Liberalen, als es nicht etwa durch eine nennenswerte Verschiebung in der Wahlbeteiligung erreicht war; auch jetzt wählten von der Masse des Volkes, die in der dritten Klasse stimmte, nur 27 Prozent. Es waren also nicht etwa neu aufgebotene Hilfstruppen, die den Sieg der Gegner herbeigeführt hatten, sondern die eigenen Wähler hatten das Lager der Opposition zum großen Teil verlassen und waren zu den bisherigen Feinden übergegangen. Hätten die beiden Fraktionen der Linken die kleine Mehrheit, die sie im Bunde mit den Katholiken und Polen immer noch besaßen, zu einer Erneuerung des Konflikts benutzt, und hätte die Regierung jetzt nach dem großen Siege das Haus noch einmal aufgelöst, so würden schwerlich viele oppositionelle Abgeordnete ihre Mandate behauptet haben. Dies war so leicht vorauszusehen, daß die Liberalen sich sehr ernstlich die Frage vorlegen mußten, ob es nicht besser sei, sich mit der Regierung auf jede irgend annehmbare Bedingung hin zu verständigen.

Aber auch für Bismarck gab es Gründe genug, einen Frieden zu erstreben. Ein neues Staatswesen sollte in Norddeutschland geschaffen werden. Wäre es klug gewesen, den inneren Kampf von Anfang an in dieses hineinzutragen? Denn das Militärwesen samt den dazu erforderlichen finanziellen Bewilligungen sollte ja in Zukunft zur Kompetenz des norddeutschen Reichstags gehören. Ein altes, fest fundiertes Staatswesen mit ausgeprägter historischer Eigenart, wie Preußen es war, konnte einen solchen Zustand jahrelang ertragen, ohne sichtbar darunter zu leiden. Bei Begründung des neuen Bundesstaates aber, für den die Grundlagen nur mit Hilfe eines Bundesparlaments festgestellt werden konnten, hätte ein erbitterter Kampf zwischen Regierung und Volksvertretung geradezu verhängnisvoll werden können. Dazu kam, daß auch der preußische Staat durch die große Gebietserweiterung eine wesentliche Veränderung in der Zusammen-

setzung seiner Bevölkerung erlitten hatte. Bei den bedeutenden Schwierigkeiten, die, wie sich voraussehen ließ, bei der Eingliederung der neuen Provinzen in das alte Preußen entstehen mußten, hätte es eine weitere Erschwerung der Aufgabe bedeutet, die hier zu lösen war, wenn man die zahlreichen liberalen Elemente dieser Gebiete sich zu unbedingten Gegnern gemacht hätte. Das mußte um so mehr ins Gewicht fallen, als die konservativen Schichten dieser Länder zunächst noch an den vertriebenen Dynastien hingen, und also ohnehin der Einverleibung in den preußischen Staat widerstrebten, während gerade die Liberalen an sich zum Anschluß an ein größeres Ganzes geneigter waren. Endlich aber war es ja niemals Bismarcks Absicht gewesen, den Zwiespalt mit dem Parlament auf die Dauer fortbestehen zu lassen; seine Gedanken waren vielmehr von Anfang an dahin gegangen, durch Erfolge in der auswärtigen Politik und durch eine vorübergehende Diktatur das Parlament von den nach seiner Ansicht übertriebenen Forderungen abzubringen; durch einen Friedensschluß, bei dem die Regierung die in der Kampfzeit erlassenen Verfügungen, die Opposition aber ihren Anspruch auf Vorherrschaft des Parlaments zum Opfer bringen sollte, hoffte er dann geordnete Zustände wieder herzustellen.

Bismarck gedachte diesen Friedensschluß in der Art zustande zu bringen, daß er für die ohne ordnungsmäßig bewilligtes Budget seit 1862 geleisteten Staatsausgaben die nachträgliche Bewilligung des Parlaments nachsuchte. Er hatte ja nie bestritten, daß diese Bewilligung an sich zur vollen Rechtsgültigkeit der von der Regierung einseitig verfügten Maßregeln notwendig sei; und wenn er jetzt, wo die Regierung so große Erfolge erzielt hatte, wo sie bei der Erregung des gesamten Volkes durch Auflösung und Neuwahlen vielleicht auch ohne jedes Entgegenkommen eine gefügige Mehrheit hätte erlangen können, diesen Antrag einbrachte, so konnte das nicht als Schwäche ausgelegt werden. Er hatte die Einbringung eines Indemnitätsgesetzes, falls er dies beim König durchsetzen könne, bereits am 1. Juni von der Heydt versprochen, als dieser das Finanzministerium wieder übernahm. Unmittelbar nach der Schlacht bei Königgrätz

hatte er dann dem Kronprinzen seinen Plan entwickelt und die lebhafte Zustimmung des Thronfolgers gefunden. Aber auch in dieser Frage wollte der König seinem Minister zunächst nicht folgen. Ihm erschien das Einbringen eines solchen Indemnitätsgesetzes bereits als ein Bekenntnis des Unrechts gegenüber der Volksvertretung, als eine Art von Bitte um Verzeihung für das, was man in den vergangenen Jahren getan hatte, während er doch überzeugt war, nur in pflichtmäßiger Verteidigung der Rechte seiner Krone gehandelt zu haben. Wir werden es Bismarck glauben dürfen, daß er nur unter großen Schwierigkeiten die Zustimmung des Königs zu diesem Gesetz hat erlangen können.

Bereits in der Thronrede, mit welcher der preußische Landtag eröffnet wurde, kündigte der König das Indemnitätsgesetz an, betonte daneben aber, daß es die Pflicht der Regierung gewesen sei, so zu handeln, wie sie es getan habe. In der großen Rede, mit der Bismarck am 1. September 1866 den Entwurf wirklich einbrachte, bat er das Abgeordnetenhaus, nun auch seinerseits Mäßigung zu üben und nicht etwa zu verlangen, daß die Regierung ein Bekenntnis ihres Unrechts ablege. So wenig in den auswärtigen Verhältnissen ein Friedensschluß überhaupt denkbar sein würde, wenn man ein solches Eingeständnis von einem der streitenden Teile verlangen wollte, so wenig sei es auch in der inneren Politik möglich. „Wir wünschen den Frieden, sagte er, nicht weil wir kampfunfähig sind in diesem inneren Kampf; im Gegenteil, die Flut fließt in diesem Augenblick mehr zu unseren Gunsten als vor Jahren; — wir wünschen den Frieden, weil unserer Meinung nach das Vaterland ihn im gegenwärtigen Augenblicke in höherem Grade bedarf als früher; — — wir hätten ihn früher gesucht, wenn wir früher hätten hoffen können, ihn zu finden. — — Wir werden dann die Aufgaben, die uns zu lösen bleiben, mit Ihnen in Gemeinschaft lösen; ich schließe von diesen Aufgaben Verbesserungen der inneren Zustände in Erfüllung der in der Verfassung gegebenen Zusagen keineswegs aus.“ Namentlich die letzten Worte Bismarcks riefen stürmischen Beifall auf allen Seiten des Hauses hervor, und bei der Abstimmung, die zwei Tage später stattfand, wurde das Indemnitätsgesetz mit 230

gegen 75 Stimmen angenommen. Der König wahrte seinen Standpunkt noch einmal ausdrücklich, indem er der Deputation des Abgeordnetenhauses sagte, er werde eintretendenfalls wieder ebenso handeln, wie er getan habe, fügte jedoch hinzu, er hoffe, es werde nicht wieder vorkommen.

Damit war der Heeres- und Verfassungskonflikt, der Preußens Staatsleben seit mehr als sechs Jahren beherrscht hatte, beendet, und zwar, darüber kann trotz des Indemnitätsgesetzes kein Zweifel sein, beendet mit einem vollen Siege der Regierung. Als Bismarck vor dem Kriege einzelne liberale Führer darüber befragte, welche Zugeständnisse in der Budgetfrage sie von der Regierung verlangten, hatte Twesten die königliche Zusage gefordert, daß hinfort keine von einem der beiden Häuser des Landtags verweigerten Ausgaben geleistet werden sollten; diese Zusicherung müsse außerdem in einer solchen Form erteilt werden, daß sie die Staatsregierung in bezug auf die Auslegung der streitigen Verfassungsartikel für alle Zukunft binde. Jetzt bewilligte die Mehrheit des Abgeordnetenhauses die Indemnität, ohne vonseiten der Regierung irgendwelche Garantien für die Zukunft erhalten zu haben oder auf irgendeiner der früher gestellten Bedingungen zu beharren, während sie doch genau wußte, welchen Standpunkt der König und die Regierung in der Frage des Budgetrechtes auch jetzt noch einnahmen. Dadurch erkannte sie unzweifelhaft an, daß die Regierung in außerordentlichen Fällen ein Recht zur Leistung unbewilligter Ausgaben habe, und dem Parlament nichts weiter übrig bleibe, als dazu nachträglich seine Zustimmung zu geben. Die Mehrheit gab ihre alten Ansprüche damit auf; aber sie konnte in diesem Augenblick gar nicht anders handeln, wenn sie nicht durch eine Auflösung und Neuwahl einfach weggespült werden wollte. Der Mehrheit der Bevölkerung waren eben die Fragen des Verfassungsrechtes viel weniger wichtig als die Abgeordneten angenommen hatten; sie stand hinter einer Regierung, welche die Würde und Macht des Staates kraftvoll zu vertreten verstand; das war der letzte Grund für die Niederlage des Parlaments in diesem Kampfe. Dieser Ausgang des Konfliktes ist aber nicht nur für das Verfassungsleben Preußens, sondern indirekt auch für das des Norddeutschen

Bundes und später auch für das des Deutschen Reiches ausschlaggebend gewesen. Es stand seitdem fest, daß es in dem größten Staate Deutschlands keine parlamentarische Regierung gebe, sondern daß hier nach wie vor die oberste Leitung in der Hand der Regierung liege, während die Volksvertretung nur bestimmt umgrenzte, ihr durch die Verfassung ausdrücklich zugebilligte Rechte auszuüben habe.

Die Abstimmung über das Indemnitätsgesetz bedeutete aber auch für die politischen Parteien Preußens den Beginn einer neuen Zeit. Zunächst spaltete sich die konservative Partei. Die Mehrzahl mißbilligte es, daß die Regierung überhaupt ein Indemnitätsgesetz vorlegte und ihre augenblickliche Machtstellung nicht zur vollständigen Niederwerfung der Opposition benutzte. Auch die Annexionspolitik, die Entthronung legitimer Herrscherhäuser betrachteten viele von ihnen mit großen Bedenken; am schärfsten sagte sich der letzte Kampfgenosse aus den Zeiten der Kamarilla, Ernst Ludwig von Gerlach, jetzt von Bismarck los. Aber eine ganze Anzahl von Konservativen, namentlich solche, die dem hohen Adel und dem oberen Beamtentum angehörten, hielten es für ihre Pflicht, der Regierung unbedingt zu folgen und die von ihr eingeleitete Versöhnungspolitik ehrlich zu unterstützen. Sie trennten sich als „Freie konservative Vereinigung" von der Gesamtpartei ab und traten auch in den Wahlkampf für den norddeutschen Reichstag als eine besondere freikonservative Gruppe ein.

Noch bedeutungsvoller war aber die Einwirkung dieser Vorgänge auf die Liberalen. Gerade bei einer prinzipiell so wichtigen Frage, wie es die Bewilligung des Indemnitätsgesetzes war, mußte der alte Gegensatz zwischen den unbedingten Anhängern des Prinzips und den zum Verhandeln mit der Regierung geneigten Opportunisten besonders deutlich zum Ausdruck kommen. Das linke Zentrum und die Fortschrittspartei spalteten sich bei der Abstimmmung; nur 22 von der ersteren und 40 von der letzteren Gruppe stimmten gegen das Gesetz. Waldeck, Hoverbeck und Virchow waren die bedeutendsten Wortführer der unentwegten Opposition, während Löwe, Twesten, Lasker und Michaelis für die Bewilligung der Indemnität eintraten.

Ähnliche Meinungsverschiedenheiten zeigten sich auch bei der Abstimmung über andere wichtige Vorlagen, die dem Abgeordnetenhause in dieser Session zugingen, namentlich bei dem Annexionsgesetz und dem Wahlgesetz für den norddeutschen Reichstag. Gegen die Annexion als solche waren die Liberalen natürlich nicht; aber viele nahmen Anstoß an der Art, wie sie ausgeführt werden sollte. Nach der Regierungsvorlage sollte zunächst nur die Übernahme der Regierung in Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt durch den König von Preußen erfolgen, die „definitive Regulierung der Beziehungen dieser Länder zu dem preußischen Staatsgebiete" aber durch ein besonderes Gesetz zu einem völlig unbestimmt gelassenen Zeitpunkt erfolgen. Das hätte die Einräumung einer diktatorischen Gewalt an die Regierung innerhalb dieser neuen Provinzen auf unbestimmte Zeit bedeutet; denn sie hätten weder zum preußischen Landtag Abgeordnete wählen dürfen, noch dessen Gesetzgebungsgewalt unterworfen werden können, bis ihre volle Vereinigung mit dem preußischen Staate definitiv vollzogen gewesen wäre; und eine Berufung der bisherigen Stände dieser Länder wäre auch nicht unbedenklich gewesen. Es wurde sogar darauf hingewiesen, daß eine Rückgabe an die früheren Herrscher ohne Zustimmung des preußischen Landtags nicht verhindert werden könne, wenn man das Gesetz gutheiße. Bismarck erklärte in der Kommissionsberatung allerdings, daß eine bloße Personalunion „für die preußische Regierung auf die Dauer nicht wünschenswert und zur Entwicklung wahrer nationaler Kraft nicht geeignet" sei. Aber konnte man sich damit wirklich begnügen? Die Notwendigkeit außerordentlicher Vollmachten für eine kurze Übergangszeit räumte die Kommission ein; aber sie beschloß, anstatt der mehrdeutigen Ausdrücke der Vorlage bestimmt die dauernde Vereinigung der eroberten Länder mit der preußischen Monarchie auszusprechen und die preußische Verfassung dort mit dem 1. Oktober 1867 in Kraft treten zu lassen. Nur 14 Stimmen, meist der äußersten Linken angehörig, wurden gegen diese Fassung des Gesetzes abgegeben, nachdem Bismarck sich damit einverstanden erklärt hatte.

Ebenso große Bedenken erregte das Wahlgesetz für den

künftigen Reichstag. In dem Vorschlag der Regierung war, entsprechend dem von Preußen vor dem Kriege gestellten Reformantrag und den Bestimmungen des Bündnisvertrags mit den norddeutschen Staaten, das Reichswahlgesetz von 1849, das ja auf dem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht beruhte, zugrunde gelegt; ferner war ausdrücklich gesagt, daß der Reichstag zur Beratung und Vereinbarung einer Verfassung für den norddeutschen Bund berufen werden solle. Im Abgeordnetenhause fragte man sich, wozu denn nach den großen Annexionen ein norddeutscher Bund überhaupt noch nötig sei? Würde es nicht genügen, wenn bei Beratungen, die nicht Preußen allein beträfen, die Abgeordneten der übrigen norddeutschen Staaten an den Sitzungen des preußischen Landtags teilnähmen? Würde dieser nicht alle Bedeutung und fast seine Existenzberechtigung verlieren, wenn ihm die Beschlußfassung über so wichtige Fragen wie die Gestaltung des Militärbudgets entzogen und einem anderen Parlament übertragen werden sollte? Namentlich unter den Liberalen regte sich die Befürchtung, daß ein aus dem allgemeinen Wahlrecht hervorgegangener Reichstag vielleicht gefügiger gegenüber der Regierung sein werde, als die bisherige liberale Mehrheit des preußischen Abgeordnetenhauses. Indessen war an der Tatsache, daß der norddeutsche Bund bereits durch die Verträge zwischen Preußen und den übrigen Regierungen ins Leben gerufen und vonseiten Österreichs und Frankreichs anerkannt war, nicht mehr zu rütteln. Ohne Parlament wollte und konnte man ihn ja unter keinen Umständen lassen, und so hieß es, sich mit dieser unangenehmen Konkurrenz abzufinden. Auf keinen Fall aber wollte man dem neuen Parlament die unbeschränkte Vollmacht geben, die Verfassung mit den Regierungen allein zu vereinbaren und nach Belieben Dinge, die bisher zum Wirkungskreis des preußischen Landtags gehört hatten, der Kompetenz des Bundes zuzuweisen. Man beschloß daher, aus dem Wahlgesetz die Worte „und zur Vereinbarung" zu streichen und dem Reichstag nur eine vorberatende Stellung einzuräumen; die Verfassung, über die er mit den Regierungen einig werden würde, sei dann jedenfalls zur endgültigen Beschlußfassung dem preußischen Landtag vorzulegen, da Ver-

änderungen der preußischen Verfassung, wie sie ohne Zweifel nötig sein würden, nur mit seiner Zustimmung vorgenommen werden könnten. Gegen dies Argument ließ sich rechtlich nichts einwenden; auch Bismarck begnügte sich mit dem Hinweis, daß jeder Landtag der kleineren Staaten das gleiche Recht für sich in Anspruch nehmen könne, und daß es daher bei dessen Geltendmachung von preußischer Seite schwieriger sein werde, zu einer schnellen Einigung zu gelangen.

Auch gegen die Anwendung des allgemeinen Wahlrechts wurden Bedenken laut; aber auch hier konnte die Regierung auf die übernommenen Verpflichtungen hinweisen. Bismarck ließ dem Abgeordnetenhause die Hoffnung, daß es vielleicht möglich sein werde, in der Verfassung des Bundes für die Zukunft ein anderes Wahlrecht vorzuschreiben, da sich die bestehende Verpflichtung ja nur auf „eine ad hoc berufene Versammlung" beziehe; damit mußte man sich wohl oder übel begnügen. Nur das Herrenhaus sprach den ausdrücklichen Wunsch aus, es möge darauf Bedacht genommen werden, daß man später die Hälfte der Abgeordneten zum Reichstag von den Höchstbesteuerten wählen lasse und ihm außerdem ein Staatenhaus an die Seite stelle.

Noch stärker als diese Beratungen zeigten die Debatten über die finanziellen Fragen ein Nachwirken der alten Konfliktsstimmung. Die von der Regierung zur Wiederansammlung und dauernden Vergrößerung des Staatsschatzes geforderten Bewilligungen wurden nur unter der Bedingung gemacht, daß der Betrag dieses Schatzes die Höhe von 30 Millionen Talern ohne besondere Zustimmung des Landtags niemals überschreiten dürfe. Die Kommission hatte die Verwerfung der Regierungsvorlage beantragt; die vermittelnde Fassung wurde von Michaelis vorgeschlagen und schließlich mit großer Mehrheit angenommen, nachdem Bismarck im Namen der Regierung erklärt hatte, daß aus diesem Fonds niemals andere Ausgaben als solche zum Zweck der Landesverteidigung gemacht werden sollten; ein großer Teil der Fortschrittspartei stimmte dagegen. In der Wintersession wurde das von der Regierung vorgelegte Budget für 1867 stark zusammmengestrichen; Bismarck erklärte jedoch, daß man ver-

suchen wolle, mit den bewilligten Summen auszukommen, um dem Hause den guten Willen der Regierung zu zeigen.

Alle diese Vorgänge zeigten doch, wie groß das Mißtrauen auf beiden Seiten noch war, und mußten solchen Männern, die ein aufrichtiges Zusammengehen mit der Regierung wünschten, die Frage nahelegen, ob das so bleiben und ob man diese Stimmung auch in den norddeutschen Reichstag hinübertragen dürfe. Nur eine neue Orientierung der Parteien, eine Schaffung neuer Organisationen neben den in alten Geleisen festgefahrenen schien durchgreifend helfen zu können.

Ende September wurde nach Erledigung der dringendsten Vorlagen das Parlament vertagt; unmittelbar darauf erließen 24 liberale Abgeordnete, 15 von der Fortschrittspartei und 9 vom linken Zentrum, eine Kundgebung, in der sie die Gründe darlegten, aus denen sie für die Regierung eingetreten seien. Sie hätten es für ihre Pflicht gehalten, die bestehende Regierung in ihrer auf die wahre Einigung des deutschen Vaterlandes gerichteten kraftvollen auswärtigen Politik zu unterstützen. Dies sei nur möglich gewesen, indem man durch Annahme des Indemnitätsgesetzes ein normales Verhältnis zwischen Regierung und Volksvertretung wieder hergestellt habe. Sie wollten damit keineswegs die innere Politik der Regierung im Prinzip billigen, sondern fühlten, wie sie sagten, die Pflichten einer wachsamen und loyalen Opposition auf sich ruhen; als ihr Ziel bezeichneten sie es, neben der Aufrechterhaltung der Wehrkraft und auswärtigen Machtstellung des Staates die Verfassung in freisinnigem Geiste auszubauen und namentlich die Selbstverwaltung immer weiter auszudehnen. „Doch sind wir fest entschlossen, solange uns in diesem Sinne zu wirken vergönnt ist, die Opposition nicht hinübergreifen zu lassen auf das Gebiet der gebilligten deutschen Politik."

Die Unterzeichner dieser Erklärung hatten wohl anfangs nicht die Absicht, eine neue Fraktion zu bilden; aber bald sahen sie sich doch zu diesem Schritte gedrängt, zumal da bei den gleichgesinnten Elementen in den neuen preußischen Provinzen und in den norddeutschen Kleinstaaten das dringende Verlangen hervortrat, einer Partei angehören zu können, die zwar liberal, aber

nicht auf die Traditionen der preußischen Konfliktszeit eingeschworen sei. Im November 1866 konstituierte sich ein Teil der Unterzeichner jener Erklärung in Verbindung mit anderen gleichgesinnten preußischen Abgeordneten als besondere Gruppe und nannte sich „Nationale Partei". Mit ihr schlossen sich im Wahlkampf für den norddeutschen Reichstag jene außerpreußischen Liberalen fester zusammen, die das Vergangene ruhen lassen und sich den praktischen Aufgaben der Zukunft widmen wollten. In Hannover, wo Rudolf von Bennigsen ihr Führer war, nahmen diese Elemente zuerst die Bezeichnung „National-Liberale", an; im norddeutschen Reichstag selbst wurde die Zusammenfassung der Gleichgesinnten vollendet und damit eine neue Partei gegründet, die namentlich in den folgenden Jahren einen weitreichenden Einfluß geübt hat.

Die entscheidende Bedeutung dieser neuen liberalen Parteibildung lag darin, daß sich der rechte Flügel des Liberalismus offen und endgültig von dem sogenannten parlamentarischen System lossagte. Der Satz, daß die Mehrheit des Parlaments die ausschlaggebende Instanz im Staatsleben sein müsse, daß der Herrscher verpflichtet sei, aus ihr seine Ratgeber zu wählen, hatte zwar niemals zum anerkannten politischen Inventar des Liberalismus gehört. Zu allen Zeiten hatte es Liberale gegeben, die ihn nicht für richtig hielten, und im allgemeinen entsprach der liberalen Anschauung die Gleichberechtigung von Regierung und Parlament viel besser, da sie eine viel sicherere Garantie der politischen Freiheit bot. Aber im Kampf gegen die alten Gewalten, in dem begreiflichen Bestreben, sich nach dem schnellen Siege von 1848 erst einmal die eigentliche Macht, die Verfügung über die Exekutivgewalt zu sichern, hatten die meisten von ihnen sich praktisch und teilweise auch theoretisch zu diesem Prinzip bekannt. In der Verbitterung der Reaktionszeit hatten sich dann alle unzufriedenen Elemente zusammengefunden, um der herrschenden Adels- und Beamtenklique die Macht zunächst wieder aus der Hand zu reißen, und die Führung war, wie es in solchen Fällen immer zu geschehen pflegt, in die Hände der Radikalsten geraten. Der Unterschied zwischen Liberalen und Demokraten, der in der Revolutionszeit so grell hervorgetreten war, hatte sich noch

einmal fast bis zur Unkenntlichkeit verwischt. Ihnen war nicht bloß die Opposition gegen die bestehende Regierung gemeinsam, sondern auch das Streben nach einem deutschen Gesamtstaat mit volkstümlicherer Organisation; aber sie vermochten doch nur deshalb so lange zusammenzuarbeiten, weil auch die Liberalen sich mehr oder minder daran gewöhnt hatten, das den Demokraten natürliche, nach ihren Grundprinzipien notwendige parlamentarische System als die naturgemäße Form des modernen monarchischen Staates zu betrachten. Die Altliberalen, die das nicht taten, wurden beiseite gedrängt; in der Fortschrittspartei, so viele Liberale sie umfaßte, dominierten im Grunde demokratisch gesinnte Männer. Der Konflikt drängte die Liberalen immer stärker in die Bundesgenossenschaft der Demokraten und in demokratische Gedankengänge hinein; in dem Augenblick, wo ein Zusammengehen mit der Regierung für sie wieder möglich wurde, ward das unnatürliche Bündnis zerrissen. Indem die neue liberale Partei den Satz aufstellte, daß es möglich und unter Umständen Pflicht sei, dieselbe Regierung in der auswärtigen Politik zu unterstützen und in der inneren Politik, wenn auch in loyalen Formen, zu bekämpfen, verstieß sie gegen das Prinzip der parlatarischen Regierung, wie man es während der vorausgegangenen Kampfzeit aufzufassen gelernt hatte. Aus den Reihen der bisherigen Kampfgenossen klang ihr natürlich der Vorwurf des Abfalls vor den wahren politischen Grundsätzen und des gesinnungslosen Opportunismus entgegen. In der Tat hatten sich aber die Liberalen nur auf die Grundlagen des eigenen Denkens besonnen. Dies war aber für die Folgezeit deshalb von so großer Tragweite, weil es nur dadurch Bismarck möglich wurde, mit ihnen zusammenzuarbeiten; solange der Liberalismus die Oberherrschaft des Parlaments über das Königtum verfocht, war eine ehrliche Verständigung selbst von Fall zu Fall zwischen ihm und Bismarck unmöglich gewesen; sobald er diesen Anspruch aufgab und sich zwar vorbehielt, die einzelnen Maßregeln der Regierung nach sachlichen Gründen zu unterstützen oder abzulehnen, sich aber bereit erklärte, ihr vor allen Dingen die für die Erhaltung der Staatsmacht nach außen erforderlichen Mittel zu gewähren, waren für den vorurteilslosen Realpolitiker eine Diskussion und

Zugeständnisse möglich. Wie weit er darin gehen werde, mußte die nächste Zukunft, mußten namentlich die Verhandlungen über die Verfassung des Norddeutschen Bundes zeigen.

* * *

Die Konstituierung dieses Bundes nahm längere Zeit in Anspruch, als im allgemeinen nach den Friedensschlüssen des Jahres 1866 erwartet wurde. Zunächst mußten sich die Regierungen untereinander über den Entwurf einer Bundesverfassung verständigen, der dann einem Norddeutschen Reichstage vorgelegt werden sollte. Da aber sämtliche Einzelstaaten Rechte an den Bund abzutreten hatten und dadurch mehr oder minder starke Veränderungen ihres eigenen Verfassungsrechtes erfuhren, so war auch die Genehmigung der Parlamente sämtlicher Einzelstaaten erforderlich, bevor die neue Verfassung in Kraft treten konnte.

Es war keine leichte Aufgabe, alle diese verschiedenen Faktoren zu gemeinsamem Handeln zu vereinigen, und es ist kein Wunder, daß die Verfassung, wie sie schließlich wirklich zustande kam, an den verschiedensten Stellen deutlich den Charakter eines Kompromisses zwischen verschiedenen Anschauungen und Richtungen trägt.

Die Grundlage aller Verhandlungen bildete der Bundesvertrag, den Preußen unmittelbar nach der Beendigung des Krieges am 18. August 1866 mit denjenigen norddeutschen Staaten abschloß, die an seiner Seite gefochten hatten. Sie garantierten sich darin gegenseitig ihren augenblicklichen Besitzstand und verpflichteten sich, auf Grund des preußischen Reformvorschlags vom 10. Juni unter Mitwirkung eines gemeinschaftlich zu berufenden Parlaments eine neue Bundesverfassung ins Leben zu rufen. Die Wahlen sollten nach Maßgabe des Reichswahlgesetzes von 1849 stattfinden; sobald sie ausgeschrieben seien, würden alle Regierungen Bevollmächtigte nach Berlin senden, um sich über einen dem Parlament vorzulegenden Verfassungsentwurf zu verständigen. Falls die Verfassung nicht bereits früher zustandekomme, sollte das Bündnis ein Jahr lang in Kraft bleiben. Mecklenburg machte einen besonderen Vorbehalt

wegen des Wahlrechts; Hessen-Darmstadt für Oberhessen, Sachsen-Meiningen, Reuß ä. L. und das Königreich Sachsen, die damals noch mit Preußen im Kriege lagen, mußten in den Friedensverträgen ihren Beitritt zu diesem Bündnis erklären.

Damit war zunächst ein provisorischer Norddeutscher Bund auf ein Jahr ins Leben gerufen, der allerdings, solange die geplante Verfassung nicht wirklich vereinbart und von allen in Betracht kommenden Instanzen genehmigt war, nur den Charakter eines gewöhnlichen völkerrechtlichen Bündnisses zwischen selbständigen Staaten haben konnte. Bismarck wollte auch jetzt den Regierungen gegenüber die gleiche Taktik befolgen, die er schon vor dem Kriege als die allein zum Ziele führende bezeichnet hatte: die Wahl und der unmittelbar bevorstehende Zusammentritt eines gemeinsamen Parlaments sollte sie zwingen, innerhalb einer kurzen Frist über gemeinsame Vorschläge einig zu werden. Für den 15. Dezember wurden die Bevollmächtigten nach Berlin berufen, um den inzwischen von der preußischen Regierung ausgearbeiteten Verfassungsentwurf in Beratung zu nehmen. Er war freilich nicht in allen Einzelheiten, aber den Grundgedanken nach ein Werk Bismarcks.

Der Minister war nach den furchtbaren physischen und geistigen Anstrengungen des Krieges, der Friedensverhandlungen und der Berliner Parlamentssession nervös ganz zusammengebrochen. Schon im Frühjahr 1866 war sein Nervensystem so überreizt, daß ihn Aufregung und Zorn gerade in entscheidenden Momenten auf das Krankenlager werfen konnten. Während des Feldzugs in Böhmen waren ähnliche Erscheinungen aufgetreten. Im September fühlte er sich so elend, daß seine Freunde ihm rieten, durch einen Winteraufenthalt an der Riviera seine angegriffene Gesundheit gründlich wiederherzustellen. Aber der unermüdliche Kämpfer war dazu nicht zu bringen. Man könne die Verhandlungen über die Bundesverfassung unmöglich um ein halbes Jahr verschieben, sagte er; niemand könne wissen, ob dann nicht die jetzt noch vorhandene patriotische Stimmung abgeflaut sein werde; einen Ersatzmann, der die Aufgabe für ihn erledigen könne, wisse er nicht. Wenn er auch einen gewußt hätte, er würde ihm doch nicht gewichen sein. „Ich kann nicht ein halbes

Jahr spazieren gehen, sondern ich muß an die Ramme, sobald meine ruinierten Nerven einigermaßen wieder zusammengeflickt sind. Ich will deshalb auf einige Wochen an die Ostsee gehen."

Aber während eines Aufenthalts in Putbus auf Rügen wurde er von heftigen Magenkrämpfen befallen und blieb nach deren Überwindung so matt und kraftlos, daß die Ärzte eine längere Schonung für dringend nötig erklärten. Der Fürst Putbus räumte ihm ein kleines Gartenhaus in seinem Park zu alleiniger Benutzung ein, und hier verlebte er in ländlicher Stille die Zeit von Anfang Oktober bis Ende November unter der sorgsamen Pflege seiner treuen Gattin. Anfangs wurde er von der Politik völlig ferngehalten; zu seinem Schmerze mußte er die wichtigen Verhandlungen mit Sachsen über die Bedingungen seines Eintritts in den Norddund ganz Herrn von Savigny und den Militärs überlassen. Aber sobald er sich wieder etwas frischer fühlte, beschäftigte ihn unausgesetzt der Gedanke an die neue Bundesverfassung, die seinem Wirken einen vorläufigen Abschluß geben, die erste Ernte nach jahrelanger mühevoller Arbeit bringen sollte. Meist diktierte er seiner Frau die kurzen Anweisungen für seine Berliner Mitarbeiter und Untergebenen, die uns deutlich zeigen, wie das Werk in seinem Geiste immer festere Formen anzunehmen begann.

Die mehr technischen Partien der Verfassung wurden den zuständigen Fachmännern überlassen. Roon bearbeitete den militärischen Teil, Rudolf Delbrück die Zoll- und Handelsfragen, Ministerialdirektor von der Reck die Eisenbahnangelegenheiten, Generalpostdirektor Philippsborn die Bestimmungen über Post- und Telegraphenwesen, Finanzminister von der Heydt die finanztechnischen Einzelheiten. Aber die organisatorischen Grundbestimmungen und die eigentlich politischen Fragen, wie die Beziehungen zwischen Bund und Einzelstaaten, die Zusammensetzung und Kompetenz der Zentralbehörde und des Reichstags hatte Bismarck sich selbst vorbehalten. Zweifellos standen alle Grundlinien des Entwurfs in seinem Kopfe fest, als er am 1. Dezember nach Berlin zurückkehrte; aber erst in letzter Stunde, nachdem er die Teilentwürfe seiner Mitarbeiter durchgeprüft hatte, diktierte er dem rastlos stenographierenden Bucher die

letzte Formulierung (13. Dezember). Nachdem dieser dann während der folgenden Nacht die Ausarbeitung vollendet hatte, wurde der Entwurf sofort gedruckt und konnte schon am 15. Dezember mit Genehmigung des Königs den versammelten Regierungsvertretern vorgelegt werden.

Sein Grundgedanke war, die Verfassung so zu gestalten, daß sie dem Einheitsbedürfnis genüge und trotzdem den Einzelstaaten ein möglichst großes Maß von Selbständigkeit lasse. Das letztere wünschte Bismarck nicht nur im Interesse Preußens selbst, sondern auch mit Rücksicht auf die süddeutschen Staaten, die bei einer zu starken Ausprägung des zentralistischen Gedankens auch später schwerlich zum Eintritt in den Bund zu bestimmen sein würden. „Man wird sich, sagte er, in der Form mehr an den Staatenbund halten müssen, diesem praktisch aber die Natur des Bundesstaats geben mit elastischen, unscheinbaren, aber weitgreifenden Ausdrücken." Daß zur Kompetenz des Bundes unter allen Umständen die militärische und diplomatische Leitung sowie die Wirtschaftspolitik gehören müsse, verstand sich von selbst; fraglich konnte es nur erscheinen, wie weit sie darüber hinaus auf das Gebiet der inneren Verwaltung erstreckt werden, und wie der Bundesstaat organisiert werden solle.

Von verschiedenen Seiten, auch von einzelnen Fürsten des Bundes her, traten Vorschläge zu einer mehr unitarischen Gestaltung der Bundeszentralgewalt an ihn heran. Großherzog Peter von Oldenburg und Herzog Georg von Meiningen regten damals schon die Annahme des Kaisertitels durch den König von Preußen und die Einführung der Bezeichnung „Deutsches Reich" anstatt „Norddeutscher Bund" an. Sie erklärten es für die übrigen Fürsten für leichter, sich einem deutschen Kaiser unterzuordnen als einem König von Preußen; namentlich werde auch der Beitritt Süddeutschlands dadurch erleichtert werden. Bismarck hatte diese Möglichkeit auch bereits erwogen und verkannte die Vorteile davon nicht; aber seiner Anschauung widerstrebte es zunächst, einen bloßen Titularkaiser ohne wirkliche monarchische Rechte zu schaffen. Der Kaiser hätte nach seiner Meinung ein „selbständiger Faktor der Bundesgesetzgebung" werden, die Stellung eines konstitutionellen Monarchen erhalten

müssen; darin aber schien ihm eine zu starke Einschränkung der einzelstaatlichen Rechte, eine unnötige Abweichung von den im alten Bunde eingebürgerten Begriffen zu liegen. Möglich, daß ihm auch der Titel eines deutschen Kaisers bei der tatsächlichen Beschränkung seiner Macht auf Nord- und Mitteldeutschland nicht angemessen erschien, daß er diese letzte Krönung des Gebäudes zurückstellen wollte, bis es durch den Beitritt des Südens ganz vollendet sei.

Seine eigene Anschauung hat er folgendermaßen formuliert: „Je mehr man an die früheren Formen anknüpft, um so leichter wird sich die Sache machen, während das Bestreben, ein vollendete Minerva aus dem Kopfe des Präsidiums entspringen zu lassen, die Sache in den Sand der Professorenstreitigkeiten führen würde." Die tatsächliche Oberleitung wollte auch er dem König von Preußen sichern, aber sie sollte nicht offen erkennbar hervortreten; namentlich durch die Gestaltung des Stimmverhältnisses in der Zentralbehörde wollte er dies Ziel erreichen.

Auch hier wollte er sich an die im alten Bunde bestehenden Verhältnisse möglichst eng anlehnen. Sogar den Namen „Bundestag" wollte er anfangs für diese Behörde beibehalten; er hat wohl deshalb darauf verzichtet, um den Fluch der Unpopularität und sogar der Lächerlichkeit, der diesem Namen nun einmal anhaftete, nicht auf das neue Bundesorgan zu übertragen. Er wählte schließlich die Bezeichnung „Bundesrat" dafür. Eine Verteilung der Stimmen nach der Bevölkerungszahl hielt er für unbillig, da sie Preußen stets die absolute Mehrheit gesichert und die kleineren Bundesglieder zu völliger Ohnmacht verdammt haben würde. Dagegen hielt er es für praktisch, von der Stimmverteilung im Plenum des alten Bundestags auszugehen. Wenn Preußen außer seiner früheren Stimmenzahl noch die Stimmen der annektierten Länder erhielt, so hatte es 17 unter 43 Stimmen, verfügte also über die absolute Mehrheit nur, wenn wenigstens 5 kleinstaatliche Stimmen sich auf seine Seite stellten; verlangte man für Verfassungsänderungen eine Zweidrittelmehrheit und für militärische Fragen die Zustimmung des Bundesfeldherrn, so war dem König von Preußen in der Tat für die wichtigsten Gegenstände ein Veto gesichert, ohne daß dies äußerlich hervor-

trat; die Verantwortung für den Ausfall der Abstimmung hatte natürlich der Öffentlichkeit gegenüber immer der Bundesrat in seiner Gesamtheit zu tragen.

Auch die Frage, ob neben dem Bundesrat ein verantwortliches Reichsministerium zu bilden sei, hat Bismarck erwogen; im Jahre 1848 und auch noch in der Unionsverfassung hatte man ein solches für unentbehrlich gehalten. Bismarck hielt es weder für notwendig noch für praktisch. Hätte man wirklich eine oberste, den Regierungen der Einzelstaaten vorgesetzte Verwaltungsbehörde schaffen wollen, so hätte man ohne Verletzung des Bundesgedankens den letzteren eine Mitwirkung bei der Ernennung, Entlassung und Beaufsichtigung der Minister nicht wohl verweigern können. Gerade das erschien aber vom preußischen Standpunkt aus besonders bedenklich. Bismarck gedachte daher die leitende und beaufsichtigende Verwaltungstätigkeit, die der Bund auszuüben haben werde, dem Bundesrat zu übertragen. Wenn jeder Staat das Recht erhielt, so viel Vertreter zu ernennen, wie er Stimmen zu führen hatte, so konnten in der Tat in dieser Behörde Kapazitäten für alle Verwaltungszweige ihren Platz finden; der Bundesrat konnte dann „auf einer 43 Plätze fassenden Ministerbank seine Phalanx dem Reichstag gegenüberstellen". Eine ministerielle Solidarität würde natürlich unter so vielen von verschiedenen Regierungen instruierten Mitgliedern nicht möglich sein, war aber nach Bismarcks Ansicht auch nicht erforderlich; es war ihm gewiß nicht unerfreulich, daß von einer Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung infolgedessen keine Rede sein konnte. Einem der preußischen Vertreter, der den Titel Bundeskanzler erhalten sollte, würde das formelle Präsidium zufallen; jedoch war auch diesem Nachfolger des alten „Präsidialgesandten" in Bismarcks Entwürfen nicht die Stellung eines verantwortlichen Reichsministers zugedacht.

Über die beste Zusammensetzung des Reichstags wurden die verschiedensten Meinungen laut. Unter den Bundesfürsten werden Gedanken ziemlich weit verbreitet gewesen sein, wie sie damals der Großherzog von Oldenburg in der schon erwähnten ausführlichen Denkschrift zum Ausdruck brachte. Er sprach sich sehr lebhaft für ein Zweikammersystem aus. Neben das aus dem

allgemeinen Wahlrecht oder besser wenigstens zum Teil aus den einzelstaatlichen Ständeversammlungen hervorgehende Abgeordnetenhaus wünschte er ein hocharistokratisches Fürstenhaus zu stellen, bestehend aus den regierenden Fürsten mit einem nach der Bedeutung ihrer Staaten abgestuften Stimmrecht, den Oberhäuptern der freien Städte, Vertretern der mediatisierten Fürstenhäuser, eventuell auch vom Kaiser neu zu kreierenden Reichsfürsten und einer geringen Anzahl auf Lebenszeit zu berufenden besonders ausgezeichneten Persönlichkeiten. Der Bundesrat würde dann zu einer lediglich vorberatenden Behörde herabgesunken, der Schwerpunkt aller Entscheidungen in das Zusammenwirken von Kaiser, Fürstenhaus und Volkshaus verlegt worden sein. Der Großherzog rühmte besonders den konservativen Charakter einer solchen Einrichtung, die es verhindern werde, daß die Leitung schließlich in die Hand einer einzigen stark demokratisch gefärbten Kammer gerate. Bismarck hielt diese Maschinerie aber für zu schwerfällig, da der Bundesrat doch unentbehrlich sei; vielleicht, meinte er, könne sich mit der Zeit aus dem Bundesrat ein Oberhaus historisch entwickeln, aber nur dann, wenn zugleich auch die kaiserlichen Rechte schärfer ausgeprägt würden, sei dies wünschenswert. Ihm lag nichts an dem äußeren Prunk eines solchen Fürstenhauses, der den Großherzog besonders anzog; malte sich dieser doch schon genau die Sitzordnung und das Zeremoniell der Beratungen aus; Bismarck aber wollte eine nüchterne, sachliche Facharbeit leistende Behörde, und dazu erschien ihm der Bundesrat besser geeignet .

Ernstlicher erwog Bismarck die Anregung des preußischen Herrenhauses, daß die Hälfte der Reichstagsabgeordneten von den Höchstbesteuerten gewählt werden solle. Jedoch wollte er nur die hundert reichsten Leute jedes Bezirks in dieser Weise privilegiert sehen, im übrigen „keine Diäten, keine Wahlmänner, keinen Zensus". Offenbar war es ihm die Hauptsache, den Einfluß des mittleren Bürgertums und Beamtentums, die das preußische Abgeordnetenhaus in der Konfliktszeit beherrscht hatten, möglichst auszuschalten, während er gegen eine Bevorzugung des Großgrundbesitzes, der Großindustrie und des Großhandels nichts ein-

zuwenden hatte. Beamte im Dienste eines der verbündeten Staaten sollten von der Wählbarkeit überhaupt ausgeschlossen sein.

Die Kompetenz des Reichstags sollte sich auf die gleichberechtigte Mitwirkung in der Gesetzgebung beschränken. Von einem Budgetrecht desselben hätte kaum gesprochen werden können, wenn Bismarcks Entwurf Gesetz worden wäre. Er setzte nämlich fest, daß sowohl für die Marine wie für das Bundesheer ein eiserner Etat bestehen solle. Für das Heer sollten jährlich 225 Taler pro Kopf der Friedensstärke zur Verwendung kommen; diese aber sollte vorläufig ein Prozent der Bevölkerung betragen, und später sollte der Prozentsatz alle zehn Jahre neu festgestellt werden. Diese Summen waren von den einzelnen Staaten einfach an die Bundeskasse abzuführen, in der Weise, daß die auf sie nach ihrer Bevölkerung entfallende Truppenzahl mit 225 multipliziert und in dieser Art die Höhe ihres Beitrags in Talern festgestellt werden sollte. Von einer Bewilligung des Reichstags war dabei gar keine Rede, und dieser hätte seinen Einfluß höchstens alle zehn Jahre bei der neuen Feststellung des Prozentsatzes geltend machen können. Mit anderen Worten, es sollte eine besondere, von dem übrigen Etat des Bundes vollkommen getrennte und der regelmäßigen Bewilligung des Reichstags entzogene Bundeskriegskasse bestehen. Was das bedeutet hätte, lehrt ein Blick auf den Etat für 1868; die ordentlichen Ausgaben des Bundes betrugen hier $207^1/_2$ Millionen Mark; hiervon entfielen $206^1/_4$ Millionen auf Militär und Marine; ebenso entfielen von den 20 Millionen außerordentlicher Ausgaben über $18^1/_2$ Millionen auf diese beiden Verwaltungszweige. Das Verhältnis hat sich in den nächsten Jahren nur wenig verschoben; in dem Etat für 1870 betrug die ordentliche Gesamtausgabe $218^1/_2$ Millionen, davon für Militär und Marine $209^1/_2$, die außerordentlichen Ausgaben $19^1/_4$ Millionen, davon für Militär und Marine $18^1/_4$.

Nehmen wir noch hinzu, daß Bismarck den Einzelstaaten das Recht zur Beibehaltung eigener Gesandtschaften und Konsulate lassen wollte, weil er es bei bundestreuer Gesinnung der Regierungen als ungefährlich ansah, während sich bei bundesfeindlicher Gesinnung der Herrscher wenigstens ein inoffizieller Verkehr

mit fremden Gewalten doch nicht verhindern lasse, so überblicken wir im wesentlichen die Grundzüge des Entwurfs, den er den Verbündeten vorlegte.

Die Beratungen wurden am 15. Dezember in Berlin eröffnet und nahmen mehrere Wochen in Anspruch; verschiedene Einwendungen wurden laut; nicht weniger als 31 Abänderungsanträge wurden von den verschiedenen Staaten gestellt. Der Schwerpunkt der Beratungen lag in den vertraulichen Besprechungen der Gesandten mit den preußischen Vertretern; die drei großen Gesamtsitzungen dienten nur zur offiziellen Festlegung der Ergebnisse. Bismarck verfuhr so, daß er die von ihm als berechtigt oder wenigstens unschädlich anerkannten Änderungen zusammenstellen und verteilen ließ und deren Annahme en bloc verlangte; wenn einzelne Regierungen widerstrebten, drohte er ihnen, daß er die Verfassung gegen sie mit dem Reichstag machen werde, und erreichte es so, daß sie nachgaben.

Die Änderungen, die sich Bismarck gefallen ließ, waren nicht von erheblicher Bedeutung. Abgesehen von einigen ganz geringfügigen Erweiterungen der Bundeskompetenz dienten sie wesentlich dem Zwecke, dem Bundesrat einen größeren Einfluß neben dem Präsidium zu sichern. So sollte das Präsidium zum Abschluß von Verträgen mit dem Ausland und zur Einbringung von Gesetzesvorlagen beim Reichstag an die Zustimmung des Bundesrats gebunden sein; es wurde verpflichtet, wenn es in eiligen Fällen von dem Recht zur Anordnung der Bundesexekution gegen ein Mitglied Gebrauch mache, dem Bundesrat unter Angabe der Gründe sofort Mitteilung davon zu machen, sowie in einigen anderen Fällen die Fachausschüsse des Bundesrats vor der endgültigen Entscheidung zu hören. Die in Bismarcks Entwurf dem Präsidium zugebilligten Ernennungsrechte für die höheren Offiziere und oberen Beamten in der Post- und Telegraphenverwaltung wurden zugunsten der Einzelstaaten in nicht sehr erheblicher Weise eingeschränkt.

Drei Änderungen waren aber doch von größerer Bedeutung: Der preußische Entwurf gab dem Bundesrat das unbeschränkte Recht, Streitigkeiten zwischen einzelnen Bundesstaaten zu entscheiden, und bestimmte ferner, daß alle Verfassungsstreitigkeiten

in den Einzelstaaten durch die Bundesgesetzgebung zu erledigen seien. Jetzt wurde dies dahin eingeschränkt, daß die Entscheidung von Streitigkeiten nur auf Anrufen des einen Teils dem Bundesrat zustehen solle, und daß Verfassungsdifferenzen nur dann vor die Bundesbehörden gebracht werden dürften, wenn in der Verfassung der betreffenden Einzelstaaten nicht schon eine besondere Behörde zu ihrer Erledigung vorgesehen sei, und auch dann nur auf Anrufen eines Teils. Jeder Einzelstaat sollte es demnach in der Hand haben, durch den Erlaß eigener gesetzlicher Bestimmungen über den Ausgleich von Verfassungsstreitigkeiten deren Entscheidung dem Bunde zu entziehen. Der zweite wichtige Punkt betraf die Stellung des Bundeskanzlers. Während diesem nach Bismarcks Vorschlag nur die Stellung des formalen Verhandlungsleiters im Bundesrat zugedacht war, sollten jetzt alle Ausfertigungen von Bundesgesetzen und alle zur Ausführung derselben vom Präsidium zu erlassenden Verfügungen im Namen des Bundes ergehen und von dem Bundeskanzler mit unterzeichnet werden. Endlich wurde noch bestimmt, daß, abgesehen von dem Aufwand für Heer und Marine, alle übrigen dauernden Bundesausgaben im Wege der Gesetzgebung, also unter Mitwirkung des Reichstags, für die Dauer einer Legislaturperiode (drei Jahre) festgestellt werden sollten. Also wenigstens eine freilich bescheidene Teilnahme an der Aufstellung des Budgets sollte der Volksvertretung eingeräumt werden.

In dieser veränderten Gestalt wurde der Entwurf am 8. Februar 1867 von sämtlichen Bevollmächtigten gebilligt und am 4. März dem inzwischen zusammengetretenen Norddeutschen Reichstag vorgelegt. Das Schlußprotokoll läßt deutlich erkennen, daß verschiedene der kleineren Staaten auch jetzt noch mit einer Reihe von Bestimmungen der Verfassung durchaus nicht einverstanden waren; aber keiner von ihnen wagte es, durch seinen Widerspruch die Verantwortung für das Scheitern der Verständigung unter den Regierungen vor Zusammentritt des Parlaments auf sich zu nehmen. So begnügten sie sich damit, dem Entwurf, zu dessen Einbringung sie Preußen auch ihrerseits bevollmächtigten, ihre Bedenken in der Form wirkungsloser Vorbehalte hinzuzufügen.

Die Zusammensetzung des konstituierenden Reichstags war den Regierungen insofern günstig, als keine fest geschlossene Mehrheit in ihm bestand. Die Altkonservativen verfügten über 59 Sitze, die neue Fraktion der Freikonservativen über 40; von den Liberalen besaßen das Zentrum, d. h. im wesentlichen die früheren Altliberalen, 27, die Nationalliberalen 79, die freie Vereinigung, d. h. Liberale ohne besondere Fraktionszugehörigkeit, 15, endlich die Fraktion der Linken, d. h. die alte Fortschrittspartei, 19 Mandate. Daneben waren noch 15 Polen und Dänen, 18 Mitglieder der „bundesstaatlich-konstitutionellen Vereinigung", d. h. Welfen und andere Partikularisten, sowie 25 Wilde vorhanden, von denen 18 mit den Konservativen, 7 mit den Liberalen zu stimmen pflegten.

Am auffallendsten ist der geringe Erfolg der Fortschrittspartei, die zu einem bedeutungslosen Häuflein zusammengeschmolzen war. Die Entscheidung lag bei den Mittelparteien. Die Freikonservativen waren bereit, den liberalen Wünschen in einer Reihe von Punkten entgegenzukommen; die drei am weitesten rechts stehenden liberalen Gruppen wollten, wenn es irgend möglich sei, eine Verständigung mit den Regierungen und der Rechten erzielen. Diese Fraktionen verfügten zusammen mit den Wilden über 186 Stimmen, während die extremen Elemente von rechts und links zusammen mit den Polen und den partikularistischen Gegnern des neuen Bundes nur 111 Stimmen aufbringen konnten. Das Charakteristische war jedenfalls nicht mehr, wie im preußischen Landtag, die Teilung in zwei einander bekämpfende Gruppen, die Liberalen und Konservativen, sondern das Vorherrschen der versöhnlich gesinnten Elemente, die zusammen eine große, die Regierung im wesentlichen unterstützende Mittelpartei darstellten, während die extremen Gruppen rechts und links so gering an Zahl geworden waren, daß sie keinen erheblichen Einfluß mehr ausüben konnten. Die Frage war also vornehmlich, ob es möglich sein würde, die in der Mitte stehenden Parteien für den Verfassungsentwurf der Regierungen zu gewinnen.

Nun ließen aber auch die gemäßigten Liberalen darüber von Anfang an keinen Zweifel, daß es für sie ganz unmöglich sei, den

Regierungsentwurf unverändert anzunehmen. Eine Verfassung, die so gut wie gar kein Budgetrecht der Volksvertretung kannte, die überhaupt keine dem Parlament verantwortliche Regierungsstelle vorsah, hatte für sie keinen Wert. Schon am 9. März sagte Twesten, das Bundesparlament müsse in Gesetzgebung und Butgetrecht mindestens dem preußischen Abgeordnetenhause gleichgestellt werden; sonst werde sich dieses ohne Zweifel weigern, einer solchen Versammlung einen wesentlichen Teil seiner bisherigen Rechte zu überlassen. Nur wenn die Regierungen sich geneigt zeigten, den liberalen Forderungen erheblich weiter entgegenzukommen, könnten auch die liberalen Parteien „von ihren bisherigen Anforderungen eines parlamentarischen Regimes erheblich nachlassen".

Die Frage war, ob die verbündeten Regierungen geneigt sein würden, diesen Wünschen der Mittelparteien entgegenzukommen. Die Verhandlungen des ersten Norddeutschen Reichstags haben darauf die Antwort gegeben; die Regierungen und der eigentliche Urheber ihres Entwurfs, Bismarck selbst, haben in der Tat dieser Lage Rechnung getragen und haben weit größere Zugeständnisse gemacht, als anfangs in ihrer Absicht lag. Die Umgestaltung, welche die Verfassung durch den Reichstag erfahren hat, ist so weitgehend gewesen und hat sich auf so wichtige Punkte erstreckt, daß von dem Entwurf der Regierungen eigentlich nur das Grundgerüst stehen geblieben ist; aber auch dies erhielt durch die neuen Füllungen, die man ihm gab, ein wesentlich verändertes Aussehen.

Zunächst hat der Reichstag die Kompetenz des Bundes gegenüber den Einzelstaaten wesentlich erweitert. Die Hereinziehung des Staatsbürgerrechtes, des Paßwesens, der Fremdenpolizei, des Rechtes zur eigenen Herstellung von Land- und Wasserstraßen, des Rechtes der Gesetzgebung auf dem Gebiete des Obligationen- und Strafrechts und des gerichtlichen Verfahrens (anstatt nur des Zivilprozeßrechts), der Medizinal- und Veterinärpolizei in die Kompetenz des Bundes, gehen auf Anträge aus der Mitte des Hauses zurück. Auch, daß die Aufsicht des Bundes über das Eisenbahnwesen verschärft und ihm die

Möglichkeit zur Erhebung direkter Steuern gewahrt wurde, hat der Reichstag durchgesetzt.

Ebenso wurde aber auch die Stellung, die der Reichstag selbst gegenüber den verbündeten Regierungen einnehmen sollte, durchgreifend verändert. So sollte nach dem Entwurf die Zustimmung zu Verträgen und Bündnissen mit fremden Staaten, soweit ihre Gegenstände in den Bereich der Bundesgesetzgebung gehörten, nur der Zustimmung des Bundesrats bedürfen; hier wurde der Zusatz gemacht, daß zu ihrer Gültigkeit auch die Genehmigung des Reichstags erforderlich sei. In bezug auf das Wahlrecht sah der Entwurf nur allgemeine und direkte Wahl vor. Der Reichstag fügte hinzu „mit geheimer Abstimmung". Diese Änderung lag weder im Sinne Bismarcks noch der Regierungen, die gerade von der Öffentlichkeit der Stimmabgabe eine stärkere Geltendmachung der sozialen Einflüsse der Regierung, des Adels und der Geistlichkeit, also der konservativen Schichten, erwartet hatten.

Sodann wollte der Entwurf alle Beamten im Dienst eines Bundesstaates des passiven Wahlrechts berauben. Bismarck hatte es nicht vergessen, daß die große Mehrheit der Opposition, die er im preußischen Abgeordnetenhause zu bekämpfen gehabt hatte, aus Beamten, namentlich aus Richtern bestanden hatte. Anstatt dessen hat dieser Paragraph durch den Reichstag die Fassung erhalten: „Beamte bedürfen keines Urlaubs zum Eintritt in den Reichstag"; sein Sinn ist also gerade in das Gegenteil verkehrt worden.

Die Bestimmung, daß wahrheitsgetreue Berichte über die Verhandlungen von jeder Verantwortlichkeit freibleiben, also namentlich strafrechtlich nicht verfolgbar sein sollten, stand in dem Entwurf nicht und verdankt ihre Entstehung der Initiative des Reichstags. Den Anlaß dazu hat natürlich Bismarcks früherer Versuch gegeben, die preußischen Abgeordneten wegen ihrer im Parlament getanen Äußerungen vor Gericht zu stellen. Ebenso verhält es sich mit dem Recht des Parlaments, Petitionen dem Bundesrat oder dem Reichskanzler zu überweisen.

Der Entwurf enthält auch keinerlei Bestimmung darüber, innerhalb welchen Zeitraums bei einer Auflösung die Neuwahl

und der Wiederzusammentritt des Parlaments zu erfolgen habe; daß dies innerhalb 60 und 90 Tagen geschehen müsse, sowie daß der Reichstag nicht länger als 30 Tage, und auch auf diese Zeit nur einmal während derselben Session ohne seine Zustimmung vertagt werden dürfe, ist erst im Laufe der Beratung festgesetzt worden. Ebenso steht es mit der Bestimmung, welche die Verfolgung oder Verhaftung eines Abgeordneten wegen einer strafbaren Handlung von der Genehmigung des Reichstags abhängig macht. Unzweifelhaft ist also sowohl die Stellung des Reichstags im ganzen als die seiner einzelnen Mitglieder durch die vom Parlament hinzugefügten Änderungen wesentlich gehoben worden.

Eine besonders wichtige Änderung erfuhr Artikel 17, der die Stellung des Reichskanzlers regelt. Er lautete in dem Entwurf: „Dem Präsidium steht die Ausfertigung und Verkündigung der Bundesgesetze und die Überwachung der Ausführung derselben zu. Die hiernach von dem Präsidium ausgehenden Anordnungen werden im Namen des Bundes erlassen und von dem Bundeskanzler mitunterzeichnet.“ Auf den Antrag des Abgeordneten von Bennigsen erhielt der letzte Satz folgende Gestalt: „Die Anordnungen und Verfügungen des Präsidiums werden im Namen des Bundes erlassen und bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung des Reichskanzlers, welcher dadurch die Verantwortung übernimmt.“ Erst durch die Einfügung dieser Worte hat der Bundeskanzler die Stellung eines verantwortlichen Bundesministers erhalten und ist damit das eigentliche Haupt der Bundesregierung geworden. Seine Unterschrift würde nach der Fassung des Entwurfs nur die Bedeutung einer urkundlichen Beglaubigung gehabt haben, während sie jetzt ein Erfordernis für die Rechtsgültigkeit der betreffenden Urkunde, und damit eine wirkliche Gegenzeichnung im staatsrechtlichen Sinne geworden ist. Bismarck hatte anfangs gar nicht die Absicht, den Posten eines Bundeskanzlers selbst zu übernehmen; er hatte diese Stellung, die nach seinem Entwurf ja nur eine geringe Bedeutung gehabt haben würde, wohl dem früheren Vertreter Preußens beim Frankfurter Bundestag, Herrn von Savigny, zugedacht; nach der Annahme dieses Zusatzes jedoch erkannte er sofort, daß nur der

leitende Minister Bundeskanzler sein könne. Vielleicht hängt es mit dieser Entstehung des Bundes- und späteren Reichskanzleramtes zusammen, daß die Ernennung und Entlassung dieses Beamten dem Bundespräsidium allein ohne Beteiligung der verbündeten Regierungen zugesprochen worden ist. Bismarck hatte dies in dem Entwurf offenbar deshalb vorgesehen, weil er in dem Bundeskanzler nur den Bundestagsbevollmächtigten Preußens und den formellen Leiter der Verhandlungen erblickte; die übrigen Regierungen würden vielleicht Bedenken getragen haben, dies Recht dem Präsidium allein zu überlassen, wenn sie damals schon gewußt hätten, daß er ein wirklicher leitender Reichsminister werden würde.

Für die Stellung des Reichstags zu den Regierungen mußte endlich ganz besonders die Gestaltung des Budgetrechts in Betracht kommen. Wir wissen, daß der Reichstag nach Bismarcks Entwurf gar kein Budgetrecht haben sollte, nach der Regierungsvorlage nur ein sehr beschränktes, indem er die Ausgaben für nichtmilitärische Zwecke auf drei Jahre im voraus zu bewilligen, über die Einnahmen aber gar nichts zu bestimmen hatte. Hingegen sieht der Artikel 69 der Bundesverfassung, wie er aus den Beratungen des Parlaments hervorgegangen ist, vor, daß alle Einnahmen und Ausgaben des Reiches jährlich in den Etat eingestellt und vor Beginn des Etatsjahres durch ein Gesetz festgestellt werden müssen.

Zur Bestreitung der Bundesausgaben sollten nach dem Entwurf zunächst die Einnahmen aus den Zöllen, den gemeinsamen indirekten Steuern, sowie der Post und Telegraphie dienen. Wenn diese nicht genügten, sollte der fehlende Rest durch Matrikularbeiträge der einzelnen Bundesstaaten aufgebracht werden, die nach Maßgabe der Bevölkerungszahl zu berechnen und von dem Präsidium nach dem Bedarf auszuschreiben seien. Über die Verwendung dieser Summen sollte das Präsidium dem Bundesrat und dem Reichstag Rechnung legen. Mit der Annahme dieses Vorschlags würde offenbar auch die letzte Spur eines Budgetrechtes des Reichstags verschwunden sein. Denn da das Präsidium aus eigener Machtvollkommenheit „nach dem Bedarfe" solche Matrikularumlagen von den Einzelstaaten erheben konnte,

und die Einnahmen aus Zöllen, indirekten Steuern, Post und Telegraphie auch ohne besondere Bewilligung von selbst weiterliefen, so wäre die Regierung tatsächlich von jeder Bewilligung des Parlaments unabhängig gewesen. Auch dieser Artikel ist jedoch vom Reichstag in durchgreifender Weise verändert worden. Zunächst wurden die Matrikularbeiträge als eine vorübergehende Einrichtung („solange Bundessteuern nicht eingeführt worden sind") bezeichnet; dann aber wurde auch ihre Ausschreibung anders gestaltet; sie sollten „bis zur Höhe des butgetmäßigen Betrages" durch den Bundeskanzler ausgeschrieben werden; die Höhe der Matrikularumlagen mußte also jetzt durch das Budgetgesetz unter Mitwirkung des Reichstags bestimmt werden, und die Einzelstaaten waren jetzt nur verpflichtet, die durch ein solches Gesetz festgestellten Beiträge zu bezahlen. Endlich wurde noch der Zusatz gemacht, daß im Falle außerordentlicher Bedürfnisse auch im Wege der Reichsgesetzgebung Anleihen kontrahiert und den Bund belastende Garantien übernommen werden könnten.

Alle übrigen Änderungen stehen an Wichtigkeit hinter den angeführten weit zurück. Immerhin mag noch erwähnt werden, daß der Entwurf an Stelle des späteren Artikels 74 sehr dehnbare Bestimmungen enthielt, die nicht nur ein Unternehmen gegen die Existenz und Sicherheit des Reiches unter Strafe stellten, sondern bereits die „Erregung von Haß oder Verachtung gegen die Einrichtungen des Bundes oder die Anordnungen der Bundesbehörden durch öffentliche Behauptung oder Verbreitung erdichteter oder entstellter Tatsachen oder durch öffentliche Schmähungen und Verhöhnungen" mit Strafe bedrohten. Es hätte danach leicht jede in der Form etwas scharfe oppositionelle Kundgebung strafrechtlich verfolgt werden können. Auch wurde die künftige Einbeziehung des Südens erleichtert durch die Hinzufügung der Bestimmung, daß jeder einzelne süddeutsche Staat auf Vorschlag des Präsidiums durch einfaches Bundesgesetz aufgenommen werden könne.

Die Verfassung des Norddeutschen Bundes hat also ihren Charakter ganz wesentlich mit durch die Beratungen des Reichstags und die aus seiner Mitte heraus gestellten Anträge erhalten. Die Veränderungen an der Regierungsvorlage waren so erheb-

lich, daß es weder Bismarck, noch den Vertretern der einzelnen Regierungen leicht gewesen sein wird, sich mit ihnen abzufinden. Nachdem die erste Lesung beendigt war, gab Bismarck am 15. April 1867 im Reichstag die Erklärung ab, daß die verbündeten Regierungen bereit seien, sämtliche Änderungen sich anzueignen mit Ausnahme von zweien: es sollte die vom Reichstag beschlossene Gewährung von Diäten an die Abgeordneten gestrichen und eine weitergehende Sicherung der Heereseinrichtungen erzielt werden. Auf den ersteren Punkt legte Bismarck deswegen Wert, weil er glaubte, daß der Mangel von Diäten die Wahl ganz Unbemittelter zu Abgeordneten verhindern und daher als Gegengewicht gegen das demokratische Prinzip des allgemeinen gleichen Wahlrechts wirken würde, was ihm nach der Annahme der geheimen Wahl umso notwendiger erscheinen mochte. Wir wissen heute, daß er sich darin getäuscht hat. Im Reichstag wollte man an diesem Punkt die Sache nicht scheitern lassen, und so wurde mit 178 gegen 90 Stimmen beschlossen, daß die Mitglieder des Reichstags als solche keine Besoldung oder Entschädigung beziehen dürften.

Schwieriger gestaltete sich der Kampf in der militärischen Frage. Der Reichstag hatte bereits in der ersten Lesung anerkannt, daß für die nächsten Jahre ein Übergangszustand geschaffen werden müsse; er hatte daher die Präsenzstärke und das Pauschquantum von 225 Talern pro Kopf gemäß dem Antrag des Abgeordneten von Forckenbeck bis zum 31. Dezember 1871 bewilligt; erst von diesem Zeitpunkt an sollte die Präsenzstärke dann jährlich durch den Etat festgestellt werden. Hierin erblickten die militärischen Berater des Königs insofern eine Gefährdung der Sicherheit des Staates, als es immer möglich erschien, daß auch im Reichstag wie früher im preußischen Landtag der Versuch gemacht werden könne, durch gänzliche Streichung oder erhebliche Herabsetzung der für Heereszwecke geforderten Summen einen Druck auf die Regierung zur Gewährung von Konzessionen auf anderen Gebieten auszuüben. Das wäre die Erneuerung des Verfassungskonflikts in seiner ganzen Schärfe gewesen.

Bei der zweiten Beratung waren zu diesem Artikel zwei

Amendements eingebracht worden. Das eine, von dem Grafen zu Stolberg herrührend, wollte festsetzen, daß auch nach dem 31. Dezember 1871 die jetzt bewilligte Präsenzstärke bis zur Veränderung durch ein Bundesgesetz erhalten bleiben und die Beiträge auf Grund davon berechnet werden sollten. Es würde also nur zu einer Erhöhung der Präsenzstärke der Zustimmung des Reichstags bedurft haben. Das zweite, das von dem Herzog von Ujest nach Vereinbarung mit Bennigsen und fast der gesamten nationalliberalen und freikonservativen Partei eingebracht wurde, wollte ebenfalls die interimistisch festgestellte Friedenspräsenzstärke auch nach 1871 so lange beibehalten wissen, bis sie durch ein Bundesgesetz abgeändert werde, zugleich aber feststellen, daß die Verausgabung der Summen, die für das Heer bestimmt seien, jährlich im einzelnen durch das Etatgesetz reguliert werden müsse. Es sollte also dem Reichstag wenigstens die Mitwirkung bei der Verteilung der auf einen längeren Zeitraum bewilligten Summen gewahrt bleiben. Bismarck sprach sich sehr entschieden für das Amendement Stolberg aus; als er aber direkt gefragt wurde, ob die Regierungen entschlossen seien, die ganze Verfassung abzulehnen, wenn das Ammendement des Herzogs von Ujest angenommen werde, erklärte er, hierüber keine bindende Auskunft geben zu können. Darauf wurde das Amendement Stolberg abgelehnt, und das Amendement Ujest ging mit großer Mehrheit durch. Schließlich nahm der Reichstag die ganze Verfassung mit 230 gegen 53 Stimmen an. Schon am folgenden Tage konnte Bismarck dem Reichstag mitteilen, daß der Bundesrat seine Zustimmung zu dem veränderten Entwurf einstimmig gegeben habe (17. April).

Es fehlt nur noch die Genehmigung der einzelstaatlichen Parlamente; da es aber selbstverständlich unmöglich war, jeder einzelnen Volksvertretung das Recht zu Abänderungsvorschlägen einzuräumen, die eine erneute Durchberatung seitens der Vertreter der Regierungen und des Reichstags notwendig gemacht haben würden, so sahen sich die Landtage nur vor die Frage gestellt, ob sie die Verfassung im ganzen annehmen oder ablehnen wollten. Es war von vornherein klar, daß keines der kleineren Parlamente es wagen könne und würde, die Verantwortung für

eine Ablehnung auf sich zu nehmen. Im preußischen Landtag aber stellten allerdings die Führer der Fortschrittspartei Waldeck, Virchow und Hoverbeck den Antrag, die ganze Verfassung in ihrer jetzigen Gestalt abzulehnen, da sie weder ein verantwortliches Bundesministerium noch eine unzweideutige Sicherung des Budgetrechtes des Reichstags enthalte. Es war der Rest der alten Konfliktsmehrheit, der sich hier noch einmal zur Wahrung seines prinzipiellen Standpunktes zusammenfand. Praktischen Erfolg hatte ihr Vorgehen nicht, da ihr Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt und die Verfassung auch hier angenommen wurde (31. Mai). Mit dem 1. Juli 1867 konnte die Bundesverfassung in Kraft treten, und am 14. Juli wurde Bismarck zum Bundeskanzler ernennt.

* * *

Mit der Gründung und Konstituierung des Norddeutschen Bundes und dem Verzicht Österreichs auf jede weitere Teilnahme an den politischen Einrichtungen und Schicksalen des übrigen Deutschland schienen die Wirkungen des Krieges von 1866 erschöpft zu sein. Der Kampf hatte nicht, wie viele gehofft haben mochten, die volle Einheit des kleineren Deutschland gebracht, sondern eine neue Zerreißung, von der niemand sagen konnte, ob sie dauernd oder nur vorübergehend sein werde. Namentlich unter den national gesinnten Elementen des Südens erhoben sich alsbald laut die tadelnden Stimmen gegen den Staatsmann, der dies Ergebnis herbeigeführt hatte. Und auch wir müssen hier die Frage aufwerfen, ob damals wirklich nicht mehr zu erreichen gewesen wäre? Wollen wir von den Schwierigkeiten, die einer vollen Einigung damals im Wege standen, eine zutreffende Vorstellung gewinnen, so dürfen wir nicht nur die Einwirkungen des Auslands betonen, sondern müssen vor allem auch die Hindernisse würdigen, die damals noch innerhalb des deutschen Volkes selbst die Erreichung eines größeren Ergebnisses erschwerten.

Wir wissen, daß Deutschland rechtlich immer noch unter der Vormundschaft Europas stand; Bismarcks Politik rechnete von Anfang an damit, daß Preußen, so sehr es durch seine militärischen Reformen gekräftigt sein mochte, doch nicht stark genug

sei, diese Vormundschaft mit einem Schlage abzuschütteln und ohne jede Rücksicht auf das Ausland vorzugehen, so lange der größte Teil der übrigen deutschen Regierungen ihm feindlich gegenüberstand und jeden Augenblick bereit war, die Hilfe des Auslands gegen Preußen anzurufen.

Die Bedeutung dieser Tatsachen war gerade während des Jahres 1866 noch einmal recht deutlich hervorgetreten. Der Zar hatte auf Grund der Verträge von 1815 den ausdrücklichen und rechtlich unbestreitbaren Anspruch erhoben, daß ohne seine Zustimmung an der bestehenden Ordnung in Deutschland nichts geändert werden dürfe. Frankreich hatte sich auf denselben Rechtstitel berufen, als es befragt und eventuell für seine Einwilligung bezahlt zu werden verlangte. Diese Mächte konnten sich zu einer Einmischung umsomehr für befugt halten, da sämtliche in ihrer Existenz oder in ihrer Integrität durch die preußischen Siege bedrohten deutschen Fürsten mit Ausnahme des Großherzogs von Baden direkt ihre Hilfe angerufen hatten. Hannoversche Gesandte suchten in London und Petersburg dringend um Hilfe gegen den brutalen Mißbruch des Sieges durch Preußen nach; Württemberg und Hessen appellierten an die verwandtschaftlichen Gefühle des Zaren; der hessische Minister von Dalwigk bat die Franzosen direkt, in die rheinischen Gebiete ihre Truppen einrücken zu lassen, und die bayerischen Minister riefen noch während der Friedensverhandlungen mehrmals die Hilfe des Kaisers Napoleon zur Erlangung besserer Bedingungen an.

Es hat Bismarck viel Sorge und Mühe gekostet, unter diesen ungünstigen Umständen eine tatsächliche Einmischung des Auslands zu verhindern; aber den internationalen Druck, unter dem das zersplitterte Deutschland stand, konnte auch er weder beseitigen noch ignorieren. Einen Augenblick schien es sogar, als werde es dem Zaren gelingen, die volle Annexion der feindlichen norddeutschen Staaten noch in letzter Stunde zu verhindern, da die Wünsche des russischen Kaisers in diesem Punkt mit den innersten Neigungen König Wilhelms selbst zusammentrafen. Nur mühsam vermochte Bismarck durch den Hinweis darauf, daß kleine machtlose Fürsten nicht geeignet seien, die konservativen Prinzipien des Staatslebens gegen die Revolution wirksam zu

verteidigen, solche Bedenken zu beschwichtigen; wie erregt er war, zeigt am deutlichsten die Drohung, die er damals Rußland entgegenschleuderte, daß er die Revolution nicht nur in Deutschland, sondern auch in Polen entfesseln werde, wenn der Zar es ernstlich versuchen sollte, Preußen die erkämpften Resultate zu verkümmern. Aber der Verzicht auf die Einverleibung Oberhessens war ein Opfer, das Preußen dem mächtigen Nachbarn im Osten bringen mußte.

Weit gefährlicher sah es im Westen aus. Bismarck hat den Kaiser Napoleon nur dadurch von entscheidenden Gegenmaßregeln abhalten können, daß er ihm von vornherein versicherte, Preußen werde in Süddeutschland auch im Falle eines Sieges keine Erweiterung seines Einflusses anstreben, ja daß er ihm stets die Hoffnung auf den Erwerb eines Stückes deutschen Landes ließ, wenn er ihm auch in Wirklichkeit nichts davon zu geben gedachte. Als Napoleon nach Königgrätz die Schenkung Venetiens annahm und als Vermittler hervortrat, konnte man freilich zweifeln, ob er damit nicht die wohlwollende Neutralität aufgegeben und somit auch Preußen von seinen vor dem Kriege als Gegenleistung dafür gemachten Zusagen entbunden habe. Aber seine Nachgiebigkeit gegen alle übrigen Forderungen, wenn nur Süddeutschland eine gewisse Selbständigkeit behalte, ließ es als geratener erscheinen, ihm in diesem Punkt entgegenzukommen. Daß Bismarck damals noch die Absicht hatte, eine lose Verbindung mit dem Süden aufrechtzuerhalten, wie sie im alten Bunde vorhanden gewesen und in den früheren Erklärungen an Frankreich vorbehalten war, und daß dieser Plan durch das Verhalten des Grafen Goltz vereitelt wurde, haben wir gesehen. Als dann aber Napoleon, ohne vorher einen bestimmten Preis für seine Zustimmung zu den preußischen Forderungen verlangt zu haben, nachträglich mit den großen Kompensationsforderungen hervortrat, da konnte sich Bismarck mit vollem Recht der früher gegebenen Zusagen als entledigt betrachten. Daher trug er keinen Augenblick Bedenken, jetzt die Schutz- und Trutzbündnisse mit den Südstaaten zu schließen, die zwar nicht in der gegenseitigen Gebietsgarantie, wohl aber durch die Vereinbarung des preußischen Oberbefehls für den Kriegsfall über die im alten Bunde be-

stehenden Beziehungen hinausgingen. Da der Friede mit Österreich damals endgültig gesichert war, so lag gewiß die Versuchung nahe, noch weiter zu gehen und die süddeutschen Staaten ohne jede weitere Rücksicht auf Frankreich ganz in den engeren Bund aufzunehmen. Daß Rußland dagegen stärkeren Widerspruch erhoben haben würde, als gegen die Gründung des norddeutschen Bundes, war kaum zu befürchten. Napoleon allein hätte es in diesem Augenblick schwerlich noch zu hindern vermocht. Wenn Bismarck auch jetzt davon absah, so lag der Hauptgrund dafür ohne Zweifel in der Rücksicht auf das Widerstreben der süddeutschen Dynastien und Bevölkerungen und auf die innerdeutschen Verhältnisse überhaupt.

Wie viel hatten in den letzten Jahren die Männer des Nationalvereins und der deutschen Fortschrittspartei von der Größe und Freiheit Deutschlands gesprochen, und wie eifrig hatten sie nach einer Politik gerufen, die ihre Ideale verwirklichen sollte! Aber in dem Augenblick, wo es ernst wurde, hatten sie sich in verschiedene machtlose Gruppen zerspalten. Die Preußen unter ihnen fühlten immer deutlicher ihr preußisches Herz unter der deutschen Gewandung schlagen, je kraftvoller und selbstbewußter ihr Staat unter Bismarcks Leitung in Deutschland und Europa aufzutreten begann. Manche von ihnen erwogen schon leise, ob nicht ein nach demokratischen Grundsätzen gewähltes deutsches Parlament geeignet sei, die Wirksamkeit des preußischen Abgeordnetenhauses, das ihnen als Hochburg des Liberalismus galt, allzusehr zu beeinträchtigen. Die Liberalen in den kleineren Staaten aber fürchteten von einem preußischen Siege nicht nur den Triumph reaktionärer Gewalten über das mühsam behütete Verfassungsleben der Kleinstaaten, sondern auch die Verdrängung der alten gesamtdeutschen Ideale, denen sich auch Preußen hatte beugen sollen, durch eine großpreußische Machtpolitik.

Noch schlimmer aber war es, daß, je näher der Kampf mit den Waffen heranrückte, desto klarer die Ohnmacht dieser liberal und deutsch gesinnten Oberschichten gegenüber den Dynastien und den Massen der Bevölkerung hervortrat. Ganz besonders in Süddeutschland brach das Volksempfinden unmittelbar vor dem Kriege elementar hervor, und es war nicht deutsch und unitarisch,

sondern partikularistisch, bayrisch, württembergisch, badisch, süddeutsch, jedenfalls aber und vor allem antipreußisch. Man wollte einfach nicht preußisch werden, sondern unter den alten Herrschern bleiben wie bisher; man wollte keine preußische Disziplin im Heer und Beamtentum, keine Bismarckschen Methoden im parlamentarischen Leben, keine schweren Lasten für das Heer nach preußischem Vorbild. Und mit diesen Volksempfindungen stimmte nicht nur das Interesse der Dynastien, des Adels und der herrschenden Beamtenfamilien überein, sondern, was noch viel mehr sagen wollte, auch die stärkste geistige Macht im südlichen Deutschland, die katholische Kirche, die keine Herrschaft der protestantischen Hohenzollern über Deutschland wollte. Wo ein Herrscher anders gesinnt war, wie der Großherzog von Baden, durfte er es nicht öffentlich zeigen, ohne persönlich in Gefahr zu geraten. Großherzog Friedrich konnte es in den letzten Tagen vor dem Kriege nicht einmal wagen, den preußischen Gesandten offen zu empfangen; heimlich, wie ein Verschwörer, mußte er mit ihm verkehren.

Und ebenso elementar partikularistisch empfand die Masse des Volkes in Preußen selbst. Nur im Westen, wo man von jeher mehr deutsch gesinnt gewesen war, und wo der Einfluß der katholischen Geistlichkeit dem spezifischen Preußentum entgegenarbeitete, war es bei der Mobilmachung zu einzelnen Widersetzlichkeiten gekommen. Aber im Felde hörte auch dieser Unterschied auf, wirksam zu sein; das Heer war preußisch und kämpfte für Preußens Macht und Ruhm, nicht für Deutschland; es kämpfte, weil sein König und oberster Kriegsherr es befahl und sich selbst an die Spitze stellte.

Gerade der Krieg von 1866 hat es deutlich genug an den Tag gebracht, daß ein nationales Empfinden in der Art, wie es die Liberalen hegten, in den Volksmassen so gut wie gar nicht vorhanden war. Noch immer war der deutsche Patriotismus in gewöhnlichen Zeiten tief versteckt unten den Gefühlen, die sich an das engere Vaterland knüpften; vorhanden war er und würde auch im Süden hervorgebrochen sein, wenn die Franzosen sich eingemischt hätten. Dieser elementare Haß gegen die Fremden und ihre Ansprüche auf Vormundschaft über Deutschland bildete

daher auch mit Recht einen Faktor in Bismarcks Rechnung. Aber nur im Fall einer unmittelbaren vom Ausland drohenden Gefahr und eines Anschlusses der Dynastien an die Fremden hätte er mit einiger Aussicht auf Erfolg gegen die Herrscher der Einzelstaaten angerufen werden können. Bismarck, der nie ein aussichtsreiches Mittel gegen einen Feind anzuwenden verschmähte, der gegen die Habsburger die Ungarn unter die Waffen zu rufen versuchte, hat daher auch keinen ernstlichen Versuch gemacht, während des Feldzuges die Bevölkerung der Südstaaten durch stärkere Betonung deutsch-nationaler Momente gegen ihre Fürsten zu gewinnen; denn das wäre aussichtslos gewesen.

Im Nordwesten Deutschlands lag die Sache wesentlich anders; hier fehlte die unbedingte antipreußische Stimmung der Bevölkerung, und es gab schon vor 1866 nicht wenige in diesen Gebieten, die sich aus den engen Verhältnissen der Kleinstaaterei hinaussehnten und den Anchluß an Preußen in irgendeiner Form begehrten. Man fühlte sich von dem Nachbarstaate, dessen Zustände man hier viel besser kannte und viel richtiger beurteilte als im Süden, nicht so sehr durch die eigene Sonderart wie durch den zufälligen Gang der Ereignisse getrennt. Dazu kam die persönliche Unbeliebtheit der Herrscher in Hannover und Kurhessen. So fügte sich die Bevölkerung hier im Großen und Ganzen ziemlich leicht in die Annexion und den Verlust der eigenen Dynastien. Der tiefe Riß zwischen Süden und Norden, der durch das ganze deutsche Volk ging und gerade in den letzten Menschenaltern besonders scharf geworden war, ließ sich nicht verleugnen. Ein Staatsmann von dem klaren Blicke Bismarcks mußte dieser Tatsache Rechnung tragen. Diese Erwägung hat es ihm schon vor dem Kriege erleichtert, sich mit dem Gedanken vertraut zu machen, daß nur eine losere Verbindung zwischen Nord- und Süddeutschland in diesen Augenblick erstrebt werden könne. Allerdings sprach dabei aber auch noch eine andere Rücksicht mit.

Bismarck wollte zwar für den neuen Bundesstaat ein Parlament als Gegengewicht gegen die Sonderinteressen der Einzelstaaten, aber die Macht der Volksvertretung sollte nur gerade groß genug sein, um diesen Zweck zu erfüllen. Seine früheren Äußerungen über die Kompetenz eines künftigen deutschen

Parlaments beweisen ebenso wie sein Entwurf der norddeutschen Bundesverfassung, in wie enge Grenzen er die Wirksamkeit des Reichstags einzuschließen gedachte. Dem russischen Zaren, der eindringlich vor der Schöpfung eines deutschen Parlaments warnte, weil es der Träger revolutionärer Ideen sein und auf die süddeutschen Staaten eine mit den Interessen der dortigen Dynastien nicht vereinbare Anziehungskraft ausüben werde, hat er sagen lassen, er habe wohl den Beweis geliefert, daß er mit Parlamenten umzugehen verstehe, und werde dafür sorgen, daß auch der künftige Reichstag dem monarchischen Prinzip keine Gefahr bringe. Dem König Johann von Sachsen und seinem ersten Ratgeber, dem Minister von Friesen, sagte er während der Verhandlungen über die norddeutsche Bundesverfassung, sein eigentliches Ziel sei, den Parlamentarismus durch den Parlamentarismus zu stürzen, und es liege im Interesse aller Regierungen, ihn dabei zu unterstützen; nur, wenn die Regierungen ihm unnötige Schwierigkeiten machten, müsse er „die parlamentarische Hochdruckmaschine" gegen sie in Bewegung setzen und sich mit den liberalen Parteien enger verbinden, als er es selbst wünsche. Waren diese Äußerungen in ihrer scharfen Zuspitzung auch gewiß auf den Moment und die Adressaten berechnet, so entsprachen sie doch im Grunde seiner innersten Anschauung.

Nun war es aber völlig klar, daß ein freiwilliger Eintritt Süddeutschlands in den geplanten Bund nur möglich gewesen wäre, wenn man ein wirklich starkes und an der Leitung der gemeinsamen Angelegenheiten wirksam beteiligtes deutsches Parlament geschaffen hätte. Die Stellung der Volksvertretungen gegenüber den Regierungen war in Süddeutschland auch nach 1849 eine erheblich stärkere geblieben als im Norden. Man würde hier ein neues schweres Hindernis des Zusammenschlusses darin erblickt haben, wenn die neue gemeinsame Volksvertretung mit geringeren Rechten ausgestattet worden wäre, als man sie im Leben der engeren Heimat gewohnt war. Und auch die süddeutschen Regierungen konnten gegen die Übermacht Preußens das beste Gegengewicht in einer kräftigen, gegenüber den preußischen die allgemein deutschen Gesichtspunkte wirksam zur Geltung bringenden Volksvertretung sehen. Hätten im konsti-

tuierenden Reichstag die süddeutschen Liberalen und Demokraten und die Preußen stets feindlichen Klerikalen neben ihren Gesinnungsgenossen aus dem Norden mitzusprechen gehabt, so würde es noch viel schwerer gewesen sein, das Parlament in der künftigen Verfassung in jene bescheidene Nebenrolle zu drängen, die Bismarck ihm zugedacht hatte, zumal da die süddeutschen Regierungen sich von der Stimmung in ihren Ländern sicherlich mehr als von den Wünschen Preußens hätten beeinflussen lassen.

Bismarck durfte also annehmen, daß er seine Ziele in der inneren Politik leichter mit einem norddeutschen Parlament werde erreichen können als mit einem gesamtdeutschen. Sowohl das starke Vorwiegen der altpreußischen Abgeordneten, die unter dem allgemeinen Wahlrecht wahrscheinlich zum großen Teil aus Konservativen bestehen würden, mußte in dieser Richtung wirken, wie der Umstand, daß ein solches Teilparlament den Regierungen nicht als Vertretung des gesamten deutschen Volkes gegenüberzutreten in der Lage war. Bismarck wußte ja aus Erfahrung, wieviel schwächer und willfähriger das Erfurter, nur von einem Teile Deutschlands gewählte Parlament gewesen war, als die große Frankfurter Nationalversammlung. Deshalb war es ihm im Grunde lieber, die neue Verfassung feststellen zu können, ohne daß die Süddeutschen dabei mitwirkten. War sie dann einmal da und hatte sich eingelebt, dann würde man sie sich auch im Süden schließlich leichter gefallen lassen, wenn man dort zur Überzeugung gelangte, daß man für sich allein nicht existieren könne, als jetzt, wo man die Mitverantwortung für ihre Beschaffenheit zu tragen gehabt haben würde.

Aus allen diesen Gründen wies Bismarck den Gedanken von sich, im Herbst 1866, als die Möglichkeit dazu noch einmal vorhanden zu sein schien, die Südstaaten zum Eintritt in den neuen Bund zu veranlassen. Viele fürchteten damals, als es bekannt wurde, daß ein norddeutscher Bund ins Leben gerufen werden solle, die Zerreißung Deutschlands werde eine dauernde sein, und Bismarck selbst habe eigentlich gar nichts anderes im Sinne, als Preußens Macht nördlich des Mains möglichst fest zu begründen. Soviel aber auch für diese Meinung zu sprechen schien, sie war dennoch unrichtig. Bismarck hatte das größere Ziel auch jetzt nicht

aus den Augen verloren. Schon unmittelbar nach Königgrätz hat er dem Kronprinzen gesagt, er betrachte den Norddbund nur als Etappe auf dem Wege zur größeren Einheit. Während der Friedensverhandlungen hat er sich bis zuletzt bemüht, neben dem norddeutschen Bundesstaat ein loseres Bundesverhältnis für das ganze außerösterreichische Deutschland festzuhalten und den Artikel zu beseitigen, der dem in Aussicht genommenen süddeutschen Bund eine völkerrechtlich unabhängige Existenz sichern sollte. Als er dann die Bundesverfassung zu durchdenken begann, stand die Rücksicht auf den künftigen Beitritt Süddeutschlands bei seinen Erwägungen stets im Hintergrund. Von den früher bereits hergestellten Entwürfen sagte er, sie seien „zu zentralistisch-bundesstaatlich für den dereinstigen Beitritt der Süddeutschen". Bei der Festsetzung der preußischen Stimmenzahl im Bundesrat machte er die Bemerkung, bei etwaigem Zutritt der Süddeutschen müsse sie von 17 auf 20 erhöht werden. Allerdings blieb nach seiner Meinung für den vollen Anschluß des Südens immer die Voraussetzung, daß bei den dortigen Dynastien und Bevölkerungen erst die Überzeugung von der Notwendigkeit dieser Verbindung und von ihren Vorteilen auch für den Süden selbst durchgedrungen sein müsse; er glaubte, daß vielleicht ein Menschenalter vergehen könne, bis es so weit sein werde.

Zweifelhaft kann es erscheinen, ob Bismarck auch in seiner Stellungnahme zur Vollendung des norddeutschen Verfassungswerkes durch die Rücksicht auf den Süden mitbestimmt worden ist, da uns sichere Zeugnisse darüber fehlen. Indessen spricht die Vermutung doch dafür. Als ihm sehr gegen seinen Wunsch vom konstituierenden Reichstag so viele Bestimmungen in die Verfassung gesetzt wurden, welche die Stellung des Reichstags gegenüber den verbündeten Regierungen zu verstärken geeignet waren, mußte er sich entscheiden, ob er darauf einzugehen und dem König und den Regierungen die Annahme der veränderten Verfassung anraten wolle oder nicht. Für diesen Entschluß wird es doch wohl nicht ohne Bedeutung gewesen sein, daß er sich sagen mußte: was schon die gemäßigten Liberalen Norddeutschlands als äußerstes Minimum ihrer Forderungen bezeichnen,

während die linksstehenden Liberalen und die Demokraten es als ungenügend verwerfen, das wird erst recht für die Süddeutschen die unterste Grenze dessen sein, was sie für ein deutsches Parlament an Rechten verlangen werden. Bei einer Auflösung des konstituierenden Reichstags hätte die Verfassung ja nur durch eine Oktroyierung seitens der Regierungen zustande kommen können; das würde, falls die Regierungen sich dann überhaupt hätten einigen können, nicht nur von Anfang an den inneren Konflikt in das norddeutsche Staatsleben hineingetragen, sondern auch die Süddeutschen aufs stärkste von dem Gedanken eines späteren Beitritts abgeschreckt haben.

Dies ist doch wohl der Punkt, in dem das nun geschaffene Werk am weitesten von den ursprünglichen Plänen seines Schöpfers abwich. Die Beschränkung auf Norddeutschland als erste Stufe zur späteren Vollendung war eine ihm schon lange geläufige Vorstellung; es konnte ihn nicht allzuviel Überwindung kosten, sie in die Praxis einzuführen; aber ein mit weitgehendem Budgetrecht ausgestattetes Parlament und ein diesem Parlament für die gesamte Leitung der Bundespräsidialgeschäfte verantwortlicher Bundesminister, das waren bisher keine Faktoren seiner Rechnung gewesen, ja er würde derartige Forderungen vor dem Kriege gewiß scharf bekämpft haben. Diese Zugeständnisse hat er dem Liberalismus gemacht. Und wenn wir nach den Gründen dafür fragen, so werden wir letzten Endes wieder auf die entscheidende Einwirkung nationaler Motive geführt.

Gewiß war in erster Linie sein verändertes Verhältnis zu den Konservativen dafür bedeutsam. Als sich Bismarck zur Annexion ganzer feindlicher Staaten und zur Entthronung legitimer Dynastien entschloß, setzte er sich in unlösbaren Widerspruch zu den Grundmotiven des konservativen Denkens. Gerade die besten Elemente unter den Konservativen, die nicht aus wirtschaftlichen oder Standesinteressen heraus, sondern unter dem Zwange einer festgeschlossenen und religiös fundierten Weltanschauung dieser Partei sich zugewandt hatten, mußten diese Handlungsweise Bismarcks als einen Abfall von den bisher öffentlich auch von ihm bei jeder Gelegenheit proklamierten Grundsätzen ansehen; sie

konnten ihm, auch wenn sie einen offenen Bruch vermieden, niemals wieder ihr volles Vertrauen schenken. Wenn auch viele unter den preußischen Konservativen sich durch die großen für Preußen errungenen Erfolge momentan berauschen ließen, weil ja eine kräftige auswärtige Politik auch stets zu ihren Forderungen gehört hatte, so mußten sie doch von neuem stutzig werden, als Bismarck den König dazu bestimmte, ohne äußere Nötigung den Liberalen durch die Einbringung des Indemnitätsgesetzes entgegen zu kommen. Sie faßten das als ein Bekenntnis des Unrechts von seiten der Regierung, als eine unnötige Konzession an die parlamentarischen Machtbestrebungen auf. Selbst unter den konservativen Mitgliedern des Ministeriums war damals die Meinung vertreten, daß der auswärtige Sieg ganz anders hätte ausgenutzt werden können. Man hätte sagen sollen, durch die große Erweiterung des preußischen Gebiets sei ein ganz neues Staatswesen entstanden, für das die bisherige Verfassung keine Geltung mehr beanspruchen könne, und hätte eine neue Verfassung oktroyieren oder mit einer auf Grund eines veränderten Wahlgesetzes zu berufenden Gesamtvertretung des neupreußischen Volkes vereinbaren sollen.

Bismarck wollte sich in der Ausführung seiner Pläne so wenig durch den doktrinären Widerstand der Konservativen aufhalten lassen, wie früher durch die Opposition der Liberalen. Er wollte den Konflikt nicht in die neuen Verhältnisse mit hinübernehmen, und er wußte, daß er für die Verschmelzung der neu erworbenen preußischen Gebiete mit dem alten Staate auf die freiwillige Mitarbeit der dortigen Liberalen angewiesen sei, da die streng konservativ gesinnten Elemente gerade hier an den vertriebenen Dynastien festhielten und die Annexion verurteilten. Außerdem mußten die Schwierigkeiten, die bei den Beratungen zwischen den norddeutschen Regierungen über die Bundesverfassung hervortraten, die endlosen und zum Teil recht kleinlichen Vorbehalte, die sie machten, ihm noch einmal recht deutlich zeigen, daß auch für eine spätere gedeihliche Entwicklung des Bundes ein parlamentarisches Gegengewicht gegen alle diese Sonderinteressen ganz unerläßlich sei, und daß es nicht allzu schwach sein dürfe, wenn es wirksam sein solle. Dazu kam aber doch als letztes und ge-

wiß nicht unwirksamstes Motiv noch die Erwägung, daß die Süddeutschen nicht endgültig vom Eintritt in den Bund abgeschreckt werden dürften. Alles dies zusammen bestimmte Bismarck schließlich, die Verstärkung der parlamentarischen Stellung, die der konstituierende Reichstag verlangte, zuzugestehen.

Es ist klar, daß Bismarck sich damit von neuem den Bestrebungen der Männer von 1848 um einen erheblichen Schritt genähert hat; von dem, was Camphausen und Radowitz erstrebt hatten, war er jetzt kaum noch entfernt; denn gegen den Unitarismus der Paulskirche hatten ja auch sie die Einzelstaaten schützen und das Parlament nicht zur ausschlaggebenden Macht werden lassen wollen.

Der letzte Grund dafür, daß Bismarck jetzt in die Bahnen seiner ehemaligen Gegner einlenken mußte, lag noch darin, daß auch die Einheit Deutschlands gegenüber dem Ausland, auf die es ihm ankam, allein mit Hilfe der übrigen Dynastien und der Konservativen nicht zu schaffen war. Die Dynastien der mittleren Staaten waren meist noch ebenso wenig geneigt, wie früher, aus freiem Willen einen erheblichen Teil ihrer Souveränitätsrechte zugunsten einer von Preußen geleiteten Zentralgewalt zu opfern; und gerade die konservativen Elemente waren überall so eng mit den Dynastien der Einzelstaaten verbunden und durch ihr eigenes Interesse so stark an den Fortbestand möglichst selbständiger Einzelstaaten geknüpft, daß ein Bündnis mit ihnen, um dadurch den nötigen Druck auf die Herrscher auszuüben, außerhalb des Bereichs die Möglichkeit lag. Und das nationale Empfinden der Volksmassen, auf das sich der leitende Staatsmann Preußens zu diesem Zwecke hätte stützen können, war in ruhigen Zeiten nur eine latente Kraft; es konnte wohl in Fällen unmittelbarer auswärtiger Gefahr benutzt werden, um die Fürsten zu momentaner Einigkeit zu zwingen, aber nicht, um sie zur Unterordnung unter dauernde nationale Institutionen zu veranlassen. Der einzige, wirkliche Bundesgenosse, der ihm bei diesem Werke helfen konnte, war eben doch der Liberalismus.

Für den Kampf gegen Österreich hatte er wenig nützen können, da es hier auf militärische Machtmittel ankam, über die er nicht verfügte. Sobald es sich aber um die Ausgestaltung des Er-

rungenen handelte, war er nicht zu entbehren. Da die Liberalen aber auf einem höheren Grade von Gemeinsamkeit auch des inneren Staatslebens bestanden, und eine größere Macht der Volksvertretung zur Bedingung ihrer Mitwirkung machten, sah sich Bismarck genötigt, ihren Wünschen entgegenzukommen. Es wurde ihm dadurch erleichtert und ermöglicht, daß auch die Liberalen aus ihren früheren Mißerfolgen und dem ungünstigen Ausgang ihres Kampfes um die volle Beherrschung des Staates in Preußen ihre Lehren gezogen hatten und sich bereit zeigten, von ihrem früheren Programm erheblich abzulassen. Die Begeisterung für die Verfassung von 1849 begann in ihren Reihen zu erlöschen, da sie doch nicht zu verwirklichen war; was von Bismarck zu haben war, entsprach zwar nicht ihren alten Idealen, bot aber den Vorteil, daß es sofort wirklich ins Leben treten konnte und wenigstens eine erhebliche Annäherung an die alten Ziele bedeutete. So wurde durch Entgegenkommen von beiden Seiten das Bündnis zwischen Bismarck und den gemäßigten Liberalen möglich, das zwar für beide Teile mehr vom Verstande als von dem Gefühl innerer Übereinstimmung diktiert wurde, sich aber doch ein Jahrzehnt lang als eine brauchbare Unterlage des Staatslebens erwiesen und die spätere Hereinziehung Süddeutschlands in den Bund erst möglich gemacht hat.

Indem Bismarck auf dieses Bündnis einging, bewies er nicht nur von neuem, daß Parteidoktrinen für ihn ohne Bedeutung waren, daß er vielmehr bereit war, die Unterstützung zu nehmen, wo er sie unter erträglichen Bedingungen bekommen konnte, sondern er zeigte auch aufs deutlichste, daß er nicht nur preußisch, sondern auch deutsch empfand. Ein größeres Preußen hätte er schließlich auch ohne die Hilfe der Liberalen schaffen können, einen Bund, der die Möglichkeit bieten sollte, auch Süddeutschland dereinst mit zu umfassen, aber nicht. Noch mußte er die Mainlinie aus den Gründen, die wir kennen gelernt haben, bestehen lassen; aber daß sie später einmal verschwinden solle und werde, war sein Wunsch und seine Überzeugung. Durch den Abschluß der Schutz- und Trutzbündnisse mit den Südstaaten hatte er die erste Brücke über den Main geschlagen, durch die Erneuerung des Zollvereins in den Friedensverträgen war neben der

militärischen auch die wirtschaftspolitische Einheit des kleineren Deutschland für die Zukunft gesichert; und schon die nächsten Maßregeln Bismarcks zeigten, daß er gerade sie noch fester zu gestalten gedachte. Aber schon jetzt stand Deutschland dem Ausland gegenüber fester geeinigt da, als Jahrhunderte hindurch; immer schwerer mußte es für die auswärtigen Mächte werden, sich noch in alter Weise in die inneren Angelegenheiten Deutschlands einzumischen, und mit stolzerer Sicherheit als während der vergangenen Jahre konnte Bismarck darauf rechnen, daß, wenn die deutschen Stämme selbst ihre dauernde politische Vereinigung begehren würden, ein Machtgebot des Auslandes sie an der Ausführung ihres Willens nicht mehr werde hindern können.

Siebentes Buch

Der Krieg gegen Frankreich und die Begründung des Reiches

Erstes Kapitel

Nord und Süd zwischen den Kriegen

Daß die volle Einigung kommen müsse und nur noch eine Frage der Zeit sei, war schon unmittelbar nach dem Ausgang des Krieges von 1866 die Überzeugung derjenigen Männer in Deutschland, die über den Augenblick hinauszudenken vermochten. Aber auf welchem Wege man zu diesem Ziele gelangen könne, lag noch völlig im Dunkel. Die praktische Arbeit der leitenden Staatsmänner, soweit auch sie mit Bewußtsein diesem Ziele zustrebten, konnte sich zunächst nur darauf richten, den norddeutschen Bund so auszubauen, daß er auch den Süddeutschen als geeignete Grundlage für ein gesamtdeutsches Staatsleben erscheine, und jede fernere Einmischung auswärtiger Mächte in das innere Leben Deutschlands zu verhüten. Namentlich im Süden regte sich immer noch der Zweifel, ob Preußen und der Norddeutsche Bund überhaupt in der Lage sein würden, die Gebiete südlich des Mains im Falle internationaler kriegerischer Verwicklungen wirksam zu verteidigen. Von der Existenz der Schutz- und Trutzbündnisse ahnte niemand etwas, außer den an ihrem Abschluß unmittelbar beteiligten Staatsmännern; aber, selbst wenn man sie gekannt hätte, würde der Zweifel daran, ob sie im Ernstfall Sicherheit gegen einen französischen Angriff gewähren würden, nicht verstummt sein.

Daß von Frankreich her in der Tat noch Gefahren zu befürchten waren, daß man hier trotz der Zurückweisung der Kompensationsforderungen im August 1866 noch immer darauf ausging, für die endgültige Anerkennung des neuen Zustandes eine Entschädigung zu erlangen, hatten schon die Vorgänge gezeigt, die sich im Frühjahr 1867 abspielten, während Regierungen und Reichstag noch über die Einrichtungen des neuen Bundes miteinander verhandelten.

Napoleon sah mit Schmerz und Besorgnis, wie stark die Mißerfolge seiner Politik in den letzten Jahren sein Ansehen in Frankreich selbst geschädigt hatten. Überall konnte er hören, die Niederlage Österreichs sei auch eine Niederlage Frankreichs gewesen, und seine unentschlossene Haltung habe sie verschuldet. Die Klerikalen hatten sich bereits seit längerer Zeit von ihm abzuwenden begonnen; sie konnten ihm sein Eintreten für die Einheit Italiens nicht verzeihen, und schon seit dem Kriege von 1859 wußte der Kaiser, daß er sich nicht mehr unbedingt auf seine alten Freunde verlassen könne. So sehr er bemüht war, den offenen Bruch mit ihnen zu vermeiden, hielt er es doch für geraten, sich neben ihnen andere Stützen für seine Herrschaft zu suchen. Durch die Gewährung der Koalitionsfreiheit suchte er die Arbeiter zu gewinnen, und langsam und vorsichtig begann er sich den Liberalen zu nähern. Je unsicherer seine Stellung wurde, desto eifriger suchte er durch Reformen im Innern eine neue Popularität zu gewinnen. In einem alsbald veröffentlichten Briefe an Rouher vom 19. Januar 1867 verkündigte er, daß er beschlossen habe, den bisher ganz machtlosen Kammern das Interpellationsrecht zu gewähren, und daß er eine Erweiterung der Preß- und Vereinsfreiheit plane.

Aber auch die Liberalen, die dem Kaiser ohnehin nicht trauten, verlangten von ihm, daß er die internationale Stellung Frankreichs wahre. Immer wieder mußte er sich daher die Frage vorlegen, ob es nicht doch vielleicht möglich sei, nachträglich noch eine kleine Gebietserweiterung zu erlangen. Da politisch zu Deutschland gehörige Gebiete ohne einen Krieg nicht zu haben waren, so konzentrierte sich Napoleons Interesse immer stärker auf die Erwerbung von Luxemburg und eines Teils von Belgien.

Das Großherzogtum Luxemburg stand in Personalunion mit dem Königreich der Niederlande und hatte bis 1866 dem alten deutschen Bunde angehört. Seine Hauptstadt war sogar Bundesfestung gewesen und hatte eine preußische Besatzung gehabt; diese war auch dort geblieben, als der alte Bund aufgelöst wurde, obwohl Luxemburg dem Norddeutschen Bunde nicht beitrat. Außerdem gehörte das Großherzogtum dem deutschen Zollverein an.

Die Bevölkerung war überwiegend deutschen und nur zum kleineren Teile romanischen Ursprungs.

Schon als Bismarck die französischen Kompensationsforderungen im August 1866 zurückwies, hatten die Franzosen erklärt, daß sie dann wenigstens Luxemburg und die preußische Unterstützung für spätere Gebietserwerbungen in Belgien verlangen müßten. Bismarck hatte eine solche nicht unbedingt von der Hand gewiesen, sich aber von Anfang an sehr zurückhaltend geäußert. Einen Anspruch Frankreichs auf Kompensationen erkannte er nicht an. Höchstens, meinte er, könne Preußen, um für die Zukunft gute Beziehungen zu Frankreich zu gewinnen, einem Vorgehen Frankreichs in dieser Richtung unter gewissen Bedingungen, ruhig zusehen. Schon damals verhehlte er nicht, daß auch dies nur möglich sein werde, wenn man die Sache mit der größten Vorsicht behandle, da Preußen sonst in Gefahr stehe, von der öffentlichen Meinung Deutschlands der Preisgabe deutschen Gebietes beschuldigt zu werden. Auch wisse er nicht, ob der König ohne weiteres bereit sein werde, auf das preußische Besatzungsrecht zu verzichten, dessen Beseitigung natürlich die Vorbedingung für eine Erwerbung des Landes durch Frankreich sein müßte. Bismarck gab den Franzosen den Rat, sie möchten zunächst im Lande selbst Kundgebungen für eine Entfestigung Luxemburgs und die Entfernung der preußischen Garnison herbeiführen; diese könnten dann den offiziellen Anlaß zu einer Erwägung der Frage geben, ohne daß es scheine, als werde von Frankreich her ein Druck in dieser Richtung ausgeübt. Vielleicht werde sich der König dann zur Zurückziehung der Garnison bestimmen lassen. Erst wenn dies geschehen sei, könne Frankreich, wiederum in der Weise daß es im Großherzogtum selbst eine Bewegung für den Anschluß hervorrufe, allmählich weitere Schritte zu seinem Ziele tun.

Dieser vorsichtige Rat, dessen Befolgung wohl allein Aussicht auf ein Gelingen des Planes geboten hätte, fand aber nicht den Beifall des Kaisers und seiner Ratgeber. Sie empfanden das dringende Bedürfnis, nach den erlittenen diplomatischen Niederlagen möglichst schnell einen äußerlich sichtbaren Erfolg davonzutragen, um auf die öffentliche Meinung des eigenen Landes

zu wirken. Da sich sehr bald deutlich zeigte, daß jeder Versuch, belgisches Gebiet in Besitz zu nehmen auf scharfen Widerstand von englischer Seite stoßen würde, so schien dies nur in der luxemburgischen Frage möglich. Immer dringender mußte Benedetti in Berlin betonen, daß der Kaiser auf diese Erwerbung den höchsten Wert lege und von dem Entgegenkommen, das er bei Preußen in dieser Sache finde, seine ganze weitere politische Haltung abhängig machen werde. Bismarck ließ sich aber aus der einmal gewählten Stellung nicht hinausdrängen. Wir wissen, daß er auf den Vertragsentwurf Benedettis, der ja auch die Überlassung Luxemburgs enthielt, zunächst gar keine amtliche Antwort gab. Dann war er mehrere Wochen lang durch seine Krankheit von Berlin ferngehalten, und während dieser Zeit stockten die Verhandlungen und wuchs die Ungeduld der Franzosen. Im Oktober drang Napoleon von neuem darauf, daß Preußen auf sein Besatzungsrecht verzichten und dem König der Niederlande die Abtretung des Landes an Frankreich empfehlen solle. Bei diesem selbst setzte man keine Schwierigkeiten voraus, da man wußte, daß er stets Geld brauchte und auf den Besitz dieses abgelegenen Gebietes wenig Wert legte; er würde sich also voraussichtlich gegen Zahlung einer mäßigen Summe zur Abtretung seiner Rechte bereit finden lassen.

König Wilhelm war noch weniger als sein Kanzler geneigt, diesem Wunsch Napoleons ohne weiteres zu entsprechen. Seinem graden Sinne widerstrebte es, über ein befreundetes Nachbarland ohne dessen Wissen und Willen Verfügungen zu treffen; auch war er von der Wertlosigkeit des Besatzungsrechtes für Preußen keineswegs überzeugt. Er meinte dem unerbetenen Vermittler in Nikolsburg schon genug Zugeständnisse gemacht zu haben und wollte unter keinen Umständen als derjenige erscheinen, der deutsches Land den Franzosen ausliefere. Mit dieser Stimmung seines Herrn mußte Bismarck rechnen und er hat auch Benedetti nicht verhehlt, daß hierin eine erhebliche Schwierigkeit liege.

Aber auch bei Bismarck selbst erregte das fortwährende Drängen der Franzosen, während sie es unterließen, die von ihm empfohlenen vorsichtigen Vorbereitungen zu treffen, den Verdacht, daß es Frankreich nicht nur auf den Besitz Luxemburgs ankomme,

sondern zugleich darauf, Preußen in der öffentlichen Meinung Deutschlands und gegenüber England zu kompromittieren und dadurch seine Stellung zu schwächen, ganz abgesehen davon, daß er Benedettis Auftreten persönlich als taktlos empfand. „Müssen wir ein französisches Bündnis", schrieb er an Goltz, „durch eine demütigende Verletzung des deutschen Nationalgefühls erkaufen, so ist es zu teuer bezahlt." Da er es aber auch nicht im Interesse Preußens fand, Frankreich zurückzustoßen, so beschloß er, sich ganz zurückzuhalten, bis vielleicht die Ereignisse eine Entscheidung erleichtern oder unnötig machen würden. Als die Franzosen weiter wegen des Besatzungsrechtes drängten, erklärte er zunächst ein militärisches Gutachten über den Wert der Festung für nötig. Moltke sprach sich für deren Erhaltung aus, da sie zur Deckung des Rheinlandes gegen einen französischen Angriff sehr wertvoll, für eine etwaige Offensive gegen Frankreich von der Mosel her aber der einzige Stützpunkt sei. Ähnlich äußerte sich Roon; jedenfalls, meinte er, müsse die Schleifung der Festungswerke ausbedungen werden, wenn politische Gründe den militärisch nicht wünschenswerten Verzicht als notwendig erscheinen lassen sollten. Die Franzosen hingegen wünschten die Festung, wenn sie in ihre Hände komme, zu erhalten.

Graf Goltz, der ja schon während der Friedensverhandlungen seine eigene, auf eine volle und rückhaltlose Verständigung mit Napoleon gerichtete Politik getrieben hatte, drang auch jetzt auf möglichste Beschleunigung der Sache, da ein Bündnis mit Frankreich die einzige Möglichkeit sei, um einem baldigen Kriege vorzubeugen. Aber Bismarck ließ sich auch von ihm nicht vorwärts drängen; er warnte sogar die Franzosen vor der Erweckung vorzeitiger Hoffnungen in der Öffentlichkeit und wies sie darauf hin, daß es unmöglich sein werde, die Angelegenheit vor dem Zusammentritt der französischen Kammern zu Ende zu bringen, weil er wußte, daß es der brennende Wunsch Napoleons war, das neue Parlament durch einen solchen Erfolg von vornherein günstig zu stimmen.

Da die Franzosen so keinen Schritt weiterkamen, entschlossen sie sich zu einer kleinen List. Benedetti hatte Anfang März einen Bericht über eine Unterredung mit Bismarck nach Paris geschickt,

der dem Minister Moustier eine Handhabe zu bieten schien, den allzu Vorsichtigen auf bestimmte Äußerungen festzulegen. Er versuchte das in der Weise, daß er in seiner Antwort an Benedetti die von diesem berichteten Äußerungen Bismarcks wiederholte.

Der Bundeskanzler sollte gesagt haben, daß Preußen bereit sei, auf ein Bündnis mit Frankreich einzugehen und keinen Wert auf die Einbeziehung Luxemburgs in den norddeutschen Bund lege. Wenn in Luxemburg selbst Kundgebungen gegen das preußische Besatzungsrecht stattfänden und der König der Niederlande infolgedessen eine entsprechende Forderung stelle, würde es für Preußen sehr schwer sein, dies Recht festzuhalten, nachdem die Verträge, auf denen es beruht habe, erloschen seien. Wenn Frankreich diese Voraussetzungen also schaffen könne, so würden alle Schwierigkeiten verschwinden. Sollte der König der Niederlande Luxemburg an Frankreich abtreten, so würde Preußen nichts dagegen einwenden und seine Garnison zurückziehen, ohne auch nur eine Aufforderung Frankreichs dazu abzuwarten. Diesen Brief Moustiers mußte Benedetti Bismarck mit der Bitte vorlegen, die Richtigkeit der darin enthaltenen Angaben zu bestätigen. Tat er dies, so war er gebunden; tat er es nicht, so mußte er, meinte man, doch gezwungen werden, seine Ansicht über diese Punkte unzweideutig zu formulieren.

Aber Bismarck war nicht der Mann, sich durch so plumpe Mittel fangen zu lassen. Er las das Aktenstück durch, ließ sich aber auf eine Diskussion im einzelnen gar nicht ein, sondern bemerkte dem Botschafter nur, daß seine Äußerungen in einer Reihe von Punkten ungenau wiedergegeben seien. Dem Grafen Goltz teilte er zu seiner Information mit, welche Punkte dies seien. Er habe nie gesagt, daß Preußens Besatzungsrecht bereits mit den Verträgen erloschen sei, sondern er habe diese und andere Fragen nur als diskutierbar bezeichnet. Ebenso wenig habe er gesagt, daß die in dem Schreiben erwähnten Schritte alle Schwierigkeiten beseitigen würden, sondern nur davon gesprochen, daß sie eine Lösung erleichtern würden, weil dadurch die Initiative dem luxemburgischen Volke und dem König der Niederlande, nicht aber Preußen zugeschoben werde. Endlich habe er nicht gesagt, daß den Preußen bei Abtretung des Landes nichts übrig bleiben werde,

als abzuziehen. Benedetti hatte also offenbar gerade in den wichtigsten Punkten die im Gespräch getanen Äußerungen Bismarcks in seinem Bericht so verschärft und zugespitzt, daß dadurch ein recht wenig zutreffendes Bild entstanden war. Bismarck begnügte sich nicht, dies gegenüber Benedetti zu betonen, sondern er ließ auch durch Goltz dem Minister Moustier selbst sagen, daß er es ablehne, sich auf die von dem Botschafter berichteten Äußerungen festlegen zu lassen und keine Verpflichtung anerkenne, „solche Darstellungen entweder ausdrücklich zu widerlegen oder anzuerkennen und Folgerungen daraus zu ziehen."

Als auch dieser Versuch mißlungen war, riß den Franzosen endgültig die Geduld. Im März entschloß sich Moustier, mit dem König der Niederlande über den Verkauf von Luxemburg in Verhandlung zu treten, ohne die von Bismarck empfohlenen vorbereitenden Maßregeln getroffen zu haben. Vielleicht geschah das auf den erwähnten Bericht Benedettis hin, bevor man Bismarcks Äußerungen dazu kannte. Auch Goltz mußte bei aller Vorliebe für ein Zusammengehen mit Frankreich zugeben, daß es ein beispielloser Leichtsinn sein würde, wenn man sich ohne vorherige Zustimmung Preußens in den Besitz von Luxemburg setzen wolle. Ein solches Vorgehen mußte für Napoleon um so bedenklicher erscheinen, als er inzwischen, wir wissen nicht, auf welchem Wege, von der Existenz der Schutz- und Trutzbündnisse mit den süddeutschen Staaten Kenntnis erhalten hatte. Er ließ durch Benedetti bei Bismarck eine Anfrage darüber stellen. Dieser hielt es gerade in der damaligen Lage für richtig, das Vorhandensein solcher Verträge zuzugeben; gerade Frankreichs Kompensationsforderungen, sagte er, hätten zu ihrem Abschluß gedrängt. Unmittelbar darauf teilte er den süddeutschen Regierungen mit, daß er auf die Geheimhaltung der Verträge keinen Wert mehr lege. Nachdem Bayern und Baden der Veröffentlichung zugestimmt hatten, während in Stuttgart Herr von Varnbüler Bedenken erhob, beschloß Bismarck, diese alsbald zu veranlassen.

Gerade damals trat in Berlin der erste Norddeutsche Reichstag zusammen. Die von Paris aus in die Welt gesetzten Gerüchte von dem bevorstehenden Verkauf Luxemburgs an Frankreich hatten bereits die öffentliche Meinung Deutschlands stark erregt.

Auch im Reichstag wurde diese Frage lebhaft besprochen. Man erwog dort sogar, ob es nicht möglich sei, Luxemburg und den früher zum Deutschen Bunde gehörigen Teil von Limburg noch in den Norddeutschen Bund zu ziehen. Bismarck begnügte sich zunächst damit, auf eine entsprechende Anfrage zu antworten, daß man den König der Niederlande nicht gegen seinen Willen zum Beitritt zwingen könne; er fügt jedoch hinzu, es sei auf die Zugehörigkeit dieser Gebiete zu Deutschland bisher niemals ausdrücklich verzichtet worden. In derselben Sitzung erhob der Abgeordnete v. Carlowitz den Vorwurf gegen die Reichsregierung, daß sie nicht nur Luxemburg, sondern auch Süddeutschland preisgegeben habe; denn den dortigen Herrschern stehe es ja frei, sich, wenn sie wollten, sogar mit Frankreich gegen das übrige Deutschland zu verbinden. Darauf erwiderte der Kanzler mit der Bekanntgabe der Schutz- und Trutzbündnisse vom August 1866; am folgenden Tage, dem 19. März, brachte der Staatsanzeiger ihren Wortlaut. In der deutschen Öffentlichkeit wurde diese Veröffentöffentlichung mit Jubel begrüßt, weil sie die Sicherheit gewährte, daß im Kriegsfall ganz Deutschland geeinigt dastehen werde.

In Paris mußte man also wissen, daß im Falle eines Krieges die süddeutschen Staaten zur Teilnahme auf preußischer Seite verpflichtet seien. Anstatt sich aber dadurch zur Vorsicht mahnen zu lassen, ging man unbeirrt auf dem einmal eingeschlagenen gefährlichen Wege weiter.

Der König der Niederlande ließ auf die ersten französischen Anregungen hin vorsichtig in Berlin sondieren, wie Preußen zu der Frage stehe, namentlich, ob es den Franzosen zugesagt habe, auf sein Besatzungsrecht zu verzichten. Bismarck ließ sich auf keine Erklärung darüber ein. Den Gouverneur der Festung Luxemburg ließ er ermahnen, jede Äußerung zu vermeiden, die eine baldige Räumung vermuten lassen könne. Zu Benedetti sagte er ausdrücklich, wenn Frankreich im Haag verhandle, so müssen es Preußen „soweit aus dem Spiele lassen, daß ich immer mit Wahrheit sagen könnte, daß uns die Sache unbekannt und unerwünscht gewesen".

Allmählich wurde der niederländische Minister Graf Zuylen deutlicher. Ende März sagte er dem preußischen Gesandten, er

habe dem König erklärt, nur wenn Preußen vorher auf sein Besatzungsrecht verzichte und seine Zustimmung zu dem ganzen Handel gebe, werde die Abtretung möglich sein, die sein Herr an sich wünsche und die auch weite Kreise in den Niederlanden gern sehen würden. Der König wolle keinen entscheidenden Schritt ohne Preußen tun; er habe an Napoleon geschrieben, „er verlasse sich auf seine Biederkeit, um sich in dieser Frage mit Preußen zu verständigen." Er tat diesen Schritt, obwohl der französische Gesandte sich dagegen aussprach, da eine solche Mitteilung nach Berlin die preußische Regierung in Verlegenheit setzen könne.

Bismarck ließ keinen Zweifel darüber, daß er in diesen unbestimmten Mitteilungen noch keine offizielle Anfrage erblicken könne; übrigens werde sein Herr keine Erklärung abgeben, bevor er nicht die Meinung der übrigen Unterzeichner der über Luxemburg bestehenden internationalen Verträge, der übrigen deutschen Regierungen und des Norddeutschen Reichstages kenne. Auch müsse er wissen, ob die Agnaten bereits zugestimmt hätten. Er könne sich nicht zu einer vorzeitigen Äußerung drängen lassen, die ihn entweder mit der öffentlichen Meinung Deutschlands oder mit Frankreich in Gegensatz zu bringen drohe, nur um den König der Niederlande ein Geldgeschäft zu erleichtern. Falls preußische Interessen berührt werden sollten, behalte er sich vor, sie geltend zu machen; für jetzt aber schwebe die Frage nicht zwischen Preußen und Frankreich, sondern nur zwischen dem König — Großherzog und dem Kaiser Napoleon.

Während sich die Dinge so weiter zuspitzten, leiteten die Franzosen jetzt eine Demonstration in Luxemburg selbst in die Wege, die nach Bismarcks Rat der diplomatischen Aktion hätte vorangehen sollen. Es geschah in höchst ungeschickter Weise. Durch ein Plakat wurden alle vernünftigen Luxemburger aufgefordert, wenn sie der verhaßten Preußenherrschaft entgehen wollten, sich jeden Mittag auf dem Wilhelmplatz einzufinden und durch die Stadt zu ziehen mit dem Rufe: „Vive la France! Vive Napoléon!"

Gleichzeitig verbreitete sich von Paris aus in der Öffentlichkeit das Gerücht, die Abtretung sei bereits vom König der Niederlande vollzogen. Aus der deutschen Presse antwortete ein leb-

hafter Unwille über die Ausantwortung eines überwiegend deutschen Landes an Frankreich. Man richtete die Blicke nach Berlin; die Freunde Preußens gaben der Erwartung Ausdruck, daß der führende deutsche Staat die deutschen Interessen in diesem Falle schützen werde. Aber die aus Süddeutschland einlaufenden Berichte ließen Bismarck auch darüber nicht im Zweifel, daß die Gegner nur auf ein Versagen Preußens in dieser nationalen Frage warteten, um es der Preisgabe der deutschen Sache anzuklagen und seine Unfähigkeit zur nationalen Führerstellung damit zu erweisen.

Was Bismarck hatte vermeiden wollen, war geschehen; durch die niederländische Anfrage war die Verantwortlichkeit für das Zustandekommen oder Scheitern des Handels auf Preußen geworfen, durch die vorzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden Aktion war die öffentliche Meinung alarmiert und das nationale Gefühl in Deutschland erregt worden. Nachdem die Dinge diese Wendung genommen hatten, konnte es für ihn nur noch eine Politik geben, die des unbedingten Widerstandes gegen die Verwirklichung des französischen Planes, selbst auf die Gefahr eines Krieges hin. Als die gefährlichste Lösung erschien es ihm, wenn der König der Niederlande die Abtretung wirklich vollziehe, bevor Preußen auf sein Besatzungsrecht verzichtet habe; dann schien ein Zusammenstoß kaum vermeidlich. Als die bessere, weil einen friedlichen Ausweg offen lassende Beilegung der Frage betrachtete er es, wenn der König den Vertrag nicht vollziehe. Nach den ihm zugehenden Nachrichten aus dem Haag konnte er annehmen, daß der Abschluß noch nicht erfolgt sei. Obwohl er selbst jede direkte Stellungnahme vermied, suchte er doch Rußland und England zu bewegen, daß sie den König dringend vor der Unterzeichnung warnen möchten, da sonst leicht ein Krieg aus der Sache entstehen könne.

In Paris war man seiner Sache schon sehr sicher gewesen. Der niederländische Herrscher hatte seine Bereitwilligkeit zu erkennen gegeben, falls Preußen keine Schwierigkeiten mache. Von Preußen glaubte man entweder freiwillige Anerkennung der vollendeten Tatsache erwarten oder sie durch Drohung mit einem Kriege erzwingen zu können. Napoleon schrieb dem König der

Niederlande, er übernehme alle Verantwortlichkeit und leiste ihm und seinem Lande volle Garantie gegen jede Unannehmlichkeit. Er glaubte offenbar, sehr schlau zu handeln, indem er so im Haag den Anschein zu erwecken suchte, als sei er der Zustimmung Preußens sicher, in Berlin aber so tat, als sei der Handel mit dem König der Niederlande eigentlich schon abgeschlossen, während doch offenbar nur eine allgemeine und verklausulierte Bereitwilligkeitserklärung des letzteren vorlag. Gelang es auf diese Art, den König von einer Anfrage bei Preußen und die preußische Regierung von einen Gegenwirkung im Haag abzuhalten, so konnte man hoffen, den Vertrag zustandezubringen; dann konnte Luxemburg, so schien es, nur durch einen Krieg den Franzosen noch entrissen werden. Versagte aber die Wirkung einer dieser Listen, so lag die Zweideutigkeit der französischen Politik klar vor Augen und die Erreichung des erstrebten Zieles war ferner gerückt als je. Indem der König der Niederlande sich doch vor dem Abschluß nach Berlin wandte, zerriß er das künstliche Gewebe Napoleons und führte eine für diesen außerordentlich unangenehme Lage herbei. Der Kaiser war natürlich sehr unzufrieden damit, daß man vom Haag aus in Berlin angefragt hatte. Ihm blieb jetzt nur die offene Kriegsdrohung, wenn Preußen sich seinem Plan entgegenstellte oder seine Garnison aus Luxemburg nicht zurückzog. Moustier erklärte dem Grafen Goltz, ein Zurückweichen sei für Frankreich nicht mehr möglich; ein preußischer Widerspruch werde nur den Eindruck erwecken, daß man dem Kaiser eine Falle habe legen wollen; er ließ deutlich durchblicken, daß man es auf einen Krieg ankommen lassen werde.

Inzwischen hatte im Norddeutschen Reichstag Rudolf von Bennigsen, der Führer der nationalliberalen Partei, mit Bismarcks Wissen und vielleicht auf seine Veranlassung eine Interpellation über die luxemburgische Frage angemeldet.

Unmittelbar, bevor sich Bismarck am 1. April in den Reichstag begeben wollte, um die Interpellation zu beantworten, ließ sich Benedetti bei ihm melden. Er teilte mit, daß nach dem letzten Meinungsaustausch zwischen den Monarchen Frankreichs und der Niederlande der Vertrag als abgeschlossen zu betrachten sei. Bismarck sagte ihm darauf, seine Absicht sei gewesen, im Reichs-

tag zu erklären, daß er über den Stand der Verhandlungen nichts Bestimmtes wisse, insbesondere nicht, ob der Abschluß bereits erfolgt sei oder etwa nahe bevorstehe. Wenn er sich jetzt bestimmter ausdrücken müsse, so werde er auch nicht umhin können zu sagen, daß ihm die Mitteilung, der Vertrag sei fertig und werde in den nächsten Tagen unterzeichnet werden, von dem französischen Botschafter gemacht sei. Ohne Zweifel hat er durchblicken lassen, daß eine derartige Mitteilung große Erregung hervorrufen und vielleicht zu einem Kriege zwischen Frankreich und dem Norddeutschen Bunde führen werde. Benedetti wagte diese Verantwortung nicht zu übernehmen; vielleicht hat er auch gewußt, daß seine Angaben nicht der Wahrheit entsprächen und sich deshalb gescheut, sie offiziell zu wiederholen; er versagte jedenfalls seine Ermächtigung dazu, daß der Minister von dieser vertraulichen Mitteilung amtlichen Gebrauch machen dürfe.

Im Reichstag begründete Bennigsen in einer schwungvollen Rede seine Anfrage, ob die Gerüchte über den Verkauf von Luxemburg an Frankreich begründet seien, und ob die Regierung bereit sei, jeden Versuch der Losreißung eines alten deutschen Landes vom Gesamtvaterlande abzuwehren, sowie ihr Besatzungsrecht auf jede Gefahr hin zu behaupten? Wenn der Versuch gelinge, sagte er, Deutschland vor der Vollendung seiner neuen Staatenbildung ein Stück seines früheren Gebietes zugunsten eines Nachbarstaates zu entreißen, so werde das Vertrauen schwinden, daß die neue Ordnung geeignet sei, Schutz gegen Bedrohungen durch das Ausland zu gewähren. Daher möge die Regierung rasch und entschlossen die richtige Antwort auf derartige Versuche geben; sie könne sicher sein, die ganze deutsche Nation ohne Rücksicht auf irgendwelche Parteiunterschiede dabei hinter sich zu haben. Lebhafte Beifallskundgebungen des ganzen Hauses begleiteten seine Worte.

Bismarck erwiderte, das Großherzogtum Luxemburg habe es seinen Interessen nicht entsprechend gefunden, dem Norddeutschen Bunde beizutreten, und Preußen habe es nicht für richtig gehalten, den Großherzog wider dessen Willen zum Beitritt zu drängen; auch habe es die Empfindlichkeit des französischen Nachbarvolkes schonen wollen. Der Großherzog sei also staats-

rechtlich ohne Zweifel befugt, seine Souveränitätsrechte einem Dritten zu übertragen. Indessen wisse er bisher nicht, ob ein derartiger Vertrag mit Frankreich bereits abgeschlossen sei oder vielleicht unmittelbar bevorstehe. Auch habe er es abgelehnt, der niederländischen Regierung auf deren Anfrage hin einen bestimmten Rat zu erteilen, da diese selber wissen müsse, welche Entschlüsse sie in einer solchen Frage fassen wolle. Er sagte sodann: „Die verbündeten Regierungen glauben, daß keine fremde Macht zweifellose Rechte deutscher Staaten und deutscher Bevölkerungen beeinträchtigen werde; sie hoffen imstande zu sein, solche Rechte zu wahren und zu schützen auf dem Wege friedlicher Verhandlungen und ohne Gefährdung der freundschaftlichen Beziehungen, in welchen sich Deutschland bisher zur Genugtuung der verbündeten Regierungen mit seinen Nachbarn befindet."

Diese Kundgebung Bismarcks genügte, um den König der Niederlande zu der Erklärung an Napoleon zu bestimmen, daß er den Vertrag nicht unterzeichnen werde. (3. April.) Der preußische Gesandte im Haag hatte ihn ausdrücklich auf die Stimmung der öffentlichen Meinung Deutschlands und die Schwierigkeiten, die durch den Verkauf verursacht werden könnten, hingewiesen. Der König ließ nach Berlin erklären, er habe nie daran gedacht, ohne Preußens Zustimmung Luxemburg an Frankreich zu überlassen. Der Vertrag blieb unvollzogen liegen. Napoleon sah sich also in der unangenehmen Lage, auf einen Erfolg verzichten zu müssen, den er bereits für gesichert gehalten, und auf den er die Bevölkerung seines Reiches durch die Presse schon hatte vorbereiten lassen. Es war ein neuer schlimmer Mißerfolg seiner Politik und konnte nicht dazu dienen, die Stellung seiner Regierung im eigenen Lande zu verstärken. Die Schuld daran aber, daß die Sache diesen Ausgang genommen habe, schrieb man in Frankreich Bismarck zu, der die französischen Pläne erst ermutigt und dann im entscheidenden Augenblick durch sein Dazwischentreten vereitelt habe.

Bismarck hat den Franzosen ohne Zweifel Aussicht gemacht, daß er ihnen Luxemburg unter bestimmten Voraussetzungen überlassen werde. War es ihm damit wirklich jemals ernst oder rechnete er von vornherein damit, daß seine Bedingungen nicht

erfüllt werden könnten? Wahrscheinlich würde er, wenn die Aufgabe des Besatzungsrechtes von der Bevölkerung und dem König — Großherzog ohne sichtbare Mitwirkung Frankreichs angeregt worden wäre, dessen Aufgabe befürwortet und nach dem Abzug der preußischen Garnison, eventuell gegen einen Verzicht Frankreichs auf die Ausführung der Nordschleswig betreffenden Klausel des Prager Friedens, auch den Übergang Luxemburgs an Frankreich zugelassen haben. Voraussetzung war dabei stets, daß die öffentliche Meinung Deutschlands die Sache ohne allzu große Empfindlichkeit aufnahm. Er band sich niemals so weit, daß er zur Zustimmung auch dann verpflichtet gewesen wäre, wenn diese Bedingungen nicht erfüllt wurden. Gern hätte er es gewiß nie getan, zumal da er immer befürchtete, daß Napoleons Begehrlichkeit auch durch die Erwerbung von Luxemburg noch nicht gestillt sein würde. Vielleicht hoffte er, daß man in Frankreich von selbst den Plan fallen lassen werde, wenn man die Schwierigkeiten, die der Ausführung entgegenstanden, ganz erkannt hätte. Er hat in Paris nie einen Zweifel darüber gelassen, daß er es lieber sehen werde, wenn man auf diese Erwerbung verzichte.

Als aber Napoleon, ohne Preußen davon in Kenntnis zu setzen, mit dem König der Niederlande über die Abtretung zu verhandeln begann, bevor die Frage des preußischen Besatzungsrechtes geklärt war, als er die Sache vorzeitig bekannt werden ließ, und als er endlich den von ihm veranlaßten Demonstrationen in Luxemburg einen preußenfeindlichen Charakter gab, da sah er keine Möglichkeit mehr, dem Kaiser diesen Gefallen zu tun, ohne die ganze zukünftige nationale Aufgabe Preußens zu gefährden.

Nicht er hat Napoleon in eine Falle gelockt, sondern der Kaiser hat versucht, durch höchst zweifelhafte Mittel Preußen in eine Zwangslage zu versetzen, aus der es, wenn es nicht kämpfen wollte, sich ohne einen Verlust an Ansehen nicht befreien zu können schien. Den geschickten Abwehrmaßregeln Bismarcks ist es gelungen, diese Absicht zu vereiteln und die Nachteile, die Preußen zugedacht waren, auf den Urheber des Planes zurückfallen zu lassen.

Ganz ausgeschlossen erscheint es, daß Bismarck durch sein Verhalten etwa den Krieg gegen Frankreich schon 1867 habe zum

Ausbruch bringen wollen. Moltke und andere hohe Offiziere rieten allerdings dazu; sie hielten den Krieg, der doch einmal kommen müsse, jetzt für leichter als später, wenn Napoleon die von ihm geplante Bewaffnung seines Heeres mit Zündnadelgewehren durchgeführt und die durch die mexikanische Expedition gerissenen Lücken ausgefüllt haben werde. Aber dagegen ließ sich geltend machen, daß in wenigen Jahren auch die Bevölkerung der neuen Provinzen nach preußischem System militärisch ausgebildet sein würde, und daß auch die süddeutschen Truppen bis dahin durch die bereits in Aussicht genommenen Reformen an Leistungsfähigkeit gewonnen haben würden. Außerdem war die Verfassung des Norddeutschen Bundes noch nicht fertig. Kam es vor ihrer Vollendung zum Kampf und focht Süddeutschland an Preußens Seite mit, so war im Falle eines Sieges der definitive politische Anschluß des Südens an den Norden mit großer Wahrscheinlichkeit zu erwarten; dann hätten aber die süddeutschen Regierungen und Bevölkerungen bei der Feststellung der erst nach dem Kriege zu schaffenden Verfassung gleichberechtigt mitwirken müssen; wir wissen aber, aus welchen Gründen Bismarck das durchaus zu vermeiden wünschte. Allerdings hat Preußen damals alle Vorbereitungen für einen Krieg gegen Frankreich getroffen; aber das beweist doch nur, daß man mit der Möglichkeit einer kriegerischen Lösung rechnete und auf sie gefaßt sein, nicht aber, daß man sie herbeiführen wollte. Zu einem Bericht des Grafen Goltz, der die friedlichen Absichten des Kaisers betonte, hat Bismarck an den Rand geschrieben: „Denkt er denn, daß *wir* Krieg suchen?“ Diese für keinen diplomatischen Zweck bestimmte, nur durch die ihn beim Lesen des Berichts erfüllenden Gefühle ausgelöste Bemerkung ist der klarste Beweis dafür, daß er nicht auf den Krieg hinarbeitete.

Hätte Bismarck damals wirklich den Krieg gewollt, so hätte er ihn mit Leichtigkeit haben können. Er hätte ja nur zu warten brauchen, bis der Vertrag unterzeichnet und der Rücktritt für Napoleon unmöglich geworden war. Indem er die Interpellation Bennigsens veranlaßte, bewog er den König der Niederlande zum Innehalten, bevor ein unwiderrufliches Faktum geschaffen war. Hätte Benedetti ihm bei der Unterredung am 1. April offi-

ziell mitgeteilt, der Vertrag sei bereits geschlossen, so wäre dem Kriege kaum mehr auszuweichen gewesen; gerade deshalb verhinderte Bismarck diese Mitteilung.

Napoleon empfand diesen Ausgang der Sache als eine tiefe persönliche Demütigung. Er hätte aber allen Grund gehabt, seiner eigenen Unvorsichtigkeit und Hinterhaltigkeit die Hauptschuld daran beizumessen. Da der König der Niederlande nicht auf Preußens ausdrückliches Verlangen, sondern ganz freiwillig, nachdem er über die Volksstimmung in Deutschland und die möglichen Folgen des Vertrages unterrichtet worden war, seine Zustimmung zurückgenommen hatte, so konnte Napoleon gegen Preußen keinen wirklich begründeten Vorwurf erheben. Trotzdem dachte mancher seiner Ratgeber daran, zu den Waffen zu greifen. Erfahrene Generäle rieten dem Kaiser dringend von einem solchen Wagnis ab; er selbst wünschte den Krieg gewiß nicht; und schließlich ermöglichte ihm das Eingreifen der übrigen Großmächte, die für den europäischen Frieden fürchteten, und das Entgegenkommen Preußens, wenigstens noch einen kleinen moralischen Erfolg davonzutragen, und ohne eine allzu offenkundige Schädigung seines Ansehens aus der unangenehmen Sache herauszukommen.

Preußen willigte in die Berufung eines zuerst von England angeregten, dann auch von Österreich und Rußland befürworteten europäischen Kongresses, der alsbald in London zusammentrat. Hier wurde die Luxemburgische Frage in dem Sinne erledigt, daß das Ländchen ein selbständiges, mit den Niederlanden durch Personalunion verbundenes Gebiet bleiben, aber ebenso wie Belgien im Falle eines Krieges von allen Mächten als völlig neutral behandelt werden sollte. Preußen verzichtete auf sein Besatzungsrecht in der Festung Luxemburg, dessen Ausübung ja tatsächlich, da das Land in keinem Bundesverhältnis mehr zu ihm stand, jeden Sinn verloren hatte. Die Festungswerke aber wurden geschleift, damit sie nicht etwa gegen Preußen benutzt werden könnten.

Indem Preußen auf diese Lösung einging, bewies es von neuem, daß es den Krieg nicht wolle. Unbedenklich war das Zugeständnis keineswegs, da es in der oppositionellen Presse sofort als ein Zeichen der Schwäche Preußens ausgelegt und dazu be-

nutzt wurde, den kleineren Staaten vorzuhalten, daß sie im Notfall bei Norddeutschland keinen wirksamen Schutz gegen Frankreich würden finden können. Sowohl der König selbst wie Bismarck haben sich nur ungern und zögernd um des Friedens willen dazu verstanden.

Der ganze Luxemburgische Handel bewies aufs klarste, wie gefährlich die Lage an der Westgrenze war. Schon während der Gründung des Norddeutschen Bundes zeigte das Wetterleuchten am westlichen Horizont das Herannahen des Gewitters, unter dessen Stürmen das deutsche Reich drei Jahre später geschaffen wurde. König Wilhelm und Bismarck hatten beide das Gefühl, daß trotz der überströmenden Friedensversicherungen des Ministers Moustier Frankreich nur auf eine Gelegenheit warte, die Scharte auszuwetzen, und sich für deren Benutzung zu rüsten. „Die Gefahr für den Frieden," meinte der Kanzler, „liegt in der Nachgiebigkeit des Kaisers gegen die begehrlichen Leidenschaften des französischen Volkes und in seinem Bedürfnis, die inneren Schwierigkeiten durch äußere Erfolge zu überwinden." Deutschland wolle nicht erobern. „Aber es ist bereit, sich gegen jede äußere Einmischung zu wehren."

Unmittelbare Folgen hatte dieser Zwischenfall nicht. Die Verfassung des Norddeutschen Bundes, die während der Kriegsgefahr weiterberaten und vollendet wurde, wäre kaum anders ausgefallen, wenn im Westen der Himmel völlig heiter gewesen wäre. Nur insofern hat der Streit um Luxemburg indirekt die internationale Lage beeinflußt, als er die Veröffentlichung der Schutz- und Trutzbündnisse hervorrief und dadurch aller Welt die Gewißheit gab, in einem künftigen Kriege werde ganz Deutschland unter preußischem Oberbefehl zusammenstehen.

* * *

Ob der Norddeutsche Bund sich als lebensfähig erweisen werde und den Kristallisationspunkt für die zukünftige deutsche Einheit bilden könne, das mußte zunächst davon abhängen, in welcher Weise er den dringenden gesetzgeberischen Aufgaben, die dem neuen Staatswesen gestellt waren, gerecht werden würde. Hierfür aber war wieder die Zusammensetzung des norddeutschen Parla-

ments und das Verhältnis zwischen den Parteien und der Regierung in erster Linie von Bedeutung.

Der erste ordentliche Reichstag des Norddeutschen Bundes wurde am 31. August 1867 gewählt. Das politische Interesse der Bevölkerung zeigte sich dabei geringer als bei den Wahlen zum konstituierenden Reichstag; die Zahl der Wähler sank in einzelnen Bezirken fast bis zur Hälfte der im Frühjahr abgegebenen Stimmen. Trotzdem unterschied sich das neue Parlament in seiner Zusammensetzung nicht erheblich von dem früheren. Die in der Mitte stehenden gemäßigten Gruppen hatten, wenn sie zusammenhielten, auch jetzt eine kleine Mehrheit. Sie verfügten über 151 Stimmen von 297.

Die Konservativen waren fast ausschließlich in den alten preußischen Provinzen gewählt; 67 ihrer Mitglieder stammten dorther, 3 aus Mecklenburg und nur 2 aus Hessen-Nassau. Sie waren also eine ausschließlich nordostdeutsch-altpreußische Gruppe, und dies mußte sich auch in ihrer ganzen Haltung aussprechen. Im allgemeinen suchten sie die Fühlung mit der preußischen Regierung aufrechtzuerhalten. Zwar verübelten sie es Bismarck sehr, daß er zur Vertreibung legitimer Herrscherhäuser die Hand geboten hatte und den Liberalen in der Indemnitätsfrage und der Gestaltung der Bundesverfassung entgegengekommen war; auch gegen das allgemeine gleiche Wahlrecht konnten viele ihre Bedenken nicht unterdrücken; aber sie mochten es doch nicht darauf ankommen lassen, vollständig mit ihm zu brechen und in eine entschiedene Opposition zu treten. Sie waren es ja gewöhnt, in dem jeweiligen leitenden Minister den Vertrauensmann ihres Königs zu sehen, und wurden bei den Wahlen durch das von der Regierung abhängige Beamtentum, namentlich die Landräte, tatkräftig unterstützt. Aber nicht nur derartige Rücksichten bestimmten sie; vielmehr sahen die meisten auch jetzt noch in Bismarck trotz aller Gegensätze den gewaltigen Vorkämpfer preußischer Größe und den unbezwinglichen Bändiger parlamentarischer Machtansprüche, dem zu folgen konservative Pflicht sei. Sie taten es nicht ohne Zögern und Mißtrauen; aber zur offenen Auflehnung kam es nur in einzelnen Fällen, weil ihnen klare eigene Ziele und selbständige Führer fehlten.

Die Freikonservativen setzten sich wesentlich aus Mitgliedern des hohen Adels, des Großkapitals, Beamten und Gelehrten zusammen. Auch sie waren fast ausschließlich in den älteren preußischen Provinzen gewählt, hatten aber ihr Hauptquartier nicht im Nordosten, sondern in Schlesien und dem Rheinland; nur ein Schleswig-Holsteiner, ein Hannoveraner und drei Sachsen waren unter ihnen. Sie waren unbedingte Anhänger von Bismarcks deutscher Politik; hatten sie sich doch gerade deshalb von den Altkonservativen getrennt, weil diese ihnen zu preußisch-partikularistisch gesinnt waren. Ein Zusammengehen mit den gemäßigten Liberalen, mit denen sie in ihrer deutschen Gesinnung und in ihrer freieren Auffassung kirchlicher Fragen zusammentrafen, und ein starkes Entgegenkommen gegen deren Wünsche in der inneren Politik erschien ihnen notwendig.

Die nationalliberale Partei war der Zahl nach die stärkste. Sie zählte zusammen mit den Wilden, die sich zu ihr zu halten pflegten, 88 Mitglieder. Aber sie ermangelte der inneren Geschlossenheit. Nur 34 ihrer Abgeordneten stammten aus Altpreußen, und davon noch 7 aus dem Rheinland; die Mehrzahl war in den neuen preußischen Provinzen und in den kleineren Staaten des Norddeutschen Bundes gewählt. Schon diese Zusammensetzung der Partei sorgte dafür, daß das spezifisch preußische Interesse bei ihr nicht den Ausschlag geben konnte, sondern daß die gesamtdeutschen Ideale für sie maßgebend blieben. Die Preußen innerhalb der Partei, deren bedeutendste Führer Twesten und Forckenbeck waren, konnten sich von der alten Konfliktsstimmung auch jetzt noch nicht völlig befreien und klagten oft über ihre Parteigenossen aus West- und Mitteldeutschland, weil diese ihr Mißtrauen gegen Bismarck nicht begreifen konnten und leichter als sie zur Nachgiebigkeit in streitigen Fragen bereit waren. In ihrem Programm für den Wahlkampf forderten die Nationalliberalen vor allen Dingen die Vollendung der deutschen Einheit; jedoch dürfe der Beitritt der süddeutschen Staaten auf keinen Fall durch eine Lockerung der einheitlichen Zentralgewalt des Bundes erkauft werden. Zugleich aber sprachen sie hier aus, daß die nationale Einheit nicht dauernd befestigt werden könne, wenn nicht auch die freiheitlichen Forde-

rungen erfüllt würden: „Der deutsche Staat und die deutsche Freiheit müssen gleichzeitig mit denselben Mitteln errungen werden." Die norddeutsche Bundesverfassung galt ihnen nur als ein erster Schritt auf dem Wege zur freiheitlichen Ausgestaltung des politischen Lebens in Deutschland. Die konstitutionellen Freiheiten seien darin nicht genügend verbürgt, und in Zukunft müßten die Bemühungen der Volksvertretung darauf gerichtet sein, die noch übriggebliebenen Trümmer des ständischen Wesens wegzuräumen und die Gleichheit vor dem Gesetz zur Wahrheit zu machen. Ferner wollten sie das Budgetrecht vervollständigt wissen, damit der Volksvertretung ein wirklicher Einfluß auf die Staatsgeschäfte zufalle. Gesetze über die Verantwortlichkeit der Minister und Beamten erklärte das Programm ebenfalls für notwendig und sprach die Erwartung aus, daß Preußen durch den Ausbau und die Revision seiner eigenen Verfassung ein gutes Beispiel für ganz Deutschland geben werde.

Der unitarische Zug ihres Denkens zeigte sich namentlich darin, daß sie den Einfluß des preußischen Landtags gegenüber dem des Reichstags möglichst zurückzudrängen suchten. Die Bemerkungen, die ihr Programm über das Wahlrecht enthält, lassen erkennen, daß sie sich mit diesem Danaergeschenk Bismarcks noch immer nicht recht abgefunden hatten; freilich wagte man nur leise andeutend von den Gefahren zu sprechen, die seine Einführung bei dem gegenwärtigen Stande der politischen Bildung und Freiheit mit sich bringe.

Der eifrigste Vorkämpfer der unitarischen und auf den Ausbau der politischen Freiheit hindrängenden Richtung innerhalb der Partei war der scharfsinnige Jurist Eduard Lasker, der in seiner leichten Beweglichkeit und Vielgeschäftigkeit, sowie in seiner Neigung zu scharfer Polemik seine jüdische Abkunft nicht verleugnete. Den rechten Flügel der Partei bildeten die Männer aus dem Nordwesten, deren bedeutendster Rudolf von Bennigsen war, während neben ihm bereits Miquel hervorzutreten begann. Bennigsen war in seiner ruhigen und sachlichen Art, mit seiner Fähigkeit zu vermitteln und auszugleichen, mit seiner glänzenden Beherrschung der gesellschaftlichen Formen und des Wortes besonders befähigt, die auseinanderstrebenden Mitglieder der Partei

zusammenzuhalten und diese nach außen hin würdig und wirksam zu vertreten. Schon während des konstituierenden Reichstages hatte er in diesem Sinne gewirkt, und auch während der folgenden Jahre war es wesentlich seinem Einfluß zu verdanken, wenn die Partei trotz aller Schwierigkeiten in den entscheidenden Augenblicken zusammenhielt.

Die altliberale Gruppe und die weiter links stehende freie Vereinigung waren ohne erhebliche Bedeutung. Die Fortschrittspartei war zwar mit 29 Mann etwas stärker vertreten als im konstituierenden Reichstag, aber doch für sich allein viel zu schwach, um entscheidend einwirken zu können. Wohl aber konnte sie in kritischen Momenten, indem sie die nationalliberale Partei gegen die weiter rechts stehenden Parteien unterstützte, einen gewissen Einfluß ausüben. Sie hatte ihren Hauptstützpunkt in Berlin, wo alle sechs Mandate ihr zugefallen waren, ferner in Breslau, in Westfalen und im Königreich Sachsen. Sie hielt auch jetzt an ihrem alten Programm von 1861 unerschütterlich fest, erklärte es für die Hauptaufgabe, die Volksrechte in vollem Umfang zu wahren und jede Regierung zu bekämpfen, die sich nicht voll auf den Boden ihres Programms stelle. Durch das Ausscheiden der gemäßigteren Mitglieder nahm die Partei einen immer stärker hervortretenden demokratischen Charakter an, was namentlich Bennigsen in seinen Abschiedsworten an die ehemaligen Mitarbeiter bei der Auflösung des Nationalvereins scharf hervorhob.

Die sonderbarste Bildung war die bundesstaatlich-konstitutionelle Vereinigung von 21 Köpfen; sie wurde nicht durch ein positives Ziel zusammengehalten, sondern nur durch die gemeinsame Abneigung gegen die durch den Krieg von 1866 geschaffenen Verhältnisse. Soweit die Gegner der preußischen Annexion in Schleswig-Holstein, Hannover und Hessen-Nassau bei den Wahlen siegreich gewesen waren, schlossen sie sich diesem Verein an; ebenso aber auch die Reste der früheren katholischen Fraktion, die als solche für die nächsten Jahre aus dem politischen Leben verschwand. Diese Fraktion hatte im preußischen Landtag in den letzten Jahrzehnten eine nicht unerhebliche Rolle gespielt. Sie hatte mit den Liberalen zusammengestanden, solange es sich um

die Bekämpfung eines unter dem Einfluß des ostelbischen Adels und der protestantischen Orthodoxie stehenden persönlichen Regimentes handelte; sie war in der Zeit der neuen Ära an die Seite der Konservativen getreten, weil sie in der Durchführung der liberalen Grundsätze eine Bedrohung der Freiheit der Kirche und des Glaubens sah. In der deutschen Frage waren die Anhänger dieser Richtung, wie das nicht anders sein konnte, immer großdeutsch gesinnt gewesen und hatten sich gegen jede Politik ausgesprochen, die auf eine Verdrängung Österreichs aus dem Bunde und ein kleindeutsches Reich unter Preußens Führung hinzielte. Mit Schmerz und Entsetzen hatten ihre Führer den Ausbruch des Krieges und die Kunde von der Schlacht bei Königgrätz vernommen. Manche werden ähnlich wie August Reichensperger dabei gedacht haben, daß mit der Niederwerfung des katholischen Österreich durch die Ketzer das letzte noch aufrecht stehende Stück der historischen Welt zusammengebrochen sei, und vielleicht auch wie er geklagt haben, daß es viel Mühe koste, sich in solche Ratschlüsse Gottes zu fügen. Tief entmutigt durch diesen Gang der Dinge, der zu dem von ihnen stets bekämpften protestantischen Kaisertum zu führen schien, zogen sie sich eine Zeitlang ganz vom politischen Leben zurück. Wahrscheinlich hat ein großer Teil der katholischen Wählerschaft überhaupt keine Stimme bei den Wahlen abgegeben. Die wenigen Führer aber, die auch unter den neuen Umständen sich zur Wahl gestellt hatten, schlossen sich jenen partikularistischen Elementen an, die ebenso wie sie mit der neuen Ordnung der Dinge unzufrieden waren. Den Vermittler machte der frühere hannoversche Minister Windthorst, der ein ebenso eifriger Katholik und Großdeutscher wie Hannoveraner und Gegner der Annexion war. Noch war aber die Truppenzahl, über die dieser geniale parlamentarische Feldherr verfügte, zu gering, als daß er mit ihr einen entscheidenden Erfolg hätte erringen können.

Diese Zusammensetzung des Parlaments war für Bismarck deshalb vorteilhaft, weil er keiner festen Mehrheit gegenüberstand. Er konnte entweder die Konservativen, Freikonservativen und den rechten Flügel der Nationalliberalen zu einer Mehrheit vereinigen, oder sich auf die verschiedenen in der Mitte stehenden

Gruppen stützen. Allerdings nahm die nationalliberale Partei insofern eine besondere Stellung ein, als sich ohne sie und gegen sie kaum eine Mehrheit bilden ließ. Bismarck selbst war so weit wie je davon entfernt, sich innerlich den Anschauungen der Liberalen zuzuneigen; aber auch von den Anschauungen der Konservativen hatte er sich in wichtigen Fragen getrennt. Ihm kam es auch jetzt nur darauf an, die für die Aufrechterhaltung der Machtstellung des Bundes nötigen Mittel vom Parlament zu erlangen und dafür zu sorgen, daß auch in der inneren Politik die führende Stellung den Regierungen, in erster Linie natürlich dem preußischen König, verbleibe. Innerhalb der durch diese Bestrebungen gezogenen Schranken war er bereit, sich nach der Lage des Augenblicks zu richten und denjenigen Parteien, die ihn im allgemeinen unterstützten, Zugeständnisse zu machen.

Am bequemsten war es, mit den Mittelparteien zu regieren. Sie hatten ihn in seiner auswärtigen Politik seit 1866 ehrlich unterstützt; er brauchte sie für die Assimilierung der neuen Provinzen und die weitere Ausgestaltung des neuen Bundes; daher zeigte er den Liberalen auf anderen Gebieten Entgegenkommen, namentlich in der Wirtschaftspolitik. Bismarck selbst stand diesen Fragen ferner und überließ ihre gesetzgeberische und parlamentarische Bearbeitung meist dem Präsidenten des zu seiner Entlastung geschaffenen Bundeskanzleramtes, Rudolf Delbrück, der in seinen wirtschaftlichen Anschauungen im wesentlichen auf liberaler Seite stand. Für das gesamte Bundesgebiet wurde die Freizügigkeit durchgeführt, so daß es jedem Deutschen möglich war, ohne Kosten und ohne von den Ortsbehörden behindert zu werden, seinen Aufenthaltsort ohne Rücksicht auf die Grenzen der Bundesstaaten zu wählen. Auch der Unterstützungswohnsitz wurde gleichmäßig geregelt, indem jedem Bedürftigen und Erwerbsunfähigen nach zweijährigem Aufenthalt an einem Orte der Anspruch auf Armenunterstützung seitens der betreffenden Gemeinde gegeben wurde. Die Beschränkungen der Eheschließung wurden beseitigt; durch die neue Gewerbeordnung wurde fast völlige Gewerbefreiheit mit nur wenigen gesetzlich geregelten Ausnahmen eingeführt; die Schuldhaft und die Beschlagnahme von Arbeitslöhnen zur Sicherung eingegangener Verbindlichkeiten

wurden aufgehoben, den Arbeitgebern und Arbeitnehmern volle Koalitionsfreiheit gewährt und für den Schutz jugendlicher Personen gegen übermäßige Ausnutzung ihrer Arbeitskraft durch gesetzliche Bestimmungen Vorsorge getroffen. Wenn auch nicht alle Überreste der mittelalterlichen Wirtschaftsordnung mit einem Schlage beseitigt werden konnten, so wurde doch ihre Abschaffung erleichtert und vorbereitet. Die Zünfte konnten in Zukunft durch Mehrheitsbeschluß ihrer Mitglieder aufgelöst werden; privatrechtliche Abgaben vom Gewerbebetrieb, sowie die Zwangs- und Bannrechte wurden beseitigt, die Zinsbeschränkungen wurden aufgehoben. Durch die Einführung einer gemeinsamen Wechselordnung und des Handelsgesetzbuches, durch Gesetze über das Urheberrecht und die Gründung von Aktiengesellschaften, endlich durch die Einrichtung eines obersten Handelsgerichts, wurde die Einheit des Rechtslebens wenigstens insoweit durchgeführt, als das Recht mit dem Wirtschaftsleben in direktem Zusammenhang stand. Auch ein einheitliches Strafgesetzbuch für den Norddeutschen Bund wurde während dieser Jahre ausgearbeitet und im Jahre 1870 nach langen und heftigen Debatten vom Reichstag genehmigt. Bestimmungen über die Gleichberechtigung aller Konfessionen, über die Errichtung von Bundeskonsulaten und die Einführung der schwarz-weiß-roten Bundesflagge gingen über das engere Gebiet des Wirtschafts- und Rechtslebens hinaus; namentlich die letzteren Festsetzungen ließen den Bund auch nach außen hin als eine geschlossene Einheit erscheinen und auftreten. In derselben Richtung wirkte die Übernahme des bisherigen preußischen auswärtigen Dienstes auf den Bund, die alsbald von den Liberalen gefordert, aber erst Anfang 1870 wirklich durchgeführt wurde.

Alles in allem kann man sagen: Es erfolgte während dieser Zeit eine gleichmäßige Regelung der wirtschaftlichen Fragen und eine weitgehende Sicherstellung der persönlichen Freiheitsrechte; so wurde durch eine Reihe von einzelnen Gesetzen in vielen Punkten praktisch das erreicht und gesichert, was die Grundrechte von 1849 theoretisch gefordert hatten. Natürlich war dies nur möglich innerhalb der Schranken, die der Kompetenz des Bundes durch die Verfassung gezogen waren. Daher mußten namentlich

die Fragen des geistigen und religiösen Lebens, die dem Wirkungskreise der Einzelstaaten vorbehalten waren, von der gesetzlichen Regelung durch den Bund ausgeschlossen bleiben.

Diese ganze Gesetzgebung war durchaus von liberalem Geiste erfüllt, und ihre Grundzüge haben auch später nicht wieder beseitigt werden können, als der Liberalismus an Einfluß zu verlieren begann. Die Konservativen sahen es höchst ungern, daß dem wirtschaftlichen Individualismus und dem von ihnen stets so heftig bekämpften Prinzip der Gewerbefreiheit derartige Zugeständnisse gemacht wurden, und daß die verbündeten Regierungen so viel von den alten patriarchalischen Verhältnissen opferten. Aber Bismarck ließ sich dadurch nicht aufhalten. Es mag ihm persönlich manchmal nicht ganz leicht gewesen sein, so viel von der alten wirtschaftlichen Ordnung, an der auch er früher so eifrig gehangen hatte, zu opfern; aber zu scharfer Gegenwehr griff er nur dann, wenn er die staatlichen Interessen durch die Forderungen der Liberalen als gefährdet ansah. Dies war z. B. der Fall, als bei der Beratung des Strafgesetzbuches von den liberalen Parteien die Beseitigung der Todesstrafe verlangt wurde, die in einer Anzahl von Einzelstaaten, wie im Königreich Sachsen und Oldenburg, bereits abgeschafft worden war. Bismarck, der hierin mit König Wilhelm und den übrigen leitenden Männern der preußischen Regierung völlig einig war, erblickte in der Erfüllung dieser Forderung eine unangebrachte Nachgiebigkeit gegen sentimentale Zeitströmungen und meinte, daß namentlich das Verbrechen des Mordes nur mit Blut gesühnt werden könne. Aufs entschiedenste widersetzte er sich auch dem Vermittlungsvorschlag, wonach die Todesstrafe zwar im allgemeinen erhalten bleiben, aber für diejenigen Staaten, wo sie bereits früher abgeschafft war, nicht in Wirksamkeit treten sollte. Er wies darauf hin, daß der Bund, der ins Leben gerufen sei, um eine größere Einheit des deutschen Lebens zu begründen, nicht damit beginnen könne, auf einem so wichtigen Gebiete eine Verschiedenheit des Rechtes einzuführen und den Anschein zu erwecken, als sei es in einem Teile Deutschlands möglich, ohne die Todesstrafe auszukommen, in einem anderen Teile aber nicht. Als er erklärte, daß die verbündeten Regierungen entschlossen seien, ihre Zu-

stimmung dem ganzen Strafgesetzbuch zu versagen, wenn die Mehrheit des Reichstags auf der Streichung der Todesstrafe bestehe, glaubte die Mehrzahl der Nationalliberalen die Verantwortung nicht auf sich nehmen zu dürfen, das ganze nach mühsamen Vorarbeiten fertiggestellte Gesetz dieses einen Punktes wegen scheitern zu lassen; mit knapper Mehrheit wurde schließlich die Beibehaltung der Todesstrafe beschlossen.

Zeigten schon diese Vorgänge deutlich, daß Bismarcks Zusammengehen mit den Nationalliberalen keineswegs auf einer grundsätzlichen Übereinstimmung über die Fragen des inneren Staatslebens beruhte, so trat dies noch deutlicher in der Behandlung des Finanzwesens hervor. Über die Ausgaben des Bundes hatte der Reichstag zunächst wenig zu beschließen, da bei weitem der größte Teil davon, nämlich die Ausgaben für die Militärverwaltung auf 4 Jahre festgelegt waren. In dieser Beziehung kam es zu einer größeren Debatte nur bei der Erörterung des Marineetats. Zum Ausbau der Flotte und der Küstenbefestigungen hatte der Reichstag 1867 die Aufnahme einer Anleihe bewilligt. Als aber im folgenden Jahre das Gesetz über die Bundesschuldenverwaltung beraten wurde, das zur Ausführung des früheren Beschlusses notwendig war, wollte die Mehrheit ihre Zustimmung davon abhängig machen, daß die Beamten der Schuldenverwaltung für jede Überschreitung des Etats verantwortlich und ersatzpflichtig gemacht werden sollten. Die Regierungen erblickten hierin einen Versuch des Reichstags, sein Budgetrecht zur Gewinnung eines stärkeren Einflusses auf die Verwaltung auszunutzen und weigerten sich, diesem Wunsche nachzukommen. Bismarck ließ die schon begonnenen Arbeiten für die Marine einstellen und erklärte, daß er lieber die Flotte wieder verfallen lassen als in diesem Punkte nachgeben werde. Schließlich setzte er seinen Willen auch diesmal durch. Schwerlich hätte Bismarck diesen Standpunkt auf die Dauer behaupten können; aber im Augenblick konnte er hemmend eingreifen und dadurch die ganze Entwicklung verlangsamen; man zweifelte nicht daran, daß er hierzu entschlossen sei. Um das zu vermeiden, gaben die Nationalliberalen auch in dieser Frage nach und nahmen ein Kompromiß an, wonach das Rechnungswesen der Marine vor-

läufig dem preußischen Rechnungswesen angegliedert werden, von einer besonderen Festlegung der persönlichen Verantwortlichkeit der damit beauftragten Beamten aber abgesehen werden sollte.

Wichtiger aber war die Frage, wie die zur Erfüllung der Bundesaufgaben nötigen Mittel aufgebracht werden sollten. Da es sich alsbald zeigte, daß durch die eigenen Einnahmen des Bundes und durch den Anteil der verbündeten Staaten an den Einnahmen des Zollvereins die Ausgaben nicht bestritten werden könnten, so war zunächst der in der Verfassung vorgeschriebene Weg der Erhebung von Matrikularumlagen zu betreten. Die Regierungen bemerkten mit Unwillen, daß diese Beiträge sehr viel höher waren, als sie angenommen hatten; sie schwankten in den Jahren von 1868—1870 zwischen 67 und 71 Millionen Mark. Das Finanzwesen der Einzelstaaten wurde durch die hohen an das Reich zu zahlenden Beiträge völlig in Verwirrung gebracht, namentlich, da sich ihre Höhe gewöhnlich erst dann übersehen ließ, wenn der Etat im übrigen schon fertiggestellt war. Man mußte sich also die Frage vorlegen, ob nicht etwas geschehen könne, um diesen Mißstand zu beseitigen.

Bismarcks Absicht ging dahin, durch Schaffung neuer oder Erhöhung der schon bestehenden indirekten Steuern dem Bunde neue Einnahmen zu schaffen. Namentlich Branntwein, Bier, Zucker, Gas und Petroleum sollten neu belastet, daneben aber verschiedene Stempelsteuern und eine Steuer auf Eisenbahnfahrkarten eingeführt werden. Bismarck hatte die Grundzüge dieses Steuerprogramms selbst entworfen und nur die technische Bearbeitung dem preußischen Finanzminister von der Heydt überlassen. Er glaubte die Stimmung für seine Forderungen am besten vorzubereiten, wenn er die Zerrüttung der preußischen Finanzen durch die hohen Matrikularbeiträge in möglichst schwarzen Farben schilderte. Aber er fand nur bei den Konservativen Entgegenkommen. Die Liberalen waren an sich den indirekten Steuern abgeneigt; sollte das Reich neue eigene Einnahmen erhalten, was sie ebenfalls für nötig hielten, so sahen sie als die einzige Möglichkeit, dies zu erreichen, die Einführung einer Reichseinkommensteuer an.

Es handelte sich aber bei diesen Meinungsverschiedenheiten

nicht nur um die theoretische Frage, ob direkte oder indirekte Steuern besser seien. Vielmehr stand, ebenso wie bei jeder späteren Wiederholung dieser Kämpfe, dahinter in letzter Linie der Kampf um die größere oder geringere Ausdehnung des Budgetrechtes der Volksvertretung. Die indirekten Abgaben liefen ohne Bewilligung weiter und konnten nur durch ein neues Gesetz, also unter Zustimmung der verbündeten Regierungen abgeschafft oder herabgesetzt werden; die Einkommensteuer aber mußte in jedem Jahre neu bewilligt und ihre Höhe nach den augenblicklich vorliegenden Verhältnissen neu normiert werden. Dies war eines der wichtigsten Motive für Bismarck, jeder Regelung des Finanzwesens zu widersprechen, welche die Einnahmen ganz oder vorwiegend auf direkte Steuern gründete. Wie sehr er bestrebt war, das Budgetrecht des Reichstages möglichst einzuschränken, ersieht man daraus, daß er den Versuch machte, die Matrikularumlagen ohne vorherige Zustimmung des Reichstages auszuschreiben, was zwar seinem ursprünglichen Verfassungsentwurf, aber nicht der schließlich angenommenen Bundesverfassung entsprach. Dieser Versuch scheiterte jedoch daran, daß der Bundesrat sich weigerte, darauf einzugehen, offenbar, weil die übrigen Staaten fürchteten, daß die Höhe der Matrikularumlagen auf diese Art völlig von der Willkür des Präsidiums abhängig werden würde. Indem der Bundesrat erklärte, daß die Einzelstaaten nur zur Bezahlung solcher Beiträge verpflichtet seien, die der Reichstag bewilligt habe, half er das Budgetrecht des Reichstags gegen das Präsidium verteidigen. Darin aber waren die Regierungen der Einzelstaaten mit Bismarck völlig einverstanden, daß die Einführung einer direkten Reichssteuer nicht zugelassen werden dürfe, weil ihnen damit ein Teil der Steuerquellen genommen werde, die sie zur Deckung ihrer besonderen Bedürfnisse unbedingt nötig zu haben glaubten.

Zu einer Einigung über diese wichtige Frage gelangte man während des Bestehens des Norddeutschen Bundes nicht. Bismarcks Reformplan wurde abgelehnt, und es mußte vorläufig bei der Deckung des Defizits durch Matrikularumlagen, deren Höhe der Reichstag jährlich festzusetzen hatte, sein Bewenden haben. Auch die Versuche der Liberalen, die in der Verfassung nur im

allgemeinen festgestellte Verantwortlichkeit des Bundeskanzlers im einzelnen zu regeln und ihm noch weitere verantwortliche Bundesminister an die Seite zu stellen, blieben ohne Erfolg, da Bismarck und die verbündeten Regierungen ihnen entschiedenen Widerstand entgegensetzten.

Unter diesen Umständen begreift man es, daß Bismarck mit dem Reichstag ebensowenig zufrieden war, wie die Führer der Liberalen mit ihm. Sie beklagten sich, daß er in die alten Methoden der Konfliktszeit zurückfalle, den Reichstag geringschätzig behandle, mehr und mehr die Herrschaft über seine Nerven verliere, und daß es immer schwieriger werde, mit ihm zusammen zu arbeiten. Es ließ sich bereits voraussehen, daß nach dem Ablauf der vier Jahre, für welche der Militäretat festgelegt war, die heftigsten Kämpfe zwischen der Mehrheit des Reichstags und den verbündeten Regierungen ausbrechen würden; es mußte fraglich erscheinen, ob sich noch einmal wie im Jahre 1867 ein Kompromiß werde zustande bringen lassen, oder ob aus den Heeresfragen bei ihrer engen Verquickung mit den Fragen des Budgetrechts nicht von neuem der Verfassungskonflikt hervorwachsen werde, wie 10 Jahre früher in Preußen. Alle fruchtbare gesetzgeberische Arbeit, die der norddeutsche Reichstag geleistet hatte, konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß in den Fragen des inneren Staatslebens die Regierungen und der Bundeskanzler auf der einen, die maßgebenden Parteien des Parlaments auf der anderen Seite sich noch immer recht schroff gegenüberstanden. Nur eine völlige Veränderung der Zusammensetzung des Reichstags durch die Neuwahlen oder neue große Erfolge der Regierung auf dem Gebiete der auswärtigen Politik konnten den Zusammenstoß verhindern.

* * *

Auch innerhalb der einzelnen Staaten, die den Norddeutschen Bund bildeten, sah es durchaus nicht zufriedenstellend aus. Für Preußen selbst war die schwierigste und bedeutungsvollste Aufgabe die Einfügung der annektierten neuen Provinzen in sein inneres Staatsleben. Schon während des Jahres, in welchem die Regierung eine unbeschränkte Diktatur übte, da die alten Landes-

verfassungen beseitigt waren und die preußische Verfassung noch nicht eingeführt war, wurden zweifellos schwere Fehler von seiten der preußischen Verwaltung begangen. So wenig wie ein halbes Jahrhundert früher nach der Besitzergreifung der Rheinlande zeigte sich die preußische Bureaukratie geneigt, den landschaftlichen Besonderheiten und Eigentümlichkeiten dieser bisher selbständigen Gebiete in vernünftiger Weise Rechnung zu tragen. Man wollte in der Organisation der Verwaltung und des Rechtswesens alles einfach nach preußischem Muster regeln und am liebsten einfach alle in Preußen geltenden Gesetze und Verordnungen auf die neuen Provinzen übertragen. Auch in der Auswahl der Personen, denen man die leitenden Stellungen gab, war man keineswegs immer glücklich. Bismarck selbst hatte in diesen Dingen einen viel weiteren und freieren Blick; aber er war gerade in den ersten Monaten durch seine Krankheit und dann durch die schwierigen und zeitraubenden Verhandlungen über die Bundesverfassung derartig in Anspruch genommen, daß er nur gelegentlich in versöhnendem und milderndem Geiste eingreifen konnte. Auf Bennigsens dringendes Bitten hatte er diesem versprochen, Vertrauensmänner aus den neuen Gebieten selbst bei der definitiven Regelung ihrer Angelegenheit zu Rate zu ziehen und auf ihre Wünsche Rücksicht zu nehmen. Aber erst kurz vor Ablauf des Diktaturjahres rief man sie wirklich zusammen und stellte dadurch wenigstens einige Fühlung zwischen der Regierung und denjenigen Bevölkerungsschichten der neuen Provinzen her, die bereit waren, die Annexion als vollendete Tatsache anzuerkennen und nur darauf ausgingen, ihrem engeren Vaterlande das Aufgehen in dem größeren preußischen Staatsverbande möglichst zu erleichtern.

Als einer der wesentlichsten Wünsche trat dabei das Verlangen nach der Fortdauer einer gewissen Autonomie dieser Länder in allen rein provinziellen Angelegenheiten hervor. Die Bureaukratie und die preußischen Konservativen hatten für die Berechtigung dieses Wunsches keinen rechten Sinn. Obwohl die letzteren sonst für die Erhaltung landschaftlicher Sonderart nicht ohne Empfindung waren, mißgönnten sie den neuen Provinzen das Recht der Selbstverwaltung hauptsächlich wohl deshalb, weil dort

nach Lage der Dinge der leitende Einfluß den liberalen Elementen zufallen mußte. Bismarck aber sah weiter. Eine Dezentralisation, sofern sie die Erfüllung der großen einheitlichen Staatsaufgaben nicht beeinträchtige, war ihm stets sympathisch gewesen. Wesentlich seinem energischen Eintreten für diese Forderungen war es zu danken, daß zunächst ein Gesetz über die Bildung eines besonderen Provinzialfonds für Hannover eingebracht wurde. Die Zinsen dieses Fonds sollten für die besonderen Interessen der Provinz Verwendung finden, und die Verfügung darüber sollte einer ausschließlich von den Bewohnern der Provinz selbst gewählten neuen Selbstverwaltungsbehörde zufallen. Bismarck kündigte bei der Vorlage dieses Gesetzes bereits an, daß ähnliche Einrichtungen nicht nur für die übrigen neuen Gebietsteile, sondern für sämtliche preußische Provinzen geschaffen werden sollten. Die preußischen Konservativen bekämpften diese Absicht aufs lebhafteste und erklärten, daß sie darin eine Bevorzugung der neuen Provinzen erblickten. Die Liberalen hingegen traten für diese Einrichtung ein. Zweifellos waren bei manchen von ihnen, und stärker noch in freikonservativen Kreisen, noch Erinnerungen lebendig an die alten Wünsche von 1848, wo man davon gesprochen hatte, den preußischen Landtag seiner Befugnisse zugunsten der Provinziallandtage zu berauben. Gerade seitdem der Norddeutsche Reichstag geschaffen war, konnte der preußische Landtag vielen als entbehrlich erscheinen. Aber man würde doch die Absichten Bismarcks verkennen und die Tragweite der von ihm befürworteten Maßregeln weit überschätzen, wenn man darin ein Entgegenkommen gegen deratige Bestrebungen sehen wollte. Der grundlegende Unterschied zwischen der provinzialen Selbstverwaltung, wie Bismarck sie ins Leben rief, und den Bestrebungen jener kleinen unitarischen Gruppe von 1848 lag doch darin, daß Bismarck den Provinziallandtagen nur für unpolitische, lokale Verwaltungsangelegenheiten freie Hand ließ, während jene die Provinziallandtage zu politischen Vertretungskörpern auf Kosten des preußischen Gesamtparlamentes hatten umwandeln wollen. Der erbitterte Widerstand der Konservativen ging wohl vor allen Dingen aus dem Gefühl hervor, daß sie Bismarck ernstlich zeigen müßten, er werde ihre Unterstützung

verlieren, wenn er sich mit den Liberalen zu weit einlasse. Aber der Minister verlangte von ihnen unbedingten Gehorsam; er wolle sich nicht zwingen lassen, in die konservative Fraktion einzutreten, sagte er, und schritt über ihren Widerspruch hinweg. Immer gespannter wurde seitdem sein Verhältnis zu den alten Freunden, wenn auch der offene Bruch noch vermieden wurde.

Die Volksstimmung in den annektierten Gebieten blieb trotz dieser Zugeständnisse noch recht gedrückt. Zwar besserten sich die Verhältnisse, seitdem die preußische Verfassung dort in Kraft getreten war und seitdem daher die Bewohner Vertreter in das preußische Parlament entsenden und dort ihre Beschwerden geltend machen konnten. Aber daß große Kreise der Bevölkerung, nicht bloß unter dem Adel, die preußische Herrschaft als einen vorübergehenden Gewaltzustand ansahen und die Rückkehr des angestammten Fürstenhauses in naher Zukunft erwarteten, das zeigte besonders der Ausfall der Wahlen in Hannover. Bei den Wahlen zum konstituierenden Reichstag wurden hier mehr welfisch gesinnte Abgeordnete als Anhänger der neuen Ordnung gewählt. Bei der nächsten Wahl büßten die Welfen zwar einige Sitze ein, verfügten aber immer noch über eine sehr stattliche Stimmenzahl. Auch in Schleswig-Holstein stand ein großer Teil der Bevölkerung dem preußischen Regiment mit unverhohlener Abneigung gegenüber. Am leichtesten fügten sich Kurhessen und Nassau in die neue Ordnung der Dinge, während in der freien Reichsstadt Frankfurt der Haß gegen alles was preußisch hieß, noch sehr lange lebendig blieb.

Immerhin ließ sich erwarten, daß bei längerer Andauer der neuen Verhältnisse und beim Schwinden der Aussicht auf eine baldige Änderung diese Länder sich ebenso als Teile des preußischen Staates fühlen lernen würden, wie es Rheinland und Westfalen gelernt hatten. Und schon jetzt ließ sich voraussehen, daß diese neue große Erweiterung des preußischen Staatsgebietes, ebenso wie die Erwerbung von 1815, auch auf den Gesamtcharakter des preußischen Staatswesens zurückwirken werde.

In den norddeutschen Kleinstaaten waren Regierungen und Bevölkerungen im allgemeinen zufrieden, daß sie durch ihren rechtzeitigen Anschluß an Preußen ihre Existenz gerettet hatten.

Manche von ihnen hatten sich ziemlich lange besonnen; Sachsen-Weimar und andere wären sehr gern neutral geblieben und die freie Stadt Hamburg wäre durch die Halsstarrigkeit ihrer regierenden Körperschaften beinahe zu einer Verwerfung des preußischen Bündnisantrages gelangt und würde dann dem Schicksal Frankfurts kaum haben entgehen können. Hier und da schalt man wohl über die größeren Lasten, namentlich für militärische Zwecke, welche der neue Bund den kleinen Staaten auferlegte; aber im allgemeinen war man zufrieden und hatte höchstens den Wunsch, daß innerhalb des Bundes der Einfluß der preußischen Regierung nicht zu stark dominieren möge.

Anders stand es mit dem Königreich Sachsen, das ja gegen seinen Willen zum Eintritt in den norddeutschen Bund gezwungen worden war. Es war gewiß kein ungefährliches Experiment, einen widerstrebenden Staat zu einem engen Verfassungsbündnis zu nötigen, das, wenn es Bestand haben sollte, auf der Treue seiner Bundesglieder beruhen mußte. Aus solchen Bedenken heraus war ja Bismarck auf den Gedanken der großen Annexionen gekommen, und auch Sachsen würde diesem Schicksal verfallen sein, wenn der entschiedene Einspruch Österreichs und Frankreichs ihm nicht seine Existenz und sein Gebiet gerettet hätten. Wir wissen, daß König Wilhelm bis zuletzt wenigstens auf einer Abtretung einzelner sächsischer Gebietsteile bestanden hat. Ja selbst als die Integrität Sachsens bereits vertragsmäßig zugestanden war, hat der preußische Vertreter in den Friedensverhandlungen mit den Sachsen, Herr von Savigny, diesen immer wieder nahegelegt, sie möchten einen Milderung der übrigen Friedensbedingungen dadurch erkaufen, daß sie noch freiwillig ein Stück ihres Gebietes zum Opfer brächten; denn obwohl Preußen versprochen habe, derartiges nicht von ihnen zu fordern, so sei es doch durchaus nicht verhindert, freiwillige Angebote in dieser Richtung anzunehmen, würde dies vielmehr mit dem größten Vergnügen tun. Die Kriegskosten wurden wohl nur deshalb besonders hoch bemessen, um Sachsen dazu zu bringen, daß es ihre Herabsetzung durch territoriale Zugeständnisse erkaufe. Noch unmittelbar vor der Unterzeichnung des Friedensvertrages hat Savigny diese Zumutung wiederholt. Aber die

Sachsen weigerten sich standhaft, darauf einzugehen. Freiherr von Friesen, der im wesentlichen die Verhandlungen in Berlin zu führen hatte, tat sein möglichstes, um auch in militärischer Beziehung günstige Bedingungen für Sachsen zu erlangen.

Der König und Bismarck hatten ursprünglich die Absicht gehabt, Sachsen zu einer Militärkonvention zu nötigen, die das sächsische Heer einfach zu einem Teil des preußischen erklärt und den König von Sachsen aller militärischen Hoheitsrechte beraubt haben würde. König Johann war entschlossen, sich nur im äußersten Notfall dieser Forderung zu fügen. Da aber der Kaiser von Rußland lebhafte Bedenken gegen eine so weitgehende Beschränkung der sächsischen Souveränität geltend machte und auch Frankreich zu erkennen gab, daß es Sachsen nicht für verpflichtet halte, soweit nachzugeben, entschloß man sich zuletzt in Berlin, etwas einzulenken. Nur für die Übergangszeit bis zur definitiven Begründung des Norddeutschen Bundes behielt sich Preußen das oberste Kommando im Lande und das Besatzungsrecht in den wichtigsten Festungen vor. Dann trat das sächsische Heer nicht in das preußische ein, sondern wurde ein besonderer Bestandteil des norddeutschen Bundesheeres. Die Ernennung der Offiziere verblieb dem König von Sachsen; nur den kommandierenden General hatte der Bundesfeldherr auf sächsischen Vorschlag zu ernennen. Auch wurde in der Militärkonvention, die im Februar 1867 zustande kam, zugesagt, daß der König von Preußen von seinem Rechte, preußische Truppenteile nach Sachsen und sächsische nach Preußen zu verlegen, in friedlichen Zeiten ohne Zustimmung des Königs von Sachsen keinen Gebrauch machen werde. Dagegen wurde eine Abkommandierung von Offizieren durch gegenseitiges Übereinkommen vereinbart.

Wenn trotz aller anfänglichen Reibungen Sachsen sich schließlich schnell in das neue Verhältnis fand, so war dies wesentlich dem König Johann zu danken. Dieser Herrscher war eine der edelsten und vornehmsten Persönlichkeiten unter den deutschen Fürsten jener Epoche. Hochgebildet und von vielseitigen geistigen Interessen erfüllt, nahm er doch seine Regentenpflichten äußerst ernst und arbeitete in allen Zweigen der Verwaltung eifrig mit. Aus seiner deutschen Gesinnung hatte er niemals ein Hehl ge-

macht, wenn er auch der Überzeugung war, daß eine so lose Form des staatlichen Lebens, wie der alte Bund sie darstellte, dem Einheitsbedürfnis der Deutschen genüge. Er war einer der wenigen Fürsten, die es immer verschmäht haben, die Hilfe des Auslandes in Anspruch zu nehmen. Wenn er in dem Konflikt von 1866 zu Österreich hielt, so tat er es, weil er in dem Kaiserstaat den Hüter des Bundesrechts, in Preußen den Angreifer erblickte. Es war ihm vollständig klar, daß er auf die schwächere Seite trete und daß er für sich und seinen Staat eine viel bessere Position gewinnen könne, wenn er sich Preußen anschließe. Aber unbeirrt von dieser Abschätzung der Machtverhältnisse und des Erfolges folgte er seinem Rechtsgefühl und den Pflichten, die er gegen den alten Bund zu haben glaubte. Mit dem preußischen Königshause war er nahe verwandt; mit Friedrich Wilhelm IV., seinem Schwager, hatte ihn die engste persönliche Freundschaft verbunden, und auch mit König Wilhelm stand er seit langem in nahen persönlichen Beziehungen. Dies hat es ihm sicherlich erleichtert, sich nach dem unglücklichen Ausgang des Kampfes in die neue Lage zu finden. Gewiß sah er den alten Bund ungern zugrunde gehen, und auch nach der Schlacht von Königgrätz wäre es ihm wohl lieber gewesen, wenn er dem Norddeutschen Bunde hätte fernbleiben können. Als aber Preußen die Entscheidung über Krieg und Frieden von seinem Beitritt abhängig machte und Kaiser Franz Josef in ritterlicher Weise die Entscheidung in des Königs eigene Hand legte, war es ihm nicht einen Augenblick zweifelhaft, daß er das Opfer bringen müsse, um noch größeres Unglück zu vermeiden. Und sobald dieser Entschluß gefaßt war, stand es für ihn fest, daß er sich dem neuen Bunde ohne Hintergedanken und Vorbehalt anschließen müsse. Beust, der in Berlin mit Recht als der eigentliche Vorkämpfer der antipreußischen Richtung und der Triaspolitik betrachtet wurde, mußte aus dem sächsischen Staatsdienst ausscheiden; er beging zum Schluß seines dortigen Wirkens noch die unglaubliche Taktlosigkeit, ein freundliches, ganz vertrauliches Abschiedsschreiben König Johanns sofort an die Öffentlichkeit zu bringen und damit seinem bisherigen Herrn seine Stellung gegenüber Preußen sehr zu erschweren. Aber diesem gelang es doch sehr bald, alles Mißtrauen zu über-

winden. Er ließ in Berlin erklären, er werde dem neuen Bunde ebenso treu sein, wie er es bis zuletzt dem alten gewesen sei, und man wußte dort, daß soche Worte im Munde eines Mannes wie König Johann keine leeren Redensarten waren, sondern ein Versprechen, das mehr wog als mancher schriftliche Vertrag. König Wilhelm kannte ihn gut genug, um das zu wissen, und nahm den sächsischen Herrscher, als dieser ihn noch im Herbst 1866 in Berlin besuchte, mit der denkbar größten Zuvorkommenheit auf. Die persönliche Bitterkeit, die in dem Verkehr der beiden Monarchen in den letzten Monaten hervorgetreten war, war damit endgültig verschwunden, und die guten Beziehungen sind niemals wieder gestört worden.

Zweifellos wäre es dem König Johann und dem sächsischen Volke nicht so leicht geworden, die Erinnerungen an 1866 zu vergessen, wenn damals ein Teil des sächsischen Gebietes an Preußen hätte abgetreten werden müssen. Wenn man in Berlin so lange auf dieser Forderung bestand, so geschah dies nicht nur, um den persönlichen Wünschen König Wilhelms Rechnung zu tragen, sondern auch deshalb, weil man glaubte, daß ein großer Teil der sächsischen Bevölkerung den Anschluß an Preußen wünsche. In der Tat gab es in Sachsen eine sehr rührige und literarisch einflußreiche Gruppe, welche die Annexion erstrebte; sie hatte ihr Hauptquartier in Leipzig, und die besonderen wirtschaftlichen Interessen dieser Stadt mögen dabei ebenso stark mitgesprochen haben, wie die unitarischen Überzeugungen der Führer. Aber in weiteren Kreisen der sächsischen Bevölkerung fanden sie wenig Anklang; der glänzende Empfang, der dem König bei seiner Rückkehr aus Böhmen bereitet wurde, zeigte aufs deutlichste, daß die Mehrheit des sächsischen Volkes die Rückkehr der angestammten Dynastie mit Freuden begrüßte.

Der gute Wille des Königs erleichterte die Gewöhnung an die Zugehörigkeit zu einem neuen größeren Staatswesen. Aber schwierig blieb die Stellung Sachsens immerhin, da es außer Preußen der einzige größere Staat innerhalb des neuen Bundes war. Die Versuchung lag nahe, daß der König von Sachsen sich an die Spitze der kleineren Regierungen stellen und die Rolle eines Führers der Opposition gegen das Bundespräsidium über-

nehmen könne. Aber auch eine solche Betätigung, die sich durchaus im Rahmen seiner verfassungsmäßigen Pflichten hätte halten können, lag dem König Johann vollständig fern. Nur der eine Wunsch mußte für ihn und seine Ratgeber sich der Lage der Dinge nach einstellen, daß die süddeutschen Staaten möglichst bald in den Bund eintreten möchten, um Sachsen aus seiner isolierten Stellung zu befreien und dem Worte der übrigen Bundesglieder gegenüber dem Präsidium größere Geltung zu verschaffen.

* * *

In Süddeutschland war unmittelbar nach dem Kriege unter den Regierenden und Regierten die Anschauung vorherrschend gewesen, daß man jetzt versuchen müsse, Anschluß an Preußen und den Norddeutschen Bund zu gewinnen. Das vor dem Kriege herrschende Gefühl der Abneigung und des Hasses gegen den Brecher des Bundesfriedens hatte einer tiefen Enttäuschung und Ratlosigkeit Platz gemacht. Man war über Österreich entrüstet, weil es Napoleons Hilfe angerufen hatte; durch die französischen Einmischungsversuche wurden auch hier die nationalen Instinkte in allen Bevölkerungsklassen erweckt. Noch im Oktober 1866 erklärte eine Versammlung liberaler Führer aus allen süddeutschen Staaten in Stuttgart die sofortige Vereinigung mit dem Norden für notwendig, da man nur so Einfluß auf die Gestaltung der künftigen Bundesverfassung gewinnen könne. Als aber die erste Überraschung vorbei war, als man ganz erträgliche Friedensbedingungen erlangt hatte, ohne die Verpflichtung zum Eintritt in den Nordbund zu übernehmen, da traten die alten tief eingewurzelten Stimmungen und Gefühle wieder hervor; man begann sich zu freuen, daß es gelungen sei, trotz des ungünstigen Ausganges des Kampfes die frühere Unabhängigkeit zu bewahren, und man zog wohl auch aus der wirksamen Fürsprache Rußlands und Frankreichs den Schluß, daß diese Unabhängigkeit auch für die Zukunft gegen den Willen der süddeutschen Regierungen selbst schwerlich angetastet werden könne.

In Bayern lag die oberste Leitung des Staates in der Hand des jungen, erst 21 Jahre alten Königs Ludwig II. Er war ein junger Mann von edlem Charakter, reicher Begabung und viel-

seitigen geistigen Interessen; da er aber, wie einer seiner Ratgeber gesagt hat, direkt aus der Kinderstube auf den Thron berufen wurde, bevor seine eigene Ausbildung auch nur einigermaßen vollendet war, so stand er den Angelegenheiten des politischen Lebens und der Verwaltung von Anfang an mit dem Gefühle innerer Unsicherheit gegenüber. Er war klug genug, um selbst zu empfinden, daß ihm die nötigen Kenntnisse mangelten, war aber viel zu sehr erfüllt von monarchischem Selbstbewußtsein, um dies einzugestehen, oder sich dem Rate anderer unterzuordnen. Männer von wirklicher Bedeutung, deren Leitung er sich vertrauensvoll hätte überlassen können, gab es in der Tat in der damaligen bayrischen Regierung nicht; kleine persönliche Gegensätze und Intrigen aller Art spielten am Hofe die erste Rolle. Der junge König sah und empfand dies deutlich und erfüllte sich infolgedessen mit tiefem Mißtrauen gegen seine Umgebung; er witterte überall persönliche Zwecke und griff in seiner Hilflosigkeit oft zu dem bedenklichen Mittel, den einen seiner Minister über den anderen auszuhorchen. Seine phantastische Veranlagung, sein Schwelgen in romantischen Stimmungen, und seine innere Geringschätzung der laufenden Geschäfte und der regelmäßigen Regentenarbeit führten bald dazu, daß er seine Pflichten stark vernachlässigte und sich vorwiegend mit seinen Liebhabereien beschäftigte. Sein freundschaftlicher Verkehr mit Richard Wagner bestärkte ihn in dieser Richtung, und der heftige Kampf, den seine Minister in den ersten Jahren seiner Regierung gegen Wagners Einfluß zu führen hatten, ist weniger aus persönlicher Abneigung, als aus dem ganz richtigen Gefühl zu erklären, daß bei der eigenartigen Veranlagung des jungen Königs der Einfluß eines solchen Mannes verderblich wirken müsse. Ludwig selbst sah in diesem Streben seiner Räte nichts als Neid gegen seinen persönlichen Freund und als eine unzulässige Einmischung in seine Privatangelegenheiten; als er schließlich ihrem fortwährenden Drängen nachgab und Wagner aus seiner Nähe und seinem Staate entfernte, tat er es mit dem Gefühl, eine tiefe Kränkung erlitten zu haben und zog sich immer mehr vom Verkehr mit seinen Ministern und überhaupt von den Menschen zurück. Es kann wohl nicht zweifelhaft sein, daß die Gemütsanlage

des Königs von vornherein etwas Krankhaftes hatte. Durch die Mißerfolge seiner ersten Jahre, durch das Gefühl, daß er vielleicht doch in seiner auswärtigen Politik verkehrten Ratschlägen gefolgt sei und dadurch die Niederlage mit habe herbeiführen helfen, wurden diese Keime zur weiteren Entfaltung gebracht. Schon in den Jahren zwischen 1866 und 1870 trat die anormale Geistesverfassung des Königs gelegentlich deutlich hervor. Berichtet uns doch Fürst Hohenlohe, daß sich der König schon damals von maskierten Lakaien bedienen ließ, weil er die Gesichter der Menschen nicht sehen mochte.

Während der entscheidenden Monate war der Freiherr von der Pfordten leitender Minister gewesen; er hatte auch noch die Friedensverhandlungen mit Preußen in Berlin zu führen gehabt. Nachdem der alte deutsche Bund endgültig zerrissen war, erstrebte Pfordten eifrig einen Süddeutschen Bund, in dem Bayern die leitende Stellung zufallen sollte. Jedem engen Anschluß an den Nordbund widerstrebt er entschieden. „Ein Verfassungsbündnis mit Parlament," schrieb er an Varnbüler, „eingegangen mit einer Großmacht allein, ist im Prinzip die Mediatisierung und muß über kurz oder lang zu dieser führen." Aber das Vertrauen des Königs zu ihm war völlig erschüttert, und er würde vielleicht schon früher entlassen worden sein, wenn Ludwig einen geeigneten Ersatzmann für ihn gewußt hätte. Schließlich fiel der Blick des Königs auf einen Mann, dessen Name damals für Bayern ein Programm zu bedeuten schien, auf den Fürsten Chlodwig von Hohenlohe-Schillingsfürst. Er hatte vor Beginn des Krieges zum Anschluß an Preußen geraten, da jetzt der letzte Augenblick sei, wo sich Bayern in dem neuen Deutschland eine seiner Bedeutung entsprechende Stellung sichern könne. Er war ebenso unmittelbar nach dem Kriege in der Kammer der Reichsräte für einen von der zweiten Kammer gestellten Antrag eingetreten, wonach Bayern zum Zweck der künftigen Einigung Deutschlands eine engere Verbindung mit Preußen anstreben sollte. Er war der Überzeugung, daß Preußen bereit sei, ein solches Entgegenkommen durch weitgehende Zugeständnisse zu bezahlen. Hätte er Bismarck Anschauungsweise genauer gekannt, so würde er freilich haben einsehen müssen, daß

das letztere eine Täuschung war. Vor dem Kriege wäre die Lage für Bayern allerdings günstig gewesen; nach dem Kriege aber wünschte Bismarck zunächst den Norden enger zu einigen und legte auf den sofortigen Beitritt der Südstaaten keinen entscheidenden Wert. Immerhin konnte sich König Ludwig sagen, daß die rechtzeitige Befolgung der Ratschläge Hohenlohes den bayrischen Staat vielleicht vor der Niederlage bewahrt und ihm für die Zukunft eine günstigere Stellung gesichert haben würde. Außerdem fühlte er sich zu Hohenlohe als einem Mitgliede des alten reichsunmittelbaren Hochadels persönlich hingezogen; von einem so vornehmen Manne glaubte er eher als von seinen bisherigen Ministern erwarten zu können, daß er sich von der Jagd nach persönlichen Vorteilen und den kleinlichen Intrigen fernhalten werde.

Fürst Hohenlohe war kein geborener Bayer; er wollte ursprünglich in den preußischen Staatsdienst gehen und war erst in späteren Jahren, als ihm die bayrische Standesherrschaft Schillingsfürst durch Erbschaft zufiel, Mitglied des bayrischen Reichsrates geworden. Von Jugend an neigte er freieren politischen und religiösen Anschauungen zu, als sie sonst unter dem hohen Adel üblich waren. Im Jahre 1848 hatte er sich der nationalen Bewegung mit Eifer angeschlossen und war sogar als Gesandter der provisorischen Zentralgewalt tätig gewesen. Wie viele seiner Standesgenossen wollte er lieber einem deutschen Kaiser dienen als den Herrschern der in der Rheinbundszeit geschaffenen Mittelstaaten. Aber gerade diese Tätigkeit im Dienste der Revolution macht ihn in der Zeit nach 1850 den herrschenden Gewalten außerordentlich verdächtig. König Max II. von Bayern weigerte sich daher, seiner Bitte um Eintritt in den bayrischen Staatsdienst Gehör zu geben. Fürst Chlodwig war jedoch seiner ganzen Natur nach durchaus kein Revolutionär, sondern ein sehr verständiger, ruhig denkender Mann; er hatte längst eingesehen, daß die nationalen Wünsche sich auf dem Wege von 1848 nicht verwirklichen ließen, und hatte sich in den letzten Jahrzehnten auch so weit in die bayrischen Anschauungen und Verhältnisse hineingelebt, daß er die Schwierigkeiten, die einem engeren Anschluß Bayerns an das übrige Deutschland im Wege standen, recht wohl

zu würdigen wußte. Aber bei seiner vermittelnden Art glaubte er doch einen praktischen Ausweg finden zu können, wenn Bayerns Selbständigkeit in stärkerem Maße geschont werde als dies in den früheren Einheitsplänen geschehen war. Seine guten Beziehungen zu den fürstlichen Kreisen Deutschlands und sein klarer Verstand gewährten ihm ein im wesentlichen zutreffendes Bild von der tatsächlichen Lage der Dinge, und darauf gründete er sein politisches Programm für Bayern und Deutschland. Es war ihm ebenso sicher, daß Bayern für sich allein auf die Dauer nicht fortbestehen könne, wie daß sein freiwilliger Eintritt in einen neuen Bund nur dann möglich sei, wenn ihm ein hoher Grad von Selbständigkeit gewahrt werde.

Was dem Fürsten zum bedeutenden Staatsmann fehlte, war nicht die Einsicht, sondern die politische Leidenschaft und die Kraft des Wollens. Er war viel zu vornehm, um sich kräftig und wirkungsvoll öffentlich auszusprechen oder seinen Gegnern rücksichtslos zu Leibe zu gehen. Er war stets geneigt, mit sich handeln zu lassen und scheute den offenen Kampf auch mit solchen Gegnern, von denen er wissen mußte, daß sie nicht zu gewinnen und zu versöhnen waren. Dies zeigte sich schon, als er vom König die Aufforderung erhielt, in das Ministerium einzutreten. Wollte er etwas erreichen, so hätte er verlangen müssen, daß der König sein Programm des sofortigen Verfassungsbündnisses mit dem Norden ohne Rückhalt billige und ihm gestatte, für die übrigen Ministerposten solche Männer auszuwählen, die bereit waren, an seiner Verwirklichung mitzuarbeiten. Aber in den altbayrischen Kreisen sah man mit Entsetzen, daß der König den Preußenfreund Hohenlohe berufen wolle und beeilte sich, Gegenmaßregeln zu treffen. Man stellte dem Fürsten vor, daß er viel besser tun werde wenn er eine Anzahl der bisherigen Minister, die das Vertrauen der Bevölkerung besäßen, im Amte lasse; auch der König werde es lieber sehen, wenn er nicht alle bisherigen Ratgeber auf einmal zu verlieren brauche. Hohenlohe ging darauf ein und versetzte sich dadurch in die Notwendigkeit, mit diesen Männern über sein Programm verhandeln zu müssen. Ein Stück nach dem anderen wurde von ihnen herausgestrichen, bis schließlich nur ein ganz nichtssagender Rest übrigblieb. Die Gesamteinigung erschien in

dem Programm, wie es zuletzt vom König genehmigt wurde, nur als ein fernes Endziel, während der sofortige Eintritt in den Nordbund und jede Unterordnung unter eine Hegemonie Preußens ausdrücklich abgelehnt wurde; nur freundschaftliche Beziehungen und ein Bündnis für den Kriegsfall seien notwendig. Da Hohenlohe im Lande selbst keine starke Partei hinter sich hatte und den Ultramontanen als Anhänger liberaler Grundsätze tief verhaßt war, so hätte er seine Politik nur im unbedingten Einverständnis mit der Krone und seinen Kollegen durchführen können. Anstatt dessen schuf er so eine Situation, in welcher er beständig mit den ihm im Herzen abgeneigten Mitgliedern seines eigenen Ministeriums zu kämpfen hatte, die jede Gelegenheit benutzten, um ihn beim König zu diskreditieren und allmählich wieder hinauszudrängen.

Immerhin bedeutete die Berufung Hohenlohes einen Schritt in der Richtung zur Einheit, und wurde in diesem Sinne auch von Bismarck freudig begrüßt. Sie war zweifellos ein persönliches Werk des Königs, während die Bevölkerung, namentlich in den altbayrischen Gebieten, nach wie vor preußenfeindlich gesinnt blieb. Die liberale Partei, die unter der Führung von Marquard Barth aus Kaufbeuren und Dr. Völk aus Augsburg für einen engeren Anschluß Bayerns an das übrige Deutschland eintrat, stützte sich wesentlich auf die oberen Schichten der städtischen Bevölkerung und hatte darüber hinaus wohl nur in dem protestantischen Teile Frankens, der Rheinpfalz und dem Allgäu erhebliche Anhängerschaft. Und auch diese Männer waren überzeugt, daß ein einfacher Eintritt Bayerns in den Nordbund nicht in Frage kommen könne, weil sie darin eine viel zu weitgehende Unterordnung unter Preußen erblickten. Namentlich als sie sahen, wie die Verfassung des Norddeutschen Bundes beschaffen war, wurden sie noch bedenklicher. Eine derartige Einschränkung der parlamentarischen Rechte erschien ihnen als völlig unzulässig; nur ein starkes Parlament schien ihnen das nötige Gegengewicht gegen den überragenden Einfluß der preußischen Regierung bilden zu können. Dagegen hielt die zahlreichste Partei in Bayern, die klerikale, an den alten großdeutschen Idealen fest und wollte von einem neuen deutschen Bunde nur dann etwas

wissen, wenn auch Österreich daran teilnehme. Für sie war jeder Versuch, Bayern einem von Preußen geleiteten Bunde anzugliedern, Hochverrat an der bayrischen Selbständigkeit und den wahren deutschen Idealen. Auch von diesem Gesichtspunkte aus betrachteten sie die Berufung und Regierung des Fürsten Hohenlohe mit den schärfsten Mißtrauen.

In Württemberg blieb an der Spitze der Regierung auch nach dem Kriege der bisherige leitende Staatsmann, Minister von Varnbüler, obwohl er es gewesen war, der unmittelbar vor dem Beginn des Kampfes den Preußen, wenn sie besiegt würden, eine exemplarische Bestrafung angekündigt hatte. Aber er mußte selbst der neuen Lage Rechnung tragen und tat es mit der ihm eigenen Geschmeidigkeit, aber niemals ohne Hintergedanken. Aber an seine Seite traten allmählich Männer von anderer Gesinnung. Freiherr von Mittnacht, dem bald ein großer Einfluß zufiel, war ein kluger, kühler und vorsichtiger Mann, der sich nach keiner Seite hin kompromittieren wollte, im Herzen durchaus die Erhaltung der württembergischen Selbständigkeit wünschte, aber klug genug war, bald einzusehen, daß sie auf die Dauer nicht zu bewahren sein werde. Er vermied möglichst jedes scharfe Hervortreten mit seiner Meinung, um abzuwarten, wie sich die Dinge weiter entwickeln würden, und seine Stellungnahme danach einzurichten. König Karl selbst scheint nur geringen Einfluß auf den Gang der Politik ausgeübt zu haben; nur an militärischen Fragen nahm er ein persönliches Interesse. Gerade durch die kriegerischen Vorgänge von 1866 waren starke Zweifel in ihm erwacht, ob die militärische Leistungsfähigkeit Württembergs nicht durch Mängel im Kriegswesen seines Landes beeinträchtigt worden sei. Er ließ sich bald nach dem Kriege von einem jungen Generalstabsoffizier, auf dessen militärischen Blick er vertraute, dem Major von Suckow, ein Gutachten über diese Frage ausarbeiten. Dieser entstammte einer mecklenburgischen Familie, die in der vorhergehenden Generation nach Württemberg übergesiedelt war. Er trug kein Bedenken, dem König mit voller Deutlichkeit die Mängel der württembergischen Heeresorganisation und die Gründe für die große Überlegenheit des preußischen Heerwesens darzulegen und ihm den Rat zu erteilen, sich eng

an das preußische Vorbild anzuschließen. Er erregte damit bei den echten Württembergern heftigen Widerspruch, machte aber doch auf den König erheblichen Eindruck. Erst als Adjutant des neu ernannten Kriegsministers von Wagner, dann seit dem Frühlinge 1870 als dessen Nachfolger hat er an der Durchführung der militärischen Reformen in Württemberg entscheidenden Anteil gehabt. Der unerschrockene tatkräftige Soldat von klarem Blick und deutschem Empfinden hat sich die größten Verdienste um die Vorbereitung der Einigung in Württemberg erworben; aber er hat sich durch ein schroffes Auftreten gegen Männer, deren Tätigkeit er für schädlich hielt, und durch seine rückhaltlose Mahnung, daß Württemberg im eigenen Interesse einen Teil seiner Selbständigkeit opfern müsse, die heftigste Feindschaft der höfischen Kreise in Stuttgart zugezogen. Er war auch der eifrigste Vorkämpfer eines engen politischen Anschlusses an Preußen und trat sogar literarisch mit diesen Anschauungen hervor; aber er stand damit vorläufig innerhalb der Regierung allein und war im Parlament und der Presse den heftigsten Angriffen ausgesetzt.

Ihren hauptsächlichsten Rückhalt fand die preußenfeindliche Partei bei der Königin Olga, die ihren Gatten an Verstand und Energie überragte und als russische Kaisertochter es als eine Erniedrigung empfand, wenn Württemberg von seinen Souveränitätsrechten etwas opfern müsse. Sie hat nicht nur den gleichgesinnten Elementen im Lande selbst stets ihre Unterstützung gewährt, sondern auch in den entscheidenden Momenten versucht, ihren Bruder, den Kaiser Alexander, zum Eingreifen zugunsten Württembergs zu veranlassen.

Unter der Bevölkerung war auch hier die Abneigung gegen eine stärkere Verschmelzung mit dem Norden ebenso stark wie in Bayern. Gerade in diesem Lande, das so viele deutsche Dichter und Denker hervorgebracht hatte, das zu den ältesten Kulturländern Deutschlands gehörte, sah man noch immer mit einem gewissen Hochmut auf die preußischen Hungerleider und Barbaren herab. Von den kleinstaatlich-patriarchalischen Verhältnissen Württembergs aus verurteilte man den preußischen Militärstaat mit seiner straffen Organisation, mit seiner ausgreifenden Machtpolitik als ein undeutsches, halb slawisches Ge-

bilde. Dem preußischen Kastengeist und militärischen Drill setzte man das volkstümliche Milizsystem der benachbarten Schweiz als Musterbild gegenüber. Trotz der Niederlagen von 1866 hielt man an der Vorstellung fest, daß ein für seine Freiheit begeistertes, wenn auch militärisch mangelhaft ausgebildetes Volk in Zeiten der Gefahr einem lediglich durch die Disziplin zusammengehaltenen Heere überlegen sei. Man wollte nicht gedrillt sein „nach einem System, das gegen die menschliche Natur und gegen die Bildung der Zeit verstößt"; die begabten Schwaben hätten es nicht nötig, sich in Körperverrenkungen zu üben, welche für die „in so vielfacher Beziehung hinter ihnen zurückstehenden Kinder der norddeutschen Tiefebene" gut sein möchten. Man sah in der Ausdehnung preußischen Einflusses und preußischer Einrichtungen nach dem Süden nicht nur eine Beeinträchtigung der württembergischen Selbständigkeit, sondern eine Gefahr für echt deutsches Wesen, das man in Schwaben am herrlichsten verkörpert fand. Namentlich die demokratische Partei, deren Führer Karl Mayer und deren Organ der „Beobachter" war, verfocht diese Gedanken mit Lebhaftigkeit und Erfolg, wenn sie auch der Regierung gegenüber damals in möglichst sanfter Form auftrat. Für sie hätte die Einführung eines schlecht verhüllten Absolutismus, wie er nach ihrer Ansicht im Norden bestand, für das freie Württemberg einen durch keine äußeren Vorteile auszugleichenden Rückschritt in der Kultur bedeutet. Manche ihrer Mitglieder wünschten im Stillen noch immer eine Auflösung Preußens und blickten mit Sehnsucht auf die Einrichtungen der benachbarten Schweiz, die ihr eigentliches Ideal verwirklichten. Die Verfassung des Norddeutschen Bundes gefiel ihnen gar nicht. Sie habe nur drei Paragraphen, sagte einer von ihnen: Der erste heiße Steuerzahlen, der zweite Soldatwerden und der dritte Maulhalten. Auch hier bildete sich freilich eine „deutsche" Partei unter der Führung von Julius Hölder (August 1866), aber auch hier blieb ihre Anhängerschaft im wesentlichen auf die städtischen Oberschichten beschränkt, und auch hier verlangten die meisten eine stärkere Sicherung der Freiheit und der Parlamentsrechte, bevor man einem unter preußischer Führung stehenden Bunde beitreten könne. Sie verlangten vor allen Dingen die Entlassung

Varnbülers, dem sie gar nicht trauten, und waren von der Notwendigkeit einer militärischen und zollpolitischen Einigung Deutschlands durchdrungen.

In Hessen gab es eine starke Partei, die den Anschluß an den Norden wünschte; in der zweiten Kammer wurde ein Antrag angenommen, der die Regierung aufforderte, möglichst bald Schritte in dieser Richtung zu tun. Aber die Regierung widerstrebte diesem Gedanken durchaus. Großherzog Ludwig III. war ein unbedeutender und bequemer Herr, der sich von jeder entscheidenden Maßregel scheute. An der Spitze des Ministeriums war auch nach dem Kriege Herr von Dalwigk geblieben, der schon in den vorhergehenden Jahren einer der heftigsten Gegner Preußens gewesen war und am meisten unter allen süddeutschen Staatsmännern einem Zusammengehen mit Frankreich zugeneigt hatte. Dalwigk war entschlossen, den Eintritt in den Nordbund so lange zu vermeiden wie es irgend gehe; er sagte den Anhängern einer solchen Verbindung, er könne im Nordbund keine Garantie für Deutschlands Zukunft, in den preußischen Kasernen keine Zuflucht für die deutsche Freiheit und in der preußischen Regierung keine Spur von deutscher Gesinnung erblicken. Nur mühsam war er im Frühling 1867 zum Abschluß einer Militärkonvention und eines Schutz- und Trutzbündnisses mit Preußen zu bringen. Er hoffte, daß bald ein Krieg mit Frankreich ausbrechen und mit einer Niederlage Preußens enden werde. Er hielt es ferner für sicher, daß in diesem Falle Österreich eingreifen und einen neuen deutschen Bund unter seiner Leitung in einer loseren und für die Selbständigkeit der Einzelstaaten ungefährlicheren Form begründen werde. Er scheute sich nicht, dem Kaiser Napoleon und den österreichischen Staatsmännern offen zu sagen, daß er hierauf hoffe und erbot sich sogar, dem französischen Kaiser, wenn dieser es wünsche, einen Kriegsvorwand zu schaffen. Er wollte nämlich den Eintritt Südhessens in den Norddeutschen Bund in dem Falle beantragen, wenn Napoleon ihm vorher die Versicherung gebe, daß er dies als eine Verletzung des Prager Friedens auffassen und zur Kriegserklärung benutzen werde. Allerdings müsse der Kaiser sofort erklären, daß er keine deutschen Gebiete für Frankreich verlange, damit sich das deutsche Nationalgefühl

nicht gegen ihn wende. Bismarck kannte Dalwigk und seine Gesinnungen gut genug, um zu wissen, was man von ihm zu erwarten habe und mußte in dem Umstande, daß der Großherzog diesen Mann an der Spitze seines Ministeriums beließ, ein deutliches Zeichen dafür erblicken, daß man in Darmstadt an kein Entgegenkommen denke. Er wünschte den Beitritt Südhessens, wollte aber aus Rücksicht auf Österreich und die süddeutschen Staaten alles vermeiden, was den Anschein eines Druckes hervorrufen konnte.

In Baden war Großherzog Friedrich, der am liebsten schon 1866 mit Preußen gegangen wäre, entschlossen, alles zu tun, um den möglichst schnellen Anschluß seines Landes an den Norddeutschen Bund durchzusetzen. Der Minister von Edelsheim wurde sofort entlassen, und in Männern wie Mathy, Jolly und vonFreydorff berief der Großherzog Ratgeber an seine Seite, die gewillt waren, ihn aufs eifrigste in dieser Richtung zu unterstützen. Auch die Stimmung der Bevölkerung war hier einem Zusammenschluß mit dem Norddeutschen Bund weniger abgeneigt als in Bayern und Württemberg. Man hatte hier deutlich das Gefühl, daß im Falle eines Krieges gegen Frankreich, der doch einmal kommen konnte, Baden das erste Objekt des feindlichen Angriffes sein werde, und daß nur die enge staatliche Verbindung mit dem Norden ihm die volle Hilfe der norddeutschen Streitkräfte sichern könne. Schon bei der Annahme des Friedensvertrages sprach sich hier die überwiegende Mehrheit beider Kammern für bedingungslosen Eintritt in den Nordbund aus.

Schon Ende 1867 wandte sich der Minister Mathy auf privatem Wege an Bismarck mit der Frage, ob er nicht wenigstens für eine nahe Zukunft die Aufnahme Badens in den Norddeutschen Bund in Aussicht stellen könne. Bismarck erklärte jedoch, daß er einen einzelnen süddeutschen Staat aufzunehmen nicht für richtig halte. Er deutete an, daß die Sache anders liegen würde, wenn auch Hessen für den südlich des Main gelegenen Teil des Großherzogtums gleichzeitig seinen Beitritt beantrage. Hier wurde im Juni ein Antrag auf die Aufnahme Südhessens in den Bund zwar von der zweiten Kammer angenommen, von der ersten jedoch abgelehnt. In der Tat würde es ja sehr schwierig

gewesen sein, Baden dem Bunde anzugliedern, wenn es ohne jede territoriale Verbindung mit dem übrigen Bundesgebiete und durch hessische und bayrische Landstriche von den nächstgelegenen preußischen Provinzen getrennt bleiben mußte. Die internationalen Schwierigkeiten und den Kampf mit Frankreich hätte Bismarck gewiß an sich nicht gescheut, aber er wollte diesen Kampf nur führen, wenn der Preis ihn wirklich lohnte und der Zeitpunkt günstig war.

Die badische Regierung gab es nach dieser Zurückweisung und bei dem offenkundigen Widerstreben Hessens auf, weitere Versuche zur sofortigen völligen Vereinigung mit dem Norden zu machen. Aber sowohl Mathy, als nach dessen Tode (3. Februar 1868) sein Gesinnungsgenosse Jolly, waren entschlossen, trotzdem alles dazu vorzubereiten. Sie gestalteten das badische Heerwesen möglichst nach preußischem Vorbild um; nur die dreijährige Dienstzeit wagten sie bei der Abneigung der Bevölkerung dagegen nicht ohne weiteres einzuführen, sie mußten froh sein, daß sie wenigstens die Einstellung von 1% der Bevölkerung in das Heer und die zweijährige Dienstzeit bei ihren Kammern durchsetzen konnten. Ein preußischer General wurde unter Jolly badischer Kriegsminister, eine ganze Anzahl von badischen Offizieren wurde nach Preußen geschickt, während zugleich preußische Offiziere nach Baden kommandiert wurden. Auch sonst war man in Baden bestrebt, mit der Gesetzgebung des Norddeutschen Bundes möglichst gleichen Schritt zu halten und auf diesem Wege wenigstens die Gleichförmigkeit der Einrichtungen und Gesetze in möglichst großem Maße durchzuführen, solange eine wirkliche Verschmelzung nicht erreichbar schien.

Wenn die Mehrheit der süddeutschen Bevölkerung und Regierungen zunächst einem Anschluß an den Norden widerstrebte, so bestand doch unter ihnen keine Einigkeit darüber, wie sich die Zukunft des Südens nun positiv gestalten solle. Daß man gegen das Ausland mit dem Norden fest zusammenstehen müsse, war zwar auch hier die vorherrschende Überzeugung. Aber trotzdem war man geneigt, dem Bündnis eine sehr enge Auslegung zu geben. In dem Augenblick, wo die luxemburgische Frage eine kriegerische Lösung zu fordern schien, fragte Preußen bei den süddeutschen

Regierungen an, ob es auf ihre Bundeshilfe rechnen könne, falls es aus diesem Anlaß zum Kriege komme. Varnbüler sprach anfangs von der Möglichkeit einer Neutralität. Hohenlohe beteuerte seine persönliche Bereitwilligkeit, wies aber auf die Unberechenbarkeit des Königs und der Volksstimmung hin. Wenn auch schließlich sowohl Bayern wie Württemberg für dieses Mal den Bündnisfall als gegeben anerkannten, weil es sich um eine im nationalen Interesse unternommene Verteidigungsaktion handle, so gaben sie doch durch ihr Verhalten deutlich zu erkennen, daß sie sich in jedem Einzelfall das Recht vorbehielten, ihre Hilfe zu versagen, falls Preußen nach ihrer Ansicht nicht der angegriffene Teil sei. Bismarck war damit sehr wenig zufrieden. Er ließ in München und Stuttgart darauf hinweisen, daß Neutralität im Falle eines französischen Angriffs ein Vertragsbruch sein werde, „welcher der Mißbilligung der Völker und der Nemesis der Geschichte um so mehr verfallen würde, als er unter den Staaten desselben Volkes begangen sei". Beachtung der Verträge dürfe nicht von Stimmungen abhängen. „Die Spannung der europäischen Situation gestattet uns nicht, die Frage, ob jene Verträge uns unbedingt gehalten werden, unentschieden und das Verhältnis Süddeutschlands zu uns im Zwielicht zu lassen." Erwiesen sie sich als unsicher, so müsse sich der Norddeutsche Bund nach anderen Verbündeten umsehen; auch seine Haltung Frankreich gegenüber werde hiervon abhängen.

Noch bedenklicher mußte der Kanzler werden, als er auf eine neue offizielle Anfrage wegen eventueller Bundeshilfe Ende April aus Stuttgart und München höchst sonderbare Antworten erhielt. Varnbüler erwiderte, Württemberg werde seine Verpflichtungen stets erfüllen, wenn Deutschlands Ehre und Interesse bedroht sei; man könne es daher „für jetzt dahingestellt sein lassen, ob der casus foederis nach dem Vertrage vom 13. August 1866 in diesem Augenblicke vorliege oder nicht." Der Minister gab ferner deutlich zu erkennen, daß er zweifle, ob Preußen alle Mittel zur friedlichen Beilegung des Konflikts erschöpft habe, und sprach die Meinung aus, die Regierungen dürften sich „nicht durch die Empfindlichkeit des nationalen Gefühls bestimmen lassen, wenn und soweit sie dieselbe nicht für

gerechtfertigt erkennen könnten". Auch Hohenlohe sprach sich offiziell sehr zurückhaltend aus und beklagte sich, daß er über den Gang der Verhandlungen und die Zugeständnisse, die Preußen zur Erhaltung des Friedens zu machen gedenke, nicht unterrichtet worden sei.

Dazu kam die Aufnahme der Veröffentlichung der Bündnisverträge durch die Presse und die Parlamente Süddeutschlands. Der Stuttgarter „Beobachter" erklärte, man müsse darin eine Auslieferung Württembergs an die hohenzollernsche Hausmachtpolitik erblicken. Die Partikularisten und die Demokraten fanden sich in ihrer Abneigung gegen den preußischen Oberbefehl zusammen. Im württembergischen Landtag erhob sich, als ihm im Herbst 1867 der Vertrag zur Genehmigung vorgelegt wurde, eine lebhafte Opposition gegen die Annahme. Zwar sprach König Karl, der sich durch sein gegebenes Wort gebunden hielt, öffentaus, daß er sie wünsche und erwarte; aber Varnbüler benutzte die Gelegenheit, zu erklären, daß der Wortlaut Württemberg die Möglichkeit lasse, in jedem Fall zu prüfen, ob der Bündnisfall vorliege. Wir werden noch sehen, was Bismarck darauf antwortete und unter welchen Umständen die Annahme des Vertrages schließlich durchgedrückt wurde.

Die natürliche Konsequenz dieser Bündnisse hätte eine Umwandlung des süddeutschen Heerwesens nach preußischem Muster sein müssen, da der Wert der Hilfsleistungen von der Leistungsfähigkeit der Truppen abhing. Dieser Erkenntnis verschlossen sich auch die Regierungen von München und Stuttgart nicht, und es erhob sich nun die Frage, ob man hierbei einzeln oder gemeinsam vorgehen solle. Im Prager Frieden war den süddeutschen Staaten das Recht vorbehalten, sich zu einer süddeutschen Union zusammenzuschließen, und man hätte ja denken können, daß sich auf diesem Wege die Selbständigkeit Süddeutschlands am längsten werde behaupten lassen. Aber eine Neigung zur Verwirklichung dieser Pläne bestand höchstens in den leitenden Kreisen Bayerns, weil man hier eine Art Hegemonie über das südliche Deutschland erreichen zu können hoffte. Fürst Hohenlohe trat diesen Plänen zunächst entgegen. Sein eigentliches Ziel war der Abschluß eines weiteren Bundes zwischen dem Nordbunde und

den einzelnen süddeutschen Staaten. Ein gemeinsamer Bundesrat unter dem Präsidium Preußens sollte an der Spitze stehen und zur Kompetenz dieses weiteren Bundes sollten der Schutz gegen das Ausland, eine annähernde Gleichheit des Militärwesens und die wirtschaftlichen Angelegenheiten gehören. Eine Erweiterung der Bundeszwecke sollte nur mit Zustimmung aller Teilnehmer möglich sein. Ein gemeinsames Parlament wollte er nicht; vielmehr sollten die innerhalb der Bundeskompetenz zu erlassenden Gesetze vom norddeutschen Reichstag und den Kammern der vier süddeutschen Staaten genehmigt werden, bevor sie Geltung erlangten. Endlich sollte ein Bündnis mit Österreich zum gegenseitigen Schutz der deutschen Gebiete das Werk krönen.

Hohenlohe wollte auf diese Art den Forderungen des deutschen Nationalgefühls Genüge leisten und doch die Selbständigkeit Bayerns möglichst vollständig wahren. Er erlangte zu seinen Plänen die Genehmigung König Ludwigs II. und trat zunächst mit den übrigen Südstaaten in Verhandlungen darüber. Nachdem schon im Februar 1867 auf einer Zusammenkunft in Stuttgart von den Ministern der süddeutschen Staaten eine Annäherung ihrer militärischen Einrichtungen an diejenigen Preußens vereinbart worden war, führten die neuen Verhandlungen Anfang Mai zum Abschlusse eines Vertrages zwischen Bayern und Württemberg, der im wesentlichen den Wünschen Hohenlohes entsprach. Der Großherzog von Baden trug zunächst Bedenken, sich diesem Vorgehen anzuschließen, da er, falls der einfache Eintritt in den Nordbund nicht zu erreichen sei, und vorläufig nur ein weiterer Bund geschlossen werden könne, wenigstens die sofortige Schaffung eines deutschen Parlaments und eine Erweiterung der Bundeskompetenz für notwendig hielt. Erst nachdem die beiden Königreiche zugestanden hatten, daß die vorläufig von ihnen erstrebte Einrichtung ausdrücklich als ein Übergangszustand bezeichnet werden solle, und daß möglichst bald die Berufung eines gemeinsamen Parlaments in Aussicht zu nehmen sei, trat Baden ihren Vereinbarungen bei.

Bismarck war jedoch mit diesen Vorschlägen nicht einverstanden. Er betonte sofort, daß es höchst unpraktisch sei, die Be-

schlußfassung über jedes Bundesgesetz von der Zustimmung von 9 verschiedenen parlamentarischen Körperschaften abhängig zu machen. Dies Bedenken war gewiß an sich schon stark genug; aber entscheidend ist für seine Haltung doch wohl die Befürchtung gewesen, daß eine so lose Angliederung der Südstaaten diese nicht werde verhindern können, eine selbständige auswärtige Politik zu treiben. Auch der Versuch, Österreich mit hineinzuziehen, konnte ihm in dieser Form nicht sympathisch sein. Allerdings erwog er im April 1867 unter dem Eindruck der luxemburgischen Gefahr selbst die Möglichkeit eines Bündnisses mit Österreich. Auf seine Anregung schickte Fürst Hohenlohe den Grafen Tauffkirchen nach Wien, um zu sondieren; dieser kam vorher nach Berlin und erhielt hier vom Kanzler genaue Informationen. Er sollte ein Verteidigungsbündnis auf bestimmte Zeitdauer vorschlagen und auch die Möglichkeit eines dauernden Vertrages, der nur Deutsch-Österreich einschließe, erörtern; jedoch sollte auch der letztere nur einen internationalen Charakter haben und kein „bundestägliches Verhältnis" begründen. Bismarck war sogar bemüht, Rußland in irgendeiner Form an dies Bündnis heranzuziehen, oder wenigstens den Österreichern Sicherheit gegen eine russische Ausdehnungspolitik im Orient zu verschaffen. Aber alle diese Versuche führten nicht zum Ziel. Beust wich jeder engeren Verbindung mit dem verhaßten Preußen aus, indem er erklärte, daß Österreichs volle Neutralität den Frieden besser sichern werde als ein solches Bündnis, dessen Bekanntwerden Napoleon zum engen Anschluß an Italien und vielleicht zum Kriege im Bunde mit diesem Lande treiben werde. Ebensowenig wollte Fürst Gortschakoff auf eine Garantie des bestehenden Zustandes im Orient eingehen; eine Allianz zur Erhaltung des Friedens, meinte er, könne ihrer Zweck nur erreichen, wenn sie auch Frankreich einschließe.

Es mag dahingestellt bleiben, ob Bismarck wirklich eine andere Antwort von Beust erwartet hat. Jedenfalls war die Mission Tauffkirchens gescheitert und damit die Unausführbarkeit von Hohenlohes weiterem Bundesplan klar zu Tage getreten. Um so wichtiger schien es nun dem Kanzler, von sich aus diejenigen

Schritte zum weiteren Ausbau der Einheit zu tun, die ihm im Augenblick als möglich und notwendig erschienen.

Neben der militärischen und diplomatischen hatte ihm immer die wirtschaftliche Einigung in erster Linie gestanden. Im alten deutschen Bunde war sie für das engere Deutschland durch den Zollverein gewährleistet worden. Da aber durch den Krieg alle bestehenden Verträge zerrissen waren, so konnte es an sich zweifelhaft erscheinen, ob der Zollverein mit Süddeutschland in seiner alten Form noch als rechtlich weiter bestehend angesehen werden könne. Außerdem hatten schon die Verhandlungen der letzten Jahre mit Frankreich und Italien gezeigt, daß der Verein infolge der Schwerfälligkeit seiner Organisation den immer wachsenden Aufgaben der deutschen Wirtschaftspolitik nicht mehr gewachsen sei. Da zu allen Beschlüssen im Zollbundesrat Einstimmigkeit erforderlich war, gab es kein anderes Mittel, eine widerstrebende Minderheit zum Nachgeben zu zwingen, als die Kündigung des Zollvereins; dies Mittel konnte aber nur in Fällen von ganz besonderer Wichtigkeit und wenn der Kündigungstermin nahe bevorstand, mit Aussicht auf Erfolg angewandt werden. Ein anderer Mangel war das Fehlen jedes volkstümlichen Elementes, während gerade auf diesem die Interessen der Bevölkerung so stark berührenden Gebiete deren aktive Mitwirkung sehr notwendig gewesen wäre. Schon während des Jahres 1848 war der Gedanke aufgetaucht, ein Zollparlament einzurichten; Bismarck hatte schon während seiner Frankfurter Gesandtenzeit diesen Gedanken aufgegriffen und ihn niemals wieder aus den Augen verloren. Auf einer Tagung der deutschen Volkswirte in Braunschweig unmittelbar nach dem Friedensschluß wurde ebenfalls dringend die Einführung eines Zollparlaments verlangt.

Abgesehen von den rein wirtschaftspolitischen Motiven bot dieser Gedanke aber in der augenblicklichen Lage auch noch andere Vorteile dar. Bismarck konnte sich nicht verhehlen, daß eine langsame, aber stetige Vorarbeit notwendig sein werde, um die Bevölkerungen Süddeutschlands allmählich an den Gedanken zu gewöhnen, daß ihr eigenes Interesse den Zusammenschluß mit dem Norden fordere. Hierzu schien es aber kein besseres Mittel als ein Zusammenarbeiten norddeutscher und süddeutscher Ab-

geordneter in einem Zollparlament zu geben. Seit einem Menschenalter war man daran gewöhnt, trotz aller politischen Gegensätze die wirtschaftlichen Interessen als gemeinsame Angelegenheiten des außerösterreichischen Deutschland zu betrachten und zu behandeln. Von dieser Grundlage aus ließ sich die Erkenntnis allmählich verbreiten, daß die wirtschaftlichen Angelegenheiten auf die Dauer gar nicht isoliert behandelt werden könnten, sondern ein gemeinsames Vorgehen auch auf anderen Lebensgebieten bedingten. So konnte das Zollparlament eine Vorschule der Einheit werden, es konnte den Zollverein nutzbar machen für die Herbeiführung der politischen Einheit, was er bisher nicht gewesen war. Auf der anderen Seite mußten sich die süddeutschen Regierungen sagen, daß sie in immer stärkere wirtschaftliche Abhängigkeit vom Norden geraten würden, wenn der Schwerpunkt der wirtschaftspolitischen Verhandlungen in das norddeutsche Parlament falle und die Vertreter Süddeutschlands dabei gar nicht mitzureden hätten. Dem stand freilich die Befürchtung gegenüber, daß sich aus dem Zollparlament allmählich ein gesamtdeutsches Parlament entwickeln könne, was natürlich nicht im Interesse der süddeutschen Regierungen lag. Gerade deshalb hatten sie ja ihren Vorschlag eines weiteren Bundes gemacht, dessen Verwirklichung die Beseitigung des Zollvereins zur Voraussetzung gehabt haben würde.

Daß für Preußen die Erhaltung des Zollvereins, wenn er zeitgemäß umgestaltet werde, wichtiger sein mußte, als die Annahme der süddeutschen Vorschläge, liegt auf der Hand. Bismarck lud daher im Juni 1867 Vertreter sämtlicher Regierungen nach Berlin ein zu Besprechungen über die Erneuerung des Vereins. Hier schlug er einen neuen Vertrag vor, wonach die in der Kompetenz des Vereins gelegenen Maßregeln in Zukunft durch den Zollbundesrat als gemeinschaftliches Organ der Regierungen und durch ein Zollparlament als gemeinschaftliche Vertretung der Bevölkerung getroffen werden sollten. Zu einem Vereinsgesetz sollte die Übereinstimmung der Mehrheitsbeschlüsse beider Versammlungen erforderlich und ausreichend sein. Damit war das Erfordernis der Einstimmigkeit für den Zollbundesrat beseitigt. Das Stimmverhältnis wurde so geregelt, daß die norddeutschen

Staaten genau so viel Vertreter im Bundesrat des Zollvereins wie im Bundesrat des Norddeutschen Bundes hatten, während 6 bayrische, 4 württembergische, 3 badische und 2 hessische Stimmen hinzukamen; ebenso sollte für das Zollparlament das Wahlgesetz des Norddeutschen Bundes Geltung haben; zu den Abgeordneten des norddeutschen Reichstags sollten bei der Beratung von Zollangelegenheiten 48 bayrische, 17 württembergische, 14 badische und 4 hessische Abgeordnete hinzutreten. Praktisch stellte also der Zollbundesrat einen erweiterten Bundesrat und das Zollparlament einen erweiterten Reichstag des Norddeutschen Bundes dar.

Als die süddeutschen Regierungen gegen diese Bestimmungen Bedenken erhoben, erklärte ihnen Preußen, daß es mit denjenigen Staaten, welche die neue Verfassung nicht annehmen wollten, den Zollverein nicht erneuern werde. Darauf gaben jene nach und am 8. Juli konnte in Berlin der neue Zollvereinsvertrag unterzeichnet werden. Er enthielt die von Preußen vorgeschlagenen Bestimmungen und fügt auch die bisher noch außerhalb des Zollvereins stehenden norddeutschen Gebiete bis auf kleine Reste dem Verbande ein.

Aber damit war die Sache noch keineswegs erledigt; denn der Vertrag bedurfte zu seiner Gültigkeit der Genehmigung des norddeutschen Reichstags und der süddeutschen Kammern. Noch einmal entfalteten nun alle partikularistisch gesinnten Elemente im Süden die eifrigste Tätigkeit, um diese zu hintertreiben. Bei vielen stand dahinter die alte Vorliebe für ein besonderes süddeutsches Zollbündnis womöglich im Anschluß an Österreich; aber es zeigte sich hier ebenso deutlich wie bei früheren Gelegenheiten, daß die wirtschaftlichen Interessen Süddeutschlands bereits so fest mit denen Norddeutschlands verwachsen waren, daß sich die Verbindung ohne eine schwere Schädigung des gesamten Volkswohlstandes nicht wieder beseitigen ließ. In Bayern genehmigte die zweite Kammer am 22. Oktober den Vertrag; aber der Reichsrat knüpfte an seine Zustimmung die Bedingung, daß Bayern ein unbedingtes Vetorecht gegen alle Beschlüsse eingeräumt werden müsse. Hohenlohe und ein Vertreter des Reichsrats fuhren sofort nach Berlin, um Bismarck für dies Zugeständnis zu gewinnen. Aber der Kanzler lehnt jede Änderung unbedingt ab. Im ganzen

Lande begann nun eine starke, von der handel- und gewerbetreibenden Bevölkerung ausgehende Agitation gegen den Reichsrat; denn man fürchtete von dem Ausschluß Bayerns vom Zollverein die schwersten wirtschaftlichen Nachteile. Trotzdem beantragt der Ausschuß des Reichsrats am 24. Oktober mit neun gegen eine Stimme, den Zollvereinsvertrag in der vorliegenden Gestalt zu verwerfen.

Dieses Krisis der Zollvereinsverhandlungen fiel in die gleiche Zeit, wo die württembergische Kammer über die Annahme oder Ablehnung des Schutz und Trutzbündnisses verhandelte. Es war die letzte verzweifelte Gegenwehr der partikularistischen Elemente gegen den weiteren Ausbau der deutschen Einheit. Die Opposition ging in beiden Fällen von den gleichen Gruppen und Motiven aus. Bismarck erfaßte die Situation und benutzte sie zu einem letzten großen und entscheidenden Manöver. Am 26. Oktober erklärte er im Norddeutschen Reichstag, wenn Bayern den Zollvertrag nicht annehme, werde er auch das Schutz- und Trutzbündnis auflösen. „Daraus," sagte er, „habe ich nie ein Hehl gemacht, daß die wirtschaftliche Gemeinschaft mit der Wehrgemeinschaft unserer Auffassung nach Hand in Hand geht." Dann wandte er sich nach Stuttgart. Er würde die Zollverträge nicht geschlossen haben, wenn er an der ehrlichen Einhaltung des Bündnisses gezweifelt hätte; er könne das auch noch nicht tun; denn — so fügte er mit scharfer Hindeutung auf Varnbülers Klausel wegen des Bündnisfalles hinzu — „die Ratifikationen der Süddeutschen Souveräne sind uneingeschränkt und sine clausula, und ich habe das feste Vertrauen, daß die süddeutschen Souveräne und Regierungen sich allzeit zu ihren Worten bekennen werden, auch wenn die Mahnungen des deutschen Nationalgefühls minder laut an ihr Ohr schlügen." An demselben Tage, in dem das Bündnis in Frage gestellt werde, würde er die Zollvereinsverträge kündigen, und mit den Staaten, die den neuen Vereinsvertrag vom 8. Juli nicht annähmen, würde er die wirtschaftliche Verbindung völlig lösen.

Diese energische Sprache verfehlte ihre Wirkung um so weniger, als niemand daran zweifelte, daß Bismarcks Worten auch die Tat folgen werde. Bei manchem Widerstrebenden wird die poli-

tische Abneigung durch den starken Druck des wirtschaftlichen Interesses überwunden worden sein. Die Verantwortung für die volle militärische und wirtschaftliche Abtrennung des Südens vom Norden wollte schließlich doch niemand übernehmen. Am 29. Oktober nahm die württembergische Kammer mit 58 gegen 32 Stimmen den Bündnisvertrag, am 31. Oktober der bayrische Reichsrat mit 35 gegen 13 Stimmen den Zollvereinsvertrag an. An die Auswechslung der Ratifikationen des Zollvertrags knüpfte Preußen den ausdrücklichen Vorbehalt, daß die Verbindlichkeit der Schutz- und Trutzbündnisse nicht in Frage gestellt werde.

Damit war endlich die wirtschaftliche Einigung auf neuen Grundlagen hergestellt. Der Wirkungskreis des Zollparlaments ist gewiß kein sehr erheblicher gewesen; es hatte im wesentlichen nur bei der Festsetzung der Tarife, der Veränderung der Zollgrenzen und dem Abschluß von Handelsverträgen mit auswärtigen Staaten mitzuwirken. Neu wurden ihm die Regelung einiger indirekter Steuern, namentlich derjenigen auf Salz und Tabak überwiesen. Wenn man aber bedenkt, wie wenig Berührungen damals noch zwischen den Bevölkerungen des Nordens und Südens von Deutschland vorhanden waren, wie fremd sich die einzelnen Teile Deutschlands gegenüberstanden, wie stark die gegenseitige Abneigung von der Unkenntnis des Wesens der anderen bedingt war, so begreift man ohne weiteres, was es bedeutete, das sich hier zum erstenmale seit 1848 wieder Männer aus allen Teilen Deutschlands zu gemeinsamer parlamentarischer Arbeit zusammenfanden.

Bei den Wahlen zum ersten Zollparlament im Jahre 1868 wurden allerdings in Württemberg und Bayern ganz überwiegend Partikularisten gewählt. Die Anhänger des nationalen Gedankens im Süden hatten Grund, darüber enttäuscht zu sein, weil es sich dadurch von neuem zeigte, wie geringen Boden ihre Bestrebungen bei der Masse der süddeutschen Bevölkerung gefunden hatten. Aber das Ergebnis der Wahl hatte doch auch sein Gutes. Denn auf diese Art kamen gerade die erbittertsten Feinde Preußens nach Berlin und sahen sich gezwungen, mit ihren heftigsten Gegnern zusammen zu arbeiten. Die Versuche zur Bildung einer besonderen süddeutschen Partei im Zollparla-

ment blieben ohne rechten Erfolg; die Süddeutschen sahen sich schließlich doch genötigt, innerhalb des Rahmens der norddeutschen Parteibildung mitzuwirken, wenn sie auch meist in der Opposition erschienen. Vielfach brachten sie den Eindruck mit nach Hause, daß die Norddeutschen doch nicht so schlimm seien, wie sie in der Vorstellung des süddeutschen Volkes lebten. Und auch das war wenigstens ein bescheidener Gewinn.

Die Einrichtung des Zollparlamentes und das unablässige Drängen der national gesinnten Elemente in ganz Deutschland auf einen engeren Anschluß des Südens an den Nordbund ließen noch einmal den Gedanken an die Begründung eines süddeutschen Bundes auftauchen. König Ludwig von Bayern interessierte sich persönlich sehr dafür, und auch Fürst Hohenlohe konnte sich dem Drängen, daß etwas zur Wahrung der bayrischen Selbständigkeit geschehen müsse, nicht mehr vollständig entziehen. Neue militärische Besprechungen über den Ausbau eines einheitlichen süddeutschen Festungssystems führte im Herbst 1868 zur Gründung einer gemeinsamen Kommission für diesen Zweck, zu deren Beratungen in gewissen Fällen auch ein norddeutscher Vertreter zugezogen werden sollte.

Nicht ohne Bedeutung war es auch, daß Frankreich und Österreich jede Gelegenheit benutzten, um die Südstaaten zur Gründung eines Sonderbundes zu drängen und von einem engeren Anschluß an den Norden abzuhalten. Aber sobald man daran ging, die Verfassung dieser „Vereinigten Staaten von Süddeutschland" genauer zu formulieren, zeigten sich die unüberwindlichen Schwierigkeiten, die solchen Plänen im Wege standen. Württemberg war gegen jede Vorzugsstellung Bayerns und gegen ein süddeutsches Parlament, in dem die Bayern die Oberhand gehabt haben würden. Baden wollte von der ganzen Sache überhaupt nichts wissen und vermied es nur deshalb, die Verhandlungen schroff abzubrechen, weil Bismarck riet, Bayern nicht vor den Kopf zu stoßen und die Fühlung aufrecht zu erhalten, damit man über den Stand der Dinge immer unterrichtet bleibe. Der Bundeskanzler selbst vermied es peinlich, irgendetwas gegen diese Pläne zu unternehmen. Den Gesandten in Stuttgart wies er an, volle Gleichgültigkeit dagegen zu zeigen

(3. März 1869). „Das Projekt eines Südbundes," schrieb er ihm, „hat wenig Aussicht auf Verwirklichung; ob aber die Verwirklichung für die Einheit Deutschlands ein Nachteil wäre, das ist eine Frage, die sich a priori gar nicht entscheiden läßt. Es kann ebensogut sein, daß in einem süddeutschen Parlament leichter die nationalen Ideen die Oberhand gewinnen würden als ohne ein solches. Außerdem aber haben wir im Prager Frieden den Südbund selbst in Aussicht genommen und können diesen Gedanken daher nicht eingestandenermaßen bekämpfen. Jedenfalls müssen wir unseren Gegnern den Glauben benehmen, als könnten sie uns mit dieser Kombination eine Unannehmlichkeit bereiten."

Dieser Rest der alten Triaspläne scheiterte an demselben Hindernis, das auch früher jede Einigung des dritten Deutschland unmöglich gemacht hatte, an der unüberwindlichen Eifersucht der süddeutschen Staaten gegen einander.

* * *

In dem ersten Jahre nach dem Kriege waren große Fortschritte in der Konsolidierung der deutschen Verhältnisse gemacht worden. Durch die Veröffentlichung der Schutz- und Trutzbündnisse und ihre Genehmigung in den Parlamenten, sowie durch die Erneuerung des Zollvereins und die Gründung des Zollparlaments war die wirtschaftliche Einheit des kleineren Deutschland und seine Einigkeit gegenüber dem Ausland sichergestellt worden. Aber seitdem geriet die Einheitsbewegung ins Stocken, ja die dem weiteren Ausbau der Einheit entgegengesetzten Richtungen gewannen zusehends an Stärke. Schon im Dezember 1867 hatte Herr von Varnbüler erklärt, durch die Annahme der Bündnisverträge hätten die süddeutschen Staaten ihre nationale Pflicht vollständig erfüllt; jedes Hinausgehen über die jetzt gezogene Linie müsse abgelehnt werden; und diese Stimmung blieb vorherrschend. Zu Beginn des Jahres 1870 konnte die innere Lage Deutschlands sogar recht trübe und aussichtslos erscheinen. Im Norddeutschen Bunde waren die Differenzen zwischen Bismarck und den Nationalliberalen stärker geworden, und man konnte nicht wissen, ob die bevorstehenden Beratungen über den Heeresetat nicht zu heftigen Kämpfen führen würden. In Süddeutschland

hatten die Bestrebungen, in irgendeiner Form einen organischen Anschluß an den Norden zu finden, weniger Aussicht auf praktische Erfolge als je zuvor, und auch der Plan zur Gründung eines süddeutschen Bundes mußte als definitiv gescheitert betrachtet werden. In Württemberg und Bayern nahm der Einfluß der partikularistischen Elemente fortwährend zu. Im bayrischen Landtag erlangte die klerikale Partei bei den Neuwahlen im November 1869 die Mehrheit in der zweiten Kammer und eröffnete alsbald einen heftigen Feldzug gegen das Ministerium Hohenlohe. Durch seine Stellungnahme in den kirchenpolitischen Fragen, namentlich durch die Vorlage eines liberalen Schulgesetzes und durch seine Haltung gegenüber dem bevorstehenden vatikanischen Konzil hatte der Fürst die Klerikalen aufs heftigste gegen sich erbittert. In einer Adresse an den König verlangte die Kammer Ende Januar 1870, daß ein Ministerium berufen werde, welches das Vertrauen des Landes besitze. Da Hohenlohe selbst das Gefühl hatte, in der Richtung, die er wünschte, in absehbarer Zeit doch nichts erreichen zu können, erbat er, des aussichtslosen Kampfes müde, am 15. Februar 1870 seine Entlassung. An seine Stelle trat ein eifriger Anhänger der bayrischen Selbständigkeit und des engen Anschlusses an Österreich, Graf Bray-Steinburg, bisher Gesandter in Wien. Er war ein intimer Freund Beusts, ein Anhänger des möglichst engen Anschlusses der Süddeutschen an Österreich. Er wollte wohl die Verträge halten, aber keinen Schritt über sie hinaus tun, und verließ sich darauf, daß die internationale Lage Preußen hindern werde, einen Druck in dieser Richtung auszuüben.

Einen gewissen Ersatz für diesen Verlust der nationalen Sache im Süden schien allerdings die Berufung des Generals von Suckow an die Spitze des württembergischen Kriegsministeriums zu bieten, zumal da sie mit der Entlassung von zwei ausgesprochen großdeutsch gesinnten Ministern verbunden war, die Suckow zur Bedingung seines Eintritts gemacht hatte. Da aber Varnbüler und Mittnacht im Amte blieben und ängstlich bemüht waren, Suckow von jedem politischen Einfluß auszuschließen, so mußte es doch äußerst zweifelhaft erscheinen, ob die württembergische Politik andere Bahnen einschlagen werde.

Die Kammermehrheiten in Bayern und Württemberg setzten nach wie vor der Ausgestaltung des Heerwesens nach preußischem Muster zähen Widerstand entgegen. In der Abneigung der Bevölkerung gegen die mit der Annahme des preußischen Systems verbundenen Kosten und die dadurch notwendig werdenden neuen Steuern fanden sie dabei einen starken Rückhalt. Nur mit Mühe war ihnen die Feststellung der Präsenzstärke auf 1% der Bevölkerung im Frieden abzuringen; aber sie bestanden auf der zweijährigen Dienstzeit und suchten durch Abstriche im Militärbudget die Regierungen zu zwingen, durch Beurlaubungen eine noch stärkere tatsächliche Verkürzung eintreten zu lassen. Die württembergische Volkspartei und die bayrischen Klerikalen ließen keinen Zweifel darüber, daß sie den allmählichen Übergang zum Milizsystem nach schweizerischem Muster erzwingen wollten. Auch wachten sie eifersüchtig darüber, daß in den Verhandlungen des Zollparlaments keine Gegenstände berührt werden dürften, die nicht rein wirtschaftlicher Natur seien. Die Regierungen schwankten, ob sie gegenüber den wachsenden Machtansprüchen ihrer Parlamente zur Wahrung der monarchischen Rechte ihren Rückhalt bei Preußen suchen, oder ob sie sich im Interesse der Selbständigkeit ihrer Staaten auf die demokratischen Bestrebungen in den eigenen Ländern, die zugleich preußenfeindlich und partikularistisch waren, stützen sollten. Es schien unter diesen Umständen für absehbare Zeit ausgeschlossen, daß von Süddeutschland aus ernsthafte Schritte zur Vollendung der Einheit unternommen werden könnten. Bismarck selbst aber hatte immer verkündigt, daß er die Süddeutschen nicht drängen wolle und abwarten würde, bis sie selbst einsähen, daß ihr eigenes Interesse den Anschluß an den Norden verlange.

So schien die Einheitsbewegung völlig auf dem toten Punkte angelangt zu sein. Mit schlecht verhehlter Freude wurde dies in der demokratischen und klerikalen Presse des Südens hervorgehoben. „Die Maschine Bismarck steht still" verkündigte der Beobachter, das Organ der schwäbischen Demokraten, triumphierend seinen Lesern. Stimmen wie die des Professors Römer, der in einer Flugschrift „Die Verfassung des Norddeutschen Bundes und

die süddeutsche Freiheit" für den Anschluß an den Norden eintrat, blieben vereinzelt und ohne große Wirkung.

Mit welchen Empfindungen mag Bismarck diese Entwicklung der Dinge betrachtet haben? Sann er bereits auf Mittel, um die stockende Einheitsbewegung wieder in rascheren Fluß zu bringen, oder war er vielleicht ganz zufrieden mit dem Erreichten und bereit, auf eine engere Angliederung des Südens in absehbarer Zeit zu verzichten? Konnte es doch scheinen, als habe er eigentlich alles erreicht, was nach seinen eigenen Anschauungen wünschenswert und notwendig war. Durch die Schutz- und Trutzbündnisse war man für den Kriegsfall der Hilfe Süddeutschlands sicher. In dem Zollparlament war eine Volksvertretung für das ganz kleinere Deutschland geschaffen, deren Kompetenz sich, wie es Bismarck immer gewünscht hatte, auf die wirtschaftlichen Fragen beschränkte, und der es völlig unmöglich war, einen bestimmenden Einfluß auf die Entschlüsse der Regierungen auszuüben, weil ihr das Budgetrecht fehlte. Denn das Zollparlament hatte zwar die Einnahmen aus den Zöllen und einigen indirekten Steuern zu bewilligen, aber über deren Verwendung gar nichts zu bestimmen, da die sämtlichen Einnahmen des Zollvereins nach der Bevölkerungszahl unter die einzelnen Staaten verteilt wurden. Es war eigentlich ein Parlament, wie es den Idealen Bismarcks entsprach.

In der Tat kann man wohl nicht daran zweifeln, daß Bismarck anfangs geglaubt hat, es werde sich auf diese Art ziemlich lange leben lassen. Daß einmal ein festerer Zusammenschluß kommen werde und kommen müsse, davon war er freilich immer überzeugt. Schon im März 1867 hat er geäußert, daß diejenigen sich täuschten, die in der Mainlinie eine trennende Mauer zwischen dem Norden und dem Süden zu erblicken glaubten. Sie bilde vielmehr nur ein Gitter, durch welches der nationale Strom unaufhaltsam seinen Weg finden werde. Aber diese Entwicklung zu beschleunigen, erschien ihm zunächst nicht dringend. Die Ereignisse der folgenden Jahre mußten jedoch auch bei ihm starke Bedenken erwecken, ob es wirklich möglich sei, das so geschaffene Provisorium lange festzuhalten. Solange die beiden größten süddeutschen Staaten nicht zur vollen Durchführung der preußischen Militär-

einrichtungen bewogen werden konnten und solange Preußen im Frieden nicht den geringsten Einfluß auf die Ausbildung der dortigen Armeen hatte, mußte die Leistungsfähigkeit der süddeutschen Truppen immer zweifelhaft bleiben. Dazu kamen die bedenklichen Erklärungen Varnbülers über den casus foederis, die nicht nur in der süddeutschen Presse und den Landtagen lebhaften Widerhall fanden, sondern was viel bedenklicher war, im Januar 1870 auch von einem Vertreter der bayrischen Regierung in der Kammer wiederholt wurden. Bismarck ließ sofort in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung erklären, daß Preußen diese Auslegung nicht anerkenne, da sie das Bündnis faktisch aufzuheben geeignet sei. Varnbüler gab, in der Kammer interpelliert, eine vieldeutige Antwort; Württemberg, sagte er, werde seine Verpflichtung loyal erfüllen, „wenn es sich um die Verteidigung deutschen Gebietes handelt". Ob dieser Fall vorliege, wollte man natürlich jedesmal selbst entscheiden. Der Wert der Bündnisse war in der Tat stark herabgesetzt, wenn die süddeutschen Regierungen, gleichgültig ob mit Recht oder Unrecht, den Vorbehalt machten, in jedem einzelnen Falle prüfen zu wollen, ob sie zu helfen verpflichtet seien oder nicht. Recht unheimlich war auch die Fortdauer ihrer engen Beziehungen zu Frankreich und Österreich, über deren Einzelheiten man natürlich in Berlin nichts erfuhr. Endlich konnte sich niemand verhehlen, daß im Süden bei den Regierungen und Bevölkerungen die partikularistischen Elemente im Vordringen begriffen waren, und daß gerade dadurch die Gefahr eines Schwankens dieser Staaten im Kriegsfalle wuchs. Ließ man den provisorischen Zustand allzu lange ruhig fortbestehen, so konnte leicht das Gegenteil von dem eintreten, was man ursprünglich gehofft hatte: die Stimmung im Süden konnte der Vollendung der Einigung leicht immer abgeneigter anstatt günstiger werden.

Die tiefere Ursache aller dieser Erscheinungen lag darin, daß Bismarcks Hauptziel, der feste nationale Zusammenschluß gegenüber dem Ausland, nicht erreicht werden konnte ohne ein kräftiges gemeinsames inneres Staatsleben. Er selbst hatte sich dieser Erkenntnis schrittweise und langsam genähert; schon im Anfang seiner Ministerlaufbahn hatte er ausgesprochen, daß sich die ge-

plante Neuordnung Deutschlands dadurch grundlegend von einem Bündnis unabhängiger Staaten unterscheide, daß sie getragen werde von dem in den Völkern der Einzelstaaten lebendigen Gefühl der nationalen Zusammengehörigkeit; nur darin liege die Berechtigung, eine organische Einheit zu erstreben. Aber er hatte auch immer daran festgehalten, daß diese innere Gemeinsamkeit nicht über das unbedingt notwendige Maß hinausgehen und den Einzelstaaten ein fruchtbares Gebiet eigener Tätigkeit lassen müsse. Mit der Herstellung einer wirtschaftlichen Einheit neben der militärisch-politischen glaubte er sich im wesentlichen begnügen zu können. Weiter zu gehen, erschien ihm schon deshalb bedenklich, weil mit der steigenden Ausdehnung der gemeinsamen Angelegenheiten auch die Macht des Parlaments größer und für die Regierungen bedrohlicher werden mußte. Diese Rücksichten waren mitbestimmend gewesen, als er sein Werk zunächst auf Norddeutschland beschränkte. Erst als jetzt die Gefahr entstand, daß der feste Zusammenschluß des Nordens unter Preußens Führung unter einer Verfassung, welche die Befugnisse des Parlaments in ziemlich enge Grenzen einschloß, die Einbeziehung des Südens noch auf lange Zeit verhindern und sogar die Einigkeit gegenüber dem Ausland unter Umständen in Frage stellen könne, wurde Bismarck genötigt, eine Abkürzung dieses Übergangszustandes ernstlich ins Auge zu fassen.

Wo aber waren die Kräfte zu finden, die ihm hierbei Hilfe leisten konnten? Die Massen waren politisch teilnahmlos und begriffen die Notwendigkeit weiterer Neuerungen nicht. Die Regierungen in den größten Südstaaten und die konservativen Schichten in Preußen selbst wie im Süden widerstrebten offen oder im stillen einer engeren Vereinigung. Die Demokraten wollten die Einheit, aber nur unter Bedingungen, auf die Bismarck so wenig wie sein König oder die übrigen deutschen Fürsten eingehen wollten. So blieb nur die Mitwirkung jener Elemente denkbar, die in der nationalliberalen und der freikonservativen Partei zusammengeschlossen waren. Vor dem Kriege hatte er ihre Hilfe noch ziemlich gering eingeschätzt und seine Maßregeln waren damals eher darauf berechnet gewesen, diese Elemente zu schwächen, zu verwirren und zu spalten, als sie wirklich zu ge-

winnen. Aber schon als es sich um den Ausbau des Norddeutschen Bundes handelte, hatte er sie nicht entbehren können und ihnen bei der Ausgestaltung der Verfassung größere Zugeständnisse machen müssen, als er anfangs gewollt hatte. Diese Männer arbeiteten auf ein Ziel hin, das durch die Bedürfnisse Deutschlands gegeben war; sie hatten, wenn auch nicht den größten, so doch den geistig und wirtschaftlich führenden Teil des deutschen Volkes hinter sich; darauf beruhte die Kraft ihrer Bestrebungen. Sie wollten allerdings in vielen Dingen weiter gehen, als Bismarck für richtig hielt; ihrem Verlangen nach verantwortlichen Bundesministerien, nach einer Ausdehnung der Kompetenz des Zollparlaments, nach der sofortigen Schaffung eines einheitlichen deutschen bürgerlichen Rechts setzte er zähen Widerstand entgegen. Aber höchst bedenklich mußte es erscheinen, sich ihnen gegenüber in den nationalen Fragen mit der reinen Negation zu begnügen, zumal da auch Bismarck selbst zugeben mußte, daß die Dinge eine bedenkliche Wendung zu nehmen begannen. Wenn die Notwendigkeit gebot, sich ihrer Hilfe zu bedienen, so mahnte die Vorsicht dazu, sie in Schranken zu halten.

Auch die Vorkämpfer der Einheitsparteien erkannten, daß man ihrer bedürfe, um weiter zu kommen und versuchten die Gunst der Lage zu benutzen. Immer lauter verlangten sie, daß etwas geschehen müsse, um dieser Stagnation ein Ende zu machen und erhoben gegen Bismarck den Vorwurf, daß er es an der nötigen Energie beim weiteren Ausbau seines Werkes fehlen lasse. Sie wußten, daß Bismarck auf sie im Reichstag des Norddeutschen Bundes angewiesen war, wenn er dort eine Mehrheit haben wollte, daß er sie brauchte, wenn er die neuen Provinzen in den Preußischen Staat wirklich eingliedern wollte, und daß ihre Parteigenossen im Süden die einzigen seien, auf die man dort zählen könne, wenn es sich im Ernstfall darum handle, die Regierungen bei ihren Verpflichtungen festzuhalten. Sie forderten die Aufnahme Badens in den Bund; sie traten für die Annahme des Kaisertitels durch König Wilhelm ein, weil sie dadurch dem nationalen Gedanken neue Werbekraft bei den noch widerstrebenden oder gleichgültigen Schichten der Bevölkerung zu geben hofften.

Bismarck stand diesen Bestrebungen mit Rücksicht auf die innerdeutsche und die internationale Lage kühl gegenüber. Als im Januar 1870 von englischer Seite die Frage angeregt wurde, ob König Wilhelm nicht doch den Kaisertitel annehmen solle, entwickelte er dem Grafen Bernstorff die Gründe, die ihn 1866 abgehalten hätten, dafür einzutreten: die Empfindlichkeit Frankreichs und Bayerns standen dabei in erster Linie. Der Kaisertitel, meinte er, „wenn ihm auch eine moralische Bedeutung beiwohnt, und wenn diese Bedeutung sich auch allmählich in realen Vorteilen ausprägen würde", erscheine ihm doch als eine Formsache, um derentwillen man den Frieden nicht aufs Spiel setzen dürfe. Beschränke man ihn auf Norddeutschland, so werde das als endgültiger Verzicht auf den Anschluß des Südens gedeutet werden. Ohne genügende Vorbereitung werde ein solcher Plan von den süddeutschen Staaten als Verletzung ihrer Souveränität empfunden werden. So liege es auch jetzt noch. Allerdings habe er inzwischen bemerkt, daß er die Bedeutung solcher Äußerlichkeiten in den Augen der Deutschen unterschätzt habe und sich mit dem Gedanken beschäftigt, ob es nicht jetzt ratsam sei, nachdem man sich des Einverständnisses der Hauptmächte versichert habe, den Kaisertitel durch die Gesetzgebung in die Bundesverfassung einzuführen. Er fürchte aber die Mißstimmung der süddeutschen Herrscher und zweifle sogar, ob Bayern sich dadurch nicht zum Bundesbruch werde bestimmen lassen. Dem König habe er überhaupt nicht davon gesprochen, kenne auch dessen Meinung nicht. Immerhin könne ja England in Paris einmal sondieren, wie man dort die Sache aufnehmen werde.

Dies geschah; aber Lord Clarendon fand die Stimmung an der Seine so wenig günstige, daß er von weiterer Verfolgung des Gedankens abriet. Bismarck, der selbst nur flüchtig die Idee erwogen hatte und die Schwierigkeiten ihrer Verwirklichung deutlich sah, hat denn auch keinerlei Versuche in dieser Richtung unternommen.

Dagegen glaubten die Nationalliberalen einen anderen Punkt ihres Programms gerade jetzt durchsetzen zu können. Ohne vorherige Verständigung mit Bismarck benutzte Lasker im Februar 1870 eine Verhandlung im Norddeutschen Reichstag über gegen-

seitige Rechtshilfe mit Baden zu einem überraschenden Vorstoß. Er stellte nämlich den Antrag, die verbündeten Regierungen möchten der Regierung und dem Volk von Baden für die Betätigung ihrer nationalen Gesinnung danken und die Initiative ergreifen, damit das Großherzogtum möglichst bald in den Bund aufgenommen werde. Bismarck wies dies Verlangen auch jetzt aus denselben Gründen wie drei Jahre früher zurück. Er tat es mit besonderer Heftigkeit, weil er die Vermutung nicht unterdrücken konnte, daß die badische Regierung Lasker zu seinem Antrag bewogen habe, um dadurch eine Druck auf die Entschließungen Preußens auszuüben. Er überzeugte sich freilich später, daß dies ein Irrtum war und setzte sich mit Jolly in freundschaftlicher Weise auseinander. In seiner Reichstagsrede vom 24. Februar 1870 wies Bismarck zwar die Anregung Laskers entschieden zurück, legte aber zugleich besonderen Wert darauf, öffentlich auszusprechen, daß auch sein Ziel die volle Einigung des außerösterreichischen Deutschland sei, und daß er in den Bestimmungen des Prager Friedens kein Hindernis für die Aufnahme einzelner süddeutscher Staaten in den Norddeutschen Bund erblicke. Lediglich aus praktischen Gründen halte er gegenwärtig den Zeitpunkt zur Aufnahme Badens nicht für günstig; da an der nationalen Gesinnung der badischen Regierung kein Zweifel bestehe, so könne diese für das gemeinsame Ziel besser wirken, wenn sie mit den übrigen süddeutschen Staaten in engerer Verbindung bleibe. Bayern und Württemberg würden sich durch die alleinige Aufnahme Badens verletzt, aber keineswegs zur Nachahmung angetrieben fühlen. Baden allein nehmen, würde heißen, den Milchtopf abfahnen und den Rest sauer werden lassen. Außerdem bestehe im Augenblick kein dringendes Bedürfnis, die bestehenden Zustände zu ändern. Auch wer die volle Einigung zu einem nahen Zeitpunkt wünsche, werde doch zugestehen müssen, daß schon jetzt mehr an Einheit erreicht sei, als in den letzten Jahrhunderten in Deutschland vorhanden gewesen sei. Seit Friedrich Barbarossa habe niemals mehr die Sicherheit bestanden, daß im Falle des Krieges gegen einen auswärtigen Feind alle deutschen Stämme unter einheitlichem Kommando in den Kampf ziehen würden, wie es doch jetzt durch die Schutz- und

Trutzbündnisse gewährleistet sei. Noch niemals habe Deutschland bisher eine so weitgehende wirtschaftliche Einheit und eine Einrichtung wie das Zollparlament besessen.

Die Frankfurter Zeitung urteilte über diese Rede: „Noch nie hat Bismarck sich so unverblümt darüber ausgesprochen, daß der Anschluß des Südens das Ziel seiner Politik ist." Und in der preußischen offiziösen Presse wurden die Süddeutschen immer wieder ermahnt, sich nicht einzeln, sondern vereint für den Anschluß zu regen. Man kann daraus schließen, daß Bismarck, so eifrig er auch den Wert des Erreichten betonte, doch jetzt dringend wünschte, daß die Vereinigung mit dem Süden sich im schnellerem Tempo vollziehen möge. Zugleich aber brachte er den Nationalliberalen in einzelnen ziemlich scharfen Wendungen seiner Rede zum Bewußtsein, daß sie seiner Führung zu folgen hätten, wenn sie mit ihm zusammen arbeiten wollten, und daß er sich seine Politik von ihnen nicht vorschreiben lassen wolle.

In vertraulichen Aktenstücken sprach er sich noch deutlicher aus. Er betonte hier besonders, daß Frankreich sich noch nicht an den Gedanken der Unvermeidlichkeit einer vollen Einigung Deutschlands gewöhnt habe, daß man dort vielmehr noch immer den Eintritt dieser Möglichkeit als Kriegsfall betrachte. Die öffentliche Meinung müsse dort erst einsehen, „daß die Einigung Deutschlands unser natürliches, rechtmäßiges und durch Verträge nicht untersagtes Ziel ist". Er werde das auch gelegentlich öffentlich aussprechen.

Aber auf welchem Wege konnte man zu dem ersehnten Ziel gelangen? Lag es nicht trotz allem, was Bismarck sagte, weiter in der Ferne als je? Schwerlich konnte man hoffen, daß die trägen Gewässer das Schiff von selbst zu dem fern aufleuchtenden Feuer hintreiben würden. Es bedurfte dazu eines kräftigen Windes, der das Meer des deutschen Lebens bis in die Tiefen aufwühlte. Selbst wenn es ein gefährlicher Sturm war, konnte ein kühner Steuermann eher hoffen, mit seiner Hilfe ans Ziel zu kommen, als beim Anhalten der bedrückenden und lähmenden Stille. Nur eine neue Regung des in den Massen schlummernden elementaren Nationalgefühls konnte alle die kleinen und großen Widerstände

überwinden. Daß die oberen bürgerlichen Schichten und ihre Vertreter in den Parlamenten allein nicht stark genug dazu seien, hatten gerade die letzten Jahre gezeigt. Den ersten Schritt zur Einheit hatte das militärisch organisierte preußische Volk unter seinen großen Führern auf dem Schlachtfelde erkämpft. Auch den nächsten Schritt konnte nur eine große Volksbewegung erzwingen, sei es eine Revolution, sei es ein großer gemeinsamer Kampf aller deutschen Stämme gegen einen auswärtigen Feind. Die Gefahr einer großen Revolution lag damals ferner als je; aber der äußere Kampf drohte ja schon lange, und niemand zweifelte, daß er über kurz oder lang kommen werde; hatte man doch schon im Juli 1866 und wieder im Frühling 1867 dicht vor dem Kriege mit Frankreich gestanden. Schon 1868 schrieb einer der geistigen Führer der Konservativen, Heinrich Leo, in der Kreuzzeitung, nur das gemeinsam vergossene Blut sei es, das die Völker verbinde, und daher könne auch nur ein großer nationaler Krieg die Deutschen zur Einheit zusammenschmieden und die Grundlagen eines neuen deutschen Kaisertums schaffen. Auch Moltke und Bismarck haben während dieser Jahre mehrfach geäußert, daß sie den Krieg gegen Frankreich für unvermeidlich hielten, wenn die deutsche Einheit zustande kommen sollte. Aber zugleich hat Bismarck immer wieder betont, daß es unrichtig sein würde, ihn absichtlich herbeizuführen. „Ich bin von der Sorge ziemlich frei," schreibt er einmal, „daß wir einen Krieg mehr als andere zu fürchten hätten; ich habe volles Vertrauen zu unserer Fähigkeit zu siegen, wenn uns der Krieg gebracht wird; aber ich halte selbst einen siegreichen Krieg für ein Mittel, welches zur Erreichung von Zwecken, die sich zweifellos auch ohne einen solchen erfüllen werden, von gewissenhaften Regierungen nicht angewendet werden sollte." Manchmal schien er ihm nahe bevorzustehen; in zwei Jahren werde er kommen, hat er 1868 zu Karl Schurz gesagt; zu anderen Zeiten aber meinte er, es könne doch vielleicht noch ein oder zwei Jahrzehnte dauern, und alles werde von der inneren Entwicklung der französischen Verhältnisse abhängen. Darüber aber waren er und Moltke einig, daß Deutschland diesen Krieg nicht zu scheuen habe, daß man den Franzosen allein unbedingt überlegen sei, und daß selbst, wenn Österreich auf die

feindliche Seite treten sollte, ein günstiger Ausgang zu erhoffen sei. Mochte es auch bedenklich erscheinen, einen solchen Krieg willkürlich hervorrufen zu wollen, so lag doch für die Leiter der preußischen Politik gewiß kein Anlaß vor, ihn zu scheuen, vielmehr, wenn sie die Lage in Deutschland selbst betrachteten, mancher Grund, ihn zu wünschen.

Zweites Kapitel.

Der Ausbruch des deutsch-französischen Krieges.

Lange Zeit hat bei uns die Vorstellung geherrscht, als sei die Zeit zwischen den Kriegen von 1866 und 1870 eine Zeit des tiefsten Friedens gewesen, der ganz plötzlich durch den völlig unprovozierten Angriff Frankreichs unterbrochen worden sei. Es ist die Stimmung, der Ferdinand Freiligrath damals Ausdruck gab in seinen Versen an Germania:

„Du dachtest nicht an Kampf und Streit:
In Fried und Freud und Ruh
Auf Deinen Feldern weit und breit
Die Ernte schnittest Du.

Bei Sichelklang und Ährenkranz
Die Garben fuhrst Du ein:
Da plötzlich! horch! ein anderer Tanz!
Das Kriegshorn überm Rhein."

Schon während der Friedenszeit standen sich aber in Wahrheit Frankreich und der Norddeutsche Bund mit tiefstem Mißtrauen wie einander lauernd beobachtende Feinde gegenüber. Napoleon fühlte sich von Bismarck um die Früchte seiner ganzen bisherigen Politik betrogen, namentlich seit auch sein Versuch, wenigstens Luxemburg zu erhalten, an dem Widerspruch Preußens gescheitert war. Er hatte es 1867 aus verschiedenen Gründen nicht zum Kriege kommen lassen. Er wollte nicht vor ganz Europa als Angreifer erscheinen. Die große Weltausstellung in Paris stand damals bevor, in der viele Millionen französischen Kapitals investiert waren und die ihm Gelegenheit geben sollte, als Repräsentant der ersten Kulturnation der Welt eine glänzende Rolle zu

spielen. Endlich war sein Heer keineswegs so leistungsfähig, daß der Kampf gegen das siegreiche und kriegsgeübte Preußen auch nur mit einiger Wahrscheinlichkeit Aussicht auf Erfolg geboten hätte. Sobald die Weltausstellung vorüber war, ging der Kaiser daran, den Mängeln des französischen Heerwesens abzuhelfen, damit bei neuen Verwicklungen wenigstens diese Rücksicht fortfalle. Unter der Leitung des Marschalls Niel wurde die Armee wesentlich verstärkt, neu organisiert und vor allen Dingen neu bewaffnet; in dem Chassepotgewehr und der Mitrailleuse erhielt sie Kriegsmittel, die an technischer Vollkommenheit und Leistungsfähigkeit diejenigen aller Nachbarstaaten erheblich übertrafen.

Aber nicht nur diese fieberhafte Tätigkeit zur Verbesserung des eigenen Heeres gibt Zeugnis davon, daß Napoleon wenigstens mit der starken Wahrscheinlichkeit eines neuen Krieges rechnete, sondern ebensosehr sein fortwährendes Streben, sich durch Bündnisse mit anderen Staaten für den Fall eines Zusammenstoßes mit Preußen die Überlegenheit zu sichern. In der Tat mußte die allgemeine europäische Lage für das Gelingen oder Mißlingen seiner Pläne von höchster Bedeutung sein.

Die englische Politik hatte in den letzten Jahren noch mehr als früher jede engere Fühlung mit den festländischen Verhältnissen verloren. Die liberale Regierung, die nach einem kurzen konservativen Zwischenregiment 1867 ans Ruder gekommen war, mußte ihre wesentliche Tätigkeit den inneren Fragen des englischen Lebens zuwenden. Sie mußte darauf bedacht sein, auch unter der Herrschaft des neuen Wahlrechts ihre Stellung zu behaupten; die Probleme der Sozialpolitik und die irische Frage traten immer dringender an sie heran. Außerdem nahmen die Angelegenheiten des großen britischen Kolonialreiches ihre Aufmerksamkeit in Anspruch. Der Sieg der amerikanischen Nordstaaten über den Süden innerhalb der Union und die dadurch herbeigeführte Machtsteigerung der Vereinigten Staaten mußte England mit Besorgnissen für die Zukunft seiner eigenen amerikanischen Besitzungen erfüllen und gab den Anlaß zu einer Neuregelung der Beziehungen Canadas zum Mutterlande. Endlich mußte das unablässige Vordringen Rußlands in Asien zu der ernsten Erwägung zwingen, ob man die Indien benachbarten mittelasiatischen Gebiete nicht

in die eigene Einflußsphäre hineinziehen solle, damit sie nicht unter Rußlands Oberhoheit gerieten.

Inmitten aller dieser Interessen und Gefahren hatte England nur den einen Wunsch, daß der Friede auf dem europäischen Kontinent erhalten bleiben möge. Man sah es nach den Vorgängen von 1866 als ganz natürlich an, daß Süddeutschland sich über kurz oder lang an den Norddbund anschließen werde und fand, daß England dagegen nichts einzuwenden habe. Wollte Napoleon, um dies zu verhindern, gegen Deutschland Krieg führen, so hatte er weder auf die Sympathie noch gar auf irgendwelche Unterstützung Englands zu rechnen.

Die Blicke des französischen Kaisers waren denn auch vorwiegend auf die übrigen festländischen Mächte gerichtet. Von ihnen war Rußland nach wie vor durch die persönlichen Beziehungen der Herrscher eng mit Preußen verbunden. Im Frühjahr 1868 ist es sogar zu einer freilich nicht schriftlich festgelegten, aber doch von beiden Seiten als bindend betrachteten Abmachung zwischen ihnen gekommen, wonach der Zar bei einem französischen Angriff auf Deutschland die Österreicher durch Aufstellung eines Heeres an ihrer Grenze vom Eingreifen abhalten, Preußen aber bei aktivem Vorgehen Österreichs auf der Balkanhalbinsel und einem daraus entstehenden Konflikt Rußland den Rücken decken sollte. Es ist daher begreiflich, daß Napoleons Versuche, Rußland näher an sich heranzuziehen, keinen Erfolg hatten. So blieben nur Italien und Österreich als Bundesgenossen für einen etwaigen Kampf gegen Deutschland übrig. Der Kaiser wußte, daß man in Italien mit den 1866 erzielten Erfolgen nicht zufrieden war und es Preußen nicht vergessen konnte, daß es damals seine Mitwirkung zur Erwerbung von Südtirol verweigert hatte. Ebenso durfte er bei Österreich eine entgegenkommende Haltung voraussetzen. Hatte doch Kaiser Franz Josef durch die Berufung des bisherigen sächsischen Ministers, Grafen Beust, an die Spitze seiner auswärtigen Politik deutlich gezeigt, daß er sich noch keineswegs mit den Ereignissen von 1866 abgefunden habe. Daß Beust, der alte Feind Preußens, keine Politik der Versöhnung gegenüber dem neuen Deutschland treiben, sondern vielmehr jede

Gelegenheit ergreifen werde, um Österreich seine alte Stellung in Deutschland wieder zu verschaffen, verstand sich von selbst.

Allerdings wirkten in dem Kaiserstaate die inneren Schwierigkeiten hemmend auf die auswärtige Politik. Nach langen Verhandlungen kam im Jahre 1867 der Ausgleich mit Ungarn zustande, der die Grundlage der Verfassung Österreich-Ungarns bis zum Untergang des Donaustaates gebildet und die beiden Staatshälften in den Fragen der inneren Politik und Verwaltung fast vollständig selbständig gemacht hat, während die auswärtige Politik und das Kriegswesen gemeinsam geblieben sind. Dadurch waren zwar die Ungarn zum größten Teil zufriedengestellt; aber die Finanznot blieb auch jetzt außerordentlich drückend und ein teilweiser Staatsbankerott war unvermeidlich. Vor allen Dingen aber erlangten durch diese neue Regelung der Verfassung die Ungarn auch einen weitgehenden Einfluß auf die auswärtige Politik des Reiches. Sie besaßen in dem Grafen Julius Andrassy einen begabten und energischen Führer, der durchaus nicht gewillt war, sich den von Beust vertretenen Gesichtspunkten ohne weiteres unterzuordnen.

Es konnte ja keinem Zweifel unterliegen, daß Österreich durch sein Ausscheiden aus Deutschland und durch den größeren Einfluß, der jetzt naturgemäß den slawischen und magyarischen Elementen zufiel, tatsächlich seinen Schwerpunkt um ein gutes Stück nach dem Osten hin verlegt hatte. Was Bismarck schon im Jahre 1862 freiwillig zu tun geraten hatte, war nun durch den Ausfall des Krieges erzwungen worden. Andrassy und seine Gesinnungsgenossen wollten, daß man diese neue Lage der Dinge ehrlich anerkenne, ein gutes Verhältnis mit Preußen erstrebe und dadurch an dem neuen Deutschland einen Rückhalt bei der Verteidigung der orientalischen Interessen der Monarchie gewinne. Als den eigentlichen Gegner sahen sie Rußland an und hielten es für unvermeidlich, daß man auf der Balkanhalbinsel mit diesem gefährlichen Nachbar über kurz oder lang zusammenstoßen müsse. Nur, wenn Preußen in ein enges Bündnis mit Rußland träte, wollten sie, um ein Gegengewicht gegen diese bedrohliche Kombination zu haben, nähere Beziehungen zu Frankreich anknüpfen; falls aber ein Krieg zwischen Frankreich und Preußen

ausbreche, wollten sie ehrlich neutral bleiben, falls nicht Rußland eingriff. Beust hingegen lebte ganz in den Gesichtspunkten der alten, wesentlich nach dem Westen, nach Deutschland hin, orientierten österreichischen Politik. Die Wichtigkeit der orientalischen Interessen erkannte er wohl theoretisch an, suchte aber praktisch zu verhindern, daß sie ausschlaggebend für die Gesamtpolitik würden. Auch die von Rußland drohenden Gefahren konnte er nicht ableugnen, glaubte aber eine ausreichende Deckung dagegen bei Frankreich finden zu können; das gute Einvernehmen mit Napoleon sollte gleichzeitig die Sicherheit gewähren, daß Österreich im Falle eines deutsch-französischen Krieges und eines dringend erhofften Sieges der Franzosen nicht leer ausgehe. Graf Beust wurde aufs lebhafteste unterstützt von der Militärpartei, an deren Spitze Erzherzog Albrecht stand, und der es hauptsächlich um Rache für die gegen Preußen erlittene Niederlage zu tun war. Der Kaiser selbst neigte im Herzen wohl ebenfalls dieser Richtung zu, wollte aber, nachdem er in zwei großen Kriegen unterlegen war, einen dritten Kampf nur dann wagen, wenn sichere Aussicht auf den Sieg vorhanden sei. Auch konnte er sich dem Gewicht der Gründe Andrassys nicht ganz verschließen. Dadurch erhielt seine ganze Haltung in diesen Jahren etwas Unsicheres und Schwankendes; im großen und ganzen ließ er aber vorläufig den Grafen Beust gewähren.

Den ersten Schritt zur Einleitung einer Verständigung zwischen Frankreich und Österreich bildete ein Besuch des Kaisers Napoleon in Salzburg im August 1867. Man versprach sich hier zunächst, für die Erhaltung des Friedens auf der Basis der bestehenden Verträge einzutreten. Damit war in erster Linie die genaue Innehaltung des Prager Friedens gemeint, natürlich in der Auslegung, die Frankreich und Österreich ihm gaben. Jeder Versuch Preußens, einen einzelnen süddeutschen Staat dem Norden anzugliedern, würde danach als eine Verletzung dieses Friedens betrachtet worden sein. Im Zusammenhang damit standen die Versuche, die süddeutschen Staaten zum möglichst schnellen Abschluß eines besonderen süddeutschen Bundes zu veranlassen, die damals von beiden Kaiserhöfen aus unternommen wurden.

Durch diese Abmachungen gewann Kaiser Napoleon die Hoff-

nung, daß Österreich ihm helfen werde, wenn Preußen versuche, die Mainlinie zu überschreiten. Da dies aber nicht geschah, Bismarck vielmehr immer wieder betonte, daß er keinen Druck auf die freie Entschließung der süddeutschen Staaten auszuüben gedenke und die Wünsche Badens auf Eintritt in den Nordbund immer wieder ablehnte, so mußte es höchst unsicher erscheinen, ob diese Vereinbarungen in absehbarer Zeit praktische Bedeutung gewinnen würden. Sowohl Napoleon wie Beust hatten wohl von Anfang an den Wunsch gehabt, weiter zu gehen und ein auch für andere Fälle wirksames förmliches Bündnis abzuschließen. Der Besuch Kaiser Franz Josephs in Paris gelegentlich der Weltausstellung im Oktober 1867 sollte einer weiteren Annäherung dienen. Allein den entschiedenen Gegenbemühungen Andrassys gelang es auch während der nächsten Monate Österreich-Ungarn von jeder näheren Verbindung mit Frankreich fernzuhalten.

Im Juli 1868 regte Napoleon von neuem ein französisch-österreichisches Bündnis an. Beust ging natürlich bereitwillig darauf ein, nur über den Inhalt, den man ihm geben wollte, konnte man sich nicht recht verständigen. Beust wünschte als ostensibles Ziel die Herbeiführung einer allgemeinen Abrüstung zu proklamieren; lehnte Preußen sie ab, so würde es vor der ganzen Welt als Friedensstörer dastehen. Aber Napoleon trug angesichts der eigenen großen Heeresumbildung, in der Frankreich begriffen war, Bedenken, darauf einzugehen. Auch Beusts weiterer Vorschlag, das Bündnis zunächst im Orient gegen Rußland, den heimlichen Verbündeten Preußens, wirksam werden zu lassen, leuchtete ihm nicht ein. Nur darüber wurden sie zunächst einig, daß die Heranziehung Italiens dringend wünschenswert sei.

Zu Anfang des Jahres 1869 war man soweit gelangt, daß man versuchen konnte, einen förmlichen Bündnisvertrag zu entwerfen. Freilich waren die beiden Teile über dessen Fassung keineswegs einig. Nach Beusts Vorschlag sollte bei einem Kriege zwischen Rußland und Österreich aus Anlaß der Balkanfragen Napoleon ein Observationskorps am Rhein aufstellen, aber mit aller Macht in den Krieg eintreten, sobald Preußen auf Rußlands Seite eingreife. Andererseits sollte bei einem französisch-preußischen Kriege Österreich ein Beobachtungskorps in Böhmen

aufstellen und am Kriege teilnehmen, sobald Rußland die Preußen unterstütze. Italien sollte zum Anschluß herangezogen werden. Vorher sei eine Verständigung zwischen der italienischen Regierung und dem Vatikan herbeizuführen, deren Grundlagen Italien an Napoleon mitzuteilen habe. Die Franzosen wünschten aber, Österreich zu einer aktiven Mitwirkung in einem Kriege mit Preußen, auch wenn Rußland neutral bleibe, zu verpflichten. Napoleon drang ferner darauf, daß Österreich sich verpflichte, im Fall eines Sieges Trient und Roveredo an Italien zu überlassen. Er hoffte offenbar, die Italiener in der römischen Frage nachgiebiger zu stimmen, wenn er ihnen diese Zukunftsaussicht bieten könne. Das Ziel eines gemeinsamen Krieges sollte eine Grenzregulierung zu Gunsten Frankreichs und die Durchführung des „föderativen Systems" in Deutschland mit Unterdrückung „der ehrgeizigen Absichten Preußens" sein. Beust wollte die Abtretung des Trentino nur in einem geheimen Nebenabkommen zugestehen, daß bei einer etwaigen parlamentarischen Verhandlung über das Bündnis nicht mitgeteilt zu werden brauchte. Außerdem drang er auf einen Wortlaut, der keinerlei offensive Absichten durchblicken lasse, und wollte unter keinen Umständen darauf verzichten, beim Ausbruch eines deutsch-französischen Krieges zunächst neutral bleiben zu dürfen. Wahrscheinlich wollte er die Möglichkeit behalten, abzuwarten, auf wessen Seite der Sieg sich neigen werde. Dies merkte man natürlich in Paris und wurde daher immer wieder von Mißtrauen gegen die Wiener Politik erfaßt.

Infolge dieser Schwierigkeiten unterblieb damals die Unterzeichnung des Vertrages. Wenn Beust sich dahin äußerte, daß er trotzdem den Kaiser Napoleon als „moralisch gebunden" und Österreich bereits als Bundesgenossen Frankreichs betrachte, so war dies eine recht leichtfertige Beurteilung der Lage.

Aber noch viel bedenklicher war es, daß Italien an seine Zustimmung zu einem förmlichen Vertrage noch eine weitere Bedingung knüpfte. Wie wir wissen, hatte Napoleon aus Rücksicht auf die französischen Klerikalen das weltliche Gebiet des Papstes unter seinen besonderen Schutz genommen, während die Italiener nach wie vor Rom als die natürliche Hauptstadt ihres

Landes betrachteten und es dem nationalen Staate sobald als möglich einzufügen strebten. Als Napoleon 1864 in die Abberufung der im Kirchenstaat stationierten französischen Truppen nach Ablauf von zwei Jahren gewilligt hatte, war von italienischer Seite die Zusicherung gegeben worden, daß man die Unabhängigkeit des päpstlichen Gebietes nicht nur selbst respektieren, sondern auch gegen andere verteidigen werde. Solange es die Erwerbung Venetiens galt, hatte sich die nationale Bewegung in Italien von Rom ablenken lassen. Sobald dies Ziel erreicht war, wandte sich die Agitation Garibaldis und seiner Freunde von neuem mit ungestümem Eifer der Eroberung von Rom zu. Von der italienischen Regierung offiziell bekämpft, aber praktisch kaum gehindert, organisierte Garibaldi im Herbst 1867 einen großen Freischarenzug gegen Rom, der, da er im Einverständnis mit dem italienisch gesinnten Teil der Einwohnerschaft erfolgte, große Aussicht auf Erfolg versprach. Napoleon verlangte, daß die italienische Regierung ihrer Verpflichtung gemäß Rom beschütze und drohte, daß er sonst selbst eingreifen und das päpstliche Gebiet wieder mit französischen Truppen besetzen werde. In Florenz kam es infolge dieser Forderung zu einer Ministerkrise; da es aber zweifelhaft erschien, ob ein Kabinett zustande kommen werde, das gewillt sei, die Forderung Napoleons zu erfüllen, so entschloß sich der Kaiser, ein französisches Expeditionskorps von Toulon aus zu Schiff in den Kirchenstaat bringen zu lassen. Von den französischen Truppen wurde Rom besetzt, und unter ihrer wirksamen Mithilfe sprengten die päpstlichen Soldaten das bereits auf dem Rückzug befindliche Freischarenheer Garibaldis bei Mentana auseinander (4. November 1867). Die schnell in Marsch gesetzten italienischen Truppen kamen zu spät; die Aufgabe, die sie hatten lösen sollen, war bereits von den Franzosen erfüllt. Da Napoleon aus diesen Vorgängen mit voller Deutlichkeit ersehen hatte, daß auf einen wirksamen Schutz der päpstlichen Unabhängigkeit von seiten Italiens nicht zu rechnen sei, so ließ er eine französische Division auch für die Folgezeit auf dem Boden des päpstlichen Gebietes Quartier nehmen. Eine Zeit lang verfolgte er auch den Gedanken einer Garantie des päpstlichen Besitzes durch alle Großmächte.

Die Italiener waren über die Anwesenheit französischer Truppen in der von ihnen so heiß begehrten Hauptstadt äußerst empört, und man begreift es daher, daß sie als Bedingung für jenen von Napoleon gewünschten Vertrag die Entfernung der Franzosen aus dem päpstlichen Gebiet und die ausdrückliche Erklärung des Kaisers verlangten, daß er, was auch geschehen möge, in die italienischen Verhältnisse nicht wieder durch Entsendung von Truppen eingreifen werde. Von Österreich verlangten sie außer dem Trentino noch eine Berichtigung der Grenze am Isonzo zu ihren Gunsten. Auch wünschten sie die Einfügung eines Artikels, der das Versprechen enthalte, nichts gegen die deutsche Einheit zu unternehmen. Die leitenden Staatsmänner in Florenz glaubten als Vorkämpfer des Nationalitätsprinzips für Italien diesem in Deutschland nicht offen entgegentreten zu können.

Da Napoleon auf die Räumung Roms aus Rücksicht auf die französischen Klerikalen durchaus nicht eingehen wollte und an der Klausel über die deutsche Einheit naturgemäß Anstoß nahm, so mußte auch der Abschluß eines Vertrags mit Italien vorläufig unterbleiben. Denn, wenn die Italiener auch schließlich auf ihre übrigen Forderungen verzichteten, an dem Verschwinden der Franzosen aus Rom hielten sie unbedingt fest. Da sich so die Schwierigkeiten häuften, verfiel man auf die Auskunft, gar keinen förmlichen Vertrag zu schließen, sondern nur durch den Austausch persönlicher Briefe zwischen den drei Monarchen eine gewisse Gemeinsamkeit der politischen Gesamtrichtung festzulegen. Napoleon machte den Anfang. Am 24. September 1869 schrieb er dem Kaiser Franz Josef: „Wenn das Reich Ew. M. sich durch irgendeinen schwer vorauszusehenden Angriff bedroht finden sollte, würde ich keinen Augenblick zögern, alle Kraft Frankreichs an dessen Seite zu stellen. Ew. M. kann auch sicher sein, daß ich nie eine Unterhandlung mit einer auswärtigen Macht eröffnen werde, ohne mich vorher mit Ihnen zu verständigen." Der österreichische Herrscher antwortete darauf in einem Schreiben, dessen Wortlaut leider bisher nicht bekannt geworden ist. Wir wissen daher nicht, ob er eine ähnliche Verpflichtung für den Fall, daß Napoleon angegriffen werde, übernommen hat; indessen muß dies als sehr wahrscheinlich betrachtet werden.

Man hat wohl beabsichtigt, auch den König von Italien in ähnlicher Weise zu binden. Da aber von Napoleon keine Zusage der Räumung Roms zu haben war, ließ sich Viktor Emanuel zu so bestimmten Verpflichtungen nicht bewegen. Auf ein Schreiben des französischen Kaisers hin erklärte er sich zwar im Prinzip zu einer Tripelallianz mit Frankreich und Österreich bereit, fügte jedoch ausdrücklich hinzu, daß er erst dann darauf eingehen könne, wenn Napoleon die Bestimmungen des Septembervertrages von 1864 ganz erfüllt, d. h. seine Truppen aus dem Kirchenstaat entfernt habe. Der Vertrag war also vorbereitet, aber keineswegs abgeschlossen. Immerhin mochte Napoleon glauben, er könne ihn jeden Augenblick perfekt machen, sobald er den Italienern in Rom freie Hand lasse; Beust ließ es jedenfalls an Versicherungen seines guten Willens nicht fehlen. Allerdings sagte Andrassy dem französischen Botschafter warnend: „Glauben Sie nicht halben Worten und halben Versprechungen; wer immer es auch sei, der sie Ihnen gibt, er lügt Sie an.“ Aber offenbar nahm der Herzog von Gramont das nicht allzu ernst und verließ sich darauf, daß im entscheidenden Augenblick Beust und die Militärpartei den Kaiser mit sich fortreißen würden. In dieser Meinung mußte man sich in Paris dadurch bestärkt fühlen, daß Franz Josef dem Führer der Kriegspartei, Erzherzog Albrecht, im März 1870 nach Paris zu reisen gestattete, wo er längere Zeit verweilte. Er besprach hier mit Napoleon und verschiedenen französischen Generälen ausführlich den gemeinsamen Kriegsplan, den man im Falle eines Kampfes gegen Preußen befolgen wolle. Nach seiner Ansicht sollte Frankreich den Krieg allein eröffnen und Österreich und Italien erst dann mit zusammen 160 000 Mann eingreifen, wenn ihre Mobilmachung vollendet sei, und wenn sich gezeigt habe, welche Haltung Süddeutschland einnehmen werde. Die Franzosen waren damit wenig zufrieden, sondern verlangten, daß die Verbündeten von Anfang an gemeinsam mit Frankreich den Krieg eröffnen sollten.

Napoleon schickte im Juni 1870 den General Lebrun nach Wien, um hier die Verhandlungen fortzusetzen und auf sofortiges Eingreifen Österreichs beim Ausbruch der Feindseligkeiten zu dringen. Ihm gegenüber hat Kaiser Franz Josef mit besonderer Schärfe auf den im Frühjahr von Erzherzog Albrecht gestellten

Bedingungen bestanden; er hat dem General ausdrücklich gesagt, daß er selbst die Aufrechterhaltung des Friedens wünsche und sich nur dann einem etwaigen Vorgehen Frankreichs anschließen werde, wenn ein französisches Heer bereits in Süddeutschland stehe, und wenn von den süddeutschen Staaten selbst Frankreich als Befreier von der preußischen Übermacht begrüßt worden sei. Wenn die Dinge erst so weit gekommen waren, dann ließ sich allerdings mit ziemlicher Sicherheit annehmen, daß das Eingreifen Österreichs die völlige Niederlage Preußens herbeiführen werde.

So hatten also alle diese Verhandlungen zu keinem bestimmten Ergebnis geführt, zumal da Napoleon sich bis zuletzt entschieden weigerte, den Italienern auch nur die Hoffnung auf eine Räumung Roms zu eröffnen. Höchstens dann konnte Napoleon auf Österreichs Mitwirkung rechnen, wenn es ihm gelang, im Anfang des Krieges einige durchschlagende Erfolge zu erringen. Auch bei den süddeutschen Regierungen sind in diesen Jahren zweifellos Sondierungen über ihr etwaiges Verhalten beim Ausbruch eines Krieges versucht worden; und wenn auch die Regierungen in Rücksicht auf das Bündnis mit Preußen jedes Eingehen darauf vermieden, so konnten die französischen Vertreter an diesen Höfen doch berichten, daß fast überall große und einflußreiche Kreise einem Zusammengehen mit Frankreich oder wenigstens einer wohlwollenden Neutralität geneigt seien.

Alle diese Verhandlungen zeigen aufs deutlichste, daß Napoleon mit der Möglichkeit eines nahen Krieges rechnete und seine ganze auswärtige Politik mit Rücksicht darauf leitete. Selbstverständlich blieben alle diese Vorbereitungen nicht geheim. In Berlin beobachtete man mit großer Genauigkeit das Fortschreiten der französischen Heeresorganisation und die Versuche Napoleons, Österreich und Italien nahe an sich heranzuziehen. Namentlich die Sendung des Erzherzogs Albrecht nach Paris wurde hier als ein bedenkliches Symptom aufgefaßt, wenn man auch über seine Aufträge und Erfolge nichts Näheres in Erfahrung zu bringen vermochte. Dazu kam, daß Kaiser Napoleon im Frühjahr 1870 nach langem Schwanken und Experimentieren jene große Verfassungsänderung in Frankreich durchführte und

durch eine Volksabstimmung bestätigen ließ, welche die parlamentarischen Rechte stark erweiterte und das liberale Kaisertum schuf. Er wollte so seinem schwankenden Thron neue Stützen gewinnen. Aber dadurch stieg der Einfluß der in den Kammern vorherrschenden preußenfeindlichen Stimmung auf die Regierung. Die Berufung des Herzogs von Gramont, des bisherigen Botschafters in Wien und alten Freundes Österreichs, zum Minister des Auswärtigen mußte als ein Zugeständnis an die Kammermehrheit aufgefaßt werden. Wer konnte wissen, ob diese Mehrheit und der mit ihr einverstandene Minister den immer kränker und schwächer werdenden Kaiser nicht schon bald weiter treiben würden, als er selbst eigentlich gehen wollte?

Es lag nicht in Bismarcks Art, sich unvorbereitet von den Ereignissen überraschen zu lassen. Er hat sich allerdings über die französischen Bündnisverhandlungen gelegentlich geringschätzig ausgesprochen; und gewiß kannte er die Schwierigkeiten genau, die für Österreich und Italien einer Kriegspolitik im Wege standen. Aber er würde nach außen hin auch dann keine Befürchtungen haben merken lassen, wenn er sie im Stillen gehegt hätte. Was er über Preußens Verhältnis zu Frankreich dachte, hatte er schon in der Zeit des luxemburgischen Handels in einem vertraulichen Briefe ausgesprochen. „Wir müssen, schrieb er damals, den Revolver in der Tasche und den Finger am Abzug unserem verdächtigen Nachbarn genau auf die Finger sehen, und er muß wissen, daß wir ohne alle Schüchternheit schnell und tödlich feuern, sobald er über unsere Grenze spuckt. Aber wenn wir ihm zu viel zureden, Frieden zu halten und uns zuviel entschuldigen über unsere guten Absichten und Bestrebungen, so fürchte ich, machen wir ihn dreist, weil er uns für ängstlicher hält als wir sind." Das war auch jetzt noch seine Meinung; er war nicht im Zweifel darüber, daß es für Preußen hieß, auf seiner Hut zu sein und keine Gelegenheit vorübergehen zu lassen, um die eigene Position für den Fall eines Konfliktes möglichst zu verstärken.

Preußen konnte im Kriegsfall, abgesehen von den süddeutschen Staaten, deren Haltung ja auch keineswegs mit voller Sicherheit vorausgesagt werden konnte, nur auf die moralische Unterstützung Rußlands zählen. Hier erblickte man in Österreich den

gefährlichsten Gegner für die Ausführung der eigenen auf den Balkan gerichteten Pläne. Auch konnte man bei den traditionellen engen Beziehungen zwischen der napoleonischen Dynastie und den Polen einen Sieg Frankreichs über Deutschland nur höchst ungern sehen. Dazu kamen die unvermindert herzlichen persönlichen Beziehungen des Zaren zu König Wilhelm. Alles dies war gewiß ausreichend, um Preußen im Fall eines Kampfes die Sympathien Rußlands zu sichern; aber aktive Hilfe hätte man von dorther wohl nur unter ganz besonderen Umständen erwarten dürfen, wenn etwa die französischen Erfolge einen bedrohlichen Umfang angenommen hätten, oder wenn Österreich aktiv in den Kampf eingetreten wäre. Wenigstens setzte man auch auf österreichischer Seite voraus, daß Rußland dann nicht untätig bleiben würde; und diese Befürchtung trug nicht wenig dazu bei, den friedlichen Bestrebungen bei dem Kaiser Franz Josef die Oberhand hand zu verschaffen.

Daß die europäische Lage sich in der nächsten Zeit von selbst wesentlich verändern würde, ließ sich nicht voraussetzen, und so mußte es Bismarck als eine unumgängliche Pflicht erscheinen, jede Möglichkeit, sie auch nur wenig zu Preußens Gunsten zu verschieben, möglichst auszunutzen. Nur wenn man dies im Auge behält, kann man seine Haltung in der Frage der spanischen Thronkandidatur, die ja schließlich zum Ausbruch des Krieges geführt hat, richtig verstehen.

* * *

Im Jahre 1868 war die Königin Isabella von Spanien nach einer Jahrzehnte langen beispiellosen Mißregierung durch eine Militärrevolution, wie sie in Spanien an der Tagesordnung waren, aus dem Lande vertrieben worden. Es war vorläufig eine Regentschaft eingerichtet worden, an deren Spitze der Marschall Serrano stand, während Marschall Prim die Leitung der auswärtigen Politik übernahm. Über die definitive Gestaltung der Verhältnisse waren die Spanier nicht einig. Seit langer Zeit gab es im Lande eine starke republikanische Partei, die sich auch jetzt eifrig rührte; aber im Parlament und auch wohl in der Bevölkerung hatten doch diejenigen die Mehrheit, welche die Monarchie auf-

recht erhalten wollten. Die größte Schwierigkeit bestand für sie darin, einen geeigneten Herrscher zu finden.

Von solchen Kandidaten, die mit dem vertriebenen Königshause verwandt oder irgendwie bereits in die Parteigegensätze des spanischen Lebens verflochten waren, wollte man nichts wissen. Der Plan einer Vereinigung mit Portugal, den die paniberische Richtung eifrig befürwortete, fand ein unübersteigliches Hindernis an der Abneigung des kleineren Staates, der zu einem Nebenlande des großen zu werden fürchten mußte. Der frühere portugiesische König Ferdinand aus dem Hause Sachsen-Coburg, der zugunsten seines Sohnes Ludwig die Regierung schon vor Jahren niedergelegt hatte, lehnte es entschieden ab, die spanische Krone anzunehmen, obwohl ihm von verschiedenen Seiten lebhaft zugeredet wurde. Am richtigsten schien es daher, einen nicht regierenden Prinzen eines auswärtigen Herrscherhauses zu wählen, der natürlich katholisch sein mußte, um ein so durch und durch katholisches Land, wie Spanien war, regieren zu können. Man dachte an einen Sohn oder Neffen des Königs Victor Emanuel von Italien; aber diese zeigten geringe Neigung, und die feindliche Stellung des Hauses Savoyen zur römischen Kurie war in den Augen vieler Spanier ein Grund, der gegen ihre Wahl sprach.

Unter den vielen anderen Kandidaten wurde in der Presse und in den Unterhaltungen der Diplomaten gelegentlich auch der Name des Prinzen Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen genannt. Er war der älteste Sohn des Fürsten Karl Anton, der in der Zeit der neuen Ära an der Spitze des preußischen Ministeriums gestanden hatte. Er war Katholik und hatte insofern Beziehungen zur pyrenäischen Halbinsel, als er seit 1861 mit der Prinzessin Antonia von Portugal, der Schwester König Ludwigs, vermählt war. Durch seine Mutter, eine Beauharnais, war er mit den Bonapartes entfernt verwandt. Die schwäbische Linie des hohenzollernschen Hauses war ja bereits seit dem Anfang des 13. Jahrhunderts von der fränkisch-preußischen getrennt, so daß die Verwandtschaft mit dem preußischen Königshause eine außerordentlich weitläufige war. Erst als im Jahre 1849 Fürst Karl Anton seine schwäbischen Gebiete an Preußen abgetreten hatte,

waren er und seine Söhne in nähere Beziehungen zu dem Königshause getreten. Sie galten seitdem als preußische Prinzen, dienten im preußischen Heer und nahmen dort hohe Stellungen ein.

Die leitenden Kreise Spaniens standen der Wahl eines deutschen Prinzen anfangs wenig freundlich gegenüber; erst die Vergeblichkeit aller anderen Bemühungen und wohl auch ein Hinweis des alten Königs von Portugal auf seinen Schwiegersohn, scheint sie bewogen zu haben, sich ernsthafter mit ihm zu beschäftigen. Es wird schwerlich ohne Genehmigung des Marschalls Prim geschehen sein, daß einer der bisherigen Vorkämpfer der paniberischen Partei, Don Eusebio Salazar y Mazarredo, im Herbst 1869 nach Deutschland reiste, um mit den Hohenzollern persönlich Fühlung zu nehmen und den Prinzen in vertraulicher Weise über seine Geneigtheit zur Annahme der Krone zu sondieren. Im September wurde Salazar durch den preußischen Gesandten in München, Freiherrn von Werthern, der ihm von früher her persönlich bekannt war, auf dem Schlosse Weinburg in der Nähe des Bodensees der fürstlich Hohenzollernschen Familie vorgestellt. Er brachte hier sein Anliegen vor, stieß aber auf eine ganze Fülle von Bedenken, sowohl beim Fürsten Karl Anton wie beim Prinzen Leopold selbst. Die Bedingungen, die sie stellten, wenn sie seine Anregung überhaupt ernstlich in Erwägung ziehen sollten, waren derart, daß an ihre Erfüllung nicht zu denken war. Namentlich forderten sie Einstimmigkeit der Wahl, auch äußerten sie hier bereits das Bedenken, ob Napoleon einverstanden sein werde, und verlangten, daß der französische Kaiser selbst die Initiative zu einer Empfehlung des Kandidaten ergreifen müsse. Es schien ihnen sonst ausgeschlossen, daß König Wilhelm die erforderliche Genehmigung als Familienoberhaupt erteilen werde. Nachdem Salazar noch einen vergeblichen Versuch gemacht hatte, den gleichfalls anwesenden Fürsten Karl von Rumänien, den Bruder des Prinzen Leopold, zur Annahme der spanischen Krone zu bestimmen, mußte er nach Spanien zurückkehren, ohne ein greifbares Resultat erzielt zu haben.

Aber in Spanien stieg die Verlegenheit, einen geeigneten Thronkandidaten zu finden, immer mehr; alle anderen Persönlichkeiten, die man in Aussicht nahm, lehnten schließlich ab oder

hatten schwerwiegende Bedenken gegen sich; immer wieder kam man auf die Wahl des Prinzen Leopold als das beste Auskunftsmittel zurück. Salazar ließ Ende Oktober 1869 eine Flugschrift erscheinen, worin er seinen Landsleuten zu beweisen suchte, daß jede andere Kandidatur unmöglich und Prinz Leopold der gegebene Mann sei. Im Februar 1870 entschloß sich Marschall Prim die Angelegenheit selbst in die Hand zu nehmen und offiziell zu betreiben. Er wandte sich brieflich mit einer förmlichen Anfrage an den Prinzen Leopold und richtete gleichzeitig auch Briefe an König Wilhelm und Bismarck, worin er sie bat, auf einen für Spanien günstigen Entschluß des Prinzen hinzuwirken. Salazar wurde mit diesen Schreiben nach Deutschland geschickt. Fürst Karl Anton und sein Sohn wurden von widerstrebenden Empfindungen bewegt. Lockte sie auf der einen Seite die glänzende Aussicht auf eine neue Königskrone für das Haus Hohenzollern, so schreckte sie auf der anderen die Unsicherheit der spanischen Zustände und die Möglichkeit internationaler Verwicklungen. Sie entschlossen sich, die Entscheidung ganz in die Hand König Wilhelms zu legen.

Während der König von dem Wiederauftauchen der Frage höchst unangenehm überrascht war und nicht die geringste Neigung zeigte, dem Wunsche des Marschalls zu entsprechen, setzte sich Bismarck mit aller Kraft für die Annahme des spanischen Angebotes ein. Er war bereits im vorhergehenden Herbst durch Werthern von der ersten Sondierung bei den Hohenzollern unterrichtet worden, und es kann schwerlich ohne sein Wissen und seine Zustimmung geschehen sein, daß der Gesandte in ständigem Verkehr mit Salazar blieb, über den Inhalt von dessen Broschüre vor ihrem Erscheinen mit ihm korrespondierte und alles, was er durch ihn aus Spanien erfuhr, sofort an den Fürsten Karl Anton weitergab. Er wird also von Anfang an gewünscht haben, daß aus der Sache etwas werden möge.

Jetzt entwickelte er in einer ausführlichen Denkschrift die Gesichtspunkte, die vom preußischen Standpunkt aus diese Lösung der spanischen Frage als empfehlenswert erscheinen ließen. Zunächst hielt er es für vorteilhaft für die Belebung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Spanien,

wenn in letzterem Lande ein deutscher Prinz regiere, und wies darauf hin, daß die Erwerbung einer neuen Königskrone für die Dynastie Hohenzollern nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen sei; hauptsächlich aber waren es zwei Argumente, die er ins Feld führte. Die Hohenzollern, meinte er, würden eine schwere Verantwortung auf sich laden, wenn sie einem so hoch begabten Volke, das von ihnen Rettung aus seinen inneren Nöten erwarte und ihnen mit Vertrauen entgegenkomme, ihre Hilfe versagten und es in den Strudel der Revolution zurücksinken ließen; es sei das ein Verstoß gegen das monarchische Prinzip, gegen die Pflichten, die jedem Mitgliede des fürstlichen Standes als solchem oblägen. Sodann aber führte er aus, daß es mit Rücksicht auf die Beziehungen Preußens zu Frankreich von Nutzen sein würde, jenseits der Pyrenäen eine befreundete Regierung zu haben. Wenn in Spanien eine Regierung bestehe, wie zur Zeit der Königin Isabella, so werde Frankreich im Falle eines Krieges mit Deutschland nicht nur die Pyrenäengrenzen unbewacht lassen, sondern auch seine in Rom stehenden Truppen zum Kriege heranziehen können, da ein klerikaler spanischer Herrscher jederzeit bereit sein würde, zum Schutze des heiligen Vaters Truppen zur Ablösung der französischen nach Rom zu schicken; bestehe dagegen in Madrid eine mit Preußen befreundete Regierung, so würden die Franzosen in Rom bleiben und außerdem die Pyrenäengrenze sichern müssen. Die Differenz würde sich auf ein bis zwei Armeekorps beziffern; um so viel wäre also im letzteren Falle die Deutschland gegenüber verfügbare französische Armee schwächer. Das würden natürlich auch die Franzosen einsehen, und da die Chancen eines Sieges für sie geringer geworden seien, sich schwerer zu einem Kriege entschließen. Auf diese Art werde also die Annahme der spanischen Krone durch den Prinzen Leopold zur Sicherung des Friedens beitragen.

Aus dieser Denkschrift geht so viel hervor, daß Bismarck dringend wünschte, der Prinz möge auf das spanische Angebot eingehen; es dürfte auch wohl nicht zu bestreiten sein, daß die Rücksicht auf die Beziehungen zu Frankreich für diesen Wunsch das maßgebende Motiv war, und daß er wirklich eine Stärkung der deutschen und eine Schwächung der französischen Position

im Falle eines Krieges erhoffte. Dagegen kann man den am Schluß der Denkschrift ausgesprochenen Gedanken, daß der Friede so am besten gesichert werden würde, kaum als ernst gemeint betrachten. Diese Wendung war auf den König berechnet, dessen Friedensliebe Bismarck ja zur Genüge bekannt war. Denn gerade wenn Bismarck der Überzeugung war, daß die Thronbesteigung eines Hohenzollern in Spanien eine Schwächung der französischen Stellung gegenüber Deutschland bedeute, mußte er sich sagen, daß man in Frankreich alles tun werde, um diese Lösung zu verhindern. In diesem Sinne hatte sich der französische Gesandte in Madrid mehrfach geäußert, und auch Fürst Karl Anton hatte von dieser Seite her sofort Widerspruch gefürchtet. Auch hatte bereits bei dem ersten Auftauchen des Gedankens in der Presse Napoleon durch Benedetti in nicht mißzuverstehender Weise in Berlin erklären lassen, daß eine ernstliche Aufstellung dieser Kandidatur auf den Widerspruch Frankreichs zu rechnen haben werde.

Die Denkschrift hat den König zwar nicht umgestimmt, ihn aber doch überzeugt, daß die Sache wichtig genug sei, um sie ausführlich mündlich zu erörtern. Er berief den Fürsten Karl Anton nach Berlin, wo Prinz Leopold schon vorher eingetroffen war. Als Vater und Sohn in den ersten Unterredungen mit dem König und Bismarck auf ihrem bisherigen ablehnenden Standpunkt beharrten, setzte es der letztere durch, daß noch andere maßgebende Persönlichkeiten zugezogen wurden, Moltke, Roon, der Präsident des Bundeskanzleramtes Delbrück, der Wiener Gesandte von Schweinitz und der Staatssekretär des Auswärtigen von Thile. Kronprinz Friedrich Wilhelm war bereits seit dem Beginn der Besprechungen an diesen beteiligt worden. Die Beratung fand in der Form statt, daß Fürst Karl Anton die genannten Herren zu einem Diner einlud, und daß darauf in zwangloser Form über die Frage verhandelt wurde (15. März); Bismarck ist also nur formell im Recht, wenn er in seinen Gedanken und Erinnerungen versichert, daß ein förmlicher Ministerrat wegen dieser Angelegenheit nicht stattgefunden habe. Hier entwickelte nun Bismarck von neuem seine uns aus der Denkschrift bereits bekannten Gedanken. Während aber die neu hinzugezogenen Räte der Krone sämtlich

den von Bismarck dargelegten Gesichtspunkten zustimmten, beharrte der König bei seiner Abneigung und erklärte schließlich, er müsse es dem Prinzen völlig selbst überlassen, wie er sich entscheiden wolle. Der Kronprinz fand zwar, daß die Bedenken groß seien, meinte aber schließlich doch, daß es Familienpflicht sei, dem Rufe zu folgen. Fürst Karl Anton hingegen, bei dem von Anfang an eine gewisse Neigung für die Annahme der Krone bemerkbar gewesen war, fand die politischen Gründe Bismarcks außerordentlich schwerwiegend. Bedenken machte ihm nur der Umstand, daß auch sein ältester Sohn Deutschland verlassen sollte, so daß die Familie hier nur durch seinen jüngsten, noch unverheirateten Sohn Friedrich vertreten geblieben wäre. Prinz Leopold jedoch erklärte, daß er die Krone nur annehmen werde, wenn der König es ausdrücklich befehle. Da König Wilhelm dies ablehnte, so sprach der Erbprinz eine entschiedene Weigerung aus. Fürst Karl Anton machte darauf in den nächsten Wochen, im Einverständnis mit Bismarck und mit Wissen des Königs, den Versuch, seinen jüngeren Sohn Friedrich zur Annahme der Krone zu bestimmen. Er sprach bestimmt die Meinung aus, daß dieser Prinz, bei dem dynastische Bedenken nicht geltend gemacht werden könnten, unter allen Umständen mit Rücksicht auf das deutschnationale Interesse annehmen müsse. Aber auch Friedrich erklärte, daß er nur dann annehmen werde, wenn der König es ihm ausdrücklich befehle; da König Wilhelm sich hierzu nicht verstehen wollte, so lehnte nach etwa fünfwöchentlichen Verhandlungen auch Prinz Friedrich endgültig ab.

So schien alles gescheitert. Sollte doch noch etwas zustandegebracht werden, so mußte man versuchen, die Bedenken zu zerstreuen, welche Prinz Leopold als die hauptsächlichsten Gründe seiner Ablehnung angegeben hatte. Hierbei standen in erster Linie das Mißtrauen gegen die spanische Armee, die unzuverlässig und völlig von politischen Parteiungen durchsetzt sei, und überhaupt der Zweifel, ob es möglich sein werde, in einem so aufgewühlten Lande wie Spanien mit den zur Verfügung stehenden Mitteln eine dauernde monarchische Staatsordnung zu begründen. Offenbar ließen sich diese Bedenken nur dann beseitigen, wenn man über die spanischen Zustände genauere Berichte durch sachkundige

Männer einziehen ließ. In der Tat wurde einer der Mitarbeiter Bismarcks, Lothar Bucher, und ein Offizier des Generalstabes, Major von Versen, im April mit Genehmigung des Königs nach Spanien entsandt, um die dortigen Verhältnisse, sowohl die militärischen, wie die zivilen, an Ort und Stelle zu studieren und darüber zu berichten. Man wird wohl annehmen müssen, daß Fürst Karl Anton dies gewünscht hat, aber ebenso, daß Bismarck es war, der den Fürsten nach wie vor bei der Sache festhielt. Auch hatte Bucher einen Brief Bismarcks an den Marschall Prim zu überreichen, in welchem dieser aufgefordert wurde, die Kandidatur nicht ganz fallen zu lassen, da wohl ein Augenblick kommen könne, wo ihre Wiederaufnahme mehr Aussicht auf Erfolg biete. Prim befolgte den ihm erteilten Rat und schrieb dem Prinzen Leopold, daß er dessen Absage nicht als eine endgültige Entscheidung betrachte.

Anfang Mai kehrten die beiden Abgesandten aus Spanien zurück. Beide waren sehr zufrieden mit der Aufnahme, die sie dort gefunden hatten und entwarfen ein viel günstigeres Bild von der Lage des Landes und des Heeres, als man es sich bisher gemacht hatte. König Wilhelm freilich blieb auch jetzt skeptisch und meinte, der freundliche Empfang habe die Herren wohl etwas beeinflußt und dazu beigetragen, daß sie alles in rosigem Lichte erblickten; aber sowohl der Kronprinz wie Fürst Karl Anton wurden infolge dieser Berichte in der Meinung weiter bestärkt, daß Bismarck doch recht gehabt habe. Auch Prinz Leopold wurde nun bedenklich, ob er nicht moralisch verpflichtet sei, dem Rufe des spanischen Volkes zu folgen. Bismarck drängte den Fürsten jetzt von neuem, daß er seinen Sohn zur Änderung seines früheren Entschlusses bestimme. Karl Anton benachrichtigte ihn darauf, daß sein Sohn jetzt anzunehmen bereit sei, wenn ein neues Angebot erfolge; jedoch hielt er es für besser, mit der Wahl bis zum Herbst zu warten, damit man vorher über alle notwendigen Einzelheiten, auch über die Höhe der Zivilliste, Klarheit gewinnen und abwarten könne, ob die ganze Lage der Dinge in Spanien dauernd so günstig bleibe, wie sie jetzt sei. Prim wurde durch Bismarck selbst von der Sinnesänderung der Hohenzollern unterrichtet und erbat eine nochmalige Sendung Buchers nach

Spanien, um mit ihm das weitere Vorgehen zu vereinbaren. Bismarck schickte Bucher sofort nach Madrid und ließ durch ihn dringend bitten, nur noch direkt mit dem Erbprinz zu verhandeln und bei allen späteren Veröffentlichungen seine Mitwirkung nicht zu erwähnen; man müsse die Möglichkeit behalten, den Franzosen zu sagen, daß es sich nur um Verhandlungen zwischen der spanischen Regierung und einem deutschen Privatmann handle.

Prim hielt es für wünschenswert, nicht bloß brieflich, sondern auch durch einen Gesandten auf den Prinzen einzuwirken und ließ wiederum Salazar den zurückkehrenden Bucher nach Deutschland begleiten. Er war gegen die Vertagung der Entscheidung bis zum Herbst; sei die Wahl aber erst vollzogen, so könne immerhin die Übernahme der Regierung um einige Monate verschoben werden. In Sigmaringen, wo sie den Prinzen antrafen, erklärte dieser sich am 19. Juni endgültig bereit, die Krone anzunehmen, wenn sie ihm angeboten würde. Er unterließ aber nicht, auch jetzt zu betonen, daß dieser Entschluß für ihn ein Opfer sei, das er der Verherrlichung des deutschen Namens und den vaterländischen Interessen bringe.

So blieb jetzt nur noch die offizielle Genehmigung des Königs Wilhelm, als des Familienoberhauptes, einzuholen. Der König war zwar erstaunt, daß der Erbprinz seine Gesinnung so stark geändert habe, handelte aber ganz seinem immer wieder ausgesprochenen Grundsatze gemäß, indem er jetzt so wenig verbot wie er früher hatte befehlen wollen, und nachdem der Prinz jetzt einen freien und endgültigen Entschluß gefaßt habe, wenngleich schweren Herzens, seine Genehmigung erteilte. Unmittelbar nach Empfang der königlichen Zustimmung sandte Leopold seine offizielle Zusage an Prim ab; sie war an die Bedingung geknüpft, daß bei der Wahl eine ansehnliche Mehrheit für ihn erzielt werde.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Annahme der Kandidatur durch den Prinzen Leopold lediglich auf Bismarcks immer wieder erneutes Drängen zurückzuführen ist, und daß der Prinz sich aus eigener Initiative kaum dazu entschlossen haben würde. Bismarck hat damals selbst geschrieben: „Ich habe die Sache dahin, wo sie jetzt angelangt ist, nicht ohne erhebliche Schwierigkeiten gebracht.“ Auch hat er seit dem Frühling eine ununter-

brochene geheime Korrespondenz in verabredeter Sprache mit Salazar geführt.

Was mag ihn dazu bewogen haben, so zu handeln? Sicherlich war das Familieninteresse der Hohenzollern für ihn nicht maßgebend, sondern allein das Interesse des eigenen Staates; hat er doch zu Versen gesagt, der Erbprinz werde in Spanien auf einem preußischen Linienschiffe sitzen. Wollte er also vielleicht den Bruch mit Frankreich auf diese Art herbeiführen, Napoleon reizen, ihm eine Falle stellen, wie Lothar Bucher später gelegentlich im Gespräch behauptet hat? Dafür fehlt bisher jeder Beweis. Zweifellos aber wollte er gegenüber den dauernden Bemühungen Napoleons um Bundesgenossen für einen künftigen Krieg die sich hier bietende Gelegenheit nicht unbenutzt vorübergehen lassen, auch die internationale Stellung Preußens für den Fall eines solchen Kampfes zu stärken. Natürlich mußte er damit rechnen, daß man diese Absicht in Frankreich erkennen und sich dagegen zur Wehr setzen werde. Es ließ sich vermuten, daß die französische Gegenwirkung zunächst bei der spanischen Regierung einsetzen werde, daß in Madrid der ganze französische Einfluß aufgeboten werden würde, um die offizielle Aufstellung der Kandidatur Leopolds zu verhindern. War diese aber einmal von der Regierung proklamiert, so waren die Gegenbemühungen nicht mehr sehr zu fürchten, da im spanischen Volke eine starke antifranzösische Stimmung vorhanden war, die durch derartige Einmischungsversuche sicherlich nur verstärkt worden wäre. Kaiser Napoleon hätte dann nur die Möglichkeit gehabt, entweder die Wahl schweigend geschehen zu lassen und die darin liegende neue Demütigung einzustecken, oder durch ein offenes Hervortreten mit seinem Widerspruch das spanische Nationalgefühl gegen sich zu erregen. Richtete er seinen Zorn auch gegen Deutschland und kam es deswegen zum Kriege, so hätte voraussichtlich Spanien auf der Seite Deutschlands stehen müssen. Es würde dann eine ähnliche Rolle haben spielen können, wie 1866 Italien Österreich gegenüber. Große Siege waren von den spanischen Truppen gewiß nicht zu erwarten, wohl aber die Fernhaltung eines Teiles der französischen Streitkräfte vom deutschen Kriegsschauplatz.

Aus solchen Erwägungen heraus mußte es Bismarck darauf

ankommen, die ganze Sache so lange geheim zu halten, bis die spanische Regierung mit dem Erbprinzen völlig einig geworden sei und ihn offiziell als Kandidaten aufgestellt habe. Als während der Beratungen in Berlin im März 1870 Fürst Karl Anton die Frage aufwarf, ob es nicht gut sein werde, sich zunächst der Zustimmung Napoleons zu versichern, sprach Bismarck sich entschieden dagegen aus, da Marschall Prim selbst großen Wert auf die völlige Geheimhaltung der Verhandlungen lege, und da jede Nation das Recht habe, sich ihren König selbst ohne Befragung auswärtiger Mächte zu wählen. Sobald er aber die Gewißheit hatte, daß der Erbprinz annehmen und daß die Sache ohne seine weitere Mitwirkung ins reine kommen werde, lehnte er jede weitere Beteiligung an den Verhandlungen ab und zog sich, wie er sagte, ganz aus der Sache heraus. Wie wir wissen, ermahnte er Prim auch, von seiner früheren Anteilnahme nicht das Geringste zu erwähnen. Auch das geschah ohne Zweifel im Hinblick auf die mögliche Haltung Frankreichs. Bismarck wollte dem Kaiser Napoleon jede Möglichkeit nehmen, die Verantwortlichkeit für die Aufstellung dieser Kandidatur auf Preußen zu schieben. Wollte der Kaiser gute Miene zum bösen Spiele machen, so wurde ihm dies erleichtert, wenn er nicht vor Preußen, sondern vor dem Willen des spanischen Volkes zurückweichen mußte. Wollte er aber einen Kriegsfall aus dieser Angelegenheit machen, so war er vor der ganzen Welt von vornherein ins Unrecht gesetzt, wenn er Preußen keine Teilnahme an den Verhandlungen nachweisen konnte.

Darüber kann Bismarck unmöglich im Unklaren gewesen sein, daß er in dem Augenblick, wo er diese Kandidatur zu unterstützen begann, die Gefahr eines deutsch-französischen Krieges heraufbeschwor. Aber er hielt diesen Krieg über kurz oder lang doch für unvermeidlich und sah, wie sich auch Napoleon unablässig für diesen Kampf vorzubereiten und zu stärken bemüht war. Sollte er einfach abwarten, bis Napoleon sich stark genug fühle, um loszuschlagen? Sollte Preußen deswegen eine wünschenswerte Stärkung seiner eigenen politischen Stellung unterlassen, weil Frankreich sie möglicherweise übel empfinden, und um sie zu verhindern, zu den Waffen greifen könne? Man

wird sagen dürfen, daß Bismarck diese Frage nicht aufgerollt hat, um mit ihrer Hilfe den Krieg zu entzünden, wohl aber auf die Gefahr hin, daß dieser Krieg, den Preußen nicht zu scheuen brauchte, und der auf die Dauer doch nicht zu vermeiden war, schon jetzt zum Ausbruch komme.

* * *

Im letzten Augenblick nahmen aber die Dinge eine ganz andere Wendung, wie Bismarck erwartet hatte. Am 7. Juni hatten die Cortes ein Gesetz angenommen, wonach der Name des Kandidaten acht Tage vor der Wahl bekanntgegeben werden mußte. Der Wunsch der spanischen Regierung ging nun offenbar dahin, die Kandidatur zu proklamieren, sobald sie Leopolds Zustimmung in Händen habe und acht Tage darauf die Wahl vollziehen zu lassen. Da aber die Cortes die übrigen Beratungsgegenstände bereits erledigt hatten, so war dies nur möglich, wenn die Zusage sofort erfolgte. Salazar hatte daher bei seiner Abreise mit dem Präsidenten der Cortes verabredet, daß er den Tag seiner Rückkehr telegraphisch melden werde. Würde der Termin vor dem 1. Juli liegen, so sollte der Präsident die Cortes zusammenhalten und nach dem ursprünglichen Plan verfahren. Verzögere sich aber die Verhandlung so, daß er erst nach dem 1. Juli mit der Antwort des Prinzen zurückkommen könne, so sollten die Cortes bis Ende Oktober vertagt und die Königswahl bis dahin verschoben werden. Da Salazar schnell zum Ziel kam, so konnte er telegraphieren, daß er am 26. Juni wieder in Madrid sein werde. Die Depesche ging chiffriert über die preußische Botschaft in Madrid, wurde aber hier bei der Entzifferung falsch aufgelöst, so daß das Datum 9. Juli hieß. Der Präsident der Cortes glaubte also, es seien noch Schwierigkeiten zu überwinden und vertagte, dem für diesen Fall verabredetem Plan gemäß, die Versammlung bis zum Herbst. Als Salazar voller Freude über das Gelingen seines Werkes in Madrid ankam, erfuhr er, daß die Cortes nicht mehr versammelt seien.

Im Sinne der früheren Verabredungen hätte es nun ohne Zweifel gelegen, unter diesen Umständen die Proklamation des

Kandidaten bis zum Herbst zu verschieben. Die Hohenzollern, die sofort benachrichtigt wurden, setzten es auch als selbstverständlich voraus, daß man so verfahren werde, zumal da sie selbst immer für eine Hinausschiebung der Wahl gewesen waren. Prinz Leopold unternahm, in der Meinung, daß vorläufig nichts Wichtiges in Spanien vorfallen werde, eine Reise in die Alpen und war daher später, als man ihn notwendig brauchte, weder brieflich noch telegraphisch zu erreichen. Bismarck selbst war bereits seit dem 8. Juni auf Urlaub in Varzin; König Wilhelm hatte sich am 20. Juni zur Kur nach Ems begeben, und es schien wirklich, als werde in den nächsten Wochen alles ruhig bleiben.

In Spanien aber hielt man ein anderes Verfahren für geraten. Ausschlaggebend dafür scheint es gewesen zu sein, daß das Geheimnis inzwischen durch vertrauliche Mitteilungen so viel Personen bekannt geworden war, daß man es auch den Vertretern der auswärtigen Mächte gegenüber nicht mehr glaubte hüten zu können. Auch daß Prinz Leopold bei der Annahme der Kandidatur den Wunsch ausgesprochen hatte, Kaiser Napoleon möge nunmehr benachrichtigt werden, hat vielleicht mitbestimmend gewirkt. Prim ließ also am 2. Juli vom Ministerrat die offizielle Proklamierung der Kandidatur Leopolds beschließen; diese Tatsache sollte der Öffentlichkeit bekanntgegeben und die Cortes sollten zu einer außerordentlichen Sitzung behufs Vornahme der Königswahl einberufen werden. Noch an demselben Tage teilte er selbst dem französischen Botschafter offiziell mit, daß der Erbprinz sich zur Annahme der Krone bereit erklärt habe und daß die Regierung den Cortes seine Wahl vorzuschlagen gedenke. Er sprach ihm zugleich die Hoffnung aus, daß Kaiser Napoleon, mit dem der Erbprinz ja entfernt verwandt sei, gegen dessen Wahl nichts einwenden werde und begegnete dem entrüsteten Widerspruch des Botschafters gegen die Wahl eines preußischen Prinzen mit der Bemerkung, daß dieser Prinz nach seiner Wahl zum König eben nicht mehr Preuße, sondern Spanier sein werde und seine Politik ausschließlich nach den spanischen Interessen werde regeln müssen, die ein freundschaftliches Verhältnis zu Frankreich bedingten.

In Frankreich brachte die Nachricht eine ungeheure Erregung

hervor; man sprach von einem zweiten Sadowa. Man hatte das richtige Gefühl, daß man einem Versuche Preußens gegenüberstehe, Frankreich an seiner Südgrenze Schwierigkeiten und Gefahren zu bereiten. Man wußte ganz genau, daß Bucher und Versen in Spanien gewesen waren; französische Geheimpolizisten hatten sie beobachtet; auch von dem Briefe Bismarcks an Prim war die Kunde bereits nach Paris gedrungen, und es ist daher begreiflich, daß sich der Zorn mehr gegen Preußen und seine Politik als gegen die Spanier wandte, denen man eine gegen Frankreich gerichtete Absicht nicht zutraute. So wurde denn schon am 4. Juli von Paris aus eine Anfrage nach Berlin gerichtet, um festzustellen, wieweit sich Preußen zu der Kandidatur des Prinzen Leopold bekenne und für sie einzutreten gewillt sei. Der Staatssekretär von Thile erwiderte darauf, die preußische Regierung stehe der ganzen Sache vollkommen fern und habe keinerlei amtliche Kenntnis von ihr. Das war insofern richtig, als ja König Wilhelm nur in seiner Eigenschaft als Familienoberhaupt des Hohenzollernschen Hauses, nicht aber als preußischer König um seine Zustimmung angegangen worden war. In Paris aber war man damit nicht zufrieden; da man wußte, daß der Annahme des Prinzen Verhandlungen zwischen Bismarck und Prim vorangegangen waren, so sah man darin lediglich einen Versuch, die Wahrheit abzuleugnen, und die Erregung steigerte sich immer mehr. Durch die Straßen von Paris wogten lärmende Volksmassen, die von der Regierung verlangten, daß sie die Ehre Frankreichs wahre; auch der Kammer, die gerade versammelt war, bemächtigte sich dieselbe Stimmung und fand ihren Ausdruck in einer Interpellation, die der Abgeordnete Cochery am 5. Juli einbrachte. Der Minister des Auswärtigen, Herzog von Gramont, erwiderte darauf: „Wir glauben nicht, daß die Achtung vor den Rechten eines Nachbarvolkes uns verpflichtet, zu dulden, daß eine fremde Macht, indem sie einen ihrer Prinzen auf den Thron Karls V. setzt, dadurch das gegenwärtige Gleichgewicht der europäischen Mächte stören und so die Ehre und die Interessen Frankreichs gefährden könne. Wir hoffen, daß diese Eventualität sich nicht verwirklichen wird. Wir rechnen dabei auf die Weisheit des deutschen und auf die Freundschaft des spa-

nischen Volkes. Wenn es anders kommen sollte, so würden wir, stark durch Ihre Unterstützung und durch die der Nation, unsere Pflicht ohne Zaudern und ohne Schwäche zu erfüllen wissen." Es lag in diesen Worten zweifellos eine Drohung gegen Preußen, für den Fall, daß die Kandidatur nicht zurückgezogen werde.

Man hat das Verhalten der französischen Regierung in diesen Tagen oft mit unbilliger Schärfe kritisiert. Gramonts Politik war vollkommen klar und in sich geschlossen und keineswegs ein bloßes Produkt augenblicklicher Erregung und haltloser Nachgiebigkeit gegen die Stimmung in Paris und im Parlament, wenn auch seine unbestreitbare Feindschaft gegen Preußen sie mit beeinflußt haben mag. Er erblickte, gestützt auf jene verdächtigen Anzeichen, in der Aufstellung dieser Kandidatur einen Versuch Preußens, Frankreichs internationale Stellung zu schädigen und in seine Interessensphäre einzugreifen, zu welcher er Spanien rechnen zu dürfen glaubte. Dieser Plan sollte vereitelt werden; das zu versuchen, war ohne Zweifel sein gutes Recht. Daneben kam bei ihm freilich von Anfang an ein zweiter Gesichtspunkt in Betracht: Preußen sollte auch gezwungen werden, zuzugestehen, daß es mit diesem Eingriff in das französische Machtgebiet ein Unrecht getan habe; es sollte den Schritt, den es getan, wieder zurücktun. Man glaubte eben in Frankreich jetzt eine günstige Gelegenheit zu haben, um Bismarck die Demütigungen von 1866 und 1867 heimzuzahlen und ihm eine diplomatische Niederlage zu bereiten. Man wollte auch hier nicht den Krieg um jeden Preis, aber man handelte auch hier auf die Gefahr eines Krieges hin; hatte man doch auch in Paris längst die Empfindung, daß der Kampf bevorstehe und kommen müsse, wie die ganze Bündnispolitik der vorhergehenden Jahre beweist. Verlockend aber war es, gerade diese Frage zum Kriegsgrund zu nehmen, weil es keine deutsche Frage war; man konnte hoffen, die süddeutschen Staaten von Preußen zu trennen, wenn man ihnen sagte, daß es sich nur um das dynastische Interesse der Hohenzollern handle. Daß diese Rechnung keineswegs ganz falsch war, zeigt deutlich genug die Haltung der bayrischen Regierung, die nach Wien die unzweideutige Erklärung sandte, man werde neutral bleiben, wenn es

zum Kriege komme, weil Preußen die Kandidatur des Prinzen Leopold nicht zurückziehen wolle. Da nun in Berlin bei der Abwesenheit des Königs und des leitenden Ministers keine weiteren Schritte möglich erschienen, so entschloß sich Gramont zu der ungewöhnlichen Maßregel, den französischen Botschafter, Grafen Benedetti, nach Ems zu schicken, wo sich der König zur Badekur aufhielt, und hier durch ihn persönlich mit dem Monarchen verhandeln zu lassen. Sein Auftrag ging dahin, den König Wilhelm zu bestimmen, daß er dem Prinzen den Verzicht auf die Kandidatur befehlen, und diesen, wenn er ausgesprochen sei, ausdrücklich billigen möge.

Bismarck hätte es gewiß am liebsten gesehen, wenn der König jede Verhandlung mit Benedetti abgelehnt und ihn einfach an sein Ministerium verwiesen hätte. Hier würde der Botschafter dann nur von neuem dasselbe gehört haben, was ihm schon Thile gesagt hatte, daß nämlich die preußische Regierung mit der ganzen Sache gar nichts zu tun habe und Frankreich sich an den Prinzen direkt oder an die Spanier wenden müsse. Aber König Wilhelm verfuhr anders.

Benedetti wurde am 9. Juli zuerst von ihm empfangen und hatte in den nächsten Tagen im ganzen vier Besprechungen mit ihm. König Wilhelm, der ja die ganze Angelegenheit immer mit Abneigung betrachtet hatte, und dem es niemals ganz recht gewesen war, daß Bismarck sie so eifrig betrieb, fühlte sich durch das Auftauchen einer Kriegsgefahr um dieses Anlasses willen ganz besonders erregt. Konnte es doch scheinen, als solle um der Versorgung eines Mitgliedes der Dynastie Hohenzollern willen Deutschland in einen schweren Krieg verwickelt werden. Er gab Benedetti gegenüber zunächst ohne weiteres zu, daß er als Familienoberhaupt von den Verhandlungen Kenntnis gehabt und die Erklärung des Prinzen gebilligt habe. Das war für den Botschafter sehr wertvoll, weil man in Frankreich über die Beziehungen Preußens zu der Kandidatur nur Vermutungen, aber keinerlei Beweise hatte. Wenn der König hinzufügte, seine Regierung habe mit der Sache nichts zu tun gehabt, so wollte der Botschafter diese Unterscheidung zwischen dem König als Staatsoberhaupt und Familienoberhaupt durchaus nicht gelten lassen.

Außerdem erklärte der König, daß es ihm unmöglich sei, dem Prinzen die Zurücknahme seiner Erklärung zu befehlen, nachdem er einmal seine Zustimmung dazu gegeben habe, daß er sich aber nicht widersetzen werde, wenn der Prinz sich freiwillig zu ihrer Zurücknahme verstehe.

Der Plan des Königs ging dahin, zwar Frankreich gegenüber jede offizielle Einwirkung auf den Entschluß des Prinzen zu verweigern und die dortigen Minister auf direkte Verhandlungen mit Leopold zu verweisen, zugleich aber in aller Stille seinen Einfluß auf die Hohenzollern dahin geltend zu machen, daß der Prinz seinerseits seinen Rücktritt von der Kandidatur erklären möge. Erst brieflich und dann durch die Sendung seines Adjutanten, des Obersten Strantz, nach Sigmaringen suchte er in diesem Sinne auf den Fürsten Karl Anton einzuwirken. Der Fürst, der unter den Mitgliedern seines Hauses der eifrigste Verteidiger des Planes war, machte anfangs Schwierigkeiten, zumal da ja sein Sohn abwesend, und wie schon früher erwähnt, in keiner Weise erreichbar war. Aber auf das Drängen des Königs und eine von Napoleon durch den König der Belgier übermittelte Mahnung hin entschloß er sich, um nicht die Verantwortung für den Ausbruch eines großen Krieges auf sich zu laden, am 12. Juli im Namen seines Sohnes nach Madrid und Paris die telegraphische Erklärung zu senden, daß dieser von seiner Kandidatur hiermit zurücktrete. Dieser Rücktritt ist also tatsächlich von König Wilhelm veranlaßt worden.

Inzwischen hatte der König den auf Antwort dringenden Benedetti mühsam hingehalten. Als er ihn am Morgen des 13. Juli auf der Brunnenpromenade traf, konnte er bereits auf die Extrablätter hinweisen, die den Verzicht des Prinzen meldeten, und hinzufügen, daß man nun wohl in Paris zufrieden sein werde; sogar zu einer ausdrücklichen Billigung des Verzichtes erklärte er sich bereit. Aber Benedetti hatte soeben neue Anweisungen aus Paris erhalten, die es ihm unmöglich machten, sich mit diesem Zugeständnis des Königs zufrieden zu geben.

Als nämlich in Paris das Telegramm des Fürsten Karl Anton einging, sagte sich Gramont, daß durch diesen Verzicht sein eigentlicher Zweck nicht erreicht werde, da eine Beteiligung Preu-

ßens an der Zurücknahme der Kandidatur nicht ersichtlich war. Dazu kam, daß die Form des Verzichtes nicht unbedenklich erschien. Warum verzichtete der Prinz nicht selbst? Warum ließ er den Vater in seinem Namen handeln? War die Reise und angebliche Unerreichbarkeit des Prinzen nicht vielleicht ein bloßer Vorwand? War es nicht denkbar, daß der Prinz trotzdem eines schönen Tages in Spanien erscheinen werde und erklären, sein Vater habe ohne seine Vollmacht gehandelt, er fühle sich durch den Verzicht nicht gebunden und gedenke die Krone trotzdem anzunehmen, wenn er gewählt werde? Aus solchen Erwägungen heraus ist es wenigstens verständlich, daß Gramont Benedetti den Befehl sandte, von König Wilhlem die ausdrückliche Billigung des Verzichtes und das Versprechen zu verlangen, er werde es nicht zulassen, daß der Prinz auf seine Kandidatur wieder zurückkomme. In einem Gespräch mit dem preußischen Botschafter, Freiherrn von Werther, regte er an, daß König Wilhelm eine derartige Erklärung ja auch schriftlich in einem Briefe an Kaiser Napoleon geben könne; die Form erschien ihm gleichgültig, aber an der Forderung selbst, daß der König eine solche Garantie übernehmen müsse, wollte er auf jeden Fall festhalten, und wenn dies abgelehnt werde, den Krieg erklären. Ohne Zweifel wäre es vorsichtiger gewesen, nur die ausdrückliche Zustimmung des Königs zu fordern, die an sich schon eine Garantie darstellte. Indem Gramont jene Verpflichtung für die Zukunft hinzufügte, verließ er die bisher streng innegehaltene Richtung. Ermutigt durch das bisher Erreichte, wollte er offenbar seinen Erfolg möglichst stark ausnutzen, und den Gegner nicht nur diplomatisch schlagen, sondern auch persönlich demütigen.

Als nun Benedetti am 13. Juli in der erwähnten Weise auf der Brunnenpromenade von Ems vom König angesprochen wurde, brachte er, wie es seine Pflicht war, diese Forderung zur Sprache. König Wilhelm war sehr erstaunt und erklärte sich zwar bereit, den Verzicht ausdrücklich zu billigen, aber nicht eine Garantie für die Zukunft zu geben. Benedetti, in dem Bewußtsein, daß von dem Ausgange der Unterredung Krieg oder Frieden abhängen könne, wiederholte in dringender Form sein Begehren noch einmal; der König wies es von neuem zurück, stellte ihm aber in

Aussicht, daß er ihn im Laufe des Tages noch einmal empfangen werde, sobald ihm von Sigmaringen aus eine formelle Bestätigung des Verzichtes zugegangen sei; denn bis jetzt wisse er davon auch nur aus der Zeitung. Selbstverständlich verlief die Unterredung in den höflichsten Formen, und es kann gar keine Rede davon sein, daß eine Beleidigung des Königs durch den Botschafter stattgefunden habe, oder daß der König die Unterredung in schroffer Form abgebrochen habe, wie es die volksmäßige Überlieferung behauptet. Sicherlich würde König Wilhelm dem Botschafter nicht, wie er getan hat, noch eine Abschiedsaudienz bewilligt haben, wenn dieser sich irgendwie gegen die im Verkehr mit einem Monarchen üblichen Formen vergangen hätte.

Was aber tat allen diesen Vorgängen gegenüber Bismarck? Er hielt sich, als das Gewitter heraufzog, noch immer in Varzin auf. Hier las er mit Entrüstung die drohenden Worte, die der Herzog von Gramont in der französischen Kammer bei Beantwortung der Interpellation Cochery gebraucht hatte. Nach seiner eigenen Aussage war er von diesem Augenblick an entschlossen, den Bruch herbeizuführen, weil es ihm unmöglich schien, ohne Krieg eine Demütigung Preußens zu vermeiden. Wenn Preußen vor einer Drohung Frankreichs zurückwich und eine Verzichtleistung des Prinzen herbeiführte, so konnte das nur als ein Zeichen der Schwäche ausgelegt werden. Gerade Frankreich gegenüber aber durfte man nach Bismarcks Überzeugung nicht die geringste Schwäche zeigen, schon um der süddeutschen Staaten willen, die in dem Augenblick, wo sie gesehen hätten, daß Preußen einen Konflikt mit Frankreich fürchte, den Glauben daran hätten verlieren müssen, daß sie in Wahrnehmung ihrer Interessen unbedingt auf den Schutz Preußens rechnen könnten; sicherlich wären diejenigen Elemente im Süden, die noch immer im Anschluß an Frankreich das eigentliche Heil sahen, dadurch ermutigt worden und vielleicht über kurz oder lang ans Ruder gekommen. Die Lösung der deutschen Frage wäre dann schwieriger als je gewesen.

Schon am 8. Juli, also noch bevor Benedetti in Ems erschienen war, richtete Bismarck ein Rundschreiben an die norddeutschen Gesandtschaften, worin er erklärte, daß nach den Drohungen Gra-

monts ein weiteres Verhandeln mit Frankreich über diese Angelegenheit unmöglich sei, und daß man sich gegen einen etwaigen Angriff zu wehren wisse werde.

Als dann Benedetti nach Ems reiste, versuchte Bismarck den König zu bestimmen, daß er ihn überhaupt nicht empfange oder wenigstens nicht mit ihm verhandle. Mit schwerer Sorge vernahm er aus den Berichten des Geheimrats Abeken, der den König begleitete, daß dieser den Botschafter immer wieder empfange und sich in lange Unterredungen mit ihm einlasse; auch von den Schritten, die der König in Sigmaringen tat, wird er erfahren haben. Das alles widersprach durchaus dem, was nach seiner Ansicht hätte geschehen sollen; er äußerte sich scharf und bitter über das Verhalten des Königs und entschloß sich am 12. Juli selbst nach Ems zu reisen, um dem König seinen Standpunkt klarzulegen und wenn er mit seiner Meinung nicht durchdringe, seinen Abschied zu fordern. Als er am 12. Juli abends nach Berlin kam, wo er die Nacht verbringen wollte, fand er hier die Nachricht vor, daß die Hohenzollern in der Tat verzichtet hätten. Er glaubte, daß sich die Franzosen mit diesem Erfolg begnügen würden, daß aber an dem nach seiner Ansicht ungünstigen und Preußens Ansehen schädigenden Ausgang der Sache nichts zu ändern sei, und daß ihm nichts übrig bleiben werde, als tatsächlich zurückzutreten. Er sah es als zwecklos an, jetzt noch die Reise nach Ems fortzusetzen und beauftragte nur den Minister des Innern, Grafen Eulenburg, dem König seine Meinung über die Lage darzulegen. Dieser fuhr in der Nacht nach Ems und kam am Vormittag des 13. Juli, kurz nachdem die Begegnung auf der Brunnenpromenade stattgefunden hatte, dort an.

Wir wissen nicht, wie König Wilhelm den Bericht des Grafen Eulenburg aufgenommen hat; aber es darf wohl als sicher gelten, daß er über die Aussicht, Bismarck in diesem Augenblick zu verlieren, in hohem Grade beunruhigt war, wenn er auch dessen Ansicht, daß die Zurückziehung der Kandidatur zugleich eine Niederlage Preußens bedeute, nach seiner ganzen Auffassung der Lage nicht teilen konnte. Als nun aus Sigmaringen die erwartete offizielle Nachricht von dem erfolgten Verzicht eintraf, da baten Graf Eulenburg und Geheimrat Abeken den König, daß er

wenigstens jetzt den Botschafter nicht nochmals empfange, wie er ihm ja in Aussicht gestellt hatte, sondern ihm die Nachricht auf anderem Wege übermittle. Der König entschloß sich, diesen Bedenken Rechnung zu tragen und ließ dem Botschafter nur durch seinen Generaladjutanten Fürsten Radziwill mitteilen, daß die Nachricht aus Sigmaringen eingegangen sei und daß er den Verzicht billige; als Benedetti dringend noch um eine weitere Audienz bat, wurde ihm diese abgeschlagen, da er erklärte, daß er die Absicht habe, die am Morgen bereits abgelehnte Forderung nochmals zu stellen; er wurde für weitere Verhandlungen ausschließlich an das Ministerium des Auswärtigen gewiesen.

Inzwischen hatte Bismarck infolge der aus Paris eingehenden Nachrichten wieder Hoffnung geschöpft, daß die Sache doch noch eine andere Wendung nehmen könne. Zunächst erhielt er den Bericht des Barons Werther, worin dieser über den Vorschlag Gramonts zu einem Briefe König Wilhelms an Napoleon berichtete; er beantwortete ihn mit dem telegraphischen Befehl an den Botschafter, sofort Urlaub zu nehmen und Paris zu verlassen, und sprach ihm zugleich einen scharfen Tadel dafür aus, daß er den Vorschlag Gramonts überhaupt zum Bericht genommen und dem französischen Minister nicht erwidert habe, wenn er derartige Forderungen stellen wolle, so möge er dies durch den französischen Botschafter in Berlin tun lassen. Sodann empfing er den englischen Botschafter, Lord Loftus, und sagte diesem, daß Preußen sich die drohende Sprache, welche die französischen Minister öffentlich geführt hätten, unmöglich gefallen lassen könne, daß er hierüber Erklärungen in Paris und Garantien dafür verlangen werde, daß man in Zukunft die Formen der internationalen Höflichkeit wahre. Er wußte natürlich genau, daß der Lord diese Äußerungen sofort nach Paris übermitteln werde.

Dann traf aus Ems eine Depesche des Geheimrats Abeken ein, durch die Bismarck über die Vorgänge des Vormittags, über die neue Forderung Benedettis und ihre Zurückweisung durch den König unterrichtet wurde; auch das war darin gesagt, daß der König auf Graf Eulenburgs und Abekens Vortrag beschlossen habe, „den Grafen Benedetti nicht mehr zu empfangen, sondern ihm durch seinen Adjutanten sagen zu lassen, daß S. M.

jetzt vom Fürsten die Bestätigung der Nachricht erhalten, die Benedetti von Paris schon gehabt, und dem Botschafter nichts weiter zu sagen habe." Zum Schlusse hieß es: „S. M. stellt Ew. Exzellenz anheim, ob nicht die neue Forderung Benedettis und ihre Zurückweisung sogleich sowohl unseren Gesandten als der Presse mitgeteilt werden soll."

Bismarck hat häufig erzählt, wie er diese Depesche gerade erhielt, als er mit Moltke und Roon beim Essen saß. Das ziemlich lange Schriftstück wurde dechiffriert und ihm stückweise mitgeteilt. Der Eindruck war ein niederschlagender; man sagte sich, der König habe wieder zuviel Langmut geübt und die französische Forderung lange nicht entschieden genug beantwortet; ja er habe, indem er ausdrücklich seine Genehmigung des Verzichtes aussprach, den Franzosen noch eine neue Waffe in die Hand gegeben. Da setzte sich Bismarck an einen Nebentisch und entwarf auf Grund des Emser Telegramms eine Depesche, die sofort an alle Botschaften verschickt und in der Presse veröffentlicht werden sollte. Sie lautete folgendermaßen: „Nachdem die Nachrichten von der Entsagung des Erbprinzen von Hohenzollern der Kaiserlich französischen Regierung von der Königlich spanischen amtlich mitgeteilt sind, hat der französische Botschafter in Ems an S. M. den König noch die Forderung gestellt, ihn zu autorisieren, daß er nach Paris telegraphiere, daß S. M. der König sich für alle Zukunft verpflichte, niemals wieder seine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur wieder zurückkommen sollten. S. M. der König hat es darauf abgelehnt, den französischen Botschafter nochmals zu empfangen und demselben durch den Adjutanten vom Dienst sagen lassen, daß S. M. dem Botschafter nichts weiter mitzuteilen habe."

Als Bismarck diese Fassung vorlas, rief Moltke aus: Erst war's Chamade, jetzt ist's Fanfare! In der Tat war aus dem Signal zum Rückzuge das zum Angriff geworden. Bismarck hatte dies erreicht, indem er alle Einzelheiten fortließ und nur die nackte Tatsache der gestellten Forderung und ihrer unbedingten Zurückweisung durch den König stehen ließ. Durch die Aufnahme der Schlußworte, die ja auch in dem Telegramm Abekens standen,

dort aber in Verbindung mit dem übrigen nicht so schroff wirkten, wurde außerdem der Eindruck erweckt, als sei durch jene Antwort an den Botschafter der diplomatische Verkehr mit Frankreich überhaupt abgebrochen worden. Es ist oft behauptet worden, Bismarck habe, indem er Abekens Telegramm nicht im vollen Wortlaut, sondern in dieser verkürzten Fassung veröffentlichte, eine Fälschung begangen; davon kann gar keine Rede sein; ihm war nicht die Veröffentlichung dieses Telegramms befohlen worden, das auch seiner Form nach zur vollständigen Bekanntgabe gar nicht geeignet war, sondern ihm war anheimgestellt worden, die Forderung und deren Zurückweisung bekanntzugeben; die Form war ihm vollständig überlassen worden. Daß er bei seiner Auffassung der ganzen Lage den Eindruck der Abweisung nicht durch die Form der Veröffentlichung abzuschwächen, sondern eher zu verstärken geneigt sein mußte, liegt auf der Hand. Die Welt sollte wissen, daß Preußen über eine derartige Forderung unter keinen Umständen weiter verhandeln werde.

In der Tat hat die Versendung dieser Depesche die entscheidende Wendung herbeigeführt. In Paris war man auf Benedettis Berichte über die Vorgänge vom 13. Juli nach langer Beratung zu dem Entschlusse gelangt, sich mit dem Erreichten zu begnügen. Der Kaiser selbst, der die Gefahr des Krieges für das Land und für seine Dynastie vollständig ermaß, war für den Frieden, wenn er sich irgend mit Ehren erhalten lasse, und atmete erleichtert auf, als er auch seine Minister dafür gewonnen hatte. Die vom König ausgesprochene Zustimmung zum Verzicht des Prinzen schien genügend, um den Kammern und dem Lande gegenüber diesen Ausgang als einen Erfolg der französischen Politik und ein Mißlingen des preußischen Versuches, in Spanien Einfluß zu gewinnen, hinzustellen. Damit hoffte man die erregte Stimmung, die sich namentlich in Paris aufs lauteste kundgab, beschwichtigen zu können. Der Ministerrat hatte noch am 14. Juli beschlossen, daß ein europäischer Kongreß berufen werden solle, um Frankreich gegen eine unangenehme Königswahl in Spanien zu sichern und alle schwebenden Fragen zu regeln. Da lief erst der Bericht des Lord Loftus ein, wonach Bismarck über die Worte Gramonts in der Kammer Erklärungen

und Garantien für die Zukunft fordern wollte; und dann kamen von allen französischen Gesandtschaften im Ausland die Berichte, daß Preußen dort die schroffe Zurückweisung der französischen Forderung amtlich habe mitteilen lassen. Die Minister mußten sich sagen, daß es ihnen nun unmöglich sein werde, von einem großen Erfolg ihrer Politik vor der Kammer zu sprechen. Hätte die Öffentlichkeit nicht erfahren, daß Frankreich noch mehr verlangt hatte, als erreicht worden war, so würde das möglich gewesen sein; jetzt ging das nicht mehr an. Sie verlangten eine neue Beratung und setzten es durch, daß jetzt doch die Kriegserklärung beschlossen wurde. Die Kaiserin Eugenie, die ja überhaupt preußenfeindlich gesinnt war, hat ihren Einfluß ebenfalls in diesem Sinne geltend gemacht; eine ausschlaggebende Bedeutung wird man aber ihrem Eingreifen kaum zuschreiben können; die Lage der Minister war tatsächlich eine derartige geworden, daß ihnen kein anderer Ausweg mehr übrig blieb.

Es ist nicht zu bestreiten, daß Bismarcks Eingreifen den Krieg herbeigeführt und Preußen vor einem schweren Mißerfolge bewahrt hat. König Wilhelm hatte die Tragweite der französischen Forderungen und des von ihm gemachten Zugeständnisses nicht vollständig erkannt. Wenn es allein nach ihm gegangen wäre, so hätte der diplomatische Kampf mit einer Niederlage Preußens geendet. Nachdem nun aber die entscheidende Wendung herbeigeführt war, diente gerade die Langmut, die der König in Ems bewiesen hatte, dazu, das Vorgehen Frankreichs vor der Öffentlichkeit im schlechtesten Lichte erscheinen zu lassen; man konnte jetzt sagen, Preußen ist bis an die Grenze des Möglichen in den Zugeständnissen gegangen, und nur Frankreichs ungerechtfertigte und übertriebene letzte Forderung hat es verschuldet, daß es zum Kriege gekommen ist.

Auch das bedarf keines Beweises, daß Frankreich insofern der Angreifer war, als die letzte Ursache des Krieges in dem Zorn der französischen Staatsmänner über die sich anbahnende Einigung Deutschlands und in dem Wunsche, ihre Vollendung zu verhindern, lag. Es kann nicht oft genug betont werden, daß die ganze französische Politik von 1867 bis 1870 von dem Ziele beherrscht war, einen solchen Krieg vorzubereiten und die Lage so

zu gestalten, daß er mit möglichst großer Aussicht auf Erfolg von Frankreich geführt werden könne. Beim Auftauchen der Hohenzollernschen Thronkandidatur in Spanien waren sie alle, auch der angeblich so friedliebende Ollivier darin einig, daß diese Sache mit einem Rückzug und einer Demütigung Preußens oder mit dem Kriege enden müsse. Sie haben dem befreundeten Botschafter Österreichs gar kein Hehl daraus gemacht.

Bismarck hat dies vom ersten Augenblick an mehr noch empfunden als erkannt. Und da nach seiner Überzeugung jeder Ausgang, der als eine Demütigung erscheinen konnte, die Durchführung der nationalen Aufgabe Preußens außerordentlich erschweren mußte, konnte es für ihn keine Wahl geben, wenn nur diese beiden Möglichkeiten offen standen. Er war sofort entschlossen, lieber den Krieg zu wählen, den er, wie wir wissen, nicht fürchtete, wenn er ihn auch nicht leichtsinnig heraufbeschwören wollte. Aber er wußte mit gewohnter Meisterschaft den Dingen eine solche Wendung zu geben, daß auch nach außen hin die Schuld auf diejenigen fiel, deren Begehrlichkeit und Bevormundungssucht die eigentliche Ursache des Krieges war.

Drittes Kapitel

Der Krieg gegen Frankreich

Der Krieg gegen Frankreich war von Anfang an ein Volkskrieg; ganz im Gegensatz zu der Stimmung von 1866 brach die Begeisterung überall stürmisch hervor. Galt es doch mit dem alten Erbfeind abzurechnen, von dem Deutschland jahrhundertelang so viel zu leiden gehabt hatte! War doch der greise Herrscher durch die ungebührlichen Zumutungen Napoleons persönlich beleidigt und herausgefordert worden! König Wilhelms Reise von Ems nach Berlin glich einem Triumphzug. Abeken, der ihn begleitete, berichtet uns, daß die Menschen sich an die Wagen des Zuges hängten, so daß sie fast umstürzten, daß auf den kleinsten Stationen, wo der Zug gar nicht hielt, jubelnde und fahnenschwenkende Menschenmassen standen. Ebenso war es in der Hauptstadt selbst. Aber der König und seine Ratgeber wußten wohl, daß Begeisterung allein keine Schlachten gewinnen und keine Reiche gründen kann. Für sie kam jetzt eine Zeit schwerster Arbeit und größter Verantwortlichkeit.

Als der Beginn des Kampfes entschieden und die Mobilmachung des gesamten preußischen Heeres befohlen war, erhob sich zunächst die Frage, ob die süddeutschen Staaten getreu den Verträgen sich an Preußens Seite stellen und ihre Truppen unter das Kommando König Wilhelms treten lassen würden. In Süddeutschland erklangen manche Stimmen, die eine derartige Verpflichtung bestritten; von neuem tauchte die Forderung auf, daß zunächst der casus foederis geprüft werden müsse; es sei doch recht zweifelhaft, ob auf die gegenwärtige Lage die Bestimmungen der Schutz- und Trutzbündnisse von 1866 überhaupt anwendbar seien, ob der Krieg nicht von Preußen selbst provo-

ziert und also ein Angriffskrieg sei. In Württemberg, Baden und Hessen entschlossen sich die Regierungen trotzdem zur sofortigen Anerkennung des Bündnisfalls und die Kammern bewilligten fast einstimmig die Kriegskredite; nur in Bayern erschien es einen Augenblick zweifelhaft, ob nicht die klerikale Landtagsmehrheit mit ihrem Wunsche einer bewaffneten Neutralität durchdringen werde. Aber das Ministerium erkannte auch hier sofort, welche ungeheuren Gefahren für Bayern mit einer solchen Haltung verbunden sein würden. Wenn die Deutschen in dem bevorstehenden Kampfe siegten, wie man doch im nationalen Interesse auch hier wünschen mußte, so würden die Sieger dem vertragsbrüchigen Genossen gegenüber schwerlich Rücksicht geübt haben. Das Ministerium beschloß daher, dem König die sofortige Mobilmachung der bayrischen Armee zu empfehlen; der Kriegsminister und der Ministerpräsident überbrachten diesen Beschluß dem König Ludwig, der ohne Zögern den entsprechenden Befehl erließ. Gleichzeitig wurde nach Berlin mitgeteilt, daß man den Verträgen gemäß bereit sei, seine Truppen unter das Kommando Preußens zu stellen.

In Berlin wurden diese Entschließungen der süddeutschen Staaten mit großer Genugtuung begrüßt; zum Führer der süddeutschen Kontingente wurde Kronprinz Friedrich Wilhelm bestimmt, der sich alsbald nach München und von hier aus nach Stuttgart und Karlsruhe begab, um den Oberbefehl aus den Händen der dortigen Herrscher zu übernehmen. Durch seine gewinnende Persönlichkeit erwarb er sich bald bei den süddeutschen Truppen eine große Beliebtheit und trug so nicht wenig dazu bei, die Verschmelzung der süddeutschen und norddeutschen Truppen zu befördern.

Außerhalb Deutschlands Bundesgenossen zu finden, war sehr schwierig. Vom Zaren erhielt König Wilhelm sofort die Zusicherung, daß er eingreifen werde, wenn Österreich sich den Franzosen anschließe; vorher war von ihm aber nichts zu erwarten. In England war man an sich zur Neutralität geneigt; aber es war doch auch eine starke franzosenfreundliche Strömung vorhanden. Bismarck trat ihr wirksam entgegen durch die Veröffentlichung des ihm von Benedetti im Herbst 1866 übergebenen

Bündnisvorschlages, der eine französische Annexion Belgiens in Aussicht nahm; er ließ das Aktenstück, das von der Hand des Botschafters selbst geschrieben war, im Faksimile bekannt machen. Dadurch wurde die öffentliche Meinung Englands in eine starke Erregung gegen Napoleon versetzt. Bismarck wird kaum erwartet haben, daß sich die englische Regierung dadurch etwa zu einem kriegerischen Vorgehen gegen Frankreich oder zu einer auch nur indirekten Unterstützung Deutschlands bewegen lassen werde. Dafür war Gladstone unter keinen Umständen zu haben. Aber, um zu verhindern, daß sich Frankreich und Preußen vielleicht schließlich auf Kosten Belgiens verständigten, schlug er beiden kriegführenden Staaten einen Vertrag vor, worin sie sich ausdrücklich zur Achtung der belgischen Neutralität verpflichteten, während England versprach, demjenigen seinerseits den Krieg zu erklären, der sie verletzen werde. Beide Mächte gingen auf diese Abmachung ein und am 9. August wurde der Vertrag unterzeichnet. Diese Abmachung war immerhin insofern wertvoll, als sie einen französischen Vorstoß durch Belgien gegen die Rheinlande ausschloß. Das war aber auch das äußerste, was von England zu erwarten war. Die von London aus eifrig betriebene Gründung einer „Liga der Neutralen" sollte vor allen Dingen eine Erweiterung des Krieges verhüten, aber auch Rußland an der Aufrollung der Orientfragen während der Dauer des Kampfes hindern. Eine eigentliche Einmischung in den Krieg selbst beabsichtigte man damit nicht. Indessen hinderte ihre laut verkündete Neutralität die Engländer nicht, den Franzosen im Widerspruch zu den anerkannten Grundsätzen des Völkerrechts fortwährend Kohlen, Waffen und Munition zu liefern.

Von Österreich war höchstens eine widerwillige Neutralität zu erhoffen. So blieb nur Italien übrig. Bismarck hat versucht, die Italiener durch das Angebot, daß sie im Frieden Savoyen und Nizza zurückerhalten sollten, zu einem Bündnis zu bestimmen. Viel Hoffnung auf das Gelingen dieses Planes wird er wohl selbst nicht gehabt haben; jedenfalls klärten ihn schon die ersten Berichte aus Florenz darüber auf, daß hier viel eher Neigung zum Zusammengehen mit Frankreich, falls Napoleon nur Rom aufgebe, vorhanden sei, als mit Preußen. Dagegen machten die

Italiener nach den ersten preußischen Siegen den naiven Versuch, gegen die Zusage dauernder Neutralität und der Nichteinmischung in die Friedensverhandlungen von Bismarck die Zusicherung zu erlangen, daß er im Frieden Frankreich den Verzicht auf die bewaffnete Verteidigung Roms auferlegen und selbst Besetzung der ewigen Stadt durch ihre Truppen zulassen werde. Der Kanzler wies diesen Vorschlag mit der Bemerkung zurück, daß er nie ein geheimes Abkommen schließen werde, dessen Bekanntwerden durch eine Indiskretion ihm Verlegenheiten bereiten könne (3. September).

Deutschland war also auf seine eigenen, vereinten Kräfte angewiesen.

Unmittelbar nach der Kriegserklärung begannen in ganz Deutschland die Vorbereitungen zum Aufmarsch an der französischen Grenze. Der Feldzugsplan war seit Jahren von Moltke erwogen und im Winter 1868/69 endgültig festgestellt worden. Er beruhte, wie es bei Moltke nicht anders zu erwarten war, auf dem Gedanken einer schnellen und kühnen Offensive. Die beiden ersten Armeen, von dem General Steinmetz und dem Prinzen Friedrich Karl geführt, sollten vom Tal der Mosel und von der Rheinischen Pfalz aus gegen Metz vorgehen; die dritte Armee, alle süddeutschen und dazu einige preußische Truppenteile umfassend, sollte unter dem Kronprinzen vom Oberrhein aus gegen Straßburg operieren. Eine Reservearmee unter dem Befehl des Großherzogs von Mecklenburg und eine kleine Flotte waren für den Küstenschutz bestimmt. Den Oberbefehl über sämtliche Truppen führte auch diesmal der greise König selbst, während ihm Moltke wieder als Chef des Generalstabes zur Seite stand.

Auf französischer Seite herrschte in schroffem Gegensatz zu diesem wohlüberlegten Vorgehen der Deutschen Planlosigkeit und Verwirrung. Verschiedene Kriegspläne waren in den vorhergehenden Monaten erwogen, angenommen und wieder verworfen worden; lange Zeit hatte man darauf gehofft, daß wenigstens Österreich an Frankreichs Seite kämpfen werd; für diesen Fall hatte man eine Offensive großen Stils beabsichtigt; jetzt aber, wo man allein stand, glaubte man sich doch zunächst auf die Ver-

teidigung der eigenen Grenzen beschränken zu müssen. Dies war der Grundgedanke des Operationsplanes von General Frossard, den der Kaiser schließlich annahm. Aber im letzten Augenblick wurde auch dieser Plan umgestoßen und durch einen neuen, anscheinend von Napoleon selbst entworfenen, ersetzt. Es wurde nun eine einzige Armee unter seinem eigenen Oberkommando formiert. Fünf Armeekorps wurden an der Mosel von Nancy bis zur deutschen Grenze, zwei durch die Vogesen davon getrennt im Elsaß bei Belfort und Straßburg aufgestellt, endlich ein Reservekorps bei Chalons zusammengezogen. Napoleon selbst war kein erfahrener Soldat wie König Wilhelm; er hat doch nur im wesentlichen den Namen hergegeben, während der Chef seines Generalstabes, General Leboeuf, die eigentlichen Dispositionen traf. Während des Aufmarsches wurden diese noch einmal dahin geändert, daß Mac Mahon das Kommando über die Truppen im Elsaß, Bazaine die Führung der an die Saar vorgeschobenen Streitkräfte erhielt, während dem Kaiser die oberste Leitung und die Verfügung über die Reserven verblieb. Da für diese schnell gebildeten Armeen keine Stäbe vorgesehen waren, so entstand dadurch wieder neue Verwirrung.

Schon während der Mobilmachung und des Aufmarsches zeigte sich die große Überlegenheit des deutschen Heeres. Die Franzosen waren trotz aller gegenteiligen Versicherungen des Kriegsministers keineswegs kampfbereit; viele Regimenter mußten ausrücken, bevor die Reserven eingetroffen waren; Bewaffnung, Munition und Verpflegung waren mangelhaft, die Offiziere waren nicht genügend mit Karten ausgerüstet und verfügten daher nicht über die erforderliche Kenntnis des Geländes, obwohl man sich auf dem Gebiete des eigenen Staates befand. Besonders mangelhaft war der Aufklärungs- und Sicherungsdienst, wie sich im Verlauf des Feldzuges immer wieder gezeigt hat.

Hingegen vollzog sich der Aufmarsch der Deutschen mit ungeahnter Schnelligkeit und Präzision. Ihre Überlegenheit beruhte auch diesmal nicht nur auf der genialen Führung Moltkes und der vortrefflichen Durchbildung, Organisation und Disziplin des Heeres, sondern vor allen Dingen auch auf der Selbständigkeit der Unterführer, die zwar an die allgemeinen Direk-

tiven der Heeresleitung gebunden waren, aber soweit es die Ausführung des Gesamtplanes irgend zuließ, nach eigener Überlegung und auf eigene Verantwortung handeln konnten. Gewiß sind hieraus auch mancherlei Nachteile erwachsen, und häufig genug wurden Moltkes Dispositionen durchkreuzt. Aber er wußte von Anfang an, daß sich nicht alle Möglichkeiten vorausberechnen lassen und daß es die wesentliche Kunst der obersten Führung sei, die unvorhergesehenen Ereignisse dem ursprünglichen Plane einzugliedern und für seine Durchführung zu benutzen. Sein ursprüngliches Ziel, die verschiedenen Armeen auf französischem Boden zu einer großen Entscheidungsschlacht zu vereinigen, wie ihm dies im böhmischen Feldzug gelungen war, ist wesentlich durch das rasche Vorwärtsstürmen des Generals Steinmetz vereitelt worden; aber er verstand es, sich damit abzufinden und seinen Plan, sobald er nicht mehr ausführbar erschien, fallen zu lassen, anstatt durch eigensinniges Festhalten an der einmal gefaßten Idee die erreichten Erfolge in Frage zu stellen. Dazu kam endlich noch die vortreffliche Feuerdisziplin der deutschen Truppen, die freilich nicht nur in ihrer besseren Schulung, sondern auch in ihrem ruhigeren Temperament begründet war. Die lebhaften und unruhigen Franzosen konnten beim Herannahen der feindlichen Truppenmassen niemals so lange mit dem Feuern warten, bis der nach der Meinung der Führer richtige Augenblick zum wirksamen Gebrauch der Schußwaffe gekommen war.

Fast gleichzeitig begann der Kampf Anfang August auf beiden Kriegsschauplätzen. Die ersten Nachrichten, die in Paris eintrafen, wußten von einem großen Siege der Franzosen bei Saarbrücken zu berichten und erwähnten mit Stolz, daß der kaiserliche Prinz bei dieser Gelegenheit die Feuertaufe empfangen habe. Der Herzog von Gramont schätzte seine Bedeutung so hoch ein, daß er ein Friedensprogramm entwarf und dem Zaren mitteilen ließ, wie es nur nach einem unbedingten Siege auf der ganzen Linie hätte verwirklicht werden können: das Saargebiet für Frankreich, Zahlung der Kriegskosten an Frankreich und an Österreich für 1866, Wiederherstellung aller damals beseitigten deutschen Staaten und ihre Vergrößerung auf Kosten Preußens, endlich eine derartige Konstituierung Deutschlands, daß eine preu-

ßische Suprematie dauernd unmöglich werde. Den Russen wurde falls sie neutral blieben, bis die Franzosen in Berlin ständen, der Besitz von Danzig in Aussicht gestellt. Man sieht daraus, was Deutschland schon damals von einem französischen Siege zu erwarten gehabt hätte. In Wahrheit handelte es sich bei dem Siege von Saarbrücken um eine ohne jede strategische Absicht mit großer Übermacht ausgeführte Rekognoszierung gegen die von einer unbedeutenden preußischen Truppenzahl besetzte Stadt; sobald die erste deutsche Armee sich näherte, mußten die Franzosen Saarbrücken wieder räumen, und General Frossard nahm in geringer Entfernung von der Stadt auf den steilen Höhen von Spicheren eine Verteidigungsstellung ein. Gegen Moltkes Wunsch griff General Steinmetz diese feste Stellung des Feindes an, und nur die schlechte Führung auf französischer Seite und die mangelhafte Unterstützung des Generals Frossard durch die ganz in der Nähe stehenden Truppenteile ermöglichte es den mit rücksichtsloser Todesverachtung vorwärtsstürmenden preußischen Truppen, die Höhen zu nehmen und die Feinde bis nach Saargemünd zurückzuwerfen.

Gleichzeitig drang Kronprinz Friedrich Wilhelm von der Pfalz aus in das nördliche Elsaß ein und erfocht bei Weißenburg und Wörth am 4. und 6. August zwei große Siege über die Truppen Mac Mahons, die um so bedeutungsvoller waren, als hier zum erstenmal preußische und süddeutsche Truppen Schulter an Schulter fochten. Mac Mahon sah sich gezwungen, das Elsaß fast gänzlich zu räumen; nur das feste Straßburg blieb von französischen Truppen besetzt und wurde alsbald von einem Teil der dritten deutschen Armee unter dem General von Werder eingeschlossen, während der Kronprinz, Mac Mahon verfolgend, in der Richtung auf Nancy vordrang.

Die französische Heeresleitung wagte es anfangs nicht, diese Niederlagen einzugestehen und richtete, während die Truppen schon im vollen Rückzuge waren, noch immer Telegramme mit erdichteten Siegesmeldungen nach Paris. Aber lange ließ sich die Wahrheit natürlich nicht verbergen. Als dann die Kunde von dem wirklichen Stande der Dinge in die Hauptstadt gelangte, begann sich die Volksstimmung, die früher so eifrig zum Krieg ge-

trieben hatte, sofort gegen den Kaiser zu wenden. Durch die Entlassung des Ministeriums Ollivier und die Berufung des Marschalls Palicao an die Spitze der Regierung suchte die Kaiserin-Regentin vergeblich die aufgeregte Bevölkerung zu beruhigen. Auch daß Napoleon den Oberbefehl niederlegte und ihn, wie die öffentliche Meinung es verlangte, dem General Bazaine übertrug, vermochte die Stimmung nicht zu wandeln. Um alle verfügbaren Kräfte zur Stelle zu haben, rief man jetzt auch schleunigst die in Rom stehende französische Besatzung in die Heimat zurück und überließ den Kirchenstaat seinem Schicksal.

In Deutschland erweckten diese ersten Siege überall gewaltige Begeisterung. Das ganze Volk empfand so wie der Dichter:

Wie Gottes Engel jagen
Die Boten her vom Krieg!
Drei Schlachten sind geschlagen,
Und jede Schlacht war Sieg.

Aber auch die politischen Folgen dieser ersten Triumphe waren höchst bedeutend. Erst die französischen Niederlagen haben Österreich endgültig bestimmt, dem Kampfe fern zu bleiben. Beust wäre nur allzugern sofort an die Seite Frankreichs getreten. Aber er fürchtete den Widerstand im eigenen Lande, dessen Haupt Andrassy war, und er fürchtete ebenso die endgültige innere Abwendung auch der Süddeutschen von Österreich, wenn man jetzt mit den Franzosen gehe. Er bedauerte die Ungeschicklichkeit der Pariser Diplomaten, die durch ihre übertriebenen Forderungen die Rolle des Angreifers übernommen hatten. Dringend hatte er gemahnt, sich mit dem Verzicht des Erbprinzen zu begnügen. Nachdem der Krieg aber ausgebrochen war, und ein Kronrat in Wien unter dem Vorsitz des Kaisers am 18. Juli vorläufige Neutralität beschlossen hatte, suchte Beust bei Napoleon noch immer die Hoffnung zu erwecken, daß man später eingreifen werde. Auch dem Kaiser Franz Josef selbst lagen solche Wünsche nicht fern. Hätten die Franzosen in den ersten Schlachten gesiegt und wären tiefer in Deutschland eingedrungen, so würden sie wohl versucht haben, sie zur Tat werden zu lassen. Eine große Schwierigkeit lag allerdings für solche Pläne in der Haltung Rußlands. Der Zar ließ in Wien keinen Zweifel dar-

über, daß österreichische Rüstungen sofort russische Gegenrüstungen hervorrufen würden. Dem König Wilhelm hat er die bestimmte Zusicherung gegeben, daß er sofort gegen den Donaustaat vorgehen werde, wenn dieser in den Krieg eingreife. Immerhin wäre die Lage im Südosten viel gefährlicher geworden, wenn nicht die schnellen deutschen Erfolge einen vollen Sieg Frankreichs sehr unwahrscheinlich gemacht hätten. Bismarck hatte von Anfang an sein Möglichstes getan, um der österreichischen Staatsmänner darüber zu beruhigen, daß er im Falle eines deutschen Sieges weder zu einer Verkleinerung oder Zertrümmerung der Donaumonarchie die Hand bieten, noch auf die süddeutschen Staaten einen Druck zu engerem Anschluß ausüben werde. Aber man traute seinen Versicherungen in Wien nicht recht und würde sich durch sie allein gewiß nicht zu ehrlicher Neutralität haben bestimmen lassen.

Die beiden ersten deutschen Armeen wurden nach diesen Erfolgen gegen die französische Hauptarmee in Bewegung gesetzt. Moltkes Absicht war, sie von dem Wege nach Paris gegen Norden abzudrängen und zur Entscheidungsschlacht zu zwingen. Bazaine wollte anfangs wohl über Metz den Rückzug auf Verdun antreten, zögerte aber so lange mit dem Abmarsch, bis seine um Metz in engem Raume konzentrierten Truppen von den rastlos nachdrängenden Gegnern ereilt wurden. Es gelang den deutschen Heeren, in drei mörderischen Schlachten Bazaines Abmarsch nach Frankreich zu verhindern und ihn mit seiner ganzen Armee in Metz einzuschließen. Die Kämpfe bei Mars la Tour am 16. und bei Gravelotte am 18. August waren die blutigsten Schlachten des ganzen Krieges. Ein aus Teilen der ersten und zweiten Armee zusammengesetztes Belagerungsheer von 150000 Mann unter dem Prinzen Friedrich Karl umschloß nun auch diese zweite starke Festung von allen Seiten. Während die dritte Armee ihren Marsch auf Chalons fortsetzte, wurde eine schnell aus den freibleibenden Teilen der beiden ersten gebildete vierte Armee unter dem Kommando des Kronprinzen Albert von Sachsen nach demselben Ziele hin in Bewegung gesetzt, denn es galt nun die unter Mac Mahons Kommando vereinigten übrigen französischen Streitkräfte mit möglichst großer Überlegenheit anzugreifen.

Marschall Mac Mahon, bei dessen Heere sich auch der Kaiser befand, versuchte jetzt, dem in Metz eingeschlossenen Heere Befreiung zu bringen. In einem großen Bogen über Reims und Montmédy die Deutschen nördlich umgehend wollte er von Nordwesten her gegen Metz vorstoßen. Moltke erkannte diese Absicht rechtzeitig und ließ die gesamte Armee nach rechts abmarschieren, um so auf kürzerem Wege früher als Mac Mahon an die belgische Grenze zu kommen und ihm den Weg nach Metz zu verlegen. Während Kronprinz Albert durch die Schlacht bei Beaumont (30. August) den Franzosen den Weitermarsch sperrte und sie nach Sedan zu gegen die belgische Grenze drängte, schnitt ihnen die dritte Armee den Weg nach dem Westen ab; so wurde sie in dem Gelände um Sedan eingeschlossen. Schwer verwundet mußte Mac Mahon am 1. September das Kommando an General Wimpffen abgeben. In der blutigen Schlacht dieses Tages wurden die Franzosen völlig geschlagen und an die kleine Festung herangedrängt. Weiterer Widerstand war aussichtslos, und als König Wilhelm, der von Napoleons Anwesenheit nichts ahnte, am Abend die Festung zur Übergabe auffordern ließ, sah man auf französischer Seite ein, daß nichts übrig bleibe, als sich in das Unvermeidliche zu fügen. Napoleon sandte dem König brieflich die Nachricht, daß er ihm seinen Degen übergebe, nachdem es ihm nicht vergönnt gewesen sei, in der Mitte seiner Truppen zu fallen. Vergebens feilschten die französischen Unterhändler noch um bessere Bedingungen der Übergabe. Am 2. September streckte das ganze französische Heer, über 100 000 Mann, die Waffen. Kaiser Napoleon wurde von König Wilhelm, wie es dessen ritterlicher Denkweise entsprach, mit der größten Achtung und Rücksicht behandelt und durfte nach dem Schloß Wilhelmshöhe, das ihm als Wohnsitz angewiesen wurde, einen großen Teil seines Hofstaates mitnehmen.

* * *

Diese großen und überraschenden Erfolge riefen nicht nur bei der Bevölkerung Deutschlands, sondern auch bei vielen militärischen Führern die Meinung hervor, daß der Krieg jetzt eigentlich zu Ende sei. Ein großer Teil des feindlichen Heeres war

kriegsgefangen, der Kaiser selbst, gegen dessen Angriff man sich hatte wehren wollen, in der Hand der Sieger. Aber König Wilhelm, der die Feldzüge von 1814 und 1815 auf französischem Boden mitgemacht hatte, besaß eine richtigere Vorstellung von der zähen Widerstandskraft des französischen Volkes. „Warten Sie nur ab," sagte er, „jetzt fängt der Krieg erst an."

Vielleicht wäre es ja möglich gewesen, schon jetzt Frieden zu schließen, wenn man von deutscher Seite auf jede Gebietserweiterung verzichtet hätte. Aber man war hier durchaus nicht geneigt, auf die volle Ausnutzung der erfochtenen Siege zu verzichten, und hielt es für recht und billig, daß die gebrachten Opfer an deutschem Blut dem Gesamtvaterlande auch einen greifbaren Vorteil brächten. Überall, aus den verschiedensten Gegenden und Bevölkerungskreisen heraus ertönte der Ruf, jetzt müsse das deutsche Land Elsaß-Lothringen den Franzosen wieder entrissen, der Raub, den Ludwig XIV. an Deutschland begangen habe, wieder gutgemacht werden. Während das Volksgefühl sich an diese aus der Blutsgemeinschaft hergeleiteten Argumente hielt, erwogen die Staatsmänner und Feldherren, wie gefährlich es sein würde, nach wie vor die Festungen Straßburg und Metz als Einfallstore nach Deutschland in den Händen Frankreichs zu lassen und hielten es für ihre Pflicht, eine militärisch gesicherte Grenzlinie zu schaffen. Bismarck selbst hatte die Überzeugung, daß ein dauernder und fester Anschluß Süddeutschlands an den Norden erst möglich sein werde, wenn diese Gebiete nicht mehr unter den Kanonen eines französischen Straßburg lägen. Schon nach den ersten Siegen stand sein Entschluß, eine Landabtretung von Frankreich zu fordern, völlig fest. Bereits nach der Schlacht von Gravelotte ließ er ihn in London und Petersburg vertraulich mitteilen und Mitte September gab er den Neutralen die offizielle Nachricht, daß Deutschland zum Schutz gegen einen neuen französischen Angriff den Übergang der Festungen Metz und Straßburg in deutschen Besitz fordern müsse, und ohne Bewilligung dieser Bedingung mit keiner französischen Regierung Frieden schließen könne. Auf die ihm mehrfach — sowohl von bayrischer wie von neutraler Seite her — entgegentretende Einwendung, daß eine solche Forderung das Verhältnis der beiden

Nachbarländer unheilbar vergiften und die Wurzel neuer Kriege sein werde, erwiderte Bismarck: „Diese Bitterkeit wird in ganz demselben Maße stattfinden, wenn sie ohne Landabtretung aus dem Kriege herauskommen." Zum aufrichtigen Freunde, meinte er, könnten wir Frankreich doch nicht gewinnen; also müßten wir es unschädlich machen. So weit aber waren die Franzosen noch nicht, daß sie in eine Abtretung dieser bisher von ihnen beherrschten Provinzen gewilligt hätten.

Auch ein anderer Umstand erschwerte einen Friedensschluß. Auf die Kunde von der Kapitulation von Sedan und der Gefangennahme Napoleons brach in Paris mit einem Schlage das Kaisertum zusammen (4. September). Die Regentin konnte sich noch rechtzeitig verkleidet aus Paris retten, aber an eine Verteidigung des Thrones war bei der wilden Aufregung der Bevölkerung nicht zu denken. Man schrieb alle Mißerfolge der persönlichen Unfähigkeit des Kaisers und seiner Generale zu. Zwar bildete sich in Paris eine Regierung der nationalen Verteidigung unter der Leitung des Generals Trochu, aber worauf beruhte ihr Rechtstitel? Würde man ihre Beschlüsse und Abmachungen in ganz Frankreich ohne weiteres als bindend anerkennen, und war es daher überhaupt möglich, mit ihr einen Frieden abzuschließen? Jules Favre, der das Ministerium des Auswärtigen übernommen hatte, erklärte alsbald, daß man zwar den Frieden wünsche, aber keinen Zollbreit französischen Landes und keinen Stein einer französischen Festung abtreten werde. Die Verhandlungen, die Favre persönlich mit Bismarck in Ferrières über einen Waffenstillstand führte, gelangten zu keinem Ergebnis. Die Waffenruhe sollte zur Wahl einer konstituierenden Nationalversammlung benutzt werden, die als Beauftragte des gesamten französischen Volkes mit Deutschland verhandeln und abschließen könne. Bismarck hatte dagegen an sich nichts einzuwenden, mußte aber für den Stillstand die von Moltke formulierten militärischen Bedingungen fordern; sie enthielten nichts geringeres, als die sofortige Übergabe von Straßburg, Metz, Bitsch und Toul. Darauf wollte Favre nicht eingehen, und so mußte der Kampf fortgesetzt werden.

Es begann nun der Volkskrieg, der von seiten Frankreichs

mit bewundernswerter Aufopferung geführt wurde. Eine Armee nach der anderen wurde unter den größten Schwierigkeiten aufgestellt, bewaffnet und vor den Feind geführt; aber mangelhaft bewaffnet, ungenügend ausgebildet und zum großen Teil von Männern geführt, die das Kriegshandwerk nicht genügend verstanden, vermochten sie den deutschen Armeen im offenen Felde nur selten erfolgreichen Widerstand zu leisten. Wohl aber führten sie, von der ganzen Bevölkerung unterstützt, einen äußerst erbitterten Kleinkrieg gegen die vorrückenden feindlichen Truppen und brachten ihnen dadurch manche empfindliche Verluste bei.

Während das deutsche Hauptheer in der Richtung auf die Hauptstadt Paris unaufhaltsam vorrückte und den Mittelpunkt des französischen Reiches allmählich umzingelte, entschied sich auch das Schicksal der Festungen, die sich bisher noch im Rücken des deutschen Hauptheeres gehalten hatten. Sobald alle Aussicht auf Entsatz geschwunden war und es sich als unmöglich herausgestellt hatte, den eisernen Ring der Belagerungsheere zu durchbrechen, mußte schon der Hunger zur Kapitulation zwingen. So große Menschenmassen auf engem Raume mit der bürgerlichen Bevölkerung der belagerten Städte zusammengedrängt und von jeder Zufuhr abgeschnitten, konnten nicht allzu lange ernährt werden. Von Woche zu Woche erlahmte der Widerstand mehr und mehr; am 23. September fiel Toul; Straßburg mußte am 28. September kapitulieren, Metz hielt sich einen Monat länger; dann ergaben sich auch alle übrigen kleineren Festungen im Elsaß, in Lothringen und in der Champagne. Die gefangenen Truppen wurden mit der Eisenbahn nach Deutschland geschafft, alle Vorräte, Geschütze und Munition fielen in die Hände der Sieger. Am wichtigsten aber war es, daß nun die deutschen Truppen und Geschütze, die bisher vor diesen Festungen gelegen hatten, zur Teilnahme an den Operationen im Innern Frankreichs und besonders an der Belagerung von Paris frei wurden, und daß auch der ganze Belagerungspark jetzt zur Niederkämpfung der feindlichen Hauptstadt verwendet werden konnte.

Aus Paris war inzwischen Leon Gambetta, der in der provisorischen Regierung als Minister des Innern fungierte, im Luftballon entkommen und hatte in Tours ein Zentrum des Wider-

standes gebildet. Dem Feuereifer und dem organisatorischen Talent dieses heißblütigen Südfranzosen gelang es, in unglaublich kurzer Zeit ein neues Heer, die Loire-Armee aus dem Boden zu stampfen; ihre Aufgabe sollte es sein, Paris zu entsetzen und den deutschen Belagerungsring zu durchbrechen. Weitere Volksheere bildeten Garibaldi, der in den Dienst der französischen Republik getreten war, in den Vogesen, und Faidherbe im Norden. Immer stärkere Abteilungen des deutschen Heeres mußte Moltke ihnen entgegenwerfen. Eine Zeitlang war die Lage der deutschen Truppen vor Paris ungünstig genug, und es erschien keineswegs als unmöglich, daß ein gleichzeitiger Angriff der Loire-Armee vom Süden her und der in Paris eingeschlossenen Truppen aus der Stadt heraus Erfolg haben könne. Erst der Fall von Metz mit seinen 180 000 Mann und die dadurch möglich werdende Verstärkung der deutschen Streitkräfte änderte die Situation. Aber auch jetzt war es noch schwer genug, den Entsatz zu verhindern. In den heißen Kämpfen, die im November 1870 um Orleans geführt wurden, schien es einen Augenblick, als werde die Loire-Armee den Sieg davontragen, und es gelang nur durch die Heranziehung der Reservearmee unter dem Großherzog von Mecklenburg den Ansturm abzuschlagen. Hat doch Moltke zeitweilig daran gedacht, die Belagerung von Paris vorläufig aufzuheben, um zunächst die noch im Felde stehenden feindlichen Truppen zu vernichten! Als Prinz Friedrich Karl hier die Oberleitung übernommen hatte, gelang es durch die Schlachten bei Beaune la Rolande (28. November) und Orleans (2. bis 4. Dezember) diesen Entsatzversuch definitiv zum Scheitern zu bringen. Gleichzeitig wurde ein großer Ausfall der Pariser siegreich zurückgeschlagen (30. November bis 2. Dezember).

Während diese Kämpfe stattfanden, hatte die Regierung in Paris noch einmal den Versuch gemacht, Friedensverhandlungen anzuknüpfen. Vergeblich hatte Thiers als Gesandter der französischen Republik eine Rundreise an die Höfe der Großmächte gemacht, um sie zum diplomatischen Eingreifen in den Kampf zu bewegen. Niemand hatte Lust, dem Sieger in den Arm zu fallen, und nur mit leeren Vertröstungen kehrte Thiers zurück; er war es, der dringend zu direkten Verhandlungen und Zu-

geständnissen riet. Mehrmals erschien er selbst als Beauftragter im deutschen Hauptquartier; da aber Bismarck von der Forderung einer Landabtretung und einer hohen Kriegskostenentschädigung nicht abging, so führten auch diese Unterredungen zu keinem Ergebnis; am 5. Dezember wurden die Verhandlungen abgebrochen.

In den nächsten Wochen besetzte General von Manteuffel die nördlich von Paris gelegenen Departements und Festungen einschließlich der Normandie unter beständigen heftigen Kämpfen. Im Januar 1871 vernichteten der Großherzog von Mecklenburg und Prinz Friedrich Karl die eine Hälfte der neu verstärkten Loire-Armee unter General Chanzy, während General von Werder die andere Hälfte, die unter dem General Bourbaki stand und das belagerte Belfort zu entsetzen strebte, an die schweizerische Grenze drängte. Als Manteuffel von Norden her mit weiteren Verstärkungen herankam, entschloß sich Bourbaki, der den aussichtslosen Kampf vermeiden wollte, mit seinem ganzen Heer auf das neutrale Gebiet der Schweiz überzutreten; seine Truppen wurden hier entwaffnet und schieden damit aus dem weiteren Kampfe aus (1. Februar 1871). Einige Wochen darauf (16. Februar) kapitulierte auch Belfort.

Kurz vorher war auch die Hauptstadt Frankreichs gefallen. Lange genug hatte sie den Belagerern getrotzt und fast schien es als werde es nicht möglich sein, sie zu nehmen. Im deutschen Hauptquartier waren anfangs alle maßgebenden Männer für einen schnellen und energischen Angriff auf die französische Hauptstadt gewesen. Aber die Schwierigkeiten bei der Heranschaffung der schweren Geschütze, die man zunächst unterschätzt hatte, und die Hoffnung, daß Paris vielleicht freiwillig kapitulieren werde, ohne daß man viele Menschenleben zu opfern brauche, brachten bei Moltke und Blumenthal, dem Generalstabschef des Kronprinzen, einen Wechsel ihrer Anschauung hervor; seit Ende Oktober spielte sich ein heftiger Kampf um die Frage ab, ob man zu einer Beschießung von Paris schreiten solle oder nicht. Unter den Generalen war es hauptsächlich Roon, der die Ansicht vertrat, daß eine bloße Einschließung und Aushungerung zu lange dauern werde, und daß das einzig wirksame Verfahren

sei, durch eine Beschießung die Forts von Paris niederzuzwingen und dann die wehrlose Stadt zu besetzen. Auch Bismarck trat vom politischen Gesichtspunkt aus entschieden für die Beschießung ein; er hatte anfangs manche Bedenken dagegen gehabt, Paris überhaupt anzugreifen, offenbar weil er eine lange Dauer der Belagerung fürchtete und sich von einer gründlichen Niederwerfung des Widerstandes im übrigen Frankreich schnelleren Erfolg versprach. Nachdem man sich aber einmal vor Paris festgelegt hatte, kam es ihm vor allen Dingen darauf an, daß die Eroberung möglichst schnell vor sich gehe, weil er davon ein Erlahmen des Widerstandes überhaupt und eine Beschleunigung des Friedens erhoffte. Je länger der Krieg dauerte, desto größer war die Möglichkeit, daß die neutralen Mächte doch noch einen Versuch der Einmischung machen könnten. Bismarck und Roon haben den Widerstand, den sie jetzt bei Moltke und Blumenthal fanden, bekanntlich auf englische durch weibliche Einflüsse vermittelte Abmahnungen zurückführen wollen. Am englischen Hofe habe man auf jeden Fall verhindern wollen, daß Paris, der Mittelpunkt der neueren europäischen Zivilisation, einer Beschießung ausgesetzt werde, und daß dabei vielleicht Gebäude, Kunstwerke und andere Kulturwerte zerstört würden. Man habe durch die Kronprinzessin auf deren Gemahl und ebenso auf Blumenthal durch seine Frau, die Engländerin war, in diesem Sinne eingewirkt. Die Königin Augusta sei derselben Meinung gewesen und habe sie auch ihrem Gemahl beizubringen gesucht. Ein Beweis für diese Behauptungen ist niemals erbracht worden; und es ist im höchsten Grade unwahrscheinlich, daß Männer von der Pflichttreue und Energie Moltkes und Blumenthals sich durch persönliche Einflüsse in ihrem sachlichen Urteil sollten haben beirren lassen. Ihr Widerspruch ging vielmehr vom militärischen Gesichtspunkten aus.

In erster Linie stand für sie die Erwägung, daß eine wirkungslose Beschießung schlimmer sei als gar keine, weil sie den Anschein erwecke, als wolle man die Entscheidung herbeiführen; erfolge diese dann nicht in kurzer Zeit, so werde das überall als ein Mißerfolg betrachtet und also das Gegenteil der gewünschten Wirkung erzielt werden. Damit aber die Beschießung wirkungsvoll

sein könne, müsse vorher der Geschützpark derartig verstärkt werden, daß er der feindlichen Artillerie überlegen sei, damit man diese in absehbarer Zeit wirklich niederkämpfen und die stark verteidigten Forts erstürmen könne. Blumenthal war der Ansicht, daß ein solches Vorgehen ungeheure Opfer kosten werde, die zu dem erhofften Gewinn in keinem Verhältnis ständen. Außerdem ging aber die Heranschaffung der schweren Geschütze sehr viel langsamer vor sich, als man es anfangs erwartet hatte; Moltke hielt es trotzdem für richtig, lieber abzuwarten, bis der rechte Augenblick gekommen sei und sich nicht zu übereilen, nur um sagen zu können, jetzt wird endlich geschossen. Nach seiner Meinung war von der Beschießung erst dann ein wirklich entscheidender Eindruck auf die belagerte Stadt zu erwarten, wenn diese vorher schon durch den Hunger mürbe gemacht worden sei. Für die politischen Beweggründe, die Bismarck bestimmten, hatten Moltke und Blumenthal kein Verständnis; ja sie sahen es als eine unberechtigte Zumutung an, daß sich die militärischen Operationen nach politischen Gesichtspunkten richten sollten.

Als der Streit immer heftiger wurde, griff der König, von Bismarck zur Entscheidung gedrängt, mit seiner obersten Autorität ein. Er befahl erst möglichste Beschleunigung in der Heranschaffung des Artillerieparks und betraute Roon selbst mit der Ausführung dieser Maßregel; dann, sobald eine ausreichende Anzahl von Geschützen zur Stelle war, ordnete er den Beginn der Beschießung an; am 27. Dezember fielen die ersten Schüsse gegen das Fort Mont Avron, zwei Tage später wurde das Fort genommen. Anfang Januar wurde dann von allen Seiten her die Beschießung eröffnet. Immer näher drangen die deutschen Belagerungsgeschütze an die innere Stadt heran, und bald begannen ihre Kugeln deren Straßen und Gebäude zu treffen. Dabei stieg die Hungersnot fortwährend; aber nicht der Hunger allein hat Paris schließlich bezwungen; die Beschießung mußte hinzutreten, um die letzte Widerstandskraft zu brechen. Nachdem ein letzter verzweifelter Ausfall, den General Trochu selbst leitete, am 19. Januar mißlungen war, mußte sich die Stadt endlich am 28. Januar zur Kapitulation entschließen. Die sämtlichen noch nicht bezwungenen Forts und alles Kriegsmaterial mußten den

deutschen Truppen ausgeliefert werden. Die Besatzungsarmee mußte sich gefangen geben bis auf 12000 Mann und die Nationalgarde, die zur Aufrechterhaltung der Ordnung in der wild erregten Stadt unentbehrlich schienen. Ein Stillstand von 21 Tagen wurde bewilligt; während dieser Frist sollten in ganz Frankreich die Wahlen zur Nationalversammlung stattfinden, der die Verhandlung über den Frieden vorbehalten blieb. Solange der Stillstand währe, würden die deutschen Truppen die Stadt Paris nicht betreten; hingegen sollten die dort befindlichen französischen Truppen als Kriegsgefangene betrachtet und abgeführt werden; für die Aufrechterhaltung der Ordnung sollte die Nationalversammlung sorgen; endlich wurde der Stadt eine Kontribution von 200 Millionen Franken auferlegt. Paris hatte also Aussicht, daß sein geheiligter Boden von der Entweihung durch die Schritte der Eroberer verschont bleiben werde, wenn es gelinge, innerhalb der bewilligten Frist von 21 Tagen den Frieden zustande zu bringen.

Mit dem Fall der Hauptstadt war in der Tat der Widerstand im wesentlichen gebrochen. Ganz Nordfrankreich war von den Deutschen besetzt, und immer weiter schoben sich ihre Truppen nach dem Süden vor. Unter diesen Umständen wuchs auch in der französischen Bevölkerung die Sehnsucht nach Frieden, und man begann sich allmählich mit dem Gedanken vertraut zu machen, daß man die Forderungen der Sieger wohl oder übel werde bewilligen müssen.

Viertes Kapitel.

Die Verträge von Versailles.

Seit die Nachricht von den ersten großen Siegen nach Deutschland gelangt war, erhob sich hier überall mit elementarer Gewalt der Ruf, daß aus dem gemeinsamen Kampfe auch ein gemeinsames Staatsleben hervorgehen müsse. Im Jubel des Volkes auf den beflaggten Straßen, in Illuminationen und Böllerschüssen, in der Presse, in großen Versammlungen kam überall im Norden und Süden Deutschlands nicht nur die Siegesfreude, sondern auch diese Hoffnung zum Ausdruck; nach der Schlacht von Sedan und der Gefangennahme Napoleons erreichte die Begeisterung ihren Höhepunkt und schien auch die Regierungen unwiderstehlich vorwärts treiben zu müssen.

Aber es ist doch nicht so gewesen, wie es auf den ersten Blick wohl scheinen könnte, als hätte die Waffenbrüderschaft zwischen Nord und Süd in dem großen nationalen Kampfe nun ohne weiteres die politische Einigung der getrennten Hälften Deutschlands zur selbstverständlichen Folge gehabt. Denn die Regierungen und die Herrscher der Einzelstaaten im Süden teilten diese Begeisterung keineswegs und waren anfangs durchaus nicht gewillt, sich von ihr fortreißen zu lassen. Noch einmal regten sich gerade in dieser Zeit die alten der Einigung widerstrebenden Kräfte, die wir aus der Geschichte kennen, in ungeahnter Stärke, und noch einmal trat die ganze kleinliche Selbstsucht des dynastischen Partikularismus mit letzter Kraftanstrengung dem Einheitswunsche entgegen. Es hat der ganzen diplomatischen Kunst Bismarcks bedurft, um diese Schwierigkeiten zu überwinden.

Die Liberalen hofften freilich, daß jetzt die Erfüllung ihrer Ideale nahe sei; sie hielten jetzt den Zeitpunkt für gekommen, um

die süddeutschen Staaten einfach in den Norddeutschen Bund aufzunehmen. Manche gingen noch weiter und hofften zugleich dessen Verfassung in ihrem Sinne umgestalten und jetzt erreichen zu können, was ihnen 1867 noch nicht möglich gewesen war, namentlich ein verantwortliches Reichsministerium. Aber auch bei den preußischen Konservativen regte sich jetzt, wo alles wieder in Fluß zu geraten schien, der lebhafte Wunsch, die Verfassung nach ihren Wünschen zu ändern: strenge Beschränkung der Reichskompetenz, scharfe Betonung der preußischen Suprematie, namentlich im Heerwesen, und ein aristokratisches Oberhaus als Gegengewicht gegen den Reichstag waren ihre bedeutsamsten Forderungen.

Auch im Hauptquartier des Königs wurde eifrig erwogen, was nun geschehen solle. Damals hat Kronprinz Friedrich Wilhelm den Plan zu einer ganz neuen Reichsverfassung entworfen. Die Hauptpunkte seines Programms waren: Umwandlung des Bundespräsidiums in ein deutsches Kaisertum unter bedeutender Stärkung seiner Machtbefugnisse und erheblicher Einschränkung der Souveränität der Einzelstaaten; Einrichtung eines aus den Bundesfürsten und den Häuptern der früher mediatisierten Häuser bestehenden Oberhauses an Stelle des Bundesrates; endlich ein dem Parlament verantwortliches Reichsministerium. Das meiste in seinen Ideen entsprach den liberalen Anschauungen; nur mit der Forderung eines hocharistokratischen Oberhauses näherte er sich den Wünschen der Konservativen. Schon sah er die Kaiserkrone, deren Erbe er werden sollte, auf seinem Haupte; ihr heller Glanz sollte den der kleinen Königskronen weit überstrahlen. Er wußte wohl, daß die Fürsten der größeren Staaten solche Pläne nicht gern hörten; aber er meinte, daß die Begeisterung des Volkes und namentlich des Volkes in Waffen, wie es gemeinsam im Felde stand, jeden Widerspruch unmöglich machen werde. Wenn das Heer den König Wilhelm zum Kaiser ausrief, wenn dieser dann im Einverständnis mit dem norddeutschen Reichstag die neue Verfassung vorschlug, was hätten die Könige von Bayern und Württemberg anders tun können, als sich fügen? Daß der Großherzog von Baden mit seinen Ideen einverstanden war, wußte der Kronprinz.

Bismarck ist allen derartigen Plänen mit voller Energie ent-

gegengetreten. Namentlich würde es ihm als eine Verletzung der Bundestreue erschienen sein, wenn man durch gewaltsame Mittel die Fürsten, die vertrauensvoll ihre Truppen unter Preußens Oberbefehl gestellt hatten, die damit die Machtmittel zu ihrer Verteidigung selbst aus der Hand gegeben hatten, zu Zugeständnissen hätte zwingen wollen, die ihnen widerstrebten „Wir können," schrieb er kurz nach dem Ausbruch des Krieges, „mit den Süddeutschen nur in solchen Beziehungen leben, zu deren Erhaltung sie auch dann freiwillig entschlossen bleiben, wenn sie in gefahrvollen Zeiten der vollen Freiheit eigener Beschlußfassung überlassen sind." Das war nicht etwa bloße Gefühlspolitik, die einem Bismarck immer fern gelegen hat, sondern es entsprach dem Bestreben des Kanzlers, die künftige Einheit auf unerschütterlichen Grundlagen zu errichten. Die Könige von Bayern und Württemberg würden es nie haben vergessen können, wenn man sie unter grobem Bruch des Vertrauens zum Eintritt in das neue Staatswesen gegen ihren Willen gezwungen hätte. Ihre Stimmung war dem König und dem Kanzler genau genug bekannt. Hatte doch der König von Bayern in dem Augenblick, wo er sein Heer unter König Wilhelms Befehle stellte, einen Brief an den preußischen Kronprinzen gerichtet, worin er die Erwartung aussprach, daß während der Dauer dieses Verhältnisses und auch nach dem Friedensschluß keine Versuche gemacht werden würden, die Selbständigkeit Bayerns irgendwie zu beeinträchtigen; er hatte sogar hinzugefügt, er hoffe mit König Wilhelm darin einig zu sein, „das die staatliche Integrität Bayerns gegenüber der deutschnationalen Richtung aus jenem Kampfe unversehrt hervorgehe und fortan erhalten bleibe". Der alte König hatte sich keinen Augenblick besonnen, diese Zusicherung zu geben, und Bismarck war damit völlig einverstanden gewesen. Offenbar auf seinen Einspruch wurde aus der Antwort ein Vorbehalt gestrichen, den der König eingefügt hatte, daß allerdings eine größere Übereinstimmung der Institutionen und Beziehungen anzubahnen wäre. Dagegen wurde gesagt, daß gedeihliche Verhältnisse sich in Deutschland nur unter freier und unabhängiger Mitwirkung Bayerns würden bilden können. „Sie wollen versichert sein, hieß es zuletzt, daß das Vertrauen, welches Sie in

meine Gesinnungen und meine Würdigung der Haltung Bayerns aussprechen, unter keinen Umständen getäuscht werden wird." Sollte man das gegebene Wort jetzt einfach brechen?

Trotzdem war auch Bismarck der Überzeugung, daß der Augenblick nicht versäumt werden dürfe, um den Bau des Reiches zum Abschluß zu bringen. Es ließ sich nicht erwarten, daß in absehbarer Zeit eine so günstige Gelegenheit wiederkehren werde. Es galt also das Widerstreben der süddeutschen Könige zu brechen, ohne ihnen Gewalt anzutun. Bismarck wollte, daß sie selbst die Initiative ergreifen sollten; er war aber nicht der Mann, um ruhig abzuwarten, ob dies geschehen werde, sondern er bemühte sich, alle Mittel anzuwenden, die ohne Verletzung der übernommenen Verpflichtungen zu diesem Ziele führen könnten. Er scheute sich auch nicht, gelegentlich durchblicken zu lassen, daß man über starke Zwangsmittel verfüge, die wenn nicht jetzt, so doch später zur Anwendung gebracht werden könnten, wenn die Südstaaten nicht bald freiwilliges Entgegenkommen zeigten.

Zunächst war er natürlich damit vollkommen einverstanden, daß in Süddeutschland selbst die national gesinnten Elemente sich regten, in Wort und Schrift ihre Wünsche zum Ausdruck brachten und die zögernden Regierungen vorwärts drängten. Dagegen hielt er die norddeutsche Presse nach Kräften zurück, damit der Druck nicht als von außen kommend empfunden werde. Anfang August wies er den preußischen Minister des Innern an, gegen solche Zeitungen aufs schärfste vorzugehen, die schon jetzt Propaganda für die Kaiserwürde machten, da sie seine Politik schädigen und die süddeutschen Bundesgenossen stören würden. Erst nach dem Siege bei Sedan ließ er der immer stärker anschwellenden nationalen Stimmung auch hier freieren Raum. Er hatte auch nichts dagegen, daß einige norddeutsche Führer der nationalliberalen Partei nach Süddeutschland reisten, um dort mit ihren Gesinnungsgenossen Fühlung zu nehmen und den leitenden Staatsmännern vorzustellen, daß die Augen des deutschen Volkes jetzt auf sie gerichtet seien, und daß man Taten von ihnen erwarte.

Bei weitem am stärksten war der Umschlag der Volksstimmung in Württemberg. Die demokratischen Führer, die auch jetzt ihre

Feindschaft gegen Preußen nicht aufgeben wollten, wurden von ihren eigenen Anhängern verlassen, weil die Überzeugung, daß man gegen das Ausland fest zusammenstehen müsse, alle Gegensätze in den Hintergrund drängte. Die bisher feindlichen Parteien reichten sich die Hände und schlossen eine Art Gottesfrieden für die Zeit des großen nationalen Kampfes. Und ebenso allgemein war die Empfindung, daß eine stärkere Einigung zwischen Norden und Süden, wenn auch unter möglichster Schonung der süddeutschen Eigenart, aus dem Kampfe hervorgehen müsse. Auch die Stimmung der im Felde stehenden Truppen, wie sie in den Briefen in die Heimat zu starkem Ausdruck kam, wirkte antreibend und begeisternd ein.

In Bayern widerstrebte nach wie vor ein großer Teil der altbayrischen Bevölkerung dem Anschluß an ein unter Preußens Führung stehendes Reich. Die im Landtag herrschende Partei der Ultramontanen sah mit ebenso besorgten und mißtrauischen Blicken der Entstehung eines protestantischen Kaisertums entgegen, wie es ihre Gesinnungsgenossen in Frankfurt 1848 getan hatten. Der bayrische Bauer wollte wenig wissen von der deutschen Einheit, und es war auch jetzt im wesentlichen die Bevölkerung der Pfalz, der protestantischen Teile Frankens und die Bürgerschaft der großen Städte, die auf den Anschluß Bayerns an das übrige Deutschland drängte. Wohl führten diese Elemente in der Presse und in den Versammlungen das große Wort, und man hörte ihre Stimme deutlicher als die der katholischen Landbevölkerung; aber der König und seine Minister werden sich dadurch schwerlich über die Bedeutung der widerstrebenden Elemente haben täuschen lassen. Und auch unter den bayrischen Liberalen waren die alten Bedenken gegen einen bedingungslosen Eintritt in den Norddeutschen Bund noch ebenso lebendig wie vor dem Kriege. Die norddeutschen Abgeordneten konnten sich in den Gesprächen mit ihnen nahestehenden bayrischen Parlamentariern zur Genüge davon überzeugen, daß man auch in diesen Kreisen entweder eine Auflockerung der Bundesverfassung im förderativen Sinne oder eine Sonderstellung Bayerns in dem neuen Reiche für notwendig hielt.

Mußte es also fraglich erscheinen, ob König Ludwig sich durch

die nationalen Kundgebungen aus seiner bisherigen Reserve herausdrängen lassen werde, so schien es wünschenswert, noch andere Einflüsse ins Spiel zu bringen. Wenige Tage vor derSchlacht bei Sedan hatte Bismarck eine Unterredung mit dem Kronprinzen Albert von Sachsen, der ja eine der deutschen Armeen führte. Er stellte ihm vor, daß es jetzt für die süddeutschen Regierungen an der Zeit sei, der Frage ihres Anschlusses an den Norddeutschen Bund näher zu treten. Er meinte, wenn man Elsaß-Lothringen gewinne, wie es im Interesse der Verteidigung Deutschlands wünschenswert sei, so werde eine große Schwierigkeit aus der Frage entstehen, wer in Zukunft über dieses Land zu verfügen haben solle. Mindestens zur dauernden Verwaltung des gemeinsam erkämpften Besitzes würde ein engerer Verband zwischen den Staaten, die ihn gemeinsam erobert hätten, begründet werden müssen. Des Kronprinzen Vater, König Johann von Sachsen, werde seines Erachtens als einer der ältesten und angesehensten Fürsten Deutschlands am besten geeignet sein, den Münchner Hof auf diese Gesichtspunkte aufmerksam zu machen und ihn zu Schritten in dieser Richtung zu bestimmen. Die gleichen Gedankengänge ließ Bismarck auch durch Minister Delbrück, den Präsidenten des Bundeskanzleramtes kurze Zeit darauf persönlich in Dresden zur Sprache bringen. König Johann kam diesem Wunsche nach; die Ausführung nahm aber doch einige Tage in Anspruch, und als der sächsische Gesandte in München die Frage anregte, war der entscheidende Beschluß dort bereits gefaßt.

Denn Bismarck hatte auch auf anderen Wegen mit dem bayrischen Herrscher Fühlung zu gewinnen gesucht. Unter den Kommissaren für die vorläufige Verwaltung der besetzten französischen Gebiete war auch ein höherer bayrischer Beamter, Graf Tauffkirchen, einer der Freunde und Mitarbeiter Hohenlohes. Als er sich bei Bismarck bald nach der Schlacht bei Sedan meldete, ließ dieser ihm keinen Zweifel, daß er jetzt einen entscheidenden Schritt von bayrischer Seite erwarte. Bayern, sagte er, könne jetzt, wenn es freiwillig seinen Anschluß anbiete, die besten Bedingungen erlangen; er sei bereit, mit dem König selbst, wenn dieser ins Hauptquartier komme, oder seinen Vertretern die

künftige Gestaltung der Reichsverfassung zu vereinbaren und allen berechtigten Wünschen Bayerns Rechnung zu tragen. Aber Eile sei nötig, sonst müsse er mit Württemberg, Baden und Hessen, die zur Einigung bereit seien, allein abschließen. Wolle Bayern draußen bleiben, so werde man keinen Zwang anwenden; aber über die künftige Stellung der Rheinpfalz zum Bunde seien dann besondere Abmachungen nötig, und ob man den Zollverein mit Bayern dauernd aufrecht erhalten könne, wenn es ein ganz selbständiger Staat werde, sei höchst zweifelhaft. So lockte und drohte er zugleich, immer in der Hoffnung, daß Bayern die Situation selbst erkennen und ein freiwilliges Entgegenkommen den Unannehmlichkeiten einer völligen Isolierung vorziehen werde. In ähnlichem Sinne sprache er auch mit dem Prinzen Luitpold von Bayern, der sich damals im Hauptquartier aufhielt.

Für den Fall, daß alle diese Anregungen nicht zum Ziele führen sollten, erwog Bismarck noch die Einladung eines großen Fürstenkongresses in das Feldlager, als dessen Zweck die Teilnahme der Fürsten an den Friedensverhandlungen bezeichnet werden sollte. Bereits am 18. August hatte Bayern offiziell seinen Anspruch auf Teilnahme an diesen Verhandlungen angemeldet und eine zusagende Antwort erhalten. Bismarcks Absicht war, wie wir wissen, schon damals bei diesen Verhandlungen Elsaß-Lothringen von Frankreich zu fordern. Er wollte dies Gebiet weder Preußen, noch einem der süddeutschen Staaten zuweisen; alle mehr oder minder gut beglaubigten Äußerungen aus preußischen Militär- und Regierungskreisen, daß man Teile dieser Landschaften an Bayern oder Baden geben wolle, sind sicherlich ohne sein Wissen und gegen seine Absicht erfolgt. Sein Plan war vielmehr, Elsaß und Lothringen solle ein deutscher Gesamtbesitz werden, und er wollte von der Notwendigkeit aus, daß der Gesamteigentümer dieser Gebiete doch eine staatsrechtliche Persönlichkeit sein müsse, die Frage der deutschen Einigung mit den Friedensverhandlungen in Verbindung und auf dem dazu versammelten Fürstenkongreß zur Sprache bringen. Endlich plante der Kanzler noch die Berufung des Zollparlaments unter irgendeinem Vorwande, damit es die politische Einigung ver-

lange und dadurch auf die Höfe einen Druck ausübe. Unermüdlich spähte er nach allen Seiten aus und suchte alle Kräfte, die helfen wollten und konnten, in Bewegung zu setzen; aber in erster Linie blieben seine Blicke doch nach München gerichtet.

Hier mußte man allmählich einsehen, daß es mit der Politik des Zauderns und Abwartens jetzt vorbei sei. Noch nach der Schlacht bei Sedan war König Ludwig wenig erfreut über die in seiner Hauptstadt sich äußernde allgemeine Begeisterung gewesen; es hatte ihm mißfallen, daß man norddeutsche Fahnen neben den bayrischen an den Häusern sah; mißmutig hatte er München verlassen, um sich, wie er es liebte, in die Einsamkeit der oberbayrischen Berge zurückzuziehen. Auch seine Minister waren damals noch nicht geneigt, irgend etwas von der bayrischen Selbständigkeit zu opfern; sie haben sogar daran gedacht, die bayrischen Truppen jetzt aus Frankreich zurückzurufen, da ja für Deutschland keine Gefahr mehr bestehe und man nicht verpflichtet sei, an einem Angriffskrieg teilzunehmen. Ein gröbere Verkennung der Lage ließ sich nicht denken. Mit welchen Empfindungen würden wohl die bayrischen Truppen, die an den siegreichen Kämpfen einen so ehrenvollen Anteil gehabt hatten, in die Heimat zurückgekehrt sein!

Aber noch mehr als die Stimmung eines großen Teils der eigenen Bevölkerung und der eigenen Truppen hat die Haltung der übrigen süddeutschen Staaten auf Bayern eingewirkt. Längst schon wollte, wie wir wissen, der Großherzog von Baden in den Norddeutschen Bund eintreten. Früher waren alle Versuche in dieser Richtung von Bismarck zurückgewiesen worden; als der Krieg ausgebrochen war, erneuerte der Großherzog dringend sein Begehren. Bismarck hielt ihn jedoch noch eine Zeitlang hin, weil er den richtigen Zeitpunkt abwarten wollte. Aber auch Württemberg hatte sich inzwischen zu einem Vorgehen in ähnlicher Richtung entschlossen. Kriegsminister von Suckow hatte bisher vergeblich für die Notwendigkeit eines engeren Anschlusses an den Norden gegen seine Kollegen und den Kreis der Königin Olga gekämpft. Kurz vor der Schlacht von Sedan war aber der bisherige leitende Minister, Herr von Varnbüler, entlassen worden (30. August). Die Leitung der auswärtigen Angelegen-

heiten übernahm nun Staatsrat von Taube; bedeutender aber war der Einfluß des Ministerpräsidenten und Justizministers von Mittnacht. Auch dieser ging zwar nicht mit Begeisterung auf die Verminderung der württembergischen Selbständigkeit ein, verschloß sich aber doch der Erkenntnis nicht daß die rein negative Haltung auf die Dauer nicht zu behaupten sei. Unmittelbar nachdem die großen Ereignisse vom 2. September im Lande bekannt geworden waren, und nachdem eine machtvolle Volksversammlung in der Liederhalle zu Stuttgart die feste Erwartung ausgesprochen hatte, daß aus dem Siege die Einheit Deutschlands hervorgehen werde und müsse, entschloß sich König Karl zu einem entscheidenden Schritt. Er verlieh dem König Wilhelm als besonderes Zeichen seiner Freude über die erfochtenen Siege einen hohen württembergischen Orden und beauftragte den Kriegsminister von Suckow, ihn in das Hauptquartier zu überbringen (6. September). Er würde schwerlich gerade Suckow zu dieser Sendung gewählt haben, wenn es nicht seine Absicht gewesen wäre, gleichzeitig den Wunsch nach einer engeren Verbindung mit dem Norddeutschen Bunde zum Ausdruck zu bringen. Man wußte in Stuttgart, daß Bismarck eine Initiative der süddeutschen Staaten wünsche und diese von Dresden aus dazu auffordern lassen wolle. Jedenfalls war das Ministerium vollständig darüber im Klaren, daß der Kriegsminister, wenn er in das Hauptquartier komme, eine Besprechung dieser Fragen gar nicht werde umgehen können. Er selbst fühlte dies am meisten und bat sich von seinen Kollegen genaue Anweisungen darüber aus, wie er sich verhalten solle. Er erwartete von ihnen keinen Widerstand mehr. Dem preußischen Gesandten sagte er, „sobald Herr von Mittnacht wisse, daß er nichts riskiere, gehe er auch in nationalem Sinne vorwärts". Und dem König leuchte es ein, daß eine einheitliche deutsche Armee, die er selbst für nötig halte, eine gemeinsame Verfassung zur Grundlage haben müsse. Von ihm erwartete er nur wegen der eigenen diplomatischen Vertretung Württembergs Schwierigkeiten. In mehrtägigen Beratungen stellte das Ministerium die dem Kriegsminister mitzugebenden Informationen fest; der leitende Gesichtspunkt dabei war, daß der Eintritt Württembergs in den Nordbund unter einigen nicht sehr erheblichen Vor-

behalten ins Auge gefaßt werden solle. Man zweifelte nicht daran, daß gerade jetzt, wo Preußen auf die treuen Verbündeten jede nur denkbare Rücksicht nehmen werde, günstigere Bedingungen zu erlangen sein würden, als zu irgendeinem anderen Zeitpunkt. Als Suckow am 12. September zu König Wilhelm abreiste, tat er dies als Träger einer wichtigen politischen Mission, wenn die württembergische Regierung dies auch Bayern gegenüber ableugnen wollte. Bismarck war darüber von vornherein informiert. Gleichzeitig ließ sie in München mitteilen, daß sie eine neue Regelung der Beziehungen zu Norddeutschland für notwendig halte und dabei mit Bayern Hand in Hand zu gehen wünsche. (9. September.)

Die Absichten Badens waren in München längst bekannt; sie wirkten nicht sehr beunruhigend, solange Württemberg eine ähnliche Haltung wie Bayern bewahrte; wenn aber auch Württemberg sich dem Bunde anzuschließen Miene machte, so geriet Bayern in die Gefahr, ganz außerhalb der Vereinigung zu bleiben. Mochte es auch in München manche Elemente geben, die darin kein Unglück sahen und eine völlig selbständige Existenz Bayerns nach dem Muster Belgiens für möglich hielten, so mußte es ihnen doch sehr schwer werden, gerade in dem gegenwärtigen Augenblick der allgemeinen Begeisterung sich offen zu solchen Plänen zu bekennen.

So kamen auch die bayrischen Minster zu dem Ergebnis, daß leider etwas geschehen müsse. Sie wußten durch preußische oder sächsische Mitteilung, daß Delbrück in Dresden gewesen war und mit König Johann und Herrn von Friesen die Frage einer französischen Gebietsabtretung und die weitere Ausgestaltung der deutschen Einheit besprochen hatte. Ebenso, daß ein sächsischer Schritt in München bevorstehe und daß Delbrück unmittelbar nach dieser Unterredung telegrafisch ins Hauptquartier berufen sei. Sie fürchteten, daß man dort trotz aller Versicherungen Bismarcks einen vollständigen Verfassungsplan ausarbeiten und ihn Bayern vorlegen werde. Man hätte sich dadurch in die unangenehme Lage versetzt gesehen, falls erhebliche Änderungen nicht zu erreichen waren, entweder diesen Vorschlag annehmen oder außerhalb des neuen Bundes bleiben zu müssen. Man glaubte,

bessere Chancen für die Wahrung einer möglichst großen Selbständigkeit zu haben, wenn man selbst Vorschläge mache, die den eigenen Interessen entsprächen, um so mehr, als ja Bismarck auf mehreren Wegen ein solches Vorgehen nahegelegt und in Aussicht gestellt hatte, daß er dann mit den übrigen Staaten erst verhandeln werde, wenn er mit Bayern einig geworden sei. Die Kenntnis von Delbrücks Reise nach Frankreich hat also offenbar den entscheidenden Entschluß bei den Bayern ausgelöst. Am 9. September befahl der König seinen Ministern, ein Programm für die künftigen Beziehungen zum Nordbund auszuarbeiten.

Diese kamen in den nächsten Tagen dem Auftrag nach. In den unveränderten Nordbund gedachten sie auf keinen Fall einzutreten. Wollten sie trotzdem der nationalen Strömung entgegenkommen, so boten sich ihnen zwei Wege dar. Sie konnten entweder die Auflösung des Nordbundes und die Gründung eines neuen gesamtdeutschen Bundes mit wesentlich loserer Verfassung unter Einräumung einer starken Sonderstellung an Bayern ins Auge fassen, oder, wenn der Nordbund bestehen blieb oder sich vielleicht sogar erweiterte, in ein weiteres Bündnis mit ihm treten. Beide Möglichkeiten schienen ihnen denkbar und wurden näher erörtert. Der König genehmigte diese Gesichtspunkte und ließ ein noch ausführlicheres Programm für die in Aussicht genommenen Verhandlungen entwerfen, das bisher nicht wieder aufgefunden worden ist.

Schon während diese Arbeiten noch im Gange waren, erbat Graf Bray durch den preußischen Gesandten eine Mitteilung Bismarcks darüber, ob er in eine Auflösung des norddeutschen Bundes und seinen Ersatz durch einen neu zu schaffenden deutschen Bund willigen werde, oder ob er den Nordbund in seiner bisherigen Form erhalten wissen wolle; von der Beantwortung dieser Frage müßten die weiteren Vorschläge Bayerns abhängen. (11. September.) Ferner regte er am folgenden Tage die Entsendung Delbrücks nach München an, um mit diesem die verschiedenen Möglichkeiten besprechen zu können.

Bismarck hatte inzwischen im Hauptquartier zu Meaux die ganze Frage mit Delbrück eingehend erörtert. Das Ergebnis faßte der Letztere in einer ausführlichen Denkschrift zusammen,

deren Grundgedanken folgende waren: Der Norddeutsche Bund solle bestehen bleiben, die Verbindung mit Süddeutschland aber dadurch gefestigt werden, daß man die Schutz- und Trutzbündnisse und den Zollverein durch einen dauernden bundesstaatlichen Organismus ersetze, mit einer Volksvertretung, einem Bundesrat und einer gemeinsamen vollziehenden Gewalt in der Hand des preußischen Königs. Die Wirksamkeit dieses gesamtdeutschen Bundes sollte sich im wesentlichen auf die Verteidigung Deutschlands nach außen und die Wirtschaftspolitik erstrecken. Später könne man an eine Erweiterung der Kompetenz denken. Die Übertragung des Kaisertitels an den König von Preußen werde dessen Würde zwar nicht erhöhen, wohl aber die Aufnahme der neuen Gestaltung bei Fürsten und Völkern fördern. Alles dies werde nur Wert haben, wenn es freiwillig von den Fürsten und Volksvertretungen Süddeutschlands zugestanden werde. Jedoch dürfe der jetzige günstige Zeitpunkt nicht versäumt werden, da ein Abflauen der augenblicklich sehr starken nationalen Strömung eintreten könne. Man hielt zunächst an dem Gedanken fest, einen Fürstenkongreß zur Vorbereitung der Friedensbedingungen zu berufen und hier durch den Vorschlag, Elsaß-Lothringen zum Reichsland zu machen, der Anstoß zu einer Erörterung der deutschen Frage zu geben. Bismarck erklärte, er selbst und der König seien mit diesem Plane in den Grundzügen einverstanden, und es sei nun zunächst zu erwägen, wann und wohin der Fürstenkongreß berufen werden solle. Ferner warf er die Frage auf: „Wie ist zu operieren, wenn der König von Bayern allein oder mit dem König von Württemberg nicht kommt, resp. kommt und widerspricht?“

Er setzte also noch keine Neigung Bayerns zum Eingehen auf solche Verhandlungen voraus, und mußte um so angenehmer überrascht sein, als Bayern nun doch noch die Initiative ergriff. Er ließ sofort erwidern, daß Delbrück unmittelbar nach seiner Rückkehr von Berlin nach München kommen werde. Erst nach Delbrücks Abreise traf General von Suckow im Hauptquartier ein. Aus den Unterhaltungen mit ihm gewann Bismarck den Eindruck, daß Württemberg bereit sei, dem Nordbunde beizutreten, auch wenn keine Einigung mit Bayern zustande komme und teilte dies sofort telegrafisch an Delbrück mit (21. September).

Es scheint, daß Suckow sich hier etwas bestimmter geäußert hat, als es in der Absicht seiner Kollegen lag. Denn in Stuttgart fürchtete man sich vor allen Dingen davor, daß Bayern besondere Vorrechte beanspruchen werde, und machte, um dies zu verhindern, immer neue Versuche, mit München engere Fühlung zu gewinnen und die Bayern an einseitigem Vorgehen zu verhindern. Man war hier sehr unangenehm davon überrascht, daß Bayern ohne vorherige Verständigung mit Württemberg mit Bismarck in Verbindung getreten war. Als man weiter erfuhr, daß Delbrück nach München kommen solle, äußerte man den Wunsch, in irgendeiner Form an den bevorstehenden Besprechungen beteiligt zu werden. Graf Bray konnte diesen Wunsch nicht gut ablehnen und, da auch Bismarck einverstanden war, wurde von württembergischer Seite Herr von Mittnacht dazu nach München entsandt.

Die Münchner Konferenzen dauerten vom 22.—27. September. Delbrück hatte den Auftrag, von sich aus keinerlei Vorschläge zu machen, sondern diejenigen Bayerns anzuhören und zu erörtern. Da er Bray von Anfang an darüber nicht im Zweifel ließ, daß weder eine Auflösung des Nordbundes noch eine grundlegende Umgestaltung seiner Verfassung in Frage kommen könne, hätten die bayrischen Minister, die an ihr vom König genehmigtes Programm gebunden waren, eigentlich nur über die Bedingungen eines weiteren Bundes verhandeln können. Man kam jedoch, wohl auf Delbrücks Anregung, überein, „zu dem Zweck, um festzustellen, welchen Inhalt die Verfassung eines allgemeinen deutschen Bundes nach Auffassung der süddeutschen Regierungen haben könne, den Inhalt der Verfassung des Norddeutschen Bundes nach der Folge ihrer Artikel zum Leitfaden für die nun folgenden Besprechungen zu nehmen." Die bayrischen Minister waren damit auf einen Weg gedrängt, den sie eigentlich nicht hatten beschreiten wollen. Sie haben sich gewiß nicht gern dazu entschlossen; mit Rücksicht auf die Stimmung der Bevölkerung konnte es ihnen aber nicht erwünscht sein, wenn der preußische Bevollmächtigte wieder abreiste, ohne daß auch nur die geringste Aussicht auf eine Verständigung gewonnen war.

Die Verfassung des Norddeutschen Bundes wurde also den

Beratungen zugrunde gelegt, und es handelte sich eigentlich schon jetzt nur noch um die Frage, welche besonderen Vergünstigungen den größeren süddeutschen Staaten als Preis ihres Beitritts gewährt werden könnten. Dies wurde zwar von bayrischer Seite nicht direkt zugestanden; vielmehr hielt Graf Bray daran fest, daß man im Prinzip den Beitritt zum Norddeutschen Bunde ablehnen müsse; vielleicht ging er nur deshalb darauf ein, die norddeutsche Verfassung zum Ausgangspunkt der Besprechungen zu nehmen, um zu zeigen, sie sei in so vielen Punkten für Bayern unannehmbar, daß ihre Anerkennung selbst bei der Einräumung einzelner Sonderrechte nicht in Frage kommen könne. Unter seinen Kollegen war namentlich der Justizminister von Lutz wohl schon damals für den bedingten Eintritt in den Nordbund, während die übrigen eine schwankende Haltung einnahmen. Auf württembergischer Seite bestanden derartige Bedenken nicht, und für Herrn von Mittnacht handelte es sich hier in erster Linie darum, das Maß der Sonderrechte kennen zu lernen, die Bayern verlangen und Preußen etwa zu bewilligen bereit sein würde.

Im Verlauf der Besprechungen zeigte sich zunächst, daß die bayrischen Minister unter sich keineswegs einig waren über die Forderungen, die zu stellen seien. Aus der Fülle von Sonderwünschen, die sie geltend machten, seien nur die wichtigsten erwähnt: Volle Selbständigkeit Bayerns in seinem Eisenbahnwesen, seiner Post und Telegraphie, der Besteuerung von Bier und Branntwein, der Regelung der Gesetzgebung über Heimats- und Niederlassungsverhältnisse, Staatsbürgerrecht, Gewerbebetrieb und das gesamte bürgerliche und Strafrecht, mit Ausschluß des Handels- und Wechselrechts, sowie des bayrischen Konsulatswesens; Festsetzung der bayrischen Stimmen im Bundesrat auf acht, während ihm im bisherigen Zollbundesrat nur sechs eingeräumt gewesen waren; Sitz eines bayrischen Vertreters in den Bundesratsausschüssen für Landheer und Festungen, Zölle und Steuern, Handel und Verkehr; Selbständigkeit des bayrischen Kriegswesens unter Durchführung einer dem übrigen Bundesheer gleichartigen Organisation; nur im Kriegsfall sollte das bayrische Heer unter das Kommando des Bundesfeldherrn treten. Zu den Kosten der Marine, die als eine spezifisch nord-

deutsche Angelegenheit betrachtet wurde, wollte Bayern nichts beitragen. Infolge des Ausschlusses des bayrischen Militärbudgets von der Bewilligung des Reichstags und der Ausscheidung der bayrischen Einnahmen aus Post, Telegraphie und den vorbehaltenen indirekten Steuern aus dem gemeinsamen Einnahme-Etat hielt Graf Bray die Aufstellung eines deutschen Gesamtbudgets überhaupt nur in sehr geringem Umfang für möglich. Ferner erhob man noch den Anspruch, einen erheblichen Einfluß auf die auswärtige Politik des Gesamtbundes zu erhalten; nur zusammen mit den Gesandten der süddeutschen Staaten sollte der Gesandte des Norddeutschen Bundes den Gesamtbund nach außen hin zu vertreten berechtigt sein; zu jeder Kriegserklärung sollte die Zustimmung des Bundesrats, zu Friedensverhandlungen die Zuziehung eines bayrischen Vertreters erforderlich sein. Endlich verlangte Bayern ein absolutes Veto gegen jede Erweiterung der Bundeskompetenz und gegen alle Verfassungsänderungen, die sein Stimmrecht oder seine Sonderstellung beträfen, und im Falle der Verhinderung Preußens den Vorsitz im Bundesrat.

Württemberg war viel bescheidener in seinen Forderungen; jedoch ließ Minister von Mittnacht bereits durchblicken, daß er gegen eine so weitgehende Bevorzugung Bayerns Bedenken haben werde. In einem Punkte wollte er sogar die Kompetenz des Bundes weiter ausgedehnt wissen, als es in der norddeutschen Verfassung vorgesehen war; er regte nämlich an, daß dem Bunde auch das Recht der Gesetzgebung über das Preß- und Vereinswesen übertragen werden möge.

Delbrück, der gemäß der ganzen von Bismarck innegehaltenen Richtung den Auftrag erhalten hatte, seinerseits nichts zu fordern, sondern sich nur auf die Entgegennahme und Kritik der etwa erfolgenden Angebote zu beschränken, ließ keinen Zweifel darüber, daß seine Regierung keineswegs ihre Zustimmung zu einer Erhöhung der bayrischen Stimmen im Bundesrat, zu einer Beteiligung der einzelnen Staaten bei der diplomatischen Vertretung des Reiches nach außen, zur Beschränkung der Marine auf Norddeutschland und zur Einführung eines bayrischen Vetos gegen Verfassungsänderungen geben werde. Auch gegen die Be-

schränkung der Bundeskompetenz in den Fragen des Gewerbebetriebs, des Staatsbürgerrechts und des Obligationenrechts sowie gegen die Beibehaltung eigener bayrischer Konsulate erhob er entschiedene Einwendungen. Bezüglich des Militärwesens verschanzte er sich hinter seiner Unkenntnis dieser Materie und behielt die Stellungnahme seiner Regierung vor. Er hoffte, daß Bayern in diesen Punkten noch nachgeben werde, wenn seine übrigen Wünsche im wesentlichen erfüllt würden. So hatte er die bestimmte Empfindung, daß Bray in der Frage der diplomatischen Vertretung unter seinen Kollegen alleinstehe, daß namentlich Herr v. Lutz anderer Meinung sei. Beim König werde allerdings dieser Punkt am schwierigsten durchzusetzen sein. Im ganzen nahm er den Eindruck mit, daß durch weitere Verhandlungen schließlich eine Einigung zu erzielen sein werde. Bindende Beschlüsse wurden nicht gefaßt, aber man hatte doch sowohl auf norddeutscher, wie auf bayrischer und württembergischer Seite größere Klarheit über die vorhandenen Differenzpunkte und Schwierigkeiten gewonnen. Die Hauptfrage blieb freiwillig noch offen: ob nämlich Bayern sich entschließen würde, selbst bei Bewilligung eines großen Teiles seiner Forderungen dem Norddeutschen Bunde beizutreten, oder ob es auf dem Gedanken eines weiteren Bundes auch weiterhin beharren werde. Bei Delbrück und Mittnacht bestand zunächst die Vorstellung, daß Bayern sich prinzipiell entschlossen habe, der Nordbundverfassung beizutreten, wenn diese in den beanstandeten Punkten geändert werde. Jedenfalls blieb Bismarck entschlossen, auch jetzt seinerseits nicht mit Vorschlägen hervorzutreten, sondern weitere Schritte und Erklärungen Bayerns abzuwarten.

Da man in München damit rechnen mußte, daß eine Reihe wichtiger Forderungen von der anderen Seite jedenfalls zurückgewiesen werden würden, so scheint man anfangs keine besondere Neigung zur schnellen Wiederaufnahme der Verhandlungen gehabt zu haben. Graf Bray faßte seinen Eindruck dahin zusammen, daß Preußen weder den Nordbund auflösen noch den Austritt Sachsens und Oberhessens zugeben werde, daß daher nur die Möglichkeit für Bayern und Württemberg bleibe, einen weiteren Bund daneben anzustreben. Den Eintritt Badens in

willigung dieser Bedingung mit keiner französischen Regierung den Norddbund setzte er offenbar als unabwendbar voraus. Man war also in München noch keineswegs soweit, wie es Delbrück und auf seinen Bericht hin Bismarck annahmen.

Jedenfalls hielt der Kanzler, um die Verhandlungen nicht einschlafen zu lassen, einen neuen Antrieb für nötig.

Am 3. Oktober stellte der Großherzog von Baden, von Bismarck telegraphisch dazu aufgefordert, den förmlichen Antrag, sein Gebiet in den Norddeutschen Bund aufzunehmen. Inzwischen war auch General von Suckow aus dem Hauptquartier zurückgekehrt und überbrachte eine persönliche Einladung für den König ins Hauptquartier. Daraufhin ließ die württembergische Regierung durch Suckow an Bismarck mitteilen, daß der König erst nach Abschluß der Verhandlungen über das Bundesverhältnis selbst zu kommen gedenke, aber bereit sei, auf preußische Einladung zwei Bevollmächtigte dorthin zu schicken (7. Oktober). Bismarck antwortete telegraphisch, daß er die Gesandten mit lebhafter Genugtuung erwarte und ließ auch den Grafen Bray hiervon in Kenntnis setzen sowie Baden zur Beteiligung auffordern. Indessen war man in Württemberg gerade durch den Verlauf der Münchener Besprechungen über die Absichten Bayerns immer unruhiger geworden. Graf Taube meinte, auch Württemberg könne nicht ohne Weiteres in den Nordbund eintreten und machte es sich zur besonderen Aufgabe, jede Sonderverhandlung zu hintertreiben. Daher ließ er auch sofort durch Suckow an Bismarck die Frage stellen, ob auch Bayern zur Beteiligung eingeladen sei. Bismarck fragte darauf in München telegraphisch an, ob Bayern sich an den bevorstehenden Konferenzen zu beteiligen gedenke, oder ob die begonnenen Verhandlungen durch Delbrück in München weitergeführt werden sollten. Auch Mittnacht wandte sich an die bayrische Regierung mit der Aufforderung, Vertreter nach Versailles zu entsenden. In München hätte man wohl gerne noch etwas länger gezögert, hielt es aber mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung doch nicht für ratsam, sich von den Verhandlungen auszuschließen, welche die übrigen süddeutschen Staaten im Hauptquartier zu führen gedachten; man entschloß sich, ebenfalls Gesandte dorthin abzuordnen.

* * *

Mit den Verhandlungen in Versailles, die am 25. Oktober begannen, erreichten die Bemühungen um den dauernden Zusammenschluß der deutschen Staaten ihren dramatischen Höhepunkt. Alle süddeutschen Regierungen waren daran beteiligt; denn auch Hessen hatte am 18. Oktober seine vollständige Aufnahme in den Norddeutschen Bund beantragt. Ihre Vertreter waren von tiefem Mißtrauen gegeneinander beseelt; wollten doch die Abgesandten Bayerns, Württembergs und Badens nicht einmal denselben Eisenbahnzug nach Frankreich benutzen. Sie fühlten sich in dem militärischen Milieu des Hauptquartiers ziemlich fremd und unbehaglich; manche wenig schmeichelhafte Bemerkungen drangen bei den abendlichen geselligen Zusammenkünften an ihr Ohr. Sie wußten alle, daß ein Ergebnis zustandekommen müsse, waren aber recht verschiedener Meinung darüber, wie es aussehen solle und sahen der unleugbaren Notwendigkeit nur zum Teil mit innerer Freudigkeit ins Auge.

Ihnen gegenüber stand Bismarck, der allein wußte, was er wollte, aber auch die Schwierigkeiten und Widerstände genugsam kannte. Inmitten des kriegerischen Treibens, das er gespannt beobachtete, stets im Kampf mit den Vermittlungswünschen der Neutralen, namentlich der Engländer, beständig beunruhigt durch die wechselnde internationale Lage, die damals durch die russische Aufrollung der Pontusfrage verwickelter zu werden drohte als je zuvor, hat er mit Anspannung aller Kräfte seines mächtigen Geistes hier die bedeutungsvollste seiner Leistungen vollbracht.

Hatte er einen Kriegsplan für den bevorstehenden diplomatischen Kampf und wie war er beschaffen? Darüber befand er sich keinen Augenblick im Zweifel, daß der Abschluß eines weiteren Bundes jetzt nicht mehr in Frage kommen könne. Vor dem Kriege würde er vielleicht auf eine solche Vereinbarung eingegangen sein, wenn Bayern sie aus freien Stücken angeboten hätte. In ihm selbst mag manches auch jetzt noch für diese Lösung gesprochen haben, die in der Richtung seiner alten Wünsche lag. Aber jetzt zeigte es sich, daß die gewaltigen Erfolge des Kampfes, die Siegesstimmung eines ganzen Volkes, der mächtige Aufschwung nationaler Begeisterung auch von ihm nicht unbeachtet gelassen werden konnte. Die Flut riß nicht nur die kleinen hilf-

losen Boote mit sich, sondern zwang auch das gewaltige Kriegsschiff, dessen Steuer Bismarck führte, in eine veränderte Fahrtrichtung hinein. Er hätte vor den norddeutschen Reichstag, vor das deutsche Volk überhaupt nicht hintreten können mit einer Verfassung, die einen neuen rechtlich begründeten Dualismus geschaffen hätte. Er war entschlossen, die Verhandlung abzubrechen, wenn Bayern etwa hierauf bestehe.

Ebenso aber sagte er sich auch von vornherein, daß Bayern zum Eintritt in den Bund nur dann zu bringen sein werde, wenn man ihm eine gewisse Sonderstellung einräume. Gerade Bismarck, der gewohnt war, mit den vorhandenen Machtverhältnissen als feststehenden Tatsachen zu rechnen, war geneigt, die Berechtigung dieser bayrischen Wünsche bis zu einem gewissen Grade anzuerkennen. War doch Bayern der einzige deutsche Staat, der im Notfall eine gesonderte politische Existenz hätte führen können; weil es mehr aufgab, mußte ihm auch mehr geboten werden. Den weiterblickenden preußischen Staatsmännern, wie Camphausen und Radowitz, war es schon in der Zeit der Revolution und der Unionspläne klar gewesen, daß man eine Abstufung in den Rechten der einzelnen Staaten, entsprechend ihrer Größe und Bedeutung, zugestehen müsse, wenn man ihre Zustimmung ohne offenen Zwang gewinnen wolle. Auch Bismarck selbst hatte schon in seinen früheren Verfassungsplänen mit einer Bevorzugung Bayerns gerechnet. Nur in einer Beziehung war er entschlossen, keinerlei Konzessionen zu machen: die auswärtige Politik des Bundes mußte einheitlich bleiben; hätte man sich bei allen wichtigeren Schritten der Zustimmung Bayerns versichern müssen, so wäre die Politik des Bundes von Anfang an gelähmt gewesen, und Preußen würde sich genötigt gesehen haben, wieder seine eigene Politik als europäische Großmacht zu treiben, wie zu den Zeiten des alten Bundestags. Dazu durfte man es unter keinen Umständen kommen lassen.

Wenn Bismarck aber auch bereit war, in allen übrigen Beziehungen den bayrischen Wünschen möglichst weit entgegenzukommen, so mußte er doch auch hier mit einer sehr erheblichen Schwierigkeit rechnen. Jede Bevorzugung Bayerns mußte nicht nur bei der liberal und unitarisch gesinnten öffentlichen Meinung

Deutschlands und bei dem von ihr beherrschten norddeutschen Reichstag, sondern ebensosehr bei den übrigen süddeutschen Staaten auf heftigen Widerspruch stoßen. Hatte doch Württemberg in München deutlich zu erkennen gegeben, daß es damit nicht einverstanden sein werde. Ebenso wollte auch der Großherzog von Baden, daß Bayern der deutschen Einheit dieselben Opfer bringe, die er selbst zu bringen bereit war. Es lag also die Gefahr nahe, daß der norddeutsche Reichstag sowie die Regierungen und Volksvertretungen Württembergs und Badens den Zugeständnissen ihre Genehmigung versagen würden, die Bismarck für seine Person Bayern zu machen bereit war. Hätte er mit allen Bevollmächtigten gleichzeitig verhandelt, so würden in den gemeinsamen Beratungen diese Gegensätze zweifellos alsbald scharf zum Ausdruck gekommen sein, und es mußte sehr zweifelhaft erscheinen, ob sich dann noch ein Ausweg werde finden lassen. Der Wortlaut seiner Einladung an Bayern legt die Vermutung nahe, daß es ihm lieber gewesen wäre, sie wären nicht nach Versailles gekommen und hätten Delbrücks erneutes Erscheinen in München abgewartet. In diesen Erwägungen müssen wir den Grund dafür erblicken, daß Bismarck, obwohl die Vertreter der sämtlichen beteiligten Staaten an einem Orte versammelt waren, mit jedem dieser Staaten gesondert verhandelte.

Auch so blieb es immer noch fraglich, ob diese Schwierigkeit zu überwinden sein werde. Bismarck kam in dieser Lage auf den alten Gedanken Camphausens zurück, den er freilich schwerlich gekannt haben wird, der sich aber wegen der Ähnlichkeit der Lage von selbst wieder einstellte, daß nämlich mit der Scheu jeder einzelnen Regierung, dem deutschen Volke gegenüber die Verantwortung für das Scheitern des Einheitswerkes zu übernehmen, als mit einer wesentlichen Hilfskraft gerechnet werden müsse. Sein Plan ging daher dahin, die Verhandlungen mit jedem einzelnen Staate so weit zu führen, daß über die besonderen Bedingungen, die jeder für seinen Eintritt stelle, Einigung erzielt sei. Die einzelnen Verträge konnten dann ein verschiedenes Aussehen haben; Bayern konnte größere Sonderrechte erhalten als Württemberg, dies vielleicht größere als Baden und die norddeutschen Staaten. War man so weit gelangt, so konnte Bismarck sagen:

Das Einheitswerk ist fertig, wenn sämtliche Faktoren, die mitzusprechen haben, sich mit der gleichzeitigen Annahme dieser Verträge, wie sie vorliegen, einverstanden erklären. Versagen Württemberg oder Baden ihre Zustimmung deshalb, weil Bayern mehr bekommt als sie, obwohl ihnen selbst alles zugestanden ist, was sie in ihrem eigenen Interesse zu verlangen für nötig gehalten haben, oder will der norddeutsche Reichstag die Verträge nicht annehmen, weil er die Einräumung von Sonderrechten an die süddeutschen Staaten überhaupt mißbilligt, so wird der ablehnende Teil vor der Öffentlichkeit und der Nachwelt die alleinige Verantwortung für das abermalige Scheitern des Einheitswerkes zu tragen haben. Konnte man mit Bayern einig werden, so ergab sich bei diesem Verfahren noch der weitere Vorteil, daß Württemberg bei seiner geographischen Lage schwerlich die Möglichkeit haben würde, außerhalb des Bundes zu bleiben, namentlich wenn Baden sich zum Nachgeben bewegen ließ. Bei der nationalen Gesinnung des Großherzogs Friedrich war aber entschieden damit zu rechnen, daß er schließlich, wenn auch noch so ungern, die Sonderstellung Bayerns einem Scheitern des ganzen Werkes vorziehen werde.

Bismarcks Verfahren bot zweifellos die einzige Möglichkeit, zu einem positiven Ziel zu gelangen; aber eine Sicherheit, daß der Zweck erreicht werden würde, war noch keineswegs vorhanden. Ganz abgesehen davon, ob es gelingen werde, die bayrischen Forderungen auf ein die Grundlagen der Einheit nicht gefährdendes Maß herabzudrücken, mußte noch mit anderen hindernden Einflüssen gerechnet werden. König Wilhelm selbst legte keinen entscheidenden Wert auf das Zustandekommen eines gemeinsamen inneren deutschen Staatslebens. Er war im wesentlichen auf dem Standpunkt stehen geblieben, den Bismarck in seiner früheren Zeit eingenommen hatte. Die deutsche Einheit bestand für ihn auch jetzt noch im wesentlichen in der Einigkeit gegenüber dem Ausland. Daran lag auch ihm, daß die Verfügung Preußens über die Streitkräfte der süddeutschen Staaten in noch stärkerem Maße gesichert werde, wie es durch die Schutz- und Trutzbündnisse von 1866 bereits geschehen war; und auch dagegen hatte er sicherlich nichts einzuwenden, daß den süddeutschen Staaten

die Möglichkeit genommen werde, eine selbständige Politik dem Ausland gegenüber zu treiben. Nun waren dies aber gerade diejenigen Punkte, an denen Bayern besonderen Anstoß nahm; und auch Württemberg wollte wenigstens für sein Heerwesen einen gewissen Grad von Selbständigkeit bewahren. So konnte es vom Standpunkt des Königs aus scheinen, als ob die Aufnahme dieser Staaten in den Bund unter solchen Bedingungen keinen erheblichen Wert besitze. Ein gesamtdeutsches Parlament hatte der König zwar zugestanden, als Bismarck vor 1866 die preußischen Reformwünsche formulierte; es ist gewiß nicht ohne schwere Bedenken geschehen, und sein Herz hing jedenfalls nicht daran; er konnte also hierin keinen Ersatz für eine militärische und vielleicht auch diplomatische Sonderstellung der größten süddeutschen Staaten finden. Die militärische Umgebung des Königs teilte diese Anschauungen durchaus; ebenso waren sie den preußischen Konservativen geläufig, die auch jetzt genau wie 1848 die Befürchtung hegten, daß ein unter Teilnahme der Süddeutschen gebildetes Gesamtparlament einen demokratischen Zug in die Entwicklung des Bundes bringen werde. Es war die Frage, ob es möglich sein werde, diese Gegenströmungen zu überwinden.

Die Verhandlungen mit Baden und Hessen nahmen einen sehr glatten Verlauf. Ihre Sonderwünsche waren unwesentlich, und nur bei den Verhandlungen über die Militärkonvention mit Baden, die nebenher von den beiden Kriegsministern geführt wurde, ergaben sich einzelne Anstöße. Dennoch zögerte Bismarck mit dem endgültigen Abschluß, weil er, wie wir wissen, die Verträge alle gleichzeitig fertigstellen wollte.

Auch die Verhandlungen mit Württemberg gingen anfangs gut vorwärts und schienen Mitte November zum vollen Einverständnis zu führen. Württemberg wollte sich zwar im Gegensatz zu Bismarcks Wünschen die selbständige Verwaltung seiner Post und Telegraphie und eine größere Sonderstellung seines Heeres, etwa nach dem Muster des sächsischen, vorbehalten, stellte aber sonst für sich keine unannehmbaren Bedingungen. Über das, was gleichzeitig mit Bayern beraten wurde, ließ Bismarck die württembergischen Vertreter im Dunkeln; nur einmal machte er ihnen von den exorbitanten Forderungen, die Bayern anfangs stellte,

Mitteilung, einerseits um ihnen zu beweisen, daß es nicht seine Schuld sein werde, wenn die Verhandlungen mit Bayern scheiterten, andererseits aber, um sie zu bestimmen, auf die Herren aus München im Sinne einer Herabminderung ihrer Forderungen einzuwirken. Die Hauptfrage aber blieb immer, ob dies gelingen werde.

Der bayrische Ministerpräsident Graf Bray brachte anfangs wieder den Plan eines weiteren und engeren Bundes vor, während der zweite bayrische Vertreter, Freiherr von Lutz, eher geneigt schien, auf den Eintritt in den Norddeutschen Bund unter Bewilligung von Reservatrechten einzugehen. Graf Bray widerstrebte innerlich dem ganzen Einigungswerke und hatte anfangs gar nicht selbst mit nach Versailles gehen wollen; erst auf die dringenden Vorstellungen seiner Kollegen, daß seine verantwortliche Stellung dies erfordere, hatte er sich dazu entschlossen. Es fehlte den bayrischen Gesandten an klaren und durchdachten Instruktionen, was sich aus ihrer eiligen Abfertigung, aber auch aus der Verschiedenheit der Ansichten innerhalb des Ministeriums und der Unzugänglichkeit des Königs erklärt. Wurde doch die Abreise der Gesandten dadurch verzögert, daß der König vor Unterzeichnung der Vollmacht plötzlich in die Berge abreiste. Auf die Bitte um genaue Instruktion telegraphierte er dem Grafen Bray, er möge nur abfahren. „Alles übrige wüßte er ja." Graf Bray ließ sich schließlich bestimmen, seine Ansicht über die Bedingungen eines weiteren Bundes genauer zu formulieren; das Schriftstück, welches er aufsetzte, teilte er seinen Kollegen, Herrn von Lutz und dem Kriegsminister von Pranckh, gar nicht mit, sondern übergab es direkt an Bismarck. Er fügte noch eine weitere Ausarbeitung hinzu, welche die Bestimmungen der norddeutschen Bundesverfassung enthielt, die für Bayern unannehmbar seien. Er ging dabei von der Voraussetzung aus, daß Württemberg, Baden und Hessen dem engeren Bunde beitreten würden, und daß der weitere Bund mit Bayern allein geschlossen werde. Er hielt im wesentlichen an den Forderungen fest, die Bayern bereits in München gestellt hatte, ja er ging sogar in einigen Punkten darüber hinaus; so forderte er die Gleichberechtigung Bayerns mit Preußen im Präsidium des Gesamtbundes und eine gemeinsame Instruk-

tion der auswärtigen Gesandten nach vorheriger Vereinbarung zwischen München und Berlin; nur die Einschränkung der Bundeskompetenz für das Gewerbe- und Rechtswesen und die Weigerung, zu den Kosten der Marine beizutragen, ließ er fallen. Dafür verlangte er, daß dem König von Bayern das Vorschlagsrecht für die Ernennung eines Teiles der Reichsbeamten gewährt werden solle. Endlich schlug er, wohl auf sächsische Anregungen hin, die Errichtung eines Staatenhauses vor. Zugleich regte er an, wie er dies in einer früheren Unterredung bereits mündlich in Aussicht gestellt hatte, daß der König von Preußen als Oberhaupt des Gesamtbundes den Titel eines deutschen Kaisers erhalten möge.

Damit war eine Frage ernsthaft in die Diskussion geworfen, die schon früher gelegentlich berührt war und nun nicht wieder verschwand. Graf Bray hatte zu einem solchen Angebot keine Ermächtigung von seinem König erhalten; er hatte aber aus den früheren Berichten Tauffkirchens und seinen ersten Besprechungen mit Bismarck den Eindruck gewonnen, daß dieser ein solches Angebot von bayrischer Seite dringend wünsche. Hierin täuschte er sich auch keineswegs. Bismarck hatte mit seinem feinen Sinn für die Imponderabilien in der Politik die Bedeutung einer Erneuerung des Kaisertums längst erkannt; er wußte, daß dem deutschen Volke die Einheit erst dann als wirklich hergestellt erscheinen würde, daß es erst dann den Bund der deutschen Staaten als etwas Dauerndes betrachten werde, wenn die alten Bezeichnungen Kaiser und Reich, an denen so viele historische Erinnerungen und Gefühlswerte hingen, erneuert würden. Er hatte ja bereits bei der Gründung des Norddeutschen Bundes eine spätere Ausbildung des Bundespräsidiums zum Kaisertum erwogen, war aber damals noch der Ansicht gewesen, daß eine Erweiterung der Befugnisse damit verbunden sein müsse. Daran ließ sich bei der jetzigen Lage der Dinge nicht mehr denken. Aber jetzt legte er mit Rücksicht auf die völlig veränderte Volksstimmung dem Kaisertitel eine erheblichere Bedeutung bei und erwartete, daß er auch ohne eine Veränderung der rechtlichen Stellung seines Trägers dessen tatsächliches Ansehen wesentlich steigern werde.

Indem Graf Bray auf diesen Wunsch einging, bekundete er

freilich, daß ihm diese Bedeutung der Frage keineswegs klar war. Er sah darin eine bloße Titelfrage, der keine erhebliche Wichtigkeit zukomme gegenüber der positiven Abgrenzung der Rechte, wie sie in den Verträgen festzulegen sei. Er glaubte ganz besonders klug zu handeln, wenn er diesem Verlangen nach einem inhaltlosen Worte entgegenkomme und dafür andere reellere Zugeständnisse fordere.

Indessen täuschte er sich sehr, wenn er glaubte, daß Bismarck auf ein solches Handelsgeschäft eingehen werde. Der große Staatsmann wußte viel zu genau, daß er für dies Zugeständnis nichts zu bezahlen brauche. Kam die Einheit zustande, so mußte auch die Kaiserfrage aufgeworfen werden; tat es Bayern nicht, so ließ sich gewiß einer der anderen Fürsten, der König von Sachsen oder der Großherzog von Baden dazu bestimmen, die Initiative zu ergreifen. Hatte doch der letztere sich bereits ausdrücklich dazu erboten. Ebensowenig war an der Bereitwilligkeit des norddeutschen Reichstags zu einem solchen Schritte zu zweifeln; und da die Fürsten einem solchen Antrage kaum Widerstand hätten entgegensetzen können, so ließ sich mit Sicherheit erwarten, daß schon die Drohung mit einem solchen Schritt des Reichstags sie bewegen würde, lieber selbst voranzugehen, um nicht später als die Geschobenen zu erscheinen.

Diese Aufzeichnung des Grafen Bray war es, die Bismarck den württembergischen Vertretern zeigte. Ebenso teilte er sie dem sächsischen Vertreter, Freiherrn von Friesen mit, der auf seinen Antrag neben ihm selbst und Delbrück als Kommissar des Norddeutschen Bundes zu den Verhandlungen zugezogen worden war. Er bezeichnete die darin enthaltenen Forderungen als gänzlich unannehmbar. Graf Bray stand nun vor der Frage, ob er die Verhandlungen abbrechen oder etwas anderes vorschlagen solle. Er geriet darüber in heftige Auseinandersetzungen mit seinen Kollegen, namentlich mit Herrn von Lutz, der das einseitige Vorgehen Brays durchaus nicht billigte. Gleichzeitig versuchten auch die württembergischen Gesandten und Herr von Friesen auf die bayrischen Vertreter einzuwirken. Durch die Art, in der dies geschah, wurde allerdings eine neue Schwierigkeit geschaffen.

Herr von Friesen hielt nämlich den Zeitpunkt für geeignet, um einige andere wichtige Veränderungen der Verfassung des Nord-

deutschen Bundes durchzusetzen. So sehr er im Interesse Sachsens den Beitritt der süddeutschen Staaten wünschte, und so fest er auch überzeugt war, daß die Grundlagen der Verfassung beibehalten werden müßten, so blickte er doch nicht ohne Bedenken in die Zukunft. Seine Auffassung berührte sich vielfach mit derjenigen der preußischen Konservativen. Er fürchtete den Einfluß des aus dem demokratischen allgemeinen Wahlrecht hervorgehenden Reichstags und wollte ihn durch ein aristokratisches Oberhaus paralysieren. Und er fürchtete ebenso, daß die unitarischen Bestrebungen, wie sie namentlich von den Nationalliberalen und Freikonservativen vertreten wurden, mit der Zeit immer stärker werden und die Selbständigkeit der Einzelstaaten noch weiter einzuschränken versuchen würden. Die einzige Möglichkeit, dies zu verhindern, erblickte er in der ausdrücklichen Feststellung, daß jede weitere Ausdehnung der Kompetenz des Reiches nicht auf dem Wege der einfachen Verfassungsänderung, sondern nur unter Zustimmung sämtlicher am Bunde beteiligter Regierungen und aller einzelstaatlichen Parlamente stattfinden dürfe. Praktisch hätte das natürlich bedeutet, daß jede derartige Maßregel von vornherein unmöglich gewesen wäre. Wäre er damit durchgedrungen, so hätte das neue deutsche Reich eine der verhängnisvollsten Bestimmungen der alten Bundesakte als traurige Erbschaft übernommen; jede Anpassung an veränderte Zeitverhältnisse auf gesetzmäßigem Wege wäre dadurch abgeschnitten worden.

Der sächsische Minister stieß denn auch bei Bismarck auf höfliche aber bestimmte Ablehnung, als er ihm diese Gedanken vortrug. Der Bundeskanzler sagte, man müsse sich jetzt streng darauf beschränken, diejenigen Änderungen der Verfassung zu diskutieren, die von den süddeutschen Staaten gefordert würden; weiche man von diesem Grundsatz ab und räume man den schon im Bunde befindlichen Staaten oder ihren Parlamenten das Recht ein, jetzt ebenfalls Änderungsvorschläge zu machen, so würden noch eine ganze Reihe von anderen Plänen auftauchen, wie die Einrichtung von verantwortlichen Reichsministerien; die ganze Verhandlung werde dann unabsehbar in die Länge gezogen und der günstige Augenblick zum Abschluß mit den süddeutschen Staaten versäumt werden.

Herr von Friesen zog aus diesen Worten Bismarcks den Schluß, daß seine Wünsche nur dann Aussicht auf Erfüllung hätten, wenn sie von den süddeutschen Staaten zu den ihren gemacht würden. Er bemühte sich daher, in seinen Besprechungen mit den süddeutschen Vertretern, diese zur Forderung einer derartigen Einschränkung der Reichskompetenz zu bestimmen. Namentlich den bayrischen Gesandten versuchte er klar zu machen, daß es nicht richtig sei, wenn Bayern sein Augenmerk hauptsächlich darauf richte, für sich allein eine Sonderstellung zu erlangen; es würde viel klüger handeln, wenn es den Einfluß, den es im Augenblicke auszuüben vermöge, dazu anwende, die norddeutsche Verfassung im Sinne des föderativen Prinzips umzugestalten und so als Wortführer aller Einzelstaaten gegenüber dem Bundespräsidium und dem Reichstag aufzutreten. Vielleicht hätten die bayrischen Bevollmächtigten im Interesse der kleineren Dynastien richtiger gehandelt, wenn sie darauf eingegangen wären; aber zum Glück für das größere Ganze waren sie so befangen in spezifisch bayrischen Gesichtspunkten und so sehr bestrebt, ihrem Staate eine Vorzugsstellung zu sichern, daß ihnen daneben das gemeinsame Interesse der mittleren und kleineren Staaten als völlig nebensächlich erschien. So blieben diese Versuche des sächsischen Ministers ohne Erfolg; aber sie zeigen uns deutlich, welche Gefahren damals dem Einigungswerke drohten, und wie schwer es für Bismarck war, sein Schiff durch alle diese Klippen hindurchzubringen.

Eine weitere, vielleit noch größere Schwierigkeit ergab sich daraus, daß an den süddeutschen Höfen der Gedanke auftauchte, man könne als Ersatz für die Rechte, die man zugunsten des neuen Reiches opfern sollte, wenigstens eine territoriale Vergrößerung des eigenen Staatsgebietes verlangen. Die Wünsche der württembergischen Hofkreise, namentlich wohl der Königin Olga, richteten sich auf das preußische Hohenzollern; die Minister standen diesen Plänen fern; zur offiziellen Verhandlung sind sie niemals gekommen. König Ludwig von Bayern aber hoffte bei dieser Gelegenheit die territoriale Verbindung zwischen der bayrischen Pfalz und der Hauptmasse seines Staates herstellen zu können. Es war ein alter Wunsch der Wittelsbacher, die nörd-

lichen Teile Badens, die ja zum großen Teil früher pfälzisches Gebiet gewesen waren, die eigentlichen Stammlande des regierenden Königshauses, zurückzugewinnen. Man wollte nicht geradezu Heidelberg und Mannheim fordern, aber doch wenigstens einen Streifen badischen Gebiets, der den unmittelbaren Zusammenhang der bayrischen Landesteile hergestellt hätte. Bayern würde, wenn dieser Plan zur Ausführung gekommen wäre, mit seinem Gebiet die übrigen süddeutschen Staaten vom Norden völlig abgesperrt haben. Wenn das nicht zu erreichen sei, wollte der König sich schließlich auch mit einer kleineren Gebietserweiterung welche die territorialen Verluste von 1866 ausgleiche, zufriedengeben. Graf Bray ging auf die Lieblingswünsche seines Herrn nur zögernd und ungern ein; ganz unerwähnt lassen konnte er sie aber nicht.

Eine Möglichkeit zur Ausführung dieser Gedanken schien dadurch vorhanden, daß durch die geplante Eroberung von Elsaß-Lothringen ein Entschädigungsobjekt gegeben war. Hätte man doch Preußen zum Ersatz für Hohenzollern Lothringen, Baden zum Ersatz für seine nördlichen Gebietsteile das Elsaß geben können.

Die große Gefahr dieser Bestrebungen lag darin, daß ihr Gelingen eine starke Erbitterung der übrigen Staaten, die keine Vergrößerung erhalten sollten, zur notwendigen Folge haben mußte. Sie alle hatten ja in gleicher Weise zu dem großen Erfolge des Kampfes beigetragen, alle gemeinsam Elsaß-Lothringen erobert; konnten die übrigen gleichgültig zusehen, wenn nur Preußen, Bayern, Württemberg und Baden besondere Vorteile aus dem Siege zogen? Warum sollte das Königreich Sachsen oder Hessen und andere leer ausgehen? In der Tat hat in Darmstadt schon früh Herr von Dalwigk diese Erweiterungs- und Austauschpläne mit geschäftigem Eifer ergriffen und für seinen Staat nutzbar zu machen gesucht. Bismarck täuschte sich nicht einen Augenblick darüber, daß ein solcher Länderhandel in dem Augenblick, wo Deutschland im Begriff stand, sein Staatsleben auf eine neue nationale Basis zu stellen, nicht nur bei den benachteiligten Staaten, sondern auch bei der gesamten öffentlichen Meinung die schärfste Verurteilung erfahren haben würde. Er trat, wie wir wissen, dafür ein, daß die gemeinsam eroberten

Gebiete ein gemeinsamer Besitz ganz Deutschlands bleiben müßten; Elsaß-Lothringen sollte die Stellung eines unmittelbaren Reichslandes erhalten; damit sollte die Möglichkeit, irgendwelche egoistischen Wünsche an diese Erwerbung zu knüpfen, von vornherein ausgeschlossen werden. Den Württembergern gegenüber sprach er sofort deutlich aus, daß König Wilhelm sich niemals zur Abtretung der Stammgebiete seines Hauses bereitfinden lassen werde. Bayern gegenüber aber galt es, möglichst vorsichtig zu verfahren.

Die bayrischen Gesandten wußten ganz genau, daß ihr König persönlich auf die Gebietserweiterung den größten Wert legte; ja sie glaubten befürchten zu müssen, daß er seine Zustimmung zum Eintritt in den Bund von der Erfüllung dieser Forderung abhängig machen werde. Sie werden Bismarck hierüber nicht im Unklaren gelassen haben. Der Kanzler entschloß sich daher, hier ein anderes Verfahren zu wählen. Ähnlich wie er es früher Napoelon gegenüber getan hatte, scheint er die Bayern bis zur Vollendung der Verhandlungen hingehalten zu haben, indem er ihnen die Erreichung ihres Zieles zwar nicht versprach, aber sie auch nicht als ganz unmöglich hinstellte. Er wies sie darauf hin, daß alles auf die Entschließungen des Großherzogs von Baden ankomme, der natürlich, da er ebensogut wie Bayern ein treuer Verbündeter sei, nicht gegen seinen Willen zur Abtretung von Land und Leuten gezwungen werden könne. Er wußte ja ganz genau, daß Großherzog Friedrich nicht im entferntesten daran dachte, auf die bayrischen Wünsche einzugehen. Tatsächlich ließ sich Graf Bray durch die Hoffnung, daß auf diese Weise der Lieblingswunsch seines Königs vielleicht doch noch erfüllt werden könne, so lange hinhalten, bis die Verträge unterzeichnet waren; als er dann zum Großherzog von Baden kam und den Austausch badischer Gebiete gegen das Elsaß zur Sprache brachte, erfuhr er eine so entschiedene Abfertigung, daß es nicht möglich war, auf die Sache noch einmal zurückzukommen.

Alle diese mehr oder minder großen Schwierigkeiten betrafen aber schließlich nur Nebendinge; die Hauptfrage blieb immer, ob Bayern auf seinen unannehmbaren Bedingungen in der Verfassungsfrage beharren werde. Graf Bray machte, nachdem seine

ersten Bedingungen von Bismarck abgelehnt waren, den Versuch, einen positiven Gegenvorschlag von dem Bundeskanzler zu erlangen. Bismarck ließ sich aber darauf nicht ein. Er hielt streng an dem Wege fest, den er sich vorgezeichnet hatte; Bayern sollte Vorschläge machen; wenn diese irgend annehmbar seien, sollten sie als Grundlage des Vertrages dienen; wenn sie aber unannehmbare Bedingungen enthielten, war er entschlossen, sie zurückzuweisen, natürlich mit der ausdrücklichen Erklärung, daß die unmäßigen Forderungen Bayerns an dem Scheitern der Einigung schuld seien. Sobald er selbst etwas verlangte, gab er den Vorteil aus der Hand, den ihm seine Stellung bot. Er gab dann den Bayern die Möglichkeit, ihrerseits zu sagen: Preußen ist am Scheitern des Vertrages schuld, weil es uns Zumutungen gestellt hat, die wir mit Rücksicht auf die Bedeutung Bayerns nicht annehmen konnten.

Nachdem dieser Versuch des bayrischen Ministers gescheitert war, herrschte bei ihm und seinen Kollegen vollständige Ratlosigkeit. Man überlegte sich, ob es nicht besser sei, nach München zurückzukehren und dort noch einmal die ganze Frage in ruhige und gründliche Erwägung zu ziehen; man scheute sich aber vor dem Eindruck, den die Abreise der Bevollmächtigten, ohne daß irgendein Resultat erreicht worden war, überall hervorbringen mußte, namentlich wenn etwa, wie es schien, Baden und Württemberg zur Einigung mit Bismarck gelangen würden. Mehrere Tage lang stockten die Verhandlungen, und man rechnete auf preußischer Seite bereits mit ihrem völligen Scheitern. Endlich aber fügte sich Graf Bray der Meinung, die sein Kollege von Lutz bereits von Anfang an vertreten hatte, daß man auf den Gedanken eines weiteren Bundes endgültig verzichten und den Eintritt in den Nordbund mit bestimmten Reservatrechten für Bayern definitiv ins Auge fassen müsse. Die Bevollmächtigten entschlossen sich hierzu, ohne von München aus eine besondere Ermächtigung erhalten zu haben. Sie nahmen damit viel auf ihre eigene Verantwortung, und es ist namentlich dem Grafen Bray gewiß nicht leicht geworden, dies zu tun. Sie hatten sich aber gerade in diesen Wochen davon überzeugt, daß sie nur die Wahl hatten, mit ihren Forderungen herunterzugehen, oder außerhalb des neuen Bundes

zu bleiben; und sie glaubten es nicht verantworten zu können, zu der letzteren Möglichkeit zu raten oder mitzuwirken. Man muß sich dabei vergegenwärtigen, welcher Gefahr sich Bayern aussetzte, wenn es außerhalb des Bundes blieb. Jetzt konnte Preußen keinen Druck auf die bayrische Regierung ausüben, solange der gemeinsame Kampf dauerte. War aber der Friede geschlossen und stand Bayern dem übrigen Deutschland als ein selbständiger fremder Staat gegenüber, so mußten derartige Rücksichten fortfallen; Preußen konnte dann, wie es Bismarck früher schon angedeutet hatte, den Zollverein kündigen. Die Anwendung dieses Mittels hätte für die bayrische Industrie eine außerordentlich schwere Schädigung bedeutet, und die Drohung damit hatte sich schon mehrmals als ein recht wirksames Druckmittel erwiesen. Man konnte später auf diese Art von Bayern erzwingen, was jetzt durch gütliche Verhandlungen etwa nicht zu erreichen war. Es war sehr fraglich, ob Bayern dann überhaupt noch irgendeine Vorzugsstellung werde erlangen können. Und wie ganz anders mußte Bayerns Beitritt zu dem neuen Reiche wirken, wenn er jetzt nach dem gemeinsamen siegreichen Kampfe freiwillig erfolgte, als wenn er später nachträglich unter dem Druck einer wirtschaftlichen Notwendigkeit vollzogen wurde! Jetzt würde der Anschluß dem König von Bayern als eine nationale Tat angerechnet werden, später würde man achselzuckend sagen, er habe ja nicht anders handeln können.

So bemerken wir denn, daß die bayrischen Gesandten, nachdem sie am 8. November die Beratungen mit den Vertretern Norddeutschlands wieder aufgenommen hatten, viel größeres Entgegenkommen zeigten als früher. Von den acht Stimmen im Bundesrat, von Bayerns Anteil an der diplomatischen Vertretung des Bundes, und von seinem Vorschlagsrecht bei der Ernennung von Reichsbeamten scheint jetzt überhaupt nicht mehr die Rede gewesen zu sein. An dem Veto gegen Kompetenzerweiterungen hielt auch Lutz noch länger fest und ließ diese Forderung erst im letzten Augenblick fallen. Dagegen machte Bismarck einige Zugeständnisse, die geeignet erschienen, das Selbstgefühl Bayerns zu befriedigen, ohne doch die deutschen Gesamtinteressen zu schädigen. Um Bayern einen Ersatz für die ver-

weigerte Beteiligung an der Leitung der auswärtigen Politik zu bieten, schlug er die Einrichtung eines diplomatischen Ausschusses des Bundesrats vor; er sollte aus den Vertretern der Mittelstaaten bestehen und unter dem Vorsitz Bayerns tagen; hingegen sollte Preußen in diesem Ausschuß weder Sitz noch Stimme haben. Gerade durch die letztere Bestimmung wurde der Ausschuß zu völliger Ohnmacht verurteilt. Er war auf die Auskünfte angewiesen, die ihm der Bundeskanzler zu geben für gut befand; tatsächlich ist er, solange Bismarck an der Spitze des Reiches stand, überhaupt nur dreimal zusammengetreten und zwar immer in solchen Augenblicken, wo Bismarck selbst seiner zu bedürfen glaubte.

Ebenso war das Zugeständnis, daß Bayern im Fall der Verhinderung Preußens den Vorsitz im Bundesrat führen und daß die Reichsgesandten im Fall der Verhinderung durch die bayrischen Gesandten vertreten werden sollten, lediglich formeller Natur. Namentlich bei den Gesandten kam es ja im wesentlichen darauf an, wer ihnen die Instruktionen zu geben hatte; die bayrischen Gesandten aber hatten sich, auch wenn sie die Reichsgesandten einmal vertraten, nach den Instruktionen der Reichsregierung zu richten. Gegen die Forderung der Selbständigkeit des bayrischen Postwesens und einige andere kleinere Wünsche Bayerns hatte Bismarck ja von Anfang an keine Bedenken gehabt. Ein erhebliches Zugeständnis Bismarcks bedeuteten eine geheime Abmachung, die in den Bundesvertrag nicht aufgenommen werden sollte, wonach Bayern das Recht erhielt, daß zu allen vom Deutschen Reiche abzuschließenden Friedensverträgen ein bayrischer Bevollmächtigter zugezogen werden solle; dieser sollte allerdings seine Instruktionen durch das Bundeskanzleramt empfangen. Auch hier war das ursprüngliche Verlangen Bayerns auf eine gleichberechtigte Mitwirkung gerichtet gewesen; das schließlich erreichte Zugeständnis gewährte ihm aber doch eine Möglichkeit in die Verhandlungen einzugreifen. Man hat damals wohl die Geheimhaltung beschlossen, weil man fürchten mußte, daß diese Konzession die Abneigung gegen eine Annahme des Vertrages im Norddeutschen Reichstage noch verstärken und vielleicht auch bei Württemberg und Baden neuen Anstoß erregen werde.

Mitte November war man über den politischen Teil des Vertrages ziemlich einig. Größere Schwierigkeiten bereite nur noch der militärische Teil, den der bayrische und der preußische Kriegsminister gesondert zu vereinbaren hatten. Hier bestand Bayern unbedingt auf der völligen Selbständigkeit seines Heerwesens im Frieden und wollte anfangs nicht einmal dulden, daß der bayrische Heeresetat im allgemeinen Reichsetat vorkomme und vom Reichstag beraten und bewilligt werde. In der Tat würde, wenn man dies zugestanden hätte, Bayern in militärischer Beziehung kaum größere Verpflichtungen gehabt haben, als ihm schon die Schutz- und Trutzbündnisse auferlegten.

Während aber die Verhandlungen mit Bayern eine günstigere Wendung nahmen, drohten diejenigen mit Württemberg plötzlich zu stocken. Aus den Berichten von Mittnacht und Suckow hatte man in Stuttgart ersehen, daß Bayern eine sehr erhebliche Bevorzugung für sich verlange; und obwohl Bismarck die ersten Forderungen abgelehnt hatte, glaubte man doch annehmen zu dürfen, daß er wohl wenigstens einen Teil der bayrischen Wünsche bewilligen werde. Das war es aber gerade, was Württemberg auf jeden Fall verhindern wollte. Ebenso entnahm man den Berichten über Bismarcks Mitteilungen, daß Graf Bray, ohne sich der Zustimmung oder Mitwirkung Württembergs zu versichern, den Kaisertitel angeboten und als Gegengabe Sondervergünstigungen zu erlangen versucht habe. Man war daher gegen Bayern sehr verstimmt. Auf der anderen Seite hatte die Münchner Regierung aus den Berichten des Grafen Bray erfahren, daß Württemberg ganz für sich mit dem Norddeutschen Bunde verhandle und vielleicht früher als Bayern mit ihm einig werden würde. Vielleicht haben die bayrischen Gesandten auch ihre Nachgiebigkeit gegen Bismarcks Wünsche, die in Münschen ja auf keinen Fall angenehm berühren konnte, damit zu entschuldigen versucht, daß sie an Württemberg keinen Rückhalt fänden. In München war man mit den bisherigen Ergebnissen der Verhandlungen überhaupt wenig zufrieden. Man begann in den Regierungskreisen schon davon zu reden, ob es nicht doch besser sei, ganz selbständig und neutral zu bleiben. Graf Beust, der auf der Durchreise München passierte, trug nach Kräften dazu bei, diese Stimmung zu ver-

stärken. Wohl nicht ohne Anweisung aus München brachte der bayrische Gesandte in Stuttgart, Herr von Gasser, ein entschiedener Gegner Preußens, beim König selbst die Frage in Anregung, ob es nicht besser sei, wenn Württemberg seinen Vertretern ein gemeinsames Vorgehen mit Bayern zur Pflicht mache. Als er die Ursachen der württembergischen Verstimmung gemeldet hatte, war er von König Ludwig unmittelbar davon unterrichtet worden, daß dieser keinen Auftrag zum Angebot des Kaisertitels gegeben habe. Er stellte nun in Stuttgart vor, daß die Angabe Bismarcks unmöglich wahr sein könne, daß der Kanzler vielmehr offenbar durch seine falsche Darstellung die Württemberger von Bayern habe trennen wollen. Es gelang ihm, bei König Karl das mühsam beschwichtigte Mißtrauen gegen Preußen und den Kanzler auf diese Art neu zu beleben. Er benutzte ferner die Gelegenheit, der Königin nahezulegen, sie möge ihren Bruder, den Zaren, zu einem Druck auf Preußen bestimmen, damit Bismarck seine Bedingungen mildere. Am Stuttgarter Hofe ging man wenigstens auf den ersten dieser Wünsche ein; offenbar nicht so sehr, um Bayern einen Gefallen zu tun, als um es an der Erlangung von Sondervorteilen zu hindern. Auch wollte man, wenn man es irgend verhindern könne, gern vermeiden, daß Württemberg in den engeren Bund eintrete, während Bayern draußen bleibe. Auf die letztere Anregung ging man freilich nicht nicht ein. Aber, da man jetzt Bismarcks perfide Taktik durchschaut zu haben glaubte, da man außerdem immer die Gewährung von Sondervorteilen an Bayern fürchtete, es aber auch sehr ungern gesehen hätte, wenn Bayern ganz außerhalb des Bundes geblieben wäre, so verlangte der König, daß nicht abgeschlossen werden dürfe ohne Bayern. Auch die in Stuttgart zurückgebliebenen Minister ließen sich von diesem Mißtrauen anstecken. Sie wollten sich nach allen Seiten hin besser sichern. So gingen sie auf den Wunsch ihres Herrschers ein. Gerade als Mittnacht und Suckow den Vertrag so weit vorbereitet hatten, daß bereits der Termin für die Unterzeichnung festgesetzt war, erhielten sie aus Stuttgart die ersten Andeutungen, daß sich dort in den oberen Regionen ein Wechsel der Anschauungen vorbereite. Sie erbaten daher zunächst von Bismarck eine

Frist von 24 Stunden; innerhalb dieser Zeit kam ihnen denn auch der telegraphische Befehl zu, nicht ohne Bayern abzuschließen. Die beiden Gesandten waren mit dieser Anweisung, in der sie eine Desavouierung ihrer bisherigen Tätigkeit erblickten, sehr unzufrieden. Sie erklärten Bismarck, daß sie die Genehmigung des Vertrags zur Bedingung ihres Verbleibens im Amte machen würden. Aber sie durften jetzt nicht unterzeichnen und mußten zunächst nach Stuttgart zurückkehren, um ihren Einfluß bei König Karl persönlich geltend zu machen. Sie konnten aufs bestimmteste versichern, daß Graf Bray ihnen selbst zugestanden habe, er habe die Kaiserkrone ohne Wissen seines Königs angeboten. Damit war der Hauptgrund des Mißtrauens und Zornes gegen Bismarck beseitigt und durch einstimmigen, vom König gebilligten Beschluß des Gesamtministeriums erhielten Mittnacht und Suckow die Vollmacht, auf den früheren Grundlagen weiter zu verhandeln.

Die bayrischen Bevollmächtigten haben jedenfalls aus München keinen entsprechenden Befehl erhalten und ließen sich durch die Abreise der Württemberger in ihren Verhandlungen mit Preußen nicht im geringsten stören. Auch die Differenzen in der Militärfrage wurden schließlich, wenn auch mühsam genug, ausgeglichen. König Wilhelm und Roon waren äußerst erbittert über die Unnachgiebigkeit Bayerns gerade in diesem Punkt; für den König verlor der Vertrag beinahe allen Wert, wenn er nicht seine Verfügung über das bayrische Heer verstärkte. Man einigte sich zuletzt auf einer mittleren Linie. Bayern mußte sich verpflichten, seine Truppen in derselben Weise zu bewaffnen und auszubilden, wie dies in den übrigen Teilen Deutschlands der Fall sei; es räumte ferner dem König von Preußen als Bundesfeldherrn das Recht ein, sich auch während des Friedens durch Inspektionen von der Kriegstüchtigkeit des bayrischen Heeres zu überzeugen; es verpflichtete sich endlich, die gleichen Aufwendungen für das Heer zu machen, wie die übrigen Staaten. Die Gesamtsumme des bayrischen Heeresetats sollte durch den Reichsetat festgelegt und vom Reichstag beschlossen werden, während die Verteilung und Verwendung der Summen im einzelnen der bayrischen Regierung und dem bayrischen Landtag vorbehalten blieb. Das wichtigste

aber war, daß die bayrischen Truppen schon im Fahneneid dem Bundesfeldherrn Treue für den Kriegsfall schwören sollten. Ohne diese Zugeständnisse würde König Wilhelm sicherlich dem ganzen Vertrage seine Genehmigung versagt haben.

Am 23. November 1870 fand die Unterzeichnung der zwischen dem Norddeutschen Bunde und Bayern abgeschlossenen Verträge statt. Die Verträge mit Baden und Hessen waren bereits am 15. November vollzogen worden, und von den württembergischen Bevollmächtigten hatte Bismarck aus Stuttgart die Nachricht erhalten, daß auch dort der König und die widerstrebenden Mitglieder des Kabinetts ihren Widerstand aufgegeben hätten. Die diplomatische Arbeit konnte daher im wesentlichen als beendigt gelten; denn der formelle Abschluß des Vertrages mit Württemberg, der wenige Tage später in Berlin durch Delbrück erfolgte, änderte an den festgesetzten Bedingungen nichts Wesentliches mehr. Durch die Zurückberufung der Gesandten aus Versailles war Württemberg in die peinliche Lage versetzt worden, daß es zuletzt zum Abschluß gelangte und dadurch den Schein erweckte, als habe es am stärksten widerstrebt, was in Wahrheit durchaus nicht der Fall gewesen war. Daß Bayern Sondervorteile erhielt, konnte man allerdings auch jetzt nicht hindern. Ein letzter Versuch der Königin Olga, durch die Vermittlung des Zaren die volle Gleichstellung mit Bayern zu erlangen, scheiterte an der bestimmten Weigerung der württembergischen Minister, einen zugleich so aussichtslosen und so kompromittierenden Schritt zu versuchen.

Bismarck konnte, als er am Abend des 23. November nach der Unterzeichnung des bayrischen Vertrags in den Kreis seiner Mitarbeiter trat, mit Recht sagen: „Das Reich ist gemacht und der Kaiser auch." Allerdings fügte er gleich hinzu, er wisse wohl, daß ihm die Vorwürfe wegen der an Bayern gemachten Zugeständnisse nicht erspart bleiben würden. Vielleicht würden spätere Beurteiler sagen, er hätte mehr erreichen können; denn die Bayern hätten sich ja schließlich doch fügen müssen. Er meinte, solche Kritiker möchten wohl in dem letzteren Punkte recht haben; aber ihm sei es darauf angekommen, daß Bayern freiwillig und mit dem Gefühl, daß es eine seiner Größe entsprechende Sonderstellung errungen habe, in das Reich eintrete, weil nur in der

Zufriedenheit der einzelnen Glieder mit ihrer Stellung innerhalb des Ganzen eine Garantie für den dauernden Bestand des Reiches gefunden werden könne. Es sei nicht möglich, alles von Anfang an so einzurichten, wie es vielleicht am wünschenswertesten erscheine; man müsse den nachfolgenden Generationen auch etwas zu tun übrig lassen; sie möchten den Block handlicher auspolieren, den er vorläufig nur in rohen Umrissen habe gestalten können. An Delbrück schrieb er, das Wesentliche sei erreicht; mehr sei nach Lage der Dinge und Persönlichkeiten freiwillig nicht zu haben gewesen. „Ein innerer Streit aber, der Deutschland vor Europa uneinig erscheinen ließe, konnte in diesem Augenblick unerreichbare Nachteile für uns in unseren Beziehungen zu Frankreich wie zu den Neutralen haben.“ Gerade angesichts der neuen Krise, die durch Rußlands später noch zu erwähnende Forderungen in der Frage des Schwarzen Meeres geschaffen war, habe er dem Auslande kein in sich gespaltenes und uneiniges Deutschland zeigen wollen. Was die bayrische Regierung jetzt zugestanden habe, werde sie nach seiner Überzeugung auch ehrlich vor ihrem Landtag vertreten, dessen Zustimmung notwendig sei. „Will der Reichstag sich mit dem Erlangten nicht begnügen und durch Verwerfung desselben alles wieder in Frage stellen, so muß er für die Folgen die Verantwortung tragen, welche Se. M. Regierung sich zu übernehmen nicht getraut.“

Die geschichtliche Betrachtung wird Bismarck zugestehen müssen, daß er die schwierigen Verhandlungen mit unübertrefflicher Meisterschaft geführt und alles, was ohne direkten Zwang zu haben war, auch wirklich erreicht hat. Er hat die für die Einheit wesentlichen Rechte der Gesamtheit zu wahren gewußt und nur in unbedeutenderen Dingen den Sonderwünschen der einzelnen Staaten nachgegeben. Aber noch war sein Werk nicht zum vollen Abschluß gelangt, solange nicht die Volksvertretungen Norddeutschlands und der süddeutschen Staaten ihre Genehmigung erteilt hatten; und noch blieb es ungewiß, ob und in welcher Form Bayern sich bereit finden lassen werde, dem Oberhaupt des künftigen Reiches den Kaisertitel anzubieten, in dessen Annahme dem Volke gegenüber doch erst die volle, auch äußerlich sichtbare Vollendung des neuen Reiches liegen konnte.

Fünftes Kapitel.

Reichsverfassung und Kaisertum

Die Kaiserfrage war, wie wir uns erinnern, schon zu Anfang der Versailler Verhandlungen zwischen Bismarck und dem Grafen Bray erörtert worden; auch in den ersten schriftlichen Vorschlägen des bayrischen Ministerpräsidenten hatte die Übertragung des Kaisertitels an den König von Preußen eine Stelle gefunden. Allerdings hat Bray nach seiner eigenen Aussage hierbei ohne Wissen und Ermächtigung seines Königs gehandelt. Von diesem Zeitpunkt an verschwindet aus den offiziellen Besprechungen, soweit wir bisher über ihren Verlauf unterrichtet sind, diese Angelegenheit vollständig. Offenbar hatte Graf Bray das Interesse daran verloren, sobald er hatte einsehen müssen, daß Bayern für ein derartiges Angebot keine besonderen Gegenleistungen erhalten werde, und zugleich bemerkte, daß die Württemberger sein einseitiges Vorgehen in dieser alle berührenden Frage sehr übel nahmen. Aus einigen Andeutungen, die er später gegeben hat, läßt sich schließen, daß er es für notwendig erklärt hat, die Frage, da sie den König persönlich und seine künftige Rangstellung im Reiche betreffe, direkt mit seinem Herrscher zu besprechen. Bismarck hat mit den drei bayrischen Ministern vor ihrer Abreise, die am 26. November erfolgte, nochmals darüber geredet und von ihnen das Versprechen erhalten, daß sie die Sache in Gang bringen würden. Aus ihren Andeutungen glaubte er sogar, freilich mit Unrecht, schließen zu dürfen, daß ein Schreiben König Ludwigs schon unterwegs sei. Er ließ ihnen keinen Zweifel, daß der Reichstag und die übrigen deutschen Fürsten nicht von der Initiative zurückzuhalten sein würden, wenn Bayern noch lange zögere, und wies sie darauf hin, daß es

nicht nur für König Wilhelm viel erwünschter, sondern auch für die künftige Stellung Bayerns viel besser sei, wenn die Anregung von dort komme.

Bismarck hatte aber schon vorher auf verschiedenen Wegen direkt mit König Ludwig Fühlung zu gewinnen versucht. Es geschah gewiß nicht ohne sein Wissen, daß Großherzog Friedrich von Baden schon Ende Oktober ein ausführliches Handschreiben an König Ludwig richtete, worin er ihm dringend empfahl, die Initiative in der Kaiserfrage zu ergreifen, und bald darauf als seinen Vertrauensmann den Geheimrat Gelzer nach München sandte, damit dieser in derselben Richtung wirke. Gelzer wurde jedoch von dem König gar nicht persönlich empfangen, sondern mußte sich begnügen, seine Aufträge und ein Handschreiben des Großherzogs dem Kabinettsrat Eisenhart zu übergeben.

Es ist schon früher der eigenartigen und sicherlich bereits damals krankhaften geistigen Disposition König Ludwigs II. gedacht worden. Seine Menschenscheu hinderte ihn an einer offenen Besprechung der ganzen Lage mit König Wilhelm, zu der ihm von preußischer Seite immer wieder Gelegenheit geboten wurde. Aber auch für seine Minister war der dienstliche Verkehr mit ihm außerordentlich schwierig. Nur bei ganz besonderen Anlässen gestattete er ihnen den persönlichen Vortrag, während er sonst nur durch seine Vertrauten, namentlich den Kabinettsrat Eisenhart, mit ihnen verkehrte. Während der Verhandlungen in Versailles, die doch für die ganze Zukunft Bayerns von entscheidender Bedeutung waren, ging der König nach Hohenschwangau und war daher für die Minister nur schwer erreichbar. Er hat die nach Versailles abreisenden Bevollmächtigten überhaupt nicht vorher gesprochen. Durch diese eigenartigen Verhältnisse erklärt sich auch, daß die Gesandten darauf verzichteten, vor der Unterzeichnung des Vertrages mit ihrem Herrscher noch einmal Fühlung zu nehmen. Noch am 21. November war der König über die einzelnen Bedingungen des Abkommens nicht unterrichtet und befahl daher telegraphisch die sofortige Vorlage eines Spezialberichtes über die militärische und diplomatische Frage. Graf Bray hat den befohlenen Bericht zwar am 22. November abgesandt, aber den Vertrag unterzeichnet, ohne die Antwort aus Hohenschwangau

abzuwarten. Allerdings war die nachträgliche Genehmigung des Königs und des bayrischen Landtages vorbehalten; aber es mußte doch für den Herrscher außerordentlich schwierig sein, den von seinen Gesandten angenommenen Vertrag nachträglich abzulehnen und damit persönlich die Verantwortung für das Scheitern der Verständigung auf sich zu nehmen.

Zu den Symptomen seiner Krankheit gehörte auch die maßlose Steigerung seines königlichen Selbstbewußtseins; er wollte ein König im Stil Ludwigs XIV. sein und verabscheute jede Beschränkung seiner monarchischen Gewalt, mochte sie nun von dem Parlament oder von einer Verstärkung der Bundeseinrichtungen ausgehen. Daher empfand er es schon längst besonders schmerzlich, daß er über die Geldmittel des Landes nicht völlig frei verfügen konnte; bekanntlich hat er sogar einen Abgesandten durch die ganze Welt reisen lassen, um eine einsame schöne Insel ausfindig zu machen, die er kaufen und auf der er, völlig abgeschieden von der übrigen Welt, als unumschränkter Herrscher nach seinem Belieben leben könnte. In dieser Gemütsstimmung konnte der König nicht sehr geneigt sein, einem anderen deutschen Herrscher einen Titel einzuräumen, der ihn doch immer, mochten auch die damit verbundenen Befugnisse noch so scharf umgrenzt sein, nach außen hin als ihm übergeordnet erscheinen ließ. Eisenhart äußerte im November zu Gelzer, König Ludwig erblicke in der Erneuerung der deutschen Kaiserwürde eine bedeutende Beschränkung seiner Souveränität und ein Herabsteigen von der Stufe, auf der er bisher gestanden habe.

Indessen mußte er sich schließlich sagen, daß die Position, in der er sich befand, auf die Dauer nicht haltbar sei; eine dauernde Zurückhaltung von seiner Seite würde nur dazu geführt haben, daß die Initiative von einer anderen Seite aus ergriffen worden wäre; er hätte dann doch nachträglich zustimmen müssen. Was Bismarck darüber den bayrischen Ministern gesagt hat, wissen wir; es scheint, daß er auch den König selbst auf die Folgen weiteren Zögerns hat hinweisen lassen. Am 20. November, als er des Abschlusses mit Bayern schon ziemlich sicher war, wies er Delbrück an, die Anregung der Kaiserfrage durch den Reichstag zu verhindern, da die Wahrscheinlichkeit bestehe, daß sie von bay-

rischer Seite erfolgen werde. Zwei Tage später ging eine Einladung an die Könige von Bayern, Württemberg und Sachsen in das Hauptquartier ab. Wohl erst durch diese Mahnungen wurde der König zu der Erkenntnis gebracht, daß er sich in einer Zwangslage befinde, und entschloß sich, das Unvermeidliche zu tun. Auch jetzt lehnte er es ab, persönlich nach Versailles zu kommen; aber er schickte einen seiner Vertrauten, den Oberstallmeister Grafen Holnstein zu Bismarck, damit dieser die Art des Vorgehens, namentlich ob dazu ein persönliches Erscheinen des Königs im Hauptquartier notwendig sei, mit ihm bespreche.

Als Graf Holnstein in Versailles ankam, fand er Bismarck sofort bereit, auf eine schriftliche Erledigung der Frage einzugehen. Man besprach dann die ungefähre Form des Schreibens, das König Ludwig an König Wilhelm zu richten haben werde; schließlich aber machte Graf Holnstein dieser Unterhaltung ein Ende, indem er sagte: „Wissens was, Exzellenz? Schreibens lieber gleich selbst auf, sonst gibts hernach doch wieder Anständ'". Bismarck entsprach diesem Wunsche. Er hat in seinen Gedanken und Erinnerungen selbst anschaulich geschildert, wie er an einem wackelnden Tisch mit widerstrebender Tinte das Konzept des Kaiserbriefes entworfen habe. Gleichzeitig gab er dem Grafen Holnstein ein persönliches Schreiben an den König mit, welches meisterhaft auf die psychologische Eigenart Ludwigs II. berechnet war. Er stellte ihm darin vor, daß es für die deutschen Fürsten leichter sei, die mit dem Bundespräsidium verbundenen Rechte einem deutschen Kaiser als dem König von Preußen zu übertragen: „Der Deutsche Kaiser ist Ihr Landsmann, der König von Preußen Ihr Nachbar; nur der deutsche Titel bekundet, daß die damit verbundenen Rechte aus freier Übertragung der deutschen Fürsten und Stämme hervorgehen. Daß die großen Fürstenhäuser Deutschlands, das preußische eingeschlossen, durch das Vorhandensein eines von ihnen gewählten deutschen Kaisers in ihrer hohen europäischen Stellung nicht beeinträchtigt wurden, lehrt die Geschichte." Hingegen werde die Stellung gefälscht werden, wenn man die Anregung von einem anderen als dem mächtigsten der übrigen deutschen Fürsten oder gar von der Volksvertretung ausgehen lasse.

Mit diesen Schriftstücken ausgerüstet, eilte Graf Holnstein nach Hohenschwangau zurück. König Ludwig schrieb das ihm übersandte Konzept Bismarcks zu einem Briefe an König Wilhelm, soviel wir wissen, im wesentlichen unverändert ab. Aber höchst eigentümlich ist das weitere Verfahren, das er einschlug. Er schickte nämlich den Grafen Holnstein zunächst nach München, wo sich der Kabinettsrat Eisenhart damals aufhielt. Dieser befand sich gerade im Theater, als Holnstein eintraf und ihn herausrufen ließ. Er fand neben jenem Schreiben des Königs einen an ihn selbst gerichteten Brief, worin Ludwig II. ihn ermächtigte, das Schreiben zu lesen und es nach seinem Ermessen entweder zu vernichten oder nach Versailles abzusenden. So wurde also die Entscheidung dieser wichtigen Frage in die Hand eines untergeordneten und unverantwortlichen Beamten gelegt.

Eisenhart tat in dieser schwierigen Lage das Vernünftigste, was er tun konnte; er übergab den Brief dem Staatsministerium, um dessen amtliche Entscheidung herbeizuführen. Das Ministerium beschloß die sofortige Absendung, und Graf Holnstein machte sich nun zum zeitenmal auf den Weg nach Versailles. Er übergab dort den Brief dem Prinzen Luitpold, der ihn als Vertreter des Königs am 3. Dezember persönlich an König Wilhelm überreichte.

Bismarck hatte diese Angelegenheit möglichst beschleunigt, weil er es für notwendig hielt, dem norddeutschen Reichstage gleich nach dessen Eröffnung mit der vollendeten Tatsache entgegenzutreten, nicht nur, um diesen an einer eigenen Initiative zu hindern, sondern auch, um ihm die Annahme des bayrischen Vertrags zu erleichtern. Aber mit dieser Beschleunigung war auch wieder ein schwerer Nachteil verbunden. In dem Briefe, wie ihn Bismarck entworfen hatte, war, wie sich von selbst verstand, die Zustimmung der übrigen deutschen Fürsten zu dem Schritte des Königs von Bayern vorbehalten; König Ludwig hatte demgemäß auch gleich nach Absendung des Schreibens an alle deutschen Fürsten die Aufforderung gerichtet, ihre Zustimmung zu erklären; die drei freien Städte wurden im ersten Augenblick vergessen und erst nachträglich begrüßt. Die Übergabe des Kaiserbriefes in Versailles und seine Bekanntgabe im norddeutschen

Reichstag erfolgte jedoch, bevor von allen deutschen Fürsten eine solche Zusage eingegangen war. Manche von ihnen fühlten sich dadurch gekränkt; obwohl sie in der Sache völlig einverstanden waren, sahen sie doch in dem einseitigen Vorgehen des Königs von Bayern eine Rücksichtslosigkeit, namentlich da ihnen nicht unbekannt war, daß es von Bismarck veranlaßt worden sei. Besonders König Johann von Sachsen, der selbst in München dringend zum Angebot des Kaisertitels geraten hatte, gab dieser Empfindung Ausdruck. Nach seinem Wunsche hätten alle deutschen Fürsten persönlich in Versailles erscheinen, und der König von Bayern hätte hier in aller Namen das Wort führen sollen, anstatt den entscheidenden Schritt ohne ihre vorherige Befragung zu tun. Bismarck wird diese Empfindlichkeiten gewiß vorausgesehen haben; er fand sie begreiflich, meinte aber, das Terrain in München sei derart, daß jeden Tag ein Umschlag des Windes eintreten könne; daher habe er die momentan günstige Stimmung benutzen müssen. Deshalb setzte er sich über alle diese Bedenken hinweg. Anders lag aber die Sache beim König, der sich sofort auf den Standpunkt stellte, daß ein wirkliches Angebot noch gar nicht vorliege, solange nicht die Zustimmung sämtlicher Fürsten und freien Städte eingegangen sei.

Inzwischen waren in Berlin der Bundesrat und der Reichstag des norddeutschen Bundes zusammengetreten. Delbrück legte diesen Körperschaften als Vertreter Bismarcks sofort die mit den süddeutschen Staaten abgeschlossenen Verträge zur Genehmigung vor. Wie der Kanzler vorausgesehen hatte, war man hier von ihrem Inhalt wenig befriedigt und bedauerte vor allen Dingen die Bayern eingeräumten Sonderrechte. Namentlich die Anhänger einer möglchst straffen und einheitlichen Organisation des Reiches fühlten sich bitter enttäuscht. Einer der nationalliberalen Führer, der Präsident Simson, schrieb damals an seine Frau über den bayrischen Vertrag: „Das Ding ist viel schwerer verdaulich als die massiven Riesenknödel des bayrischen Hochgebirges.“ Auch im Bundesrat war man nicht ohne Bedenken. Da man sich aber sagen mußte, daß jede Veränderung unmöglich sei, ohne den süddeutschen Regierungen das Recht zum Rücktritt zu geben, so stellten schließlich alle Regierungen ihre Be-

denken zurück oder begnügten sich, sie im Protokoll vermerken zu lassen, ohne besondere Anträge daran zu knüpfen. Nur eine Erweiterung des diplomatischen Ausschusses durch zwei Vertreter der kleineren Staaten wurde verlangt und fand auch bei Bayern keine Schwierigkeiten.

Auch im Reichstag betonte Delbrück von vornherein, daß es keine andere Möglichkeit gebe, als die Verträge, so wie sie lägen, anzunehmen oder abzulehnen. Wohl auf Bismarcks Anregung schrieb Kronprinz Friedrich Wilhelm aus dem Feldlager an seine Freunde unter den liberalen Abgeordneten in demselben Sinne und stellte ihnen vor, daß wahrscheinlich überhaupt nichts zustande kommen werde, wenn der Reichstag Abänderungen verlange. So sahen denn auch die Nationalliberalen schnell ein, daß ihnen hier nichts übrig bleibe, als in der Hoffnung auf spätere Verbesserungen des Werkes ihre Zustimmung zu geben. Der Abgeordnete Lasker fand für die Stimmung, die sie beherrschte, das bezeichnende Wort, indem er von dem bayrischen Vertrag sagte: „Häßlich ist das Mädel, aber geheiratet werden muß es doch."

Während die Beratungen darüber noch schwebten, erhielt Delbrück von Bismarck die telegraphische Nachricht, daß das Angebot der Kaiserwürde von bayrischer Seite erfolgt sei; er sollte dies dem Reichstag in der ihm geeignet erscheinenden Form sofort mitteilen, da man sich eine günstige Einwirkung auf die Stimmung der Abgeordneten davon versprach. Delbrück verstand derartige Dinge nicht so geschickt und wirksam zu inszenieren, wie Bismarck selbst. Er bestellte sich bei einem Abgeordneten eine Interpellation, die in der Frage gipfelte, ob nicht von Bayern dem man so viel bewilligen solle, wenigstens ein Entgegenkommen bezüglich der Errichtung des Kaisertums zu erwarten sei. Darauf antwortete Delbrück durch die kurze trockene Bemerkung, daß eine solche Anregung von seiten König Ludwigs bereits erfolgt sei, und las den Text des an König Wilhelm gerichteten Briefes vor, der ihm von Bismarck telegraphisch mitgeteilt war. Der Kronprinz, der sehr viel Sinn für Förmlichkeit und Feierlichkeit hatte, fühlte sich besonders unangenehm berührt, als er von dieser nüchternen Behandlung der großen nationalen Frage

in der Volksvertretung erfuhr; er äußerte, Delbrück habe die deutsche Kaiserkrone in Zeitungspapier gewickelt aus der Tasche gezogen. Aber mochte auch die Form der Mitteilung nicht glücklich sein, ihr Inhalt tat doch seine Wirkung; gewann man doch erst durch diese Nachricht die Sicherheit, daß die neue Einheit Deutschlands auch nach außen hin wirksam in Erscheinung treten werde. Schließlich nahm der Reichstag die sämtlichen Verträge ohne jede Abänderung an.

Das Angebot des Kaisertitels machte jedoch einige weitere formelle Änderungen der Verfassung notwendig. Sie wurden zunächst im Bundesrat diskutiert; man beschloß überall im Verfassungstext das Wort „Bund" durch „Reich" und „Bundespräsidium" durch „Kaiser" zu ersetzen, stellte aber ausdrücklich fest, daß mit der Einführung des Kaisertitels keine Änderung in den Rechten des Bundespräsidiums verbunden sei. Der Antrag Sachsen-Weimars, daß der Kaiser ausdrücklich als Oberhaupt des Reiches bezeichnet werden möge, wurde abgelehnt, da ein bestimmter Widerspruch Bayerns dagegen in Aussicht stand, und daher das gesamte Resultat durch seine Annahme in Frage gestellt worden wäre.

Dann kam auch diese Sache an den Reichstag, der den Beschlüssen des Bundesrats ohne weiteres seine Zustimmung gab. Zugleich wurde beschlossen, daß eine Deputation nach Versailles entsandt werden solle, um dem König Wilhelm die Bitte des Reichstags zu übermitteln, daß er die von den deutschen Fürsten angebotene Kaiserkrone annehmen möge. Auf eine telegraphische Anfrage, ob die Entsendung einer solchen Deputation genehm sein werde, gab Bismarck umgehend eine bejahende Antwort.

Unwillkürlich mußte man sich bei diesen Vorgängen an die Ereignisse des Jahres 1848 erinnert fühlen, wo auch eine Abordnung des deutschen Parlaments dem preußischen König die Kaiserkrone angeboten hatte. Es war ein sonderbares Spiel des Zufalls, daß an der Spitze der jetzigen Deputation derselbe Mann stand, der vor 21 Jahren in Berlin vor Friedrich Wilhelm IV. das Wort geführt hatte, Eduard Simson. Aber schon die verschiedene Formulierung der Botschaft, welche die Deputation

zu überbringen hatte, zeigte die gewaltige Wandlung der Machtverhältnisse und der Anschauungen, die inzwischen vor sich gegangen war. Damals hatte das Parlament aus eigener Machtvollkommenheit über die Köpfe der Fürsten hinweg über die Kaiserkrone verfügt, den deutschen Fürsten gegen ihren Willen ein mit weitgehenden Herrscherrechten ausgestattetes Oberhaupt setzen wollen; jetzt schloß sich die Volksvertretung nachträglich dem von den Fürsten geäußerten Wunsche an, der sich nur auf die Annahme eines zwar altehrwürdigen, aber doch keine neuen Rechte verleihenden Titels an den Präsidenten des Bundes richtete.

Aber trotz dieser offenkundigen Verschiedenheit fühlten sich König Wilhelm selbst und seine konservativ gesinnte militärische Umgebung bei der Erinnerung an die Revolutionszeit, die sich natürlich auch bei ihnen sofort einstellte, unangenehm berührt. Der König hatte geäußert haben, da werde er ja Herrn Lasker eine große Ehre zu verdanken haben; und noch schärfer lauteten manche andere Äußerungen aus seiner Umgebung. Er war dem Empfang einer Deputation des Reichstags an sich nicht abgeneigt; aber er hielt es für richtig, wenn sie erst erscheine, nachdem alles zwischen den Fürsten definitiv vereinbart sei, damit nicht der Anschein erstehen könne, als sei es etwa die Aufforderung des Reichstags, die ihn zur Annahme der Kaiserwürde bestimme. Er hatte es schon als verfrüht empfunden, daß der Bundesrat rat die Änderung des Verfassungstextes vor dem Eingehen aller Antworten in Beratung nahm. Er sagte daher dem Kanzler, daß er die Deputation jedenfalls nicht empfangen werde, bevor nicht die Zustimmung sämtlicher Fürsten eingetroffen sei. Als er aus Berlin hörte, daß in der geplanten Adresse ein Dank für die Annahme der Krone ausgesprochen werden solle, verfügte er sofort: „Da ich die Krone noch nicht angenommen habe, da sie mir noch nicht einmal sachgemäß angeboten ist, so muß sogleich nach Berlin telegraphiert werden, daß das Wort angenommen aus der Adresse entfernt werde.“ Und als die weitere Nachricht kam, daß nicht ein vorher in Versailles gebilligter Entwurf sondern ein anderer von Lasker beantragter Text der Adresse angenommen sei, verlangt der König, daß der Deputation die Abreise nicht gestattet werden sollte, bevor nicht der Wortlaut mit-

geteilt und als unbedenklich befunden sei. Bismarck, dem ein solches Verfahren wohl bedenklich erschien, versuchte jedoch nicht mehr, die Reise aufzuhalten.

Die endgültige Regelung dieser Frage verzögerte sich länger, als man anfangs erwartet hatte, weil die Fürsten teilweise ihre Zustimmung direkt nach Versailles mitteilen, teilweise aber nach München an den König von Bayern richteten. Der Großherzog von Baden bemühte sich durch telegraphische Anfragen bei allen Höfen möglichst schnell die Gewißheit zu schaffen, daß von keiner Seite Widerspruch erhoben werde; aber trotzdem war es nicht sicher, ob man bis zum Eintreffen der Deputation alle Antworten haben werde. Bismarck, dem diese Bedenklichkeiten viel zu weit gingen, schalt in den Briefen an seine Frau lebhaft über die kleinen Schwierigkeiten, die fürstlichen Vorurteile und Kinkerlitzchen, mit denen er zu kämpfen habe.

Am 16. Dezember traf die Deputation in Versailles ein. Sie wurde von Bismarck sehr freundlich empfangen; er zeigte sich mit dem Wortlaut der Adresse sehr zufrieden und vereinbarte mit Simson die Antwort, die dem König vorgeschlagen werden sollte. Aber erst am folgenden Tage lief die Mitteilung König Ludwigs ein, daß nunmehr alle Fürsten zugestimmt hätten, und daher wurde die Audienz beim König bis zum 18. Dezember verschoben. Auch in den äußeren Formen hatte der König den Empfang zunächst möglichst einfach und unauffällig gestalten wollen, damit er nicht wie eine Haupt- und Staatsaktion aussehe. Unverkennbar wirkte auch dabei die Erinnerung an den pomphaften Empfang in Berlin im Jahre 1849 mit. Schließlich aber gestattete er doch die Teilnahme der sämtlichen anwesenden Fürstlichkeiten und Generäle, so daß sich die Audienz recht feierlich und würdig gestaltete. Es fiel allgemein auf, daß Prinz Luitpold von Bayern dem Empfang fern blieb; vermutlich hing das mit den Differenzen zusammen, die sich, wie wir noch sehen werden, noch zwischen Versailles und München erhoben hatten. In seiner Antwort dankte der König für die Wünsche, die ihm der Reichstag darbringe und erklärte dann, nur die Zustimmung aller Fürsten und der Vertreter der deutschen Nation könne ihn berechtigen, den Kaisertitel anzunehmen; da aber die erstere als gesichert zu be-

trachten sei und er an der zweiten nach den Beschlüssen des Reichstags nicht zweifeln könne, so dürfe er die Annahme in sichere Aussicht stellen.

Allerdings repräsentierte ja der norddeutsche Reichstag nicht das gesamte deutsche Volk; auch die Volksvertretungen der süddeutschen Staaten mußten zu den getroffenen Abmachungen ihre Zustimmung geben, bevor die Verträge von Versailles in rechtliche Wirksamkeit treten konnten. In Hessen, Baden und Württemberg stieß die Annahme auf keine erheblichen Schwierigkeiten. Noch im Laufe des Dezember wurden die entsprechenden Beschlüsse von den Kammern in Darmstadt, Karlsruhe und Stuttgart gefaßt; schwieriger aber gestaltete sich auch hier die Sache in Bayern.

Die erste Kammer nahm bereits am 30. Dezember mit allen gegen drei Stimmen den Vertrag mit dem Norddeutschen Bunde an. Die zweiter Kammer aber brauchte nicht weniger als sechs Wochen zur Beratung darüber. Der Ausschuß, der zur Vorberatung niedergesetzt war, bestand aus zwölf Mitgliedern der ultramontanen Partei, denen nur drei Liberale gegenüberstanden. Bei den Ultramontanen war der alte Haß gegen ein protestantisches Kaisertum und eine Vereinigung Bayerns mit dem überwiegend protestantischen Norden noch immer lebendig und beeinflußte auch ihre Stellung zu dem Vertrage. Es ist daher nicht weiter zu verwundern, daß die Mehrheit des Ausschusses der Kammer empfahl, den Vertrag in der vorliegenden Gestalt abzulehnen. Für unvereinbar mit der berechtigten Selbständigkeit Bayerns erklärte sie namentlich das tatsächliche Veto des Bundespräsidiums gegen jede Änderung der Verfassung, der Heereseinrichtungen und der wichtigsten Abgaben, sowie die Bestimmung, daß die Kompetenz des Reiches auf dem Wege der Verfassungsänderung auch ohne Zustimmung aller Einzelstaaten erweitert werden könne. Die Möglichkeit lag sehr nahe, daß das Plenum nach dem Antrag des Ausschusses beschließen werde; die ganze Situation wurde infolgedessen noch einmal sehr ängstlich; das Zustandekommen des Reiches schien noch im letzten Augenblick ernstlich gefährdet. Nach den Bestimmungen der Verträge sollte der erweiterte Bund mit der Bezeichnung „Deutsches Reich" am 1. Januar 1871 ins

Leben treten, und die offizielle Annahme des Kaisertitels durch König Wilhelm gleichzeitig erfolgen. Da aber weder die offiziellen Briefe mit den Zustimmungserklärungen der Fürsten vollständig in Versailles eingegangen waren, noch die bayrischen Kammern bis zu diesem Zeitpunkt über den Vertrag beschlossen hatten, trat ein merkwürdiger Zwischenzustand ein. Das Reich wurde als bestehend angesehen, obwohl es eigentlich noch nicht bestand; König Wilhelm aber weigerte sich durchaus, den Kaisertitel zu führen, bevor diese Angelegenheit völlig erledigt sei.

Bismarck verfolgte von Versailles aus die Vorgänge in Bayern mit lebhafter Besorgnis. Er verlangte von dem Grafen Bray die bestimmte Versicherung, daß die bayrische Regierung die Kammer auflösen werde, wenn diese den Vertrag ablehne. Dieser hatte wahrscheinlich über sein Vorgehen in Versailles und die nach der Meinung der altbayrischen Elemente viel zu weitgehenden Zugeständnisse, die er dort gemacht hatte, so viel Unangenehmes hören müssen, daß er von sich aus keinen Schritt mehr tun wollte. In der Kammer überließ er die Verteidigung der Verträge fast ganz Herrn von Lutz. Er zeigte sich so lau, daß der preußische Gesandte, Baron Werther, zu Lutz äußerte, Graf Bray scheine die Annahme gar nicht zu wünschen. Jener antwortete nur: „Und doch währen wir in größter Verlegenheit, wenn er uns jetzt verlassen wollte.“ Die Minister versprachen schließlich zwar die Auflösung, wenn eine Ablehnung erfolge, zweifelten aber, ob die neue Kammer eine günstigere Zusammensetzung aufweisen werde. Die Warnung Werthers, daß Bayern die ganze Verantwortung tragen werde, wenn sich infolge der Ablehnung etwa der französische Widerstand verstärke, wird auf sie nicht ohne Eindruck geblieben sein.

Bismarck bereitete auf diese Nachrichten hin schon einen Pressefeldzug gegen den Grafen Bray vor. Er war zwar überzeugt, daß auch ein ablehnendes Votum die Einigung jetzt nicht mehr aufhalten könne, meinte aber, „diese wird ihre Basis dann mehr in der öffentlichen Meinung suchen und finden, welche die Herstellung von Kaiser und Reich fordert und ein Zurückweichen vor dem Widerspruch einer partikularen Kammer nicht mehr ertragen würde; und die Elemente, welche gegen Kaiser und Reich

Stellung genommen haben, werden in feindseligem Gegensatz zu dem neuen Deutschland erscheinen. Eine solche Situation widerspricht unseren Wünschen, aber wir werden den Tatsachen gerecht werden müssen."

Fast das Bedenklichste aber war, daß auch König Ludwig selbst zwischen entgegengesetzten Stimmungen und Einflüssen hin- und herschwankte. Noch Ende Dezember beglückwünschte er Lutz zu seiner Rede im Landtag für die Verträge und gab dadurch zu erkennen, daß er deren Annahme wünsche. Dann aber bearbeiteten ihn die Prinzen des königlichen Hauses fortwährend in dem Sinne, daß man das Widerstreben des Landtags gegen die Verträge zu einem Druck auf die Norddeutsche Regierung benutzen müsse, damit diese noch einige Änderungen zugestehe. Denn je genauer sie den Inhalt der Verträge erwogen, desto bedrohlicher erschien er ihnen für die Souveränität der Wittelsbacher. Von ihnen ließ sich der König zu höchst auffallenden Schritten bewegen. Er drückte zunächst in einem persönlichen Schreiben Bismarck die Hoffnung aus, daß dieser seinen „wohlbegründeten Wunsch" nach einer Gebietserweiterung noch jetzt unterstützen werde. Das war ja sein alter Lieblingsgedanke. Noch überraschender aber war der zweite Schritt.

Am 10. Januar erbat Prinz Luitpold eine Privataudienz bei König Wilhelm und erklärte diesem, es sei der Wunsch seines Neffen, daß der im Vertrage vorgesehene Fahneneid für den Kaiser fortfallen möge, weil diese Bestimmung seine Souveränität zu stark beeinträchtige. Beiläufig fügte er noch hinzu, — wir wissen nicht, ob aus eigenem Antrieb oder gleichfalls mit Ermächtigung König Ludwigs, — es bestehe überhaupt in Bayern deshalb eine so starke Opposition gegen die Verträge, weil „man auf eine Alternierung des Kaisertitels zwischen Preußen und Bayern gerechnet habe." König Wilhelm war im höchsten Grade erstaunt. Wir wissen, mit welchem Widerstreben er einen so hohen Grad militärischer Selbständigkeit an Bayern zugestanden hatte; wenn er noch unter diese Linie heruntergehen sollte, so verlor der ganze Vertrag in seinen Augen fast allen praktischen Wert. Er machte den Prinzen mit Recht darauf aufmerksam, daß die übrigen Fürsten mit demselben Recht ähnliche Änderungen fordern

könnten. Die an Bayern gemachten Zugeständnisse, sagte er, schienen vielen schon zu weitgehend; eine Forderung auf nachträgliche Erweiterung derselben könne diese Stimmung nur steigern und werde daher dem König Ludwig schaden. Auf die Bemerkung über das „Alternieren" des Kaisertums antwortete er gar nicht. Auch auf eine weitere Anregung des Prinzen, daß die Sache vielleicht in einem geheimen Artikel geregelt und erst später bekannt gegeben werden könne, ging er nicht ein.

Bismarck äußerte den Verdacht, daß der ganze Schritt vielleicht ohne Wissen des Königs unternommen worden sei und ließ beim Grafen Holnstein Erkundigungen darüber einziehen. Von diesem zur Rede gestellt, sagte König Ludwig, seine verschiedenen Kundgebungen bewiesen zu deutlich seine Gesinnung, „als daß ein denkender Mensch eine Konzession an die dummen Patrioten für möglich halten könne, daß es aber Dinge gebe, gegen die Götter und auch ein König vergeblich kämpfe." Darin liegt doch wohl ein unausgesprochenes Zugeständnis, daß er von der Absicht seines Oheims wenigstens gewußt und ihre Ausführung nicht verboten hat. Von den Ministern scheint nur Graf Bray in die ganze Sache eingeweiht gewesen zu sein.

Nach Rücksprache mit Bismarck sagte König Wilhelm am 12. Januar dem Prinzen Luitpold, wenn ernstliche Verhandlungen über seine Anregung stattfinden sollten, so müsse er einen schriftlichen Antrag in geschäftsmäßiger Form verlangen. Der Prinz zeigte sich von dieser Forderung überrascht, sagte, er wolle berichten, und kam nicht mehr auf die Sache zurück.

Damit war der Versuch, eine nachträgliche Veränderung des Versailler Vertrags herbeizuführen, gescheitert; den bayrischen Kammern blieb jetzt ebenfalls nichts anderes übrig, als den Vertrag in seiner Gesamtheit anzunehmen oder abzulehnen. Wenn der preußische Gesandte richtig informiert war, gab es sogar eine Gruppe, die den König zur Abdankung veranlassen wollte, um den ihrer Gesinnung näherstehenden Prinzen Otto auf den Thron zu bringen. König Ludwig selbst trat in einem Briefe an den Erzbischof von München nochmals den Gerüchten entgegen, als sei er im Grunde selbst gegen die Annahme. Die entscheidende Abstimmung zögerte sich so lange hin, daß die feierliche Kaiserprokla-

mation, die man hauptsächlich aus Rücksicht auf Bayern möglichst lange hinausgeschoben hatte, vollzogen werden mußte, bevor sie stattgefunden hatte. Erst am 21. Januar beschloß die bayrische Kammer die Annahme des Vertrags mit zwei Stimmen über die erforderliche Zweidrittelmehrheit (102 gegen 48); und auch dies Resultat wurde nur dadurch erreicht, daß einige ultramontane Abgeordnete, die ihrer Gesinnung nach gegen den Vertrag gestimmt haben würden, der entscheidenden Sitzung fernblieben, weil sie die Verantwortung für das Scheitern des ganzen Einigungswerkes doch nicht übernehmen wollten.

Bei dieser Haltung Bayerns erscheint es begreiflich, daß man Anfang Januar die Vorbereitungen zur Kaiserproklamation in keineswegs freudiger Stimmung traf. Auch die militärische Lage war damals keineswegs glänzend; der letzte große Entsatzversuch von der Loire her war im Gange, und ein großer Ausfall aus Paris stand gleichzeitig zu erwarten; es war nicht einmal unbedingt sicher, ob man nicht das Hauptquartier zeitweise aus Versailles werde verlegen müssen. Dazu kam, daß die offiziellen fürstlichen Zustimmungserklärungen sehr langsam eingingen, während der König mit den bloßen kurzen telegraphischen Mitteilungen des Einverständnisses nicht zufrieden war. Schließlich aber mußte man doch einen bestimmten Termin ins Auge fassen; es schien hierfür keinen besseren Zeitpunkt zu geben, als den Tag, an dem die letzte große historische Rangerhöhung des Hauses Hohenzollern stattgefunden hatte, den Tag der Begründung des preußischen Königtums, den 18. Januar. Mit der äußeren Vorbereitung der Feier wurde Kronprinz Friedrich Wilhelm beauftragt, der sich seiner Aufgabe mit Eifer und Erfolg hingab.

Aber unmittelbar vor dem feierlichen Akt kam es noch einmal zu höchst peinlichen Auseinandersetzungen zwischen dem König und seinem großen Ratgeber.

Den Ausgangspunkt bildete die Frage nach der genaueren Formulierung des künftigen kaiserlichen Titels. Der Kronprinz, der Großherzog von Baden und ihre Freunde meinten, der Titel müsse lauten: Kaiser von Deutschland; sämtliche Angehörige des Herrscherhauses müßten als kaiserliche Prinzen und Prinzessinen bezeichnet werden; endlich müsse das gesamte deutsche Heer die

Bezeichnung „Kaiserliches Heer" erhalten und neben den Landeskokarden die deutsche Kokarde anlegen. Auf der anderen Seite stand Bismarck, der diese Forderungen bekämpfte. Ursprünglich war auch er mehr für den Titel „Kaiser von Deutschland" gewesen. Noch am 8. Dezember hatte er Delbrück auf eine Anfrage darüber geantwortet: „Kaiser von Deutschland womöglich. Wollen die andern das nicht, so geht Deutscher Kaiser auch." Er kann also schwerlich schon damals etwa den Bayern gegenüber bestimmte Verpflichtungen wegen der Gestaltung des Titels übernommen haben, legte aber auch offenbar der ganzen Sache zunächst keine besondere Wichtigkeit bei. Dann aber hatten Bundesrat und Reichstag die Bezeichnung „Deutscher Kaiser" beschlossen und in den Verfassungstext eingesetzt, offenbar weil sie so in dem Briefe König Ludwigs an König Wilhelm vorgeschlagen war. Ob diese Fassung bereits in dem von Bismarck aufgesetzten Konzept gestanden oder ob der bayrische König selbst hier etwa eine Änderung vorgenommen hat, wissen wir nicht; für die erstere Annahme spricht jedoch, daß Bismarck auch in seinem Begleitschreiben zu jenem Entwurf immer nur vom „Deutschen Kaiser" spricht. Er hat damals offenbar gar nicht daran gedacht, daß sich bei der genaueren Formulierung des Titels Schwierigkeiten ergeben könnten, hat auch vorher kaum mit König Wilhelm darüber gesprochen. Nachdem aber auf diese Art der „Deutsche Kaiser" einmal in die offiziellen Urkunden hineingekommen war, fürchtete er große Schwierigkeiten, wenn man daran nachträglich etwas zu ändern versuche. Er machte ferner geltend, daß auch frühere Herrscher niemals den Titel „Kaiser von Deutschland" geführt hätten. Man dürfe den Gegnern der Verträge keine Waffen in die Hand geben, indem man selbst Änderungen darin vornähme, namentlich da die Annahme durch die bayrische Kammer noch nicht erfolgt sei. Der Titel „Kaiser von Deutschland", sagte er in seinem Gutachten vom 14. Januar, „weist auf ein Staatsgebiet hin und enthält einen Anspruch auf Landeshoheit, welcher in den dem Kaiser zustehenden Rechten nicht enthalten ist. Seine Annahme, abweichend von der Verfassung des neuen, wie von der Tradition des alten Reichs würde daher der Mißdeutung ausgesetzt sein, als seien Ew. M. gesonnen, aus dem Titel

Hoheitsrechte herzuleiten, welche die Verfassung dem Kaiser nicht überträgt.“ Die Einführung einer Reichskokarde würde von vorheriger Verständigung mit den einzelnen Kontingentsherren abhängig sein.

Höchst eigentümlich ist es nun, zu beobachten, welche Stellung König Wilhelm selbst in diesen Streitigkeiten einnahm. Er war offenbar schon in den letzten Wochen sehr verstimmt gegen Bismarck gewesen. Dessen Vorgehen in der Angelegenheit der Reichstagsdeputation und in einigen anderen, an sich weniger bedeutenden Fragen scheint ihn gekränkt zu haben. Auf die Titelfrage scheint auch er anfangs keinen besonderen Wert gelegt zu haben; es war ihm an sich unsympathisch, daß er einen neuen Titel führen sollte, daß der preußische Königstitel, den er mit höchstem Stolze trug, verdrängt werden sollte durch eine Bezeichnung, der die wirkliche Macht, die ihr Inhaber auszuüben hatte, nicht genügend zu entsprechen schien. Jetzt kränkte es ihn offenbar aber doch, daß in dieser Sache eine unwiderrufliche Entscheidung getroffen schien, ohne daß man ihn überhaupt darüber befragt hatte. Der König war über das Verhalten und die nachträglichen Forrungen Bayerns in diesen Tagen ohnehin recht verstimmt. Vielleicht argwöhnte er, daß Bismarck ihnen hier ohne sein Wissen ein Zugeständnis gemacht habe, an das er sich persönlich nicht gebunden fühlte. Durch solche Empfindungen ließ er sich bestimmen, auf die Seite seines Sohnes und Schwiegersohnes zu treten. Nur darin war er mit Bismarck einig, daß die Prinzen seines Hauses den königlichen Titel behalten sollten. Der Kaisertitel stehe nur dem preußischen König persönlich zu, wie die Verfassung klar beweise. „Ich halte“, schrieb er dem Prinzen Adalbert, „die preußische Familie für geschichtlich so feststehend und durch die Taten, die Preußen, namentlich vor 56 Jahren und seit 1866 vollbrachte, so glorreich dastehend, daß ich *totunglücklich* bin, den preußischen Königstitel in die zweite Linie treten zu sehen! Daher wünsche ich, daß die Familie die *königlich preußische* verbleibe, um recht klar zu beweisen, daß die Art, wie die Kaiserwürde zugeht, durchaus nichts ist, was den preußischen Namen zurücksetzt.“

In einer Besprechung, die am 17. Januar stattfand, stießen die

Gegensätze besonders heftig aufeinander. In der Frage des Titels der Prinzen und der einheitlichen Kokarde drang Bismarck durch; aber der Streit über die Gestaltung des kaiserlichen Titels selbst wurde nicht ausgeglichen. Der König war so erregt, daß er sogar mit Abdankung drohte, wenn man seinem Willen nicht Folge leisten werde; aber auch Bismarck wollte nicht nachgeben, und wie die Dinge einmal lagen, konnte er es auch gar nicht, ohne das ganze mühsam zustande gebrachte Werk zu gefährden.

Es berührt höchst sonderbar, wenn man sieht, wie der greise König und sein erster Ratgeber, die sich in den letzten Jahren über viele so schwere und folgenreiche Entschlüsse trotz aller anfänglichen Meinungsverschiedenheiten doch zuletzt immer hatten einigen können, hier am Vorabend des großen Ereignisses, das den höchsten Erfolg ihrer bisherigen Politik bedeuten sollte, über eine verhältnismäßig unbedeutende Formfrage in einen so heftigen Kampf gerieten, daß dieser selbst bis in die feierlichen Ereignisse des nächsten Tages hinein seine Schatten warf. War es nicht ganz gleichgültig, ob der Titel Kaiser von Deutschland oder deutscher Kaiser lautete? Es wird sich gewiß nicht verkennen lassen, daß die erstere Bezeichnung als ein Anspruch auf unmittelbare Herrschaft über alle Teile des neuen Reiches gedeutet werden konnte. Aber dieser Unterschied war doch so fein, daß er im späteren Sprachgebrauch, abgesehen von den amtlichen Schriftstücken, kaum beachtet worden ist. Auch hat es dem König Wilhelm ganz gewiß ferngelegen, einen Anspruch auf die Ausübung der vollen Regierungsgewalt in Bayern oder anderen deutschen Staaten erheben zu wollen. Die einfachste psychologische Erklärung wird doch sein, daß ihn nicht die Titelfrage an sich, sondern die in der vorherigen Festlegung zutage tretende neue Eigenmächtigkeit Bismarcks in diese gereizte Stimmung versetzt hat.

Am Morgen des 18. Januar, als bereits alles im Spiegelsaale des Schlosses zu Versailles für den feierlichen Akt der Kaiserproklamation vorbereitet war, suchte Bismarck den Großherzog von Baden auf, der als der vornehmste der anwesenden deutschen Fürsten das erste Hoch auf den neuen Kaiser ausbringen sollte. Er sagte ihm, daß der König den Titel Deutscher Kaiser zugleich mit der ganzen Verfassung sanktioniert habe, und

dieser daher angewandt werden müsse. Der Großherzog hatte aber kurz vorher eine schriftliche Mitteilung vom König erhalten, worin dieser an dem Titel Kaiser von Deutschland festzuhalten befahl. Als er dies dem Kanzler sagte, war dieser außer sich vor Ärger und sagte grimmig, er müsse es dem Großherzog überlassen, zu tun, was dieser schwierigen Lage entspreche. Dieser erwiderte, er wolle noch einmal zu vermitteln versuchen und mit dem König sprechen. „So schieden wir," berichtet der Großherzog in seinen Aufzeichnungen, „und die Züge des Grafen Bismarck verrieten mir eine von den tiefen Erregungen, in denen er sogar dem unzweideutigsten und aufrichtigsten Ausspruch mißtraut." Unmittelbar darauf erschien der König, der außerordentlich ergriffen aussah, „daß er den Eindruck machte, tief gebeugt zu sein." Der Großherzog benutzte einen freien Augenblick, um ihm zu raten, daß er sich mit der Benutzung derjenigen Ausdrücke einverstanden erkläre, die nun einmal in der Verfassung festgelegt seien. Der König aber erwiderte, er werde sich später doch nur so nennen, wie er es für richtig halte, nicht wie Bismarck es bestimmen wolle.

Unter so wenig erhebenden Mißhelligkeiten begann die große und imponierende Feier im Spiegelsaal des Schlosses von Versailles. Sie trug, entsprechend der ganzen Lage, einen rein militärischen Charakter. Die Fahnen und Standarten aller erreichbaren Truppenteile schmückten den Saal. Nach einem kurzen einleitenden Gottesdienst und einer Begrüßungsansprache des Königs verlas Bismarck die Proklamation, die dem deutschen Volke und der Welt die Geburt eines neuen deutschen Kaisertums verkündete. Unmittelbar darauf brachte der Großherzog von Baden das Hoch aus; indem er rief: „Seine Kaiserliche und Königliche Majestät, Kaiser Wilhelm lebe hoch!" So umging er es, die Titelschwierigkeiten zu berühren.

Wie erbittert der Kaiser noch immer war, ergibt sich daraus, daß er alle anwesenden Fürsten und viele andere begrüßte, an Bismarck aber vorüberging, ohne ihm die Hand zu reichen. Aber am Abend bei der Festtafel hatte er seinen Groll wieder völlig überwunden; er trank dem Kanzler herzlich zu und gedachte seiner besonders in dem Trinkspruch, den er ausbrachte.

Nach außen hin sah und erfuhr man von diesen Kämpfen und Reibungen nichts und erblickte in der feierlichen Verkündung der Annahme der Kaiserwürde durch König Wilhelm nur das große von allen ersehnte Ergebnis der schweren gemeinsamen Kämpfe und Siege. Und mit ganz besonderer Genugtuung empfand man es, daß das neu erstarkte Deutsche Reich seine letzte Weihe an derjenigen Stelle empfing, von der im Zeitalter Ludwigs XIV. die verderblichsten Unternehmungen gegen unser Vaterland ausgegangen waren.

* * *

Mit der Kaiserproklamation und der Annahme des Vertrages von Versailles durch den bayrischen Landtag war die Gründung des neuen Reiches endgültig gesichert. Aber es blieben noch zwei Aufgaben zu erledigen, bis das große Ereignis als vollendet gelten konnte; durch den Friedensschluß mit Frankreich mußten die Grenzen des neuen Reiches endgültig festgestellt werden; und durch eine neue Redaktion der Verfassung mußten die Bestimmungen der Verträge von Versailles mit denen der norddeutschen Bundesverfassung zu einem einheitlichen Grundgesetz für das neue Reich verschmolzen werden.

Bei der Feststellung der Friedensbedingungen brauchte diesmal nicht, wie noch 1866, mit einer Einmischung der übrigen europäischen Mächte gerechnet zu werden. Wie wir uns erinnern, war beim Ausbruch des Krieges die Lage insofern für Deutschland günstig gewesen, als England entschlossen war, sich von den festländischen Händeln fernzuhalten und Österreich durch die Furcht vor einem russischen Eingreifen im Schach gehalten wurde. Da die französische Regierung sich dadurch, daß sie mit der Thronentsagung des Erbprinzen Leopold nicht zufrieden war, sondern besondere Garantien von dem König von Preußen verlangte, der öffentlichen Meinung gegenüber ins Unrecht gesetzt hatte, und da die ersten deutschen Siege eine ganz neue Lage schufen, so wagten weder Österreich noch Italien in den Kampf einzugreifen. Durch den Abmarsch der französischen Besatzung aus Rom erhielt Italien die lange ersehnte Gelegenheit, seine natürliche Hauptstadt in Besitz zu nehmen; da ihm dies nur durch die französischen

Niederlagen ermöglicht worden war, so hätte es für die Italiener jetzt nicht mehr den geringsten Sinn gehabt, für Frankreich einzutreten.

Nach der Schlacht von Sedan schien sich aber die Lage zu Ungunsten Deutschlands zu verändern. Die neutralen Mächte wünschten alle, daß Frankreich nicht zu sehr gedemütigt und in seiner Machtstellung herabgedrückt werde, damit nicht das neue Deutsche Reich zu einer überwiegenden Macht gelange. Man war in London und Petersburg und erst recht natürlich in Wien der Meinung, daß Deutschland sich mit der Zurückweisung des französischen Angriffs und dem Sturz des Kaisers Napoleon begnügen und auf eine Gebietserweiterung Verzicht leisten solle. Man sah die Weiterführung des Krieges gegen das französische Volk als unberechtigt, die Eroberung von Elsaß-Lothringen, die man in Frankreich nicht so leicht vergessen werde, als eine dauernde Gefahr für den europäischen Frieden an. Dazu kam, daß mehrere Wochen lang keine großen, weithin sichtbaren Erfolge von den preußischen Truppen errungen wurden, wie in den ersten Wochen des Krieges. Es konnte scheinen, als sei die Macht des deutschen Angriffs doch erlahmt und als werde daher eine Intervention der Neutralen jetzt mehr Aussicht auf Erfolg haben als früher.

Aus dieser Situation entsprangen die Hoffnungen, welche die französische provisorische Regierung zur Entsendung von Thiers an die Höfe der Großmächte veranlaßte. Aber zu einem direkten Eingreifen wollte sich doch keine von ihnen entschließen, bevor man nicht wisse, wie die anderen sich verhalten würden. Allerdings empfahl England im preußischen und französischen Hauptquartier dringend den Abschluß eines Waffenstillstandes (20. Oktober) und teilte diesen Schritt auch den übrigen Neutralen mit. Einen Augenblick lang schien es nicht ausgeschlossen, daß diese sich dem Verlangen anschließen und vielleicht sogar die Austragung des deutsch-französischen Streites auf einem europäischen Kongreß verlangen könnten. Und hierauf richteten sich nun die heißen Bemühungen des österreichischen Reichskanzlers, Grafen Beust. Aber seine Versuche zur Bildung einer Liga der Neutralen, die ein Friedensprogramm ohne französische Gebietsabtretungen aufstellen und durchsetzen sollte, hatten niemals eine

wirkliche Aussicht auf Verwirklichung; denn Rußland weigerte sich entschieden, darauf einzugehen und ließ sich nur zur freundschaftlichen Empfehlung annehmbarer Friedensbedingungen bei König Wilhelm bestimmen. Und während sich Beust noch in der Hoffnung wiegte, an der Spitze eines europäischen Neutralitätsbundes den Frieden diktieren zu können, wurde ihm die grausamste Enttäuschung durch einen völlig überraschenden Schritt der russischen Regierung bereitet.

Seit lange empfand man in Rußland die demütigenden Bestimmungen des Pariser Friedens von 1856 über die Neutralisierung des Schwarzen Meeres als eine lästige und auf die Dauer unerträgliche Fessel für die Entwicklung der eigenen Seemacht. Niemand konnte darüber im Zweifel sein, daß Rußland dringend eine Änderung dieser Bestimmungen wünsche. Sowohl Kaiser Napoleon wie Graf Beust hatten in der Zeit vor 1870 in Petersburg andeuten lassen, daß sie zur Aufhebung dieser Klauseln die Hand zu bieten bereit seien, wenn Rußland dafür ihre Politik in anderer Beziehung, namentlich Deutschland gegenüber, unterstützen wolle. König Wilhelm hatte schon im Jahre 1866 den Zaren seiner unbedingten Bereitwilligkeit versichert, an der Beseitigung dieser Bestimmungen mitzuwirken, sobald es dem Kaiser angezeigt erscheine. Die einzige Macht, die derartige Erbietungen nicht gemacht hatte, weil es in ihrem Interesse lag, die Entwicklung Rußlands nach dem Mittelmeer zu möglichst zu unterbinden, war England. Der korrekteste Weg zur Beseitigung dieser Festsetzungen wäre sicherlich die Berufung eines neuen Kongresses gewesen, falls es nicht etwa gelang, die Zustimmung aller Unterzeichner des Pariser Vertrages durch gesonderte Verhandlungen zu erlangen. Aber offenbar befürchteten der Zar und Fürst Gortschakoff, daß man ihnen ihren Wunsch wohl gewähren, aber lästige Gegenforderungen oder Bedingungen daran knüpfen werde. Dagegen schien ihnen die augenblickliche Situation günstig zu einem Versuche, sich einseitig von dem unangenehmen Vertrage loszusagen. Der Zustimmung Deutschlands war man sicher; Frankreich war augenblicklich verhindert, überhaupt mitzusprechen; Österreich und England aber würden gewiß keine Lust haben, in dem Augenblick, wo der deutsch-französische Krieg auf

dem wirtschaftlichen und politischen Leben Europas lastete, und sie sich eben anschickten, zu seiner schnellen Beendigung nach Möglichkeit beizutragen, einen neuen ernsten Konflikt mit Rußland heraufzubeschwören. So entschloß sich die russische Regierung, diese Bestimmungen des Pariser Vertrages durch einseitige Erklärung zu kündigen. Die preußische Regierung wurde vorher von dieser Absicht in Kenntnis gesetzt.

Bismarck hatte gegen den Schritt des Zaren an sich nichts einzuwenden, riet aber, einen etwas späteren Zeitpunkt zu wählen; er machte geltend, daß Preußen nach der Beendigung der Verhandlungen mit den süddeutschen Staaten und der endgültigen Konstituierung eines deutschen Reiches unter seiner Führung seine Stimme viel intensiver und wirksamer zugunsten Rußlands werde erheben können, als im gegenwärtigen Augenblick, wo der Anschluß des Südens noch nicht gesichert und auch die Kriegslage in Frankreich verhältnismäßig wenig günstig sei. Er wünschte nicht, daß es wegen dieser Frage zu einem ernsten Zerwürfnis zwischen Rußland und Österreich kommen möge und hätte es auch aus diesem Grunde offenbar lieber gesehen, wenn man ihm zu einer vermittelnden Wirksamkeit Raum und Zeit gelassen hätte. In Petersburg aber ließ man sich durch diese Bedenken nicht aufhalten und tat am 9. November 1870 den entscheidenden Schritt, nachdem Bismarck erklärt hatte, daß er die russische Aktion auch dann nach Kräften unterstützen werde, wenn man seinem Wunsche nach einer Verschiebung der Maßregel kein Gehör gebe.

Die Entrüstung über das einseitige Vorgehen Rußlands war in London und Wien natürlich groß; aber man sah doch sehr bald ein, daß die Angelegenheit einen Krieg nicht lohne und daß man also gute Miene zum bösen Spiel machen müsse. Das englische Ministerium sandte Lord Odo Russell in das preußische Hauptquartier, um Bismarck für ein gemeinsames Vorgehen in der Pontusfrage oder doch für eine vermittelnde Tätigkeit in Petersburg zu gewinnen. Aber dieser brachte nur die Mahnung zu friedlicher Verständigung, am besten auf dem Wege einer europäischen Konferenz, zurück. In Österreich scheint einen Augenblick lang die russenfeindliche Partei, geführt von Andrassy, an ein schärferes Vorgehen gedacht zu haben; man ließ aber solche Ge-

danken schnell wieder fallen, als man sah, daß Preußen ganz auf der Seite Rußlands stand, und daß auch England sich an aktiven Maßregeln nicht beteiligen werde. Man begnügte sich also auch in Wien mit einer Verwahrung gegen die rechtliche Zulässigkeit des russischen Verfahrens. Die russische Regierung kam dann auf Bismarcks Rat den übrigen Mächten insofern einen Schritt entgegen, als sie darin willigte, daß eine internationale Konferenz in London ihren Schritt nachträglich sanktionieren solle; in dieser Weise ist die Frage dann auch schließlich geregelt worden.

Für die internationale Lage hatte dieser Zwischenfall insofern Bedeutung, als von dem Augenblick an, wo dieser Konflikt zwischen Rußland und den übrigen Mächten ausgebrochen war, an ein gemeinsames Handeln der Neutralen gegenüber Deutschland und Frankreich nicht mehr zu denken war. Bismarck konnte alle Versuche zur Einmischung in den Gang der Friedensverhandlungen, die von einzelnen Staaten noch gemacht wurden, ohne Bedenken zurückweisen, namentlich auch die Forderung Englands, daß Deutschland sich mit einer geringeren Kriegskostenentschädigung begnügen möge. Die Hoffnung der französischen Regierung, daß der Kongreß sehr schnell zusammentreten und dann auch den deutsch-französischen Streit vor sein Forum ziehen werde, wurde durch Bismarcks von Rußland unterstützte Gegenbemühungen vereitelt. Die Konferenz über die Pontusfragen hat zwar im Januar 1871 in London begonnen, aber die französischen Vertreter sind erst im März nach dem Abschluß des Präliminarfriedens zugelassen worden. Sie endigte mit einer Abänderung des Vertrages gemäß den russischen Wünschen.

Wenn also auch der europäische Horizont während der entscheidenden Monate nicht immer gleichmäßig klar und wolkenlos war, so hat doch eine ernstliche Gefahr, daß die neutralen Mächte dem Sieger in den Arm fallen würden, zu keiner Zeit bestanden. Das Fortbestehen des russisch-österreichischen Gegensatzes, auf den Bismarck von Anfang an gerechnet hatte, ermöglichte es ihm, die Verhandlungen mit Frankreich, ohne von außen gestört zu werden, zu dem erwünschten Abschluß zu bringen.

Bei der Kapitulation von Paris war verabredet worden, daß während des Waffenstillstandes in ganz Frankreich eine Na-

tionalversammlung gewählt werden solle, um im Namen des gesamten französischen Volkes den Frieden mit Deutschland abzuschließen. Das geschah, nachdem Bismarck den Versuch Gambettas, alle Beamten des Kaiserreichs vom Wahlrecht auszuschließen, durch seinen Einspruch vereitelt hatte, und am 13. Februar 1871 konnte diese Versammlung in Bordeaux ihre Beratungen beginnen. Sie tagte im Süden des Landes, weil bis hierher die Feinde noch nicht gedrungen waren. Ihre erste Aufgabe bestand darin, eine vom ganzen Lande anerkannte Exekutivgewalt zu schaffen; an ihre Spitze wurde als provisorischer Präsident Thiers gestellt, und ihm fiel daher die schwere Aufgabe zu, die Verhandlungen über die Friedensbedingungen zu führen. Am 20. Februar traf er mit Jules Favre in Versailles ein.

Bismarck legte ihm hier von neuem die früheren Forderungen vor: Abtretung von Elsaß und Lothringen mit den Festungen Metz, Straßburg und Belfort und eine Kriegskostenentschädigung von 6 Milliarden Franken, sowie Besetzung von Paris durch deutsche Truppen bis zur Ratifikation des Friedens durch die Nationalversammlung. Die Franzosen sträubten sich aufs äußerste, auf diese harten Bedingungen einzugehen, und es begann ein fünftägiges erbittertes Ringen und Feilschen um jede einzelne Bestimmung des Vertrages. Schließlich erreichte es Thiers, daß die Sieger auf Belfort verzichteten, nachdem Moltke sich dahin ausgesprochen hatte, daß diese Festung zur Verteidigung der deutschen Südwestgrenze nicht unbedingt erforderlich sei. Die Kriegskosten wurden auf fünf Milliarden Franken ermäßigt. Nach den eigenen Angaben von Thiers kann man kaum daran zweifeln, daß er trotz aller Drohungen, die Verhandlung abbrechen zu wollen, auch die Abtretung Belforts zugestanden haben würde, wenn Bismarck unerschütterlich darauf bestanden hätte. Der Kanzler überschätzte zweifellos die französische Festigkeit in diesem Punkte. Es ist eines der seltenen Beispiele dafür, daß auch dieser Menschenkenner sich doch einmal in der Einschätzung der psychologischen Verfassung des Gegners irren konnte. Ohne Zweifel hat er durch den Verzicht auf Belfort den Franzosen die Vorbereitung eines neuen Kampfes leichter gemacht, als sie sonst gewesen sein würde.

Unter diesen Bedingungen wurde der Präliminarfriede am 26. Februar unterzeichnet. Er bedurfte jedoch zu seiner Gültigkeit noch der Genehmigung der französischen Nationalversammlung. Da diese nicht vor dem Ablauf des Waffenstillstandes erfolgte, so zogen am 1. März 30 000 Mann der deutschen Truppen in Paris ein und besetzten einen Teil der Stadt. Am folgenden Tage beschloß die Nationalversammlung die Genehmigung des Friedensvertrages, worauf die Deutschen Paris sofort wieder räumten. Die genaueren Festsetzungen über die Termine, an denen die Kriegsentschädigung zu zahlen sei, über die Räumung des französischen Gebietes, die im gleichen Tempo wie die Zahlungen erfolgen sollte, über die genaue Abgrenzung und Übergabe der abgetretenen Landesteile und über den mit ihnen zu übernehmenden Teil der französischen Staatsschuld machten noch viele Schwierigkeiten; die Verhandlungen darüber wurden auf Konferenzen französischer und deutscher Bevollmächtigter in Brüssel geführt, stießen aber insofern auf besondere Schwierigkeiten, als von beiden Seiten neue Forderungen auftauchten, die von den Bestimmungen des Präliminarfriedens wesentlich abwichen. Frankreich forderte außer Belfort, da die Grenzlinie im Februar noch nicht genau festgelegt war, den ganzen Landbezirk, der die Verbindung der Festung mit dem Vogesenkamm und der Nachbarfestung Epinal sicherte. Deutschland verlangte, von den Industriellen des Saargebiets über die Wichtigkeit der dortigen Erzlager aufgeklärt, einige Bezirke im Westen von Diedenhofen, die in der früheren Abmachung nicht einbegriffen waren. Da die in Brüssel verhandelnden Bevollmächtigten sich nicht einigen konnten, kamen Anfang Mai Bismarck und Favre persönlich in Frankfurt a. M. zusammen und verständigten sich schließlich dahin, daß Frankreich den Landbezirk von Belfort im geforderten Umfang, Deutschland aber die westlothringischen Erzlager bis auf einige kleine Distrikte erhielt. Am 10. Mai unterzeichneten sie in Frankfurt den definitiven Frieden, der den Franzosen erst die Möglichkeit gewährte, Belfort ihrem neuen großen Festungsgürtel als das wirksamste Ausfalltor gegen Deutschland einzugliedern.

Bismarck war nicht darüber im Zweifel, daß die Forderungen,

die man Frankreich gestellt hatte, dort als außerordentlich hart empfunden werden würden. Aber er war überzeugt, daß Deutschland, wenn es besiegt worden wäre, auch keine besondere Milde zu erwarten gehabt hätte. Er selbst hätte vielleicht auf Metz und den angrenzenden rein französischen Teil von Lothringen verzichtet; aber der König und die Generäle hielten den Besitz der beiden großen Festungen im Südwesten für absolut notwendig. Davon war auch Bismarck überzeugt, daß die süddeutschen Staaten niemals das Gefühl verlieren würden, unter den Kanonen von Straßburg zu liegen, solange das Elsaß in den Händen der Franzosen sei; mehr als die Rücksicht auf die nationalen Wünsche in Deutschland hat diese Erwägung ihn bestimmt, an der Abtretung von Elsaß und Lothringen unerbittlich festzuhalten, obwohl er voraussah, daß Frankreichs Streben nach der Rückeroberung der verlorenen Gebiete für absehbare Zeit die Stellung des Nachbarlandes zu Deutschland bestimmen und damit eine Lage schaffen werde, die Deutschland mindestens auf ein Menschenalter nötigen werde, zur gewaltsamen Behauptung seiner Eroberungen gerüstet zu sein.

* * *

Nachdem der Friede gesichert war, kehrten die siegreichen deutschen Truppen allmählich in die Heimat zurück; nur ein kleiner Teil blieb noch auf französischem Boden stehen, bis die Auszahlung der Kriegskontributionen erfolgt oder gesichert sein würde. Der glänzende Siegeseinzug in Berlin bildete den Abschluß der großen Waffenerfolge des Feldzugs und gestaltete sich zu einer imponierenden Huldigung der Bevölkerung für den greisen Kaiser, seine Helfer und sein Heer. Auch in den süddeutschen Hauptstädten wurden die zurückkehrenden Truppen und der deutsche Kronprinz, der sie führte, mit jubelnder Begeisterung begrüßt. Alle Schwierigkeiten und Kämpfe der letzten Monate schienen vergessen, und nur die eine freudige Stimmung, daß man endlich die lange ersehnte Einheit erkämpft und gesichert habe, schien das ganze deutsche Volk zu beherrschen.

In dieser Stimmung wurde der erste deutsche Reichstag im Frühling 1871 gewählt, der die Verfassung des neuen Reiches auf der Grundlage der während des Krieges geschlossenen Ver-

träge feststellen sollte. Die Wahlen zeigten abermals, daß die große Mehrheit des deutschen Volkes mit der Politik Bismarcks einverstanden sei. Die Mittelparteien, mit deren Hilfe er schon den Norddeutschen Bund gegründet hatte, verfügten über 191 Sitze, d. h. über genau die Hälfte der vorhandenen. Dazu kamen 55 konservative Stimmen, von denen ebenfalls kein Widerspruch zu befürchten war, während die Gegner der neuen Zustände nur über 136 Stimmen verfügten, und unter sich außerdem nicht einig waren. Die Männer der Fortschrittspartei, 46 an der Zahl, begrüßten an sich in der Einigung Deutschlands die Erfüllung eines auch von ihnen lange gehegten Wunsches und grollten nur wegen der zu geringen Machtstellung des Parlamentes und des Fehlens genügend garantierter Volksrechte. Dagegen waren die Mitglieder des Zentrums, die Welfen, Polen, Dänen und Demokraten der neuen Ordnung überhaupt abgeneigt und fügten sich nur widerstrebend in das, was sie nicht ändern konnten. Besonders überraschend war der Ausgang der Wahlen in Süddeutschland, wo 4 Konservative, 53 gemäßigte Liberale, 6 Fortschrittler und 22 Anhänger des Zentrums gewählt wurden, während die partikularistisch-demokratischen Elemente, die vor 1870 so laut das große Wort geführt hatten, kein einziges Mandat zu erringen vermochten. Nichts kann deutlicher beweisen, daß auch im Süden die einigende Macht des nationalen Krieges eine gewaltige Wirkung geübt hatte, und daß jetzt auch hier die große Mehrheit der Bevölkerung bereit war, sich ehrlich in die neuen Zustände zu fügen. Am Münchener Hofe hatte freilich nach Unterzeichnung der Verträge eine trübe Stimmung Platz gegriffen; der König kleidete sich ostentativ in Schwarz und sprach, im Widerspruch zu seinen früheren offiziellen Äußerungen, von den „unglückseligen Verträgen". Graf Holnstein meinte, wenn auch kein direkt feindseliger Schritt von ihm zu erwarten sei, so halte er es doch für erfreulich, daß die Kaiserproklamation und die Unterzeichnung bereits erfolgt seien, da heute weder das eine, noch das andere zu erreichen sein würde. Man sieht daraus von neuem, mit wie richtigem psychologischem Blick Bismarck die kurze Zeitspanne benutzt hatte, in der die Vollendung seines Werkes ohne allzu große Reibungen möglich war.

Die Feststellung der Verfassung machte keine erheblichen Schwierigkeiten, da ja die sachlichen Änderungen, die an der Verfassung des Norddeutschen Bundes vorzunehmen waren, in den Verträgen genau festgelegt und bereits von sämtlichen Regierungen und Volksvertretungen gebilligt waren. Auch der Kaiser erhob jetzt keine Einwendungen mehr gegen die Form des Titels. Wenn es sich aber formell auch nur um eine neue Redaktion schon bestehender Bestimmungen handelte, so war es doch von hoher Bedeutung, daß man die einzelnen Verträge durch eine neue einheitliche Reichsverfassung ersetzte. Sobald die neue Verfassung beschlossen war, verloren die vorbereitenden Verträge ihre rechtliche Geltung. Hatten sie doch nur bestimmt, unter welchen Bedingungen die neuen Gliedstaaten dem Bunde beizutreten bereit seien und dem bisherigen Norddeutschen Bunde die Verpflichtung auferlegt, seine Verfassung entsprechend zu ändern. Mit der Erfüllung dieser Verpflichtung und der Aufnahme der Vertragsbestimmungen, soweit sie dauernde Rechte und Verhältnisse begründen sollten, in die Verfassung selbst, waren die Verträge erloschen.

Gewiß ruhte auch die neue Reichsverfassung auf vertragsmäßiger Grundlage, insofern die Verträge zwischen den norddeutschen Staaten von 1866 und die Versailler Verträge von 1870 das Zustandekommen des Reiches erst vorbereitet und ermöglicht haben; aber sie selbst war kein Vertrag, sondern ein Gesetz, das alle Teilnehmer des Bundes in gleicher Weise band. Wie sie durch die Übereinstimmung zwischen den verbündeten Regierungen und dem Reichstag als der Vertretung des Bundesvolkes geschaffen worden war, konnte sie auch nur auf diesem Wege wieder abgeändert werden. Selbst die Übereinstimmung aller Regierungen und aller Einzelstaaten und Parlamente würde nicht imstande gewesen sein, den Bund rechtlich aufzulösen und ihn etwa unter anderen Bedingungen zu erneuern, da die Verfassung bestimmte, daß jede Änderung der Zustimmung des Reichstags bedürfe. Die gemeinsame Volksvertretung war so wirklich zu der festen Klammer der Einheit geworden, die sie schon nach Bismarcks ersten Plänen sein sollte.

Rückblick und Ausblick

Die deutsche Einheitsbewegung, deren Geschichte wir verfolgt haben, hatte mit den Ereignissen von 1871 vorläufig ihr Ziel erreicht. Nicht das ganze deutsche Sprachgebiet, nicht einmal der ganze Umkreis der im alten deutschen Bunde zusammengefaßten Länder war durch die neue Verfassung zu einem Reiche zusammengeschlossen worden, wohl aber das kleinere Deutschland, wie es seit 1848 das Ziel der Erbkaiserpartei und aller ihr nahestehenden oder von ihr ausgehenden Gruppen gewesen war. Innerhalb dieses engeren Gebietes war das Sondertum der einzelnen Staaten und Stämme zwar nicht vernichtet worden, aber so weit eingeschränkt, daß ein gemeinsames deutsches Staatsleben sich daneben und darüber entwickeln konnte. Welche Kräfte sind es gewesen, die dieses Ergebnis herbeigeführt, die entgegenstehenden Hindernisse überwunden und dem neuen Reiche seine Gestalt gegeben haben?

So sehr in der Geschichte der Reichsgründung die Einwirkung des bewußten Wollens und Gestaltens der leitenden Staatsmänner und Feldherren hervortritt, und so wenig es sich bestreiten läßt, daß militärische und diplomatische Ereignisse dabei den Ausschlag gegeben haben, so unrichtig würde es doch sein, die Mitwirkung der im deutschen Volke lebendigen nationalen Gesinnungen und Kräfte zu unterschätzen. Vielmehr war das Vorhandensein einer starken nationalen Strömung im Volke die unentbehrliche Grundlage für alles Schaffen der Staatsmänner; ohne sie hätte keine diplomatische Kunst und kaum die Anwendung militärischer Gewalt aus den selbständigen Einzelstaaten, die das Ergebnis der früheren deutschen Geschichte gewesen waren, wieder ein Ganzes machen können.

Wir haben früher verfolgt, wie diese nationale Strömung sich im Anfang des 19. Jahrhunderts aus der Not der Franzosenzeit erhob, wie sie allmählich immer stärker und selbstbewußter wurde und ihre ursprüngliche Verbindung mit anders gearteten

Elementen aus der Weltanschauung des 18. Jahrhunderts abstreifte. Aber wir haben auch gesehen, daß diese Strömung niemals einheitlich war, sondern sich in zwei scharf getrennten Richtungen bewegte. Die elementaren Gefühle der Volksmassen richteten sich nur auf die Unabhängigkeit Deutschlands gegenüber dem Ausland und traten mit wirklicher Wucht und unwiderstehlicher Gewalt nur dann hervor, wenn dieses höchste Gut bedroht schien. In Zeiten, wo das nicht der Fall war, lebte die Masse der Bevölkerung ruhig in den altgewohnten Zuständen fort und war durch politische Fragen nur schwer in Bewegung zu bringen. Auch die große Volkserhebung von 1848 war, soweit die Massen dabei in Betracht kamen, weniger von nationalen, als von wirtschaftlichen Antrieben getragen.

Andere Bestrebungen herrschten unter den oberen Klassen, namentlich in der Schicht der Gebildeten und dem oberen Bürgertum vor. Hier wollte man nicht nur die Selbständigkeit gegenüber dem Ausland, sondern man erstrebte auch ein möglichst starkes gemeinsames inneres Staatsleben, das die Freiheit des Einzelnen dem Staate gegenüber gewährleisten und der Bevölkerung einen gesicherten Anteil an der Leitung der öffentlichen Angelegenheiten geben sollte. Diese Wünsche traten nicht, wie jene Massengefühle, nur in einzelnen Momenten hervor, sondern waren dauernd und in wachsender Stärke vorhanden. Sie erklangen laut in der öffentlichen Meinung, in der Presse, den Flugschriften und den Verhandlungen der einzelnen Parlamente. Aber ihre Träger waren allein nicht stark genug, die auf ihre Souveränität eifersüchtigen, einzelstaatlichen Regierungen sich zu unterwerfen.

So verschieden diese beiden Richtungen nach ihren Zielen, nach der sozialen Zugehörigkeit ihrer Anhängerschaft und nach der Art ihres Auftretens auch waren, so bestand doch zwischen ihnen ein engerer Zusammenhang, als es auf den ersten Blick scheinen könnte. Denn schließlich kann doch die Unabhängigkeit eines Volkes vom Ausland auf die Dauer nicht gesichert werden ohne ein gemeinsames inneres Staatsleben. Wo dies fehlt, muß die Hoffnung, daß sich im Notfall alle zu gemeinsamer Tat zusammenfinden werden, immer unsicher bleiben. Dies erkannten

die Gebildeten, während das Volk, mehr in den Interessen des Augenblicks befangen, diese Notwendigkeit zunächst nicht einsah. So erklärt es sich auch, daß alle einsichtigen Staatsmänner, die sich überhaupt von nationalen Gesichtspunkten beeinflussen ließen, durch die innere Notwendigkeit zu größeren oder geringeren Zugeständnissen an die Vorkämpfer der inneren Einheit gedrängt wurden, auch wenn sie selbst ursprünglich nur von dem Gedanken der Unabhängigkeit gegenüber dem Ausland ausgegangen waren.

Freilich blieb auch hier immer eine Verschiedenheit bestehen. Wer von dem Gedanken des Zusammenschlusses nach außen hin herkam, für den konnte die innere Einheit nur insofern wertvoll und nützlich erscheinen, als sie zur Erreichung dieses eigentlichen Hauptziels unentbehrlich war. Jede darüber hinausgehende Konzession in unitarischer Richtung erschien als überflüssig und schädlich. Wer hingegen der zweiten Richtung angehörte, dem waren innere und äußere Einheit gleichberechtigte Ziele und der mußte bestrebt sein, die vollständige Einheit so weit durchzuführen, wie es bei der Natur des deutschen Staatslebens überhaupt möglich erschien. Die politische Freiheit erschien den Vertretern des äußeren Machtgedankens ebenfalls nur als ein sekundäres Erfordernis, insofern die Teilnahme des Gesamtvolkes am öffentlichen Leben geeignet war, die Kraft des eigenen Staates dem Ausland gegenüber zu erhöhen. Hingegen war für die Anhänger der inneren Einheit die Freiheitsbewegung aufs engste mit ihrem Hauptziel verbunden, und gar manchem erschien die Einheit wertlos, wenn sie nicht zugleich die Freiheit sichere.

Das elementare Nationalgefühl der Massen besaß niemals eine selbständige Organisation. Es konnte in Zeiten der Gefahr spontan zum Ausdruck kommen, äußerte sich aber in der Regel nur in der Form der von oben her organisierten Massenbewegung; von dem angestammten Fürsten erwartete es das Losungswort; wenn sich auf seinen Ruf und unter seiner Führung das Heer in Bewegung setzte zum Schutze des deutschen Bodens, dann brach dies Gefühl am lautesten hervor; und höchstens wenn ein Landesherr sich offen auf die Seite der Feinde Deutschlands stellte, konnte es sich gegen ihn wenden. Die nationale Bewegung in den Kreisen der Gebildeten aber fand ihre Organisation in den politischen

Parteien, deren Entstehung und deren Wandlungen wir verfolgt haben. Aber diese Organisation war niemals so fest und einheitlich, daß sie den Kampf gegen die altgefügten staatlichen Gewalten hätte aufnehmen können, wenn diese unter sich einig waren. Der nicht immer sichtbare, aber in der Tiefe stets vorhandene Gegensatz zwischen Liberalen und Demokraten hinderte den einheitlichen Zusammenschluß aller die innere Einheit erstrebenden Kräfte; und das Hervortreten und der wachsende Erfolg einer Politik, die zwar einen Teil dieser Forderungen verwirklichen, einen anderen Teil aber möglichst zurückdrängen wollte, führte neue Spaltungen in ihren Reihen herbei. Die einen wollten nehmen, was zu haben war, in der Hoffnung, später allmählich auch das Übrige erringen zu können; die anderen blieben auf dem Boden ihrer Prinzipien und verlangten alles oder nichts und rücksichtslosen Kampf gegen jede Regierung, die nicht alles bewilligen wolle. In diesem Mangel an einer festen, einheitlichen Organisation lag der hauptsächliche Grund dafür, daß die nationale Bewegung nicht aus eigener Kraft die alten Gewalten hat überwinden und ein neues Staatsleben ganz nach ihrem Sinne schaffen können. Die Kräfte und Wünsche, die im Volke lebendig waren, haben daher zwar die Grundlage der neuen Schöpfung gebildet, aber sie nicht selbst hervorgebracht; sondern die Führung in dem Erneuerungsprozeß des Staatslebens ist der stärksten unter den alten festorganisierten staatlichen Gewalten zugefallen, dem preußischen Staat.

Erst nachdem die Leiter der preußischen Politik sich der Interessengemeinschaft zwischen den natürlichen Lebensbedingungen ihres eigenen Staates und den wesentlichsten Wünschen der nationalen Bewegung bewußt geworden waren, konnte das Bündnis zwischen diesen beiden Mächten zustande kommen, das allein die Möglichkeit zu einer wirklich dauerhaften Neuschöpfung bot. Zweimal im Laufe des 19. Jahrhunderts war dies Bündnis bereits möglich gewesen, 1813 und 1848; beide Male war es gescheitert, weil die verantwortlichen Leiter der preußischen Politik es nicht annehmen wollten, oder es doch nicht in der Form annehmen wollten, in der es die damaligen Führer der nationalen Bewegung anboten. Aber der Mißerfolg der Unionspolitik von

1850 machte es erst ganz deutlich, daß eine Lösung der deutschen Frage ohne Zugeständnisse an die nationalen Wünsche nicht möglich sei; und erst die Unzuträglichkeiten des aus diesem Mißlingen in neuer Stärke hervorgegangenen Dualismus brachten auch den preußischen Staatsmännern die Unhaltbarkeit der bestehenden Zustände für Preußen selbst und die Notwendigkeit eines Fortschreitens in nationaler Richtung endgültig zum Bewußtsein.

In dem Augenblick, wo dies Bündnis zustande kam, mußte aber die Führung naturgemäß an die besser organisierte und darum stärkere Macht unter den Verbündeten, d. h. an den preußischen Staat übergehen. Das empfanden die Führer der nationalen Parteien aufs deutlichste am Vorabend des Krieges von 1866, als ihnen Bismarck die Hand entgegenstreckte, und auch darum, nicht nur aus persönlichem Mißtrauen, wiesen sie sie zurück. Erst der Ausgang des Krieges gegen Österreich belehrte sie über das wahre Stärkeverhältnis und machte sie einem Bündnis geneigt, in dem sie nicht der führende Teil waren. Auf manches wertvolle Stück ihrer alten Ideale mußten sie verzichten, weil der übermächtige Bundesgenosse es verlangte. Die aus Gefühlen und Stimmungen hervorgewachsenen Wünsche der Bevölkerung hatten nichts Positives zu schaffen vermocht. Sie bedurften der Leitung nach festem Plan, des einheitlichen Willens, der die Schleusen öffnete, wenn es Zeit war und den Strahl auf den Punkt richtete, wo er zu wirken vermochte. Wohl hat es dieser in der Tiefe des Volkes wirkenden Kräfte bedurft, um das Reich zu gründen; aber die Staatsmänner und Feldherrn Preußens sind es gewesen, die sie erst wirksam gemacht haben, indem sie sie unter ihrer Führung zusammenschlossen. Man kann mit Recht sagen, daß zur Entstehung des neuen Deutschland jeder mitgewirkt hat, der in den Kämpfen von 1813 bis 1870 die Flinte getragen oder in Wort und Schrift für den nationalen Gedanken gestritten hat. Aber das Entscheidende haben doch jene Männer geleistet, die sich um König Wilhelm scharten, und unter ihnen wieder das Größte Bismarck.

Freilich war er nicht der Herrscher; bei jedem seiner Schritte mußte er mit der Gegenwirkung anders denkender Elemente, oft

auch mit den persönlichen Wünschen seines Königs ringen. Er selbst hat oft genug über die Friktionen geklagt, die den besten Teil seiner Kraft verzehrten. Aber er gewöhnte sich, die persönliche Eigenart seines Herrschers als eine Naturgewalt anzusehen, die man nicht ändern könne und mit der man rechnen müsse, wie der Landmann mit Sonnenschein, Regen und Wind, die man aber mit der nötigen Geschicklichkeit und Beobachtungsgabe für seine Zwecke nutzbar machen könne. Darüber kann ja heute kein Zweifel sein, daß alle großen entscheidenden Anstöße und Entschlüsse jener Jahre nicht von dem König, sondern von Bismarck ausgegangen sind. Ohne ihn hätte König Wilhelm den Erbprinzen von Augustenburg als Herzog von Schleswig-Holstein anerkannt, hätte er den Krieg von 1866 niemals begonnen, hätte er nicht eine Annexion ganzer norddeutscher Länder vollzogen, hätte er schwerlich in ein deutsches Parlament und die norddeutsche Bundesverfassung gewilligt, und ohne ihn hätte auch das diplomatische Ringen mit Frankreich im Juli 1870 voraussichtlich nicht mit dem großen Nationalkrieg und der Einigung Deutschlands, sondern mit dem Rückzug Preußens und einer schweren Schädigung seines Ansehens geendet.

Damit soll der Anteil und das Verdienst, das König Wilhelm an dem Gelingen der Einigung gehabt hat, nicht herabgesetzt werden. Schon daß er Bismarck trotz der warnenden Stimmen in seinem Innern und in seiner Umgebung an die Spitze seiner Regierung berief, war eine Tat von höchster Bedeutung; daß er an ihm festhielt, trotz aller Versuche, die aus seiner Familie und dem Kreise seiner engeren Vertrauten heraus gemacht wurden, ihn wieder von seinem großen Ratgeber zu trennen, war die Voraussetzung von Bismarcks ganzer Wirksamkeit und aller seiner Erfolge. Es ist gewiß nicht immer leicht für den König gewesen, einen Mann von dem stürmischen Temperament und der Rücksichtslosigkeit Bismarcks neben sich zu dulden und sich ihm in vielen Fällen unterzuordnen. Aber gerade darin liegt seine Größe, daß er trotz aller Gegensätze die überragende Begabung seines Ministers erkannte und die Selbstüberwindung besaß, sich seinen Ratschlägen auch da zu fügen, wo er eigentlich anderes wollte, wenn er sich von ihrer Richtigkeit überzeugt hatte. Dies war und

blieb freilich für ihn die oberste Bedingung. Er war viel zu sehr König, viel zu sehr überzeugt von seiner persönlichen Verantwortlichkeit vor Gott und der Geschichte, um Maßregeln gutzuheißen, deren Notwendigkeit er nicht selbst erkannt hatte. Seine peinliche Gewissenhaftigkeit, sein feines Rechtsgefühl und seine Ritterlichkeit widerstrebten oft der rücksichtslosen Machtpolitik, die Bismarck empfahl. Aber stets blieb doch, ganz im Unterschied von seinem Bruder, in ihm die Überzeugung herrschend, daß es die Pflicht des Monarchen sei, seine persönlichen Empfindungen dem Interesse des Staates zu opfern. Wir wissen, daß es Bismarck nicht immer leicht geworden ist, ihn zu überzeugen; aber in der Notwendigkeit, es zu tun, lag für Bismarck eine Fessel, die er manchmal mit Unwillen trug, die aber doch im Grunde heilsam war, weil sie ihn zur Vorsicht zwang.

Wir können deutlich beobachten, wie allmählich Bismarcks Einfluß auf den König mit dem steigenden Erfolg seiner Politik gewachsen ist. Zu Anfang seiner Wirksamkeit als Minister stand er noch auf sehr unsicherem Boden; die kleinste Unvorsichtigkeit, der kleinste Mißerfolg konnte ihn stürzen. Noch am Vorabend des Krieges von 1866 schien es eine Zeitlang, als würden seine Gegner in der Umgebung des Königs, an deren Spitze die Königin Augusta stand, den Sieg über ihn davontragen. Erst nach den entscheidenden Ereignissen dieses Jahres war seine Stellung beim König so gefestigt, daß sie nur noch schwer erschüttert werden konnte. Aber allmächtig war Bismarck auch jetzt nicht. Namentlich in allen militärischen Angelegenheiten, die der König selbst als Fachmann gründlich verstand, und in denen er an Männern wie Moltke und Roon ebenso sachverständige wie weitblickende und charaktervolle Ratgeber hatte, wurde Bismarck niemals um Rat gefragt. Es ist bekannt, daß während der großen Feldzüge heftige Mißhelligkeiten zwischen ihm und den militärischen Führern bestanden. Bismarck vertrat den für einen Staatsmann natürlichen Gesichtspunkt, daß der Krieg nur die Fortsetzung der Politik mit gewaltsamen Mitteln sei, daß daher auch die Kriegführung selbst, der Fortgang oder Stillstand der Operationen sich nach den Erfordernissen der Politik richten müsse, und daß vor allen Dingen der Minister des Auswärtigen über

den Stand der kriegerischen Ereignisse vollständig und genau auf dem Laufenden erhalten werden müsse. Die Generale aber standen auf dem Standpunkt, daß mit dem Augenblick der Kriegserklärung das Geschäft der Politik beendet sei und nur noch militärische Rücksichten maßgebend sein könnten. Bismarck mußte hören, daß man ihn den Questenberg im Lager nannte und fühlte sich, wie er selbst sagt, durch die Erinnerung an den Hofkriegsrat aus der Zeit Wallensteins keineswegs angenehm berührt. Während des Krieges gegen Frankreich wurde er zu den Beratungen der obersten Befehlshaber mit dem König über den Fortgang der Operationen nicht mehr regelmäßig zugezogen und führte das auf eine Art Verschwörung der Generale zurück. Der Streit um die Beschießung von Paris verschärfte den Gegensatz noch mehr, und das persönliche Verhältnis zwischen Bismarck und Moltke war wochenlang so gespannt, daß sie nicht miteinander sprachen, und selbst ein Versuch des Kronprinzen, sie zu versöhnen, vergeblich war. Zu welchen bösen Konsequenzen hätte diese Uneinigkeit des obersten politischen und des obersten militärischen Leiters führen können, wenn nicht über ihnen der König gestanden hätte, der doch immer die letzte Entscheidung behielt und dessen Wort sie respektieren mußten! Ohne diese regelnde und ausgleichende Wirksamkeit des Königs, zu der ihm nicht bloß seine hohe Stellung, sondern auch die Achtung aller seiner Ratgeber vor seinem persönlichen Charakter die Möglichkeit gab, wäre der Ausgang vielleicht kein so glücklicher gewesen.

So hoch man also auch Bismarcks Leistung einschätzen mag, so darf man doch daneben die Wirksamkeit des Königs nicht vergessen. Und ebensowenig darf man übersehen, daß der ganze Erfolg von Bismarcks Politik abhängig war von der Beschaffenheit und Leistungsfähigkeit jenes gewaltigen Machtmittels, das nicht er, sondern der König und dessen militärische Ratgeber geschaffen hatten, des preußischen Heeres. Ohne die organisatorische Tätigkeit Roons und die geniale kriegerische Oberleitung Moltkes hätten die notwendigen Voraussetzungen für Bismarcks Politik und ihre Erfolge gefehlt.

Soweit es überhaupt möglich ist, den Anteil, den alle diese Männer an dem schließlichen Erfolg gehabt haben, abzuwägen,

wird man aber doch sagen dürfen, daß Bismarcks Leistung die verhältnismäßig größte gewesen ist, weil ohne seine Initiative die Gelegenheiten versäumt und die großen Machtmittel ebenso wie früher unbenutzt geblieben wären. Aber man muß doch, um seine Leistung richtig einzuschätzen, noch eine weitere Einschränkung hinzufügen.

Bismarck hat die Lösung der deutschen Frage, die 1871 zustande kam, zwar praktisch durchgeführt, aber nicht selbst gefunden. Alles was er getan hat, war bereits lange vorher gedacht und als notwendig erkannt worden. Es dürfte schwer sein, irgendeinen Gedanken in Bismarcks geistiger Werkstatt zu entdecken, der nicht dem großen Ideenvorrat des Jahres 1848 stammte. Noch einmal tritt uns lebendig die große Bedeutung des Sturmjahres entgegen, wenn wir uns diese Tatsache vor Augen stellen.

Die Erkenntnis, daß eine festere Einigung nur für das engere Deutschland ohne Österreich möglich sei, hatte bereits die Erbkaiserpartei des Frankfurter Parlaments gewonnen; Staatsmänner wie Camphausen und Radowitz lebten durchaus in diesem Gedanken. Daß diese Lösung nicht durch friedliche Mittel, sondern nur durch Eisen und Blut herbeigeführt werden könne, war zwar nicht eine allgemeine Überzeugung der Vorkämpfer der Einheit in jener Zeit gewesen, aber es muß doch daran erinnert werden, daß König Wilhelm selbst bereits als Prinz von Preußen im Jahre 1849 geschrieben hatte: „Wer Deutschland regieren will, muß es sich erobern; à la Gagern geht es nun einmal nicht." Und fast noch stärker klingt es als eine Vorwegnahme Bismarckscher Gedanken, wenn Radowitz im Juli 1848 schreibt: „Die neue Konstituierung Deutschlands, ja Europas wird nicht das Werk deliberierender Versammlungen, sondern gewaltiger Kämpfe und Tatsachen sein."

Daß in dem engeren Deutschland die Hegemonie Preußens verbunden sein müsse mit möglichster Schonung der einzelstaatlichen Rechte, gehörte ebenfalls zu den Überzeugungen der Männer von 1848, und die Scheidung der Kompetenzen zwischen Reich und Einzelstaaten war in der Verfassung der Paulskirche bereits auf den gleichen Grundlagen aufgebaut, wie in der späteren Reichsverfassung. Freilich war in der Frankfurter Verfassung allen

Einzelstaaten die gleiche Stellung gegenüber der Zentralgewalt zugedacht; von einer besonderen Vorzugsstellung Preußens oder Bayerns wußte sie nichts. Aber auch dieser Gedanke fehlte bei den praktischen Staatsmännern jener Tage nicht. Schon im August 1848 sah Radowitz, wenn Preußen an die Spitze des neuen Reiches trete, eine Kompensation für Bayern und „ebenso stufenweise für die nächstfolgenden größeren Staaten" vor. Auch Camphausen hat denselben Gedanken ausgesprochen bei den vorbereitenden Ratschlägen, die er für die Gestaltung einer preußischen Union gegeben hat.

Das Gefühl, daß ein dem Parlament verantwortliches Reichsministerium die einzelstaatliche Selbständigkeit zu stark beschränken werde, daß daher das an sich notwendige deutsche Parlament nur bestimmt begrenzte Befugnisse haben dürfe, tritt in den preußischen Unionsbedingungen und in den Verhandlungen mit dem Frankfurter Parlament deutlich zutage. Ja sogar das Argument für die Notwendigkeit des Kaisertitels, das Bismarck 1870 dem König von Bayern gegenüber anwandte, daß es nämlich für die deutschen Fürsten leichter sei, sich einem deutschen Kaiser unterzuordnen als dem König von Preußen, finden wir nahezu wörtlich in den Berichten des Grafen Bernstorff aus Wien von 1849 und ebenso in der Denkschrift des Großherzogs von Oldenburg von 1866. Ein Hauptstück von Bismarcks Taktik gegenüber den widerstrebenden Einzelstaaten war es, ohne äußerlich sichtbaren Zwang doch den Druck der Ereignisse und der öffentlichen Meinung zu benutzen und sie schließlich vor die Frage zu stellen, ob sie dem deutschen Volke gegenüber die Verantwortung für das Scheitern des Einigungswerkes auf sich nehmen wollten. Auch das war nur eine Wiederaufnahme der von Camphausen so lebhaft vertretenen Ideen. Wenn Bismarck es sich endlich immer als besonderes Verdienst angerechnet hat, daß er unmittelbar nach der großen Abrechnung mit Österreich die Versöhnung für die Zukunft und ein enges Bündnis zwischen dem neuen Deutschen Reich und dem Kaiserstaat ins Auge gefaßt habe, so war auch dieser Gedanke den Männern von 1848 durchaus geläufig. Sie dachten allerdings an eine noch engere Verbindung als ein bloßes völkerrechtliches Bündnis; aber auch Bis-

marck hat ja später daran gedacht, das deutsch-österreichische Bündnis in die Verfassung beider Länder aufzunehmen.

Natürlich handelt es sich hierbei nicht um bewußte Nachahmung oder Anlehnung. Diese Ziele und die zu ihrer Erreichung notwendigen Mittel ergaben sich aus der Lage Deutschlands. Bismarcks Größe besteht nicht darin, daß er sie neu entdeckt, sondern daß er aus der Fülle der vorhandenen und unzählige Male diskutierten Möglichkeiten diejenige herausgegriffen hat, die nach der Lage der tatsächlichen Machtverhältnisse am leichtesten verwirklicht werden konnte. Er selbst hat die Lösung erst allmählich gefunden, und wir haben beobachten können, wie ihn seine Erfahrungen langsam aber sicher auf denselben Weg gedrängt haben, den schon die preußischen Staatsmänner der Revolutionszeit gehen wollten, auf dem sie aber nicht ans Ziel gelangen konnten, weil der eigene König sich weigerte, ihnen zu folgen, und weil sie den Entschluß zu dem notwendigen großen Entscheidungskampf gegen Österreich nicht zu fassen vermochten. Was Bismarck vor ihnen voraus hatte, war neben dem Rückblick auf die von seinen Vorgängern gemachten Erfahrungen eben die ungebrochene Kraft des Entschlusses, die auch in schwierigen und gefahrvollen Augenblicken niemals versagte und die Gefahr nicht scheute; es war ferner seine Kunst in der Ausnutzung des Augenblicks und der Behandlung der Menschen, mit denen er zu tun hatte, sowie seine genaue Bekanntschaft mit der internationalen Lage, von deren Abwandlungen er stets seine einzelnen Schritte abhängig machte.

* * *

Der Bund Preußens mit der Einheitsbewegung hat das neue Deutschland geschaffen, aber die widerstrebenden Kräfte, die so lange jede Einigung verhindert hatten, waren auch jetzt nicht aus dem deutschen Leben verschwunden, sie waren nur zurückgedrängt, für den Augenblick überwältigt, aber nicht beseitigt. Der einzelstaatliche Partikularismus lebte noch fort an den Höfen der größeren Einzelstaaten; ja in der Seele des neuen Kaisers selbst führte noch im Augenblick der Kaiserproklamation sein preußisches Staatsgefühl einen heftigen Kampf gegen die neue Ord-

nung der Dinge und gegen den neuen Titel, der ihr äußerliches Kennzeichen werden sollte. In dem berühmten Briefe, den Kaiser Wilhelm am 18. Januar 1871 an die Kaiserin Augusta geschrieben hat, spricht er von dem Schmerz, den preußischen Titel verdrängt zu sehen, und berichtet, daß er erst im inbrünstigen Gebet Fassung und Kraft gewonnen habe. Wir haben gesehen, wie heftig sich der Stolz des bayrischen Königs bis zuletzt gegen die Unterordnung unter die Hohenzollern auflehnte, und wie die Königin von Württemberg es nicht verschmähte, die russische Hilfe anzurufen, um bessere Bedingungen zu erlangen.

Solche Empfindungen wurden aber noch von weiten Schichten der Bevölkerung geteilt. In erster Linie natürlich von dem Adel, der überall eng mit den Dynastien verbunden war, und dem Beamtentum der Einzelstaaten. Durch diese Elemente wurden auch die konservativen Parteien der einzelstaatlichen Parlamente in der gleichen Richtung beeinflußt, die ohnehin mehr an den hergebrachten Zuständen hingen als an dem Neuen, das ihnen doch schon im Grunde wegen des liberalen Einschlags nicht so ganz sympathisch war. Und ebenso wie in früheren Zeiten stand dieser Partikularismus auch jetzt noch in engster Verbindung mit der konfessionellen Zerrissenheit Deutschlands.

Es ist bereits mehrmals darauf hingewiesen worden, daß es gerade die katholischen Elemente in Süddeutschland waren, die einem engeren Anschluß an den Norden widerstrebten, weil sie in der Vormachtstellung Preußens zugleich die Herrschaft protestantischer Anschauungen erblickten. Dieselbe Erscheinung nehmen wir aber auch in den 1866 annektierten neuen preußischen Provinzen wahr, wo sich streng katholische und partikularistische Elemente zum engsten Bunde zusammenfanden. Und es ist durchaus kein Zufall, daß sich gerade in den Monaten, wo in Versailles die Verträge über die Gründung des neuen Reiches zum Abschluß gelangten, auch die Katholiken Deutschlands wieder zu gemeinsamer politischer Geltendmachung ihrer Interessen zusammentraten, nachdem wenigstens im Norden seit 1866 eine katholische Partei nicht mehr existiert hatte. Die Gründung der Zentrumspartei war die Antwort der deutschen Katholiken auf die Verträge von Versailles. Sehr bezeichnend waren auch die

ersten Vorstöße, die diese Partei im Reichstage versuchte. Wenn sie das bewaffnete Eintreten des neuen Reiches für die Wiederherstellung der weltlichen Herrschaft des Papstes gegenüber dem Königreich Italien verlangte, so haben ihre Führer gewiß keinen Augenblick erwartet, daß sie für diesen Antrag eine Mehrheit finden oder gar die Regierung zu einer entsprechenden Politik würden veranlassen können; sie wollten nur der katholischen Bevölkerung Deutschlands zeigen, daß von den regierenden Gewalten des neuen Deutschland für die obersten Interessen der Kirche kein tatkräftiger Schutz zu erwarten sei. Wenn sie ferner die Aufnahme derjenigen Bestimmungen aus der preußischen Verfassung, welche die Unabhängigkeit der Religionsgesellschaften vom Staat sichern sollten, in die Reichsverfassung forderten, so mögen sie eher auf einen praktischen Erfolg gerechnet haben. Sie mochten vielleicht von den Liberalen, ebenso wie in Frankfurt 1848, eine Unterstützung dieses Antrages vom Gesichtspunkt der Freiheit aus erwarten, und konnten sicher sein, daß die größeren süddeutschen Regierungen keinen Widerspruch gegen eine derartige Änderung erheben würden. Aber auch hier werden sie von Anfang an mit der Möglichkeit gerechnet haben, daß ihre Anträge keine Mehrheit fänden; dann waren sie ebenfalls in der Lage, den treuen Anhängern ihrer Kirche zu sagen: man will den Katholiken im Reiche nicht einmal das gewähren, was sie in Preußen schon seit Jahrzehnten haben.

Es ist bekannt, daß Bismarck die Bildung und die ersten Maßregeln dieser Partei mit dem größten Mißtrauen betrachtete, und daß er darin eine Mobilmachung der katholischen Kirche gegen den Staat erblickte. Diese Formulierung des Gegensatzes war gewiß zu schroff; aber zur Geltendmachung der katholischen Interessen innerhalb des neuen Reiches, und wenn es sich als nötig erweisen sollte, zu ihrer Verteidigung gegenüber der Regierung und der Mehrheit der Volksvertretung schlossen sie sich zusammen. Niemals hatte es bisher eine wirkliche Organisation der Katholiken aller deutschen Gebiete für den politischen Kampf gegeben; und insofern war die Befürchtung nicht unbegründet, daß die Bildung dieser neuen Partei den konfessionellen Gegensatz innerhalb des neuen Reiches schärfer hervortreiben werde.

Auch die alten weltbürgerlichen Anschauungen waren keineswegs verschwunden. Schon die katholische Parteibildung trug insofern einen weltbürgerlichen Zug, als sie gerade den Zusammenhang der deutschen mit den außerdeutschen Katholiken über die politischen und nationalen Grenzen hinweg eifrig betonte und in ihren Anhängern das Gefühl lebendig zu erhalten suchte, daß es höhere Werte gebe als die nationale Idee, daß die Pflichten gegen die allgemeine Kirche den Pflichten gegen den national beschränkten Staat vorzugehen hätten. Früher hatten auch die liberalen und demokratischen Anschauungen einen stark weltbürgerlichen Einschlag gehabt; in den Kämpfen um die Errichtung des nationalen Staates und bei der praktischen Mitarbeit daran waren diese Bestrebungen allmählich in den Hintergrund getreten, wenn sie auch noch keineswegs ganz verstummt waren. In der unbedingten Prinzipientreue der Fortschrittspartei war ein solches Moment noch wirksam; den nur weil sie die politische Freiheit als einen unbedingten, den nationalen Interessen übergeordneten Wert ansah, konnte sie diesen Standpunkt festhalten. Aber ihre stärkste Auferstehung erlebte die weltbürgerliche Idee in derjenigen Gruppe, die zur Zeit der Reichsgründung noch in der Bildung begriffen war, aber in den folgenden Jahrzehnten mit steigender Kraft auf das deutsche Leben einzuwirken begann, in der sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

Wohl hatte die deutsche Arbeiterbewegung anfangs einen nationalen Charakter getragen. Lassalle hatte, so sehr er von der Gleichartigkeit der zu lösenden Probleme bei allen Kulturvölkern überzeugt war, doch die allmähliche Durchführung der neuen Staatsordnung von dem freilich stark demokratisierten nationalen Staate erhofft. Aber die Wendung, welche die Geschicke Deutschlands bald nach seinem Tode nahmen, das Bündnis des preußischen Staates und der neuen Reichsgewalt mit den Liberalen, in denen die Sozialisten ihre erbittertsten Feinde sahen, schien diese Hoffnung völlig abzuschneiden. All den persönlichen Parteiungen und Kämpfen, die innerhalb der von Lassalle gegründeten Partei nach seinem Tode ausbrachen, lagen doch tiefere sachliche Gegensätze zugrunde; zu ihnen gehörte auch der zwischen der nationalen und der internationalen Regelung der sozialen und

wirtschaftlichen Fragen. Marx und Engels waren längst als Vorkämpfer einer internationalen Lösung hervorgetreten; sie verurteilten den nationalen Staat nicht nur als eine Machtorganisation der herrschenden Klassen, sondern auch als ein Überbleibsel der barbarischen Zeit, wo die Völker sich feindlich gegenübergestanden hätten, während es jetzt darauf ankomme, den Massen des Volkes zu zeigen, daß ihr Interesse überall das gleiche sei, und daß sie es überall mit den gleichen Feinden zu tun hätten. Noch war der Sieg der internationalen Richtung nicht entschieden, als das Reich gegründet wurde, aber er bereitete sich schon vor; und wenige Jahre später, als sich die verschiedenen Gruppen der Sozialisten auf das Eisenacher Programm vereinigten, war der internationale Charakter der Partei gesichert. Je mehr es in den folgenden Jahrzehnten der Sozialdemokratie gelang, den größten Teil der industriellen Arbeiterschaft unter ihren Fahnen zu sammeln, und je mächtiger die Zahl dieser Elemente mit der fortschreitenden Entwicklung Deutschlands zum Industriestaate anschwoll, desto stärker drang dies weltbürgerliche Element in unser politisches Leben ein.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Existenz und Macht des nationalen Staates durch die Verbreitung dieser Anschauungen von Anfang an aufs stärkste bedroht waren. Aber beruht nicht diese ganze Vorstellungsweise schließlich doch auf einer Täuschung, die über kurz oder lang erkannt werden muß? Höchstens beim vollen Verschwinden der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und des aus ihr notwendig hervorgehenden Verhältnisses der Konkurrenz, nicht nur zwischen den einzelnen Individuen, sondern auch zwischen den Nationen, könnte sich die Möglichkeit zur Verwirklichung solcher internationaler Utopien bieten; und auch das wäre noch sehr ungewiß. Seit es sich aber gezeigt hat, daß der Zusammenbruch dieser Wirtschaftsordnung jedenfalls nicht so nahe bevorsteht, wie es Marx und Engels gehofft und angenommen haben, ist es auch für die Arbeiterschaft immer fraglicher geworden, ob es für sie richtig ist, ihr Verhalten in der Gegenwart bereits nach Grundsätzen zu regeln, die eigentlich erst für den Zukunftsstaat Sinn und Bedeutung haben können. Wenn sie sich doch für absehbare Zeit auf die Weiter-

existenz national getrennter Staaten einrichten müssen, so wird ihr Verhältnis zu diesen vielleicht doch wieder ein anderes werden und die Entwicklung sich mehr in der früher von Lassalle vorgezeichneten Richtung bewegen. Die Voraussetzung dafür war allerdings, daß die Massen der Bevölkerung das Gefühl gewinnen mußten, daß dieser Staat auch von ihrem Willen getragen sei, von ihnen mitregiert werde, und ihren Interessen Rechnung trage. Diese Voraussetzung hat aber weder Bismarck noch das Zeitalter Wilhelms II. zu schaffen vermocht. Die Vertreter der Arbeiterschaft blieben wegen ihrer republikanischen Gesinnung von jedem Anteil an der Regierung ausgeschlossen und befanden sich daher im schärfsten Gegensatz zu jeder bestehenden Regierung. Die Massen behielten das Gefühl, daß sie von einer ihnen fremden und feindlichen Schicht regiert würden, und wenn dies Gefühl auch beim Ausbruch des Weltkrieges von der alle Schichten gleichmäßig erfassenden Begeisterung für die Abwehr der von außen drohenden Gefahren eine Zeit lang zurückgedrängt wurde, so brach es doch um so stärker wieder hervor, als die Begeisterung verrauscht war, die Not und die Opfer wuchsen und das Mißtrauen erwachte, ob dieser Kampf nicht doch leichtsinnig von den regierenden Kreisen heraufbeschworen sei und von ihnen länger als nötig weitergeführt werde, um egoistische Sonderzwecke zu erreichen. Daß diese Meinung, objektiv betrachtet, falsch war, wird mit der Zeit immer klarer werden; aber niemand wird bestreiten können, daß sie in den letzten Zeiten des Krieges in einem großen Teil unseres Volkes die herrschende war, und daß diese Stimmung der Massen den Widerstand gelähmt und den inneren Zusammenbruch des alten Staates herbeigeführt hat.

Aber gerade die Erfahrungen die wir während der Friedensverhandlungen und nach dem formellen Friedensschluß gemacht haben, waren geeignet, eine innere Umstellung der Volksmassen zu bewirken. Die anfangs vorhandene Hoffnung, daß sich jetzt die Interessen- und Gesinnungsgemeinschaft des internationalen Proletariats wirksam erweisen werde, zerrann in nichts. Die Arbeiterschaft der feindlichen Staaten billigte die Zerstückelung und Knechtung Deutschlands, die ihre Regierungen unter dem vorherrschenden Einfluß der Rachgier Frankreichs und seiner

Furcht vor einer Wiedererstarkung Deutschlands beschlossen. Und wenn sie diese Maßregeln innerlich vielleicht verurteilten, so taten sie doch nichts dagegen. Das Vorgehen der Franzosen nach dem Friedensschluß und besonders der völlig rechtlose Einbruch in das Ruhrgebiet zeigten aufs deutlichste, daß es nicht die alten herrschenden Schichten Deutschlands waren, die man bekämpft hatte, sondern das deutsche Volk selbst, sein wachsender Wohlstand und seine zunehmende Bedeutung in der Welt. Die Arbeiterschaft der besetzten Gebiete mußte am eigenen Leibe die Erfahrung machen, daß eine Fremdherrschaft auch sie in ihren Lebensbedingungen und in ihren tiefsten Gefühlen aufs empfindlichste traf. Wie dereinst die napoleonische Gewaltherrschaft die weltbürgerliche Gesinnung des Bürgertums umgewandelt und in dieser Schicht die Vorbedingungen für die Wirksamkeit des nationalen Gedankens geschaffen hatte, so scheint auch dieser neue schmerzliche Erziehungsprozeß die Arbeiterschaft allmählich zu der Überzeugung zu führen, daß nur im festen Zusammenhalten aller Volksgenossen und nicht in der doch nur phrasenhaften internationalen Verbrüderung mit den Klassengenossen anderer Länder das Heil ihrer eigenen Zukunft liegt. Dies ist umsomehr zu hoffen, als sie in dem neuen deutschen Staatswesen nicht nur eine gleichberechtigte, sondern, entsprechend ihrer Zahl und Organisation, eine beinahe ausschlaggebende Stellung einnehmen. Das schwerste Hindernis für das Zusammenwachsen der Volksmassen mit dem nationalen Staat ist dadurch beseitigt.

Aber lenken wir unsere Blicke wieder auf die Zeit des kaiserlichen Deutschland zurück. Die Gegensätze, von denen wir sprachen, waren auch nach der Reichsgründung bestehen geblieben und hatten teilweise sogar an Schärfe zugenommen. Aber ihre praktische Betätigung und ihr Kampf untereinander war zunächst in die Grenzen eingeschlossen, welche die neue Verfassung zog. Es war daher eine Schicksalsfrage für Deutschland, ob dieser Rahmen des politischen Lebens sich als fest genug erweisen werde, auch die widerstrebenden Kräfte zusammenzuhalten, und zugleich als elastisch genug, um sich den großen Veränderungen des sozialen und wirtschaftlichen Lebens und der geistigen Stimmung anpassen zu können, die in den nächsten Jahrzehnten eintraten. Die

Erfahrung scheint dagegen zu sprechen. Und in der Tat wird man zugeben müssen, daß wenigstens in einem Punkte die Reichsverfassung einen Konstruktionsfehler aufwies, der unter Umständen verhängnisvoll werden konnte. Sie gestattete weder dem Parlament, noch der Volksstimmung irgendeinen Einfluß auf den Gang der auswärtigen Politik des Reiches. Dieser wurde vielmehr ausschließlich vom Kaiser und dem einzigen verantwortlichen Reichsminister, dem Reichskanzler, bestimmt. Solange der vorsichtige, gewissenhafte und zurückhaltende alte Kaiser lebte, solange der geniale, weitausblickende und geschäftskundige Gründer des Reiches als Steuermann neben ihm stand, traten die Gefahren dieses Zustandes nicht sichtbar hervor. Als aber ein junger, impulsiver und im Grunde willensschwacher Herrscher an die Spitze getreten war, und sich bald mit unerfahrenen Dilettanten bald mit leichtsinnigen und kurzsichtigen Ratgebern umgeben hatte, da verlor das Schiff der Reichspolitik seinen alten festen Kurs und geriet in ein Schwanken und Lavieren, das zu immer neuen Reibungen und Zusammenstößen führte, bis es schließlich in den Stürmen des Weltkriegs zerbrach. Wenn Bismarck, als er die Verfassung entwarf, davon absah, ein verantwortliches Reichsministerium mit kollektiver Verantwortlichkeit für den gesamten Gang der Reichspolitik zu schaffen, das eine stetige und überlegte Gesamtleitung besser hätte gewährleisten können, so hatte gewiß seine persönliche Abneigung gegen eine solche Bindung an kollegiale Entschließungen und parlamentarische Einflüsse starken Anteil daran. Aber man darf doch auch nicht vergessen, daß eine solche Einrichtung unter einem Herrscher, der eben gegen die gleichen Ansprüche des preußischen Parlaments einen großen Kampf siegreich beendigt hatte, sich kaum hätte durchführen lassen. Und ebensowenig würden die Herrscher der größeren Einzelstaaten dafür zu haben gewesen sein, die darin eine noch stärkere Beschränkung ihrer Souveränität gesehen hätten. Mit diesen Elementen aber mußte Bismarck rechnen, wenn er mit der durch die Lage gebotenen Schnelligkeit und unter freiwilliger Zustimmung der vorhandenen Dynastien sein Werk überhaupt vollenden wollte. Das im Augenblick Erreichbare, nicht das unbedingt Wünschenswerteste zu schaffen, war, wie wir wissen,

sein oberster Gesichtspunkt, und mußte es auch sein. Den weiteren Ausbau und Umbau der neuen Einrichtungen glaubte er der nächsten Generation überlassen zu können. Daher wird man ihm nicht mit Recht den Vorwurf einer Versäumnis in diesem wichtigen Punkte machen können. Vielleicht wäre nach dem Tode des alten Kaisers der Augenblick gekommen gewesen, wo sich eine Reform in dieser Richtung hätte durchführen lassen. Aber der greise Staatsmann vermochte damals einen so schwerwiegenden, mit der ganzen Praxis seines bisherigen politischen Wirkens im Widerspruch stehenden Entschluß nicht mehr zu fassen, obwohl er die in der Persönlichkeit des künftigen Herrschers liegenden Gefahren so klar wie wenige erkannte. Seinen Nachfolgern aber fehlte sowohl der Wille, wie die Fähigkeit zu Reformen größeren Stils. Auch Fürst Bülow hat seine Konflikte mit dem Kaiser immer nur zur Stärkung seines persönlichen Einflusses, aber nicht zur Schaffung dauernder Einrichtungen auszunutzen gesucht. Man darf vielleicht sagen, daß der Mangel weniger in der Verfassung selber lag, die mit verhältnismäßig geringen Schwierigkeiten eine Weiterbildung gestattet hätte, sondern in dem mangelnden Verständnis der Persönlichkeiten, die sie zu handhaben berufen waren, für die Bedürfnisse der Zeit und in dem Fehlen einer starken und einheitlichen öffentlichen Meinung über große politische Fragen.

Aber es gab noch einen anderen Punkt, in dem das von Bismarck geschaffene Werk schon damals vielen nicht genügte.

Als durch die Ereignisse von 1866 das deutsche Österreich von dem neuen deutschen Staatsleben ausgeschlossen wurde, waren die großdeutschen Tendenzen keineswegs endgültig beseitigt. Wir haben gesehen, wie sie in den nächsten Jahren in Süddeutschland lebendig blieben, wie man in Bayern lange Zeit überzeugt war, ein Deutsches Reich ohne Österreich unter keinen Umständen existieren zu können. Bei der Lage der Dinge konnten diese Bestrebungen keinen praktischen Erfolg haben und mußte das neue Reich auf kleindeutscher Grundlage errichtet werden. Aber auch jetzt noch blieb die großdeutsche Stimmung in weiten Kreisen des deutschen Volkes lebendig, wenn auch jedes Streben, ihr in der Wirklichkeit Geltung zu verschaffen, zunächst als aussichtslos er-

scheinen mußte. Auch der Abschluß des deutsch-österreichischen Bündnisses im Jahre 1879 konnte diese Stimmung nicht ganz beseitigen. Wohl gaben sich viele damit zufrieden, daß nun wenigstens für gewisse Fälle das Zusammenstehen Deutschlands und Österreichs in großen internationalen Verwicklungen gesichert sei und daß es als ausgeschlossen gelten könne, daß Deutsche und Österreicher gegeneinander würden kämpfen müssen. Aber man konnte sich doch auch nicht verhehlen, daß darin zugleich eine Preisgabe der Deutschen Österreichs an die immer stärker anwachsende slawisch-magyarische Majorität innerhalb des Kaiserstaates lag. Je enger die Regierungen Deutschlands und Österreichs miteinander verbündet waren, desto schwieriger wurde es für die deutsche Regierung, sich in die inneren Verhältnisse Österreichs irgendwie einzumischen, mochten auch die bedrängten Stammesgenossen dessen noch so sehr bedürfen. Dazu kam die Ungewißheit, ob der österreichisch-ungarische Staat mit seiner bunten Völkermischung, mit dem anscheinend immer stärker werdenden Auseinanderstreben seiner einzelnen Nationalitäten auf die Dauer werde fortbestehen können, und ob es nicht Deutschlands Pflicht sei, sich wenigstens für den Fall seiner Zertrümmerung zur Aufnahme der durch die Ereignisse des 19. Jahrhunderts ausgeschlossenen Stammesgenossen bereit zu halten? Diese Frage hat eine ganz neue Bedeutung gewonnen, seit der Ausgang des Weltkrieges den Donaustaat tatsächlich zertrümmert hat. Damit ist die notwendige Vorbedingung für die Wiedervereinigung des Südostens mit dem Gesamtvaterlande geschaffen. So lange die habsburgische Monarchie bestand, würden die Deutschen Österreichs sich nie entschlossen haben, sich daraus zu lösen; das haben schon die Vorgänge von 1848 deutlich genug gezeigt. Jetzt aber ist es für sie die Frage, ob sie ein eigenes Staatswesen überhaupt auf die Dauer werden behaupten können und wollen. Gleich nach dem Kriege war die Stimmung für den Anschluß an Deutschland unbedingt herrschend; damals verbot die siegreiche Entente die Ausführung. Wie es jetzt damit steht, läßt sich schwer mit einiger Sicherheit sagen, und ebensowenig, ob und wann die jetzt vorherrschenden Mächte die Erlaubnis zu einer solchen Vereinigung geben werden.

Unzweifelhaft würde die Aufnahme Deutsch-Österreichs mit

seinen ungünstigen Grenzen und seiner wirtschaftlichen Schwäche auch für das neue Deutschland große Schwierigkeiten bieten; unter der alten Reichsverfassung wäre sie so gut wie unmöglich gewesen; in die neue werden die südöstlichen Stämme sich eher einfügen lassen. Ganz leicht würde die Verschmelzung gewiß nicht sein; in mancher Hinsicht liegen die Umstände dafür ungünstiger als um die Mitte des 19. Jahrhunderts, da die Reichsdeutschen und die österreichischen Deutschen seitdem ein halbes Jahrhundert lang ein getrenntes politisches Dasein geführt, eine verschiedene Geschichte gehabt und sich weiter auseinander gelebt haben. Dennoch würde der Versuch bei gutem und festem Willen gewagt werden können und müssen, wenn die Umstände es erlaubten. Denn, je einsamer und unverstandener wir in der Welt dastehen, desto mehr müssen wir bestrebt sein, die unter der Wucht historischer Umstände von unserem Volksganzen abgesprengten Teile, soweit sie es selber wünschen, ihm wieder einzuschmelzen, und alles, was sich als deutsch empfindet, unter dem Dache eines gemeinsamen Staates zu sammeln.

Wenn auch die Verfassung von 1871 manche Mängel hatte und manche Hoffnungen unerfüllt ließ, so viel ist jedenfalls gewiß, daß in der Zeit, wo sie geschaffen wurde, mehr nicht zu erreichen war, und daß ihr Zustandekommen es dem unter ihr vereinten Teile des deutschen Volkes erst ermöglicht hat, dem deutschen Namen diejenige Geltung in der Welt wieder zu verschaffen, die ihm in der Zeit der Zerrissenheit unseres Volkes verloren gegangen war. Von wie großer Bedeutung es gewesen ist, daß die Einigung Deutschlands noch vor Ablauf des 19. Jahrhunderts zustande kam, lehrt ein Blick auf die Entwicklung der internationalen Verhältnisse seit 1870. Wenige Jahrzehnte haben genügt, um die Grundlage der internationalen Beziehungen vollständig zu verschieben. Das alte europäische Staatensystem mit der Vorherrschaft seiner fünf Großmächte verlor fortwährend an Bedeutung, und ein Weltstaatensystem begann sich auszubilden, in dem amerikanische und asiatische Mächte neben den europäischen ein gewichtiges Wort zu sprechen hatten. Der Begriff der Großmacht veränderte sich; viel größer und umfassender wurden die Aufgaben, viel gewaltiger die Machtmittel, über die ein

Staat verfügen mußte, wenn er sich unter den Weltmächten behaupten wollte. Es war tatsächlich der letzte Augenblick, in dem die notwendige Zusammenfassung der Kräfte Deutschlands noch möglich war. Italien hatte bereits in dem Jahrzehnt vorher seine Einigung im wesentlichen vollendet. In Nordamerika brachte der große Bürgerkrieg mit dem Siege der Nordstaaten über die Südstaaten die Umwandlung der Vereinigten Staaten in ein festgefügtes politisches Gebilde, das auch über seine Grenzen hinaus seinen Einfluß geltend zu machen in der Lage war. Fast gleichzeitig setzte in Japan unter dem Druck der Fremden jene Bewegung ein, die aus dem alten lose gefügten agrarischen Feudalstaat eine einheitliche, wirtschaftlich und militärisch außerordentlich kräftige moderne Großmacht schuf. Wäre Deutschland noch lange hinter ihnen zurückgeblieben, so hätte es bei der engen Verbindung wirtschaftlicher und politischer Macht auch schwerlich den gewaltigen wirtschaftlichen Aufschwung erlebt, den die folgenden Jahrzehnte gebracht haben.

Gestützt auf seine nun vereinigten Kräfte, getragen von dem stolzen Gefühl einer siegreich bestandenen Gefahr trat Deutschland nach 1871 in den großen Wettkampf der Nationen um wirtschaftliche und politische Macht ein. Seine Industrie und sein Handel wuchsen gewaltig an und vermochten mit den früher entwickelten Wirtschaftskräften Englands erfolgreich zu konkurrieren. An der Erschließung und Besiedlung fremder Erdteile nahm unser Volk, wenn auch in bescheidenem Maße, teil. In der Politik nahm das Deutsche Reich, gestützt auf sein starkes Heer und seine junge Flotte, eine Stellung ein, die ihm eben so sehr wie seine wirtschaftliche Kraftenfaltung den Neid und die Eifersucht der älteren Großmächte eintrug.

Woran es lag, daß wir diese Stellung wieder verloren, kann hier nicht erörtert werden. Daß wir es nicht gewesen sind, die auf eine kriegerische Auseinandersetzung mit der übrigen Welt hingearbeitet und den großen Weltkrieg heraufbeschworen haben, wird auch die übrige Welt, wenn der Rausch des Hasses verflogen sein wird, anerkennen müssen. Vielleicht hätte eine vorsichtigere und folgerichtigere Politik den furchtbaren Zusammenstoß vermeiden, sicherlich hätte sie dafür sorgen können, daß auch der

Schein, als seien wir die Angreifer, vermieden werde. Aber wir hatten keinen Bismarck mehr an unserer Spitze, sondern mittelmäßige Epigonen.

In diesem Kampfe gegen fast die ganze Welt hat Deutschland ein gewaltiges Maß von kriegerischer Kraft und Opfermut bewiesen. Wir sind nicht mit den Waffen besiegt, sondern durch die Abschnürung vom Weltmarkte innerlich zermürbt worden. Aber wir sind schließlich unterlegen, und haben gleichzeitig jenen großen inneren Zusammenbruch erlitten, von dessen Ursachen oben schon gesprochen worden ist. Aber wir haben aus diesem großen Schiffbruch doch ein unschätzbares Gut gerettet: unsere Einheit. Es hat nicht an Versuchen gefehlt, auch sie zu untergraben. Wenn Deutschland trotzdem eins geblieben ist, so verdankt es das dem Wirken und Schaffen unserer Väter und Großväter, von denen dieses Buch berichtet. Die Reichsgründung hat uns zwei Generationen hindurch die Möglichkeit eines staatlichen Zusammenlebens und Zusammenwachsens geschaffen und erst dadurch hat sich ein Einheitsgefühl von solcher Stärke bilden können, daß es auch die furchtbare Feuerprobe des Weltkrieges bestehen konnte. Wir wollen es festhalten, was auch kommen mag, und uns die Hoffnung nicht rauben lassen, daß wir über kurz oder lang doch wieder Herren auf eigenem Boden sein und den Platz in der Welt an der Seite der anderen großen Nationen einnehmen werden, der uns als einem der ältesten und größten Kulturvölker gebührt.

Anmerkungen

Fünftes Buch.

Erstes Kapitel.

Aus der unendlichen Fülle der Bismarckliteratur, die hier im einzelnen nicht angeführt werden kann, ragen zwei Werke besonders hervor. Die „Geschichte Bismarcks" von Max Lenz, 3. Aufl., 1912 hat auf Grund genauer Kenntnis und sorgfältiger Kritik der Quellen ein Bild von Bismarcks politischer Wirksamkeit gezeichnet, das sich in den wesentlichen Zügen wohl behaupten wird. Auch meine Darstellung fußt überall darauf, wenn ich auch in manchen Punkten zu abweichenden Resultaten gelangt bin. Von der groß angelegten Bismarckbiographie von Erich Marcks liegt bisher nur der erste Band (1909) vor, und einige kleinere Vorstudien zum zweiten. Hier wird der Hauptwert auf die psychologische Entwicklung der Persönlichkeit gelegt. So reizvoll aber auch die aus einer Fülle fein beobachteter Einzelzüge zusammengesetzte Charakteristik des jungen Bismarck ist, so muß ich doch gestehen, daß sie mir nicht ganz überzeugend erscheint. Auch hier tritt, wie bei Sybel, das Gewaltsame und Listige in Bismarck nach meinem Gefühl zu stark zurück hinter den weicheren Zügen; man wird abwarten müssen, ob es Marcks gelingt, die Entwicklung des späteren Bismarck aus dem früheren, wie er ihn geschildert hat, psychologisch begreiflich zu machen. Seine kurze zu Bismarcks hundertjährigem Geburtstage erschienene biographische Skizze (Otto v. Bismarck 1915) kann für die große Biographie, die wir noch von ihm erhoffen, keinen vollen Ersatz bieten. Von populären Darstellungen sei auf die von Dietrich Schäfer hingewiesen. Eine ganze Reihe von wertvollen Einzelstudien brachte das zur Feier von Bismarcks 100. Geburtsjahr von Lenz und Marcks herausgegebene „Bismarck-Jahr" (1915).

Aus der großen Literatur über die Glaubwürdigkeit und Bedeutung von Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen" hebe ich hervor: Erich Marcks, Fürst Bismarcks Gedanken und Erinnerungen (1899). Richard Fester, Über den historiographischen Charakter der Gedanken und Erinnerungen (Hist. Zeitschr. 85). Friedrich Meinecke, Die Gedanken und Erinnerungen (Hist. Zeitschr. 82). R. Pahncke, Bismarcks Parallelerzählungen zu den Gedanken und Erinnerungen (1914). Ferner für einzelne Fragen: Max Lenz, Zur Kritik der Gedanken und Erinnerungen (1899). Heinrich Ulmann, Kritische Streifzüge in Bismarcks Gedanken und Erinnerungen (Hist. Vierteljahrsschrift 5). Otto Kämmel, Kritische

Studien zu Bismarcks Gedanken und Erinnerungen (1899). — Für die Entwicklung der Stellung Bismarcks zur Einheitsfrage verweise ich zur Begründung meiner Darstellung auf meine Untersuchung: „Bismarck und die deutsche Frage bis zur Schlacht bei Königgrätz" (Untersuchungen und Aktenstücke zur Geschichte der Reichsgründung S. 481 f.).

Drittes Kapitel.

Über die Beziehungen zu Österreich sind neuerdings durch die Mitteilungen aus dem Nachlaß des Grafen Karolyi (Deutsche Revue 1913 und 1914) eine Reihe von neuen Einzelheiten bekannt geworden. Zur Vorgeschichte des Frankfurter Fürstenkongresses vgl. Max Lenz, König Wilhelm und Bismarck in Gastein 1863 (Deutsche Rundschau 1906 und in dessen Aufsätzen).

Viertes Kapitel.

Die wichtigsten Quellen für die schleswig-holsteinische Frage sind außer den früheren offiziellen Veröffentlichungen und dem Werke Sybels: Jansen und Samwer, Schleswig-Holsteins Befreiung, 1897 (aus augustenburgischer Quelle) und Les origines diplomatiques de la guerre de 1870/71 (Band 1 ff., 1909 f., bis jetzt bis zum Mai 1866 reichend). Über die Haltung Frankreichs vgl. meine Untersuchung: Bismarck und Napoleon III., 1863—66 (Untersuchungen und Aktenstücke, S. 393 f.). — In bezug auf die Vorgeschichte und besonders die Haltung des Herzogs und des Erbprinzen von Augustenburg bieten die beiden Biographien von Gebauer (Christian August 1910 und Friedrich VIII., 1912) zwar manche neue Einzelheiten, vermögen aber meines Erachtens das Urteil über ihr Verhalten 1863 nicht zu ändern. Über die entscheidende Unterredung des Erbprinzen mit Bismarck vom 1. Juni 1864 vgl. A. Wahl, Hist. Zeitschr. 95, der aber doch nicht genügend betont, daß Bismarcks Forderungen sehr weitgehend und sicherlich darauf berechnet waren, eine glatte Annahme durch den Erbprinzen unmöglich zu machen, sowie daß Bismarcks Bericht an den König Friedrichs Verhalten als noch ablehnender erscheinen läßt, als es wirklich war. Auch dürfte nicht zu bestreiten sein, daß der König selbst eine Einigung auf der Grundlage jener Zugeständnisse, die der Erbprinz machen wollte, für leicht erreichbar hielt.

Sechstes Buch.

Erstes Kapitel.

Über die Vorgeschichte des Krieges von 1866 sind neben Sybel besonders die Darstellungen von Friedjung und Lenz zu vergleichen. Ferner R. Fester, Biarritz (Deutsche Rundsch. 113) und meine oben erwähnten Untersuchungen über Bismarck und Napoleon III. und über Bismarcks Stellung zur deutschen Frage. Über die Stimmung der Bevölkerung und die Haltung der Regierung in Bayern: K. A. v. Müller, Bayern im Jahre 1866 und die Berufung des Fürsten Hohenlohe (1909);

über Hessen: E. Vogt, Die hessische Politik in der Zeit der Reichsgründung (1914). Über Bismarcks Beziehungen zu den außerpreußischen Liberalen: H. Oncken, Rudolf v. Bennigsen, Band 1 (1908). Über die Frage des allgemeinen Wahlrechts: H. Oncken, Lassalle (3. Aufl., 1913) und dessen Untersuchung: Bismarck, Lassalle und die Oktroyierung des gleichen und direkten Wahlrechts in Preußen (Preuß. Jahrbücher 146). Ergänzungen bieten Benedettis Berichte in den Origines diplomatiques Band 7 und 8. Über die Haltung der Konservativen: G. Ritter, Die preußischen Konservativen und Bismarcks deutsche Politik 1858—71 (1913).

Zweites Kapitel.

Über den Verlauf des Krieges: Das Werk Friedjungs; daneben die ausführliche und zuverlässige Darstellung von Lettow-Vorbeck (2. Aufl., herausgegeben von Caemmerer, 1910). Meine Darstellung der Verhandlungen und Friedensschlüsse habe ich ausführlich unter Benutzung ungedruckten Materials begründet in den oben erwähnten Untersuchungen und Aktenstücken zur Geschichte der Reichsgründung (S. 526 ff.); dort habe ich mich auch mit der Darstellung Bismarcks in seinen Gedanken und Erinnerungen, sowie den Ansichten von Lenz, Busch, Thimme, Muth u. a. auseinandergesetzt. — J. Haller, Bismarcks Friedensschlüsse (2. Aufl., 1917) kommt unter Benutzung des auch von mir verwerteten ungedruckten Materials im ganzen zu denselben Ergebnissen, wie meine Untersuchung. Bezüglich der Gegensätze zwischen Bismarck und dem König glaube ich durch meine mehr ins einzelne gehende Analyse zu einer klareren und mit Bismarcks eigener Darstellung besser vereinbaren Auffassung gelangt zu sein. Auch übersieht Haller, daß Bismarck bis zum Friedensschluß eine das ganze außerösterreichische Deutschland umfassende losere Organisation neben dem Norddeutschen Bunde erstrebt hat.

Drittes Kapitel.

Die Entwürfe der norddeutschen Verfassung sind in K. Bindings großer Ausgabe der deutschen Reichsverfassung (5. Aufl., 1909) nach amtlichen Vorlagen mitgeteilt. Zur Vorgeschichte bietet das meiste R. v. Keudell, Fürst und Fürstin Bismarck (1901). Vgl. auch den Aufsatz H. Triepels über die Entstehung dieser Verfassung in der Festschrift für Gierke (1911), der namentlich in einem Entwurf Max Dunckers ein interessantes Zwischenglied zwischen den Plänen von 1850 und der norddeutschen Verfassung nachweist. Vgl. ferner L. Bergsträßer, Die Geschichte der Reichsverfassung. — Zu meiner Darstellung möchte ich nur bemerken, daß ich den Einfluß der mittelparteilichen Reichstagsmehrheit auf den Inhalt der Verfassung höher einschätze, als dies sonst zu geschehen pflegt und an eine erhebliche Einwirkung der Luxemburger Verwicklung nicht glaube. — Über die Parteiverhältnisse sind außer Onckens Bennigsen immer noch die stoffreichsten und besten Arbeiten die schon früher erwähnten von

L. Parisius. Über die Entstehung der nationalliberalen Partei bietet manches Lehrreiche der Aufsatz von M. Spahn (Zeitschr. f. Politik 1), der aber die mehr persönliche Seite der Sache (das Verlangen der Liberalen nach Berücksichtigung innerhalb der Verwaltung) auf Kosten der sachlichen zu stark hervortreten läßt. Ferner die sehr lehrreiche und feine Untersuchung von W. Schunke, Die deutschen Freihändler und die Entstehung der nationalliberalen Partei (1916). Über die Entstehung der freikonservativen Partei ziemlich belanglos A. Wolfstieg in der Festschr. für Delbrück (1908), eindringender auch über deren Wirksamkeit und Anteil an der Verfassungsberatung G. Ritter in dem angeführten Buche. Von anderen Untersuchungen über dies Gebiet möchte ich noch die interessante Studie von G. Mayer, Die Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie in Deutschland 1863—70 (1911) hervorheben.

Siebentes Buch.

Erstes Kapitel.

Die ausführlichste, wenn auch in den Ergebnissen nicht einwandfreie Untersuchung über die Luxemburger Frage auf Grund des älteren Materials bietet: A. Mattschoß, Die Kriegsgefahr von 1867 (1908). Ich habe im Text eine kurze Skizze auf Grund der von mir durchgearbeiteten Akten des Ausw. Amtes gegeben, die ich in einem besonderen Aufsatze in einem der nächsten Hefte der Hist. Vierteljahrschr. näher auszuführen und zu begründen gedenke. Über die Verhältnisse im Norddeutschen Bunde K. Zuchardt, Die Finanzpolitik Bismarcks und die Parteien im Norddeutschen Bunde 1910. Über die Verhältnisse in Hannover und die Angelegenheit des Provinzialfonds besonders H. Oncken, Bennigsen, und G. Ritter a. a. O. Die wieder auftauchenden Anklänge an die 1848er Pläne einer Zerschlagung Preußens überschätzt meines Erachtens H. Oncken (Bennigsen und die Epochen des parlamentarischen Liberalismus, Hist. Zeitschr. 104).

Über Süddeutschland bietet bei weitem das beste das Buch von A. Rapp, Die Württemberger und die nationale Frage 1863—71 (1910), wo namentlich die Presse, die Flugschriften und die Kammerdebatten eingehend benutzt und verarbeitet sind. Dazu Mittnachts Rückblicke (4. Aufl., 1909) und A. v. Suckows Rückschau (1909) mit der Einleitung von W. Busch. Für Bayern das oben zitierte Buch von K. A. v. Müller, das leider schon mit dem Ende des Jahres 1866 abschließt; sonst die Memoiren des Fürsten Chlodwig von Hohenlohe-Schillingsfürst, Band 1 (1906) und die Studien über seine Politik bis 1870 von E. Salzer, sowie das Lebensbild E. v. Bomhards (1913). Für Baden H. Baumgarten und L. Jolly, Staatsminister Jolly (1897), und G. Meyer, Die Reichsgründung und das Großherzogtum Baden (1896), sowie verschiedene kleine Veröffentlichungen aus dem Nachlaß des Ministers von Freydorf. Für Hessen: Das oben zitierte Buch von

E. Vogt, und die Tagebücher Dalwigks (1860—71) hrsg. v. W. Schüßler (1920). Für das Königreich Sachsen besonders die Erinnerungen von R. Freiherr von Friesen, Band 2 (1882) und 3 (1910). Die Persönlichkeit des Königs Johann tritt uns sehr lebendig entgegen aus seinem Briefwechsel mit den Königen Friedrich Wilhelm IV. und Wilhelm I., herausgegeben von Johann Georg, Herzog zu Sachsen, unter Mitwirkung von H. Ermisch (1911). Vgl. dazu die Aufsätze von H. Ermisch im Neuen Archiv für Sächs. Gesch. 32.

Über die Mission des Grafen Taufffkirchen nach Berlin und Wien 1867 siehe den ausführlichen Aufsatz K. A. v. Müllers in der Festschrift für Riezler (1912), nach Taufffkirchens Papieren. Ich habe dazu die Akten des Ausw. Amtes verglichen, meine Meinung über diese Episode im Text aber nur ganz kurz angedeutet, da sie auf den Gang der Dinge keinen wirklichen Einfluß gehabt hat. Über den „vorzeitigen" Kaiserplan von 1870 meine Ausführungen, Hist. Vierteljahrsschr. 1912 und neuerdings W. Platzhoff, England und der Kaiserplan im Frühjahr 1870 (Hist. Zeitschr. 127), wo Bismarcks Antwort an Bernstorff vom 17. Januar 1870 abgedruckt ist. Die Akten zeigen, daß ich damals mit Recht bestritten habe, daß der Plan ernstlich erwogen oder gar irgendeine Maßregel zu seiner Verwirklichung getroffen sei. Als Ende April 1870 Lord Loftus und Benedetti den Kanzler auf die Sache hin von neuem ansprachen, erwiderte dieser dem letzteren, er wisse wohl, daß viele dies wünschten und darum auch glaubten. Er selbst sei der Überzeugung, daß die engere Verbindung zwischen Norden und Süden nur eine Zeitfrage sei, „von der ich allerdings nicht wissen könne, ob sie über kurz oder lang sich vollziehen werde. Dagegen könnte ich ihm die bestimmte Versicherung wiederholen, daß jetzt nichts derart im Werke sei, daß auch nicht der mindeste reale Anlaß zu diesem Gerüchte vorliege, daß dies vielmehr rein aus der Luft gegriffen, mir selbst übrigens bisher auch nicht einmal zu Ohren gekommen sei außer durch ihn und Lord Loftus; er möge vollkommen beruhigt darüber sein, welches auch seine Quelle sein möge." Auch der König sei von diesen Erfindungen höchst überrascht gewesen (Erlaß an Baron Werther vom 1. Mai 1870). — Bismarcks Politik liegt für die Zeit von 1867—71 noch am meisten im Dunkeln, weil Sybel hier die Akten nicht mehr hat benützen dürfen. Auch für diese neue Auflage konnte ich nur für die wichtigsten Fragen Einblick in die Akten nehmen, da eine Durcharbeitung des gesamten Materials Jahre beansprucht haben würde.

Zweites Kapitel.

Die Bündnisverhandlungen Frankreichs zwischen 1866 und 1870 sind jetzt auf Grund der Akten ausführlich dargestellt worden von E. v. Wertheimer, Zur Vorgeschichte des Krieges von 1870 (Deutsche Rundschau Okt. 1920 bis Jan. 1921). Leider hat er die verschiedenen Vertragsentwürfe nicht vollständig mitgeteilt. Dazu dessen frühere Ausführungen in seinem

wertvollen, auf amtliches und privates Material gegründeten Buche „Graf Julius Andrassy" Band 1 (1910). Über die deutsch-russischen Beziehungen W. Platzhoff, Die Anfänge des Dreikaiserbundes (1867—71), Preuß. Jahrb. Juni 1922. Wesentliche Ergänzungen bietet Bourgeois-Clermont, Rome et Napoleon III. (1907). Hier ist auch die Korrespondenz Gramonts mit dem französischen Vertreter in Wien im Juni und Juli 1870 mitgeteilt, aus der hervorgeht, daß Napoleon sich nach der Kriegserklärung durch die volle Preisgabe Roms das Bündnis mit Italien und Österreich hätte sichern können. Die Mitteilungen von W. Alter, Deutschlands Einigung und die österreichische Politik (Deutsche Rundschau 145) sind Fälschungen, vgl. Friedjung im Anhang der 9. Aufl. seines Kampfes um die Vorherrschaft. — Das bisher bekannt gewordene Quellenmaterial über die Geschichte der Hohenzollernschen Thronkandidatur in Spanien und die anschließenden Verhandlungen in Ems ist gesammelt von R. Fester: Briefe, Aktenstücke und Regesten zur Geschichte der Hohenzollernschen Thronkandidatur in Spanien (1913). Ergänzungen dazu bieten die Briefe des Fürsten Karl Anton an seine Gemahlin, die Zingeler in der Deutschen Revue Juni und Juli 1914 veröffentlicht hat. Im Gegensatz zu der früher fast allgemein angenommenen Anschauung, wie sie sich z. B. bei Lenz, Geschichte Bismarcks, und Marcks, Kaiser Wilhelm, formuliert findet, neigen manche neuere Bearbeiter dieser Frage zu der Ansicht, daß Bismarck nicht ernstlich mit der Möglichkeit eines Krieges gerechnet habe, als er die Kandidatur zu unterstützen beschloß; so schon Ernst Marx, Bismarck und die Hohenzollernkandidatur in Spanien, 1911. Nach der Meinung von H. Hesselbarth, Drei psychologische Fragen zur spanischen Thronkandidatur (1913), hat Bismarck dabei vorwiegend im Interesse der fürstlich Hohenzollernschen Familie gehandelt und den Wünschen des Fürsten Karl Anton nachgegeben. Die Beweise dafür sind äußerst fadenscheinig, und es zeugte von sehr geringer Kenntnis von Bismarcks politischer Praxis, wenn H. ihm zutraut, daß er eine derart wichtige Frage in erster Linie nach fürstlichen Familieninteressen behandelt habe. Ferner ist er der Ansicht, daß Bismarck und Prim von der Ausführung des Planes höchstens eine momentane Aufwallung der Volksleidenschaft in Frankreich, aber keine ernstliche Kriegsgefahr befürchtet hätten. Bismarck habe sich vielmehr unter dem Einfluß Prims und Salazars die Sache viel zu leicht vorgestellt und geglaubt, für den Frieden zu wirken, wenn er Napoleon durch die Unsicherheit der Südgrenze in eine ungünstigere Lage für den Kriegsfall versetze. Es wäre aber doch höchst erstaunlich, wenn Bismarck sich nicht gesagt haben sollte, daß Napoleon sich diese Verschlechterung seiner politischen Stellung kaum ohne weiters gefallen lassen werde. R. Fester, Neue Beiträge zur Geschichte der Hohenzollernschen Thronkandidatur (1913), hat die ersten Stadien des Projekts mit Hilfe neuer Quellen aus Wertherns Nachlaß in dankenswerter Weise aufgehellt und die Genesis der Kandidatur aus den

spanischen Verhältnissen heraus klarzulegen versucht. Seine Meinung, daß sie als eine Fortsetzung der Paniberischen Kombination zu betrachten sei, halte ich für unrichtig. Prim rechnete nach seiner Meinung auf Frankreichs Widerstreben, hoffte es aber durch Schaffung einer vollendeten Tatsache zu überwinden, während Bismarck sich der Gefährlichkeit der Sache bewußt war und sie wesentlich unter dem Gesichtspunkte der deutsch-französischen Beziehungen beurteilte. — Ich bin der Meinung, daß die inzwischen neu bekannt gewordenen Quellen, insbesondere die von Hesselbarth veröffentlichten interessanten Geheimdepeschen in verabredeter Sprache, die zwischen Bismarck und der preußischen Gesandtschaft in Madrid bzw. den eingeweihten spanischen Vertrauensmännern hin- und hergegangen sind, nur den Eindruck verstärken können, daß Bismarck außerordentlich viel am Zustandekommen der Wahl des Erbprinzen gelegen hat, und daß er, nicht Prim es war, der das tiefste Geheimnis Frankreich gegenüber gewahrt sehen wollte. Seine Äußerungen über die Ungefährlichkeit der Sache sind teils auf den König, teils auf die Spanier berechnet, damit diese nicht unsicher würden und Napoleon gegenüber zu früh etwas verlauten ließen. Für die Vorgänge in Paris ist namentlich wichtig die Untersuchung von S. Brase: Emil Ollivier's Memoiren und die Entstehung des Krieges von 1870 (1912). Die neuen Untersuchungen von R. Fester, „Die Genesis der Emser Depesche" (1915) berichtigen manche Einzelheiten, bringen aber für die Gesamtauffassung nichts Erhebliches. Seine Darstellung der Haltung Bismarcks in den kritischen Tagen halte ich für verfehlt. Die ganze Frage muß auf Grund der jetzt zugänglichen Akten nochmals gründlich untersucht werden.

Drittes Kapitel.

Aus der außerordentlich-umfangreichen kriegsgeschichtlichen Literatur über den Krieg von 1870—71 hebe ich außer dem klassischen Buche Moltkes (Geschichte des deutsch-französischen Krieges, 2. Aufl., 1891) die neueste, knappe und auf ausgezeichneter Kenntnis der Literatur beruhende Zusammenfassung von R. Stählin, Der deutsch-französische Krieg (1912), hervor. Aus den vielen Erörterungen über die Frage der Beschießung von Paris nenne ich hier nur die Schrift von W. Busch, Das deutsche Hauptquartier und die Bekämpfung von Paris (1904). Die Forderungen Gramonts nach dem Gefecht bei Saarbrücken sind erst durch die Mitteilungen von K. Rheindorf, England und der deutsch-französische Krieg (1923) S. 134 bekannt geworden.

Viertes und fünftes Kapitel.

Die Verhandlungen mit den süddeutschen Staaten habe ich auf Grund des damals zugänglichen Materials dargestellt in meiner Schrift: Der Eintritt der süddeutschen Staaten in den Norddeutschen Bund (1910) und dem ergänzenden Aufsatz: Die Verrhandlungen über die Gründung des Deutschen Reiches 1870 (Hist. Vierteljahrsschr. 1912). Dort habe ich mich

auch mit älteren abweichenden Ansichten auseinandergesetzt. Das ältere Quellenmaterial mit Ausschluß der Memorien ist von mir gesammelt in „Briefe und Aktenstücke zur Geschichte der Gründung des Deutschen Reiches." 2 Hefte (1911). Wesentliche Ergänzungen dazu bieten: K. A. v. Müller Bismarck und Ludwig II. im September 1870 (Hist. Zeitschr. 111) aus dem Nachlaß des Grafen Tauffkirchen, M. Döberl, Bayern und Deutschland im 19. Jahrhundert (1917), namentlich S. 53ff., nach bayrischen und E. Schneider, Württembergs Beitritt zum Deutschen Reich (Württemb. Vtljsh. f. Landesgesch. 1920) nach württembergischen amtlichen Quellen. Ich habe außerdem die Akten des auswärtigen Amtes in Berlin für diese Frage vollständig durchgearbeitet und in der Darstellung verwertet. Die Grundzüge meiner früheren Darstellung fanden sich durch die Akten überall bestätigt; in den Einzelheiten ergab sich natürlich manche Berichtigung und wertvolle Ergänzung. — Im einzelnen möchte ich folgendes bemerken: Der Brief König Ludwigs II. an den preußischen Kronprinzen vom 28. Juli ist nunmehr gedruckt bei Döberl a. a. O. S. 151. Ein weiterer Brief an König Wilhelm selbst existiert nicht. Die Antwort König Wilhelms ist vom 5. August. — Die Frage, worauf der bayrische Entschluß zu Verhandlungen zurückzuführen ist, wird durch die im Text zitierten Quellen dahin entschieden, daß die Furcht vor einer bevorstehenden preußischen Forderung, die durch Delbrücks Reisen nach Dresden und ins Hauptquartier geweckt war, entscheidend gewesen ist; daneben kann die württembergische Mitteilung vom 9. September eingewirkt haben, und auch die Erwartung des sächsischen Schrittes, über dessen Bevorstehen man unterrichtet war und den man als eine preußische Veranstaltung ansah. Der bayrische Wunsch selbst ist weder als Note noch als Telegramm der bayrischen Regierung ins Hauptquartier gelangt, sondern mündlich dem preußischen Gesandten v. Werther ausgesprochen, und von diesem in einem Bericht vom 11. September (telegraphischer Auszug an Bismarck abgesandt am 13. September 2 Uhr 45 Min. mittags) und einem Telegramm vom 12. September weitergegeben werden. Jedenfalls das letztere war in Bismarcks Hand, als er am 13. September 11 Uhr 25 Min. nachm. nach Berlin mitteilt, daß Delbrück nach München zu reisen Auftrag habe. Delbrücks Denkschrift von Reims (13. September), deren Inhalt im Text in den Hauptzügen wiedergegeben ist, bietet doch keineswegs, wie ihr Urheber in seinen Denkwürdigkeiten 2, 414 meint, ein Bild dessen, was durch die Versailler Verträge geworden ist, sondern rechnet noch mit dem Fortbestande des Norddeutschen Bundes innerhalb des neu zu gründenden Bundesverhältnisses. — Für die Münchner Konferenzen kommen außer dem Protokoll, in dem natürlich alle vertraulichen Äußerungen fortgeblieben sind, die während der Verhandlung erstatteten telegraphischen Berichte Delbrücks an Bismarck vom 22., 24., 25. u. 27. September, sowie sein nachträglich verfaßter großer Generalbericht vom 30. September in Betracht. — Die Angaben über die Vorgänge in München vor

der Abreise der Gesandten nach den Berichten Werthers, namentlich vom 18. Oktober. Der württembergische Zwischenfall ist erst durch die zitierte Arbeit von Schneider auf Grund der Stuttgarter Akten vollständig aufgeklärt werden. — Das geheime Zusatzprotokoll vom 23. November ist veröffentlicht in der München-Augsb. Abendzeitung v. 7. Februar 1918. — Bismarcks Brief an Delbrück ist vom 26. November; ein zweiter von demselben Tage behandelt die Kaiserfrage. Dazu Bismarck an Werther 30. November. Des Königs Bedenken wegen der Adresse in einem Briefe an Bismarck vom 11. Dezember und einer Randbemerkung zu einem Telegramm des Geheimrat Schneider vom 10. Dezember. Die Bedenken v. Friesens gegen die Authentizität des Textes des sogenannten Kaiserbriefes erledigen sich durch die Tatsache, daß Delbrück nicht das Original, sondern eine Entzifferung des von Bismarck telegraphierten Wortlauts in Händen hatte. — Der Brief König Ludwigs II. an Bismarck ist vom 9. Januar 1871. Über die Unterredungen König Wilhelms mit Prinz Luitpold berichtet der König an Bismarck am 11. und 12. Januar. Vgl. ferner Bismarck an Werther 11. Januar, Werther an Bismarck 12, 13, 14. und 15. Januar. — Über die Titelfrage: Bismarcks Denkschrift vom 5. Januar, Denkschrift des Kronprinzen 11. Januar, Bismarck an den König 14. Januar, der König an Prinz Adalbert 17. Januar.

Für die Friedensverhandlungen: J. Haller, Bismarcks Friedensschlüsse (2. Aufl. 1917). Aus der älteren Literatur erwähne ich noch: K. Jakob (Bismarck und die Erwerbung Elsaß-Lothringens (1905).

Für die Beziehungen zu den auswärtigen Mächten während des Krieges ist außer dem älteren Buch von A. Sorel, Histoire diplomatique de la guerre franco-allemande (1875), zu berücksichtigen G. Küntzel, Thiers und Bismarck (1905), und für die Einwirkung der orientalischen Fragen Goriainow, Le Bosphore et les Dardanelles (1910). Die Beziehungen Deutschlands zu den einzelnen neutralen Mächten bedürfen noch einer besonderen Untersuchung auf Grund der Akten. Den Anfang dazu macht die tüchtige Arbeit von K. Rheindorf, England und der deutsch-französische Krieg 1870—71 (1923). — Ich glaube nicht, daß die Bestrebungen der Neutralen und die Aufwerfung der Pontusfrage durch Rußland einen bestimmenden Einfluß auf den Gang der Verhandlungen und den Inhalt der Verträge mit den Südstaaten oder der Friedensbedingungen gehabt haben; daß Bismarck manchmal die auswärtige Lage als besonders gefahrdrohend hinstellte, erklärt sich daraus, daß er sich davon eine günstige Wirkung auf diejenigen versprach, mit denen er augenblicklich zu tun hatte.

Bismarcks Sturz

Von Professor Dr. W. SCHÜSSLER

2. Auflage. 6.—8. Tausend. 339 Seiten

„Von den Briefen Kaiser Wilhelms II. an Kaiser Franz Joseph bis zu Bismarcks drittem Band hat sich in den letzten Jahren eine wahre Fülle neuen Materials über die Entlassung des Reichsgründers erschlossen. Das Bedürfnis nach einer zusammenfassenden Verwertung und kritischen Sichtung drängte sich damit auf. Dieser Aufgabe hat sich Schüßler unterzogen, indem er gleichzeitig aus dem Wiener Archiv noch neue wichtige Ergänzungen beisteuerte, und eine in hohem Maße anzuerkennende Leistung geliefert. Den Streit, der unter den Historikern über die Bedeutung der Tragödie von 1890 entbrannt ist, wird sein Buch allerdings nicht zum Abschluß bringen. Aber wer auch nicht alle seine Urteile und Folgerungen sich anzueignen vermag, wird doch zugeben, daß hier eine sachlich und fesselnd geschriebene Untersuchung vorliegt, die offenkundig nach allseitig gerechtem Abwägen bestrebt ist und dadurch wesentlich zur Klärung und Förderung des Problems beiträgt." Deutsche Revue.

Niederbruch und Aufstieg

Wege zu Deutschlands Errettung

Von einem Staatsmanne

288 Seiten

„Aus jeder Seite des Buches spricht ein Mann, der mit offenen Augen und warmem Herzen den Zusammenbruch Deutschlands erlebte und der so objektiv und dem Parteigetriebe entrückt, wie ein Mensch das besser nicht gut sein kann, die Ursachen studierte und über die Wege zur Gesundung sann; spricht ein praktischer Politiker und Beamter, der aus Beruf und Erfahrung die Mängel und Fehler der Maschinerie kennt und sie schonungslos aufdeckt."
Leipziger Tageblatt.

Geschichte und Kritik des Sozialismus

Von Professor Dr. R. LIEFMANN

200 Seiten

„Für den Historiker ist besonders der erste Teil wertvoll, der eine bei aller Kürze doch alles Wesentliche umfassende Geschichte des sozialistischen Gedankens und der sozialistischen Bewegung bietet, während der zweite, kürzere Teil den Marxismus vom nationalökonomischen Standpunkt aus kritisiert und den Glauben widerlegt, als ob der Sozialismus das notwendige oder auch nur das natürliche Ergebnis der bisherigen Wirtschaftsentwicklung sei. Das Buch tritt vollwertig neben Sombarts „Sozialismus und soziale Bewegung" und darf warm empfohlen werden."
Vergangenheit und Gegenwart.

Professor Dr. O. SPANN

Gesellschaftslehre

2. neubearbeitete Auflage. 594 Seiten

In Halbleinenband. Grz. M 11.20

„Das Werk ist durchzogen von einem selbständigen wissenschaftlich kritischen Geiste und besonders anziehend gemacht durch die philosophische Durchdringung des Stoffes und die Beleuchtung des Zusammenhanges der national-ökonomischen Lehren mit den großen geistesgeschichtlichen Strömungen und Ideen der verschiedenen Zeiten."

Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik.

„In der Geschichte der Gesellschaftswissenschaften sind die kurzen Zeitspannen politischen und gesellschaftlichen Umsturzes stets die Stunden, die die unmittelbarsten und lebendigsten Erkenntnisse vermitteln. Solche Zeiten des Kommens und Gehens, des Erblickens der alten und der neuen Dinge, ihrer Oberfläche wie der Tiefe aus der alles entsteigt, öffnen unsere Augen für das innere Wesen gesellschaftlicher Vorgänge. Einer solchen geistigen Hochspannung ist auch das vorliegende Werk entsprungen."

Deutscher Staats-Anzeiger.

Der wahre Staat

Vorlesungen über Abbruch und Neubau der Gesellschaft

2. verbesserte Auflage. 315 Seiten

In Halbleinenband. Grz. M 6.40

„Das vorliegende soziologische Werk, das der Verfasser seiner Gesellschaftslehre folgen läßt, ist nicht leicht; aber das Studium dessen in gutem Deutsch und treffsicherer deutscher und sozialer Gesinnung geschriebenen Werkes sehr lohnend. Auch hier nimmt die Kritik der Theorien des Sozialismus, insbesondere natürlich des Marxismus (dem sich eine interessante Kritik der Vorstellung der Güterfülle in der kommunistischen Gesellschaft im besonderen anschließt) breiten Raum ein, und zwar in dem zweiten prüfenden Teil. Vor allem bietet das ernste, auf einer geschlossenen Weltanschauung und vielseitigen Kenntnissen beruhende Buch außer Belehrung auch mannigfache Anregung, weshalb sein Studium sehr empfehlenswert ist."

Der Bauingenieur.

„Das Buch verdient eine eingehende Würdigung, zumal es sich seiner ganzen Anlage nach nicht an die wissenschaftlichen Fachkreise allein richtet und bei aller theoretischen Vertiefung in seinem Endziel dem praktischen Leben, der politischen Gestaltung unserer Zukunft zugewendet ist. In strenger Gliederung führt uns Spann seinen kühnen Gedankengang vor. Aus allem bisher Gesagten ergibt sich, daß schon die kritischen Darlegungen Spanns im vorbereitenden und im prüfenden Teil seines Buches sich keineswegs in der Verneinung erschöpfen, sondern bereits die grundlegenden Elemente seines Gesellschafts- und Staatsbaues enthalten: Die Herrschaft des Geistigen über das Materielle, des Ganzen über die Teile, womit die organische Gliederung von selbst gegeben ist.

Hochland.

Weltpolitik

von Dr. HEINRICH SCHNEE
ehem. Gouverneur von Deutschostafrika

ca. 480 Seiten. In Halbleinenband ca. M 10.—

Verfasser hat in kolonialen Diensten die Welt gesehen, sowie das kulturelle und wirtschaftliche Leben der außereuropäischen Nationen kennen gelernt. Er ist daher für eine Darstellung der weltpolitischen Kräfte und Strebungen besonders berufen. Nach einem Überblick über die Kämpfe der Weltmächte in früheren Zeiten bis zum Rücktritt Bismarcks geht die ausführliche Darstellung ein, die bis in die Gegenwart reicht und die deutsche Vorkriegs- und Nachkriegspolitik einer besonders eingehenden kritischen Betrachtung unterzieht. Wir sehen, daß es sich bei dem Zusammenbruch Deutschlands nicht um ein unabänderliches Fatum handelte, das sich zwangsläufig aus der Gestaltung seiner Lage unter den übrigen Nationen ergab; sondern daß eine fehlerhafte deutsche Politik unser Volk in den Abgrund getrieben hat. Diese Erkenntnis darf für uns nicht unfruchtbar bleiben. Sie eröffnet die Hoffnung auf die Wiedererhebung aus der Tiefe. Möge dieses Buch dazu beitragen, politisches Denken zu fördern und unserm nach Wahrheit ringendem Volk den Weg zu weisen.

Deutsch-Ostafrika im Weltkriege

Wie wir lebten und kämpften

von Dr. HEINRICH SCHNEE
ehem. Gouverneur von Deutschostafrika

448 Seiten mit zahlreichen Abbildungen, farbigen und schwarzen Tafeln sowie 5 Karten. In Halbleinenband M 4.50

„Dr. Schnee hat in seinem höchst bemerkenswerten, außerordentlich fesselnden Buche über Deutsch-Ostafrika im Weltkriege das ganze Schicksal unserer wundervollen Kolonie erzählt. Er malt auch anschaulich und sachlich ein stilles ernstes Bild von der Friedensarbeit, die deutscher Fleiß und deutsche Energie hier verrichtet haben, er weist die wirtschaftliche Ergiebigkeit der Kolonie nach und zeichnet in schimmernden Farben die unendlich mannigfachen Schönheiten ihrer Landschaft. Wer dies prachtvolle Buch liest, dem wird erst unser Verlust völlig klar werden." Berliner Tageblatt.

„Der letzte Gouverneur von Deutsch-Ostafrika erzählt in seinem Buche von der heldenhaften Verteidigung des Landes durch eine Handvoll Deutsche und eine Schar treuergebener Eingeborener und berichtet von den abenteuerreichen Kreuz- und Querzügen durch die Kolonie, durch Portugiesisch-Afrika und Rhodesia unter Lettow-Vorbecks genialer Führung." Deutsche Revue.

DD
203
B7
1922
Bd.2
cop.2

Brandenburg, Erich
Die Reichsbegründung

PLEASE DO NOT REMOVE
CARDS OR SLIPS FROM THIS POCKET

UNIVERSITY OF TORONTO LIBRARY